

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	9. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	03./04.03.2015, 09:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1 der Tagesordnung: Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2015/16 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderates sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen/Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsplanentwurf

Punkt 2 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

Vorlage: 2015/0091

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen in der Vorlage Nr. 2015/0091 Kenntnis und beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss die als Anlage der Vorlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

Abstimmungsergebnis zu TOP 2:

Mehrheitliche Zustimmung (25 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf:

Ich darf auf die **Veränderungsliste** verweisen, die Ihnen zugegangen ist. Entsprechend unserer Gepflogenheiten steigen wir gleich ein, und ich darf Sie bitten, die **Seite 6** aufzuschlagen, mit der es losgeht.

Ich darf darauf hinweisen, dass vor den eigentlichen Teilhaushalten hier über die Veränderungsliste ein **Stellenpool** eingerichtet wurde, versehen mit einem Sperrvermerk. Das hat als Hintergrund, dass wir von verschiedenen Ämtern noch sehr dringliche Anmeldungen haben, die wir vor Aufstellung der Haushaltsliste so nicht bearbeiten konnten, und wir mit Ihnen bei jeder Stelle sehr spezifisch und intensiv diskutieren wollen, welche wir hier einrichten können und welche nicht. Um uns hier den finanziellen Spielraum zu lassen, schlagen wir Ihnen also vor, diesen Stellenpool einzurichten und ihn mit einem Sperrvermerk zu versehen, sodass Sie noch im Rahmen der Beratungen über die einzelnen Stellen entscheiden können.

Jetzt kommen wir zum **Teilhaushalt 1100** und zum Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion:

Antrag Nr. 1 (S. 32): Konzeption für Personal-Effizienz-Controlling (CDU)

Hier schlagen wir Ihnen vor, den Antrag für erledigt zu erklären. Wir werden Ihre Vorschläge im Rahmen dessen, was wir sowieso vorhaben, aufnehmen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Dieser Antrag hat durchaus die Berechtigung, dass er an erster Stelle steht, nicht nur, weil er von uns kommt, sondern weil er für diesen Haushalt einen roten Faden darstellt. Der rote Faden muss weitergehen in die weitere Planung unseres Haushaltes, und da spielt dann der Umgang mit der knappen Ware, mit dem knappen Gut Personal eine ganz herausragende Rolle. Der Herr Oberbürgermeister wird sich vielleicht noch erinnern, dass die CDU in ihrer Haushaltsrede sehr verwundert darauf reagierte, dass genau mit diesem Problem – Umgang mit unseren Personalressourcen und den damit zusammenhängenden Kosten – eigentlich noch nicht in der Gewichtigkeit umgegangen wurde, wie wir uns das vorgestellt haben. Und so war es von der CDU eigentlich eher ein erster Wurf zu sagen, wir müssen irgendwie mit der Situation umgehen. Wir haben uns überlegt, wie wir das in die Diskussion hineinbringen. Und wenn man es ganz bescheiden zurückführt, geht es darum, dass es ein Instrument sein sollte, wie sich die Verwaltung ein Stück weit an den eigenen Haaren aus dieser Situation herausziehen könnte. Es war die Überlegung, dass aus unserer Verwaltung heraus selbst eine – wenn man so will – Autorität heraus entwickelt wird, die dann in der Lage ist, nach und nach beginnend auf Effizienzverbesserungen hinzuweisen und damit letztendlich Personalkosten zu sparen und diese Spirale, vor der wir immer noch warnen und die in diesem Doppelhaushalt noch nicht aufgehalten ist, zumindest nuanzenhaft in eine andere Richtung zu wenden.

Diese Idee ist dankenswerterweise – das muss man jetzt gleich mal sagen – von der Verwaltung aufgegriffen worden, natürlich systematisch in einen Zusammenhang gestellt, und wenn ich es einmal so zusammenfasse, dass Sie Personaleffizienz jetzt nach verschiedenen Kriterien bearbeiten und bewerten wollen, so können wir uns eigentlich mit allen fünf Kriterien, die in der Vorlage enthalten sind, uneingeschränkt einverstanden erklären. Wir sagen aber nochmals, wir wollen die Verwaltung ermuntern, dieses Konzept zunächst einmal aus den eigenen Ressourcen zu stemmen, denn es macht keinen Sinn, dass wir als CDU-Fraktion empfehlen wollen, für dieses Konzept zusätzliches Personal einzustellen. Ich meine, das muss in diesem Konzern Stadt auch anders gehen. Von daher haben Sie volle Unterstützung für dieses Konzept. Wir hoffen lediglich, dass es alsbald umgesetzt wird. Ich denke, dass es jetzt sofort auch entwickelt werden kann. Es sind auch Signale da, dass wir das nicht im Personalausschuss, sondern gleich in der schon terminierten Strukturkommission besprechen können.

Mit einem zusammenfassenden Weiter-So in dieser Richtung kann man Hoffnung haben, dass wir die Personalkostenproblematik in den Griff bekommen.

Stadtrat Marvi (SPD): Ich glaube, das ist ein Antrag, bei dem große Einigkeit im Gemeinderat herrscht. Es spricht auch aus unserer Sicht nichts gegen eine fundierte Aufgabenkritik und Evaluierung der bestehenden Prozesse im Bereich Personal. Es gibt viele

Aspekte, auf die wir uns gemeinsam verständigen können: das Identifizieren von Synergiepotenzialen, die Sinnhaftigkeit verschiedener Doppelstrukturen, die wir uns auch im Bereich Personal in den kommenden Jahren genauer anschauen müssen, und aus unserer Sicht auch die Frage, wo wir gegebenenfalls zu wenig Personal haben, um wichtige Aufgaben erfüllen zu können, wo wir Lücken schließen können, wo wir andererseits aber auch Kompetenzen von erfahrenen Mitarbeitern an andere Mitarbeiter und den Nachwuchs weitergeben können und wie wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auf aktuelle Anforderungen hin qualifizieren können.

Bei all den Begrifflichkeiten Effizienz, Controlling, Ressource dürfen natürlich auch die Menschen in der Verwaltung nicht zu kurz kommen. Ihre Entwicklung, ihre Motivation steht für uns genauso im Vordergrund. Herr Pfannkuch hat es gesagt, es muss jetzt schnell damit losgehen. Natürlich können wir heute noch nichts übers Knie brechen, sondern der Gemeinderat muss in die Debatte ausführlich eingebunden werden, von daher folgen wir der Empfehlung der Verwaltung.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Die grüne Fraktion hat ja schon vor den Haushaltsberatungen stark darauf gedrängt, dieses Thema engagiert anzugehen. Insofern begrüßen wir die Antwort der Verwaltung, hatten uns ob der Zusage auch entschieden, selbst keinen Antrag zu stellen, weil wir der Verwaltung vertrauen, dass sie das auch im Blick auf die angestellten Menschen ordentlich macht. Schließlich ist es stark haushaltsrelevant und in die Zukunft zu planen, was lange Auswirkungen haben wird, wie wir unser Personal gestalten.

Es dreht sich aber immer noch um Menschen, und deshalb sind wir der Verwaltung für ihre Antwort dankbar und freuen uns auf den folgenden Prozess.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Lassen Sie mich noch drei Dinge anfügen. Wir halten diese Vorschläge alle für gut und werden sie auch gemeinsam weiterentwickeln und in der Strukturkommission diskutieren. Mir ist nur wichtig, dass nicht der Eindruck entsteht, wenn ich den Begriff Personal-Effizienz-Controlling anschau, dass man im Grunde unterstellt, wir würden bisher nicht effizient arbeiten, und wenn wir das täten, hätten wir kein Finanzproblem mehr. Wir müssen das Thema Effizienz, vor allem, was den Einsatz neuer Medien und neuer Kommunikationsformen betrifft, immer weiter voranbringen, da ist sicher manches noch zu diskutieren, aber es wird – und damit bin ich bei der zweiten Bemerkung – damit alleine nicht möglich sein, dass sich die Verwaltung am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zieht. Das ist schon Münchhausen nicht gelungen – oder gelingt allenfalls Münchhausen. Wir müssen mit Ihnen als Gemeinderat intensiv darüber diskutieren, welche Leistungen wir entweder ganz wegfallen lassen oder auch reduzieren, denn ich kann nicht, wenn ich am Ende Einsparungen vornehme, erwarten, dass dann dasselbe Ergebnis herauskommt wie vorher.

Wir werden natürlich versuchen, diesen Prozess ohne zusätzliche Stellen zu vollziehen, aber wenn wir es im Wesentlichen aus eigener Kraft schaffen wollen, dann müssen wir dafür auch die Personalkapazitäten freischaufeln, die sich um diese Aufgaben kümmern können. Diese Anmerkung an der Stelle ist mir wichtig, weil es sonst nicht funktionieren kann. Ich habe es im Ältestenrat schon kurz angedeutet – und wir werden im April in

der Strukturkommission eine umfangreiche Vorlage mit Ihnen diskutieren -, wir werden hier im nächsten Jahr sehr intensiv arbeiten müssen, denn das Ganze muss schon zur Haushaltsaufstellung 2017/18 greifen, und zwar in erheblichem Umfang. Und wenn es uns gelingen sollte, diesen Haushaltsentwurf schon im Jahr 2016 im Gemeinderat zu diskutieren, können Sie sich ausrechnen, dass wir nur von April 2015 bis vielleicht März/April 2016 Zeit haben, diese Dinge miteinander zu besprechen, denn sie müssen dann unmittelbar in die Haushaltsaufstellung für 2017/18 fließen, und der Haushaltsentwurf muss dann schon in den Sommerferien fertig sein, sodass wir hier ein sehr ambitioniertes Vorhaben vor uns haben.

Gut, dann haben Sie sich mit der Antwort der Verwaltung einverstanden erklärt, und der Antrag ist damit **erledigt**.

Wir blättern also weiter und kommen zum Gesamtfinanzhaushalt. Auf **S. 14** beginnt der Querschnitt, und auf der **S. 22** fangen dann die eigentlichen Produktbereiche und Produktgruppen an. Zu den Punkten, die den Haushalt grundsätzlich betreffen, kommen wir dann am Ende der Beratungen.

Wir fangen jetzt mit den einzelnen Produktbereichen an, **Teilhaushalt 1000** auf der **S. 22**.

Antrag Nr. 2 (S. 22): Streaming ins Internet und öffentliche Archivierung von Gemeinderatssitzungen (KULT)

Wir haben in unserer Stellungnahme deutlich gemacht, dass wir an diesen Punkten arbeiten, dass wir im Moment aber noch nicht in der Lage sind und es auch noch nicht den Bedarf gibt, hier entsprechende Mittel einzustellen, wir Ihnen aber versprochen haben, dass wir an diesen Punkten dran sind und sie im Rahmen unserer transparenten und bürgerbeteiligten und -informierenden Umsetzungen angehen wollen. Insofern empfehlen wir Ihnen, diesem Antrag nicht zuzustimmen, was nicht bedeutet, dass wir uns dieser Themen nicht weiterhin annehmen. Wir werden dann ggf. zum richtigen Zeitpunkt auf Sie zukommen.

Stadtrat Lancier (KULT): Das Interesse an einer Übertragung aus dem Gemeinderat existiert schon lange und ist seit einigen Jahren auch aus dem Gemeinderat selbst wiederholt gefordert worden. Dies ist nicht nur eine für manchen faszinierende Technik, dies entspricht auch einer zeitgemäßen Umsetzung der Forderungen nach Transparenz und Erleichterung der Zugänglichkeit. Wir denken, den Datenschutzerfordernissen wird z. B. durch die Option einer zeitversetzten Veröffentlichung und der Einverständniserklärung der Anwesenden Rechnung getragen. Doch für eine sinnvolle Umsetzung ist eine technische Ausrüstung erforderlich. Ebenso erfordert eine Umsetzung auch Personal. Für diese Technik wie auch für das Personal ist somit eine Bereitstellung von Mitteln zwingend erforderlich. Wenn unser Bemühen um Transparenz und Barriereensenkung ernst gemeint wahrgenommen werden soll, muss ein realistisches Budget zur Verfügung stehen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Die Übertragung aus dem Gemeinderat ist schon immer unser Thema. Wir haben es immer wieder gepusht, und die erste Zwischenlösung ist ja

jetzt der Live-Ticker, der auch umgesetzt wurde. Aber das haben wir immer nur als ersten Schritt gesehen. Wir haben den Antrag trotzdem nicht gestellt, weil wir auch das Problem sehen, das die Verwaltung nennt, dass die Kosten noch nicht so richtig feststehen. Weil wir ein Signal setzen wollen, dass es uns wichtig ist, dass es vorangetrieben wird, stimmen wir jetzt trotzdem dem Antrag der KULT-Fraktion zu.

Stadtrat Maier (CDU): Wir haben allergrößte Sympathie für diesen Antrag der KULT-Fraktion. Ich glaube, alle im Hause wissen, dass wir – wie es auch der Vorredner für seine Fraktion gesagt hat – schon immer dieses Anliegen hatten und haben, hier mehr Transparenz nach draußen zeigen zu können. Ich habe in meinem Beitrag in der letzten Gemeinderatssitzung auch schon die neuen Kästchen hier gelobt und die Hoffnung damit verbunden, dass damit vielleicht schon ein erster, ein zweiter und ein dritter Schritt realisiert werden kann. Wir haben uns allerdings bei der Lektüre der Antwort der Verwaltung nicht dazu durchringen können, zum heutigen Zeitpunkt zuzustimmen. Wie gesagt, wir wollen, dass am Ende das Ziel erreicht wird, dass es nach außen und online übertragen wird. Aber im Blick auf die rechtlichen Bedenken und die momentan noch nicht abschätzbaren Kosten werden wir zum heutigen Zeitpunkt noch nicht zustimmen, aber mit dem Auftrag an die Verwaltung, im Hintergrund weiterzuarbeiten und uns seinerzeit ein schlüssiges Konzept mit den Kosten vorzulegen.

Stadtrat Hermanns (SPD): Auch die SPD-Fraktion begrüßt grundsätzlich das Anliegen der KULT-Fraktion.

Die SPD-Fraktion begrüßt – wie auch schon vor zwei Jahren – eine Transparenz, mit der auch eine bessere Bürgerbeteiligung stattfinden kann und eine politische Sensibilisierung für die Gemeinderatstätigkeit. Es ist aber aus unserer Sicht so, dass man einen Schritt nach dem anderen tun sollte, insbesondere wenn Persönlichkeitsrechte betroffen sind. Von daher schließen wir uns der Antwort der Verwaltung an, dass man erst einmal einen Workshop mit der Verwaltung und den Mitgliedern des Gemeinderates durchführen sollte, um zu eruieren, ob dem alle Kolleginnen und Kollegen zustimmen würden. Wäre dem nicht so, könnten wir uns alle weiteren Schritte sparen.

Von daher halten wir den Antrag für grundsätzlich gut, können aber zum momentanen Zeitpunkt noch nicht zustimmen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Den Vorschlag, die Sitzungen des Gemeinderates transparent zu machen und im Internet zu streamen, hatte ich vor 10 Jahren als Einzelstadtrat schon gemacht. Damals gab es die gleiche Argumentation, man müsse erst rechtlich prüfen. Ich hatte damals auch schon gesagt, wenn uns die Presse fragt, prüfen wir auch nicht erst, was rechtlich möglich ist, sondern machen eine Aussage, was richtig ist, denn die Bürgerschaft hat ein Recht auf Transparenz und möchte wissen, was ihre Vertreterinnen und Vertreter hier machen.

Ich finde, 10 Jahre Prüfung sind genug, wir sollten transparent sein gegenüber der Bürgerschaft und die Sitzungen öffentlich machen. Wir werden zustimmen.

Der Vorsitzende: Es ist etwas anderes, eine Sitzung zu übertragen, als wenn die Presse bei Ihnen nachfragt, Herr Fostiropoulos. Da gibt es in der Tat datenschutzrechtliche

Probleme. Sie haben ja auch unserer Antwort entnommen, dass andere Gemeinden etwas um 90 Sekunden zeitversetzt machen oder manche Live-Übertragung gescheitert ist, weil einer von 48 oder wie viel die dort auch sind, nicht einverstanden war. Solche Vorgänge zeigen, dass es etwas anderes ist. Wir sind gewillt, das einzuführen, wir sind gewillt, es mit Ihnen zusammen einzuführen, aber dann müssen Sie alle 48 auch damit einverstanden sein, sonst müsste man immer den ausblenden, der nicht einverstanden ist, auch wenn er nur ins Bild läuft. Sie merken, das wird noch eine ganz interessante Diskussion. Insofern lassen Sie uns den Weg gehen.

Die Verwaltung empfiehlt hier Ablehnung. - Sie möchten darüber abstimmen. Dann bitte ich um Ihr Kartenzeichen für oder gegen diesen Antrag. – 21 Ja-Stimmen. Dagegen stehen 26 Ablehnungen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur **S. 25**.

Antrag Nr. 3 (S. 25): Hauptverwaltung/Partnerschaftsbörse/Erhöhung der Transferaufwendungen (GRÜNE)

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Das Thema Kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist für uns ein ganz wichtiger Schwerpunkt bei der Internationalisierungsstrategie der Stadt Karlsruhe. Das Geld wird ja über die Partnerschaftsbörse an die jeweiligen Antragsteller verteilt. Es erfolgt auch eine Co-Finanzierung, d. h., jeder Euro, den wir geben, der wirkt nach außen doppelt. Zurzeit sind gut 30.000 Euro pro Jahr im Haushalt eingestellt. Das Geld hat in letzter Zeit nicht ausgereicht, um viele gute Anträge zu bewilligen. Deswegen meinen wir, dass hier eine moderate Aufstockung von 9.000 € pro Haushaltsjahr sinnvoll, notwendig und auch gut eingesetzt ist.

Stadtrat Maier (CDU): Hier fließt schon ein erheblicher Anteil an Geld aus städtischen Mitteln, und wir stimmen der Verwaltung zu, keine weitere Ausweitung der freiwilligen Leistungen zu veranlassen. Deswegen lehnen wir ab.

Stadtrat Cramer (KULT): Meine Fraktion sieht diesen Antrag im Zusammenhang mit dem nächsten Antrag, auch im Zusammenhang mit Antrag Nr. 183, wo es um Wirtschaftszusammenarbeit geht. Das wollte ich für meine Fraktion hier feststellen. Dazu werden wir dann später noch einmal ausführlicher etwas sagen. Wir werden jetzt diesem Antrag so zustimmen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. – Wir haben 16 Ja-Stimmen, der Rest ist Ablehnung. Damit ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 4 (S. 25): Hauptverwaltung/Außenbeziehungen - Reduzierung Sachkosten und Personalstellen (GRÜNE)

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Auch uns ist die Pflege der Außenbeziehungen ein wichtiges Anliegen, und wir haben auch der Internationalisierungsstrategie der Stadt Karlsruhe zugestimmt. Schon im Doppelhaushalt 2013/14 wurde eine deutliche Steigerung der Mittel für Außenbeziehungen eingeplant, und auch jetzt ist wieder eine deutliche Steigerung drin, teilweise 70 % beim Personal, 100 % bei den Sachkosten. Auch die

Steigerung der Kosten für die Technologieregion zählt dazu, wobei es hier auch an Transparenz fehlt, was das umfasst, wie viel das ist. Wir meinen, dass hier zu viele Mittel zusätzlich eingestellt wurden, dass man hier etwas moderater sein muss, auch in Anbetracht der mittelfristigen Finanzplanung, die ja sehr hohe Defizite aufweist. Deswegen beantragen wir eine Reduktion um 1 Personalstelle und um 200.000 Euro Sachkosten. Das entspricht nur einem ganz geringen Teil der Kostensteigerung. Wir meinen, auch wenn dieser Antrag durchgeht, ist eine Erweiterung des Aufgabenspektrums in der Internationalisierung möglich und gegeben.

Stadtrat Maier (CDU): Kürzlich sind einige von uns zusammengesessen, um über die Internationalisierungsstrategie der Stadt zu reden. Ich hatte den Eindruck, wir sind auf einem guten Weg, weshalb ich es für den falschen Weg halte, wenn wir jetzt – bevor wir das Gesamtkonzept anzugehen versuchen –, schon im Vorgriff etwas wegstreichen. Von daher ist meine Fraktion dafür, erst einmal das Gesamtkonzept abzuwarten und dann über dieses abzustimmen und nicht schon vorher zu reduzieren. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Stadtrat Marvi (SPD): Wir lehnen diesen Kürzungsantrag ab und folgen der Empfehlung der Verwaltung, um dringend notwendige Aufgaben auch mit den notwendigen Mitteln erfüllen zu können. In gewisser Weise widerspricht es ja dem Ansinnen der Antragsteller. Da kommen wir nicht drum herum. Es gibt Anforderungen, die durchaus auch von den Grünen beim vorhergehenden Antrag als wichtig bewertet wurden, nämlich den Ausbau der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Es wird gerade Wert auf das Thema Bearbeitung internationaler Themen auf kommunaler Ebene wie z. B. TTIP gelegt, und es gibt verschiedene weitere Beispiele. Insofern widersprechen sich die Antragsteller ein Stück weit mit eigenen Anforderungen im Bereich der Internationalisierung. Gerade in einer Zeit, wo die grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit in der Technologieregion Karlsruhe vorankommt, wäre es kein gutes Signal, einem solchen Kürzungsantrag zuzustimmen. Wir sind dafür, das internationale Karlsruhe zu stärken, und bleiben bei unserer Haltung.

Stadtrat Cramer (KULT): Auch die KULT-Fraktion kann diesem Antrag nicht folgen. Wir sehen es genauso, wie es der Sprecher der CDU-Fraktion dargelegt hat. Wir wollen auch erst dieses Gesamtkonzept, für das wir erst vor kurzem zusammensaßen und noch auf Rückmeldungen von der Verwaltung warten. Das wollen wir erst auf dem Tisch haben und dann das weitere Prozedere intern und in den entsprechenden Gremien diskutieren und die Vorarbeit leisten, um dann letztendlich zu sagen, in welche Richtung der Zug abfährt. Heute können wir diesem Antrag so nicht zustimmen.

Stadtrat Høyem (FDP): Es hat lange gedauert, dieser Internationalisierungsstrategie in dieser Stadt eine Bedeutung zu geben. Wir stehen voll hinter dieser Internationalisierungsstrategie. Es ist ein Klischee zu sagen, dass wir in einer globalen Welt leben, aber so ist es. Das gibt uns Verpflichtungen und Möglichkeiten.

Wir lehnen deshalb diesen Antrag ab, weil wir denken, es ist zu lokal gedacht, was die Grünen hier vorschlagen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Die Verwaltung empfiehlt Ablehnung. Ich möchte aber ausdrücklich darum bitten, wenn irgendetwas intransparent erscheint, dass wir darüber reden sollten, damit das transparent wird. Es soll keine Argumentation für oder gegen etwas sein, sondern das sollte man gemeinsam durchleuchten. Ich kann für unsere Stabsstelle Außenbeziehungen und unsere Internationalisierungsversuche insgesamt feststellen, dass jede Stelle ihre Arbeit wert ist und mit hohem persönlichen Einsatz die Internationalisierung der Stadt voranbringt. Wir haben in unserer Antwort auch deutlich gemacht, dass wir uns hier entlang der von Ihnen beschlossenen Strategie bewegen und auch noch das eine oder andere – zum Teil durch Drittmittel finanziert – hinzukommt, sei es die Magistrale oder das Thema Willkommenskultur bzw. Welcome-Center. Dafür haben wir zum Teil Drittmittel eingeworben, und das ergibt dann eben auch eine entsprechende Steigerung.

Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen. – Bei 13 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 1100**. Ich darf darauf hinweisen, dass wir in der **Veränderungsliste** einige Mehrerträge versehentlich mit einem negativen Vorzeichen versehen haben. Das haben wir korrigiert. Es muss plus 400.000 Euro heißen, nicht minus 400.000 Euro.

Antrag Nr. 5 (S. 32): Open Government: Personalstellen und Sachkosten (KULT)
Antrag Nr. 6 (S. 32): Informationsfreiheitsgesetz – Personalstellen und Sachkosten (Freie Wähler)

Stadtrat Lancier (KULT): Wie der Antrag der KULT-Fraktion in der letzten Gemeinderatssitzung zeigte, sind Verwaltung und Gemeinderat in großer Übereinstimmung für eine Umsetzung einer Open-Government-Strategie. Hier muss noch viel Grundlegendes in Technik, Methodik und Strategie geschaffen werden. Das ist nichts, was fertig eingekauft werden kann wie ein Software-Paket, das nur eingespielt und sofort nutzbar wäre.

Das vorhandene IT-Personal ist jedoch mit dem täglichen Geschäft zu sehr beschäftigt, um in ein paar Stunden nebenbei eine solche Revolution durchzuführen. Dazu braucht es qualifiziertes Personal, das sich motiviert auf diese Aufgabe stürzen kann. Hier widersprechen wir von der KULT-Fraktion scharf der Einschätzung der Verwaltung, dass ein Projektplan vorliegen müsse, bevor Stellen geschaffen werden. Diese Frage nach Henne oder Ei ist ganz klar anders zu beantworten. So ein Projektplan benötigt ein Team von mindestens zwei qualifizierten und motivierten Frauen oder Männern, die sich darauf konzentrieren können, ihn zu erstellen. Die von uns geforderten Stellen in Zahl und Einstufung werden das Minimum darstellen, um ein solches Projekt stemmen zu können.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich kann den Ausführungen von Herrn Lancier nur zustimmen. Es ist so: Der Antrag, den wir gestellt haben, ist ähnlich dem, den wir schon einmal gestellt haben, und damals wurde schon versprochen, dass man sich des Themas annimmt. Leider ist dieses Versprechen bis heute noch nicht eingelöst worden. Es ist fast alles, was wir wollen, im KULT-Antrag schon enthalten. Deshalb hoffe ich, dass die Umsetzung jetzt erfolgt.

Ich bin für eine Abstimmung über diesen Antrag, denn mit der Antwort der Verwaltung bin ich so nicht einverstanden. Es geht darum, uns voranzubringen, uns öffentlich zu machen, ähnlich wie mit dem Streaming im Internet. Wir wollen der Generation, die jetzt nachwächst, zeigen, dass das, was hier in diesem Haus passiert, nicht nur von der Zuschauertribüne aus verfolgt werden kann, sondern weltweit, und diesen Schritt sollten wir weiter verfolgen.

Stadtrat Döring (CDU): Auch die CDU-Fraktion begrüßt grundsätzlich die Öffnung der Verwaltung nach außen, aber entgegen meinem Vorredner möchte ich doch ganz klar zum Ausdruck bringen, dass wir dafür vorher ein tragfähiges Konzept benötigen, wie wir es auch in der letzten Gemeinderatssitzung besprochen haben, als das Thema auf der Tagesordnung stand. Da stand auch eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe im Raum, in die auch der Gemeinderat eingebunden wird und die Ergebnisse bringen soll.

Die CDU-Fraktion plädiert ganz klar zunächst für ein tragfähiges Konzept, das konsequent verfolgt und dann erst mit Mitteln hinterlegt werden soll. Jetzt aus der Hüfte heraus mit irgendwelchen Zahlen Mittel zu beantragen und zu schauen, dass es damit irgendwie klappen soll, halten wir äußerst unseriös.

Stadtrat Hermanns (SPD): Wie ich schon in meinem Fieberwahn in der letzten Gemeinderatssitzung ausgeführt habe, begrüßt die SPD grundsätzlich die Governmentstrategie der Stadt Karlsruhe.

Lieber Kollege Lancier, es ist schon so, am Ende muss „structure follows strategy“, ja, die Struktur folgt der Strategie – und nicht umgekehrt!

Von daher würde ich schon aufpassen, dass wir erst einmal einen Plan machen, eine Strategie, und dann schauen, welche Strukturen wir aufbauen müssen. Und wenn wir auch feststellen sollten, wir brauchen mehr Personal dafür, dann wird die SPD dem wahrscheinlich folgen, wenn wir uns das leisten können. Einer Verpflichtungsermächtigung, weil die Stadt hier nicht aktiv sei, können wir nicht folgen. Bei der letzten Gemeinderatssitzung, wo schon die Open-Government-Strategie vorgesehen wurde, war ich positiv überrascht über den Entwicklungsstand innerhalb der Stadtverwaltung. Von daher müssen wir keinen künstlichen Druck aufbauen, sondern können getrost die Strategie abwarten – wir werden ja auch beteiligt –, und dann können wir über die Struktur reden.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Open Government ist das Thema der nächsten Zeit. Die Landesregierung arbeitet ja gerade an einem Gesetzentwurf. Parallel können wir dazu natürlich Vorüberlegungen machen. Man ist nicht auf das Gesetz angewiesen, um selbst voranzukommen. Insofern unterstützen wir ausdrücklich dieses Thema, das ist ganz wichtig. Und da ist genau das Henne-Ei-Prinzip gefragt, was soll zuerst kommen. Es muss jemand da sein, der das Konzept entwickelt, es muss jemand da sein, der die Arbeitsgruppe leitet, der dann auch bei der Umsetzung maßgeblich beteiligt ist. Wir brauchen jetzt Personal, um das Ganze voranzubringen, und wenn wir das jetzt nicht einstellen, besteht die Gefahr, dass das Ganze doch in die Spardiskussion der nächsten Zeit gerät und dann auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben wird.

Und so sehen wir das Problem, dass zwar die Kosten noch nicht feststehen, aber wir müssen vorangehen, wir brauchen das Personal. Deshalb stimmen wir dem gerne zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Herr Hermanns, selbstverständlich haben Sie recht, wenn Sie über Strategy und Structure sprechen. Aber Sie sind neu hier. Dieses Thema diskutieren wir schon so lange, und wir sind noch nicht vorwärtsgekommen. Jetzt müssen wir etwas für Open Government machen. Und wenn die CDU sagt, es sei unseriös, das jetzt zu tun, dann ist das wieder diese langsame, langsame Handlung.

Wir wollen das unterstützen, wir wollen weiter mit Open Government kommen, dann können wir sowohl über Strategy als auch Structure diskutieren, und das können wir auch sehr gerne in Englisch tun, auch wenn viele Kollegen hier das nicht so gut finden.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen.

Lassen Sie mich von meiner Seite aus noch einmal unterstreichen, dass wir an diesem Thema intensiv arbeiten, dass wir diese Ihnen angekündigte Arbeitsgruppe zusammen mit Vertretern des Gemeinderats auch einrichten, dass wir parallel an einer Aufarbeitung unserer IT-Struktur in einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe arbeiten, weil wir hier den nächsten Schritt vollziehen müssen, und dass wir in den Reihen der Verwaltung ausreichend fachliche Kompetenzen haben, um solche Arbeitsgruppen zu leiten und in einem Workshop aus der Verwaltung heraus die richtigen Rahmenbedingungen definieren wollen, die wir anschließend in eine Neuaufstellung der IT bzw. in das Open Government, das ein Teil dieser Gesamtstrategie sein wird, einbringen. Wir werden sicher hinten raus zusätzliches Personal brauchen, um diese Dinge umzusetzen - das liegt auf der Hand -, aber wir haben ja schon über diesen Stellenpool gesprochen, der uns die nächsten beiden Jahre ausreichend Luft zum Atmen lässt, um dann mit Ihnen zu besprechen, wann an welcher Stelle welche Personen zusätzlich gebraucht werden. Insofern weise ich alles Misstrauen und alle Unterstellungen zurück, wir würden hier nur mit halbem Dampf diese Sache verfolgen. Wir sind für diese Phase ausreichend ausgestattet. Für künftige Phasen gibt uns dieser Doppelhaushalt entsprechende Luft, aber es macht nicht Sinn, jetzt schon Personal einzustellen, wenn wir am Ende noch nicht definieren können, mit welcher Qualifikation und wofür im Rahmen welcher Strategie wir dieses Personal brauchen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich rufe zunächst den Antrag der KULT-Fraktion auf. – Bei 19 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag der Freien Wähler. – Da gibt es 22 Ja-Stimmen, der Rest ist Ablehnung. Damit sind **beide Anträge abgelehnt**.

Antrag Nr. 7 (S. 32): Ziele, Maßnahmen – Förderung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Wir sehen es als sinnvoll an, im Haushaltsansatz für die Ämter wichtige Ziele zu definieren sowie Maßnahmen zu deren Erreichung. Die Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung ist so ein Ziel. Es ist ein Ziel, mit dem sich die Verwaltung bzw. das zuständige Dezernat schwertut, für das sie selbst

die Hürde aufstellt, wir können das erst angehen, wenn ihr uns eine Projektstelle gebt, die uns zwei Jahre lang eine Konzeption erarbeitet. Diese Projektstelle sehen wir als nicht notwendig an. Es liegen bereits umfangreiche Konzepte vor, z. B. vom Integrationsministerium des Landes Baden-Württemberg, die in vielen Punkten leicht auf unsere Stadt übertragen werden könnten. Aber gut, auch in der Verwaltung ist eine Veränderung zu erkennen. So geht der inzwischen eingerichtete Arbeitskreis in der Verwaltung in die richtige Richtung.

Wir sehen unseren Antrag dennoch nicht als erledigt an. Wir möchten, dass das Ziel „Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung“ im Haushalt verankert wird, und hoffen, dass wir – wie im Haushalt von vor zwei Jahren – eine Mehrheit des Gemeinderates für diese Zielsetzung erhalten.

Stadtrat Döring (CDU): Wir begrüßen natürlich die Initiative zur Förderung der interkulturellen Kompetenz. Unsere Verwaltung wird ja auch zunehmend bunter. Daher unterstützen wir dieses Projekt. Wir sehen aber die Verwaltung in ihrer momentanen Tätigkeit auf dem richtigen Weg und diesbezüglich keinen entsprechenden Mehrbedarf. Wir sind auf die Vorstellung des Projekts, wie es jetzt erarbeitet werden soll, im nächsten Personalausschuss gespannt.

Stadträtin Fischer (SPD): Auch wir können dem Antrag so nicht zustimmen.

Ich glaube, wir sind uns alle hier einig, dass die interkulturelle Kompetenz der Verwaltung eine wichtige Zielsetzung ist. Wir waren uns aber auch mehrheitlich im Personalausschuss einig, dass dies ohne zusätzliche Sachmittel und ohne zusätzliche Personalstellen als Querschnittsaufgabe – so wie es hier vorgeschlagen wird – weiterverfolgt wird.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben in diesem Saal diskutiert, was interkulturelle Kompetenz überhaupt ist. Das ist nicht nur ein bisschen Englisch zu verstehen. Das ist die ganze Haltung, und es ist wichtig, dass es in diese Richtung geht. Wir denken nicht, dass der Vorschlag der Grünen jetzt notwendig ist, denn wir denken, es geht in die richtige Richtung. Aber es ist sehr, sehr wichtig zu verstehen, interkulturelle Kompetenz ist eine ganze Haltung in der Verwaltung, die wir brauchen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich möchte die Haltung von Herrn Høyem etwas verstärken. Deshalb denke ich, dass ein Antrag als Zeichen der Veränderung wichtig ist, und deshalb werde ich ihn mittragen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Die Grünen bestehen auf Abstimmung, wenn ich es richtig verstanden habe. Dann bitte ich um das entsprechende Kartenzeichen. – Bei 16 Ja-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Nichtsdestotrotz werden wir im Personalausschuss weiter die Diskussion führen, wie wir in gemeinsamer Abstimmung die interkulturelle Kompetenz voranbringen, denn aus allen Wortmeldungen ist deutlich geworden, dass wir das für eine ganz wichtige grundsätzliche personalpolitische Ausrichtung halten.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 1200**. Hier haben wir einige Erhöhungen vorgenommen über die **Veränderungsliste**. Das haben Sie zur Kenntnis genommen.

Antrag Nr. 8 (S. 43): Fonds Ehrenamt (Freie Wähler)

Stadtrat Wenzel (FW): Herzlichen Dank für die Antwort. Uns war klar, dass es dieses Konzept gibt.

Wir hören immer wieder von aktiven Ehrenamtlichen, dass sie sich persönlich nicht anerkannt fühlen für ihre Tätigkeit. Uns geht es darum, auch öffentlich zu zeigen und herauszuheben, dass es Ehrenamtliche gibt, und sie zu fördern. Das ist die Erhöhung des bereits bestehenden Konzeptes.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Ich glaube, die Punkte 8 und 9 gehören irgendwie zusammen. Die Verwaltung weist auf die Sitzung vom 19. November 2013 hin, in der der Gemeinderat ein Konzept zur Anerkennungskultur beschlossen hat. Wir sind daher der Meinung, dass sich dieser Antrag erledigt hat, auch wenn man der Meinung sein kann, es ist schon ein Jahr her. Aber wir sehen keine Notwendigkeit, hier zusätzliche Mittel einzustellen.

Zur Frage nach der Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe wird ausführlich dargelegt, was sich von der Stadt Karlsruhe aus tut, dass wir jetzt ab 1. Januar ein Büro für Mitwirkung und Engagement haben. Auch da sind wir der Meinung, dass sich dieser Antrag sowohl hinsichtlich der Personal- wie auch der zusätzlich geforderten Sachaufwendungen erledigt hat.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Aus Sicht der SPD-Fraktion hat sich der Antrag mit der Antwort der Verwaltung mehr oder weniger erledigt. Bürgerbeteiligung hat bei der Stadt Karlsruhe einen hohen Stellenwert durch das Konzept, das der Kollege Heilgeist angesprochen hat. Spätestens seit dem 1. Januar mit der Implementierung des Büros für Mitwirkung und Engagement hat dieser Aspekt noch einmal eine zusätzliche Dimension und an Qualität gewonnen.

Es wird ja auch in der Verwaltung zu Antrag Nr. 9 auf die Konsenskonferenzen hingewiesen, wie es jetzt zur Thematik Biomüll erfolgt oder was die Verlagerung der ESG Frankonia angeht.

Zum Antrag der Freien Wähler unter der Nummer 8: Es geht aus unserer Sicht nicht ausschließlich um die Sachkosten, sondern es ist die Frage „Wie leben wir die Wertschätzung gegenüber dem Ehrenamt?“, und hier gibt es vielfältige Beispiele aus der Verwaltung und aus der Politik. Ich verweise gerne auf den Empfang für die Engagierten im Bereich der Flüchtlingshilfe.

Wie gesagt, aus unserer Sicht hat sich das somit erledigt. Es sind Mittel eingestellt, es hat einen hohen Stellenwert in der Stadt Karlsruhe, und es ist ein kontinuierlicher Prozess, der seine Fortschreibung findet.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir wollen die Freien Wähler unterstützen, wenn sie eine Abstimmung wünschen. Aber wir gehen ja alle in diese Richtung. Deshalb frage ich die Freien Wähler, wollen Sie eine Abstimmung haben, dann unterstützen wir das, aber wir denken wie die anderen, dass es sich eigentlich erledigt hat.

Der Vorsitzende: Die Freien Wähler signalisieren, dass sie die Sache als **erledigt** betrachten. Wir werden in dieser Richtung weiterarbeiten. Sie haben es ja auch bei der Flüchtlingshilfe gemerkt, dass wir in der Lage sind, aus unseren Mitteln heraus eine zusätzliche Anerkennung und auch einen Rahmen für eine Anerkennung zu schaffen, und so werden wir das mit Ihnen in der Diskussion gerne weiter voranbringen. Ich bin für jeden Vorschlag offen, den Sie zur besseren Würdigung des Ehrenamtes von irgendwoher mitbringen oder selbst entwickeln, und das in unsere Ehrenamtsunterstützungskonzeption einzubauen, wenn Sie das wünschen.

Antrag Nr. 9 (S. 48): Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe – Personalstellen (Freie Wähler)

Stadtrat Wenzel (FW): Ich möchte mich bei meinen Kollegen bedanken, dass sie das Thema schon aufgegriffen haben. Ich habe daraus gesehen, auch aus der Antwort der Verwaltung, dass hier schon Schritte unternommen werden. Ich werde das kritisch, wie das so ist bei den Freien Wählern, verfolgen und werde jetzt auch hier auf keiner Abstimmung bestehen.

Ich möchte allerdings anmahnen, dass das, was wir machen, in der Öffentlichkeit doch mehr wahrgenommen und mehr gefördert wird, als wir es glauben. Deshalb sollten wir wirklich das alles tun, was die Verwaltung und die Vorredner gesagt haben, dass wir die Bürger aufnehmen und ihnen auch entgegenkommen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Sie haben die Antwort der Verwaltung als ausreichend und ihren Antrag damit als **erledigt** erklärt.

Antrag Nr. 10 (S. 48): Badischer Landesverein für Innere Mission e. V. – Quartiersprojekt Südweststadt (GRÜNE)

Antrag Nr. 11 (S. 48): Badischer Landesverein für Innere Mission e. V. – Quartiersprojekt Südweststadt (Die Linke, Gemeinsam für Karlsruhe)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Das war der Antrag, bei dem alle drei Antragsteller mit der Antwort der Verwaltung einverstanden sind und die **Anträge für erledigt erklären**.

Antrag Nr. 12 (S. 48): Verschieben von Konzepten, z. B. Grüne Stadt (Freie Wähler)

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wir regen an, diesen Antrag zusammen mit dem Antrag Nr. 28 gemeinsam zu beraten.

Der Vorsitzende: Gut, das betrifft auch die „Grüne Stadt“. Wenn Sie einverstanden sind, können wir beides gemeinsam aufrufen. Dann ziehe ich hinzu:

Antrag Nr. 28 (S. 55): Grüne Stadt – Überflüssige Doppelstrukturen (CDU)

Stadtrat Wenzel (FW): Um nicht Missverständnisse aufkommen zu lassen, dass es nur um das Konzept „Grüne Stadt“ geht, es um Konzepte generell, die wir in der Vergangenheit eingestellt haben. Wir haben hier eine Verdoppelung der Pro-Kopf-Ausgaben, und wir Freien Wähler sind der Auffassung, dass wir uns wirklich überlegen sollten, ob wir nicht die Thematiken und Probleme, die wir tatsächlich haben, aufgreifen und Konzepte dann machen, wenn der Haushalt es hergibt.

Wir müssen den Blick auf unseren Haushalt werfen. Es geht uns darum, auf die 2,43 € pro Einwohner für die Entwicklung von Konzepten nicht noch weitere Euro draufzusatteln. Die „Grüne Stadt“ ist nur ein Beispiel, das im Betreff namentlich genannt ist. Es birgt natürlich eine gewisse Sympathie, aber es geht uns generell darum, dass wir mit den Kosten für Konzepte auf dem bisherigen Niveau bleiben, das wir in den letzten Jahren hatten. Das war unsere Intention.

Stadtrat Maier (CDU): Wahrscheinlich ist es einfach nur modern, Konzeptionen über Konzeptionen zu erstellen, und wahrscheinlich ist es auch modern, diese auch noch extern zu vergeben. All das kostet Geld, und vor allem sehen wir hier in der Verwaltung geballte Kompetenzen für die Themen, die bei dem geplanten Konzept „Grüne Stadt“ bereits vielfältig bearbeitet und beackert werden, und von daher wollen wir nicht, dass in unseren Augen überflüssige Doppelstrukturen geschaffen und zementiert werden. Wir wünschen, dass das nicht passiert.

Stadtrat Dr. Fehler (SPD): Die SPD-Fraktion steht hinter dem Konzept „Grüne Stadt“. Es ist letztendlich auch der Wunsch und das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, dass wir als Gemeinderat hierauf einen Schwerpunkt setzen. Das Konzept „Grüne Stadt“ macht eine Klammer zu gewissen Themen, eine Klammer, wie es auch in den Ausführungen der Verwaltung genannt wurde, zu den Themen „Stadträume“, „Stadtklima“ und „Gesunde Stadt“ sowie „Natur“. Es ist eine andere Frage, ob man andere Konzepte teilweise in dieses Konzept „Grüne Stadt“, wie wir es im Ausschuss angeregt haben, überführt. Wir stehen aber hinter dem Konzept „Grüne Stadt“, weil es einfach notwendig ist, hier einen zusätzlichen Fokus auf diese Thematik zu setzen.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): In Ihrer Antragsbegründung, Herr Wenzel, erheben Sie den Anspruch, dass ein Konzept bedarfsorientiert und nicht politikorientiert sein soll. Ein nicht politikorientiertes Konzept werden Sie in der Politik wahrscheinlich nicht finden. Auf der anderen Seite sehen wir sehr wohl, dass das Konzept der „Grünen Stadt“ bedarfsgerecht ist. Es fasst viele zukunftsnotwendige Strategien ins Auge, wie beispielsweise Anpassungsstrategien an den Klimawandel oder Maßnahmen, um die Stadt gesünder zu gestalten und die urbane Lebensqualität zu steigern.

Überflüssige Doppelstrukturen sehen wir hier nicht, weil es ein themenübergreifendes Konzept ist, das in alle Handlungsfelder mit dem Zielgedanken der grünen Stadt eingreifen soll. Auf der anderen Seite haben wir hier durch dieses Konzept noch einen partizipativen Charakter und viel Bürgerbeteiligung. Wir freuen uns, wenn man sich möglichst frühzeitig mit Fragen beschäftigt, die früher oder später sowieso gestellt werden müssen, und sehen deswegen hier kein Sparpotenzial.

Stadtrat Høyem (FDP): Kollege Wenzel und Kollege Maier haben so gut gesprochen, dass ich nicht viel hinzufügen kann. Nur eine Hinzufügung ist: Die Strukturkommission, die Strukturkommission, die Strukturkommission - muss in der Zukunft viel mehr im Fokus sein.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Aufgrund der begrenzten Redezeit werden wir von der AfD heute versuchen, uns noch kürzer zu fassen als sonst.

Das Konzept „Grüne Stadt“ ist ein gutes Beispiel dafür, wie man es nicht machen soll. Ich habe im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit gesagt, dass wir von der AfD bereit sind, ein Konzept zu unterstützen, das dazu führt, dass Bepflanzungen in der Stadt sinnvoll durchgeführt werden und es mehr Grün in der Stadt gibt. Was uns aber überhaupt nicht gefallen hat, ist, dass dann alle möglichen anderen Dinge in dieses Konzept eingeflossen sind, aber alle nur halbherzig. Da geht es dann um Fassadendämmung, es geht um Photovoltaikanlagen, ein bunter Strauß von Dingen, die überhaupt nicht zusammenpassen. Da geht es nur darum, die gesamte Linie der Grünen in einem Konzept abzubilden, das man gut verkaufen kann. Wenn wir so weitermachen, dann werden wir in Zukunft für jeden Bürgermeister, den wir haben, ein entsprechendes Konzept haben. Dann wird es noch ein rotes Konzept geben, vielleicht noch ein gelbes usw. Das kann nicht Sinn der Sache sein. Wir sind für Konzepte, aber die sollen sich dann auch auf eine Sache fokussieren und nicht ein politisches Allheilmittel sein. Eierlegende Wollmilchsäue können auf Dauer nicht existieren, vor allem nicht in einer Situation, in der wir gar kein Geld haben. Mit uns sind Konzepte dann zu machen, wenn sie sich auf eine bestimmte Sache fokussieren und sich nicht verzetteln. Deswegen unterstützen wir den Antrag, diese Dinge zu streichen.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Nach der Einführung in die Farbenlehre zurück zum Haushalt und auch zum Inhalt, der dahinter steckt. Wenn Sie irgendjemand Fremdes fragen, was verbinden Sie mit dem Namen Karlsruhe – da haben wir ja wieder jüngst eine Umfrage gehabt –, dann ist der Wert grüne Stadt einer der höchsten Werte. Und das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen und entsprechend handeln. Das heißt, wir müssen diesen Wert stärken. Einer hier im Raum, der Erfahrungen aus einer anderen Stadt mitbringt, nämlich der Oberbürgermeister, hat das schon lange erkannt und hat es auch in seiner Haushaltsrede entsprechend klar dargestellt. Wir folgen diesem Wert. Das ist für uns eine der Grundideen dieser Stadt, grüne Stadt, und die muss weiterentwickelt werden, und deshalb lehnen wir diese beiden Anträge ab.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte in einem anderen Tonfall sagen, ich finde diesen Ansatz „Grüne Stadt“ grundsätzlich sehr gut, aber wir haben gerade einen klimangepassten Rahmenplan verabschiedet, der verschiedenste Aspekte der Stadtplanung im Blick auf Klimaveränderung, auf eine grüne Stadt schon beinhaltet. Das ist ein Rahmen. Und jetzt machen wir einen zweiten Rahmen drum herum, der praktisch noch unkonkreter wird. Ich frage mich, wonach richten wir uns. Ich empfinde schon, dass wir oft zu viele Papiere haben und zu wenig Umsetzung. Und dieses Geld könnte man in der einen oder anderen Situation in die Umsetzung stecken. Mir wird nicht ganz deutlich, dass es konkreter wird, eher ein Stück abstrakter.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Lassen Sie mich zu beiden Dingen etwas sagen.

Der Antrag von Ihnen, Herr Wenzel, so einfach aus der Stadtentwicklung in großem Umfang Mittel herauszustreichen, ist eigentlich ein Frontalangriff auf das, was Sie hier seit 20 Jahren im Gemeinderat gemacht haben und wo die Stadt an dieser Stelle auch in der Qualität anderen Städten deutlich voraus ist, nämlich Grundkonzepte zu haben – ich sage nur: Integriertes Stadtentwicklungskonzept, Masterpläne usw. In diesen Mitteln sind beispielsweise auch die Mieten für die Bürgerzentren enthalten, und das ist ja eine konsequente Umsetzung dessen, was wir im integrierten Stadtentwicklungskonzept, bezogen auf die Stadtteile, gemeinsam besprochen haben. Wenn Sie diese Mittel hier herausstreichen, dann brechen Sie im Grunde einen Prozess ab, den die Stadt bisher sehr erfolgreich vorangetrieben hat. Sie verabschieden sich vor allem von Ergebnissen, die Sie gemeinsam mit der Bürgerschaft entwickelt haben, weil Sie dann die weitere Verfolgung dieser Ziele und die Umsetzung sozusagen abschneiden. Das muss Ihnen klar sein, wenn wir diese Debatte so führen. Ich brauche von Ihnen eher eine Unterstützung an einer ganz anderen Stelle, nämlich dass wir jetzt konsequent aus diesem umfangreichen integrierten Stadtentwicklungskonzept die zwei, drei oder vier Hauptstrategien herausfiltern, die wir dann in Zukunft prioritär umsetzen wollen und dafür vielleicht manches, was da drin steht, nicht umsetzen, damit klar wird, wo unsere Prioritäten liegen, wofür unser Geld schwerpunktmäßig eingesetzt wird, damit die Bürgerinnen und Bürger einen Eindruck gewinnen, es wird jetzt dann aber auch richtig konkret. Das geht aber im Moment nicht mit weniger Mitteln, sondern es werden am Ende für diese Prioritätensetzung dieselben Mittel sein, die wir drin stehen haben. Am Beispiel der Bürgerzentren habe ich das deutlich gemacht.

Eine dieser zentralen strategischen Ausrichtungen ist für mich das, was wir mit dem Begriff „Grüne Stadt“ beschrieben haben, und damit bin ich beim zweiten Antrag. Dieser Begriff „Grüne Stadt“ hat nichts mit der Partei „Die Grünen“ zu tun, sondern dass Karlsruhe sehr grün ist, ist seit 300 Jahren bekannt und eine der wesentlichen Qualitätsmerkmale dieser Stadt. Wir wollen in dieser strategischen Grundausrichtung – es wird nur eine von vier oder maximal fünf sein, es wird nicht so beliebig in der Außenwirkung bleiben, wie es manchem im Moment erscheint – manches bündeln, was wir sowieso schon machen, mit Klimaanpassung, mit Kleinraumbegrünung, mit Energieeinsparung usw. Aber das, lieber Herr Dr. Schmidt, ist kein Sammelsurium, sondern eine strategische Ausrichtung von Dingen, die an dieser Stelle logisch zusammenpassen. Das macht eine strategische Prioritätensetzung auch aus. Wenn Sie dieses Thema „Grüne Stadt“ angehen, dann gehen Sie eine der zentralen Ausrichtungen aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept an, egal wie Sie es von der Überschrift her benennen, und Sie gehen natürlich auch eine der zentralen strategischen Ausrichtungen an, die u. a. dazu beigetragen haben, dass ich im Oberbürgermeisterwahlkampf gewonnen habe, weil ich ganz sicher bin, dass diese strategischen Ausrichtungen im Blick auf die „Grüne Stadt“ einige der zentralen Punkte sind, für die ich gewählt worden bin. Auch das attackieren Sie an dieser Stelle. Ich will das ganz nüchtern darstellen. Das hat diesen Stellenwert. Ob die 100.000 € dafür ausreichen oder nicht, ist ein anderes Thema. Aber wenn Sie die Thematik als solche und seine strategische Ausrichtung grundsätzlich in Frage stellen, dann hat das nicht nur mit den paar Themen zu tun, die Sie eingebracht haben, sondern dann hat das schon eine grundsätzlichere strategische Komponente,

und da muss ich Ihnen ausdrücklich deutlich machen, dass ich das so nicht akzeptieren will und dass das auch ein Stück weit die Grundfeste dessen anrührt, was auch eine Vereinbarung mit der Bevölkerung darstellt. Sie haben natürlich an der Stelle die Budgethoheit – das ist klar –, aber ich möchte Sie einfach nur auf diese Dinge hinweisen.

Jetzt gibt es noch einige Wortmeldungen.

Stadtrat Høyem (FDP): Jetzt bin ich doch beunruhigt, dass Sie das so prinzipiell aufnehmen. Wir haben gesagt, dass wir Doppelstrukturen vermeiden, dass wir die Strukturkommission stellen wollen. Wir wollen nicht Ihre Grundlagen aus dem Wahlkampf und Ihre Arbeit hier in Frage stellen, aber es doch fair, dass wir hier sagen, wir wollen die Strukturen richtig diskutieren. Das hat nichts mit einer Ablehnung Ihrer grundsätzlichen Idee von einer grünen Stadt zu tun. Ich bin wirklich ein bisschen in Verlegenheit, denn ich will Sie gerne unterstützen, aber keine Doppelstrukturen haben.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, es ehrt Sie, dass Sie hier an dieser Stelle umgesetzt wissen wollen, was Sie im Wahlkampf ausgeführt haben und weshalb Sie meinen, gewählt worden zu sein. Aber das ist natürlich nicht unbedingt der Maßstab, der für unsere Stadtpolitik in der Zukunft zu gelten hat. Da müssen wir schon Schlüsse ziehen, die ich aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept anders ziehe als Sie.

Jetzt frage ich Sie allen Ernstes: Welches wesentliche Konzept, das Sie jetzt so grün angestrichen haben, ist denn bisher in dieser Stadt nicht umgesetzt worden? Wo wird denn nicht daran gearbeitet? Sie sagen zu Recht, seit 300 Jahren arbeiten wir an diesem Konzept. Wir arbeiten allen Ernstes daran und – der Kollege Kalmbach hat zu Recht darauf hingewiesen – setzen uns intensiv im Planungsausschuss mit diesen Themen auseinander. Und Sie tun gerade so, als wären diese Dinge jetzt vom Himmel gefallen und müssten neu organisiert sein. Das Problem ist doch, dass Sie es neu organisieren wollen, dass Sie Strukturen verschieben wollen, und da ist schon der eine oder andere Anklang, der herübergekommen ist, vollkommen berechtigt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Oberbürgermeister, ich möchte gerne auf den Anfang Ihres Redebeitrags eingehen. Das ist genau der Punkt unserer Kritik. Es gibt so viele Konzepte, so viele Rahmenpläne, so viele Pläne, dass wir schon gar nicht mehr wissen, wie wir die alle berücksichtigen sollen. Das hat die Diskussion im letzten Planungsausschuss ergeben. Wir haben so viele verschiedene Kriterien zu erfüllen, und jetzt kommt noch Hitze und Lärm hinzu, und wir haben das Konzept „Grüne Stadt“, in dem alles Mögliche verarbeitet wird, was an anderer Stelle eh schon verarbeitet wurde. Wir wissen gar nicht mehr, wie die Hierarchie aussieht. Wir blicken gar nicht mehr durch vor lauter Konzepten. Wenn wir so viele Konzepte haben, dass wir am Ende konzeptionslos sind, dann ist das der falsche Weg. Deswegen kann es so nicht weitergehen.

Stadtrat Wenzel (FW): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich bedanke mich, dass Sie mit Ihren Worten diese Diskussion angeregt haben. Ich möchte es aber einmal zusammenfassen: Es ist doch so, dass wir mit einer Schrotflinte auf die Probleme der Stadt schießen. Wenn wir jetzt durch Ihren Beitrag den Fokus auf ein Zielfernrohr nehmen und genau die Punkte ins Visier nehmen, die wir haben, dann haben wir doch das Ziel

erreicht, dass wir Gelder, über die wir diskutieren müssen, vielleicht woanders konzentriert einsetzen. Kollege Kalmbach und meine Vorredner haben es gesagt, wir müssen auf den Punkt kommen.

Es ist eine allgemeine Kritik. Wir haben schon in der Vergangenheit oft genug gesagt, viele Sachen des Masterplans sind Wunschkonzerte, die wir nie erfüllen können. Wenn wir heute mit dieser Diskussion auf die wesentlichen Punkte dieser Stadt kommen, dann hat sich mein Antrag mehr als gelohnt, denn es zeigt sich, dass wir wahrscheinlich an den Rändern unserer Stadt blind sind und in der Mitte, wo es darauf ankommt, gar nicht hinschauen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Herr Oberbürgermeister, ich möchte noch einmal betonen, dass mir sehr wichtig ist, dass es – wie Sie es schon sagten – zu einer konkreten Umsetzung kommt, dass es Schnittmengen gibt, an denen sich konkretisiert, was in den verschiedenen Konzepten und Ebenen gedacht wurde, dass nichts nebeneinander steht, sondern dass es zum Schnitt kommt. Das war z. B. meine Kritik am Integrierten Stadtentwicklungskonzept – ich habe es ja schon einmal geäußert –, dass viele Themenfelder und Maßnahmen benannt, aber keine Schnittmengen hergestellt wurden. Das ist für mich das Zentrale. Wenn das am Schluss dabei herauskommt – auch bei der „Grünen Stadt“ –, dann finde ich die Planung sehr gut, nur darf es nicht nur einfach ein weiteres Konzept sein, sondern es muss aufeinander abgestimmt sein. Zwei, drei Maßnahmen, die Sie gerade angesprochen haben, müssen so herausleuchten, dass man sagen kann, so geht es, und dann kann ich das auch unterstützen, in einem anderen Fall nicht.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Unsere Fraktion unterstützt die Ausführungen von Ihnen, Herr Oberbürgermeister. Ganz überraschend, gell? Das ist wirklich überraschend und etwas Neues!

Wer dieses Konzept in Frage stellt, stellt auch ein Stück weit das Räumliche Leitbild, das über dem Ganzen steht, in Frage. Ihr stellt es in Frage! Natürlich!

Es ist ein Element des Räumlichen Leitbilds. Wer sich einen Teilaspekt herauszieht, der kann auch andere Dinge in Frage stellen, angefangen bei Bürgerzentren, die ausgeführt wurden, oder auch stadtplanerische Konzepte. Das muss man wirklich ganz klar sagen. Die Ausführungen vom Herrn Oberbürgermeister sind schlüssig, und es geht darum, dass man wirklich aus dem Ganzen eine Quintessenz macht und zwei, drei, vielleicht auch vier Projekte herausgreift, in welche Richtung unsere Stadt sich entwickeln soll.

Der Vorsitzende: Ich will noch einmal versuchen, es zu erläutern.

Wenn Sie auf der einen Seite sagen, Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) ist, wie mit der Schrotflinte geschossen, und auf der anderen Seite, wir sehen nur die Mitte und sind an den Rändern blind, und dann noch die Forderung kommt, wir müssen jetzt aus diesem ISEK-Prozess die Hauptstrategien herausfiltern, dann sind Sie beim dritten Punkt genau bei dem, was ich Ihnen vorschlagen will. Wir müssen es umsetzen, dass wir hier die zentralen strategischen Felder stärker herausarbeiten, und bei dem, was wir tun, spürbar wird, dass wir diese strategischen Richtungen abarbeiten, und da reicht nicht aus, dass auf den Gemeinderatsvorlagen unten das Kreuzchen ist, ob die Sache im

Sinne von ISEK ist oder nicht. Das muss noch besser gebündelt und miteinander konsequent verbunden werden. Da sind wir uns völlig einig.

Um dieses Ziel zu erreichen, Herr Stadtrat Wenzel, kann ich doch nicht einfach jetzt einmal Geld streichen, das zum Teil schon als Mietzuschuss für die Bürgervereine vorgesehen ist, sondern dann müssen Sie mir den Auftrag geben – und den nehme ich dann gerne dankend an –, dass wir gemeinsam mit Ihnen darüber reden, was sind die zentralen Strategien aus ISEK, was können wir uns davon die nächsten Jahre noch leisten und was nicht. Genau das wird in der Strukturkommission ein wesentliches Thema sein. Wie sollen wir sonst den Haushalt sanieren, wenn wir uns nicht zwischen verschiedenen strategischen Feldern in der Prioritätensetzung entscheiden? Das ist völlig klar.

Beim Thema „Grüne Stadt“, werte CDU, geht es überhaupt nicht darum, irgendeine Doppelstruktur zu schaffen. Das klingt zwar supergut, ist aber völlig falsch. Es geht darum, dass wir es endlich schaffen, aus diesen verschiedenen Themenfeldern, die ich genannt habe, eine Gesamtstrategie zu entwickeln, die über die Dezernats- und Ämtergrenzen hinweg in der Verwaltung funktioniert und auch nach außen eine Ausstrahlung entwickelt. Wir müssen die Dinge stärker bündeln und in eine Gesamtstrategie bringen. Natürlich machen wir heute schon Energieeinsparung da und Klimaschutz dort, und wir machen das Modell „Räumliches Leitbild“, aber wenn das nicht in einer Gesamtstrategie verwoben ist, dann verschwindet das Räumliche Leitbild genauso in einer Schublade wie manches andere auch, weil es nie aufgerufen wird bei thematischen Betrachtungen an anderer Stelle, wo das aber eigentlich auch eine Handlungslinie sein müsste. Zum interdisziplinären Zusammenbringen dieser Themen benötigen wir eine Gesamtstrategie, und die bündelt viele Dinge, die wir tun, die bündelt sie aber auf einer neuen Qualitätsstufe nach innen und nach außen, und das macht dann eine Gesamtstrategie der Stadt aus.

Sie sagen, es habe mit der grünen Stadt immer schon so hervorragend funktioniert. Dass das Beiertheimer Feld nicht komplett mit Wohnbebauung zugepflastert wurde, hat sehr viel mit den Bürgerinnen und Bürgern draußen zu tun und nicht mit der strategischen Grundorientierung dieser Stadt. Ich könnte Ihnen noch viele andere Beispiele nennen. Warum mir das auch vom Wahlkampf her so wichtig ist: Es gab andere, die haben gesagt, wir bauen auf der grünen Wiese an der Autobahn ein Stadion, ich habe gesagt, das will ich dort auch aus ökologischen Gründen nicht haben, und insofern war auch das eine Grundsatzentscheidung in diesem Wahlkampf, ob ich das grüne Thema an die Spitze stelle oder andere Themen. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen. Sie können mir jetzt die Mittel dafür streichen und alles Möglich tun, das ist ja okay, das ist Ihr gutes Recht, aber tun Sie bitte nicht so, als hätte das in der Stadtpolitik immer schon eine zentrale Rolle gespielt – das waren vor allem die Bürgerinnen und Bürger, die Einspruch erhoben haben –, und wir brauchen, um diesem Eindruck der Beliebigkeit besser begegnen zu können, strategische Grundausrichtungen, und das müssen wir auch zum Teil mit externer Expertise entwickeln. Nicht mehr steht hinter diesem Betrag, den Sie jetzt hier streichen möchten.

Das noch einmal zur deutlichen Klarstellung.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich möchte die Debatte nicht verlängern, ich will nur sagen, vor Ihrer Zeit, Herr Oberbürgermeister, hat die Strukturkommission geschlafen und geschlafen und geschlafen. Wir wollen jetzt die Strukturkommission in den Fokus bringen, und das geht nicht gegen Ihre Ideen, wir sympathisieren viel mit Ihren Ideen, aber bitte nehmen Sie es ernst mit der Strukturkommission.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Herr Oberbürgermeister, ich werde aufgrund dessen, was Sie jetzt gesagt haben, mein Stimmverhalten ändern. Aber Sie haben natürlich eine hohe Erwartung in mir erweckt. Ich erwarte, dass die dann auch wirklich umgesetzt wird.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Jetzt können wir zur Abstimmung schreiten.

Stadtrat Wenzel (FW): Herr Oberbürgermeister, ich will das auch aufgreifen. Sie haben dem Haus jetzt sehr viele Zusagen gemacht. Ich würde den Antrag zurückziehen, aber trotzdem Sparmaßnahmen fordern und den Antrag, den die CDU gestellt hat, halten. Wir müssen das verfolgen, auch das Thema Strukturkommission ist sehr wichtig. Sehen Sie das als Auftrag an. Ich ziehe meinen Antrag zurück, weil ich diesen Schritt mitgehen will. Nicht, dass es falsch verstanden wird: Wir sehen Sparmaßnahmen in diesen Anlagen, aber es soll nicht so sein, dass wir nachher von der Schrotflinte nicht zum Objektiv kommen.

Der Vorsitzende: Ich sage Ihnen ausdrücklich zu, dass alle diese Themen in der Strukturkommission drankommen, denn die haben alle etwas mit Personal und Sachmittelausstattung zu tun, aber auch etwas mit Prioritätensetzung. Denn wenn wir uns in Zukunft weniger Qualität leisten können, müssen wir vorher miteinander diskutieren, welche Qualitätsbereiche für uns wichtig und welche unwichtig sind. Sonst macht das alles überhaupt keinen Sinn.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Herr Oberbürgermeister, gestatten Sie, dass ich die Einwendung von Herrn Høyem zurückweise. Es ist nicht so, dass die Strukturkommission all die Jahre geschlafen hat, nein, die Beschlüsse, die in der Strukturkommission nichtöffentlich gefasst wurden, fanden in öffentlicher Sitzung keine Mehrheit mehr.

Ich bin gern Ihrer Meinung, dass es anders laufen muss. Aber der Strukturkommission in die Schuhe zu schieben, dass nichts dabei herausgekommen sei, ist falsch.

Der Vorsitzende: Zumal die Strukturkommission ja aus Stadträtinnen und Stadträten besteht, Herr Stadtrat Høyem.

Stadtrat Høyem (FDP): Herr Kollege Dr. Heilgeist, ich entschuldige mich. Sie haben selbstverständlich recht. Es war meine generelle Frustration. Es war abgelehnt worden, wir sind nicht vorwärtsgekommen. Aber Sie sind länger als ich hier, auch wenn ich ein bisschen älter bin als Sie. Sie haben recht, und ich entschuldige mich.

Der Vorsitzende: Nachdem wir uns jetzt alle wieder lieb haben, stellen wir fest, dass der **Antrag Nr. 12 zurückgezogen** wurde – aufgrund der entsprechenden gemeinsamen Verständigungen.

Ich rufe **Antrag Nr. 28** zur Abstimmung auf und bitte um das Kartenzeichen. – Bei 20 Ja-Stimmen ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir springen jetzt wieder zurück auf die **S. 54** zum Antrag Nr. 13. Wir sind mittlerweile beim **Teilhaushalt 1300**.

Antrag Nr. 13 (S. 54): Mobile Webseite Karlsruhe: Anhebung der Sachmittel für das Medienbüro (KULT)

Stadtrat Lancier (KULT): Angesichts der Vielfalt der mobilen Geräte, für die gestaltet sie werden, sind solche Webseiten mittlerweile sehr komplex. Die bestehenden Seiten der Stadt Karlsruhe sind je nach Endgerät eher unbefriedigend. Wir wollen daher eine Mittelerhöhung für eine bessere Gestaltung dieser Inhalte. Dies würde auch evtl. einzu-kaufende Leistungen ermöglichen, um auch einmal schnell auf Entwicklungen zu reagieren, wie sie z. B. gerade im Moment das Ersetzen von Techniken von Flash durch HTML5 erfordern.

Stadtrat Döring (CDU): Karlsruhe als Internethauptstadt hat in den letzten Jahren viel getan, und wir werden das auch weiterhin aktiv mit begleiten. Insofern ist die Forderung vom Kollegen Lancier richtig und auch begründet, jedoch – wie schon in der Verwaltungsvorlage dargestellt – halten wir das derzeitige Vorgehen für richtig und momentan als komplett ausreichend, weshalb wir diesen Antrag ablehnen werden.

Stadtrat Hermanns (SPD): Selbstverständlich unterstützen wir als SPD das auch. Aber wir haben die Antwort der Verwaltung so interpretiert, dass die Stadt über genügend Ressourcen verfügt, um die Umprogrammierung auf mobile Webseiten zu finanzieren. Von daher hat sich aus unserer Sicht der Antrag der KULT-Fraktion erledigt, weshalb wir dem Antrag nicht zustimmen werden.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 20 Ja-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Teilhaushalt 1500** – Ortsverwaltungen und Stadtamt Durlach. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir in der **Veränderungsliste** zum Gemeindezentrum Stupferich, zum Begegnungszentrum Wolfartsweier und zur Hermann-Ringwald-Halle jeweils Veränderungen vorgenommen haben.

Ich komme zum **Teilhaushalt 2000**. Da haben wir auch auf der Veränderungsliste eine Mehreinnahme „Avalprovision an EnBW wegen Rückbürgschaft“ aufgenommen.

Antrag Nr. 14 (S. 83): Förderung eines Karlsruher Geburtshauses (KULT)

Ein Antrag ohne Betrag.

Stadtrat Cramer (KULT): Der Antrag hat natürlich auch einen bundespolitischen Hintergrund, und zwar die Gesamtsituation der Hebammen in Deutschland, aber auch ei-

nen Bezug ganz stark für Karlsruhe. Es ist durch die Versicherungssituation für Hebammen in Deutschland sehr schwierig, dass noch Hausgeburten angeboten werden können. In Karlsruhe gibt es keine freien Hebammen mehr, die dies tun.

Aber es gibt trotz allem, auch wenn der erste Satz in der Stellungnahme der Verwaltung aussagt, in Karlsruhe würden geburtshilfliche Abteilungen auf höchstem medizinischen Niveau vorgehalten – das haben wir mit unserem Antrag nicht in Frage stellen wollen, das wissen wir –, Mütter, die ihr Kind nicht in einem Klinikum in einer doch dann oft sehr technischen Umgebung zur Welt bringen wollen. Wir meinen, dass es ein Weg wäre, in Karlsruhe ein Geburtshaus einzurichten, damit dort schwangere Frauen von Hebammen betreut werden und ihr Kind zur Welt bringen können. Im Moment ist es so, dass es diese Möglichkeit nur in der Pfalz gibt. Wie wir wissen, wird das auch genutzt. Es fahren viele Mütter in die Pfalz, um dort in einem Geburtshaus ihr Kind zur Welt bringen zu können.

Wir sehen die Stellungnahme der Verwaltung, dass man beginnen will, so etwas beim Klinikum anzusiedeln, als einen ersten richtigen und wichtigen Schritt und sind für heute sehr zufrieden mit dieser Vorgehensweise. Darum bestehen wir auch nicht mehr auf Abstimmung. Wir hoffen, dass das Thema wirklich ernst genommen wird. Wir kommen ja im Verlauf der Haushaltsberatung noch zu konkreten Unterstützungen für Hebammen vor Ort. Wir sind **erst einmal zufrieden** und bedanken uns bei der Verwaltung.

Der Vorsitzende: Dann sage ich Ihnen zu, dass wir zu gegebener Zeit aus den Gesprächen in den zuständigen Ausschüssen berichten und damit diese Diskussion weiterführen. Nach dieser Ansage ist die Frage, ob die weiteren Wortbeiträge noch vonnöten sind.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Aufgrund der Wichtigkeit eines solchen Geburtshauses möchte ich doch noch einmal geprüft wissen, dass es nicht von vornherein beim Städtischen Klinikum angesiedelt wird. Auf Nachfrage habe ich auch Interesse bei anderen Kliniken in Karlsruhe vorgefunden, sodass ich darum bitte, das offen zu prüfen.

Der Vorsitzende: Das sagen wir zu. Wichtig ist, dass es am Ende einen Träger geben muss, der ein Stück weit die Verantwortung übernimmt, denn das können wir aus unserer Sicht als Stadt Karlsruhe nicht tun. Wir werden mit allen reden und berichten davon in den entsprechenden Ausschüssen.

Damit wären Sie so weit einverstanden.

Antrag Nr. 15 (S. 83): Sanierungsfonds Städtisches Klinikum (CDU)

Herr Stadtrat Borner hat sich bei den Anträgen Nr. 15, 16 und 17 für befangen erklärt.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Die CDU-Fraktion hat diesen Antrag auf Sperrvermerk gestellt, weil wir einerseits wissen, dass große Instandhaltungsmaßnahmen im Klinikum anstehen und durchgeführt werden müssen, wir aber auch vermeiden wollen, dass Haushaltsreste entstehen, dass Zahlen eingeplant werden, die nachher nicht durchgezogen werden können. Wir wissen vom Klinikum, dass bei der Frage der Sanierung der

Altgebäude teilweise noch nicht klar ist, was daraus werden soll, dass jetzt hier ein Neuer – Herr Schmieg – damit beauftragt ist, sich einmal diese Unterlagen anzusehen und zu empfehlen, was in welcher Reihenfolge zu machen ist. Insoweit stehen wir zu diesem Antrag.

Jetzt mache ich aber eine Kehrtwende. In der letzten Aufsichtsratssitzung des Klinikums wurde von der Geschäftsführung des Klinikums dargelegt, dass es hier aufgrund einer Brandschau Maßnahmen gibt, die sofort ergriffen werden müssen, für die jetzt keine genauen Zahlen vorliegen. Aber wir wissen, dass es dringend notwendig ist, diese Maßnahmen jetzt zu ergreifen, und deshalb **zieht die CDU-Fraktion diesen Antrag zurück**, nachdem wir jetzt im Aufsichtsrat besser informiert worden sind, und stimmt zu, dass diese Mittel mit keinem Sperrvermerk hinterlegt werden.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Vielleicht hat sich dann auch die Diskussion erledigt.

Ich möchte nur allgemein darauf hinweisen: Sperrvermerke führen tendenziell eher zu zusätzlichen Haushaltsresten, weil sie natürlich erst einmal noch ein Zeit lang vorher einzuplanen sind, bis die Gelder dann freigegeben werden können. Ich glaube, da müssten wir uns über andere Methoden unterhalten.

Antrag Nr. 16 (S. 83): Städtisches Klinikum, Defizitausgleich Notaufnahme (GRÜNE)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Mit diesem Antrag, der deutlich Geldmittel verlangt, wollen wir die kommunale Daseinsvorsorge stärken. Wir haben uns lange überlegt, ob wir einen solchen Antrag stellen wollen, und sind deshalb auch sehr froh über die Antwort der Verwaltung, die die Grundrichtung, dass das möglich ist und die Notaufnahme eine Einrichtung der kommunalen Daseinsvorsorge im Klinikum darstellt, auch bejaht.

Sie haben zugesagt, dass Sie im Zuge des Betrauungsaktes, für den wir uns schon entschieden haben, prüfen wollen, ob es Ihnen möglich ist, das Defizit der Notaufnahme auszugleichen. Diese Prüfung finden wir sehr gut, möchten aber auf jeden Fall, dass für eine eventuelle Defizitübernahme Mittel im Haushalt stehen, und würden daher unseren Antrag insoweit modifizieren, dass wir diese Position von 2 Mio. Euro mit einem Sperrvermerk versehen könnten, sodass diese Mittel nicht zwangsläufig verausgabt werden müssten.

Uns geht es hauptsächlich darum, dass die schwierige Situation, in der sich viele Krankenhäuser befinden – auch das Klinikum – dazu geführt hat, dass das Klinikum schon einen sehr ambitionierten Konsolidierungskurs eingeschlagen hat. Das kann niemand verwehren. Wir haben in den letzten Jahren das Defizit, das sich angehäuft hat, bereits halbiert. Es ist dabei zu deutlichen Leistungsverdichtungen gekommen, und da sehen wir langsam eine Grenze erreicht und wollen sozusagen den Zeitraum, der benötigt wird, bis die Investitionen in die Baustruktur greifen und einen wirtschaftlicheren Betrieb des Klinikums möglich machen, somit abfedern und werben deshalb um Zustimmung für diesen Antrag.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Der Beitrag des Kollegen Geiger hat zum Schluss hin den Anlass für diesen Antrag offengelegt. Es geht um die Sorge, dass die Leistungsverdichtung zunimmt. Man muss es einmal deutlich sagen, man sieht die Personalbelastung als ein Problem an. Man kann wohl sicher nicht unbegrenzt – da gebe ich Ihnen recht – die Personalressource zurückfahren. Da sind wir sicher an Grenzen angelangt. Aber: Es kann nicht sein, dass wir in dieser Not, die zweifellos besteht, auf eine Finanzierungsüberlegung kommen, die wir jahrelang nicht gehegt haben und die jetzt sozusagen das Kind einer bundesweit geführten Diskussion ist. Der Antrag zeigt zumindest, dass die Krankenhausfinanzierung eigentlich ein Notfall ist, die in die Notfallambulanz gehört. Die Idee aber, die Notfallambulanz zum Finanzierungsmodell zu machen, ist jedenfalls zumindest umstritten. Die Diskussion sollte abgewartet werden.

Dem trägt die Vorlage der Verwaltung Rechnung, und deswegen sind wir auch der Auffassung, das derzeit abzulehnen.

Stadträtin Fischer (SPD): Ich muss es nicht wiederholen, was der Kollege Pfannkuch gesagt hat, aber ich denke, wir sollten hier noch einmal deutlich machen, uns ist allen im Haus daran gelegen, unser Klinikum solide und ordentlich auszustatten. Aber die Verantwortung der Sicherstellung der ambulanten Versorgung obliegt der kassenärztlichen Vereinigung. Und da sollten wir wirklich das Eckpunktepapier abwarten, denn wann ist die Notfallambulanz in unserem Klinikum überbelegt? Am Mittwochnachmittag und am Freitagnachmittag – immer dann, wenn die niedergelassenen Ärzte nicht verfügbar sind, und deshalb müssen wir auch hier nicht einfach Kosten übernehmen, die eigentlich vom System her andere übernehmen müssten, sondern wir sollten wirklich auf dem Reformweg weitermachen und schauen, dass diese Leistungen von der kassenärztlichen Vereinigung übernommen werden.

Stadtrat Lancier (KULT): Die KULT-Fraktion ist für die Unterstützung des Antrages der Grünen und möchte gerne die finanzielle Ausstattung des Klinikums auf die Art und Weise sichern, um die Arbeit des Klinikums an der Stelle zu unterstützen.

Stadtrat Hock (FDP): Es wurde jetzt schon viel gesagt. Natürlich hat die kassenärztliche Vereinigung hier die Leistung zu erbringen. Frau Kollegin Fischer hat genau das gesagt, worauf es ankommt. Wenn wir das jetzt ausgleichen würden, dann würden wir das Problem von uns aus auf unsere Schultern packen. Es ist nicht unser Problem. Wir müssen das Problem bei der kassenärztlichen Vereinigung sehen, und die muss in die Pötte kommen. Deshalb werden wir bei diesem Antrag heute nicht mitgehen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Mir ist wichtig, und das ist auch aus allen Beiträgen deutlich geworden, wir stehen zum Klinikum, und wenn das Klinikum trotz aller Einsparbemühungen Defizite erwirtschaftet, dann lassen wir das Klinikum an der Stelle auch nicht allein, Das haben wir in den letzten Jahren so gemacht, und das wird auch weiter gelten. Die zentrale Notaufnahme ist ein wesentlicher Punkt, warum das Klinikum Defizite macht. Das ist auch bekannt. Insofern ist es insgesamt richtig, dass das Klinikum in einem Konsolidierungsprozess ist. Es ist aber auch so, dass ich konsolidieren kann, wie ich will, an dem einen Grundproblem der Thematik, die eben dargestellt wurde, kann ich zunächst einmal als Klinikum strukturell nichts ändern. Dennoch ist es richtig – und deshalb empfehlen wir auch die Ablehnung –, dass wir jetzt

weiter mit dem Klinikum darüber diskutieren, wie wir Notfallaufnahme gegebenenfalls anders organisieren können, und gegenüber der kassenärztlichen Vereinigung die Grundsatzfrage aufwerfen. Es besteht das Problem - ich kenne die Zahlen nicht aus dem Klinikum, sondern aus einem bundesweit geltenden Artikel, den ich kürzlich gelesen habe –, dass ein Notfallpatient Fixkosten von 120 € verursacht, das Klinikum aber über die Abrechnung als ambulante Leistung nur zwischen 30 und 40 € zurückerhält. Das ist einfach das Dilemma, in dem wir uns befinden.

Dennoch ist es richtig, dass es auch Bereiche im Klinikum gibt, die Geld abwerfen. Insofern kann man jetzt auch nicht die Komplettkosten einer zentralen Notaufnahme übernehmen. Wir müssen uns generell überlegen, ob es auch andere Organisationsformen gibt. Es gibt schon Vorreiter an anderen Kliniken, wo man versucht, dieses Defizit an hausärztlicher Versorgung zu bestimmten Zeiten – was Sie, Frau Fischer, vorhin beschrieben haben –, aber auch den Hang der Menschen, manchmal lieber in die Notaufnahme zu gehen, auf dem Gelände des Klinikums anders abzufangen als alles über diese an Fixkosten sehr aufwändige Notaufnahme gehen zu lassen. Das mal als eine mögliche Entwicklungslinie.

Mir ist es wichtig: Es geht nicht darum zu sagen, die müssen weiter die Arbeit verdichten, und dann wird alles schon klappen, sondern wir haben hier ein zentrales Problem, und das müssen wir angehen. Am Ende fällt es doch wieder auf unsere Schultern, von daher entziehen wir uns nicht der Verantwortung – ich glaube, das ist auch deutlich geworden –, aber wir sollten den Druck nicht aus dem Kessel nehmen in diesem für alle Krankenhäuser sehr schwierigen Thema. Ich meine die Krankenhäuser der Maximalversorgung, die anderen betrifft es in diesem Umfang nicht. Von daher empfehlen wir Ablehnung, aber ohne dass damit das Signal ans Klinikum verbunden wäre, dass wir es im Regen stehen lassen. Das ist sicherlich nicht beabsichtigt.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich muss um Verzeihung bitten, dass ich mich aufgrund Ihrer Hinweise noch einmal zu einem Nachklapp veranlasst sehe.

Ich sehe den Ansatz tatsächlich, er muss in einer bundesweiten Kassenlösung gefunden werden. Er darf nicht in einer Binnenlösung zwischen dem Klinikum und jemand anderem gefunden werden. Sehen Sie bitte auch die anderen Anstalten, die möglicherweise nicht den Auftrag der Maximalversorgung zu erbringen haben, aber die in gleicher Weise zentrale Notaufnahmen haben und insofern für die Gemeinschaft diese Leistungen erbringen. Deshalb ist die bundesweite Lösung sicher die vernünftigste.

Der Vorsitzende: Ich habe ausdrücklich gesagt, dass wir auch hier vor Ort noch über andere Organisationsstrukturen nachdenken könnten und sollten. Auch da gibt es Vorbilder, wo man sich zum Teil aus dieser teuren Infrastruktur für bestimmte ambulante Leistungen verabschiedet, aber das ist dann schon sehr kompliziert und hat auch etwas mit Verantwortung zu tun, die dann übernommen werden muss.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir jetzt schon im Haushalt sehr viel für das Klinikum tun. Herr Dollinger hat gerade die Zahlen herübergereicht. Wenn ich alle Sanierungszuschüsse, Interimsfinanzierungen, die Energiezentrale oder auch unsere Liquiditätsunterstützung zusammenrechne, komme ich auf Beträge von 14,5 Mio. € im Jahr

2015 und 15,6 Mio. € im Jahr 2016. Wir sind also ganz gut dabei. Das hat jetzt nichts mit diesem Defizitausgleich zu tun – das ist schon klar –, aber es soll schon nach außen die Botschaft gehen, dass wir das Klinikum vollumfänglich unterstützten.

Die Grünen haben ihren **Antrag um einen Sperrvermerk ergänzt**, das möchte ich ausdrücklich für das Protokoll hinzufügen. Jetzt kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 14 Ja-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 17 (S. 83): Städtisches Klinikum – Ausgleich bzw. Verlustausgleich aus städtischen Mitteln (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Die Karlsruher Krankenhäuser stehen im Wettbewerb, sie stehen im ökonomischen Wettbewerb. So diskutieren wir das hier ständig. Wir sind der Meinung, dass sie im Qualitätswettbewerb stehen müssten, nicht im ökonomischen Wettbewerb. Es kann nicht sein, dass wir ein Krankenhaus nach der Kassenlage betrachten, ständig von einem Krankenhaus erwarten, dass es eine schwarze Null schreibt, und dann sagen, es gibt ein Dilemma. Dieses Dilemma heißt Ökonomie. Nein, wir müssen zunächst das Krankenhaus nach Patientenlage finanzieren. Wenn wir dann darüber hinaus Effizienzen finanzieren können, okay. Aber Effizienz heißt nicht Einsparung, sondern dass die Abläufe vernünftig laufen. Interessant ist ja, dass die Stadt Karlsruhe in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer bereit war, Projekt wie Messen, Fußballstadien und Flughäfen zu finanzieren.

Ich bin der Meinung, dass wir die Logik umdrehen müssen. Wir müssen das Krankenhaus nach Patientenlage finanzieren und andere Projekt nach Kassenlage. Sie drehen das immer um, das geht so nicht. Wenn wir der Meinung sind, dass auch andere zu bezahlen haben, dann müssen wir trotzdem erst finanzieren und dann dafür sorgen, dass andere ihren Beitrag leisten, aber nicht die Patienten hängen lassen und sagen, das ist zu teuer, da machen wir Tore auf, das geht so nicht. Wir brauchen eine Kehrtwende in der Logik, sodass dann Projekte wie Gesundheit, Kultur und Bildung nicht nach Kassenlage betrachtet werden, aber die anderen Projekte, die ich genannt habe, müssen sehr wohl nach Kassenlage betrachtet werden, und deshalb dieser Antrag heute für das Klinikum.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Ich habe mich deshalb gemeldet, weil die grüne Fraktion diesen Antrag ablehnen wird, und das ist ja erläuterungsbedürftig, nachdem wir selbst gerade einen so großen Antrag gestellt haben. Uns stört die pauschale Vorgehensweise bei der beantragten Gewährung des Defizitausgleichs. Wir haben in Karlsruhe bisher darauf verzichtet, in eine generelle Betriebskostenfinanzierung hineinzukommen. Wir haben uns deshalb auch die Mühe gemacht, explizit einen Bereich zu finden, der der kommunalen Daseinsvorsorge hundertprozentig zuzuordnen ist. Ein Klinikum zu betreiben, das dem Bedarf der Patienten und der Angestellten gerecht wird, das ist auch eine Vorstellung, der wir uns anschließen können. Das heißt aber nicht, dass man nicht den effizientesten Weg dazu suchen sollte, und deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich kann darauf hinweisen, dass wir ja einiges dazu beim letzten Antrag schon gesagt haben.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ja, Herr Oberbürgermeister, soweit der vorangegangene Antrag noch der Versuch war, systemisch mit dem Problem umzugehen. Wir sehen es zwar streckenweise deutlich anders – darauf haben wir hingewiesen –, aber das wäre jetzt wirklich der Einstieg in eine Sozialisierung des Klinikums, und das darf es nicht geben. Wir wollen keinesfalls die Schleusen mit solchen Vorstellungen öffnen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Herr Oberbürgermeister, einen Satz als Ergänzung an den Kollegen Pfannkuch.

Ich möchte doch darauf hinweisen, der Herr Oberbürgermeister hat zwei Zahlen genannt, mit was wir das Klinikum unterstützen. Er hat Beträge pro Jahr genannt, die in etwa nur dem Verlustausgleich der Messe entsprechen – also nur, um die Verhältnisse klarzustellen. Es geht darum, die Logik endlich umzudrehen und Gesundheit und andere Projekte anders zu finanzieren und diese Nico-to-have-Projekte doch etwas fiskalischer und wettbewerbsfähiger zu betrachten.

Der Vorsitzende: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir auch bisher schon Verlustausgleich geleistet haben. Ich hätte zwar mit dem Begriff Sozialisierung vielleicht nicht so viele Probleme wie manch anderer, aber es geht jetzt hier nicht um die Frage der Sozialisierung, sondern es geht um die Frage eines schon im Haushalt vorgegebenen Verlustausgleichs oder eben dann eines Verlustausgleichs, wenn er am Ende dann doch kommt.

Ich darf Sie um das Kartenzeichen bitten. – 2 Befürwortungen, der Rest ist **Ablehnung** und das mehrheitlich.

Wir unterbrechen jetzt die Sitzung für eine Pause von 15 Minuten und sehen uns um 10 Minuten nach 11 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:55 Uhr bis 11:14 Uhr)

Der Vorsitzende setzt um 11:14 Uhr die unterbrochene Sitzung fort: Herr Stadtrat Hofmann, Sie hatten da noch einen Vorschlag.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich würde gerne vorschlagen, da sich die Verwaltungsantwort ja auf die Anträge 18 bis 23 bezieht, dass man die zusammen aufruft und auch zusammen behandeln kann.

Der Vorsitzende: Ich sehe hier gewisse Zustimmung und keine Ablehnung. Dann würden wir das so machen. Das wird dadurch natürlich ein bisschen umfangreicher. Damit rufe ich also auf:

Antrag Nr. 18 (S. 86): Stadtmarketing (SPD)

Antrag Nr. 19 (S. 86): Karlsruher Event GmbH (SPD)

Antrag Nr. 20 (S. 86): Karlsruher Event GmbH (GRÜNE)

Antrag Nr. 21 (S. 86): Karlsruher Tourismus GmbH (SPD)

Antrag Nr. 22 (S. 86): Karlsruher Tourismus GmbH (GRÜNE)

Antrag Nr. 23 (S. 86): KMK/KTG/KEG - Zuschuss (KULT)

Es geht hier um die Wirtschaftspläne des Stadtmarketings, der Karlsruher Event GmbH, der Karlsruher Tourismus GmbH und hier die entsprechenden Wirtschaftspläne und Zuschüsse, nur damit das Publikum oben versteht, warum das jetzt zusammengefasst wurde und die Anliegen der einzelnen Anträge gehen auch in eine ähnliche Richtung. Damit sind alle diese Anträge aufgerufen. Für den ersten Antragsteller hat das Wort Herr Stadtrat Zeh.

Stadtrat Zeh (SPD): Es geht um die Neuformierung der Gesellschaften, wie wir es vor gut einem Jahr gemacht haben. Wir haben jetzt die Bewährungsprobe mit dem Stadtgeburtstag, was durchaus hier im Mittelpunkt des Stadtmarketings steht. Ich bin begeistert, wie viele Bürger das Event jetzt schon wahrnehmen. Wir wissen aus der Vorgeschichte, dass der Start etwas holprig war. Deshalb trägt die SPD für 2015 alles so mit. Wir wollen den Stadtgeburtstag auch so feiern, wie er jetzt kommt. Wir müssen dann aber schon kritisch, jetzt sage ich mal ab Oktober, Bilanz ziehen, welche Gesellschaft dazu beigetragen hat und wie dann die Zukunft im Jahr 2016 aussieht. Deshalb haben wir schon den Sperrvermerk für die Event- und Tourismus GmbH gemacht. Ich wandle hiermit auch den Streichungsantrag zum Stadtmarketing nur in einen Sperrvermerk um, damit wir hier in Ruhe die Struktur noch einmal insgesamt überlegen können. Das ist das, was der Gemeinderat gemacht hat. Es war versprochen worden, diese Neustrukturierung in die Gesellschaften würde ein paar hunderttausend Euro mehr kosten. Es ist natürlich deutlich mehr geworden, auch mit durchaus mehr Aufgaben. Was machen wir dann nach dem Stadtgeburtstag, was machen wir in den kommenden Jahren? Inwiefern wird die Event GmbH sich weiter mit Sportveranstaltungen beschäftigen? Was ist die Aufgabe des Stadtmarketings in der Zukunft? Ist es nur der Drais- und Heimattag, oder wie sieht die Zusammenarbeit in den Gesellschaften aus? Ob da wirklich drei Gesellschaften in dem Bereich notwendig sind? Die Messe ist hier eigenständig. Das sollten wir hier in Ruhe in der Haushaltsstrukturkommission prüfen. Nicht nur allein, dass die Haushaltspläne dann im Hauptausschuss besprochen wurden, sondern auch die Strukturen müssen hier überprüft werden. Deshalb haben wir für die drei Gesellschaften Stadtmarketing, Event GmbH und Tourismus GmbH für 2016 den Sperrvermerk beantragt. Es ist dem etwa entsprochen, dass zumindest darüber diskutiert wird, aber wir sollten das durchaus auch in einer Tiefe angehen. Das ist die Absicht der SPD.

Eine Bemerkung muss ich doch noch nachschieben. Mir fällt da gerade auf, Frau Luczak-Schwarz, es ist natürlich nicht fair, wenn Sie bereits vorab in einer Presseerklärung sagen, hier darf nicht gespart werden, hier kann nicht gespart werden und vorher in den Haushaltsreden so deutlich auch Sparanträge gemacht werden. Wir werden dann im Detail sehen, ob man die 20 %, teilweise haben wir sie durch die Veränderungsliste schon eingespart, auch erreichen können.

Der Vorsitzende: Für die weiteren Antragsteller, Frau Stadträtin Dr. Leidig.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Die vielen Kürzungs-, Streichungs- und Konzeptionsänderungsanträge im Bereich Messe, Event, Tourismus und Stadtmarketing von der SPD, Grünen und Kult zeigen auch, dass zumindest die Hälfte des Gemeinderates sich

letzten Endes auch dazu bekennt, dass man die Ausgabenspirale in diesem Bereich der städtischen Gesellschaften nicht einfach laufen lassen kann, und dass hier Aufgaben- und Ausgabenkritik unbedingt notwendig ist. Es ist gerade mal ein Jahr her, als uns von der Verwaltung zugesagt wurde, die Neustrukturierung der Event GmbH, Tourismus und Messe wird 360.000 Euro kosten. Jetzt stehen 1,6 Millionen mehr im Haushalt, und die sind bei Weitem nicht lange durch die Aufwendungen für die Europahalle zu erklären. Sie sind durchaus aber dadurch zu erklären, dass sich die Gesellschaften neue Aufgaben gesucht haben. Die Event GmbH berät jetzt bei der Karlsruher Messe und dem Weihnachtsmarkt. Das ist bestimmt nett gemeint, vielleicht ist es sogar sinnvoll, aber ist es notwendig? Das sollte man sich tatsächlich fragen. Was wir wissen ist, es kostet und zwar viel.

Laut Antwort der Verwaltung ist es jetzt so vorgesehen, dass die Zuschüsse für die Gesellschaften auf dem Niveau von 2015 fortgeschrieben werden sollen. Da ist man uns ja entgegengekommen. Jetzt ist aber das Problem, dass die Kosten in 2015 erst so richtig hochgefahren werden, allein für den Bereich Tourismus um rund eine halbe Million. Da sollen vier Personen eingestellt werden. Auch die Event GmbH, wenn sie auf dem Niveau fortfahren würde, könnte man jedes Jahr einen Stadtgeburtstag feiern oder zumindest wird so getan, als ob dieser Bedarf besteht. Problematisch ist eben auch, es wird Personal eingestellt. Jetzt die Aufgaben zu erweitern, Personal einzustellen und dann zu sagen, anschließend Aufgabenkritik zu üben, das finden wir jetzt eigentlich eine falsche Herangehensweise. Deswegen fordern wir auch jetzt schon eine Rücknahme der Zuschusserhöhung auf das Niveau von Anfang 2014.

Wir freuen uns dennoch, dass die von uns angeregte Diskussion im Hauptausschuss bereits bewirken konnte, dass etliche Gelder eingespart wurden. Zum Beispiel wurde die Projektidee „Ganz Karlsruhe auf einem Schiff“ für 100.000 Euro zurückgenommen. Insgesamt konnten so schon Einsparungen von 565.000 Euro erzielt werden. Da sehen wir durchaus eine sehr positive Tendenz. Allerdings ist das ein guter Ansatz - ich habe vorhin gesagt, 1,6 Millionen insgesamt Anstieg, jetzt fährt man praktisch 600 zurück -, aber es ist uns noch nicht genug. Wir hoffen, dass wir bald im Hauptausschuss und in der Strukturkommission oder vielleicht eben auch mal in einer Sondersitzung mit dem Thema Aufgabenkritik bei den städtischen Gesellschaften uns nicht nur austauschen, sondern dort auch Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen festsetzen, z. B. ein Reduktion um 10 oder 20 %, und dann aufgezeigt bekommen, wo diese Reduktion tatsächlich auch stattfinden könnte. Die Entscheidung, welche Aufgaben beibehalten und welche reduziert werden sollen, wollen wir nicht den Gesellschaften überlassen. Das sehen wir durchaus als einen Aspekt, in dem Politik gefragt ist, in dem es um Gestaltung geht, und das ist kein operatives Geschäft.

Wie die KULT auch hervorhebt, bei ihrem Antrag ist es so, dass die KMK natürlich auch einzubeziehen ist in diese ganzen Überlegungen, Zuschüsse zu reduzieren und ganz prinzipiell hier eben auch Prioritäten zu setzen. Wir sind gespannt auf die weiteren Diskussionen und hoffen, dass sich, ein paar zumindest, unseren Kürzungsvorschlägen noch weiter anschließen werden.

Der Vorsitzende: Für die antragstellende KULT-Fraktion, Herr Stadtrat Dr. Fischer.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich will mal das Modell der Familie bemühen. Stellen Sie sich vor, Sie haben eine Familie mit zwei Kindern, und es geht darum, dass man sparen muss, weil man feststellt, es ist nicht mehr so viel Geld da. Dann ist es einfach so, vorher war es einfach zu sagen, wir gehen am Samstag zum Shopping. Da gibt man halt ein bisschen mehr aus als üblich. Es ist aber viel schwieriger, die Familie dazu zu bringen, dass der Papa z. B. sagt, ich fahre jetzt nicht immer mit dem Auto zum Sport und zum Bäcker, damit der Tank länger hält. Ich muss meiner Tochter oder meinem Sohn eben klarmachen, dass wenn sie bei H&M sind, nicht jedes Mal 100 Euro ausgegeben werden, sondern zukünftig nur noch 80. Genau in dieser Situation sind wir jetzt. So sehr und so positiv Konsum auch sein mag, wir müssen uns überlegen, was können wir uns bei jetzigen Situation erlauben. Der Kollege Fostiropoulos hat vorhin das Wort „Kassenlage“ benutzt. Das ist sicher ein Antrieb, aber es geht natürlich logischerweise immer um eine strukturelle Debatte.

Das Negativbeispiel für meine Fraktion ist das Verhalten, was wir damals in der Finanzkrise an den Tag gelegt haben, wo wir von einem Tag auf den anderen angefangen haben, das Ruder umzulegen und zu stoppen. Das war ein Fehler. Gott sei Dank haben wir es dann auch erkannt und dann im Nachtragshaushalt nachgesteuert. Das soll uns aber nicht wieder passieren. Strukturelle Defizite bedeuten strukturelle Maßnahmen. Das bedeutet Strukturkommission. Da muss auch wirklich etwas herauskommen. Um Helmut Kohl zu bemühen, wichtig ist das, was am Ende ist. Dort muss diese Aufgabenkritik stattfinden, z. B. über den ganzen Bereich vom Stadtmarketing bis zur Messe, Tourismus und Event. Damit hier aber kein negativer Zungenschlag ertönt oder das richtige in der Atmosphäre hier bleibt, wenn ich hier z. B. das Stadtjubiläumsteam anschau, da muss ich sagen, Hut ab, Chapeau, es wird eine tolle Sache. Wir müssen aber jetzt schon an das Jahr 2016 denken. Wenn das Event einmal abgewickelt ist, dann muss man sich wirklich überlegen, was mache ich mit den Leuten und was mache ich mit den ganzen Aufgaben.

Jetzt habe ich noch einen Punkt, liebe Bürgermeisterin, Frau Luczak-Schwarz. Auch uns hat es missfallen, dass Sie als Finanzbürgermeisterin vor den Haushaltsberatungen für Ihren Bereich, weil Sie ja nicht nur Finanzbürgermeisterin sind, sondern eben auch Bürgermeisterin für Tourismus, Messe etc., so gestritten haben. Das kann sich kein anderer Bürgermeister erlauben. Deswegen würden wir uns wünschen, dass dies zukünftig nimmer stattfindet. Wir bedenken uns das schon auch, dass der Bereich nicht total gekürzt wird. Das wird in der Strukturkommission sicher auch unsere Linie sein. Es ist aber einfach schwierig, wenn man in dieser Doppelrolle steckt, einerseits Finanzbürgermeisterin, andererseits zuständig für die größten Ausgabenträger im Konzern Stadt, dass man da in ein Missverhältnis der Rollen kommt.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir haben gestern im Ältestenrat gehört, wann man öffentlich werden darf mit Äußerungen und wann nicht. Wir hatten das auch angeregt, ich glaube, da waren die Vorlagen auch schon raus, und der Herr Oberbürgermeister selbst hat gesagt, dass dann Äußerungen zulässig sind. Das zu dem Punkt. In der Sache stimmen wir natürlich mit den Vorrednern absolut überein. Ich möchte aber zuerst kurz erwähnen, Herr Dr. Fischer hat es eben auch gegen Ende gemacht, dass alle Gesellschaften eine sehr gute Arbeit machen, und dass das Herauslösen von Tourismus und eben der Fest GmbH, jetzt Event GmbH, sicherlich seine Vorteile gehabt hat. Dass sich

jetzt natürlich unter denen ein Wettbewerb entwickelt hat, dass jeder auch etwas machen will, das ist selbstverständlich. Deswegen müssen wir da jetzt auch eingreifen.

Ich möchte allerdings noch einmal auf die Vorlage eingehen bzw. auf die Stellungnahme der Verwaltung. Da steht deutlich drin, dass wir im Prinzip im Hauptausschuss am 09.12.14 den Wirtschaftsplan 2015 beschlossen haben. Das ist richtig. Der wurde mehrheitlich beschlossen. Nicht richtig ist der nächste Satz: „Einschließlich der mittelfristigen Investitions- und Finanzplanung bis 2019 genehmigt.“ Da haben wir alle ausdrücklich Wert darauf gelegt, dass eben dies 2016 und folgende Jahre nicht festgeschrieben wird, sondern dass genau dieser Prozess, der jetzt in der Verwaltungsvorlage und in dem Antrag von KULT vorgeschlagen wird, eingeleitet wird. Dass man das der Einfachheit halber machen musste, weil man nicht nichts eingeben kann, ist uns schon klar, aber es wurde definitiv nichts beschlossen, weil wir alle nicht wollten, dass das beschlossen wird.

Wir sind insgesamt auf einem guten Weg. Ich bin ja in der Lage, jetzt mal als Vierter zu sprechen. Da kann ich meinen Vorrednern nur recht geben und muss nicht alles noch einmal wiederholen. Frau Dr. Leidig hat die Zahlen sehr eindeutig noch einmal dargelegt. Wir sind der Meinung, dass wir wirklich gute Gesellschaften haben, aber dass sich da ein Eigenleben entwickelt hat, dass wir so, gerade in der Finanzlage, in der wir uns jetzt befinden, nicht weiter bestehen lassen können. Deswegen wollen auch wir, wie es von der Verwaltung vorgeschlagen wird, im Prinzip im Hauptausschuss bzw. natürlich vorher in der Strukturkommission - damit auch aktiv mitgearbeitet werden kann von den drei Gesellschaften, von der KEG, der Tourismus GmbH und dem Stadtmarketing, aber auch, weil es eben noch die Vergangenheit mit sich bringt, der KMK, da sind auch noch einige Dinge zu regeln, was da entsprechend beim Rauslösen vielleicht versäumt oder nicht gemacht wurde - eine klare Auflistung haben, eine eingepreiste Leistungsvariante, damit man genau sagen kann, das können oder wollen wir nicht mehr. Das muss unser Recht sein. Dem würden wir auch so entsprechend zustimmen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Der Haushaltsentwurf sieht eine Verdreifachung der Schulden vor, eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Aus unserer Sicht können wir so nicht weitermachen. Es kann kein „weiter so“ geben, sondern wir müssen uns ganz klar überlegen, was wir in Zukunft noch machen können und machen wollen. Da ist eben gerade der Bereich Marketing, Veranstaltungen. Das sind keine Pflichtaufgaben, sondern das ist einfach „nice to have“. Wir sagen natürlich auch, dass die Stadt weiterhin in diesem Bereich aktiv sein muss, aber das jetzt einfrieren zu wollen auf dem hohen Level des Stadtjubiläums, das halten wir nicht für richtig. Deswegen werden wir auch die Reduzierungsanträge, die hier vorliegen, voll umfänglich unterstützen, auch die Sperrvermerke.

Zum KULT-Antrag möchte ich sagen: Es hat sich ja schon im Hauptausschuss gezeigt, das Ziel war die Aufspaltung in die drei Gesellschaften, dass hier Kosteneinsparungspotentiale gehoben werden sollten. Dass das nicht so ganz einfach zu sein scheint, haben wir schon im Dezember gesehen. Deswegen werden wir auch diesen Antrag unterstützen. Wir müssen uns noch einmal mit diesen Kostensenkungszielen beschäftigen. Wir müssen sparen. Es kann nicht sein, dass wir die Schulden verdreifachen, dann auch noch unseren Gewerbetreibenden zumuten, die Gewerbesteuer zu erhöhen und damit

Arbeitsplätze gefährden, aber dann nirgends wirklich sparen. Gerade im Bereich Marketing, Veranstaltungen haben wir Raum, die Kosten nicht nur auf dem Niveau des Stadtjubiläums einzufrieren, sondern eben abzusenken.

Der Vorsitzende: Nur pro forma. Ich glaube nicht, dass durch die Gewerbesteuererhöhung Arbeitsplätze vernichtet werden. Darüber diskutieren wir in aller Ruhe, wenn wir das hier auf der Tagesordnung haben.

Jetzt haben alle dazu Stellung genommen. Ich möchte noch auf zwei Dinge hinweisen. Genau das, was Sie eingefordert haben, hat ja im Grunde schon stattgefunden, denn vieles, was in der Veränderungsliste jetzt schon verändert wurde, ist das Ergebnis der Diskussion über die Wirtschaftspläne im Hauptausschuss im vergangenen Jahr. Es ist eben nicht so, dass hier hinten herum irgendwelche Kostensteigerungen hineingewürgt wurden von der Verwaltung und es deswegen Grund für Misstrauen und für Kritik gibt, sondern die Gesellschaften haben das gemacht, wozu sie beauftragt sind, voneinander weg sich stärker zu profilieren und sich in ihrem Kerngeschäft besser aufzustellen. Dazu gab es Vorschläge. Sie haben einen Teil dieser Vorschläge akzeptiert. Sie haben im letzten Jahr einen Teil der Gesellschaften auch mit neuen Aufträgen versehen. Ich möchte gerade auf die Sportveranstaltungen der vergangenen Wochen hinweisen, und Sie haben einen Teil der Vorschläge für die nächsten Jahre abgelehnt. Genau so muss das Spiel miteinander laufen. Das müssen wir jetzt miteinander üben. Ich bitte einfach darum, dass wir diesen Weg sehr konsequent gemeinsam weitergehen, ohne dass jetzt eine Gesellschaft, die sich etwas Neues überlegt hat und dann zur Diskussion stellt, gleich in den Verdacht gerät, sie wolle sich auf Kosten der anderen profilieren oder es gäbe hier einen Wettlauf oder sonst etwas. Darum geht es überhaupt nicht. Es geht darum, dass wir natürlich genau von den Gesellschaften verlangen, dass sie uns Entwicklungs- und auch Profilierungsmöglichkeiten anbieten. Wir müssen es nur hinkriegen, dass die Struktur nicht sozusagen wächst, ohne dass Sie es mit beschlossen haben. Ich glaube, da haben wir mit den Wirtschaftsplänen auch schon die richtigen Dinge jetzt im letzten Jahr begonnen, indem Stellen nur befristet freigegeben wurden und, und, und. Insofern kann ich einen Teil der Empörung nicht ganz nachvollziehen und bitte einfach darum, dass wir diesen Weg sehr konsequent weitergehen, und dass man dann in eine richtige Diskussion hineinkommt.

Die Verwaltung kann sich Sperrvermerken für 2016 durchaus anschließen, wobei das ja eigentlich schon ein Automatismus ist, dadurch, dass Sie die Wirtschaftspläne für 2016 sowieso erst noch einmal freigeben, ist es ja quasi schon wie ein Sperrvermerk. Für 2015 sehen wir keine Möglichkeiten, hier bei den schon beschlossenen Wirtschaftsplänen noch etwas abzuziehen, nicht nur, weil das Jahr schon läuft, sondern weil auch das unserem eigentlichen Handeln im Hauptausschuss im letzten Dezember völlig zuwiderlaufen würde. Das wäre auch nicht fair im Umgang mit diesen Gesellschaften, denn die müssen zumindest im Dezember wissen, woran sie ab Januar sind. Sonst kann es nicht funktionieren. Insofern sind wir da auf einer gemeinsamen Ziellinie. Wir haben ja in unserer Antwort auf den KULT-Antrag gesagt, dass wir genau für das Jahr 2016 so einen abgestimmten Vorschlag machen. Sie verlangen es auch schon für das Jahr 2015. Das hätte dann zumindest wirtschaftlich keine Auswirkungen mehr aus unserer Sicht.

Ich soll auch noch einmal darauf hinweisen, dass wir sehr deutlich machen in unserer Antwort auf den Antrag Nr. 18, dass die Beträge des Stadtjubiläums im Rahmen des Stadtmarketings dann 2016 auf null gefahren werden. Auch da ist es nicht so, das klang bei einem Wortbeitrag mal so durch, dass wir das nicht berücksichtigt hätten, dass 2016 kein Stadtjubiläum mehr ist. Das ist sehr wohl berücksichtigt und reduziert auch hier diesen Zuschuss um 6,2 Millionen. Das ist doch ein beträchtlicher Teil.

Jetzt müssten wir doch die Anträge nacheinander abarbeiten. Sie signalisieren mir bitte immer, inwieweit Sie das jetzt noch für nötig halten. Ich schaue jetzt mal die SPD an zum Antrag 18. - Ist **erledigt**.

Dann kommen die Anträge 19 und 20, Karlsruhe Event. Antrag 20 zuerst abstimmen, höre ich gerade. Das eine ist die Reduzierung, das andere ist der Sperrvermerk. Dann ist die Reduzierung das Weitergehende. Dann rufe ich den Antrag Nr. 20 der Grünen auf und bitte jetzt hier um das Kartenzeichen. - 15 Ja-Stimmen, der Rest sind ablehnende Voten. Damit ist Antrag 20 **abgelehnt**.

Antrag 19 - der Sperrvermerk der SPD hat sich **erledigt**.

Dann kommen wir zu 21 Sperrvermerk Tourismus. Auch **erledigt**.

Antrag 22, Antrag der Grünen, das ist ein Reduzierungsantrag. Da bitte ich um die entsprechenden Kartenzeichen. - 14 dafür, der Rest dagegen. Einer hat nicht teilgenommen. Dann ist das so. **Abgelehnt**. - Herr Stadtrat Hofmann.

Stadtrat Hofmann (CDU): Nur eine kurze Frage noch. Die SPD hatte bei dem Antrag 18 aber gesagt, er ist zwar erledigt, aber bitte einen Sperrvermerk draufmachen. Das ist so.

Der Vorsitzende: Ich würde sagen, der Sperrvermerk ist ja implizit sowieso da. Aber wir können offiziell als Verwaltung sagen, wir nehmen es als Sperrvermerk mit rein. Es ging da um das Stadtmarketing für 2016.

Jetzt kommen wir zum Antrag 23. - Hat sich **erledigt**.

Anträge Nrn. 24 und 25 (diverse): Bezug von Ökostrom für städtische Liegenschaften (CDU, GRÜNE)

Es ist einmal ein Antrag 100.000 Euro zu streichen, einmal ein Antrag 100.000 Euro einzustellen. Ich möchte noch einmal auf unsere Stellungnahme hinweisen, dass wir die Mehrkosten für den Ökostrom, also diese 100.000 Euro, im Haushalt schon drin haben. Wir folgen damit in der Haushaltsaufstellung einer Empfehlung des AUG, der das empfohlen hat. Es gab dazu nur noch keine abschließende Abstimmung im Gemeinderat. Das wird jetzt sozusagen mit dem Haushaltsplan so passieren. Wir würden, wenn Sie uns diese 100.000 Euro lassen, dann eben morgen oder diese Woche an der entsprechenden Bezugsquelle diese Margen sichern. Es ist nicht so, dass man immer zu jeder

beliebigen Zeit den entsprechend zertifizierten Ökostrom auch zur Verfügung hat. Wir sind aber guter Hoffnung, dass wir da noch rechtzeitig unterwegs sind.

Das noch einmal zur Klärung dieser Thematik. Jetzt kommen wir zu den Antragstellern. Da hat als erster das Wort Herr Stadtrat Döring für die CDU.

Stadtrat Döring (CDU): Wir haben schon im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit über dieses Thema des Ökostroms beraten. Die CDU-Fraktion ist nicht sehr glücklich damit. Im Prinzip geht es hier um ein Siegel, das keinen ökologischen Mehrwert erzeugt, sondern nur rein ideologisches Marketing rechtfertigt.

Es werden keine Ökostromanlagen gebaut oder bestehende Projekte unterstützt, da nur Anlagen ohne EEG-Förderung diesem Siegel im Prinzip zugute kommen. Der Karlsruher Steuerzahler zahlt Strom, der z. B. mit Atomkraftwerken in norwegischen Pumpspeicherkraftwerken eingespeist wird. Das kann eigentlich nicht ganz der Sinn unserer Politik sein. So ein Siegel ist deswegen kein Garant, dass z. B. Atomkraft durch solche Pumpkraftspeicherwerke im Prinzip dann eingelagert wird. Es verfehlt seinen Sinn total. Es sind im Prinzip mehr Kosten für den Bürger, dem wirklich kein einziger Mehrwert entgegensteht. Wenn wir einmal verdeutlichen, dass der Anteil von erneuerbaren Energien in den Strom, den die städtischen Liegenschaften jetzt schon von den Stadtwerken beziehen, bei 39 % liegt, dann ist das schon ein wahnsinniger Schritt. Wir haben da viel investiert und damit haben wir auch eine Vorreiterrolle. Das jetzt noch zusätzlich mit draufzulegen, geht im Prinzip bei dieser desolaten Haushaltslage nur zu Lasten des Steuerzahlers. Das lehnen wir entschieden ab.

Der Vorsitzende: Für die zweiten Antragsteller Frau Stadträtin Mayer.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Unser Antrag hat sich erledigt. Vielen Dank für den Hinweis. Wir möchten uns aber noch einmal ganz ausdrücklich dafür aussprechen, den Ökostromtarif in Anspruch zu nehmen. Es ist eine Maßnahme aus dem Klimaschutzkonzept, das wir im Gemeinderat einstimmig beschlossen haben. Auch der AUG hat sich positiv dafür ausgesprochen.

Herr Döring, Ihnen möchte ich ganz vehement widersprechen. Sie sagen, dass dadurch überhaupt kein positiver Mehrwert zustande kommt. Das ist schlichtweg nicht korrekt. Das neue Siegel ist sogar eine Fördermaßnahme für neue Anlagen, weil die Kriterien durch dieses Zertifikat eben darauf ausgelegt sind, dass die Anlagen ein bestimmtes Alter nicht überschreiten dürfen und deswegen neue Anlagen gebaut werden müssen. Die Stadt schafft mit der Inanspruchnahme eines Ökostromtarifes eine Nachfrage nach klimafreundlich produziertem Strom. Das kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern letztlich unserer Lebensqualität und insbesondere der Lebensqualität zukünftiger Generationen. Der Klimawandel schreitet unaufhörlich voran, und jeder hat seinen Teil dazu beizutragen, um den Klimawandel einzuschränken. Die Stadt würde ein sehr positives Zeichen damit setzen, den Ökostromtarif wie besprochen auch in Anspruch zu nehmen.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Die SPD-Fraktion zeigt sich mit der Antwort der Verwaltung zufrieden. Letztendlich ist es eine Umsetzung dessen, was wir hier im Gremium beschlossen haben und was auch Gegenstand des zuständigen Ausschusses war. Die

Qualität des Siegels, die von Ihnen hinterfragt wurde, können wir nicht teilen. Es ist, so wie die Kollegin Mayer sagte, vielmehr eine Konzeptförderung regenerativer Energieform. Wir sehen es so, dass da auch sicherlich auf Seiten der Stadtwerke weiterer Handlungsbedarf da ist. Die Stadtwerke bemühen sich ja auch als Anbieter, hier entsprechend in den Markt einzusteigen. Dass sich das schwierig gestaltet, haben wir bei den vergangenen Gemeinderatssitzungen ja erfahren müssen. In diesem Sinne trägt unsere Fraktion die Vorlage der Verwaltung mit.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Wir haben es schon, wie ausgeführt, bereits im Klimaschutzkonzept im Wesentlichen beschlossen und auch im AUG noch einmal positiv beraten. Insofern sehen wir den Antrag der Grünen als erledigt an und freuen uns, dass das ab Juli geschehen wird. Wie mein Vorredner und meine Vorrednerin habe auch ich nach den Vorberatungen jetzt wenig Verständnis, dass das hier noch einmal umgekippt werden soll und die CDU das einsparen möchte.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir denken auch nicht, dass wir Steuergeld für diesen Ideologiestrom benutzen sollen. Wir denken generell, dass diese bürokratische Planwirtschaft jetzt aufhören muss, auch im Energiebereich. Wir sollten mehr Marktwirtschaft haben.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir pflichten der CDU und der FDP voll bei. Dieses Thema ist im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit besprochen worden. Der Kollege von den Stadtwerken, der uns erklären sollte wie das funktioniert mit diesem Strom, hat einige Fragen dabei nicht beantworten können, u. a. wo denn dieser Strom zu bestimmten Zeiten herkommt, zu denen er nämlich gar nicht produziert werden kann. Nachts haben wir keinen Solarstrom. Bei Windstille haben wir keinen Wind. Es gibt Phasen, wo in Deutschland sehr wenig - unter 500 Megawatt - aus diesen beiden Quellen überhaupt beigetragen werden kann. Das heißt, das Ganze ist eine Mogelpackung. Hier wird so getan, als könnte man mit kaufmännischen Mitteln die Physik überlisten. Das geht nicht. Die Naturgesetze gelten, auch wenn der Mensch seine Gesetze ändert. So gesehen ist es so, wie Herr Høyem gesagt hat. Das Ganze ist nur Ideologie. Wenn Sie natürlich trotzdem, weil Sie ja eine Mehrheit sind, das Ganze verabschieden, ist es wieder ein weiteres Beispiel für Konzeptionslosigkeit bzw. sich widersprechende Konzepte.

Wie kann man erklären, dass wir auf unsere Gebäude überall Photovoltaikanlagen setzen, wenn wir gleichzeitig den Strom, den wir hier verbrauchen, aus zertifizierten umweltgerechten Quellen beziehen. Die Verbraucherstelle des Landes Baden-Württemberg hat darauf hingewiesen, dass die öffentliche Hand keinen Photovoltaikstrom erzeugen sollte, weil sie zusätzliche Umlagen erzeugt, die der Stromkunde zusätzlich bezahlen muss. Auch aus ideologischen Gründen ist es nicht zu verstehen, wieso wir unsere eigene Stromproduktion brauchen, wenn der Strom, den wir verbrauchen, mit diesem Bezug sowieso schon grün ist. Das hätte ich gerne von irgendjemand erklärt, was da dann noch der Sinn sein soll, dass wir selber diesen ganzen Aufwand treiben, dass wir selber diese Anlagen bauen, dass wir das verwalten müssen, dass wir hinterher das alles wieder entsorgen müssen, wenn der Strom, den wir bekommen, eh schon per se das Label „grün“ hat.

Stadtrat Döring (CDU): Ich muss noch einmal ganz kurz auf die Frau Mayer antworten. Natürlich hat auch die CDU-Fraktion damals dem Klimaschutzkonzept zugestimmt

und auch wohlwollend unter dieser Maßgabe, aber dass die Maßnahmen unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen. Bei dieser Maßnahme sagen wir ganz klar, ist uns das Geld nicht zu schade, aber wir haben es schlicht und ergreifend nicht.

Zu dem ökologischen Mehrwert. Frau Mayer, erklären Sie mir mal bitte, wenn ein Siegel, das jährlich allein, nur die Zertifizierung, 5.000 Euro kostet, den kann sich der Herr Stapf vielleicht als Aufkleber irgendwo auf seinen Ordner „bebben“ oder sonst wo. Welchen ökologischen Mehrwert hat das. Das können Sie mir nachher gerne in der Pause erklären.

Der Vorsitzende: Also wenn wir schon 5.000 Euro ausgeben, dann wird das Zertifikat ans Rathaus geklebt.

Damit sind wir mit der Debatte durch und ich bitte um das Kartenzeichen für den CDU-Antrag. Die Grünen haben ja zurückgezogen. - Jetzt haben wir hier die geballte Kraft der CDU, das sind 13 und 3 von der FDP, das sind 16. Da hinten noch einmal 3, das sind 19, und der Herr Wenzel sind 20. Der Rest ist Ablehnung. Damit ist der Antrag **abgelehnt**. Wir sind im Moment übrigens nur noch 46, weil Herr Stadtrat Yabo uns hier verlassen hat. Das für die großen Auszähler und Auszählerinnen unter uns. Der Antrag der Grünen hatte sich erledigt. Damit können wir den Ökostrom diese Woche bestellen.

Ich weise in der Veränderungsliste noch einmal darauf hin, dass wir hier verschiedene Positionen den neuen Entwicklungen angepasst haben: Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, Schlüsselzuweisung Einwohner, Zinsaufwendung, Kredite, Tilgungszahlung Kredite, Wegfall Zahlungsverpflichtung Grundstücksrente.

Antrag Nr. 26 (S. 103): Natur- und Landschaftspflege/Stellenschaffung (GRÜNE)

Wir kommen zum **Teilhaushalt 3000**. Der geht dann weiter auf der **S. 103** mit einem Antrag der Grünen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Die untere Naturschutzbehörde ist konstant überlastet. Der Grund dafür ist zum einen, dass das Artenschutzrecht vermehrt zu sehr umfangreichen Prüfaufträgen führt. Es kommt aber auch u. a. hinzu, dass auch städtische Großprojekte sehr viel Arbeit machen. Ganz aktuell auch wieder die Planungen zum Wildparkstadion, das ja bekanntlich innerhalb von FFH-Gebiet liegt und hier jetzt viel Arbeit für die untere Naturschutzbehörde produziert. Dadurch ist schon seit Jahren ein Zustand da, dass viele wichtige Aufgaben liegen geblieben. Ich will erinnern an das Landschaftsschutzgebiet Gießbachniederung, was jetzt zwar im Verfahren ist, aber immer noch schon wieder seit 1 1/2 Jahren im Verfahren hängt. Ich will erinnern an die Ausweisung flächenhafter Naturdenkmale, die wir hier schon vor vielen Jahren beschlossen haben. Zu denen gibt es auch eine Würdigung und trotzdem ist da schon ewig nichts vorangegangen. Ich will erinnern an den 2010 auch hier im Gemeinderat beschlossenen Naturschutzbericht, der fortgeschrieben werden sollte. Seit 2004 haben wir keine Fortschreibung. Auch das liegt und hängt.

Auch die Antwort auf unsere Anfrage vom letzten Dezember hat einen deutlichen Mehrbedarf bei der unteren Naturschutzbehörde an Personal ergeben. Es wird sehr klar,

dass die Abarbeitung von Rückständen mit dem, was jetzt auch geplant ist, selbst bei Besetzung dieser halben Stelle, die ja ansteht, dass das nicht möglich ist. Wir meinen, es ist wirklich sehr wichtig, dass man jetzt hier noch einmal eine halbe Stelle einrichtet. Ich will auch daran erinnern, dass wir jetzt richtigerweise auch beim Stadtplanungsamt personell nachbessern, um die Bebauungsplanverfahren zu beschleunigen. Wenn man hier aber beschleunigt und die untere Naturschutzbehörde mit ihren artenschutzrechtlichen Prüfungen nicht nachkommt, dann haben wir den Stau eben dort. Deswegen wirklich die dringende Bitte, hier diesen Antrag zu unterstützen.

Stadtrat Maier (CDU): Ich frage mich manchmal, für was wir Organisationsuntersuchungen machen, wenn wir dann hinterher wieder nach Gutdünken draufsatteln. Von daher würde ich ganz klar vorschlagen, der Antwort der Verwaltung zu folgen. Wenn wir dann irgendwann zu der Erkenntnis kommen, dass nachgebessert werden muss, dann können wir das gerne auch tun. Aber jetzt hier schon wieder Vorgriff, deswegen lehnen wir hier ab.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Aus der Sicht der SPD-Fraktion sehen wir momentan nicht die Notwendigkeit einer zusätzlichen, in dem Fall halben Stelle, so lange die halbe Stelle, die im Stellenplan vorgesehen ist, noch nicht besetzt ist. Im Bedarfsfall, so wie der Kollege Maier gesagt hat, kann man sicherlich nachsteuern. Für den jetzigen Augenblick lehnen wir diesen Antrag in der Form ab.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Für das Publikum zur Erklärung. Es werden dort 3 1/2 Stellen gebraucht. Wir hatten ursprünglich nur zwei. Diese 1 1/2 zusätzlichen Stellen, von denen ist bisher nur eine Stelle besetzt. Wir müssen eine weitere halbe noch neu besetzen. Das werden wir auch tun. Wir glauben, dass wir dann mit den 3 1/2 insgesamt auch diese Aufgabe bewältigen können. Dann bitte ich um das Kartenzeichen zu dem Antrag der Grünen. - 15 sind für den Antrag. Damit ist er Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Teilhaushalt 3100** und springen auf die **S. 111**.

Antrag Nr. 27 (S. 111): Natur- und Landschaftspflege Bonusprogramm Erhalt und Entwicklung von Streuobstwiesen (GRÜNE)

Der ist jetzt neu zugeordnet worden, nur damit Sie sich nicht wundern. Für diese Konzeption ist das Umweltamt zuständig. Die praktische Ausführung und die Mittelbewirtschaftung sind dann beim Liegenschaftsamt. Deswegen müssen wir jetzt auf die S. 260 springen oder wir machen es nachher an der entsprechenden Stelle. Wir können es jetzt trotzdem, weil es zur Konzeption gehört, aufrufen. Es wird nur nachher dann beim Liegenschaftsamt sozusagen verrechnet. Ich rufe damit den Antrag 27 auf.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Es ist sicher hier im Hause unumstritten, dass Streuobstwiesen für Natur und Landschaft von großer Wertigkeit und Bedeutung sind. Sie sind zum großen Teil auf unserer Gemarkung auch bedroht durch Nutzungsaufgabe und Pflegerückstände. Wir meinen, die Privateigentümerinnen und -eigentümer müssten unterstützt werden bei Pflege und bei Nachpflanzung beispielsweise durch Beratungsangebote, durch Schnittkurse, durch Angebote von Pflanzmaterial, auch durch Unter-

stützung bei der Organisation. Die Konzeption, die wir hierzu schon erfolgreich auch im Gemeinderat beantragt hatten, ist leider noch nicht beratungsreif, was übrigens auch auf einen Personalmangel beim Umweltamt zurückzuführen ist. Dennoch lassen sich viele Maßnahmen auch jetzt schon kurzfristig umsetzen, auch ohne dass das Konzept in seiner Gänze vorliegt. Um einen schnellen Einstieg zu ermöglichen, möchten wir jetzt auch bereits schon Mittel bereitstellen. Das Land hat schon mit seiner Baumschnittprämie den ersten Schritt gemacht. Die Stadt sollte hier jetzt sinnvoll nachziehen und co-finanzieren und beantragen die Einstellung von Mitteln in Höhe von 10.000 Euro pro Jahr.

Stadtrat Maier (CDU): Auch hier langsam, dann geduldig und dann gut. Das sollte die Maxime sein. Von daher würden wir gerne hier das Konzept auch erst einmal abwarten und dann uns weiter auf den Streuobstwiesen-Apfelsaft hier im Rathaus freuen.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die SPD-Fraktion unterstützt die Vorgehensweise der Verwaltung. Es wird ein Konzept erarbeitet. Das sehen wir als zielführend. Vorab jetzt Geldmittel einzustellen, sehen wir da nicht als wegweisend an. Entscheidend sind letztendlich nicht nur die öffentlichen Streuobstwiesen einzubeziehen, sondern auch die im Privateigentum liegenden Streuobstwiesen einzubinden. Wir sehen eben vorrangig, das Konzept der Verwaltung abzuwarten.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Die Verwaltung zeigt ja selbst in ihrer Stellungnahme auch die ökologische Bedeutung der Streuobstwiesen auf. Wir sehen das wie die Grünen als gute Übergangsmaßnahmen, bis das Konzept vorliegt. Der Antrag ist soweit formuliert, dass die entsprechenden Mittel dann auch für das Konzept verwendet werden können, wenn es vorliegt. Entsprechend werden wir dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ähnlich wie mein Vorredner sehe ich die Zustimmung für diesen Antrag, weil die Streuobstwiesen ein besonderes Kulturgut sind. Wer mit offenen Augen durch die Landschaft außerhalb unserer Stadt geht, sieht, dass die Betreuung der Streuobstwiesen weiter voranschreitet. Deshalb finde ich das als Zeichen wichtig.

Noch eine kleine Anmerkung. Es wird einer der wenigen Anträge auf Zuschüsse sein, die ich unterstützen werde. Heute sollen wir ein bisschen auf das Sparen achten.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Ich bitte Sie um das Kartenzeichen. - Das sind 17 dafür, damit mehrheitlich **abgelehnt**. Die Verwaltung verpflichtet sich, die Konzeption zügig voranzubringen. Wenn dann irgendwo Bedarf ist, unterhalten wir uns darüber.

Antrag Nr. 29 (S. 114): Klimaschutzkampagne (CDU)

Stadtrat Döring (CDU): Die Kampagne an sich unterstützt die CDU voll und ganz. Da sind wir natürlich voll dabei. Wir finden, dass es auch ein wichtiger und auch ein richtiger Ansatz hier ist, die Bürger dementsprechend zu informieren und auch da Einsparpotential aufzuzeigen. Wir denken aber, dass die bisher eingestellten Mittel vollkommen ausreichen. Wir müssen es auch so sehen, der Klimaschutz ist mittlerweile in den Köpfen angekommen. Deswegen noch mehr Geld für noch mehr Werbeaktionen zu geben,

halten wir persönlich für einen falschen Weg, zumal es sich hier um eine reine Werbeaktion handelt. Zudem finden wir die Erhöhung dieses schon bestehenden hohen Ansatzes, der noch einmal erhöht werden soll, als durchaus verzichtbar, da das Land letztes Jahr für ein Projekt die Mittel abgelehnt hat und daher Reste aus dem Jahr 2014 übrig sind. Von dem Ansatz, der letztes Jahr hoch eingestellt war, sind noch viele Reste übrig. Das dann jetzt noch einmal zu erhöhen und noch mehr einzustellen, obwohl jetzt mehr Geld zur Verfügung ist, halten wir für den falschen Weg. Für die geplante Maßnahmen, die in den nächsten zwei Jahren geplant sind, finden wir die Mittel komplett ausreichend und sollten daher auf dem bestehenden Niveau weiterfahren, wie es schon ein ordentlicher Ausdruck unserer Verbundenheit und auch unser Beitrag zum Umweltschutz ist.

Stadtrat Høyem (FDP): Kein Politiker kann eine Rede halten, ohne dreimal Klima zu sagen. Ich denke, wir brauchen eigentlich keine Kampagne mehr. Klima sollte nicht ein automatisches Zauberwort für mehr Geld werden.

Der Vorsitzende: Nicht jeder Politiker, der über Klima redet, sorgt auch für ein solches. Es hat sich nicht auf Sie bezogen, es passt jetzt gerade nur so gut.

Wir können zur Abstimmung kommen. Ich bitte um das Kartenzeichen. - 7 Zustimmungen und einer mehrheitlichen **Ablehnung** dieses Antrages.

Antrag Nr. 30 (S. 114): Tausch von Kühlgeräten - Finanzierung durch Reduzierung Klimaschutzfonds (SPD)

Stadträtin Fischer (SPD): Ich möchte mich dafür bedanken, dass uns die Verwaltung hier diese Aufstockung zugesagt hat. Ich würde mir wünschen, dass wir den Ausbau des Programms auch im zuständigen Ausschuss einmal vorgestellt bekommen, insbesondere darauf, ob wir damit den Personenkreis abgedeckt haben oder ob man dann in Zukunft bei diesem sehr erfolgreichen Programm vielleicht noch auf weitere Personenkreise den Bezug ausdehnen könnte.

Stadtrat Maier (CDU): Bei guten und wichtigen Dingen kann auch die CDU-Fraktion mit anderen Fraktionen mitstimmen. Wir halten diesen Antrag für gut. Er ist ökologisch, ökonomisch und sozial sinnvoll. Von daher befürworten auch wir ihn.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Der Tausch von veralteten Kühlgeräten ist mit Sicherheiten eine schöne Idee und eine sinnvolle Maßnahme, die sowohl eine soziale Komponente hat als auch eine klimafreundliche. Mit der Finanzierung, wie die SPD sie vorschlägt, sind wir so allerdings nicht einverstanden. Der Klimaschutzfonds sieht vor, Investitionsgelder für Projekte zur Verfügung zu stellen, die zu Einsparungen führen, die dann wieder zurück in den Klimaschutzfonds fließen können. Dieses Geld soll insbesondere für energetische Gebäudesanierung an städtischen Gebäuden zur Verfügung gestellt werden, wodurch die meisten Einsparungen generiert werden können. Der Tausch von Kühlgeräten in Privathaushalten führt nicht zu dieser Rückflusswirkung. Deswegen würden wir die Finanzierung gerne woanders sehen.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Auch wir halten den Tausch von Kühlgeräten für eine sinnvolle Maßnahmen, wollen es aber ebenfalls aus dem Klimaschutzfonds finanzieren und plädieren daher dafür, die beiden Teile getrennt abzustimmen, einmal die Mittel für die Klimaschutzserhöhung und dann die Reduzierung des Klimaschutzfonds.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich verstehe das wiederum nicht. Ich weiß, die CDU hat den Antrag im letzten Haushalt gestellt. Natürlich ist das Programm erfolgreich, wenn man etwas weitergibt, was nichts kostet. Natürlich bringt das Erfolg. Aber warum verschenkt man gerade Klimageräte. Ich hätte noch viele andere Teile, die man verschenken könnte, z. B. Wärmepumpen in den Häusern. Man könnte sich vieles andere ausdenken. Es hat mit Daseinsfürsorge null Komma null zu tun. Es ist auch keine Qualitätsverbesserung für die Menschen, die das Gerät haben. Die kriegen auch bloß gekühlte Ware. Die zahlen zwar ein bisschen weniger Strom, aber so signifikant wird das nicht sein. Okay, wie viel pro Haushalt? Man kann bei vielen anderen Dingen auch sparen.

Aus diesem Grunde kann ich den Antrag nicht unterstützen und finde es nicht zielgerecht an dieser Stelle.

Der Vorsitzende: Damit es klar ist, es geht nicht um Klimageräte, sondern um Kühlschränke und Tiefkühltruhen. Nur damit jetzt kein falscher Eindruck entsteht. Wir tauschen keine Klimaanlage aus. Das machen wir als Stadt noch nicht. So warm wird es ja nun nicht.

Dann war das die Rednerliste. Ich würde den Vorschlag von Ihnen aufnehmen, Herr Wohlfel, es geht einmal um die Erhöhung der Mittel für diese Kühlschränkeaktion und dann geht es um die Gegenfinanzierung über den Klimaschutzfonds, ja oder nein. Insofern machen wir jetzt erst den ersten Teil des Antrags der SPD, nämlich die Erhöhung der Mittel für die Kühlschränkeaktion um diese 29.505 Euro. - Dann haben wir 7 Ablehnungen, der Rest ist eine **Befürwortung**.

Jetzt kommen wir zur Finanzierung dieser Erhöhung über eine Reduzierung des Klimaschutzfonds. - Es wird mehrheitlich **befürwortet**, das so gegenzufinanzieren. Wir haben eine Enthaltung gehabt. 26 Ja, 1 Enthaltung, der Rest entsprechend Gegenstimmen. Damit haben wir den Antrag Nr. 30 abgearbeitet.

Antrag Nr. 31 (S. 114): Klimaschutzfonds - Erhöhung der eingestellten Mittel (GRÜNE)

Das ist natürlich jetzt dadurch ein bisschen absurd. Wir haben aber eine andere Argumentation. - Frau Stadträtin Mayer.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Der Klimaschutzfonds stellt jährlich 2 Millionen Euro zur Verfügung, die für energetisch wirksame Maßnahmen gebraucht werden. Wie bereits erläutert ist der Kerngedanke dahinter, dass so auch wieder eine Rückflusswirkung zustande kommen kann und die Stadt daraus Einnahmen gewinnt, dadurch den Klimaschutzfonds wieder finanzieren kann. Auch die HGW-Projektstellen, die in der Begründung der Stadt erwähnt werden, sind mit Sicherheit eine schöne Maßnahme, aber sollen nicht aus dem Klimaschutzfonds finanziert werden, da hier keine Rückflusswirkung

zustande kommt. Wir brauchen die 2 Millionen Euro an anderer Stelle und würden uns deshalb freuen, den Klimaschutzfonds wieder auf 2 Millionen aufzustocken.

Stadtrat Maier (CDU): Wir hatten es zu dem Thema schon einmal. Aber auch hier werden wieder Personalkosten betroffen sein. Von daher gehen wir den Weg mit, wie die Verwaltung auch vorschlägt, die Mittel aus dem Klimaschutzfonds zu finanzieren.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die SPD-Fraktion folgt auch der Empfehlung der Verwaltung. Jetzt zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Fonds zu erhöhen, bei ja noch vorhandenen nicht unerheblichen Resten aus dem vergangenen Haushalt, halten wir nicht für zielführend und lehnen den Antrag entsprechend ab.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Steht das nicht schon in der Veränderungsliste? So hatte ich es mir notiert, nur als Nachfrage.

Der Vorsitzende: Nein!

Stadtrat Høyem (FDP): Wir denken auch in diesem Fall nicht, dass das Wort Klima automatisch mehr Steuergeld bedeuten soll. Das ist kein Zauberwort.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartezeichen. - Entschuldigung, Herr Stadtrat Wohlfeil.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Wenn es nicht in der Veränderungsliste steht, stimmen wir natürlich zu.

Der Vorsitzende: Dann tun Sie das jetzt. Für den Antrag 15 Stimmen, der Rest ist Ablehnung. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Antrag Nr. 32 (S. 114): Umweltpädagogik an Schulen - Erhöhung der Transferaufwendungen (GRÜNE)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Hier geht es einerseits um Umweltpädagogik an Schulen, andererseits aber auch um umweltpädagogische Maßnahmen, Umweltmaßnahmen, die die Stadt Karlsruhe selbst ergreift, also z. B. alle Aktionen und Projekte, die das Umweltbewusstsein unserer Bevölkerung stärken wie umweltfreundliches Verkehrsverhalten oder auch Bevorzugung von regionalen Produkten usw. Es gehört aber zum gleichen Titel dazu, Umweltpädagogik an Schulen, und zwar innerhalb des Unterrichts. Dieses Programm wird auch sehr gut angenommen, vor allem auch von beruflichen Schulen, die dann zentrale wichtige Themen umfangreich, z. B. an einem Projektvormittag im Unterricht, behandeln können. Der Bedarf steigt, das Programm kommt sehr gut an. Die Stadt hat ein großes Interesse daran, und auch wir haben ein großes Interesse daran, auch das umweltbewusste Verhalten unserer Stadtbevölkerung zu stärken. Deshalb bitten wir, hier diesem Antrag zuzustimmen.

Der Vorsitzende: Frau Stadträtin Rastätter, nach Ihrer umfangreichen Begründung wäre mein Vorschlag, dass wir den nächsten Antrag gleich mit dazunehmen. Wenn Sie

vielleicht noch etwas dazu sagen wollen, dann würde ich beide aufrufen, 32 und 33, weil es im Wesentlichen dasselbe Thema ist.

Antrag Nr. 33 (S. 114): Umweltpädagogik - Erhöhung der Transferaufwendungen (GRÜNE)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wenn Sie gestatten, würde ich das noch ergänzen. Der zweite Antrag bezieht sich ausschließlich auf die Grundschulen, und zwar auf Nachmittagsangebote. Hier haben wir eine besonders wertvolle Möglichkeit, gerade für die jüngeren Schülerinnen und Schüler, die hier rausgehen können aus den Schulen. Die können hier Naturschutzprojekte vor Ort mit den externen Umweltpädagoginnen machen. Das wird auch sehr gut angenommen. Gerade für die Ganztageschule ist es auch sehr wichtig, dass die Kinder raus in die Natur kommen, die Biodiversität kennen lernen, denn nur was sie auch kennenlernen können sie lieben und schützen. Auch dieses Programm muss ausgeweitet werden, denn die Ganztagesangebote werden ja deutlich in den nächsten zwei Jahren zunehmen. Deshalb bitten wir auch hier um Zustimmung zu diesem Antrag. Hier ist das Geld für unsere Kinder und für deren Entwicklung sehr gut angelegt.

Stadtrat Döring (GRÜNE): Auch die CDU sieht hier natürlich Handlungsbedarf. Deswegen hat auch die Fraktion in der Vergangenheit z. B. besonders das Waldklassenzimmer gestärkt, gerade auch um die jungen Karlsruherinnen und Karlsruher eben naturbewusst zu erziehen mit einem gewissen Respekt vor der Schöpfung und dementsprechend diese zu bewahren. Jedoch müssen wir hinsichtlich dieser Umweltpädagogik sehen, das wurde ja weitreichend im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit dargestellt, dass zwar diese Mittel zur Verfügung stehen, aber in der Vergangenheit nicht komplett abgerufen wurden. Es wurde auch dargestellt, dass es häufiger Probleme gab mit den Anbietern dieser Pädagogik, mit mehreren Umweltverbänden, und von manchen Schulen sogar die Partnerschaft wieder eingestellt wurde, weil es eben zu Schwierigkeiten kam. Allein daher stellt sich die Frage, ob wir hier einen Pool erhöhen sollen, bei dem das Angebot zurückgeht, von dem weniger Leute profitieren können, bei dem aber Mittel übrig sind. Bei dieser Haushaltslage würden wir dann eher dafür plädieren, dass wir die bestehenden Mittel, die wir haben, ausschöpfen und erst einmal mit denen ordentlich haushalten, bevor wir einer Mittelerhöhung zustimmen. Wenn Sie der Argumentation im Ausschuss gefolgt sind werden sie feststellen, dass auch die Organisationen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen und dann wieder externe Leute damit beauftragen müssen, diese Fortbildung durchzuführen. Das halten wir grundsätzlich für falsch. Wir fördern dieses bürgerschaftliche Engagement, dann sollten wir es aber in dem Rahmen tun, wie es auch für die Bürgerinnen und Bürger leistbar ist und hier nicht ideologisch betrachtet eine Nebenindustrie aufblasen, nur um diese zu bedienen.

Ich möchte noch ganz ehrlich darauf hinweisen, wir haben in Karlsruhe, was diese Umweltpädagogik angeht, mehrere Angebote, die noch außerhalb geleistet werden. Ich habe vorhin schon auf das Waldklassenzimmer verwiesen. Wenn, dann sollten wir uns auf unsere Stärken und auf unsere bestehenden Strukturen stützen, sollten diese stärken. Es sollte nicht zu einer Verzerrung des Gesamtbildes führen und andere Leute besser behandeln, als sie es verdient haben.

Stadträtin Uysal (SPD): Auch wir sind grundsätzlich für die Stärkung des Umweltbewusstseins bei Schülerinnen und Schülern. Es ist erfreulich zu wissen, dass die Nachfrage an umweltpädagogischen Themen an den Schulen steigt. Es ist aber genauso erfreulich zu wissen, dass das bisherige Budget diese Nachfrage abdecken kann. Mit diesem Wissen und wegen der Haushaltssituation möchten wir der Empfehlung der Verwaltung folgen.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Wir stimmen dem Antrag zu und sehen es in der Tat so, dass das Angebot gut wahrgenommen wird, sehr beliebt ist und auch wächst und nicht schrumpft, wie es Herr Döring behauptet hat. Wir halten es für eine wichtige Maßnahme gerade für uns als Großstadt, wo viele Kinder und Jugendliche nicht mehr im normalen Alltag alle Aspekte der Umwelt miterleben, die Umweltpädagogik hier in Karlsruhe zu stärken.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Die Ausführungen von Herrn Döring gingen mir jetzt doch zu weit. Wenn Sie schon aus der nichtöffentlichen Ausschusssitzung berichten, dann tun Sie es wenigstens korrekt. Im Ausschuss haben wir dieses Thema beraten. Es ging daraus ganz klar hervor, dass diese umweltpädagogischen Angebote sehr gut angenommen werden, dass die Nachfrage nicht gedeckt ist. Ich habe auch extra damals noch nach der Notwendigkeit weiterer Mittel gefragt. Diese Summen, die wir hier beantragen, wurden dort im Umweltausschuss genannt als eine Größenordnung, die sehr wohl Sinn macht und die angenommen werden wird. Ich weiß wirklich nicht, wie Sie auf diese kruden Äußerungen kommen.

Der Vorsitzende: Wir können zur Abstimmung kommen. Ich rufe auf den Antrag 32 und bitte um das Kartenzeichen. - 16 dafür, der Rest dagegen. Damit **abgelehnt**.

Dann der Antrag 33. - Da haben wir dieselbe Situation, 16 dafür, der Rest dagegen. Damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 34 (S. 114): BUND und NABU - Erhöhung der projektbezogenen Zuschüsse (GRÜNE)

Das hatten wir in der Antwort angekündigt, dass wir das in die Veränderungsliste aufnehmen, haben es dann aber irgendwie verschlampt. Ich bitte Sie jetzt einfach, von mir anzunehmen, dass wir das mit der Erhöhung der jeweiligen drei Zuschüsse auf 1.000 Euro in die **Veränderungsliste** aufnehmen. Das ist jetzt sozusagen der Vorschlag der Verwaltung heute. Damit ist dem Antrag **entsprochen**. Dann brauchen wir darüber nicht weiter groß diskutieren. - Das sehen Sie genau so.

Antrag Nr. 35 (S. 114): Kürzung freiwillige Leistungen KEK (FW)

Stadtrat Wenzel (FW): Herr Oberbürgermeister, ich möchte mich ausdrücklich für diese ausführliche Beantwortung bedanken. Sie haben uns bei einigen Positionen mehr aufgeklärt, als wir recherchieren konnten. Uns ging es aber hauptsächlich um die Frage, ob wir in Zukunft solche Sachen nicht zusammenfassen können mit städtischen Aufgaben oder städtischen Gesellschaften. Mir ist klar, dass es hier geringe Übereinstimmungen zwischen den Stadtwerken und der KEK gibt. Das war uns so nicht bewusst. Aus

Spargründen zu überlegen, die KEK nicht in separaten, sondern auch in Räumlichkeiten städtischer Gesellschaften unterzubringen, ist der Grundgedanke. Wir würden in diesem Fall hier auf eine Abstimmung verzichten, weil die Antwort einleuchtend ist.

Der Vorsitzende: Dann können wir vielleicht auf die Diskussion verzichten und kommen gleich zu Teilhaushalt 3200, Ordnungs- und Bürgerwesen.

Antrag Nr. 36 (S. 119): Kommunalen Ordnungsdienst - Reduzierung Stellen, Sachkosten (KULT)

Antrag Nr. 37 (S. 119): Kommunalen Ordnungsdienst - Stellenschaffung, Sachkosten (FW, Stadtrat Schmitt/pl)

Für den ersten Antrag, das ist der Antrag 36, die Antragsteller, Herr Stadtrat Dr. Fischer.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Wir sind heute in den Haushaltsberatungen, und es geht uns in dem Punkt, das bitte ich ausdrücklich auch die nach mir Redenden zu beachten, nicht um die Frage, ob sinnvoll oder nicht sinnvoll. Es geht um die Frage, was können wir uns leisten, was ist die Geldfrage. Wir werden diesen Antrag auch nicht zur Abstimmung stellen, weil uns klar ist, dass man in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung, in den Haushaltsberatungen, nicht einfach etwas ablehnen kann, was man vor Jahren eingeführt hat. So weit können wir schon nachdenken. Wir wünschen, dass das in die Strukturkommission kommt, und zwar aus folgendem Grund: Das ist ein Beispiel für uns, wo rein freiwillige Leistungen - wir haben das extra noch einmal nachgefragt - von uns übernommen werden, eine Landesaufgabe, die wir heranziehen. Normalerweise nach dem Konnexitätsprinzip sagen wir immer, wenn wir eine Landesaufgabe machen, dann muss das Land auch Geld geben. Das Land gibt aber kein Geld. Daher wollen wir das in der Strukturkommission diskutieren, wie wir mit solchen Sachen, rein freiwilligen Aufgaben, grundsätzlich umgehen.

Ein Punkt zum Thema Sicherheit in Karlsruhe, was ja in unserer Haushaltsrede vom Kollegen Wohlfeil eine große Rolle gespielt hat. Wenn ich lese, Karlsruhe ist Hauptstadt des Einbruchdiebstahls oder des Fahrradklauens, dann sehe ich hier echte Sicherheitsdefizite. Deswegen fordere ich alle hier im Saal auf, die im Landtag Verantwortung tragen, die Landesregierung wie die Opposition, ihre Abgeordneten zu munitionieren, wir brauchen mehr Polizei, wir brauchen mehr Polizisten auf der Straße. Das ist uns ganz wichtig und dafür kämpfen wir.

Stadtrat Wenzel (FW): Sehr geehrter Herr Kollege Fischer, ich bedanke mich für Ihre sachliche Aussage. Es ist tatsächlich so, wir benötigen wirklich mehr Polizei. Die Sicherheitslage in Karlsruhe ist nicht nur empfunden, sondern tatsächlich bedenklich. Wir wissen auch, dass der KOD keine Polizei ersetzen kann. Aber wir wissen, dass der KOD immer mehr Aufgaben übernehmen muss, von der Kontrolle des Sperrgebietes bis hin zu weiteren Geschichten. Der jetzige KOD macht gute Arbeit. Doch wir hören immer wieder, es gibt Überlastungen, deshalb wollen wir nicht nur eine Aufstockung des personellen, sondern auch der sachlichen Ausstattung des KOD, auch als Signal nach draußen, dass wir in Karlsruhe erkannt haben, die Schwächen der Landespolitik hier als starke Kommune zu übernehmen. Deshalb werbe ich ausdrücklich für unseren Antrag.

Stadtrat Döring (CDU): Zuerst freue ich mich ganz besonders über die Einsicht bei der KULT-Fraktion, die dann überraschend gekommen ist. Als ich den Antrag gelesen habe, war das erste Wort, das mir einfiel, sicherheitspolitischer Blindgänger. Sie müssen das einmal so sehen. Der Kommunale Ordnungsdienst ist ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur von Karlsruhe. Der gehört genauso dazu wie die Landespolizei, genauso wie das Veterinärwesen. Die gehören wirklich alle dazu. Diese belasten die Ordnungsbehörde massiv. Herr Cramer, wir können nachher gerne diskutieren, aber hören Sie mal mit den Zwischenrufen auf. Das ist keine gute Kinderstube.

Sie müssen das so sehen. Wir haben eine durch die grün-rote Landesregierung verpuschte Polizeireform, und da hat natürlich die Stadt die Zeichen der Zeit erkannt, ist hier eingesprungen und leistet hier Schützenhilfe, und das in vorbildlicher Art und Weise. Wie Sie das immer darstellen, dass hier das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger nur gestärkt wird, das stimmt nicht. Es ist nicht nur subjektiv, es ist auch ein objektiver und ein richtiger Mehrwert, den diese Organisation erfüllt. Manchmal habe ich mir dann wirklich die Frage gestellt, ob manche Personen in diesem Gremium keine Zeitung lesen. Sie wissen ganz genau, wir sparen, wenn wir hier ansetzen, an der falschen Stelle. Wenn Sie es so sehen, die Sachkosten werden komplett erwirtschaftet. Das ist für eine Sicherheitsbehörde an sich schon ein Novum. Das sollte auch berücksichtigt werden. Hier hat das Ordnungs- und Bürgeramt wirklich eine erstaunliche Leistung vollbracht. Das ist normalerweise in normalen Vollzugsaufgaben nicht der Fall. Deswegen möchte auch die CDU lobend anerkennen, dass wir diese Entwicklung sehr positiv finden und hier auf dem richtigen Weg sind.

Ich muss auf den Antrag zurückkommen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass Sie ausgebildete Sicherheitsfachleute von heute auf morgen - Sie wollten auch eine Schulung anbieten - einfach innerbehördlich umsetzen und umstrukturieren. Sie können auch nicht irgendeinen Zoopfleger einfach so in die Ausländerbehörde setzen, wenn ihm die Qualifikation dazu fehlt. Für mich war dieser Antrag mehr als stümperhaft und ist in jeglicher und in schärfster Form zurückzuweisen.

Der Vorsitzende: Herr Döring, der Antrag ist ja zurückgezogen. Insofern mäßigen wir uns jetzt alle ein bisschen, und dann kommen wir hier gut durch den Tag.

Stadtrat Marvi (SPD): Ja, lieber Herr Kollege Stadtrat Döring, über das Erbe der vorhergehenden Landesregierungen für die Finanzierung, Ausstattung und Strukturierung der Polizei wollen wir mal heute nicht diskutieren. Das könnte dann etwas länger gehen. Herr Pfannkuch, Sie stimmen mir zu. Das ist wunderbar. Ich glaube, dass diese Debatte um den KOD sich nicht eignet - insofern bin ich Herrn Stadtrat Fischer für seinen sachlichen Wortbeitrag sehr dankbar, auch wenn wir da anderer Auffassung im Grundsatz sind - eine Instrumentalisierung herbeizuführen und sozusagen Land und Kommune gegeneinander auszuspielen und zu sagen, wir schieben die Verantwortung nur auf die eine Seite oder auf die andere Seite. Klar ist, es ist eine hoheitliche Aufgabe des Landes. Jede Kommune und jede Großstadt kann für sich entscheiden, ob sie eine Institution wie den KOD aufbauen will, um das Sicherheitsgefühl der Menschen vor Ort zu stärken. Das gilt für die Bevölkerung, für die Geschäftswelt und die Besucherinnen und Besucher unserer Stadt. Da kann ich Herrn Wenzel zustimmen. Der KOD hat auch nach unserer Einschätzung eine hohe Akzeptanz in der Karlsruher Bevölkerung. Durch seine

Präsenz sorgt er eben für mehr Sicherheit in unserer Stadt und trägt damit auch bei zu einer Lebensqualität für alle Menschen unserer Stadt, zu der ja nicht nur eine soziale Stadtentwicklung gehört, eine grüne Stadtentwicklung gehört, sondern auch eine sichere und saubere Stadt. Wir würden sehr gerne an der bewährten Struktur festhalten und bevor die laufende Evaluierung noch nicht abgeschlossen ist, auch keine zusätzlichen Mittel oder Veränderungen herbeiführen. Insofern sind wir sehr einverstanden mit der Antwort der Verwaltung.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Wir freuen uns, dass die KULT sich entschieden hat, das Thema noch einmal in der Strukturkommission besprechen zu wollen. Obwohl wir auch eine grundsätzliche Kritik am Ausmaß des Engagements des KOD für gerechtfertigt halten, möchten wir das noch eingehender diskutieren, bevor wir so große Einschnitte überhaupt umsetzen.

Lieber Herr Döring, bevor das in der Strukturkommission besprochen wird, setzen wir uns gemeinsam hin und trinken ganz friedlich einen Kaffee, lesen zusammen Zeitung und gucken, was der KOD so hätte verhindern können. Vielleicht kriegen wir Sie ja noch überzeugt. Ich glaube nicht daran.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte dem Herrn Marvi beipflichten. Sicherheit ist Sache des Landes. Wir haben hier ein echtes Problem in Karlsruhe. Wir von der AfD sind von besorgten Bürgern angeschrieben worden, die sich nicht mehr in die Günther-Klotz-Anlage trauen wegen der Überfälle, die da stattgefunden haben. Wir haben ein Überfallproblem in der Südstadt. Das kommt zu den Dingen, die vorhin genannt wurden, Einbruch und Fahrraddiebstahl, noch hinzu. Das ist eine ganz andere Nummer. Wenn man sich persönlich bedroht fühlt, da hört der Spaß auf. Wenn das Land zu wenig tut, dann müssen wir halt etwas tun, auch wenn es Geld kostet. Deswegen unterstützen wir den Antrag der Freien Wähler.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Es gilt festzustellen, dass der KOD sehr gute Arbeit macht - ich weiß das von der Südstadt und auch von anderen Stadtteilen -, und das Sicherheitsempfinden der Menschen wirklich erhöht. Es sind auch manche Probleme entschärft worden. Ich erinnere an den Werderplatz. Es gibt auch noch andere Plätze, wo das spürbar eine Auswirkung hat. Ich gebe zu, dass natürlich ordnungspolitisch nicht alles gelöst wird. Da muss einfach sozialpolitisch geschaut werden. Das machen wir aber in Karlsruhe auch. Wir sind auf beiden Seiten gut aufgestellt. Ich halte es für falsch, das Problem KOD in die Strukturkommission zu verschieben, weil es dort um Geld geht und nicht um inhaltliche Fragen. Die Frage ist, wie können wir hier das Sicherheitsempfinden der Menschen stärken. Das wird nicht in der Strukturkommission gelöst. Deswegen bin ich nicht dafür, das dorthin zu verschieben. Das muss gesamtpolitisch gelöst werden.

Stadtrat Cramer (KULT): Zwei Dinge. In welcher Kommission oder in welchem Ausschuss auch immer darüber gesprochen wird, bin auch ich der Meinung, wir sollten noch einmal grundsätzlich darüber reden. Aber dann möchte ich auch daran appellieren, dass wir diese Aussagen, die Sie jetzt wieder gemacht haben, Herr Kollege Marvi, die Bevölkerung ist sehr zufrieden, daran erinnern, dass gerade junge Leute, Jugendliche und junge Erwachsene, auch einmal mit einbezogen sind, wie sie den KOD finden.

Die wissen ja gar nicht, was KOD heißt. Die lesen auf dem Auto „Polizeibehörde“. Fragen Sie einmal, wie die das sehen, wie man teilweise mit ihnen umgeht und wie ernst sie die nehmen. Wenn ich die jungen Leute höre, die lachen nur über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeibehörde, weil sie letztendlich auch ein zahnloser Tiger sind mit Äußerungen „wir werden dann unsere Kolleginnen und Kollegen von der Polizei holen“, wenn sie selber gar nicht weiter kommen. Daran möchte ich doch appellieren, dass man das alles mit einbezieht.

Einen Punkt möchte ich auch noch ansprechen, wenn man gleich wieder die Südstadt negativ benennt mit hoher Kriminalitätsrate. Das stimmt eben nicht. Da machen Sie sich mal kundig. Die Südstadt ist einer der Stadtteile, entgegen ihrem Ruf, mit der niedrigsten Kriminalitätsrate. Das können Sie in jedem Bericht nachlesen, der hier schon im Gemeinderat vorgelegt wurde. Da sind andere Stadtteil, z.B. Südweststadt oder Weststadt, viel höher und nicht eben die Südstadt. Warum, weil es da die soziale Kontrolle gibt, weil da die Leute aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern sich auf der Straße befinden, gucken. Da ist eine soziale Kontrolle untereinander. Dass dort auch etwas passiert, das streite ich nicht ab. Es passiert überall was. Aber dass hier wieder als Beispiel die Südstadt genannt wird, da möchte ich Sie bitten, sich schlaue zu machen, auch wenn Sie das bisher als Mitglied des Gemeinderates noch nicht auf den Tisch gelegt bekommen haben.

Stadtrat Hock (FDP): Die FDP-Fraktion hat damals mit Bauchschmerzen die Einführung des KOD unterstützt. Die Diskussion heute hat das auch noch einmal bestärkt, dass wir das Land nicht aus ihrer Verantwortung lassen dürfen, Polizeibeamte auf unsere Straßen zu bringen, auch in unserer Stadt. Ich möchte Polizei auf unserer Straße sehen, nichts gegen den KOD, aber ich möchte mehr Polizei auf der Straße sehen, weil dann wird das Sicherheitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt mit Sicherheit noch mehr da sein wie es jetzt ist. Da muss ich Herrn Cramer Recht geben. Viele junge Leute, mit denen man sich unterhält, halten nichts vom KOD. Ich will es hier jetzt nicht sagen, was mir einer schon mal gesagt hat. Ich sehe das genauso wie die KULT. Die Südstadt als Kriminalitätshochburg zu bezeichnen, geht gar nicht, das stimmt effektiv nicht. Von daher gesehen, meine Fraktion hat immer noch Bauchschmerzen, hat auch damals gesagt, wir gehen mit, aber wir möchten den KOD nicht aufblähen zu einem großen Apparat, immer mehr draufpacken, als Stadt sagen, wir unterstützen da noch einmal zehn Leute mehr und Sachkosten hier. Umso mehr wird sich das Land aus ihrer Verantwortung flüchten und die Polizei von den Straßen holen, weil man sagt, vor Ort wird das doch alles geregelt, da ist Geld da, da wird immer mehr Personal auf die Straße gebracht. Da sagt das Land irgendwann, wunderbar, das brauchen wir nicht bezahlen. Dann können wir das auch so laufen lassen. Das ist alles hervorragend. Das wollen wir auf keinen Fall.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Es ist doch bemerkenswert, wie eine CDU- und eine FDP-Fraktion hier immer das Land benennt. Ich möchte mal daran erinnern, dass diese Debatte, hier eine eigene Polizei einzuführen auf kommunaler Ebene, in einer Zeit geführt wurde, als es eine CDU/FDP-Regierung im Land gab. Da habe ich nicht gehört, dass diese zwei Fraktionen aufgefordert haben, dass das Land die Leistungen der Polizei als Landesaufgabe nicht abbauen, sondern eben sichern soll. Es wurde zeitgleich mit der Abwahl von CDU und FDP im Lande Baden-Württemberg hier der sogenannte KOD

eingeführt, um das Sicherheitsgefühl zu heben. Ich will keine Gefühle heben, denn ich will Sicherheit. Sicherheit schafft man durch Prävention und durch Bedingungen, die man schafft, dass die Menschen miteinander leben können und nicht indem man schwarze Sheriffs engagiert oder noch kommunale schwarze Sheriffs engagiert.

Stadtrat Döring (CDU): Ich muss jetzt noch einmal ganz kurz auf den Kollegen Fostropoulos eingehen. Sie reden von den Vollzugsbeamten immer so als „schwarze Sheriffs“. Das sind normale Vollzugsbeamte, das sind städtische Bedienstete, die sich an rechtsstaatlichen Vorgaben orientieren und genauso handeln. Die handeln in keiner anderen Art und Weise anders als normale Polizeibeamte, sondern unterliegen genauso den rechtsstaatlichen Verpflichtungen, wie jeder andere Polizeibeamte auch. Ich muss Ihnen in dem Punkt recht geben, dass Sie sagen, wir wollen keine subjektive Sicherheit herstellen, sondern objektive. Das geschieht auch. Es gibt zahlreiche Beispiele, in denen auch der KOD massiv dazu beigetragen hat, Straftaten zu verhindern bzw. aufzuklären.

Was noch angesprochen wurde, war dieser mangelnde Respekt vor den Mitarbeitern. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, der mangelnde Respekt gegenüber Uniformierten, seien es Mitarbeiter im Rettungsdienst, Feuerwehrleute, Polizeivollzugsbeamte oder Ordnungskräfte ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Das ist nicht nur auf den Kommunalen Ordnungsdienst bezogen. Die Akzeptanz bzw. die Gewaltbereitschaft gegenüber diesen Personen hat grundsätzlich zugenommen. Deswegen hier diese Einzelbetrachtung nur auf den KOD abzuleiten halte ich maßgeblich für falsch.

Wir werden dem Antrag der Freien Wähler nicht zustimmen. Das hat insofern eigentlich eher die Begründung, dass wir das bestehende Konzept als durchaus gut empfinden, und dass diese Erweiterung um zehn weitere Mitarbeiter, die erst seit Kurzem stattgefunden hat, sich erst einmal einpendeln sollte und wir auf diesem Niveau gut fahren können. Wir wollen nicht die Polizei komplett ersetzen. Wir wollen nur diesen entsprechenden Mehrwert schaffen und eine Lücke füllen. Und diese Lücke füllen wir mit dem Personal, was momentan besteht, komplett.

Stadtrat Wenzel (FW): Die Diskussion zeigt ja, dass hier wirklich noch Gesprächsbedarf besteht, was auch sehr wichtig ist. Ich möchte mich beim Kollegen Döring bedanken, dass er das Thema Respekt aufgegriffen hat. Komischerweise, als wir damals für den KOD gestimmt haben, haben basisdemokratisch die jüngsten unserer Mitglieder der Freien Wähler und jetzt auch wieder die Jüngsten, unsere Studenten, gesagt, wir möchten das so. Da stimme ich halt nicht überein mit Herrn Cramer. Die jungen Leute fühlen sich ja schon nicht wohl. Wir haben konkret den Wunsch von jungen weiblichen Mitgliedern, die gesagt haben, wir fühlen uns nicht mehr sicher, auch nicht mehr in der Straßenbahn. Macht etwas. Die Bürger wünschen, dass wir etwas machen. Deshalb ist dieser Antrag entstanden. Es ist nicht richtig, dass die Jugend darüber lacht, sondern auch die Jungen fühlen sich in unserer Stadt nicht wohl. Sie gehen in Gruppen aus. Zu meiner Zeit sind wir allein ausgegangen. Heute gehen sie nur gruppenweise aus, weil das Sicherheitsgefühl in der Gruppe größer ist. Deshalb auch der Antrag von uns, in dieser Sache weiterzugehen. Es ist schlimm, dass die Jugendlichen sich hier in unserer Stadt nicht mehr wohl und nicht mehr sicher fühlen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Noch einmal ganz kurz zur Klarstellung. Ich habe vorhin nicht gesagt, dass in der Südstadt die Kriminalität höher ist als anderswo. Ich habe lediglich die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zitiert. Es waren einige Ereignisse in der Günther-Klotz-Anlage, aber auch welche in der Südstadt, wo gerade junge Leute überfallen wurden. Selbst wenn es junge Leute gibt, die dem Kommunalen Ordnungsdienst kritisch gegenüberstehen. Wir müssen gerade die jungen Leute vor Übergriffen in unserer Stadt schützen, weil diese nachts unterwegs sind. Wie gesagt, es ist noch einmal eine ganz andere Nummer, ob jemand persönlich angegriffen, überfallen wird, am Ende verletzt wird oder schlimmeres. Das ist noch einmal etwas ganz anderes, als wenn wir nur Einbrüche verhindern wollen. Deswegen unterstützen wir den Vorschlag von Herrn Wenzel.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne noch einmal zusammenfassend ein paar Dinge klarstellen. Wer die Reduzierung von Polizei mit der Schaffung des KOD zusammenbringt als einzige und ursächliche Kausalität, der trifft dann ins Schwarze, Herr Döring. Insofern müssen Sie sich das noch einmal überlegen. Von der Aufgabenstellung her hat der KOD zum Teil andere Aufgaben als die Polizei und als es das Land machen müsste. Das können wir noch einmal differenzieren. Es ist nicht nur schwarz und nur weiß, es ist beides. Insofern kann man das auch nicht allein nur in diese Diskussion „Was tut das Land“ bringen.

Mir ist ganz wichtig, wir hatten den neuen Polizeipräsidenten, Herrn Freisleben, bei uns in der Bürgermeisterkonferenz, der noch einmal ganz klar gesagt hat, dass eine Konsequenz und auch seine ganz persönliche Konsequenz ist, dass er nicht nur mehr Polizisten durch die Reform vor Ort hat, sondern die auch ganz bewusst zu Fuß auf die Straße schickt. Da gibt es durchaus auch schon positive Rückmeldungen. Ich bitte, auch das an der Stelle zu berücksichtigen. Ich stelle noch einmal fest, dass wir zwischen objektiver Kriminalitätslage und subjektivem Kriminalitätsempfinden hier zum Teil sehr unterschiedliche Einschätzungen haben, denn außer der Einbruchskriminalität sind ja die meisten anderen Straftaten in Baden-Württemberg durchaus rückläufig. Auch die Jugendkriminalität hat lange nicht mehr den Stellenwert, den sie mal hatte. Das ändert nichts daran, dass die Leute vielleicht Angst haben. Trotzdem ist es wichtig, dass wir diese Dinge hier in unserem politischen Gremium ein bisschen sauber auseinanderhalten. Deswegen würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir mal in einer Hauptausschusssitzung, ähnlich wie wir es schon mal beim Thema Prostitution getan haben, hier von der Polizei, vom KOD, berichten lassen, wie im Moment die Situation ist. Ich würde gerne den Zeitpunkt abwarten, wo wir auch unsere Bürgerbefragung fertig haben, denn da werden Sicherheitsfragen auch wieder eine große Rolle spielen, da geht es vor allem auch um die subjektive Sicherheit. Wenn Sie dann daraus wünschen, dass es in der Strukturkommission auch noch einmal kommt, weil es dann natürlich eher die finanziellen Aspekte sind, dann können wir das dort gemeinsam feststellen. Als erster Schritt fände ich aber sinnvoll, dass wir hier noch einmal die objektive Lage und die subjektive Lage zusammenbringen und uns in einer Hauptausschusssitzung noch einmal öffentlich uns darüber unterhalten.

Jetzt kommen wir zu den Anträgen. Die KULT hatte ihren Antrag **zurückgezogen**. Jetzt verbleibt der Antrag der Freien Wähler und Herrn Stadtrat Schmitt, der Antrag Nr. 37 Stellenschaffung im Kommunalen Ordnungsdienst. Ich bitte um das Kartenzei-

chen. - Da haben wir 4 Zustimmungen, 3 Enthaltungen, der Rest ist Ablehnung. Damit ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir unterbrechen jetzt für die Mittagpause und treffen uns genau in einer Stunde wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:39 - 13:45 Uhr)

Der Vorsitzende setzt um 13:45 Uhr die unterbrochene Sitzung fort:

Um den drängenden Fragen nach der Situation der Redezeit zu antworten, sei festgestellt, dass alle Gruppen/Parteien noch über 80 % Redezeit haben, außer der KULT-Fraktion mit 78,75 %, der AfD mit 76,67 % und den Freien Wählern mit 70 %. Alle anderen - ersparen Sie es mir, dass ich das vorlese – haben noch gut über 80 %. Von daher können Sie gerne noch ordentlich weiterdiskutieren.

Antrag Nr. 38 (S. 125): Tierschutzverein (SPD)

Stadträtin Fischer (SPD): Wir sind mit dem Vorschlag der Verwaltung zunächst zufrieden, möchten aber darum bitten, dass wirklich zeitnah **im zuständigen Ausschuss** die Problematik **behandelt** wird, weil wir insbesondere auch auf eine Anfrage der Grünen in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen diesen Themenkomplex insgesamt einmal etwas detaillierter beraten wollen.

Der Vorsitzende: Wenn Sie das alle genauso sehen, dann müssen wir nicht weiter diskutieren.

Antrag Nr. 39 (S. 125): Städt. Fonds für Tierarztkosten – Erhöhung der Transferaufwendungen (GRÜNE)

Stadträtin Mayer (GRÜNE): In Karlsruhe gibt es viele Organisationen und Personen, die sich für das Wohl der Tiere stark machen. Sie übernehmen wichtige und notwendige kommunale Aufgaben und sorgen z. B. dafür, dass streunende Populationen, wie Katzen am Rheinhafen, die abgemagert, verwildert, ausgesetzt sind, eingedämmt und versorgt werden. Tierarztkosten und Kastrationen sind dabei allerdings nicht billig. Organisationen, die sich nur über Spenden finanzieren, stoßen dabei stark an ihre Grenzen. Der Katzenschutzverein konnte nur gut 10 % der Anträge, die sie gestellt hatten, von der Stadt gewilligt bekommen aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln. Auch wurden aus dem Fonds Aufgaben bezahlt, die nicht ehrenamtlich sind.

Wir möchten noch einmal ausdrücklich darauf verweisen, dass wir diesen Fonds gerne ehrenamtlich beibehalten wollen und sehen eine moderate Aufstockung um 50 % als dringend notwendig.

Stadtrat Döring (CDU): Auch die CDU-Fraktion begrüßt grundsätzlich das Engagement für den Tierschutz, auch für die Katzen. Wir möchten auch mit dieser Förderung, die bisher schon bestand, weiterhin ein positives Zeichen setzen. Jedoch halten wird diese Ausweitung zum jetzigen Zeitpunkt für nicht angezeigt.

Ich möchte das auch näher begründen. Es geht darum: Die Stadt macht schon eine Organisationsuntersuchung hinsichtlich einer Katzenschutzzone. Da würden wir doch ganz gerne erst einmal die Untersuchung abwarten. Auf der Basis der Fakten, die dabei entstehen, kann sich der Sachverhalt auch ganz anders darstellen, dass z. B. auch mehr Geld gebraucht wird oder vielleicht auch weniger. Unter dem Grundsatz, dass wir diesem Phänomen aufgeschlossen und professionell begegnen und nicht nur die Ursachen bekämpfen und die Symptome behandeln wollen, würden wir den Antrag ablehnen und vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem diese Organisationsuntersuchung erfolgt ist und uns vorgestellt wurde, dann noch einmal gesondert über dieses Projekt beraten.

Stadträtin Fischer (SPD): Wir würden den Antrag nicht ablehnen, ihn aber gerne mit einem Sperrvermerk versehen hinsichtlich der eingestellten Mittel. Es ist dringend erforderlich, einmal im Fachausschuss dargestellt zu bekommen, nach welchen Kriterien hier Gelder vergeben werden, auch eine genaue Darstellung, welche Pflichtaufgaben von der Stadt zu erfüllen sind und welche Mittel aus freiwilligen Leistungen hier geleistet werden. Wir haben in der Aufstellung gesehen, es ist eine deutliche Kostenunterdeckung bei den Vereinen da. Es bekommen zum Teil Privatpersonen Gelder, die sie gar nicht beantragt haben. Da wollen wir mehr Aufklärung. Wenn dann alles plausibel dargestellt ist, sind wir gerne bereit, den Sperrvermerk wieder aufzuheben.

Stadtrat Høyem (FDP): Meine Kollegin Fischer hat nicht gewusst, dass sie auch für uns gesprochen hat. Aber das hat sie.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich kann mich den Ausführungen von Frau Mayer nur voll und ganz anschließen und werde sie unterstützen.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich habe Zustimmung für den Vorschlag, es mit einem Sperrvermerk zu versehen, bei den Grünen wahrgenommen. Deswegen wird der Antrag dahingehend erweitert, dass Sie das mit einem **Sperrvermerk** versehen und ich bitte dann um das Kartenzeichen. - Wir haben zwei Enthaltungen, 15 Gegenstimmen, damit ist Antrag **mehrheitlich angenommen**.

Antrag Nr. 40 (S. 125): Bürgerinitiative Zivilcourage (SPD, GRÜNE, KULT, Die Linke)

Stadträtin Melchien (SPD): Die Bürgerinitiative Zivilcourage sorgt sich um ein Handlungsfeld, dessen Bedeutung in jüngster Vergangenheit immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist. Wir alle fordern, dass sich Bürgerinnen und Bürger trauen, Zivilcourage zu beweisen. Dass dies geübt werden kann, das zeigt uns die Bürgerinitiative. Hierbei möchten wir den Verein gerne unterstützen und dafür sorgen, dass diese wertvolle Arbeit auch nachhaltig gestärkt wird. Das können wir mit 5.400 Euro. Dafür bitten wir um Unterstützung. Wir denken auch, dass in der Vergangenheit dem Thema vielleicht zu wenig Beachtung geschenkt wurde, danken daher auch allen Engagierten und freuen uns, dass das Thema jetzt sehr viel stärker in Karlsruhe bearbeitet wird.

Stadtrat Döring (CDU): Auch ich darf einmal einen Antrag unterstützen.

Dieses Projekt, das sage ich ganz ehrlich, dient der Sicherheit gerade in unserer Stadt. Denn gerade die Befähigung unserer Bürger zur Selbsthilfe bzw. das richtige Verhalten in Gefahrensituationen, ist aus meiner Sicht entscheidend und hat auch einen entsprechenden Mehrwert, der nicht zu unterschätzen ist. Daher begrüßen wir natürlich diese Initiative. Dieser doch äußerst geringe Betrag erzeugt einen recht außergewöhnlichen Effekt, der eigentlich gar nicht zu bemessen ist, denn jede verhinderte Straftat bzw. jedes adäquate Verhalten auf eine Gefahrensituation kann manchmal mehr wert sein.

Der Vorsitzende: Gestatten Sie mir, dass wir eine Einschränkung vornehmen, falls sich keine andere Finanzierung findet. Denn ich habe mich für den Verein anderswo um Finanzierung umgeschaut, bin eigentlich auch der Meinung, dass das funktioniert, war deswegen über diesen Antrag etwas überrascht. Aber wenn wir gemeinsam feststellen können, dass die Stadt das so finanziert, wenn sich die andere Finanzierungsquelle nicht realisieren lässt, dann könnten wir fast auf eine Abstimmung verzichten, denn es gab so viel Zustimmung. Aber wir können es auch gerne noch einmal tun. Mit der **Ergänzung** kann ich dann auch zustimmen. – **Einstimmige Zustimmung.**

Antrag Nr. 41 (S. 125): Sicherheitsaufklärung in der StadtZeitung (FW, Stadtrat Schmitt/pl)

Stadtrat Schmitt (pl): Bevor ich zur eigentlichen Begründung unseres Antrags komme, möchte ich zunächst aus zwei Kriminalstatistiken zitieren, weil es hier einige Anregungen gibt, die uns in unserem Vorhaben bestärken.

Zunächst die Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums Karlsruhe für das Jahr 2013, am 05.04.2014 in den BNN veröffentlicht: Täglich 5 oder 6 Wohnungseinbrüche, eine besorgniserregende Entwicklung, stellt leitender Kriminaldirektor Karl-Heinz Ruf fest. Die Zahl der Fälle stieg im vergangenen Jahr um satte 65 % von 1.164 auf 1.927. In Karlsruhe verdoppelte sich die Zahl auf 752. Bei 336 Taten erreichten die Wohnungseinbrecher ihr Ziel nicht. Eine schnell Trendwende könne voraussichtlich nur eine technische Aufrüstung herbeiführen. Eine Abwrackprämie für alte Wohnungstüren und ungesicherte Terrassentüren. Das würde es bringen – so Ruf. Denn das Aufhebeln von Terrassen-, Wohnungs- sowie Kellertüren und das Abdrehen von Schließzylindern seien die häufigsten Vorgehensweisen der Täter.

Das war die Statistik für 2013. Die für 2014 für Karlsruhe liegt noch nicht vor. Was wir haben, ist die Statistik des Landesinnenministers für das letzte Jahr: Mit rd. 13.500 Wohnungseinbrüchen verzeichnet die Kriminalstatistik eine erneute Zunahme um 20 %. Nur 14 % der Einbrüche konnte die Polizei aufklären. Dass es sich für Hausbesitzer lohnt, ihr Anwesen zu sichern, zeige der auf 43 % gestiegene Anteil von Einbrüchen, die im Ansatz stecken geblieben sind.

Genau hier müssen wir ansetzen, denn uns als Gemeinderat, als den gewählten Vertretern der Karlsruher Bürger, kann es nicht egal sein, dass sich immer mehr Menschen in ihren eigenen vier Wänden nicht mehr sicher fühlen. Bei einer Aufklärungsquote von nur 14 % ist es mit einer Aufstockung der Polizei oder des Kommunalen Ordnungsdienstes allein nicht getan. Dabei möchte ich anmerken, dass hier im Moment eher das Gegenteil passiert. Die Landespolizei wird immer weiter ausgedünnt, der Karlsruher

Zugriffstrupp wurde abgeschafft. An der Nordbahn wurden die Notrufsäulen vor zwei Wochen an den Haltestellen abgebaut.

Ich fand es positiv, dass Sie, Herr Dr. Fischer, vorhin noch einmal klargestellt haben, dass Sie nicht vor haben, den Kommunalen Ordnungsdienst ersatzlos abzuschaffen, sondern dass Sie auch die Landespolizei in der Verantwortung sehen, für Sicherheit auf unseren Straßen zu sorgen. Das sehen wir genauso. Bevor dieses nicht sichergestellt ist, brauchen wir den Kommunalen Ordnungsdienst.

Momentan sieht es in der Öffentlichkeit so aus, dass nur Jürgen Wenzel als Vertreter der Freien Wähler und ein parteiloser Stadtrat dieses Thema explizit auf ihrem Radarschirm haben. Ich denke, das sollten und müssen wir heute ändern. Wir sollten heute signalisieren, dass uns als den gewählten Vertretern der Bürger dieser Stadt auch dieses Thema am Herzen liegt. Aber auch die Bürger müssen verstehen, dass sie selbst etwas für ihre Sicherheit tun müssen. Die Polizei allein wird es nicht richten. Insofern hat auch Herr Fostiropoulos Recht, wenn er sagt, dass man hier ein präventives Programm auflegen muss. Mehr Sicherheit kostet mehr Geld.

Genauso wie man bei der energetischen Sanierung sein Geld für ineffektive Maßnahmen ausgeben kann, kann man es auch bei der Sicherung von Wohnungen und Häuser in unsinnige Maßnahmen investieren. Deshalb ist hier wie da Aufklärungsarbeit zu leisten. Bei der Sanierung von Wohnungen haben wir in Karlsruhe sogar ein Bonusprogramm, mit dem entsprechende Maßnahmen gefördert werden. Der Karlsruher Polizeipräsident hat eine Abwrackprämie für alte Haustüren und Terrassentüren ins Spiel gebracht. Diese Forderung halte ich für genauso berechtigt, wie die Forderung nach einer Abwrackprämie für alte Heizungen, die es leider auch noch nicht gibt.

Für den Start einer nachhaltigen Aufklärungskampagne zu diesem Thema in der Stadt-Zeitung beantragen wir für die nächsten beiden Jahre je 25.000 Euro. Viele Leute wissen z. B. gar nicht, dass sie bei der Polizei anrufen können und sich dann jemand ihre Wohnung vor Ort anschaut. Wir stellen uns deshalb vor, dass in mehreren aufeinanderfolgenden Ausgaben der Stadt-Zeitung sämtliche Maßnahmen für eine effektive Einbruchsprävention vorgestellt werden mit Angabe eines realistischen Kostenrahmens. Denn oft sind effektive Maßnahmen nicht so teuer, wie man denkt.

Ich habe nach drei Einbruchversuchen in der unmittelbaren Nachbarschaft in unserem Haus das volle Programm durchgezogen, unter anderem, Herr Wohlfeil, auch mit Videoüberwachung. Als vor einigen Monaten bei unserer Nachbarin eingebrochen wurde, konnten die Täter mit Fotos von unserer Kamera identifiziert werden. Ich kann Ihnen sagen, es ist ein komisches Gefühl, wenn man zusieht, wie andere versuchen, ins eigene Haus einzubrechen. Es war zunächst ein Mann zu sehen, der sich merkwürdig an der Haustür verhalten hat, der dagegen gedrückt hat, um festzustellen, ob es eine Mehrfachverriegelung gibt, der an die Scheiben geklopft hat, um festzustellen, um welches Glas es sich handelt. Und warum? Herr Wohlfeil, er hat die Kamera gar nicht gesehen. Aber hat gemerkt, dass die Haustür aus Stahl ist, die Fenster einbruchhemmendes Glas haben und die Lichtschächte zugeschweißt sind. Das alles war bei der Nachbarin leider nicht der Fall. Gott sei Dank war sie nicht da.

Weil ich unmittelbar erlebt habe, wie fassungslos und verängstigt die alte Frau anschließend war, verstehe ich, dass den Menschen dieses Problem auf den Nägeln brennt. Herr Konrad, in Ihrer Entgegnung zu Herrn Döring habe ich gemerkt, dass Sie dieses Thema vielleicht etwas auf die leichte Schulter nehmen. Ich kann Ihnen sagen, vor 30 Jahren hätte ich vermutlich genauso gedacht wie Sie. Aber ich habe festgestellt, dass sich das Sicherheitsbedürfnis der Leute mit dem Alter ändert. Ich bin mir auch nicht so sicher, ob weibliche Personen in Ihrem Alter das genauso sehen wie Sie. Deshalb sollte auch die Mehrheit dieses Gemeinderates heute zeigen, dass auch sie dieses Problem ernst nimmt und für unseren Antrag stimmt.

Stadtrat Döring (CDU): Dass wir in dieser Stadt mehr Präventionsarbeit brauchen, ist ein Fakt. Den hat auch Herr Schmitt erkannt. Dafür möchte ich ihm auch danken. Wir müssen aber sehen: Was hat die Stadt bisher außerhalb ihres gesetzlichen Rahmens dafür getan? Momentan ist es so, dass die Stadt – Sie haben es alle mitbeschlossen – mit dem Europäischen Forum für urbane Sicherheit einem Netzwerk beigetreten ist, das im Prinzip genau diese Probleme angehen soll und Sicherheitskonzepte erarbeitet, die auch greifen und das natürlich auch in einem etwas größeren Rahmen. Das war ein erster Schritt. Den haben Sie auch mitgetragen. Genau wie der Kommunale Ordnungsdienst – wie ich es vorhin schon gesagt habe – im Prinzip ein Bestandteil dieser Sicherheitsarchitektur ist, der genau das abfedern soll.

Ich muss hier aber einmal ausdrücklich die Präventionsarbeit des Polizeipräsidiums Karlsruhe loben. Denn die ist in gewissem Maße beispiellos. Es gibt Beamte, die wirklich von Tür zu Tür gehen, klingeln und die Leute beraten, also explizit aufklären. Das gibt es sonst in diesem Land nirgendwo. Die kriminalpolizeiliche Beratungsstelle wird sehr gut angenommen. Sie ist völlig ausgebucht. Allein schon der Umstand – Sie haben vorhin die polizeiliche Kriminalstatistik zitiert –, dass so viele Einbrüche schon im Versuchsstadium abgebrochen wurden, ist im Prinzip ein Beleg dafür, dass diese kriminalpolizeiliche Beratung greift. Dieses Problem ist in der Öffentlichkeit. Die Leute wissen Bescheid. Sie sind dafür sensibilisiert, auch in gewissen Bereichen. Es tut sich etwas. Sie, Herr Schmitt, sind das beste Beispiel dafür. Sie sind dafür sensibilisiert, haben reagiert und technisch nachgerüstet.

Wenn Sie sagen, Sie möchten gerne, dass diesem immer mehr Beachtung geschenkt wird, dann kann ich Ihnen durchaus Recht geben. Aber dafür so einen hohen Betrag zusätzlich einzustellen halte ich doch für etwas fraglich. Die Frage ist: Müssen wir das Rad neu erfinden? Wir haben auch keine besseren Tipps als die Profis der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle. Hier würde sich eher eine Kooperation mit den Beamten anbieten, dass diese vielleicht einmal einen entsprechenden Beitrag in der StadtZeitung verfassen. Auch Sie, Herr Schmitt, sind aufgerufen. Wenn Sie möchten, können Sie sich auch in dem Bereich informieren und auch dementsprechend in der StadtZeitung Beiträge verfassen, wie es auch jedem anderen Stadtrat frei steht. Ich sehe aber nicht die Maßgabe, dass sich die Stadt im Prinzip auf mehreren Umwegen von den Profis Tipps holen soll, um sie an die Bürger zu bringen, wenn die Profis es schon im direkten Bürgerkontakt machen.

Deswegen halten wir diese Maßnahme zwar für äußerst sinnreich, aber in dem Falle an der falschen Stelle angesetzt.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Herr Schmitt, da Sie mich direkt angesprochen haben: Ich kann Ihnen sagen, wie es aussieht bei weiblichen Altersgenossinnen. Bei meiner Freundin hat ein Einbruchversuch in ihrer damals noch allein bewohnten Wohnung stattgefunden. Ich kann nicht für sie sprechen, aber ich bin mir relativ sicher, dass sie mich darin unterstützt, dass wir einen anderen Ansatz für sinnvoller halten, als in der StadtZeitung zu inserieren. Denn gerade bei der Gruppe meiner Altersgenossinnen und Altersgenossen kommt das wahrscheinlich eher nicht an. Wir würden einen anderen Ansatz für begrüßenswerter halten.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Nur ein Satz: Prinzipiell Prävention ja, aber dann für konkrete Maßnahmen werben, was letztendlich dann von privaten Unternehmen angeboten wird. Letztendlich machen wir dann Werbung für Produkte von Unternehmen. Das führt dann auch zu einem System: Sicherheit nur für die, die es sich leisten können, wenn es jeder präventiv selbst machen muss. Wir müssen uns als Stadt darum kümmern, dass Sicherheit grundsätzlich überall im öffentlichen Raum gewährleistet ist.

Der Vorsitzende: Ich denke, wir sind uns aber alle einig, dass diese Information, dass man sich bei der Kripo die entsprechende Präventionsberatung holen kann, sinnvoll ist. Ich sehe auch kein Problem darin, dass wir darauf in der StadtZeitung gelegentlich einmal wieder intensiv hinweisen. Dafür brauchen wir aber nicht diese Summen, die hier drinstehen. Das ist in Kurzform das, was die Verwaltung dazu sagt. Jetzt bitte ich um das Kartenzeichen für oder gegen diesen Antrag. – 2 Zustimmungen, 1 Enthaltung, der Rest ist Ablehnung. Damit ist der Antrag, bezogen auf die Finanzposition, **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 3700**. Hier nehmen Sie die Veränderung über die **Veränderungsliste** bitte zur Kenntnis. Da geht es um den Betrieb Integrierte Leitstelle.

Antrag Nr. 42 (S. 139): Fahrzeugbeschaffung – Freiwillige Feuerwehr Neureut (Ortschaftsrat Neureut)

Ortsvorsteher Stober: Wir haben natürlich diese Stellungnahme zum Antrag zur Kenntnis genommen. Ich möchte mich zunächst einmal ganz herzlichen bedanken für die wirklich ausführliche Beantwortung. Aber natürlich – Sie werden es verstehen – im Ergebnis kann uns das nicht befriedigen.

Ich möchte ganz kurz darauf eingehen. Sie wissen alle, dass unsere Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr Neureut mit über 90 aktiven Mitgliedern in der Einsatzabteilung schon seit Jahrzehnten immer wieder auch rund um die Uhr einsatzbereit ist. Bereit ist, auch ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Sie macht natürlich alle geforderten Aufgaben zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger, nicht nur von Neureut, sondern gesamtstädtisch.

Gerne hat die Neureuter Feuerwehr auch immer wieder Sonderaufgaben übernommen. Ich denke z. B. an die Wasserförderung. Sie sind natürlich auch immer wieder überregional im Einsatz. Gerade diese anhaltende Leistungsfähigkeit und die vor Jahren auch signalisierte Zurverfügungstellung eines LF KatS, eines Löschfahrzeuges des Katastrophenschutzes, lassen natürlich wenig Verständnis für die jetzige Absage aufkommen.

Auch das Fehlen eines allradfähigen Fahrzeuges in Neureut schlägt immer wieder zu Buche. Sie wissen, Neureut hat große Waldflächen. Wir sind sowohl im Rheinwald als auch im Hardtwald bis nach Eggenstein-Leopoldshafen, bis zum KIT, im Einsatz und haben einfach kein allradfähiges Fahrzeug. Offensichtlich wurde dieses bei der gesamten Leistungsfähigkeit übersehen.

Ich denke, gerade durch dieses dritte Löschfahrzeug kann die Verfügbarkeit der Freiwilligen Feuerwehr, insbesondere bei Großschadenslagen durchaus gesteigert werden. Das Personal – und das ist das Wesentliche – ist immer wieder im Einsatz. Ich möchte erinnern an diesen verheerenden Brand, der am 21. Januar d. J. die Turnhalle der Turngemeinde niedergebrannt hat. Auch da fand ich das Zusammenspiel zwischen der Berufsfeuerwehr und unserer Freiwilligen Feuerwehr Neureut ganz toll. Es war ein ganz toller Einsatz. Aber während dieses tollen Einsatzes kamen zwei weitere Einsätze zur Geltung. Unser drittes Löschfahrzeug, das jetzt noch im Bestand ist, hatte diese zwei Einsätze abgearbeitet.

Sie sehen, es ist durchaus notwendig. Ich bitte Sie, den Gemeinderat, dieses dritte Löschfahrzeug zu unterstützen.

Ich möchte noch ganz kurz an den Preis rangehen. Es stehen hier 330.000 Euro im Gespräch. Mir wurde von meiner Feuerwehr versichert, dass es etwa bei 285.000 Euro liegt, und dass auch eine Bezuschussung möglich wäre.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dem Antrag unseres Neureuter Ortschaftsrates für ein drittes Löschfahrzeug für unsere Freiwillige Feuerwehr zuzustimmen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Die Freiwillige Feuerwehr Neureut hat sehr viele freiwillige Feuerwehrleute. Das ist sehr gut. Dadurch gibt es das Problem, dass nicht alle Platz haben auf den bestehenden Feuerwehrfahrzeugen. Das Problem wurde mehrfach im zuständigen Ausschuss beraten. Wir müssen uns einfach auf den Fachmann verlassen. Das ist der Feuerwehrkommandant. Der sagt, ein zusätzliches Löschfahrzeug ist nicht notwendig, wenn es um die Gefahrenabwehr geht. Nur darum geht es. Das ist der Grund, weshalb wir vom Land keinen Zuschuss bekommen, weil es nicht unbedingt notwendig ist. Da müssen wir uns einfach auf die Fachleute verlassen und können nicht sagen, wir sehen es anders. Deshalb können wir leider dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich will es ganz kurz machen. Der Kollege Honné hat alles gesagt, was hier zu sagen ist. Wir als Stadtrat sind auf die fachtechnischen Beratungen der Berufsfeuerwehr angewiesen. Die Ausführungen sind schlüssig. Denen müssen wir folgen, auch wenn wir nicht verkennen, dass die Abteilung Neureut – es gibt sicher auch noch andere Abteilungen – einen sehr engagierten Einsatz hat und für die Allgemeinheit einen unschätzbaren Wert darstellt. Aber ich muss mich für die Frage der Investition an diese objektiven Kriterien halten.

Stadträtin Fischer (SPD): Ich kann es auch ganz kurz machen. Wir haben im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen nicht nur von der Berufsfeuerwehr, sondern auch durch Stellungnahme des Feuerwehrstadtverbandes die Problemlage umfassend darge-

stellt bekommen. Ich möchte mich noch einmal für die profunde Darstellung in der Verwaltungsvorlage bedanken, die eigentlich keinen anderen Schluss zulässt, als hier die Zustimmung zu verweigern.

Stadtrat Jooß (FDP): Die Freiwillige Feuerwehr in Neureut hat einen umfangreichen Begründungskatalog vorgelegt. Ich denke, die Feuerwehr in Neureut ist vor Ort. Die wissen schon, was sie brauchen und was sie nicht brauchen. Deswegen richten wir uns nach der Freiwilligen Feuerwehr in Neureut und unterstützen den Antrag der Ortsverwaltung Neureut. Die Neureuter machen eine hervorragende Jugendarbeit, sind auch deswegen personell so gut ausgestattet. Ich will nicht sagen, dass für jede Person ein Fahrzeug notwendig ist, das ist ganz klar. Aber ich denke, die drei Löschfahrzeuge sind gut angelegt. Es ist investiv. Das Fahrzeug verursacht keine Folgekosten.

(**Stadtrat Dr. Fischer/KULT:** Doch! Benzin!; **Stadtrat Wohlfeil/KULT:** Solarbetrieben!)

- Nur im Betrieb. Aber wir brauchen kein Personal für das Fahrzeug.

(**Stadtrat Dr. Fischer/KULT:** Doch, zum Fahren!)

- Das ist auf freiwilliger Basis. Von daher kostet es wenig Geld.

Die Fahrzeuge werden gehegt und gepflegt. Es ist eine investive Sache, die uns nicht auf dem Geld der Stadt liegt. Daher unterstützen wir den Antrag der Ortsverwaltung Neureut.

Stadtrat Cramer (KULT): Auch die KULT-Fraktion wird heute der Antwort der Verwaltung folgen. Das heißt aber natürlich nicht, dass wir uns grundsätzlich gegen die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren in ganz Karlsruhe wenden. Wir haben nur das Problem, wenn jetzt aus Stadtteilen, die einen Ortschaftsrat haben, diese Anträge kommen, ohne dass es in einem Gesamtkonzept gesehen wird. So habe ich es in Erinnerung. Von daher haben wir auch etwas Probleme mit der Herangehensweise. Wir meinen, es sollte in Zukunft anders laufen. Es ist im zuständigen Ausschuss beraten worden. Es bleibt natürlich das Recht in Neureut, diesen Antrag zu stellen. Aber wir werden heute dem Petition der Stadtverwaltung folgen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich fasse mich kurz. Dem Anforderungskatalog aus Neureut schließe ich mich an.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich noch so viel dazu sagen: Ich habe mich mit dem Thema auch schon mehr oder minder häufig beschäftigt. Zum einen gibt es keinen historischen Anspruch auf einen dritten Zug in Neureut. Das wird zum Teil vor Ort unterschiedlich interpretiert und diskutiert. Aber das ist erst einmal eine ganz wichtige Grundlage.

Das Zweite: Wir haben alle großen Respekt davor, was die Feuerwehr Neureut leistet, auch mit wie vielen Personen sie dort unterwegs sind. Aber die Brandschutzbedarfsplanung sieht dort eine Einsatzbereitschaft vor, die nicht dieses dritte Fahrzeug erfordert.

Die Brandschutzbedarfsplanung ist in den entsprechenden Ausschüssen mit großer Mehrheit beschlossen worden. Sie versucht auch einen Ausgleich herzustellen über die ganze Stadt hinweg zwischen der Berufsfeuerwehr einerseits, den freiwilligen Feuerwehren andererseits und auch gewissen Spezialaufgaben, wodurch die Freiwillige Feuerwehr Neureut nach meiner Einschätzung sowieso schon einen Sonderstatus bekommt, so dass es hier auch eine gewisse Würdigung sowohl ihres Einsatzbereichs, als auch ihres Engagements durch diese Brandschutzbedarfsplanung gibt.

Ich sehe jetzt das Votum, das sich hier ergeben wird zu diesem Antrag. Ich empfinde das auch als Rückendeckung dafür, dass ich mich noch einmal vor Ort einsetzen werde, dass wir die verschiedenen Seiten, die dort im Moment etwas unversöhnlich mit einander umgehen, noch einmal an einen Tisch holen und auch einmal in einer nichtöffentlichen Diskussion versuchen, das eine oder andere zu klären. Ich würde mir wünschen, wenn dieses Angebot dann so angenommen wird, dass wir am Ende bestimmte Punkte akzeptieren in der jeweils anderen Argumentation, die offensichtlich nicht zu widerlegen sind oder wo keine andere Überzeugung herzustellen ist. Auf der anderen Seite sollten wir aber auch gemeinsam akzeptieren, wie die Entscheidungen am Ende ausgehen und dann in eine konstruktive Vorwärtsbewegung gehen und uns nicht immer im Rückblick auf zurückliegende Dinge beharren.

Meine Wahrnehmung ist, dass es durchaus Aspekte gibt, die man auch vor Ort noch einmal miteinander diskutieren muss, die auch eine echte Sorge einzelner sehr engagierter Persönlichkeiten vor Ort sind. Ich habe aber auch das Gefühl, dass an der einen oder anderen Stelle der eine oder andere dabei ist, der nicht unbedingt zur friedlichen und objektiven Klärung des einen oder anderen Tatbestands beiträgt. Mein Auftreten dann vor Ort soll vielleicht versuchen, einen etwas anderen Zungenschlag hineinzubringen. Das auch als Angebot an alle Beteiligten.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung und ich bitte um das Kartenzeichen. – 5 Zustimmungen, 2 Enthaltungen und der Rest **Ablehnung**. Das ist ein sehr deutliches Votum.

Wir kommen damit zum **Teilhaushalt 4000 – Schulen und Sport**. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass in der **1. Veränderungsliste** die Sachkostenbeiträge durch eine Erhöhung der Landeszuweisungen in guter Richtung angepasst werden konnten.

Antrag Nr. 43 (S. 145, 198): Mittagessen in Kitas und Schulen aus biologischem und regionalem Landbau (Die Linke)

Antrag Nr. 44 (S. 145, 198): Kostenfreies Mittagessen in allen Kindertagesstätten und Schulen in Karlsruhe – Verwendung der für den Baden-Airpark ab 2016 freiwerdenden Mittel (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Zunächst freuen wir uns natürlich, wenn das Thema aufgegriffen ist, auch schon durch vorherige Diskussionen und entsprechend hierzu Anstrengungen gemacht werden.

Wir möchten aber trotzdem betonen: Das eine ist biologisch regionaler Landbau. Aber es war noch ein Zusatzwort mit dem Antrag auf gesundes Essen. Denn auch Sie, Herr Oberbürgermeister, haben einmal erwähnt, dass biologisch alleine nicht gesund ist.

Denn es kann sehr wohl zu viel Fett, Salz usw. enthalten. Uns geht es auch darum, dass auch in den Bundesmedien darüber debattiert und gezeigt wird, dass bundesweit die Mittagessen von Kindern häufig keine guten sind. Es reicht also nicht nur aus, wie es produziert wird, sondern dass man eine andere Mühe bringt, es gesund zu machen, es für die Kinder attraktiv zu machen und nicht am Ende sagt, wenn wir gutes Essen machen, essen das die Kinder nicht. Die wollen Pommes und Nudeln und Schnitzel. Das stimmt nicht. In einem guten Restaurant kann man gutes Essen gut vorbereiten, dass es schmeckt und gesund ist. Man kann es aber auch so machen, dass ich es gerne stehen lasse.

Wenn wir unsere Bemühungen ergänzen in Richtung gesund und auch so attraktiv darzustellen, dass es kindergerecht ist, dann ist unser Antrag damit auch aufgenommen und muss nicht abgestimmt werden, was das biologische Essen angeht.

Zum Thema Kostenfreies Mittagessen: Das gibt es woanders auch. Ich denke, wir sollten jetzt langsam einmal dorthin kommen. Wir haben schon den einen Fall, den Sie alle kennen aus der Presse. Wir haben es auch in einer Anfrage thematisiert, dass es sogar schon Eltern gibt, die das Essen nicht bezahlen können und ihren Kita-Platz verlieren. Das darf nicht passieren, auch in einem Einzelfall nicht. Das ist ein Skandal.

Dieser Antrag, den wir hier stellen, ist schon mehrfach diskutiert worden. Es gab auch immer wieder Äußerungen von Fraktionen, dass sie das richtig finden, dass sie das machen wollen. Warum versuchen wir es nicht einmal? Deswegen haben wir auch den Vorschlag gemacht, dass wir ab 2016 beginnen und sagen, diese Mittel, die beim Baden-Airpark frei werden – ich weiß, sie sind nicht zweckgebunden, es ist ein Vorschlag – stehen uns schon einmal zur Verfügung. Lassen Sie uns doch im Zusammenhang sagen, wir wollen jetzt ein kostenfreies Mittagessen – natürlich gesund, natürlich regional und biologisch vernünftig – anbieten. Das wäre unser Anliegen.

Wir würden uns freuen, wenn wir einmal an so einem Punkt bei so einem Antrag eine Mehrheit bekämen. So viele haben gesagt: Ihr habt Recht, wir wollen das auch. Nicht immer den Haushalt verschieben, dass das Geld nicht da sei. Das tun wir wirklich seit so vielen Jahren immer mit der gleichen Argumentation. Es macht manchmal müde, sich immer die gleiche anzuhören. Wir fänden es schön, wenn zu diesem Punkt hier auch einmal ein positiver Beschluss käme.

Der Vorsitzende: Wenn ich Sie richtig verstehe, haben Sie **Antrag Nr. 43** zurückgezogen bzw. für **erledigt** erklärt mit dem Zusatz „gesund“. Wir diskutieren vor allem jetzt noch über den Antrag Nr. 44.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Herr Fostiropoulos, Sie haben es angesprochen. Das ist ein Thema, das uns schon öfters beschäftigt hat. Auch meine Fraktion hat natürlich Sympathien. Das ist ganz klar. Allerdings hat die Verwaltung in ihrer Antwort aufgelistet, was es denn insgesamt kosten würde, wenn wir das Mittagessen kostenfrei anbieten würden. Das sind, wenn ich das hier einmal so grob überschlage, weit über 13 Mio. Euro im Jahr. Das ist schon eine Dimension, wo ich sagen muss, das bekommen wir im Haushalt nicht unter. Insofern kann man natürlich hier auch die finanziellen Auswirkungen nicht außer Acht lassen.

Ich muss Ihnen aber wirklich Recht geben, Herr Fostiropoulos, wie Sie und Ihre Kollegin in der Antragsbegründung geschrieben haben, dass es wirklich ein Unding und ein Skandal ist, wenn ein Kind aus dem Kindergarten fliegt, weil die Eltern das Essen nicht bezahlen können. So etwas darf wirklich nicht passieren.

Wir sind deswegen auch sehr dankbar, dass es viele private Initiativen gibt, dass wir z. B. über den Stadtjugendausschuss auch diese mp13 haben, die schon einige Gruppen abdecken. Wir haben den Karlsruher Kindertisch, von dem - gerade über Hinweise von Erziehern oder Lehrern - für Kinder, deren Eltern nicht das Geld haben, dies zu bezahlen, dann das Mittagessen übernommen wird. Ich denke, wir sollten vielleicht auf diese Initiativen noch einmal hinweisen, auf die Einrichtungen, dass es Möglichkeiten gibt, dass kein Kind aus der Einrichtung verwiesen werden muss, nur weil die Eltern das Mittagessen nicht bezahlen können. Es gibt genug Leute, die bereit wären, das zu übernehmen.

Insofern ist das eine Größenordnung, die wir heute nicht mitgehen können. Aber wir sollten vielleicht insgesamt noch einmal auf die privaten Initiativen hinweisen, dass dieser Fall nicht noch einmal eintritt.

Stadträtin Melchien (SPD): Zum ersten Antrag: Sie schreiben es auch in Ihrer Vorlage, da sind wir schon weiter, da sind wir dran. Selbstverständlich wollen wir alle auch gesundes Essen für die Kinder in unserer Stadt. Oft ist es aber das Problem, dass es nicht ganz kindgerecht ist. Da müssen wir stärker darauf achten. Aber das ist in Arbeit.

Zum Antrag Nr. 2: Ich möchte unsere Ablehnung begründen. Wir sehen die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen. Wir befinden uns momentan voll umfänglich im Ausbau der Ganztagschulen und weiterhin im Ausbau der Kindertagesstätten. Wir haben hier hohe Ausgabensteigerungen, die zum Glück auch vom ganzen Haus hier immer mitgetragen werden, die auch dringend notwendig sind. Nicht alles, was schön wäre, ist auch im Haushalt darstellbar.

Sie haben jetzt eher von 12/13 Mio. Euro geredet in der Verwaltung. Wenn man auch die Kosten mitbedenkt, die uns wegfallen an Erträgen, müssen wir schon eher von 15 Mio. Euro ausgehen, die hier laufend als Mehrbelastung hinzukämen. Wir als SPD priorisieren den Ausbau der Betreuung und die Förderung finanziell schwächer Gestellter. Da kann ich mich voll umfänglich dem anschließen, was Sie gesagt haben. Wir müssen natürlich darauf achten, dass jeder zu seinem guten und gesunden Essen kommt, aber prioritär und deswegen nicht für alle kostenlos.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich möchte mich bedanken, dass Sie noch einmal erwähnt haben, Herr Oberbürgermeister, dass Sie schon konzeptionell daran arbeiten, den Bioanteil beim Essen zu erhöhen. Ich kann aber auch an das anschließen, was Herr Fostiropoulos gesagt hat. Wir müssen schauen, dass die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Kinderernährung konsequent umgesetzt werden, denn in der Tat gibt es überall – es gibt genügend Studien darüber – noch einen großen Handlungsbedarf. Die qualitative Entwicklung, dass Kinder und Jugendliche gerne dieses Essen zu sich nehmen, ist noch eine große Herausforderung.

Das Zweite ist die Kostenfreiheit. Das ist sicher wünschenswert und muss auch als Perspektive schon mitgedacht werden. Allerdings sehe ich es da genauso wie auch meine beiden Vorrednerinnen, dass wir im Augenblick von den Prioritäten, was insgesamt noch notwendig ist im Bereich Kindergarten und Schule, Ausbau Ganztageschulen, qualitative Entwicklung der Kindertagesstätten jetzt nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen können.

Einen letzten Punkt möchte ich noch kurz ansprechen, weil Sie, Frau Meier-Augenstein, es angesprochen haben mit den Kindern, die möglicherweise aus der Kita rausfliegen, wenn das Schulessen nicht bezahlt werden kann. Ich habe auch mit der Jugendhilfe gesprochen. Es ist tatsächlich so: Bei jedem Fall, der dort bekannt wird, wird sofort eine Abhilfe geschaffen. Ich denke, man kann pauschal nicht sagen, dass in Karlsruhe Kinder, bei denen das möglicherweise in einem privaten Kindergarten zunächst einmal verfügt wird, keine Möglichkeit mehr haben. Denn das darf in der Tat nicht sein. Allerdings müssen wir dafür sorgen, dass so ein Fall tatsächlich sofort gemeldet wird. Dann wird Abhilfe geschaffen.

Fazit: Qualitative Entwicklung Schulessen, biologisch, zunächst Kostendeckelung und dann überlegen für die nächste Legislaturperiode, was wir in diesem Bereich machen können. Alle Kinder müssen den Zugang zu einem gesunden und kindgerechten Schulessen bekommen.

Stadtrat Hock (FDP): Die FDP-Fraktion hat sich diesem Thema schon vor einigen Jahren gewidmet und hat auch dazu einen Antrag gestellt, der in die gleiche Richtung ging, wie der des Kollegen Fostiropoulos. Deshalb ist es heute klar, dass wir diesen Antrag unterstützen werden. Denn es ist nicht so, dass es keine Kinder gibt, die mittags kein Essen bekommen, weil sie dort herausgenommen werden, weil die Eltern das nicht bezahlen können. Die gibt es auf jeden Fall. Ich kenne einige Beispiele aus der Waldstadt, die ich auch gerne einmal weitergeben kann. Deshalb ist dieses Thema wichtig und gut. Wir können diesen Antrag heute so mitgehen, denn wir haben diesen Antrag in fast gleicher Form schon einmal gestellt.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte das Ganze ein bisschen von der anderen Seite angehen. Mir gefällt es nicht, dass wir es vom Geld abhängig machen. Ich frage mich, warum sollten nicht wohlhabende Eltern das Mittagessen bezahlen? Da sehe ich überhaupt keinen Grund dagegen. Wir sollten als Stadt unseren Fokus auf die Schwachen, auf die, die es wirklich brauchen, richten. Das tun wir. Es stimmt einfach nicht, dass es in der Stadt nicht funktioniert hat. Es war ein Beratungsproblem, es war nicht bekannt. Es gibt so viele Initiativen privater Art. Es gibt von der Stadt genug Initiativen. Kein Kind muss wegen finanzieller Schwächen der Eltern eine Einrichtung verlassen.

Aus diesem Grund sage ich: Es ist richtig, dass manche Leute das Essen bezahlen und wenige dann auch nicht bezahlen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Nur ein Satz zu Herrn Kollegen Kalmbach. Es tut mir leid, lieber Kollege. Die Armen werden immer zu Bittstellern gemacht. Wir wollen, dass unabhängig vom Einkommen die Kinder ein gleiches Essen kostenfrei bekommen.

Über Steuergerechtigkeit können wir das Geld wieder zurückholen. Aber bitte nicht immer die Ärmere zu Bittstellern machen.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal auf eines eingehen, Frau Rastätter hat es schon erwähnt, wofür ich sehr dankbar bin. Es ist nicht so, dass die Stadt nicht die Beiträge übernimmt, wenn Kinder ihr Mittagessen nicht bezahlen können. Nur müssen wir von diesen Fällen wissen. Wir wissen bis heute nicht, um welche Familie es sich handelte, die in der Presse stand. Da nutzt es uns auch nichts, wenn die Karlsruher Tafel einspringt. Wir wissen es bis heute nicht und können deswegen auch nichts unternehmen. Deswegen ist die klare Ansage an alle Träger und Eltern: Wenn sie in eine solche finanzielle Notlage kommen, dass sie das Mittagessen nicht bezahlen können, dann wird die Stadt eine Lösung finden, in den allermeisten Fällen selber einspringen. Mir ist es nur ganz wichtig, damit nicht der Eindruck entsteht, es sei ein Vabanque-Spiel, ob es klappt mit dem Mittagessen oder nicht, je nach dem, wie man gerade finanziell da steht.

Insofern, Herr Hock, wenn Sie von reihenweisen Waldstädter Kinder wissen, die in dieser Situation sind, dann geben Sie uns bitte die Namen weiter, wenn die Eltern das erlauben. Denn dann sollte man das klären. Ich glaube, dass hier Übereinstimmung herrscht. Das ist dann eine Frage des Handlings und nicht eine Frage der grundsätzlichen Einstellung.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Ich bitte um das Kartenzeichen. – 7 Ja-Stimmen, ansonsten **Ablehnung**.

Anträge Nrn. 45 und 46 (S. 145): Junior Slow Food Karlsruhe e. V. (KULT, FDP, GRÜNE, Bürger/Einwohner)

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): In der Antwort steht, dass es sich um ein Bildungsangebot handelt, das sogar auf dem Lehrplan steht. Das ist für uns nur ein Aspekt.

Der zweite Aspekt ist, der Verein Junior Slow, dieses ehrenamtliche Engagement kümmert sich darum, Begeisterung für Geschmack zu wecken, Begeisterung auch für andere Geschmäcker. Wir kennen den heutige Standardgeschmack, wie er Kindern auch durch das ganze vorbereitete Essen vermittelt wird: süß, verstecktes Fett, verlockend, nicht vielseitig. Genau dagegen arbeitet Junior Slow.

Wir halten das für extrem wichtig, um z. B. auch den Aspekt, den ich vorhin gehört habe zu berücksichtigen: Es muss den Kindern schmecken. Den Kindern schmeckt es viel mehr, wenn sie eine entsprechende Geschmacksbildung haben. Aus dem Grund sind wir der Meinung, dass dieser Verein unterstützt werden sollte, jetzt auch mit Geld, weil der Verein einfach an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit stößt. Vieles, was die machen, geht nicht anders. Darum unser Antrag. Wir gehen auf den Betrag der Grünen zurück, also 10.000 Euro.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Es ist wirklich eine bewundernswerte Arbeit, die bislang ehrenamtlich erbracht wurde. Man muss es sich vorstellen, dieses Slowmobil, das Grundschulen besucht, ist dort von Anfang März bis Ende Oktober jeden Vormittag an Grundschulen in unserer Stadt. Es gibt schon eine große Liste derjenigen Schulen, die

das gerne hätten und warten müssen. Die Wartezeiten sind enorm. Die machen praktisches Kochen, schmecken, riechen, berühren, anschauen, und wecken somit auch die Begeisterung der Kinder für eine gesunde und nachhaltige Ernährung. Die kochen auch in diesem Slowmobil. Es ist wirklich etwas, wo man sagen muss, es ist ganz viel privates Geld mit hineingesteckt worden. Es ist im Grunde eine kleine Anerkennung, die sie bekommen, denn dadurch können zumindest die Aufwandsentschädigungen für die vielen Ehrenamtlichen bezahlt werden, Frauen vorwiegend, die dort das Slowmobil betreuen und qualifiziert diesen zusätzlichen erweiterten Unterricht mit den Kindern machen.

Deshalb halten wir es für einen ersten Schritt, dass wir sie mit 10.000 Euro unterstützen und dann ermöglichen, dass auch noch etwas für die Verwaltung und die Aufwandsentschädigung gezahlt werden kann.

Stadtrat Jooß (FDP): Slowfood und Fastfood klingt wie Feuer und Wasser. Das ist nicht pure Ideologie, wie Verbote und Regulierungen wie beim Veggie-Day, sondern Aufklärung für Kinder, Erzieher und deren Eltern. Denn was Fastfood, Geschmacksverstärker im Gesundheitsbereich bewirken, bekommen wir regelmäßig in den Medien vor Augen geführt. Ich möchte hier keinen Vortrag über gesunde Ernährung halten, sondern den Antrag der Grünen und der KULT unterstützen, was auch nicht jeden Tag passiert.

Die Arbeit wird ehrenamtlich durchgeführt. Das ist lobenswert. Dass für diese Arbeit aber auch noch Sachkosten übernommen werden müssen, ist nicht zumutbar. Deshalb fordern wir eine gewisse Entschädigung und schließen uns den Grünen an, für diese wichtige Arbeit. Denn was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer.

Für "slow baking" brauchen wir Bäcker natürlich keine Zuschüsse.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die Junior Slow Food Initiative ist eine sinnvolle Sache und passt auch zu den vorgehenden Anträgen. Es ist aber nicht die einzige Initiative in diesem Bereich. Ich kenne noch viele andere, die in den Schulen unterwegs sind. Es gibt z. B. die Klasse 2000 oder es gibt auch verschiedene Programme der Krankenkassen, weil es natürlich für die Krankenkassen auch ein sehr wichtiger Punkt ist, bei der Gesundheitserziehung, Ernährungserziehung anzufangen.

So meint meine Fraktion, dass wir heute diesem Zuschuss nicht zustimmen wollen, weil wir kein neues Projekt aufnehmen wollen und weil die anderen Initiativen, die es gibt, auch keinen städtischen Zuschuss bekommen. Ich bin mir auch sicher, dass ein solches Projekt noch Sponsoren finden kann, weil es einfach eine gute Sache ist und viele sich vielleicht mit der Unterstützung eines solchen Projekts gerne schmücken. Insofern müssen wir für heute leider ablehnen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Es steht übrigens auch im Koalitionsvertrag, die Kinder an eine gesunde, bewusste Ernährung heranzuführen. Insofern können wir den Antrag der Grünen heute nur befürworten. Wer einmal vor Ort war und hat sich die Arbeit angeschaut, die geleistet wird in dem Slowmobil, der ist wirklich beeindruckt. Allerdings wollten wir anregen, dass die Finanzierung heute aus dem städtischen Haushalt so in

Ordnung geht, aber dieses Modell zukünftig aus dem Topf Umweltpädagogik und Schule finanziert wird.

Wie gesagt, auch im Koalitionsvertrag – an die Kollegen der CDU appelliert – steht, dass die gesunde Ernährung der Kinder gefördert werden soll.

Der Vorsitzende: Wenn Sie nachher in der Pause noch verraten, welchen Koalitionsvertrag Sie meinen - -

(Stadträtin Ernemann/SPD: Den Bundeskoalitionsvertrags, wir haben hier noch keinen mit der CDU!)

- Jetzt gibt es noch mehr Pausengesprächsstoff.

Wir können zur Abstimmung kommen. Ich möchte folgendes noch auf Ihren Hinweis, Frau Ernemann, anmerken. Ich würde doch darum bitten, dass Sie jetzt darüber abstimmen, es als zusätzliche Mittel in den Haushalt einzustellen, nicht mit der Perspektive, es später mit irgendetwas anderem zu verrechnen. Wenn Sie das wünschen, können Sie es zum nächsten Doppelhaus einbringen. Aber sonst kommen wir da völlig durcheinander.

Es gab von einem Antragsteller den Vorschlag, dass wir auf 10.000 Euro zurückgehen. Wir haben aber auch einen Antrag aus der Bürgerschaft, dass wir das mit 15.000 Euro unterstützen. Insofern muss ich doch beides zur Abstimmung stellen, nämlich einmal die 15.000 Euro von Junior Slow Food selber.

Von daher rufe ich jetzt erst einmal den Antrag auf, der 15.000 Euro pro Jahr beinhaltet. – Wir haben 5 Zustimmungen, der Rest ist **Ablehnung**.

Jetzt kommen jeweils 10.000 Euro. – Da wendet sich das Blatt. Wir haben 14 Ablehnungen, mehrheitlich **angenommen**.

Antrag Nr. 47 (S. 145): Konzeption Schulgelder für Fachschulen (CDU)

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Unser duales Ausbildungssystem, das wir in der Bundesrepublik haben, ist einmalig. Es ist ein Exportschlager aus Deutschland in die ganze Welt hinein geworden. Ich glaube, auch wir im Gemeinderat haben parteiübergreifend in den letzten Jahren sehr viel investiert in den beruflichen Schulen, in den Fachschulen für die Weiterbildung. Das war ein Zeichen hinaus in die Bevölkerung, aber natürlich auch in die Wirtschaft, dass wir zu unserem Handwerk stehen.

Uns geht es heute mit dem Antrag, den wir gestellt haben, darum, dass wir auch in Zukunft unsere Schulen, die Ausbildungsberufe, mit Schülerinnen und Schülern füllen und vor allem aber auch in der Erwachsenenbildung, also Fachhochschulen, Meisterschulen, Technikerschulen usw., weiterhin füllen mit denjenigen, die bereit sind, eine Ausbildung, eine Weiterbildung durchführen.

Denn eines müssen wir feststellen, es ist immer wieder in vielen Gesprächen von Seiten der Kammern gekommen, dass es schon einen Wettbewerb unter den Berufsschulen auf den Run der Besten gibt, die sich melden. Deshalb ist es für uns ganz wichtig, dass wir in Karlsruhe unsere Berufsschulen, die wir in den letzten Jahren mit vielen Millionen ausgebaut haben, weiterhin füllen mit Menschen, die bereit sind, sich weiterzubilden. Das ist unser Ansatz mit diesem Antrag. Wir sind mit der Antwort, dass wir damit in den Schulbeirat gehen, einverstanden. Wenn Sie uns dann die Zahlen liefern könnten, sind wir heute damit einverstanden.

Stadträtin Uysal (SPD): Für uns ist es auch ein besonderes Anliegen, dass die SPD vor allem Schülerinnen und Schüler stärkt und sie auf ihren Bildungswegen unterstützt. Dazu gehören auch die Fachschüler. Aber es ist auch für uns ein Anliegen, dass wir die Fachschulen stärken und dass wir hier auch ein Augenmerk darauf werfen. Wir sind auf das Ergebnis der Verwaltung im Schulbeirat gespannt, das dann die Grundlage für das weitere Verfahren in diesem Bereich sein wird und eventuell zu Optimierungsmaßnahmen führen wird. Darauf sind wir gespannt. Jetzt schon ein Dankeschön an die Verwaltung für diese Überprüfung.

Der Vorsitzende: Ich habe keine Wortmeldungen mehr. Dann nehmen wir den Auftrag jetzt noch umso ernster und diskutieren dann im **Schulbeirat**, wenn wir die Informationen zusammen haben.

Antrag Nr. 48 (S. 145): Schülerakademie (SPD, GRÜNE, KULT)

Stadträtin Uysal (SPD): Man soll jeden Schüler dort abholen, wo er steht. Genau das wollen wir auch erreichen, indem wir die erfolgreiche Arbeit der Schülerakademie unterstützen, die einen Teil der Schülerschaft abholen kann. Denn die Schülerakademie fördert begabte Schülerinnen und Schüler in Karlsruhe. Mit ihren Netzwerkpartnern leisten sie eine professionelle Arbeit und decken somit Talente auf und fördern diese auch gezielt. Deswegen bitte ich um Unterstützung, damit wir allen Kindern hier in Karlsruhe auch gerecht werden und auch die Talente nicht aus den Augen verlieren.

Stadträtin Mußnug (CDU): Es ist ein Kernanliegen der CDU, jeden Schüler und jede Schülerin, so wie sie ist und wie er ist, zu fördern. Das gilt auch für die begabten Schüler. Deswegen möchte ich gleich die Zustimmung unserer Fraktion zu diesem Antrag ankündigen. Diese Förderung der begabten Schüler in der Schülerakademie durch abgestimmte Lernangebote mit den Forschungseinrichtungen und Hochschulen ist eine gute Investition in unsere Zukunft. Da können wir gar nicht anders als zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich bitte um das Kartenzeichen. – 4 Nein-Stimmen, ansonsten mehrheitlich **zugestimmt**.

Antrag Nr. 49 (S.150): Sportförderung, Behindertensport, Erhöhung der Projektmittel (GRÜNE)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Bewegung ist gerade für Menschen mit Behinderungen wichtig und von großer sozialer und gesellschaftlicher Bedeutung. Die Gestaltung von Freizeit ist auch ein künftiges Schwerpunktthema in der Arbeit des Behindertenbeirates.

Wir müssen nun künftig verstärkt Übungsleiterinnen und –leiter im Umgang mit Menschen mit Behinderungen fördern, sowie uns für die Minimierung von baulichen Barrieren einsetzen.

Neben diesen beiden Handlungsfeldern gibt es weitere Maßnahmen, die künftig eine verstärkte finanzielle Unterstützung bedürfen. Aus diesen Gründen beantragen wir eine Erhöhung des Ansatzes.

Stadtrat Meier (CDU): Inklusion ist in vielen Bereichen eine große Herausforderung, bietet aber auch in vielen Bereichen eine große Chance. Das Projekt Karlsruhe auf dem Weg zur Inklusion läuft positiv, bringt vieles positiv voran. Aber es sind, wie in der Antwort der Verwaltung zu lesen ist, auch Anteile der Mittel noch nicht abgerufen worden. Wenn auch hier einmal in Zukunft über eine Erhöhung der Mittel nachgedacht werden sollte, können wir gerne darüber reden. Zum jetzigen Zeitpunkt möchten wir uns auf die Stellungnahme zurückziehen und den Antrag ablehnen.

Stadträtin Moser (SPD): Für die SPD-Fraktion ist eine gelungene Integration und Inklusion in jeder Hinsicht sehr wichtig. Gerade im Sport ist dies von großer sozialer Bedeutung. Das sportliche Miteinander von Menschen mit Handicap und Menschen ohne Handicap trägt zur Integration bei. Inklusion soll nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch gelebt werden. Dies ist im Sport besonders gut möglich. Allerdings müssen alle Sportmöglichkeiten schnell und gut erreichbar sein.

Qualifizierungsmaßnahmen von Übungsleiterinnen und Übungsleitern werden gefördert, ebenso wie barrierefreie Umgestaltung von Sportanlagen und bestehende Behindertensportgruppen. Dafür werden 39.600 Euro pro Haushaltsjahr angesetzt. Für den vorherigen Doppelhaushalt wurden diese Beträge ebenfalls angesetzt, im Jahr 2013 allerdings nur 25.000 Euro abgerufen. Deshalb gehen wir davon aus, dass die eingestellten Mittel ausreichend sind. Deshalb möchte die SPD-Fraktion den eingestellten Betrag beibehalten und geht dem Vorschlag der Verwaltung nach.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Jetzt bitte ich um das Kartenzeichen. – 17 Befürworter, der Rest ist Ablehnung, damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Antrag Nr. 50 (S. 150): Sportförderung, Projekt „In Schwung“, Sportkreis Karlsruhe/Erhöhung der Transfermittel für 2016 (GRÜNE)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Bereits in den letzten Haushaltsberatungen hatten wir für das Projekt „In Schwung, Fit im Alter“ einen Antrag gestellt, der knapp nicht zum Zuge gekommen ist. Damals wurde – hauptsächlich auch von Seiten der CDU-Fraktion - ausgeführt, dass es noch zu früh sei, um Mittel zu erhöhen, da es an Übungsleiterinnen und Übungsleitern fehlen würde bzw. da man konzeptionell nachsteuern müsste.

Dieses Mal haben wir auch im Vorfeld Gespräche geführt. Leider ist die Konzeption noch nicht ganz so weit gediehen, weshalb wir uns mit einer Mittelerhöhung auf das Jahr 2016 beschränkt haben, sehen aber hier ganz dringend den Bedarf, um die Lücken, die es noch in der stadtweiten Versorgung beim Angebot „In Schwung“ gibt, zu schließen und gleichzeitig auch zu ermöglichen, dass sehr gut angenommene Pro-

gramme für Menschen mit wirtschaftlich schlechteren Möglichkeiten, wie im Rintheimer Feld, ausgebaut werden können und „In Schwung“ auch dementsprechend Ermäßigungen gewähren kann.

Zum Abschluss möchte ich „In Schwung“ noch dazu gratulieren, dass sie auf europäischer Ebene erst vor kurzem ausgezeichnet worden sind.

Stadtrat Hofmann (CDU): Lieber Kollege Geiger, genau die gleiche Antwort, wie im letzten Jahr muss ich Ihnen dieses Jahr auch wieder geben. Natürlich ist „In Schwung“ ein Erfolgsprojekt. Das muss man ganz klar sagen. Der Sportkreis leistet dort hervorragende Arbeit in einem ganz wichtigen Umfeld. Ich habe auch bei der damaligen Rede mehrfach diese Sache gelobt und gesagt, es ist wirklich ein absolutes Novum, was dort geleistet wird. Auch gerade die Versuche, mit älteren Menschen etwas zu erreichen, sind einzigartig und jeden Lobes wert.

Aber: Der Sportkreis selbst hat bis jetzt noch keinen Antrag gestellt um irgendeine Erhöhung. Er ist zurzeit überhaupt nicht in der Lage, weil noch kein Konzept vorliegt. Ich habe auch mit dem Sportkreisvorsitzenden selbst gesprochen. Es ist zurzeit kein Bedarf da. Es tut uns leid. Ich weiß auch nicht, warum wir jetzt gerade in der finanziellen Lage etwas erhöhen sollen im Vorgriff auf ein Konzept, das erstellt werden soll. Es lohnt sich auch dieses Jahr leider wieder nicht.

Wenn die Kapazitäten einmal da sind, dann sehe ich es nicht wie die Stadtverwaltung, dass eine Ausweitung auf die ganze Stadt nicht notwendig ist. Das sehe ich schon anders. Jetzt überlegen Sie doch einmal, im Bereich Demenz oder Sturzprävention können Sie nicht jeden Übungsleiter nehmen. Da müssen Sie auch gewisse Fachkräfte haben. Da brauchen wir einfach die entsprechenden Leute. Dazu muss ein Konzept erstellt werden. Man ist im Sportkreis daran, das zu erarbeiten. Aber dort sind sehr viele Ehrenamtliche am Werk. Das braucht nun einmal seine Zeit. Wir finden auch leider im Übungsleiterbereich nicht genügend, die sich dem annehmen werden.

Von daher kann ich das Projekt nur über alles loben. Es ist wirklich ein hervorragendes und tolles Projekt. Aber wir werden diesem Antrag aufgrund des nicht vorliegenden Konzeptes und der auch nicht vorliegenden Forderung des Sportkreises auf Erhöhung auch dieses Mal nicht zustimmen.

Stadträtin Moser (SPD): Das Projekt „In Schwung“ des Sportkreises Karlsruhe ist eine hervorragende Ergänzung zum Freizeit- und Vereinssport. Ältere Menschen können ohne Zugehörigkeit zu einem Verein sportlich aktiv sein und dies meist auch noch in dem Stadtteil, in dem sie wohnen. Seniorinnen und Senioren können kostengünstig in Schwung sein und fit und gesund bleiben. Dieses Projekt des Sportkreises hat großen Erfolg und es ist zu erwarten, dass mit der höheren Lebenserwartung der Bedarf weiterhin steigt. Die Stadt Karlsruhe unterstützt diese Angebote, die eine große Bereicherung im Leben der Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind, mit jährlich 20.000 Euro für Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Öffentlichkeitsarbeit und Organisation. Nicht alle Stadtteile sind bisher mit Angeboten versorgt. Es soll in Zukunft auch weiterhin ein günstiges Angebot bleiben.

Deswegen freue ich mich, die Unterstützung der SPD-Fraktion über Mitteleinstellung in Höhe von 5.000 Euro zuzusagen. Das, was Herr Hofmann gerade ausgeführt hat, finde ich in der Vorlage der Verwaltung nicht.

Der Vorsitzende: Damit können wir zur Abstimmung kommen. Ich darf um das Kar tenzeichen bitten. Wir haben in der Vorlage im ersten Jahr nichts und im zweiten Jahr 5.000 Euro. – Ich denke, es ist die Mehrheit, die dem Antrag **zustimmt**. Da sind Sie mit mir einig. Das waren auf der rechten Seite 4 Ja und links war alles gelb.

Antrag Nr. 51 (S. 150): Sportförderung/Leistungssport, Rücknahme der Erhö- hung der Mittel (GRÜNE)

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Die Förderung für Leistungssport steigt im Haushalts-
entwurf um 20.000 Euro. Auf Nachfrage bei der Verwaltung wurde uns mitgeteilt, dass
es sich hier um eine erhöhte Förderung für das Sportinternat handelt. Das Sportinternat
scheint wichtig zu sein für die Anerkennung des Otto-Hahn-Gymnasiums als Eliteschule
des Sports. Daher sehen wir eine gemäßigte kommunale Förderung dieses Sportinter-
nats als berechtigt an, das letzten Endes der Unterbringung von 4 – 7 Sportlerinnen und
Sportlern dient, also doch einer sehr begrenzten Anzahl.

Allerdings sollten in der gleichen Höhe Gelder über den Landesverband, über die betei-
ligten Sportvereine und über Sponsoren fließen. Aber hier hält man sich vornehm zu-
rück. Wir wünschen uns mehr Anstrengung der Verwaltung, in diese Richtung zu wir-
ken, zu akquirieren und beantragen eine Kürzung des kommunalen Anteils um
20.000 Euro.

Stadtrat Hofmann (CDU): Liebe Kollegin Dr. Leidig, eigentlich steht in der Verwal-
tungsantwort alles drin. Wir haben jahrelang für diesen Status Eliteschule gekämpft. Zu
einer Eliteschule ist ein Internat zwingend notwendig. Und zwar nicht – wie wir es vor-
her hatten – eine Art Halbtagsinternat, sondern eine Ganztagesbetreuung. Es steht
auch in den Konzepten des DOSB drin, d. h., es würde nicht nur Einzelpersonen betref-
fen, sondern es würde den gesamten Status des OHG betreffen. Das heißt wiederum,
da hängen Deputatstunden dran, da hängt alles mögliche dran. Das Internat ist nicht in
der Lage, diese Kosten zu decken.

Wenn ich einmal in der Historie zurückgehe, haben wir hier auch schon über den Neu-
bau eines Internats gesprochen. Es wurden auch im Sportausschuss schon Pläne ge-
macht, wie man es machen kann. Diese Lösung, die erarbeitet wurde, ist die günstigste
Lösung überhaupt, die es gibt. Die jetzt noch in Frage zu stellen und die sowieso gerin-
ge Förderung, die es im Leistungssport gibt, noch zu kürzen, halten wir für den völlig
falschen Weg. Ich glaube, dass wir gerade hier einen sehr eleganten Weg gefunden
haben, wie man bedarfsorientiert das Internat mit bestimmten Leuten füllen kann. Es ist
nicht so, dass die Sportlerinnen und Sportler, die da drin sind, nichts zahlen, sondern
die zahlen auch einen Beitrag zwischen 300 – 400 Euro. Das ist für Familien teilweise
ganz schön viel, wenn die Kinder am Wochenende noch heimkommen.

Eigentlich ist es eine Erfolgsgeschichte. Ich verstehe den Antrag überhaupt nicht. Denn
es wäre in der Konsequenz, dass wir kein Internat mehr anbieten können. Wir wären

dann natürlich auch nicht mehr in der Lage, das Ziel Eliteschule des Sports beim Otto-Hahn-Gymnasium zu erhalten. Wir lehnen diesen Antrag mit Nachdruck ab.

Stadträtin Moser (SPD): Karlsruhe hat einen ausgezeichneten Ruf als Sportstadt. Deshalb ist auch bei der Nachwuchsförderung im Spitzensport unabdingbar, ein Sportinternat vorzuhalten. Die jungen Menschen habe die Möglichkeit, am Otto-Hahn-Gymnasium, einer Eliteschule des Sports, einen entsprechenden Abschluss zu erreichen, um damit nach oder während der sportlichen Laufbahn eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen. Es ist nicht für alle Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchssportler im Spitzensport möglich, eine entsprechende sportliche Förderung am Heimatort zu bekommen. Dies ist durch das Sportinternat am Standort Karlsruhe gewährleistet, denn hier sind Wohnen, pädagogische Betreuung durch die Vereine, schulische und sportliche Ausbildung eng miteinander verzahnt.

Der Zuschuss in Höhe von 40.000 Euro deckt nur einen Teil der Kosten des Trägers. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Verwaltung auf Beibehaltung der eingestellten Mittel.

Stadtrat Jooß (FDP): Es wurde fast schon alles gesagt. Mir ist ganz wichtig, dass das Sportinternat, wie Stadtrat Hofmann schon sagte, flexibel handbar ist. Wenn wir ein Internat hätten, das von der Stadt gebaut wird und unterhalten werden muss, wäre das viel teurer. Wir sehen es als ideale Lösung an. Wir wissen alle: Breitensport braucht den Leistungssport. Wir haben es bei den Wettkämpfen der Deutschen Meisterschaften gesehen, wie hervorragend wir in Karlsruhe aufgestellt sind und was wir hier leisten konnten. Diese Internatsschüler haben selbst kein oder nur ein kleines Einkommen und beteiligen sich trotzdem noch an den Kosten. Von daher sind wir für die Beibehaltung des Zuschusses im Sportbereich für das Internat.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Der Leistungssport gehört zum Sport genauso wie der Breitensport. Die Jugendlichen hier in unserer Stadt und im weiteren Umfeld sollen die Möglichkeit haben, diesen Sport so zu betreiben, wie sie dazu in der Lage sind. Wir müssen die Leute, die sportlich hochbegabt sind, entsprechend fördern. Deswegen kommen wir um diese Ausgabe nicht herum.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. – 9 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen, Rest Ablehnung, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir sind weiter beim Teilhaushalt 4000, die Seite habe ich nicht. Da weise ich nur darauf hin, dass es in der **Veränderungsliste** eine Abgeltung von Schadensersatzansprüchen bezüglich der Gaststätte in der Europahalle für das Jahr 2015 gibt. Das ist neu hier aufgenommen.

Antrag Nr. 52 (S. 154): Sportförderung, Erhöhung der Stadionmiete für den KSC (GRÜNE, KULT)

Ich möchte dazu anmerken, dass alle Anfragen an uns immer dazu geführt haben, dass wir gesagt haben, wir werden natürlich die alte Pacht in den Haushalt einstellen. Wir haben es dann nur nicht gemacht. Das ist ein Fehler von uns gewesen. Wenn Sie ein-

verstanden wären, würden wir das einfach so machen, weil es in der Tat keinen Grund gibt und auch keine Beschlusslage, jetzt hier diese reduzierte Pacht hineinzuschreiben, sondern wieder den Anspruch zu erheben, die volle Pacht zunächst einzufordern.

Wenn Sie sich dem so anschließen könnten, könnten wir darauf **verzichten**.

Antrag Nr. 53 (S. 154): Förderung eines Spendenfonds zur Finanzierung Neubau Fußballstadion (FW, Stadtrat Schmitt/pl)

Stadtrat Schmitt (pl): Diesen Antrag könnte man auch unter dem Titel firmieren lassen: Wir tragen den Hund zum Jagen. Nachdem ich am 13.01. in meiner Haushaltsrede den Vorschlag gemacht habe, die Bürger und Fans in Form von Spenden an der Finanzierung des Stadions zu beteiligen, wurde die Idee erstaunlicherweise am 17.01. von ka-news aufgegriffen. Ka-news veröffentlichte ein Spendenkonto mit der Bitte um Überweisung. Daraufhin hatte ich Herrn Damm eine Mail geschickt, in der ich ihm empfohlen habe, das Ganze auf eine breitere Basis zu stellen.

Diese Mail ging auch an den KSC-Präsidenten und die KSC-Geschäftsstelle. Da es auf diese Mail keine Reaktion seitens der Adressaten gab und man von dem Spendenkonto der ka-news anschließend auch nichts mehr gehört hat, sind Jürgen Wenzel und ich zu der Überzeugung gekommen, dass man das anders machen muss. Denn mit der Bitte um Überweisung alleine ist es wohl nicht getan. Die Tatsache, dass es den KSC offensichtlich nicht interessiert, dass das größte Online-Medium in Karlsruhe zu einer Spendenkampagne für sein neues Stadion aufruft, hat uns darin bestärkt, die Art und Weise, wie dieses Stadion finanziert werden soll, noch einmal zum Thema zu machen.

Wir möchten daran erinnern, dass dieser Gemeinderat nicht allein von den 30.000 KSC-Fans gewählt wurde, von denen allenfalls die Hälfte aus Karlsruhe kommt. In Karlsruhe hat man es, im Gegensatz zu Freiburg, nicht für erforderlich gehalten, die Bürger dieser Stadt zu fragen, ob sie mit dem Bau eines neuen Stadions und der geplanten Finanzierung einverstanden sind. Warum nicht? – Weil man davon ausgegangen ist, dass man bei einem Bürgerentscheid keine Mehrheit für den Stadionneubau erhalten wird. Nun hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen, dass es trotzdem gebaut wird.

In Freiburg war das Ergebnis der Abstimmung positiv, auch weil sich der Freiburger SC mit 20 Mio. Euro an den 70 Mio. Euro Investition beteiligt. Wir alle wissen, dass der KSC dieses Stadion nie und nimmer – wie jetzt kalkuliert – in 20 Jahren abbezahlen wird. Wir alle wissen, dass wir uns hier selbst etwas vormachen. Inzwischen sehen das viele Karlsruher Bürger wohl auch so. Die vielen Leserbriefe in den BNN zu diesem Thema sind Ihnen und mir bekannt. Obwohl es keinen Bürgerentscheid gab, gibt es dennoch die Möglichkeit, das Projekt Stadionneubau zu einem Gemeinschaftsprojekt der Bürger dieser Stadt zu machen. Genau das ist unser Ziel.

Die Spendenkampagne gibt den Unterstützern die Chance, den Kritikern zu signalisieren, dass es doch eine breite Nachfrage nach diesem Stadion gibt. Momentan ist die Tendenz in der Stadt eher so, dass das Stadion – so, wie es jetzt finanziert wird – nicht gewollt wird. Aber das können wir heute hier gemeinsam ändern. Die gute, aber im Sande verlaufene Idee von ka-news zeigt, dass eine Spendenkampagne auf eine breite-

re Basis gestellt werden muss. Es muss Werbung in den Medien dafür gemacht werden, und vor allem muss der KSC davon überzeugt werden, dass es nicht unmöglich ist, Stadionkritiker zu Unterstützern des Neubaus oder gar zu neuen KSC-Fans zu machen.

Der KSC muss signalisieren, dass er sich aktiv an der Investition beteiligt und nicht nur darauf setzt, dass er irgendwann wieder in der ersten Liga spielt und das Geld dann automatisch in seine Kassen fließt. Meines Wissens hat der KSC übrigens noch nie 20 Jahre am Stück in der 1. Bundesliga gespielt. Deswegen sollten wir hier auch realistisch sein.

Die von Jürgen Wenzel und mir vorgeschlagenen 75.000 Euro in diesem und im nächsten Jahr sind einzusetzen für eine Werbekampagne in den regionalen Print-, Online- und Fernsehmedien. Wobei wir davon ausgehen, dass diese Medien dem KSC ihre Leistung kostenlos zur Verfügung stellen und der von uns beantragte Betrag nur im Worst-case angegriffen werden muss. Die Koordinierung der Werbeaktion ist aus unserer Sicht eine Aufgabe für das Stadtmarketing. Würde man in dieser Werbekampagne auch darauf hinweisen, dass man in diesem Stadion nicht nur Fußball spielen kann, dann würde die Akzeptanz dafür noch weiter erhöht.

Der Gemeinderat kann heute ein starkes Signal aussenden an die vielen Kritiker, an die Bürger, die mit dieser Art und Weise der Stadionfinanzierung nicht einverstanden sind. Der Gemeinderat kann heute zeigen, dass er deren Kritik aufgreift und nicht einfach gegen eine breite Bürgermeinung entscheidet. Deshalb wünschen wir uns eine wirklich überzeugende Mehrheit für unseren Antrag.

Stadtrat Hofmann (CDU): Sehr geehrter Herr Stadtrat Schmitt, mir fehlen jetzt ein bisschen die Worte, weil ich damit nicht gerechnet hätte. Ich denke, wir beide leben in der gleichen Stadt. Wo Sie Ihr Bild her haben, verstehe ich nicht. Warum sitzt dann z. B. ein Kollege Yabo hier, wenn der KSC keine Akzeptanz hätte? - Er sitzt heute nicht hier, er ist beim Training. Aber er kommt wieder.

Der KSC – da können Sie nachfragen – ist in allen Umfragen mit das Aushängeschild der Stadt Karlsruhe. Wenn Sie irgendwo in Spanien einmal über die Straßen gehen, dann werden Sie noch auf das 7 : 0 von Valencia angesprochen. Irgendwo leben wir anscheinend in zwei unterschiedlichen Städten. Ich weiß auch nicht, wo Sie das Stadion mit 20 Jahren abschreiben wollen. Es wurde von 30 Jahren gesprochen. Es wurde nie von 20 Jahren Bundesliga gesprochen, sondern man ist von einem Schnitt 2 Jahre in der Bundesliga in 10 Jahren ausgegangen, der Rest 2. Liga, sogar den Fall 1 Jahr 3. Liga hat man mit einkalkuliert. Also alles, was Sie eben erzählt haben, war ein bisschen aus dem Reich der Märchen. Ich verstehe Sie zumindest nicht. Ich weiß auch nicht, wo und was Sie da immer lesen. Ich lese immer die Leserbriefe, gerade wenn Sie ka-news zitieren. Es ist eine Riesenfangemeinde, die sich pro Stadion ausspricht. Ich lese aber auch einmal den einen anderen kritischen Leserbrief. Da gebe ich Ihnen Recht. Aber dass eine breite Mehrheit in der Bevölkerung dies nicht will – sorry, dann lebe ich wirklich in einer anderen Stadt.

Ich komme zum Antrag zurück. Grundsätzlich sind dies doch gute Ideen. Aber ist es Aufgabe einer Stadt, jetzt auch noch das zu übernehmen? Was sollen wir denn noch

alles machen? Sollen wir auch noch irgendwann die Toiletten putzen? Wir machen dann alles irgendwann. Irgendwo reicht es doch mit den Aufgaben. Sie misstrauen im Prinzip, Herr Stadtrat Schmitt, auch der Vorlage der Verwaltung, indem Sie sagen, das tritt nie im Leben ein. Das kann doch nicht wahr sein. Es trifft nicht ein, was Sie gesagt haben, dass wir 20 Jahre in der 1. Liga spielen. Da sind wir uns alle einig. Aber so ist die Finanzierung auch nicht kalkuliert, sondern sie ist auf 30 Jahre kalkuliert mit einer ganz seriösen Planung. Dass da vielleicht später doch ein kleines Delta bleibt, sei dahin gestellt. Da möchte ich Ihnen nicht widersprechen. Aber Ihre Ausdrücke von „völlig unsolid“ und „völlig am Bürgerwillen vorbei“ kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Ich glaube, wir sind hier auf dem richtigen Weg mit der Finanzierung. Es ist auch noch nichts beschlossen. Es sind noch einige Hürden aus dem Weg zu räumen. Wir wissen noch nicht, wie sich das ganze weiter verhält. Wir müssen erst einmal die europäische Frage klären, ob es überhaupt alles rechtens ist. Sie kommen wieder von hinten vor und kommen mit irgendwelchen Statistiken oder was Sie so empfinden. Dies ist hier völlig falsch. Ihr Antrag in Ehren, wenn das jemand anders macht, wäre das sicher nett. Aber es ist sicherlich nicht Aufgabe der Stadt Karlsruhe. Deswegen werden wir es ablehnen.

Stadtrat Wenzel (FW): Herr Kollege Hofmann, das Stadion ist ein städtisches Stadion. Wir vermieten es nur. Wir wollen damit ein Signal setzen, dass wir der ganzen Sache vertrauen. Wir rechnen damit, wenn wir eine solche positive Aktion starten, dass wir überhaupt kein Geld ausgeben müssen, weil wir die Akzeptanz gewinnen. Darum ging es uns eigentlich.

Der Vorsitzende: Bei aller Wertschätzung für den Vorschlag, aber so ganz unerwartet kommt er nicht. Es gibt natürlich auch bei den Fangruppen, mit denen wir in Kontakt stehen, Überlegungen, wie beispielsweise, „Wir kaufen einen Stein von einem Stadion“. Da gibt es solche Aktionen. Man kann sich das auch in anderen Stadien anschauen, die im Eingangsbereich eines Stadions als Spender genannt werden. Eine solche Spendenkampagne macht natürlich Sinn. Eine solche Spendenkampagne wird es mit Sicherheit auch geben, wenn es um die Innenausstattung des Stadions geht, denn die Liebe der Stadt geht nicht so weit, dass wir alle Qualitätsanforderungen, die man gerne hätte, bis ins Letzte durchfinanzieren werden. Wir haben unseren strikten Rahmen. Was dann an Innenausstattung vielleicht noch wünschenswert wäre, da wird man sowieso auf Sponsoring und auf Spenden angewiesen sein.

Das, was Sie beschreiben, Herr Schmitt, dass dann ein Online-Medium eine Bankverbindung einstellt und dann hört man irgendwann nichts mehr, zeigt, dass es so einfach nicht ist. Wir brauchen eine professionelle Kampagne, die dann zum richtigen Zeitpunkt genau diese Begeisterung und Zustimmung fördert, Herr Wenzel, die Sie auch angesprochen haben. Nur: Es ist aus meiner Sicht nicht Aufgabe der Stadt, eine solche Kampagne loszutreten. Es ist im Moment auch noch nicht der richtige Zeitpunkt, weil wir noch gar nicht genau wissen, ob wir diese Hürden alle überspringen und am Ende auch wirklich etwas vorzeigen können. Es wird heute keiner etwas spenden, wenn er noch nicht einmal genau weiß, was dann 2019 dafür eigentlich irgendwo entsteht.

Insofern lassen Sie uns diesen Gedanken nicht vergessen. Lassen Sie uns weiter daran arbeiten, dass sich dann alle entsprechenden Kräfte zusammensetzen und so etwas or-

ganisieren. Aber lassen Sie mich genauso deutlich sagen, dass ich es nicht als städtische Aufgabe betrachte. Wir beraten hier gerne. Wir stellen hier gerne Kontakte her, aber wir werden uns nicht an die organisatorische Spitze dieser Bewegung stellen. – 1. Bemerkung.

2. Bemerkung: Ich würde Sie bitten, sich einmal das alte Protokoll herauszuziehen, wo es darum ging, dass der Gemeinderat sich gegen eine Bürgerbeteiligung ausgesprochen hat. Da war in keinem Beitrag derer, die das abgelehnt haben, die Rede davon, dass sie Angst hätten, dass sie keine Mehrheit in der Bürgerschaft bekommen, sondern es war ein anderes, durchaus sehr selbstbewusstes Signal dieses Gemeinderates, zu sagen, wir trauen uns und haben auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, dass wir uns diese Entscheidung allein zutrauen und auch die Verantwortung dafür übernehmen. Es war nicht die Angst, man würde einen solchen Bürgerentscheid nicht überstehen. Das ist mir ganz wichtig.

3. Bemerkung: Auch ich nehme nicht wahr, dass es eine große Mehrheit in der Bevölkerung gegen dieses Stadion oder seine Finanzierung gibt. Das sage ich hier ganz deutlich. Denn das würde dann in der Tat natürlich die Legitimation dessen, was wir tun, in Frage stellen. Dann müssten wir überlegen, wie wir dann damit umgehen. Aber so nehme ich das nicht wahr. Da gibt es auch aus meiner Sicht überhaupt keinen Anhaltspunkt dafür.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung des Antrags. Ich darf Sie um das Kartenzeichen bitten. – Ich sehe zwei Zustimmungen und ansonsten mehrheitlich **Ablehnung**.

Ich darf noch auf die **Veränderungsliste** hinweisen, eine Steigerung der Baukosten bei der Ludwig-Guttmann-Schule und das Sportzentrum Fritschlach, eine Verpflichtungsermächtigung.

Anträge Nrn. 54 – 55 (S. 157): Sport- und Freizeitpark „Untere Hub“ (OR Durlach, SPD)

Ortsvorsteherin Ries: Intention dieses Antrags aus dem Ortschaftsrat war die Folge des hier mit doch vergleichsweise großer Mehrheit gefassten Grundsatzbeschlusses zur weiteren Planung, Konkretisierung und Umsetzung des Sport- und Freizeitparks „Untere Hub“. Wenn man so eine städtebauliche Chance nutzen und vielleicht auch manche Risiken oder Hindernisse beseitigen will, dann braucht man dazu auch Geld. Man braucht externen Expertenverstand, man braucht Gelder für Gutachterkosten und vieles weitere mehr. Man muss sich überlegen, einen städtebaulichen Wettbewerb auszuscheiden und ähnliches. Dies alles kostet Geld.

Intention war – weil wir in den Haushaltsansätzen nichts gefunden haben –, dass wir entsprechende Anträge hier für den Haushalt stellen. Ein Ansatz war, für weitere Planungskosten und gegebenenfalls auch schon für erste Erschließungsmaßnahmen Kosten vorzusehen.

Der Ortschaftsrat Durlach bedankt sich, nach Durchsicht der Antwort der Verwaltung, für die Zusage der Verwaltung – und dieser vertrauen wir auch –, dass die notwendigen

Haushaltsmittel, in welcher Höhe auch immer, zum Gehen weiterer Schritte in der Umsetzung des Sport- und Freizeitparks in, ich nenne es einmal Sammelansätze unterschiedlicher Konten, bereits im Haushalt enthalten sind. Dann ist es nun einmal so: Ob es in einem Sammelansatz vorhanden oder einzeln ausgewiesen ist, macht für den Ortschaftsratsrat Durlach keinen Unterschied. Wichtig ist, dass wir gemeinsam – ich glaube, den Gemeinderat müssen wir auch nicht mehr weiter überzeugen, welche Chancen dieses Projekt hat – mit dem Gemeinderat, aber auch mit der Verwaltung, da ausdrücklichen Dank an Herrn Bürgermeister Lenz, der die Projektgruppe leitet, weitere Schritte gehen.

Ein Satz noch zum Ansatz wegen dem Aushubmaterial. Uns war schon klar, dass man da eine Umweltverträglichkeitsprüfung benötigt und vieles andere mehr, dass man nicht morgen ein Gelände, das einem nicht gehört, zuschütten kann. Uns ging es bei den Geldern eher darum, schon Optionen, auch Aushubmaterial, sich zu besorgen. Denn wenn man dafür einen längeren Zeitraum hat, wird dieses auch günstiger, als wenn man sich dann über einen sehr kurzen Zeitraum plötzlich dieses Material besorgen muss, was dann sehr teuer ist. Das wurde Ihnen im Grundsatzbeschluss in der Vorlage auch dargestellt. Da kann man viel Geld sparen.

In Anbetracht der Antwort der Verwaltung und dass wir glauben, dass wir mit dieser Antwort auch die nächsten weiteren Schritte gehen können, verzichten wir auf eine Abstimmung und sehen den **Antrag** des Ortschaftsrates als **erledigt** an.

Der Vorsitzende: Ich möchte deutlich machen, dass ich das auch noch einmal zu Protokoll gebe. Die Fortschritte bei der Umsetzung des Sport- und Freizeitparks „Untere Hub“ werden nicht dadurch ausgebremst, dass wir nicht die Mittel bereitstellen würden oder in der Verwaltung nicht dieses Thema mit großem Nachdruck betreiben. Es gibt aber in der Tat noch einige Hürden zu nehmen. Eine besondere Hürde ist beispielsweise das Thema des Grundstückserwerbs. Wer sich mit anderen Bauvorhaben in der Stadt einmal beschäftigt hat, kann erkennen, dass das mitunter eine Sache ist, die einiges an Zeit und Kraft, manchmal auch an Geld, abverlangt. Das ist aber nicht das einzige.

Ich würde auch bitten, dass man akzeptiert, wir haben eine dezernats- und ämterübergreifende Arbeitsgruppe unter Leitung von Herrn Bürgermeister Lenz, die versucht, diese ganzen Dinge zu koordinieren. Aber es gibt beispielsweise auch Dinge, wie naturschutzrechtliche, artenschutzrechtliche Gutachten. Die können wir nicht einfach ignorieren, sondern sie gehören auch zur sorgfältigen Vorbereitung eines solchen Vorhabens dazu.

Deswegen die Zusage: Immer dann, wenn wir wieder gewisse Schritte nehmen können und dafür Mittel brauchen, haben wir Sammelansätze, aus denen wir uns dann durchaus bedienen können und bedienen werden. Da brauchen wir nicht die Rückendeckung durch zusätzlich eingestellte Mittel, von denen wir gar nicht wissen, ob wir sie in dem Jahr überhaupt benötigen.

Beim Thema Verpflichtungsermächtigung bitte ich zu akzeptieren: Der Gemeinderat hat vorgegeben, dass dies ein Projekt von hoher Wichtigkeit ist. Wir werden dann zu gegebener Zeit mit Ihnen darüber reden, wie wir das finanzieren. Es hat für uns eine hohe

Priorität, und zwar nicht nur wegen des Sportparks „Untere Hub“, sondern vor allem auch wegen des Themas Wohnen, das wir dann an anderer Stelle realisieren können und wo wir einen ganz dringenden Bedarf haben. Es wäre jetzt aber aus unserer Sicht schwierig, dass wir einem oder zwei Projekte durch Verpflichtungsermächtigung den Schein einer besonderen Priorität geben und noch gar nicht wissen, ob wir das Geld in dem Jahr überhaupt brauchen, an anderen Stellen aber auch schon mehr oder minder Prioritäten setzen, mit Staatstheater, mit allem möglichen. Von daher müssten wir dann hier eine Generaldebatte darüber führen, wie prioritär sind uns welche Planungen zu welchem Zeitpunkt.

Von daher bitte ich Sie, einfach auf diese Verpflichtungsermächtigung zu verzichten, uns zu vertrauen. Wir werden die Dinge zügig voran bringen. So zügig, wie das eben möglich ist vom rechtlichen Rahmen. Ich verstehe auch die entsprechenden unruhigen Geister in Durlach, denn die wollen jetzt weiter kommen. Auch für die Sportvereine wäre das eine ganz wichtige Sache. Aber es steckt nicht dahinter, dass die Verwaltung die Sachen nicht umsetzen wollte oder nicht bezahlen könnte, sondern dass wir in der Vorbereitung der verschiedenen Schritte nicht schneller sind, als wir sein können.

Stadtrat Hermanns (SPD): Wir haben natürlich diesen Antrag gestellt, um genau die Wichtigkeit und den Druck zu erhöhen. Wir sind der Meinung, dass wir aufgrund des Potentials des Wohnbauprojekts in Durlach und unseres dringend benötigten Wohnraums in Karlsruhe hier mit absoluter Priorität vorgehen sollten. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung, bis dann der Sportpark tatsächlich gebaut ist, die Vereine umgesiedelt worden sind und wir dann den dringend benötigten Wohnbau fertigstellen können, wollten wir einen Druck aufbauen.

Es war so, dass wir im Juli 2014 einen Grundsatzbeschluss getätigt hatten und jetzt diese erfreuliche Antwort der Verwaltung Mut macht, dass die Verwaltung jetzt höher priorisiert voran gehen will und auch eigene Mittel offensichtlich in ihrem internen Haushalt hat. Auf der anderen Seite muss man schon sehen: Wir haben diesen Grundsatzbeschluss im Juli 2014 gefasst. In der Antwort kommt, dass jetzt ein Jahr lang noch ein Umweltgutachten gemacht werden muss.

Von daher: Wir nehmen Sie beim Wort in der Verwaltung, dass Sie das hochpriorisiert vorantreiben werden. Wir werden den permanenten Sachstand politisch verfolgen mit Anträgen und Anfragen. Von daher **nehmen** wir unseren **Antrag zurück**.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, dann haben wir zwei zurückgenommene Anträge.

Stadtrat Hofmann (CDU): Nur ganz kurz von meiner Seite. Herr Kollege Hermanns, das ganze Projekt ist ein Win-Win-Projekt, einerseits im Sport, andererseits den Wohnraum zu schaffen. Das ist uns allen klar. Daher haben wir den Grundsatzbeschluss gefasst. Die Gelder sind im Prinzip auch gut kalkuliert worden nach anfänglichen Wahnsinnsprognosen. Ich denke, da sind wir alle dran.

Aber der Antrag auf eine Verpflichtungsermächtigung – das haben Sie auch schon gesagt – ist völlig zur falschen Zeit. Wenn Sie wissen, wie lange es beispielsweise dauert, Grundstücke zu erwerben, dann schafft man das einfach nicht von heute auf morgen.

Jetzt fehlen immer noch sechs. Von daher war für uns unverständlich, warum jetzt wieder Druck gemacht wird. Das Projekt ist mit Sicherheit deutlich schneller am Werden, als andere Sportparks, auf die wir schon zig Jahre warten, und sich gar nichts getan hat. In Daxlanden haben wir ein Projekt, bei dem ein Artenschutzgutachten jetzt erst ausläuft. Da sind wir seit 10 Jahren dran.

Ich denke: Absolutes Pro für Durlach. Wir sind weiter für diesen Sportpark. Wir werden ihn auch immer priorisieren. Er steht bei uns ganz mit vorne. Aber dieses Antrags hätte es sicher nicht bedurft.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Auch wir stehen selbstverständlich zu dem Grundsatzbeschluss, den wir im letzten Sommer mit gefällt haben. Auch uns ist das Projekt „Freizeit- und Sportpark Untere Hub“ wichtig. Ich will auch das „Freizeit“ immer betonen, weil uns auch das sehr wichtig ist. Natürlich ist uns auch die damit verbundene Möglichkeit einer Wohnbebauung ganz wesentlich. Wir hoffen, dass es hier auch Stück für Stück voran geht. Aber für uns ist auch wesentlich, dass die Finanzierung auf vernünftigen Füßen steht. Auch das muss noch geklärt sein. Natürlich wollen wir auch, dass eine ordentliche Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht werden kann. Dazu bedarf es nun einmal eines ganzen Jahres, einer ganzen Vegetationsperiode. Das braucht alles seine Zeit. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir hier auch voran kommen mit Unterstützung der Verwaltung. Ich bin auch ganz froh über den Verlauf, den die Debatte hier nimmt, dass nämlich die Anträge, die auch aus unserer Sicht nicht wirklich notwendig waren, weil wir den Grundsatzbeschluss haben, jetzt zumindest nicht zur Abstimmung gestellt werden und wir einfach – wie es auch im letzten Sommer bereits geplant war – weiter mit den vorbereitenden Arbeiten voranschreiten können.

Der Vorsitzende: Dann fühlen wir uns noch einmal darin gestärkt, dem hier eine hohe Priorität einzuräumen und über unsere jeweiligen Erfolge oder auch Nichterfolge regelmäßig zu berichten.

Damit können wir diesen Punkt abschließen.

Ich wollte noch für das Protokoll feststellen, dass Herr Stadtrat Hock sich hierfür befangen erklärt hat und auch außerhalb des Diskussionsraums war.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 4100 Kultur**.

Ich möchte auf Folgendes noch hinweisen. In der **Veränderungsliste** ist eine Mieterhöhung des Jazzclubs Karlsruhe verankert. Die ist jetzt nicht mehr nötig, nachdem der Jazzclub Mitte Dezember auf der Mitgliederversammlung festgelegt hat, dass er sein Domizil aufgibt. Insofern können Sie das wieder streichen.

Ich möchte auch auf die Mittel hinweisen, die wir für das Wochenende der Sonderpreise zusätzlich eingestellt haben.

Anträge Nrn. 56 und 57 (S. 167): Badisches Staatstheater (GfK, GRÜNE)

Antrag Nr. 66 (S. 168): Betriebswirtschaftliches Konzept des Badischen Staatstheaters zur spürbaren mittelfristigen Verminderung des Zuschusszuwachses (KULT)

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Ich möchte mit zwei generellen Aussagen beginnen bezüglich das Badischen Staatstheaters.

Das Badische Staatstheater leistet eine sehr gute Arbeit, in künstlerischer Hinsicht wie auch im Hinblick auf die Gewinnung von Zuschauerzahlen. Das Badische Staatstheater erhält Zuwendungen in Höhe von 2 % des städtischen Haushalts, Tendenz steigend. Während uns das eine mit Freude erfüllt, erfüllt uns das andere mit Sorgen. Zumal die Verwaltung uns diese steigende Tendenz einfach nur stumm im Haushaltsentwurf präsentiert, ohne Vorstellung im Verwaltungsrat Staatstheater oder gar dem Kulturausschuss und erst auf Nachfrage überhaupt Informationen zu den Steigerungen offenlegt.

Dem begegnet der Gemeinderat mit insgesamt drei Anträgen, die sich auf ganz unterschiedliche Weise mit dieser steigenden Tendenz der Betriebskosten auseinandersetzen. In allen drei Fällen ist die Auseinandersetzung der Versuch, diese steigenden Betriebskosten in den Griff zu bekommen, so dass sie nicht in Zukunft ein untragbares Volumen erreichen.

Als Antwort auf diese Auseinandersetzung der Gemeinderatsmitglieder erhalten wir die Argumente: Staatsvertrag, künstlerische Freiheit. Ich muss sagen, da fühlen wir uns zumindest in unserem Bemühen um einen langfristig ausgeglichenen Haushalt nicht ernst genommen.

Zu den einzelnen Anträgen: Der Antrag von Gemeinsam für Karlsruhe auf eine pauschale Streichung von 1 Mio. Euro ist nicht leistbar. Allein wegen der erhöhten Aufwendungen für Versorgung und Beihilfen. Das sehen wir durchaus auch. Unser Antrag geht in eine andere Richtung, nämlich eine Konzentration des Staatstheaters auf originäre Aufgabe. Wenn das Staatstheater neue eigene Angebotsformate wie Jazzkonzerte einführt, für die es bereits ein gutes Angebot in Karlsruhe gibt, dann sollten wir uns fragen, ob wir das kulturpolitisch und auch betriebswirtschaftlich unterstützen wollen. Denn im Badischen Staatstheater werden z.B. für diese Jazzkonzerte – es gibt auch noch andere Formate – Eintrittspreis verlangt, die in etwa die Hälfte von dem betragen, was andere, weniger subventionierte Kultureinrichtungen verlangen müssen, um nicht in ein finanzielles Ungleichgewicht zu geraten. In kulturpolitischen Kreisen kursiert hierfür auch der Begriff des „Kulturkannibalismus“, dass also kleinere Einrichtungen letzten Endes davon aufgeessen werden, dass größere ihre Aufgaben übernehmen.

Die Verwaltung führt nun die künstlerische Freiheit an, anstatt sich der Auseinandersetzung mit der Frage zu stellen, welche Aufgaben von welcher Institution und vor allen Dingen zu welchem Preis geleistet werden sollen. Wenn wir diesem Argument folgen würden, so müssten wir jeder Kultureinrichtung die Summe zahlen, die diese für ihre künstlerische Freiheit beansprucht. Das – da sind wir uns alle einig – ist kein machbarer Weg.

Wir halten daher eine Aufgabenkritik für berechtigt und nicht für eine Frage der künstlerischen Freiheit und beantragen eine Kürzung der Betriebskostenzuschüsse.

Der Antrag der KULT greift auf, was uns im Rahmen der letzten Doppelhaushalte zugesagt, aber leider nicht eingehalten wurde, nämlich dass wir, wenn es um den Landeshaushalt geht, letzten Endes auch mitreden können und nicht nur das, was das Land sich ausdenkt, abwinken dürfen. Es sollte verbindlich sein mit einem betriebswirtschaftlichen Konzept, mit Zielen und Vorgaben, dass das Zuschusswachstum in Grenzen gehalten wird. Wir sehen auch, dass hier Verwaltungsrat und Strukturkommission einzubinden sind und dass somit vielleicht zumindest mittelfristig eine Besserung erreicht werden kann. Umbau und Neubau des Staatstheaters setzen auf langfristige Verbesserungen.

Ich möchte noch einmal ganz ausdrücklich die Position unserer Fraktion hier betonen. Der Umbau muss zu einer Reduktion der Betriebskosten führen. Nur dann werden wir dem Umbau in den jeweiligen Haushaltsentwürfen tatsächlich auch zustimmen. Denn letzten Endes geht es wirklich darum, auf lange Frist den Zuschuss so zu halten, dass wir damit leben können, aber natürlich auch das Badische Staatstheater.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Wir haben ein strukturelles Defizit in dieser Stadt. Ein strukturelles Defizit müssen wir strukturell angreifen. Das heißt auch, dass wir keine Einrichtung in dieser Stadt – keine Gesellschaft, keine Verwaltungsabteilung, aber auch keinen Empfänger freiwilliger Leistungen – einfach so ausnehmen können. Das ist natürlich bei dem größten Empfänger von freiwilligen Leistungen besonders wichtig, denn da ist die absolute Summe einfach wahnsinnig wichtig. Das ist das Eine.

Das Andere ist aber ein echter Vorteil für das Staatstheater, wenn sie zukünftig genauer wissen, was Kosten verursacht. Warum ist das ein Vorteil? Sie könnten auch sagen, wir bekommen beliebig viel Geld, es spielt keine Rolle. Der Vorteil ist der, dass es nicht zu der Situation kommt wie in anderen Städten, wo Sparten geschlossen werden, sondern dass bei uns frühzeitig gegengesteuert wird. Dank der jetzt vorhandenen Controllingstelle im Staatstheater ist es auch möglich zu steuern. Vorher war steuern gar nicht möglich.

Das ist unser Antrag. Wir sind auch mit der Antwort der Verwaltung einverstanden.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Zuerst möchte ich meine Wertschätzung dem Staatstheater gegenüber ausdrücken. Ich bin öfters dort eingeladen zum Austausch. Wir kennen uns mittlerweile ganz gut. Ich sehe ein großes Engagement, eine große Hingabe für diese Aufgabe. Es sollte aber trotzdem möglich sein, dass man positiv kritisch damit umgeht.

Mir ist die Antwort der Verwaltung durchaus nicht eingängig. Ich habe eine massive Kürzung von 1 Mio. Euro beantragt bei einer Steigerungsrate von 2014 auf 2015 um 1 ½ Mio. Euro. Wenn man dann die Tarifierhöhung einrechnet, das ist ca. ½ Mio. Euro, dann bleibt noch 1 Mio. Euro übrig. Dann war meine Frage: Wo bleibt diese Million? Dann kommt von der Verwaltung die Antwort: Es gab eine Nachforderung an Pensionsrückstellungen. Die ist 2013 geschehen. Wir sind jetzt bei 2014/15. Inwiefern ist das

relevant? Es gibt zukünftig eine Steigerung, aber gewiss nicht in der Höhe von 1 Mio. Euro.

Daraufhin wollte ich Zahlen haben. Es ist mir bis heute nicht gelungen, dass ich belastungsfähige Zahlen bekommen habe, bei denen ich genau sehen kann: Hier liegt die Steigerung von 1 Mio. Euro oder von 1 ½ Mio. Euro für das Jahr 2015. Ich bin nicht zufrieden. Insofern bestehe ich auf diesen 1 Mio. Euro. Es ist nicht wirklich nachweisbar vollziehbar für mich.

Des Weiteren sind in den vergangenen Jahren immer wieder Dinge passiert, wo wir nur reagiert haben als Gemeinderat. Wir haben nur reagiert, als damals das junge Staatstheater gekommen ist. Ich habe überhaupt nichts dagegen. Es ist eine vorragende Sache. Aber es wurde uns vorgelegt und dann hat es geheißen, deswegen wird es teurer. Es wurde uns damals die Nancyhalle vorgelegt. Das war ein geschickter Schachzug. Aber wir haben als Gemeinderat nur reagiert. Wir waren nie aktiv dabei. Jetzt bei diesem Festival Premières sind es auch wieder 150.000 Euro pro Jahr. Darüber wurde nicht diskutiert, sondern wir sollen nachher nur die Erhöhung akzeptieren.

Ich bin mit dieser Vorgehensweise, wie wir zu diesen Erhöhungen kommen, überhaupt nicht einverstanden. Deswegen kann ich auch nicht zustimmen.

Ich habe auch beobachtet, dass das Staatstheater sich viel Mühe gibt. Sie haben die Schlagzahl an Veranstaltungen unglaublich erhöht, aber gleichzeitig ist die durchschnittliche Besucherzahl gesunken. Es gibt immer ein Optimum. Es gibt immer die mögliche Variante: Ich mache mehr Veranstaltungen und dadurch erreiche ich mehr Leute. Aber wenn ich noch mehr Veranstaltungen mache, dann erreiche ich pro Veranstaltung immer weniger Leute. Das Staatstheater ist schon weit über dieses Optimum hinausgegangen. Ich bin nicht überzeugt, dass dort momentan eine gute Strategie gefahren wird. Es wird viel gemacht, es wird engagiert gearbeitet, aber das, was von der KULT-Fraktion auch gefordert wird - klare strukturelle Vorgaben, Durchsichtigkeit, Transparenz – fordere ich ein, plus 1 Mio. Euro Einsparung.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Mit diesen drei Anträgen treten wir in einen neuen Teilhaushalt, nämlich den der Kultur, ein. Erlauben Sie mir, dass ich einige grundsätzliche Bemerkungen voranstelle, damit ich die nicht bei jedem Antrag wiederholen muss.

Wir haben es gehört, der Haushaltsentwurf ist dadurch gekennzeichnet, dass er ohne jeden Antrag aus der Mitte des Gemeinderates und ohne die fragliche Gewerbesteuererhöhung, die Pro-Kopf-Verschuldung verdreifachen wird. Das ist der Hintergrund, vor dem wir sagen, wir möchten auch im Kulturbereich lediglich Bestehendes erhalten. Wir möchten nichts Neues aufmachen, nicht ausweiten. Es sei denn – damit nähere ich mich dem Staatstheater -, wir müssen einen Ausgleich für gestiegene Kosten leisten. Es ist von der Verwaltung plausibel dargelegt, dass die Erhöhung vor allem durch gestiegene Personalkosten verursacht ist. Im Einzelnen – Sie haben es alle gelesen – geht es um Besoldungs- und Tarifsteigerungen. Es geht um einen erhöhten Versorgungs- und Beihilfeaufwand. Es ist keine Erhöhung, sondern lediglich eine Anpassung.

Viel grundsätzlicher aber möchte ich sagen, dass wir hier vom Gemeinderat aus nicht auf das Inhaltliche beim Staatstheater Einfluss nehmen sollten. Sonst – ich darf es einmal etwas locker sagen – bestelle ich mir über das Geld, das wir hier genehmigen oder nicht genehmigen, mehr Opern von Mozart, Verdi und Puccini. Das kann nicht der Weg sein. Wenn es Kritik geben sollte an der Ausrichtung des Staatstheaters, dann ist der Ort, an dem das zu diskutieren ist, der Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat, und darauf lege ich immer sehr viel Wert – wer mich kennt, der weiß das -, ist das Gremium, das den Spielplan genehmigt. Wenn es Kritik an der Ausrichtung gibt, dann ist das der Ort. Darüber können wir reden. Aber nicht hier im Gemeinderat. Das halte ich für falsch, im Gemeinderat über das Geld, das wir freigeben oder nicht, Einfluss auf den Spielplan zu nehmen.

Ich muss auch darauf hinweisen, dass die Kürzung, würden wir sie beschließen, sich aufgrund des Staatsvertrags verdoppeln würden, da die nicht durch Einnahmen gedeckten Ausgaben hälftig von Stadt und Land zu tragen sind, so sieht es der Staatsvertrag vor.

Zum Kollegen Kalmbach muss ich sagen: Wir hatten vor ein paar Jahren schon einmal eine Diskussion in diesem Haus über eine Kürzung in Höhe von 5 %. Damals hat uns das Staatstheater glaubhaft nachgewiesen, da der Spielraum des Theaters klein ist, weil einfach sehr viele Gelder durch Verträge festgelegt sind, dass eine Kürzung um nur 5 % im Resultat zur Schließung einer Sparte führen würde. Das, Herr Oberbürgermeister, können wir nicht wollen. Insofern lehnt die CDU-Fraktion beide Kürzungsanträge ab.

Zum Antrag Nr. 66: Erstellung eines betriebswirtschaftlichen Konzeptes für das Staatstheater. Er geht in die richtige Richtung, so will ich es einmal formulieren. Er scheint uns aber durch die Umstellung des Badischen Staatstheaters zum 1. September, was die Betriebsform angeht – Sie wissen, es ist ein Landesbetrieb geworden – erledigt. Diese neue Betriebsform bringt doch gerade ein betriebswirtschaftliches Controlling, also eine betriebswirtschaftliche Steuerung des Hauses mit sich.

Genauso richtig, aber auch leider genauso erledigt, ist der zweite Gedanke des Antrags Nr. 66, nämlich dass bei der Sanierung und bei der Erweiterung betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Wer in der Jury saß, weiß, dass bereits dort bei der Auswahl der Siegerentwürfe das eine ganz tragende Rolle gespielt hat. Also insofern glauben wir, dass dieser Antrag erledigt ist. Sollten die Antragsteller auf Abstimmung bestehen, müssen wir leider ablehnen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich habe es befürchtet, Kollege Dr. Käuflein hat alles schon gesagt. Vielleicht habe ich es auch gehofft. Das erspart nämlich einen ausführlichen Redebeitrag.

Meine Fraktion lehnt die Anträge der GfK und GRÜNE-Fraktion auch ab. Kollege Dr. Käuflein hat es schon gesagt. Vorausschicken muss ich auch von uns eine große Anerkennung für die Arbeit, die dort geleistet wird. Wer die Leute kennt, die an der Spitze des Badischen Staatstheaters, sei es als Intendant oder Verwaltung, stehen, weiß, die leben für dieses Theater. Das spürt man als Besucher, das spüren auch die Bürger dieser Stadt. Dass eine Kritik am Staatstheater kommt, war mir klar. Denn eine Institution, die

so viel Geld bekommt, steht immer im Fokus. Aber diese Institution des Badischen Staatstheaters leistet eine hervorragende Arbeit. Ich finde zum jetzigen Zeitpunkt: Jeder Euro ist dort an der richtigen Stelle investiert. Denn wir haben ein Staatstheater. Wir haben keine Stadttheater. Wer einmal in einer Stadt gelebt hat, die ein Stadttheater hat, weiß, wie schwer es ist, ein Stadttheater aus städtischem Haushalt zu finanzieren. Aber wir haben ein Staatstheater. Das ist ein Aushängeschild für unsere Stadt und wird auch – wie Kollege Dr. Käuflein gesagt hat – anteilig vom Land bezuschusst.

Die Sorgen und Ängste, die Kollegin Dr. Leidig hat, dass das große Staatstheater die kleinen Institutionen auffrisst, teile ich nicht. Denn eine Stadt wie Karlsruhe muss sich beides leisten können. Wir müssen uns das große Staatstheater leisten können. Wir können es uns auch leisten. Die kleinen Institutionen – das werden die nachfolgenden Anträge und Redebeiträge mit Sicherheit beweisen – können wir uns auch erlauben.

Zum Staatstheater und zum Controlling: Seit 1. September ist – Kollege Dr. Käuflein hat es schon vorweg genommen – die Umstellung des Rechnungswesens erfolgt. Die Umstellung in einen Landesbetrieb ist erfolgt. Die Einführung des Controllings ermöglicht uns mehr Transparenz, bessere Planung und auch Steuerung. Es wird ein betriebswirtschaftliches Konzept erstellt. Die regelmäßige Kontrolle durch den Verwaltungsrat ist auch gegeben. Deshalb: Ein halbes Jahr nach Einführung des Rechnungswesens und nach fast einem Jahr Umstellung des Landesbetriebs ist es meiner Meinung nach zu früh, diese Kritikpunkte anzubringen. Wir müssen abwarten. Wir werden auch mit Sicherheit hinterfragen. Diese Umstellung ist nicht nur aus Jux und Tollerei erfolgt, sondern sie hat einen ernsthaften Hintergrund. Denn diese Bedenken und Fragen stellen sich uns schon seit Jahren.

Was das künstlerische Konzept des Staatstheaters anbelangt: Absolut d'accord mit dem Kollegen Dr. Käuflein. Die künstlerische Freiheit ist dem Staatstheater zuzusprechen. Da möchte ich mich als politisch Verantwortlicher nicht einmischen wollen. Herr Kollege Kalmbach, Sie sagen, viele Zuschüsse werden stillschweigend hingenommen. Da muss ich Ihnen widersprechen. Viele Dinge haben wir im Kulturausschuss besprochen, haben wir auch befürwortet. Nichtsdestotrotz, das eine oder andere Projekt – das muss ich kritisch anmerken – ist auch mir oftmals dann neu präsentiert worden. Da war ich außen vor wie manch ein Kollege. Wir haben uns auch ausgetauscht. Das müssen wir kritisch hinterfragen. Da müssen wir tatsächlich wachsam bleiben. Aber der Großteil der Dinge, die Sie angesprochen haben, haben wir im Kulturausschuss – da ist auch jedes Mal die Intendanz dabei – vorgestellt bekommen und auch abgenickt.

Alles in allem – ich fasse zusammen: Meine Fraktion lehnt die Anträge ab. Wir stehen voll und ganz hinter dem Staatstheater, aber auch in Zukunft wachsam und kritisch begleitend.

Stadtrat Høyem (FDP): Als ich neu war hier in Karlsruhe, habe ich nicht verstanden, was Staatstheater bedeutet. Denn alle anderen Städte haben ein Stadttheater. Jetzt habe ich das verstanden. Ich bin sehr stolz, dass ich in einer Stadt lebe, die ein Staatstheater mit all diesen Möglichkeiten hat. Ich finde auch, die zukünftige Entwicklung mit dem Neubau und der sonstigen ganzen Entwicklung ist faszinierend. Ich freue mich da-

rauf, das zu verfolgen. Selbstverständlich müssen wir kritisch sein, das sind wir auch. Aber wir können völlig dem folgen, was die Verwaltung uns jetzt erläutert hat.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Wer die Gehälter von Schauspielerinnen und Schauspielern kennt, kann keine Kürzung verlangen. Viele Arbeitsverhältnisse sind auch befristet. Das Staatstheater versucht neue Formate, um auch das Durchschnittsalter unter 60 Jahre zu bekommen. Das finde ich richtig. Ich finde es nämlich auch falsch, dass es noch eine Teilung der Bevölkerung gibt, die einen gehen zum Staatstheater, die anderen gehen ins KSC-Stadion. Nein, ich will, dass Menschen beides können und in allen Altersstufen. Dazu ist es richtig, dass entsprechend Bemühungen gemacht werden. Wir brauchen große und kleine Häuser und sollten die auch nicht gegeneinander ausspielen.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich muss jetzt doch noch einmal darauf eingehen, weil Herr Dr. Käuflein etwas angesprochen hat, auf das ich antworten muss.

Zunächst unterstelle ich jedem hier im Raum, dass er für das Staatstheater brennt. Davon gehe ich einfach einmal aus, zumindest die, die ins Staatstheater gehen. Zweiter Punkt: Es muss aber jedem Stadtrat bewusst sein – nicht nur erlaubt –, dass eine Verteuerung um 1 Mio. Euro pro Jahr keine Sache ist, die wir einfach so in dieser Situation abnicken können. Insbesondere wenn man es vergleicht mit den anderen Kultureinrichtungen, von denen kaum eine mehr Geld bekommt.

Nur darum geht es. Es ist klar, unser Antrag ist erledigt. Aber nicht wegen der Umwandlung im Betriebskonzept. Denn eine Änderung des Betriebskonzepts heißt noch lange nicht Änderung in der Ausgabenstruktur, sondern weil die Verwaltung zusagt, wir achten jetzt darauf. Achten darauf heißt z. B., dass zukünftig nicht nur das Land im Landtag die Summen vorgelegt bekommt, die geplant sind in den nächsten drei Jahren – es geht immer um zwei, drei Jahre voraus –, sondern dass zukünftig auch der Gemeinderat und der Verwaltungsrat frühzeitig informiert werden. Aus dem Grund hatten wir auch den Antrag gestellt, der sich deshalb erledigt hat, weil Sie, Herr Oberbürgermeister, mit Ihrer Verwaltung zugesagt haben, das so zu machen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte nur noch einmal klarstellen, Herr Fostiropoulos, die 1 Mio. Euro Kürzung bedeutet nicht eine Kürzung von Gehältern. Ich kenne das Gehaltsgefüge im Staatstheater durchaus.

Es ist richtig, das stimme ich Ihnen zu, Herr Dr. Fischer, es braucht ein Feuer, es braucht eine Begeisterung. Die Begeisterung habe ich erst gewonnen, seit ich kritisch mit dem Staatstheater umgehe. Vorher hat es mich gar nicht interessiert. Aber mittlerweile gehe ich damit um, weil es gesund sein muss. Es darf nicht mehr wachsen in den Ausgaben als andere Bereiche auch. Deswegen bin ich da auch hartnäckig. Ich glaube eher, dass es zur Gesundung beiträgt, als zur Schwächung und Schädigung. Deswegen: Diese 1 Mio. Euro bringt das Staatstheater nicht um.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Ich glaube nicht, dass dann an den Gehältern gespart wird. Aber es werden Arbeitsplätze abgebaut, Herr Kalmbach. Denn anders kann das Theater auf eine Kürzung von 1 Mio. € gar nicht reagieren. Wer

der Meinung ist, ich mache dann drei Vorstellungen weniger und spare dadurch etwas ein, der übersieht, dass nicht die einzelne Vorstellung Kosten verursacht, sondern die Menschen, die dahinter stehen und die natürlich auch dort beschäftigt sind.

Die Diskussion war jetzt so differenziert, dass ich gar nicht groß etwas dazu sagen will. Ich nehme nur alle Wünsche auf, die durchaus vielfältig sind und habe verstanden, dass von Seiten der KULT-Fraktion der Antrag jetzt als **erledigt** betrachtet wird, weil wir in Ihrem Sinne – so haben Sie es wahrgenommen – weiter mit Ihnen in der Diskussion bleiben.

Ich möchte insgesamt appellieren, dass kritische Themen wirklich über den Verwaltungsrat dort auf die Tagesordnung kommen und auch dort besprochen werden. Für die, die nicht im Verwaltungsrat sind, müssen wir einen Weg finden, wie wir das so transparent machen, dass Sie am Ende auch wissen, über was Sie hier entscheiden. Ich würde auch gerne den Punkt aufnehmen: Wenn es zusätzliche Programme oder Projekte gibt, die uns noch eine Zusatzfinanzierung abverlangen, finde ich durchaus auch den Anspruch berechtigt, dass man das im Kulturausschuss reflektiert. Das ist nicht das Kerngeschäft des Staatstheaters, sondern das ist jetzt beispielsweise dieses Premiere-Konzept. Wenn das zusätzliche Mittel verursacht, dann finde ich es auch berechtigt zu sagen, da müssen wir wissen, ob wir das richtig finden oder nicht. Das ist aus meiner Sicht auch kein Eingriff in die Kulturautonomie. Die darf sich im Rahmen der Generalbezuschussung abspielen. Das ist auch unsere übereinstimmende Meinung.

Jetzt kommen wir zu den zwei noch verbleibenden Anträgen. Da ist zunächst einmal der weitergehende die Kürzung um jeweils 1 Mio. Euro.

(**Stadtrat Kalmbach/GfK:** Ich verzichte auf eine Abstimmung. Ich weiß, dass nicht viel dabei heraus kommt. Ich wollte nur das entsprechende Thema bewusst machen.)

- Sie **verzichten** auf Abstimmung.

Dann haben wir nur noch den Antrag der Grünen, eine Kürzung um jeweils 150.000 Euro für die jeweiligen Jahre. Ich bitte um das Kartenzeichen. Wir haben 4 Enthaltungen, 13 Ja-Stimmen. Der Rest ist die Mehrheit, damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir gehen jetzt in die Kaffeepause und sehen uns um 16:25 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 15:51 – 16:21 Uhr)

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Wir haben ja 200 Anträge abzuarbeiten und sind jetzt bei Antrag Nr. 57. Sie können sich ausrechnen, wie viel Prozent das sind. Wenn ich jetzt so tun würde, als sei es schon ein Drittel, muss ich feststellen, dass Sie bei den Redezeiten alle so um die 70 % liegen und Herr Stadtrat Schmitt und die CDU schon mehr als ein Drittel der Zeit verbraucht haben. Das einfach mal als Hinweis auf die Situation. Das ist kein Drama, das kann man

im Lauf der Zeit wieder aufholen oder ausgleichen. Von daher ist das nur ein zarter Hinweis.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir heute so weit über die 100 kommen sollten, dass wir den Rest morgen in aller Ruhe und ohne zu großen Stress bewältigen können und vielleicht Einzelne noch die Möglichkeit bekommen, um 17:00 Uhr zur Eröffnung der „Art“ zu gehen. Das fände ich sehr wünschenswert, und das wäre ein Vorschlag von mir. Ich bin mehrfach gefragt worden, wie lange ich heute Abend noch machen will. Die Frage ist eher, wie lange Sie heute Abend noch machen wollen. Wir könnten aber anpeilen, bis zu Antrag Nr. 120 zu kommen. Schauen wir mal, wie lange wir dazu brauchen. Jeder kann ja dazu beitragen, dass das mehr oder weniger früh stattfindet.

Antrag Nr. 58 (S. 168): Marotte Figurentheater – Erhöhung institutionelle Förderung (KULT, FDP)

Antrag Nr. 59 (S. 168): Marotte Figurentheater – Erhöhung institutionelle Förderung (SPD, GRÜNE)

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich mache es kurz, Herr Oberbürgermeister. Ich rede auch gleich noch zu den Anträgen Nr. 62, 63 und 64. Wir unterstützen diese Anträge, denn wir haben sie gestellt.

Der Vorsitzende: Weitere Antragsteller; ich habe noch die Grünen und die SPD im Angebot. – Es gibt keinen Wortbeitrag. Dann fangen wir mit der Abstimmung über den **Antrag Nr. 58** an, das ist eine etwas größere Erhöhung, die beantragt wird. Die Einstellung der Verwaltung kennen Sie. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 8 Zustimmungen ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen gleich zum **Antrag Nr. 59**, eine Erhöhung um jeweils 20.000 Euro. – Der Antrag ist mehrheitlich **angenommen**.

Antrag Nr. 60 (S. 168): Tanztheater Gabriele Lang (Die Linke)

Antrag Nr. 61 (S. 168): Tanztheater Gabriele Lang (GRÜNE)

Stadträtin Zürn (Die Linke): Nur ganz kurz: Gabriele Lang stellt seit Jahrzehnten in Karlsruhe Kulturarbeit auf die Beine. Sie hat sich bis jetzt noch nie um einen institutionellen Zuschuss bemüht, vielleicht auch aus Bescheidenheit. Sie ist aus der Kulturszene nicht wegzudenken, und sie leistet nicht nur für die Kultur Großes, sondern ihr Angebot hat ja auch etwas mit Gesundheitsförderung zu tun, für körperliche und seelische Gesundheit. Wir sind der Meinung, wenn sie sich zu Wort meldet und sagt, jetzt brauche ich Unterstützung, einen Zuschuss, dann weiß sie, wovon sie spricht und was sie braucht. Sie selbst ist ja nicht nur Psychologin und Tänzerin, sie ist auch Dozentin beim ZKM und vielen andere Einrichtungen. Ihre Kooperationspartner ergeben eine lange Liste. Ich denke, wenn sie einmal aufgibt mit ihrer Tanzschule und ihrem Angebot, dann fehlt in Karlsruhe etwas. Wir denken, sie weiß, was sie tut, wenn sie eine Förderung beantragt.

Wir wünschen uns, dass der Gemeinderat diesem Antrag stattgibt.

Der Vorsitzende: Weitere Antragsteller haben sich nicht gemeldet. Dann können wir zur Abstimmung kommen, zunächst über den Antrag Nr. 60, die Erhöhung um jeweils 20.000 € im Jahr. – Da sehe ich nur 2 Zustimmungen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 61, jeweils 10.000 € im Jahr. – Da sehe ich 11 Zustimmungen. **Beide Anträge** sind damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 62 (S. 168): Sandkorntheater Tiyatro Dialog (KULT)

Antrag Nr. 63 (S. 168): Sandkorntheater Tiyatro Dialog (SPD, Die Linke)

Antrag Nr. 64 (S. 168): Sandkorntheater Tiyatro Dialog (GRÜNE)

Drei Anträge mit unterschiedlichen Beträgen. Ich glaube, wir könnten die Argumentationen ähnlich formulieren und nur die Namen austauschen. Wir fangen mit dem weitestgehenden Antrag an, **Antrag Nr. 62**, mit zweimal 50.000 €. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Da haben wir 6x Ja, ansonsten **Ablehnung**.

Der **Antrag Nr. 63** beinhaltet zweimal 25.000 €. – Bei 15 Ja-Stimmen ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Beim **Antrag Nr. 64** haben wir zweimal 20.000 €. – Bei 20 Nein-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **angenommen**.

Antrag Nr. 65 (S. 168): Busch Kollegium Karlsruhe – Zuschuss für ein Konzert mit Werken Karlsruher Komponisten (Die Linke)

Stadträtin Zürn (Die Linke): Auch nur ganz kurz: Vielen Dank für die Antwort der Verwaltung, die uns sagt, man kann diesen **Antrag als erledigt betrachten**. Das sehen wir auch so. Wir freuen uns, dass dieses Konzert stattfinden kann und bedanken uns.

Antrag Nr. 67 (S. 168): Werkraum Karlsruhe (SPD, GRÜNE, KULT)

Der Vorsitzende: Es gibt keinen Wunsch auf eine Debatte. Dann können wir gleich darüber abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Wir sammeln die Karten ein, das gibt ein knappes Votum.

(Die Karten werden eingesammelt und die Stimmen ausgezählt.)

- Wir haben 26 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen. Damit ist der Antrag mehrheitlich **angenommen**.

Antrag Nr. 68 (S. 172): Konzeption Zukunft Stadtteilbibliotheken (CDU)

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Die Verwaltung antwortet, dass der Antrag abzulehnen bzw. als erledigt zu erklären sei. Das ist für mich Anlass, ihn doch noch einmal zu begründen und einen Vermittlungsvorschlag, wie wir vielleicht weiter vorgehen könnten, zu machen.

Ich mache die Vorbemerkung, dass unsere Stadtbibliothek mit der Hauptstelle, aber auch mit den Außenstellen – also Durlach, Neureut, Mühlburg, Grötzingen, mit der Kinder- und Jugendbibliothek, mit der Amerikanischen Bibliothek und mit dem Medienbus – hervorragende Arbeit leistet. Das mache ich als Vorbemerkung. Das Ganze geschieht – auch das ist klar – aufgrund eines Bibliothekskonzeptes, das wiederum in die Kulturkonzeption eingebunden ist. Wir sind nicht der Meinung, dass dieses Konzept, das dahintersteht, wie es die Verwaltung aus unserem Antrag herausliest, neu geschrieben werden muss. Wenn das die Auffassung ist, die durch unseren Antrag entstanden ist, dann sind wir missverstanden worden. Wir sagen nicht, das muss neu geschrieben werden, aber es muss weiterentwickelt werden. Ich sehe drei Faktoren, die das erforderlich machen:

Erstens – und das war einer der Anlässe für diesen Antrag – gibt es im Augenblick in zwei Stadtteilbibliotheken räumliche Veränderungen, nämlich in Grötzingen und in Mühlburg. Ich mache eine Bemerkung in Klammer zum Thema Grötzingen. Da sind wir mit dem, was die Verwaltung zu diesem Thema ausführt, einverstanden. **Dieser Teilaspekt unseres Antrages ist damit erledigt.** Aber ich halte fest, zwei Bibliotheken ziehen im Augenblick um. Dazu kommt, dass in den letzten Monaten und jetzt gleich in der Folge immer wieder von Seiten der Stadtbibliothek auf uns zugegangen wurde mit Wünschen nach mehr Personal. Zum Teil Personal, um den Service zu erhalten, zum Teil aber auch, um den Service zu erweitern. Der dritte Faktor, der dazukommt, ist, dass sich das Nutzerverhalten der Bibliotheksnutzer, das Medienverhalten, geändert hat. Also, diese drei Faktoren – Umzug, ständige Wünsche nach Personalmehrung und geändertes Nutzerverhalten – führen uns zu diesem Antrag, den die Verwaltung richtig erkannt hat. In der Antwort steht, der Antrag impliziert die Forderung nach einer Konzeption. Genauso ist es. Insofern ist der Antrag weder erledigt noch aus unserer Sicht abzulehnen, sondern mein **vermittelnder Vorschlag ist, dass wir dieses Thema im Kulturausschuss weiter erörtern.**

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Vor wenigen Tagen war in den BNN zu lesen, dass die E-Book-Ausleihen in den Stadtbibliotheken deutlich gestiegen sind. Dennoch: 15 000 virtuelle Ausleihen gegenüber 1,7 Mio. realen Ausleihen – ja? – zeigt doch ganz deutlich, das Konzept der Stadtteilbibliotheken ist wirklich noch lange nicht überholt und kann auch durch einen einstündigen Besuch des Medienbusses pro Woche und ehrenamtlich betreute Bücherschränke nicht ersetzt werden. Außerdem sind die Stadtteilbibliotheken nicht nur Ausleihstationen, sondern sie übernehmen eine wichtige Funktion im Bildungsbereich, gerade auch für Kinder, Jugendliche und Familien. Und an Bildung sparen, meine lieben Kollegen von der CDU, das wollen wir Grünen nicht. Wir lehnen das ab.

Stadträtin Ernemann (SPD): Grundsätzlich sehen wir den Antrag, wie auch seitens der Verwaltung, als erledigt an. Ich möchte mich aber doch dem Vorschlag des Kollegen Dr. Käuflein anschließen, dass man das Stadtbibliothekskonzept noch einmal im Kulturausschuss behandelt, denn es hat sich durch diese flächendeckende Einführung der Bücherschränke im Stadtgebiet ein neues Fenster aufgetan, über das man doch mal reden muss. Konzept ja – aber im Kulturausschuss noch einmal detailliert verhandeln.

Der Vorsitzende: Ich werde **den Vorschlag aufgreifen**, dass das im Kulturausschuss noch einmal aufgerufen wird. Es wäre allerdings dann sinnvoll, Herr Dr. Käuflein, dass Sie Ihre Punkte, die Sie konkret ansprechen, uns noch einmal vorher reingeben, dann können wir eine konkretere Stellungnahme machen, und dann wird an der Stelle das noch einmal thematisiert.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir wollen das auch gern im Kulturausschuss diskutieren, besonders wie es in Grötzingen weitergeht, denn das ist nur temporär, wo die jetzt sind.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich bin dankbar, dass sich die CDU nur noch auf das Thema Konzeption beschränkt, sonst müsste ich dem jetzt energisch entgegenreten. Wir werden das im Kulturausschuss behandeln, weil es im nächsten Kulturausschuss mit dem Jahresbericht auch auf der Tagesordnung steht. Da stehen die Zahlen so positiv pro Bibliothek, pro Stadtteilbibliotheken, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass irgendjemand danach noch diesen Antrag aufrechterhalten will.

Der Vorsitzende: Weitere Wortmeldungen liegen keine vor. Dann verfahren wir so, wie besprochen.

Antrag Nr. 69 (S. 172): Lieferservice Stadtbibliothek (KULT)

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Was ich eben gesagt habe, wird automatisch fortgeführt für diesen Antrag. Dazu kommt, dass wir im Moment ein echtes Problem haben, nämlich die Versorgung der Stadtteile mit dem Medienbus, weil es nicht genügend Ersatzfahrerinnen bzw. Ersatzfahrer gibt. Diese Lösung – das wurde auch im Kulturausschuss besprochen – könnten wir jetzt mit der Schaffung einer Stelle anbieten, und von daher gesehen bitten wir um Zustimmung.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Ich darf eine Verbindung zwischen den Anträgen mit den Ordnungsziffern 68 und 69 herstellen. 69 belegt nach meiner Einschätzung genau die Notwendigkeit eines weiteren konzeptionellen Nachdenkens, bevor wir sagen, wir erweitern diesen Lieferservice. Antrag 69 ist ein Beleg dafür, dass wir mit 68 recht haben, und wir wären missverstanden, Frau Dr. Leidig, wenn es ein Streichungsantrag wäre. 68 ist überhaupt nicht beziffert, sondern wir sagen, wir müssen konzeptionell darüber nachdenken. Ich muss es nicht wiederholen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Das geht nahtlos ineinander über. Auch das gehört in dieses Konzept, deshalb 69 genauso in den Kulturausschuss und noch einmal in das Gesamtkonzept mit einbinden.

Der Vorsitzende: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass hier eine Personalstelle begehrt wird. Die müssen wir heute entscheiden, sonst ist sie da oder nicht da.

Stadträtin Reiff (GRÜNE): Prinzipiell ist der Ausbau eines Medienlieferservices an die Stadtteilbibliotheken wünschenswert. Die Vertretung des Medienbusfahrers, vor allem im Krankheits- und Urlaubsfall, sehen wir sogar als dringend notwendig an, damit da die Lieferung, wenn der Busfahrer krank ist, gesichert werden kann.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich möchte niemanden provozieren, wenn ich jetzt ein sehr seltenes Tabuwort benutze in diesem Saal. Dieses Tabuwort ist das Wort „privat“. Ich habe im Kulturausschuss gefragt, ob wir die Information bekommen können, was dieser Medienlieferservice kosten würde, wenn er privat wäre. Es war mir auch zugesagt worden, aber bis jetzt ist noch nichts angekommen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem die von der CDU und von der SPD, ich verstehe das jetzt nicht. Wir haben im Kulturausschuss über diese Sache gesprochen. Es wurde ganz klar gesagt, dass man einen Ersatzbusfahrer braucht, damit der Bus in die Stadtteile fahren kann. Diesen Bus in die Stadtteile brauchen wir einfach, damit die Bibliothek vor Ort sein kann. Wenn wir jetzt diese Stelle nicht beschließen, wird es für die Zukunft nicht gesichert sein, dass der Bus kommt. Und wenn er unregelmäßig kommt, werden die Leute auch nicht mehr hingehen. Für mich stimmen wir gerade in gewisser Weise über die Zukunft dieses Bibliotheksbusse in die Stadtteile ab. Ich halte es für eine ganz wichtige Sache für die Stadtteile. Deswegen appelliere ich an alle, die hier sind, diesem Antrag jetzt zuzustimmen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich habe noch eine Nachfrage dazu. Es ging ja im Kulturausschuss um zwei Dinge, zum einen um die Frage eines Ersatzfahrers und zum anderen um den täglichen Lieferservice, also eine Standarderhöhung, die wir anstreben. Jetzt ist die Frage: Ist das tatsächlich in diesem Antrag beinhaltet? Wollen wir diese Standarderhöhung vollziehen oder nicht? Das sind für mich zwei Fragenstellungen, die sich hinter diesem Antrag verbergen.

Der Vorsitzende: Ich höre gerade, dass im Kulturausschuss, Herr Stadtrat Høyem, die Zahlen eines privaten Fahrers vorgetragen wurden und man sich dann für die Schaffung einer Stelle bei der Stadt ausgesprochen hat. Insofern ist das da wohl doch schon passiert. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir dennoch den nächsten Kulturausschuss abwarten, Sie das dort noch einmal diskutieren. Wir haben heute Morgen festgestellt, dass wir ein Personalkostenbudget haben, und wir bieten Ihnen dieses freie Budget an, dass wir uns dann, wenn Sie zu dem Ergebnis kämen, es müsste ein Ersatzfahrer neu eingestellt werden, uns aus diesem Budget bedienen. Dann können Sie die Entscheidung mitnehmen und offenhalten, und wenn Sie dann dabei bleiben, hätten wir die Kaskade Kulturausschuss, Hauptausschuss bzw. Personalausschuss, und dann könnten Sie einen Knopf dranhaken. Wenn das so in Ordnung wäre, würde ich gerne so damit umgehen.

Ich würde auch gerne noch einmal darum bitten, andere Möglichkeiten zu finden. Wenn es nur um den Ersatz in einem Krankheitsfall geht, weiß ich nicht, ob wir deswegen jemand Neues einstellen müssen. Ich denke, das geht vielleicht auch anders. Ich bin da etwas erstaunt, aber wir müssen schauen, wie wir vielleicht mit anderen Ideen die Sache wieder in die Spur bringen.

Wobei auch anderswo in der Welt manchmal wegen Krankheit etwas ausfällt. Es ist nicht so, dass es überall den Anspruch gibt, dass immer alles funktionieren muss. – Okay, Sie sind **mit dieser Vorgehensweise einverstanden**. Dann können wir unsere Beratung fortsetzen.

Ich weise noch einmal auf die **Veränderungsliste** hin. Wir fahren fort mit der **S. 174**.

Antrag Nr. 70 (S. 174): Studentische Kulturförderung (KULT)

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Wie Herr Oberbürgermeister Mentrup in seiner Haushaltsrede ausgeführt hat, ist es derzeit so, dass die studentische Kultur weitgehend parallel läuft zum Kulturprogramm, das von der Stadt gefördert wird, dass es wenig Kontakt gibt, wenig Zusammenarbeit – und dass wir das verbessern wollen. Unser Antrag ist ein Schritt dazu. Wir wollen hier 15.000 € zusätzlich zu den geringen Maßnahmen, die es dazu gibt, einstellen, um eben einen Kontakt und eine Kommunikation zu vielen studentischen Gruppen aufzubauen – und daraus eine Zusammenarbeit, die auch langfristig erhalten bleibt, auch wenn wir vielleicht nicht langfristig die Fördergelder aufrechterhalten können, wie es von der Verwaltung wie immer grundlegend angewendet wird.

Ich glaube, dass wir mit diesem Schritt etwas Langfristiges erzeugen können, auch wenn wir nicht langfristig Geld dafür ausgeben. Ich glaube, dieses Geld lohnt sich. Es ist für uns als Stadt eine nur sehr geringe Ausgabe, und es ist so: Auch wenn in der Stellungnahme der Stadt der Eindruck erweckt wurde, dass schon viele studentische Kultur gefördert wird, vieles davon sind Veranstaltungen der Hochschulen, aber eben nicht der Studierenden.

Das ist ja nun eine relativ geringe Anzahl an Gruppierungen, wenn man sich überlegt, dass es alleine am KIT zwischen 50 und 100 Hochschulgruppen gibt, die meisten davon aus dem Bereich Kultur und Sport, und an den anderen Hochschulen gibt es natürlich auch Gruppen, die sich kulturell betätigen, und ich bitte Sie daher, dem Antrag zuzustimmen. Es ist in meinem Augen eine Ausgabe, die sich auf jeden Fall langfristig für die Stadt lohnt, um auch auf die wichtige Gruppe der Studierenden, die eine enorme Bedeutung für die Zukunft unserer Stadt hat, einzugehen und ihnen eine bessere Lebensqualität zu bieten.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Die Förderung der studentischen Kulturszene ist wichtig und richtig. Aber die Verwaltung zeigt, dass bereits jetzt Projektmittel in studentische Kultur fließen, die in der Summe weit über das hinausgehen, was von KULT beantragt wird. Die Einrichtung eines speziellen Fördertopfes ist nach unserer Einschätzung nicht notwendig. Ansonsten könnten ja diese Projekte aus diesem Topf bezahlt werden, und dann ist ja auch nichts gewonnen.

Das heißt, die Förderung von KULT, studentische Kultur stärker ins Stadtleben einzubeziehen, die teilen wir. Wir bitten die Verwaltung darum, uns im Kulturausschuss Vorschläge zu unterbreiten, wie dies in Zukunft verstärkt geschehen kann. Ebenso würden wir uns freuen, wenn die Verwaltung im Kulturausschuss Wege aufzeigt, wie die studentische Kulturszene zukünftig besser über städtische und vielleicht auch über andere Fördermöglichkeiten informiert werden kann.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): In diesem Punkt kann ich mich der Kollegin Dr. Leidig anschließen. Studentische Kultur ist sicher etwas, wo man mehr machen könnte. Sicher könnte man die studentische Kultur noch besser mit der übrigen Kultur vernetzen, das

ist alles richtig. Wir bleiben aber bei der Linie, die ich beim ersten Antrag skizziert habe. Wir machen nichts Neues, wir erweitern nichts, sondern wir bleiben bei dem Bestehenden. Die vertiefte Erörterung im Kulturausschuss finde ich gut.

Wenn ich an der Stelle vielleicht einen Wunsch äußern darf, es wäre einmal ein sehr schönes Thema für ein Kulturfrühstück.

(Zuruf: Hatten wir schon!)

– Hatten wir schon? Dann ziehe ich den Wunsch zurück. Dann war das eins der wenigen Kulturfrühstücke, bei denen ich nicht anwesend war. Ich bitte um Entschuldigung.

Stadträtin Ernemann (SDP): Wir unterstützen den Antrag der KULT-Fraktion, und zwar aus folgendem Grund: Die studentische Kulturszene in Karlsruhe ist viel größer und breiter als wir sie wahrnehmen. Die von Ihnen in der Verwaltungsvorlage genannten Einrichtungen, das Sinfonie- und Kammerorchester des Karlsruher Instituts für Technologie oder der Kammerchor des KIT, sind etablierte Einrichtungen. Die werden schon seit Jahren gefördert. Aber es gibt auch eine studentische Kulturszene, die wir nicht wahrnehmen, die wirklich im Bereich des studentischen Lebens stattfindet. Ich nehme jetzt mal die Stummfilmtage aus, die haben sich schon in die Öffentlichkeit gewagt und sind bekannt. Das ist aber die einzige Institution, aber auch die wird gefördert.

Wir unterstützen den Antrag deshalb, damit die große Kulturszene, die es gibt, die es am Uni-Gelände gibt, die es auch in verschiedenen Lokalen in Karlsruhe gibt, mehr ins kulturelle Leben der Stadt Karlsruhe integriert wird. Da ist mir nicht bekannt, ob schon Versuche von Seiten der Stadt Karlsruhe unternommen wurden. Insofern ist der Antrag gut. Das wird der großen Schar der Studenten in Karlsruhe gerecht, und wir unterstützen das.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 15 Ja-Stimmen ist der Antrag **abgelehnt**.

Antrag Nr. 71 (S. 174): CSD-Verein Karlsruhe (SPD)

Stadträtin Ernemann (SPD): Der Christopher Street Day findet in Karlsruhe statt und wurde über Jahre hinweg von einem Großsponsor unterstützt. Dieser Sponsor fällt weg, und der Verein selbst kann diesen Betrag nicht stemmen. Der Christopher Street Day ist in den letzten Jahren – vor allem an das vergangene Jahr kann ich mich erinnern – durch ein Familienfest ganz gezielt an die Öffentlichkeit gegangen. Durch Infostände wird eine gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Der Verein bemüht sich davon unabhängig, Drittmittel zu akquirieren und gleichzeitig ein Sponsoringkonzept zu erstellen. Die Arbeit durch die Veranstaltungen ist sehr gut und zielführend. Es soll vor allem in der Öffentlichkeit erreicht werden, dass Vorurteile und Vorbehalte abgebaut werden, und es gilt bei der Gruppe der Lesben und Schwulen, also der Gleichgeschlechtlichen, die sich hinter dem CSD verbergen – nein, nicht verbergen, sondern die hinter dem Verein stehen –, Vorurteile abzubauen und ihre gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, und deshalb beantragen wir den Zuschuss von 6.000 € pro Haushaltsjahr.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): In vielen Punkten sind die Kollegin Ernemann und ich einer Meinung. Was die Bewertung des CSD angeht, gibt es keine Differenz. Es ist zweifellos eine Veranstaltung gegen Diskriminierung, für Toleranz, für Offenheit, überhaupt gar keine Frage. Nur auch hier: Wir möchten keine neue zusätzliche Förderung etablieren und lehnen insoweit ab.

Der Vorsitzende: Das waren die Wortmeldungen. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 22 Nein-Stimmen und 24 Ja-Stimmen ist der Antrag **angenommen**.

Antrag Nr. 72 (S. 174): Architekturschaufenster (FDP)

Antrag Nr. 73 (S. 174): Architekturschaufenster (SPD, GRÜNE, KULT)

Dieses Anliegen haben wir uns zu eigen gemacht und **in die Veränderungsliste aufgenommen**, da wir sowieso in den letzten Jahren mit ähnlichen Beträgen das Architekturschaufenster unterstützt haben – projektweise –, und jetzt tun wir es eben über einen festen Zuschuss.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir **hier auch noch Veränderungen** haben – bezogen auf das ZKM und auf den Fastnachtsumzug.

Antrag Nr. 74 (S. 174): Kultur/Kinemathek/Erhöhung der Transferaufwendungen (GRÜNE)

Die KULT wurde hier gestrichen. Es wurde mir mitgeteilt, dass es nicht geplant war, den Antrag interfraktionell zu stellen. Gibt es von den Grünen den Wunsch auf Begründung? – Dann können wir gleich darüber abstimmen.

- Bei 15 Ja-Stimmen ist der Antrag **abgelehnt**.

Antrag Nr. 75 (S. 174): Sperrvermerk auf erhöhtem Ansatz des Centre Culturel Francais bis Klärung enormer Leasingkosten von 32.500 € (KULT)

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Es hat ja schon geholfen, so etwas einzureichen, denn schon ist es billiger geworden. Trotzdem würden wir gerne einen Sperrvermerk draufsetzen und das Ganze noch einmal im Kulturausschuss besprechen. Uns leuchtet nicht ein, dass bei einer Stiftung oder einem Verein Leasing billiger sein soll als Kauf. Es wird in der Regel immer davon abgeraten, Leasing zu machen, und deswegen würden wir darüber gerne sprechen. Ansonsten haben wir kein Problem damit.

Erster Bürgermeister Jäger: Die Möglichkeit, die entsprechenden Geräte zu erwerben, besteht für die Stiftung nicht, da ein solcher Erwerb voraussetzt, dass wir eine entsprechende Summe zur Verfügung hätten. Wir haben in unserem Stiftungsrat auch einen Vertreter der Sparkasse Karlsruhe Ettlingen, der ist mit uns alle Möglichkeiten durchgegangen und hat deutlich gesagt, dass in unserem Fall – sprich: die Stiftung Centre Culturel Francais – keine Möglichkeit des Erwerbs besteht, sondern nur die Leasing-Möglichkeit in Betracht kommt. Diese wurde über drei bis vier Angebote abgecheckt, und das billigste wurde am Ende ausgewählt. So ist die Sache gelaufen. Wir

haben sowohl im Beisein des Rechnungsprüfungsamtes wie auch des Mitglieds der Sparkasse alle Dinge beleuchtet.

Der Vorsitzende: Damit ist der Sperrvermerk hinfällig. Dann können wir das als **erledigt** betrachten.

Antrag Nr. 76 (S. 174): Gedenktag – Gegen die Macht des Vergessens (SPD, Die Linke)

Stadträtin Zürn (Die Linke): Ich habe nur eine Nachfrage. Wir freuen uns sehr, dass die Stadt als Mitveranstalter auftritt und das Projekt mit 3.000 € unterstützt.

Können wir davon ausgehen, weil doch 8.100 € von der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie gefordert waren, dass der Rest der Mittel irgendwie noch erbracht wird und die damit einverstanden sind? Dann freuen wir uns und der Antrag wäre damit erledigt.

Der Vorsitzende: Die sind natürlich damit einverstanden, dass sie 3.000 € kriegen, aber sie hätten 8.000 € gebraucht. Ob das Defizit jetzt gedeckt ist oder nicht, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich glaube auch nicht, dass es jemand anderes weiß.

Stadtrat Zürn (Die Linke): Dann möchten wir die 8.100 € gerne abgestimmt haben.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Wir finden das Projekt auch sehr unterstützenswert, sind allerdings der Meinung, dass ein Großteil der wirklich essentiellen Kosten, die dem Projekt entstehen, durch den städtischen Zuschuss abgedeckt sind. Da sind doch sehr deutlich Reisekosten enthalten, für die die Stadt nicht aufkommt, und wo wir auch sagen, das schätzen wir ähnlich ein. Wir freuen uns sehr, dass die Stadt einen deutlichen Beitrag leistet, weswegen wir der Meinung sind, das Projekt kann damit einen würdigen Rahmen erfahren und somit auch durchgeführt werden.

Der Vorsitzende: Ich mache Ihnen den Vorschlag, dass Sie uns beauftragen, falls es über die 3.000 € hinaus noch Schwierigkeiten gibt, sodass am Ende jemand privat dort eintreten müsste, dass wir uns dann nach gegebenen zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten umschauen.

Das wäre an dieser Stelle mein **Kompromissangebot**, weil ich es insgesamt natürlich schade fände, wenn diese Veranstaltung am Ende zu Lasten einzelner Personen ginge, die sich da sowieso schon unheimlich reinhängen. Wenn wir so verbleiben könnten, bräuchten wir nicht darüber abzustimmen.

Frau Zürn, **könnten wir damit leben? – Okay.**

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich wollte eigentlich auf der Abstimmung bestehen, weil ich sehe, dass sich offensichtlich eine Mehrheit finden würde. Aber gut, ich ziehe zurück.

Der Vorsitzende: Wir finden eine Lösung. Vertrauen Sie mir, wir kriegen das hin, und dann ist gut.

Antrag Nr. 77 (S. 174): Erstellung eines Kulturkonzeptes für Grötzingen (OR Grötzingen)

Ortsvorsteherin EBrich: Als Ortsvorsteherin des badischen Malerdorfes stellt mich natürlich die Antwort der Verwaltung nicht zufrieden, aber sie ist nachvollziehbar. Von daher werden wir versuchen, unseren Beitrag zu leisten und die Einsparung aus IP-Mitteln vorzunehmen und gemeinsam in Grötzingen – in Abstimmung mit dem Kulturamt der Stadt Karlsruhe – ein zukunftsträchtiges Kulturkonzept zu erstellen, das auch die Historie unseres badischen Malerdorfes berücksichtigt.

Von daher hat sich der Antrag **erledigt**.

Antrag Nr. 78 (S. 174): Förderung des Stummfilmfestivals Karlsruhe (KULT)

Hat sich erledigt? Gut, damit ist der Antrag **erledigt**.

Antrag Nr. 79 (S. 174): Sperrvermerk Projektförderung Sparte „Film/Video“ – 21.000 €/Jahr (CDU)

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Uns war lediglich die Erhöhung dieses Betrages um 11.000 € auf 32.000 € - fast eine Verdreifachung des Betrages - nicht plausibel. Deswegen haben wir einen Sperrvermerk beantragt.

(**Stadträtin Dr. Leidig/GRÜNE:** Es gab eine Vorlage im Kulturausschuss!)

Die Sache ist aber durch die Auskunft der Verwaltung **erledigt**.

Antrag Nr. 80 (S. 174): Kulturzentrum Tempel: Erhöhung des Zuschusses (SPD, GRÜNE, KULT, FDP)

Der Vorsitzende: Das ist eine ganze Latte. Können wir von daher gleich abstimmen? Das finden Sie auch richtig. – Wir sind bei 30 Ja-Stimmen, und damit ist der Antrag **angenommen**.

Antrag Nr. 81 (S. 174): Majolika Manufaktur (SPD, GRÜNE)

Antrag Nr. 82 (S. 174): Sperrvermerk Majolika Manufaktur 40:000 €/Jahr (CDU)

Da geht es einmal um eine Reduzierung des Zuschusses und einmal um einen Sperrvermerk.

Herr Stadtrat Dr. Heilgeist hat sich als befangen erklärt.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Dem Gemeinderat wurde 2013 mitgeteilt, dass eine finanzielle Unterstützung der Majolika durch die Stadt Karlsruhe für einen begrenzten Zeitraum notwendig sei. Und tatsächlich zeichnete sich auch eine Verbesserung ab. Der Wirtschaftsplan für 2014 sah ein Defizit von 120.000 € vor und eine Umsatzsteigerung

von 30 %. Aber dennoch soll der Zuschuss für 2015 und 2016 jetzt jeweils 160.000 € betragen. Wir treiben hier entgegen den Versprechungen der Verwaltung von vor zwei Jahren in eine steigende Dauersubventionierung hinein, der wir durch eine Kürzung entgegenwirken wollen. Gemeinsam mit der SPD beantragten wir daher eine Zuschussredaktion auf das für 2014 im Wirtschaftsplan der Majolika vorhergesagte Defizitniveau.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Die CDU kann die Ungeduld der Antragsteller, der SPD und der Grünen, verstehen. Gleichwohl ist es nicht ganz zutreffend, dass die Subventionierung stetig steigt. Was wir wollen, ist, dass nicht gekürzt wird. Es soll also in 2015 und 2016 der Zuschuss fließen in der Höhe des Jahres 2013. Für 2014 war in der Tat eine Kürzung angedacht, die aber dann wieder zurückgenommen wurde. Wir wollen also nichts anderes, als dass in 2015 und 2016 das gezahlt wird, was in 2013 und 2014 als Zuschuss geflossen ist.

Wir haben einen Antrag gestellt, der vielleicht eine Vermittlungsmöglichkeit ist, einen Kompromiss darstellt. Wir haben gesagt, wir knüpfen diesen Zuschuss, diesen unveränderten Zuschuss, an einen Sperrvermerk, einen Sperrvermerk dahin gehend, dass uns als Stadt ein plausibler Wirtschaftsplan vorgelegt wird. Wir haben seit 2011 eine neue Organisationsform der Majolika mit einer Stiftung, die alleiniger Gesellschafter einer GmbH ist. Ich glaube, wir müssen unserer Majolika einfach noch ein bisschen Zeit geben. Ich bin zuversichtlich, dass wir auf die Dauer und im Ganzen betrachtet von diesem hohen Zuschuss herunterkommen, aber im Augenblick sehe ich das nicht, und so bitte ich die Antragsteller, unserem Kompromissvorschlag mit dem Sperrvermerk zuzustimmen. Wenn ein plausibler Wirtschaftsplan vorgelegt wird, geben wir das Geld frei.

Wer am Samstag in Bruchsal bei der Präsentation der 300 Bambi-Stelen zum Stadtgeburtstag von Professor Ude war, der weiß oder hat augenscheinlich gesehen, welches Potenzial in der Majolika steckt. Oder denken Sie jetzt an diese Serie von Bechern zum Stadtgeburtstag und, und, und. Ich glaube, die Majolika ist auf einem guten Weg, und ich bin zuversichtlich, dass wir in mittlerer oder längerer Frist von dem Zuschuss runterkommen, aber jetzt für 2015/16 bitten wir darum, dass der Zuschuss noch einmal wie in 2013/14 fließen kann – verknüpft mit einem Sperrvermerk. Das ist unser Kompromissvorschlag.

Stadträtin Ernemann (SDP): Ich kann mich dem Kollegen Dr. Käuflein anschließen. Wir sehen von unserer Kürzung ab, bestehen aber auf einem Sperrvermerk, auch aus den Gründen, die der Kollege Dr. Käuflein genannt. Die Majolika leistet gerade jetzt im Jahr des Stadtjubiläums einen enormen Beitrag. Die Erinnerungsstelen „To Bambi“ sind ein Beispiel, auch aktuell – ich glaube, heute steht es in der Zeitung – ein Baustellenbecher, der kriert wird, also sehr innovativ und einfallsreich. Die Majolika leistet also einen enormen Beitrag, insofern ist bei uns in der Fraktion ein Umdenken entstanden, und wir lehnen die Kürzung ab, aber beharren auf dem Sperrvermerk, um uns ein Konzept der Majolika vorlegen zu lassen und dann im Hauptausschuss noch einmal darüber zu reden.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich bedanke mich bei der Kollegin Ernemann für diesen Schwenk. Die Majolika wird – da bin ich mir sicher – wie Kollege Dr. Käuflein es gesagt

hat, in der Zukunft positiv sein, und deshalb ist dieser Schritt mit diesem Sperrvermerk der, den ich an dieser Stelle mittragen werde.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Herlan, der neuer Geschäftsführer ist, ist international anerkannt als Sanierer. Das ist wirklich eine sehr gute Persönlichkeit für diese Position, aber er kann auch nicht zaubern, er braucht eine gewisse Zeit, um die nötigen Veränderungen umzusetzen. Bitte geben Sie ihm diese Zeit.

Der Vorsitzende: Jetzt hat sich die SPD von der Kürzung zurückgezogen. Wir hatten einen gemeinsamen Antrag von SPD und den Grünen. Die Grünen haben ihren Kürzungsvorschlag begründet. Weil das der weitergehendere Antrag ist, stimmen wir über den zunächst ab, und ich bitte um das Kartenzeichen für den **Antrag der Grünen**. – Bei 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt kommt der **Antrag mit dem Sperrvermerk**, beantragt **von der CDU**, dem **beigetreten die SPD**. – Das sind fast alle außer mir, zwei Enthaltungen. Damit ist das so **angenommen**.

Der Vorsitzende: Wir kommen zu den nächsten Anträgen und springen auf die **S. 180**.

Antrag Nr. 83 (S. 180): Erhöhung des Ansatzes zum Erwerb von Kunstwerken durch die Städtische Galerie (KULT)

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Wir betreiben hier das Geschäft der Verwaltung. Denn eigentlich müsste von Seiten der Verwaltung eine klare Erhöhung des Ankaufsetats der Städtischen Galerie durchgesetzt werden – aus folgendem Grund: Es gibt einen Sammlungsauftrag. Das ist die Abbildung des künstlerischen Lebens hier in Karlsruhe, insbesondere der Akademie, und dieser Sammlungsauftrag lässt sich nur erfüllen, wenn man genügend Kunstwerke, die hier von den Professoren der Akademie entstehen, erwerben kann. Der Kunstmarkt hat sich in den letzten Jahren eindeutig verteuert, d. h., im Grunde genommen wird immer weniger erworben, und aus dem Grund haben wir jetzt sozusagen die Auftragsverwaltung der Verwaltung übernommen und haben das jetzt beantragt: 30.000 € pro Jahr.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich bin Mitglied der städtischen Kunstankaufskommission, und ich muss sagen, es kam mir schon immer etwas wenig vor, was in dem Topf ist. Aber ich muss jetzt Herrn Dr. Fischer widersprechen. Aufgabe ist es, die hiesigen Werke an der Staatlichen Kunsthochschule frühzeitig zu erwerben, wenn sie noch nicht so teuer sind. Es gelingt natürlich nicht immer, mittlerweile renommierte Künstler zu erwerben. Das kostet dann Geld zu einem späteren Zeitpunkt. Deshalb können wir dem Antrag der KULT-Fraktion zustimmen, diesen Topf zu erhöhen.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Ich bin ebenfalls Mitglied der Kunstankaufskommission und weiß insofern, wie bescheiden dieser Etat ist. Trotz dieses bescheidenen Etats ist es unserer städtischen Galerie gelungen – und das will ich zunächst herausstellen –, in den letzten Jahren eine mehr als beachtliche Sammlung zusammenzustellen. Da spielen Leihgaben, Dauerleihgaben, Schenkungen, Erbschaften, Drittmittel eine Rolle, und vor

allem – und dafür ist da fachliche Kompetenz versammelt – eine sehr kluge Ankaufspolitik.

Eine Erhöhung wäre wünschenswert – Sie ahnen das „Aber“ –, aber angesichts der Haushaltslage nicht möglich. Die Verwaltungsantwort gibt auch den Hinweis – und da kann ich eine gewisse Bereitschaft signalisieren –, wenn sich einmal der Ankauf eines ganz besonderen Kunstwerks anbieten würde, dann könnten wir uns unabhängig von diesem Budget für Kunstankauf im Gemeinderat darüber verständigen. Dann sollte es nicht an diesem Budget scheitern, aber als reguläres Budget würden wir es – mit Bedauern, der Haushaltslage geschuldet – bei dem belassen, wie es ist.

Der Vorsitzende: Das waren die Wortmeldungen. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. – Bei 16 Ja-Stimmen hat die Mehrheit den Antrag **abgelehnt**.

Antrag Nr. 84 (S. 180): Substage Barrierefreiheit (KULT)

Antrag Nr. 85 (S. 180): Substage Barrierefreiheit – Baukostenzuschuss (KULT, Die Linke)

Antrag Nr. 86 (S. 180): Substage Barrierefreiheit – Baukostenzuschuss und zinsloses Darlehen (SPD, GRÜNE)

Antrag Nr. 86 a (S. 180): Substage Barrierefreiheit – Baukostenzuschuss und zinsloses Darlehen (CDU)

Wir kommen jetzt zu den Anträgen Nr. 84 bis 86 a, die sich alle mit dem Substage beschäftigen. Wir hatten ursprünglich den CDU-Antrag unter Nr. 85 subsummiert. Das war aber nicht ganz korrekt, weil er keinen reinen Zuschuss beantragt, sondern den hälftigen Beitrag als zinsloses Darlehen veranschlagt haben möchte. Insofern haben wir ihn jetzt als Nr. 86 a hinten angeführt. Jetzt ist das Ganze etwas unübersichtlich. Herr Dollinger hat mir gerade eine schöne Liste erstellt. Es gibt einmal den Antrag auf 270.000 € von der FDP, dann gibt es einen Antrag auf Baukostenzuschuss von KULT und den Linken, auch über 270.000 €. SPD und GRÜNE würden einen Baukostenzuschuss von 150.000 € und ein Darlehen von 120.000 € vorschlagen, die CDU eine hälftige Aufsplittung von 135.000 € Baukostenzuschuss und 135.000 € zinsloses Darlehen. Das sind so in drei Kategorien die unterschiedlichen Qualitäten der Anträge zum Thema Substage.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Wir sind nicht auf dem Basar. Trotzdem können wir als CDU, wenn eine Mehrheit zustande kommt, der Aufteilung von SPD und Grünen folgen.

Der Vorsitzende: Sie schließen sich also dem Antrag der SPD und der Grünen an, d. h. einen fixen Baukostenzuschuss von 150.000 € und ein zinsloses Darlehen von 120.000 € – nur, damit wir es auf die Reihe kriegen.

Jetzt haben wir zwei Kategorien: einmal 270.000 € totaler Zuschuss, und einmal aufgesplittet in 150.000 € und 120.000 €. Dann könnten wir hintereinander darüber abstimmen, wenn Sie einverstanden sind. Wir fangen an mit den **Anträgen Nr. 84 und 85**, Baukostenzuschuss 270.000 €. – Bei 9 Ja-Stimmen sind diese Anträge **abgelehnt**.

Dann haben wir den **Antrag Nr. 86** der SPD und GRÜNE, dem auch die CDU beigetreten ist: 150.000 € fix und zinsloses Darlehen von 120.000 €. – Bei 3 Gegenstimmen ist der Antrag **angenommen**.

Antrag Nr. 87 (S. 180): Kulturzentrum Tempel e. V. (SPD, GRÜNE, KULT)

Antrag Nr. 88 (S. 180): Kulturzentrum Tempel e. V. (FDP)

Da geht es beim Antrag von SPD, GRÜNE und KULT um 140.000 €, bei der FDP um 80.000 €.

Stadträtin Melchien (SPD): Bei denkmalgeschützten Gebäuden ist die Sanierung oftmals teuer. Wir sind überzeugt von der Notwendigkeit von Sanierungsmaßnahmen. Auch in diesem Doppelhaushalt wollen wir damit vorankommen.

Das Positive ist, wir bekommen anteilig auch Zuschüsse vom Land zu den Sanierungsmaßnahmen, die beim Tempel getätigt werden. Es findet sich hier eine sehr breite Unterstützung dafür, beim Tempel etwas zu tun. Mir ist nur nicht ganz bewusst, wie der FDP-Antrag zu verstehen ist. Aber ich sehe gerade durch Nicken, dass sie wahrscheinlich unserem Antrag folgen, weil es einfach von den Zuschüssen her nicht klar war, ob der Tempel bei den Summen, die er uns genannt hat, schon abgezogen hat, was vom Land zu erwarten ist. Das heißt, wir sind uns alle einig, und damit kann ich es bewenden lassen.

Stadträtin Reiff (GRÜNE): Wie wir gehört haben, ist die Förderung durch die Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg fristgerecht vom Tempel beantragt worden. Daher ist mit einem Baukostenzuschuss zu rechnen. Die Sitzung dazu wird Ende März stattfinden. Wir freuen uns, wenn Sie mit uns stimmen, damit wir dann die Frischluftzufuhr im Bau 1 des Tempels ermöglichen können. Mit der Brandschutztür muss man zu gegebener Zeit schauen, wie es ist mit der Lärmbelästigung und der Frischluftzufuhr im Bau 1 ist.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Ich lasse zunächst über den **Antrag Nr. 87** abstimmen. – Eine **deutliche Mehrheit stimmt diesem Antrag zu**. Damit hat sich der **Antrag Nr. 88 erledigt**.

Wir kommen jetzt zum **Teilhaushalt 4300** – Musikschulen. Da haben wir den Haushaltsplanentwurf über die **erste Veränderungsliste** noch etwas korrigiert.

Dann haben wir den **Teilhaushalt Soziales und Jugend**. Da haben wir auch in der **Veränderungsliste** unter den Stichworten Gutachten, Sozialplanung und Bezuschussung Bürgerzentren Korrekturen vorgenommen.

Antrag Nr. 89 (S. 198): Ausgleich Tagespflege und Kindertagesstätten – Personal und Sachkosten (GfK)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Die Verwaltungsantwort ist wohl richtig, dass diese Geschichte differenziert betrachtet werden muss, und zwar gibt es Stadtteile mit genü-

gend Kitas, es gibt Stadtteile, da ist mittlerweile ein Angebotsüberhang da, und es gibt andere Stadtteile, da ist noch ein Mangel da. Insofern war unser Antrag undifferenziert gestellt, aber er soll trotzdem ein Bewusstsein schaffen, so wie die Antwort für Stupferich ist, dass eben dort keine weitere Kita möglich und nötig ist, dass aber das mit der Großtagespflegestelle zu erledigen ist. Dieses Bewusstsein möchte ich gerne schaffen, Insofern bin ich schon damit zufrieden, wenn dies bei der Verwaltung und meinen Kollegen angekommen ist.

Der Vorsitzende: Wenn Sie den Eindruck haben, das ist angekommen, dann hat es sich **damit erledigt**.

Antrag Nr. 90 (S. 198): Nehemia Initiative e. V. – Siebenstein, Erhöhung Zuschuss (Die Linke, Gemeinsam für Karlsruhe)

Herr Stadtrat Kalmbach hat sich als befangen erklärt.

Sie möchten alle gleich abstimmen, dann machen wir das. – Bei 4 Gegenstimmen **mehrheitlich angenommen**.

Antrag Nr. 91 (S. 198): Maßnahmen zur Integration – Kita-Plätze (Freie Wähler)

Stadtrat Wenzel (FW): Sie haben ja unseren Antrag gelesen. Uns geht es darum – wie soll ich das sagen, um es korrekt auszudrücken? –, Bürgern, die in unser Land kommen und der deutschen Sprache nicht so mächtig sind, die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder zur Integration kostenfrei in die Kindergärten zu setzen. Wir hören immer wieder von Kindergartenträgern, dass da eine ganz besondere Hemmschwelle vorhanden ist, und wir möchten mit unserem Antrag den Kindern dieses speziellen Personenkreises eine entsprechende Möglichkeit zu geben.

Der Vorsitzende: Ich glaube, die Stellungnahme der Verwaltung macht deutlich, wenn es sich um Familien handelt, die länger in Karlsruhe bleiben, gibt es diese Möglichkeit. Bei den kurzfristig hier bleibenden Familien müssen wir schauen, wie wir zu einer Betreuung kommen. Ich würde es aber nicht für sachgerecht halten, alle Kinder aus der LEA in die Kindertagesstätten zu verteilen, wenn es am Ende doch nur um wenige Wochen geht.

Sie haben das so akzeptiert, Herr Wenzel? – Dann können wir das damit als **erledigt** betrachten.

Antrag Nr. 92 (S. 198): Städtische Kita mit 24 Stunden Öffnungszeit – Gebühren, Personal und Sachkosten (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Wir wissen, die Arbeitswelt hat sich auch in unserem Land und in unserer Stadt verändert. Sie geht in den Abend hinein, es gibt Schichtbetrieb, im Einkauf sogar bis 22:00 Uhr. Aber die Betreuungszeiten für Ganztageseinrichtungen sind so geblieben, wie sie schon immer waren. Wir sind der Meinung, dass wir hier eine Änderung vornehmen sollten. Ich weiß auch, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen darüber nachdenken, dass es richtig wäre, etwas zu tun. Wir haben

vorgeschlagen, dass das eine städtische Kita sein soll, die Stadt soll sich federführend engagieren.

Natürlich können wir auch darüber sprechen, ob wir mit allen Trägern zusammen ein gemeinsames Projekt machen. Wichtig ist aber, dass wir nicht ignorieren, dass gerade verlängerte Arbeitszeiten im Einkauf ganz besonders Frauen betrifft, und die Betreuung von Kindern ist nach wie vor in unserer Gesellschaft sehr stark bei der Frau angesiedelt, also wäre es auch ein Beitrag zur Gleichstellung, damit Beruf und Familie vereinbart werden kann.

Stadträtin Mußnug (CDU): Natürlich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch ein Anliegen der CDU-Fraktion. Man muss nur ganz klar auf die Antwort der Verwaltung schauen. Sie formuliert es hier ziemlich drastisch: weder sinnvoll noch umsetzbar. Aus zwei Gründen: Zum einen bestünde nach den Erhebungen kein Bedarf, und zum anderen dürfen die Bedürfnisse der Kinder nicht vergessen werden. Das sind die beiden Punkte, die unsere Fraktion dazu veranlassen, hier der Verwaltung zu folgen. Wenn noch kein Bedarf besteht, brauchen wir die Schaffung nicht, insbesondere da wir der Auffassung sind, dass das Kindeswohl bzw. die Bedürfnisse der Kinder anders gewichtet sind und man sich nicht nur ausschließlich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren darf.

Deswegen gehen wir hier mit der Verwaltung.

Stadträtin Melchien (SPD): Diesem Antrag zu einer 24-Stunden-Kita können wir so heute nicht zustimmen. Wir wären als Fraktion allerdings sehr offen, das in einem Fachgremium sehr ausführlich zu diskutieren. Für uns stellen sich sehr viele offene Fragen, z. B. wie wird das Ganze in anderen Städten, die das schon haben, umgesetzt. Welche Erfahrungen wurden schon konkret gemacht? Wie negativ oder auch positiv waren sie? Welche Konzepte wurden jeweils zugrunde gelegt?

Natürlich ist für uns auch klar, es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und trotzdem steht auch für unsere Fraktion das Kindeswohl an erster Stelle. Wir wollen gerne im Jugendhilfeausschuss die Debatte führen und ausführlicher denkbare Wege miteinander erörtern, um am Ende differenziert entscheiden zu können, ob wir für so etwas sind oder dagegen.

Auf der Grundlage dessen, wie wir das bisher behandelt haben, können wir das jetzt noch nicht leisten.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich kann mich den Ausführungen meiner Vorrednerin anschließen, möchte aber noch einen Aspekt betonen.

Ich sehe auch eine gewisse Gefahr, dass durch die 24-Stunden-Kita der Druck auf Frauen und Familien wächst, eben auch Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, die eigentlich nicht vertretbar sind für ein förderliches Familienleben. Ich denke z. B. an einen Bereich, den Herr Fostiropoulos genannt hat, die verlängerten Öffnungszeiten der Geschäfte. Da ist es sinnvoller, dass die Frauen nicht diese Arbeitszeiten bekommen, die bis spät in die Nacht hineingehen, aber auch im Klinikum bei den Krankenschwestern, dass sie eben in

der Zeit, in der sie kleine Kinder haben, nicht die Nachtdienste absolvieren müssen. Das ist vielleicht für die anderen Beschäftigten etwas kritisch zu bewerten, aber ich denke, wenn wir wollen, dass auch förderliche Bedingungen für Familien und für kleine Kinder bestehen, dann sollten wir – es sei denn, dass wir bei Diskussionen feststellen, es muss gehandelt werden – doch eher zurückhaltend sein, was 24-Stunden-Kitas anbelangt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte Frau Rastätter beipflichten bei dem, was sie gerade gesagt hat. Ich bin ja selbst Vater zweier kleiner Kinder, und wir müssen uns einer Sache sehr bewusst sein. Wenn wir so eine Möglichkeit schaffen, verändern wir auch ein Stück weit unsere Gesellschaft. Ich habe mal im Fernsehen einen Bericht über die USA gesehen, da ist inzwischen alles 24 Stunden geöffnet, auch die Kitas, auch McDonald's, alles. Die Frauen sind 24 Stunden bei der Arbeit, und die Kinder werden morgens um vier – total müde – in die Kita gebracht. Ich möchte das als Vater nicht. Deswegen meine ich, wir sollten uns diese Sache sehr genau anschauen, bevor wir so etwas einführen, denn wenn das Angebot da ist, wird es wahrgenommen werden, und mehr und mehr Frauen werden nachts arbeiten, obwohl sie kleine Kinder haben. Das ist, denke ich, nicht im Sinne der Kinder und auch nicht im Sinne unserer Gesellschaft.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Noch einen Satz, Herr Oberbürgermeister, und dann einen entsprechenden Vorschlag, den ich aufgreifen will.

Zunächst: Gute Arbeitszeiten wollen wir auch, das ist ganz klar, aber wir müssen von der Realität ausgehen, und die ist so. Frauen arbeiten abends und nachts, vor allem im Verkauf, das ist so, und deshalb müssen wir auf diesen Fakt reagieren. Wenn wir dann zurückdrehen können, dass es bessere Arbeitsbedingungen gibt, dann können wir auch die 24-Stunden-Kita, die wir vielleicht machen, auch wieder zurückfahren. Aber im Moment ist es so, wir müssen erst einmal auf die Situation reagieren.

Wir würden gerne den Vorschlag der Kollegin Melchien aufgreifen. Wenn wir jetzt das sozusagen in Jugendhilfeausschuss überweisen, um das ernsthaft zu debattieren, dann würden wir den Antrag jetzt erst einmal zurückziehen.

Der Vorsitzende: Wir diskutieren gerade, ob man einen Haushaltsantrag verweisen kann. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass Sie einen Antrag für den Jugendhilfeausschuss stellen. Sie wollen wissen, welche Vergleichsstädte usw. Geben Sie uns bitte so einen Katalog an die Hand, und dann wissen wir, was wir vorbereiten müssen, und dann diskutieren Sie das dort einmal.

Wenn Sie damit einverstanden sind, können wir **heute auf die Abstimmung verzichten**.

Antrag Nr. 93 (S. 198): Anhebung kommunaler Anteil städtischer Kitas von 20 % auf 30 % - Sachkosten (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Der Antrag, den kommunalen Anteil der Kitas zu erhöhen, steht nicht im Gegensatz zu dem jetzigen Modell bzw. zu den jetzigen privaten Trägern. Es geht uns zum einen darum, dass wir natürlich mehr Tageseinrichtungen wollen. Es geht uns aber auch darum, dass die Stadt Karlsruhe eine kommunale Aufga-

be nicht nur an Dritte abgibt, sondern selbst noch aktiver wird – zum einen, damit möglicherweise schneller Tageseinrichtungen eröffnet werden, aber auch, damit sie auch die Qualität und den Inhalt stärker mitbestimmen kann. Und da soll es quasi zu einer Art Qualitätswettbewerb kommen. Ich will es jetzt mal positiv wenden, ich will damit sagen, wir können kommunal Qualität vorsetzen und wollen natürlich auch, dass die Privaten mitgehen.

Es ist ein Stück weit eine Rekommunalisierung. Wir haben sehr viel privatisiert in dieser Richtung, und zum anderen ist es so, dass wir auch vom Land mehr Zuschüsse bekommen. Die Zahlen habe ich auch im Referat genannt, Frau Bürgermeisterin Luczak-Schwarz hat sie auch genannt. Wir hätten also gern den Anteil erhöht, indem wir zusätzliche schaffen und nicht die anderen abschaffen.

Das kostenfreie Kita-Jahr: Soll ich das gleich mit reinnehmen?

Der Vorsitzende: Ja, machen Sie mal.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Wir haben ja schon viel über kostenfreie Kitas diskutiert, und bisher gab es immer sehr viel wohlwollende Zustimmung, aber Ablehnung im Antrag. Jetzt geht es darum zu sagen: Können wir nicht mindestens mit einem Kita-Jahr anfangen? Andere machen es ja auch in Deutschland. Ich will jetzt gar nicht die anderen Länder in der EU aufzählen. Die Beträge, die die Stadt genannt hat, sind von der Größe her nicht die Welt, um mal so etwas zu tun. Und wenn das Land irgendwann sagt, ich übernehme die Kosten, wir machen das landesweit – prima, dann werden die Kosten übernommen. Aber lassen Sie uns doch einmal in einem Punkt nach vorne gehen – ein Jahr wenigstens beitragsfrei.

Der Vorsitzende: Auf Vorschlag des Antragstellers nehme ich den Antrag Nr. 94 mit dazu. Es sind beide Anträge aufgerufen.

Antrag Nr. 94 (S. 198): Kostenfreies drittes Kita-Jahr für jedes Kind (Die Linke)

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir müssen beide Anträge ablehnen.

Zunächst zum Antrag Nr. 93: wir haben ja in Karlsruhe einen außerordentlichen Trägermix und sind eigentlich stolz darauf, dass wir hier eine Vielfalt an Angeboten haben, wie sie in keiner anderen Stadt vorhanden ist. Und damit einhergehend ist eben der kommunale Anteil der städtischen Kitas entsprechend gering. Das ist aber in der Historie so gewachsen, und wir sehen jetzt keine Veranlassung, hieran etwas zu verändern, weil wir auch gerade nicht über einzelne Einrichtungen sprechen, wo wir Trägerschaften vergeben müssen. Wir haben ja auch immer eine entsprechende Nachfrage, wenn es um Neuausschreibungen geht. Insofern besteht aus unserer Sicht kein Bedarf. Sie haben natürlich recht, dass es nicht in Ordnung ist, dass wir unterschiedliche Zuschussungen bekommen, dass wir für die städtischen Einrichtungen vom Land mehr Zuschüsse bekommen als für die freien Träger. Aber ich denke, da ist Herr Bürgermeister Lenz in Gesprächen, und da muss man einfach nacharbeiten, dass diese Ungleichbehandlung abgebaut wird.

Zum kostenfreien Kindergartenjahr: Da müssen wir heute einfach sagen, aus Kostengründen - es wären an die 8 Mio. € - haben wir im Haushalt keine Möglichkeit, das unterzubringen und müssen den Antrag ablehnen.

Stadträtin Melchien (SPD): Zum Antrag Nr. 93: Die SPD-Fraktion steht zur Trägervielfalt. Wir sehen uns hier gut aufgestellt. Und wir sagen auch, wenn wir hier so gute Träger in Karlsruhe haben, dann müssen wir als Stadt nicht mehr tun in diesem Bereich. Wir sehen dadurch die Qualität auch gewährleistet – durch diese Vielfalt, und auch dadurch, dass die Eltern eine Auswahl haben, welches Angebot sie annehmen möchten. Wir lehnen den Antrag ab.

Zum Antrag Nr. 94: Das hätten wir natürlich sehr gerne. Das wollen wir aber vor allem vom Land finanziert wissen. Es sind sehr hohe laufende Ausgaben, ca. 8 Mio. In dem Haushalt ist es schwierig darstellbar, hier wollen wir auch in keinen Wettbewerb mit den anderen Kommunen in der Umgebung eintreten. Wir hoffen, dass sich perspektivisch das Land dem annimmt.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Zum Antrag Nr. 93: Wir Grünen stehen zum Subsidiaritätsprinzip. Gleichwohl sehen wir allerdings auch einen Bedarf bei den Familien für mehr Angebote aus kommunaler Hand, sehen das aber nicht im rechtlichen Rahmen.

Zum Antrag Nr. 94, dem kostenfreien dritten Kita-Jahr wird unsere Fraktion mit Nein und Enthaltungen stimmen, da wir einerseits das Ziel teilen, aber gleichzeitig die Finanzierung momentan nicht dargestellt sehen, zumal der Ausbau und auch die Qualitätssicherung für uns Vorrang haben.

Stadtrat Cramer (KULT): Dem Antrag Nr. 93 können wir nicht zustimmen.

Zum Antrag Nr. 94 möchte meine Fraktion einen Vorschlag machen. Ich denke, das ist eine Sache, die hier immer wieder diskutiert und immer mit der monetären Situation abgelehnt wurde. Wir möchten die Bürgermeisterbank bitten, den Fachdezernenten, das einmal in die Gremien mitzunehmen und den Antrag der Linken nicht unbedingt jetzt mit dem Hinweis auf die Kosten von 8 Mio. € abzulehnen, sondern den ersten pragmatischen Schritt zu gehen und das einmal politisch aufgreifen und zu schauen, dass wir etwas auf den Weg bringen.

Die grundsätzliche Zustimmung kommt ja von allen Seiten des Hauses. Wenn ich daran erinnere, dass der frühere langjährige Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Günther Rüssel mit seiner Fraktion auch schon einen Antrag auf einen kostenfreien Kindergarten gestellt hat, dann sollte es jetzt mal an der Zeit sein, dass wir ein Stück weit über unseren Schatten springen, ich selbst auch, da muss ich ehrlich sein. Wir sollten auf den Weg kommen, um in die Richtung vorzugehen, die die Linke jetzt schon so lange vorschlägt.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte an dieser Stelle das Gleiche sagen wie zum kostenlosen Mittagessen. Selbst, wenn das Geld da wäre, fände ich es nicht richtig, dass Leute, die Geld haben, hier kostenlos reinkönnen. Wir haben ein sehr gutes Fördersys-

tem, und ich stehe nach wie vor dazu, das ist das Richtige und Angemessene, und deswegen sollten wir das nicht ändern.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wie Stadtrat Cramer gesagt hat, sind wir ja im Prinzip alle der Meinung, dass wir das Ziel eines kostenfreien Kindergartens erreichen müssen. Denn natürlich ist es ein Widerspruch, wenn wir auf der einen Seite den Hochschulzugang und ein komplettes Studium kostenfrei finanzieren und auf der anderen Seite für die Bildungseinrichtung, die im Prinzip die wichtigste ist für die Chancengerechtigkeit und die Förderung unserer Kinder, Gebühren von den Eltern verlangen. Allerdings möchte ich doch zu bedenken geben, dass wir hier noch einen sehr großen Handlungsbedarf haben, die Kindertagesstätten qualitativ zu verbessern. Und wenn wir dieses tun, müssen wir noch sehr viel zusätzliches Geld in die Hand nehmen, und das ist die originäre Aufgabe der Kommunen. Wenn wir in Kostenfreiheit gehen wollen, wird uns das nur flächendeckend gelingen können, wenn wir Bund, Länder und Kommunen gemeinsam dazu gewinnen. Das heißt, wir können hier keinen Beschluss fassen und die Vollfinanzierung durchführen, aber den Bund, der auch eine Verantwortung hierfür trägt, wie übrigens auch bei der Hochschulfinanzierung, und auch das Land außen vor lassen. Deshalb sage ich, lasst uns hier in den nächsten zwei, drei Jahren erst mal auf kommunaler Ebene die Qualitätsfragen gut lösen und dann das Thema ernsthaft diskutieren, was können wir hier eigenständig machen, und wo müssen wir über den Städtetag klären, wo wir in Deutschland mit den Kindergartengebühren hin wollen.

Also keine isolierte Betrachtung hier – ich weiß, dass einige Kommunen, auch in Baden-Württemberg, vorgeprescht sind, die besondere finanzielle Möglichkeiten hatten –, aber ich möchte das jetzt nicht so machen. Wir tragen zwar das Thema zwischenzeitlich wie eine Monstranz vor uns her, aber auf der anderen Seite müssen wir mehr klären, bevor wir hier etwas beschließen können. Deshalb haben wir in unserer Fraktion heute eine gesplattene Abstimmung dazu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben eine sehr gute Kindergartenversorgung für sehr wenig Geld, wenn wir ehrlich sind. Durch die Zuschüsse, die in die Kindergärten fließen, müssen die Eltern nur einen sehr geringen Teil der tatsächlichen Kosten tragen. Dazu kommt, dass wir in Karlsruhe etwas haben, worum uns andere Kommunen beneiden, nämlich die Zweitkindregelung. Ab dem zweiten Kind ist der Kindergarten ja schon kostenfrei. Daran möchte ich erinnern. So gesehen fallen auch bei kinderreichen Familien nur die Kosten für das erste Kind an. Daher können wir stolz auf das sein, was wir bereits haben, und ich finde, wir sollten es so lassen, wie es jetzt ist.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Noch einen Satz. Die alleinerziehende Verkäuferin bezahlt genau den gleichen hohen Beitrag für eine Tageseinrichtung wie der Abteilungsleiter in ihrem Betrieb, und das ist wohl kaum gerecht. Das Zweite ist, Frau Kollegin Rastätter, Heilbronn hat sowohl die Qualität als auch die Beitragsfreiheit gleichzeitig gesichert. Das eine gegen das andere auszuspielen, ist nicht redlich, denn das verlangt keiner, wir wollen beides. Und andere Städte machen es uns vor.

Der Vorsitzende: Ich möchte an zwei Punkten das aufgreifen, was Frau Rastätter gesagt hat.

Das Eine: Es ist nicht so, dass wir nicht auch in Zukunft mehr an Finanzen in die Kindertagesstätten hineinstecken. Zu Stupferich kommen wir nachher noch. Auch in anderen Bereichen gibt es klare Forderungen nach Verbesserung der Qualität, und das wird uns auch weiter Geld kosten, und das nehmen wir auch gerne in die Hand. Von daher gibt es aber schon einen Prioritätenkonflikt an dieser Stelle, und der wird hier – so wie ich das sehe – zugunsten der Qualitätsverbesserung oder auch der Quantitätsverbesserung und nicht zugunsten des gebührenfreien Kindergartenjahres zu lösen sein.

Das Zweite ist: Es ist mit den Bildungseinrichtungen, die umsonst zur Verfügung gestellt werden sollten, vom Grundsatz her völlig richtig, nur solange die Kommune allein finanziell verantwortlich ist – im Wesentlichen für das Thema Kindertagesstätten –, können wir das so nicht leisten. Ich will es anders formulieren: Wären wir auch für die Finanzierung der Schulen oder der Hochschulen in vollem Maße zuständig, könnten wir sie auch nicht umsonst anbieten. An der Stelle gibt es einfach diese zwei Welten der unterschiedlichen finanziellen Zuständigkeiten, und da können wir uns nur das leisten, was wir uns leisten können.

Wir kommen zur Abarbeitung der Anträge. Wir haben zum einen den **Antrag** der Linken, die **Anhebung des kommunalen Anteils städtischer Kitas von 20 auf 30 %**. – Da gibt es 7 Enthaltungen und 2 Zustimmungen. Damit ist das **mehrheitlich abgelehnt**.

Wir kommen zum **kostenfreien dritten Kindertagesstättenjahr**. Da bitte ich auch um das Kartenzeichen. – Da habe ich 7 Enthaltungen und 2 Zustimmungen, der Rest ist auch **Ablehnung**.

Antrag Nr. 95 (S. 198): Benötigte Kita-Plätze in Stupferich (OR Stupferich)

Ortsvorsteher Gartner: Wir hatten gestern einen Vor-Ort-Termin. Aber ich möchte vorweg noch etwas anderes sagen.

Sie entnehmen aus der Stellungnahme, dass das Amt für Stadtentwicklung für Stupferich keinen Bedarf sieht. Da fällt mir eine Überschrift in den BNN vor einigen Jahren ein, die sich auf einen Bericht hier im Hause bezog: „Hinter den Bergen wohnen auch noch Menschen“. Etwas anderes kann ich aus den statistischen Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung nicht entnehmen, denn die Wirklichkeit ist die, dass ich eine Liste mit namentlich 39 Kindern auf dem Tisch liegen habe. Die wird sich sicherlich in den nächsten Jahren aufgrund der Neubaugebiete noch erhöhen. Davon kann unser katholischer Kindergarten maximal 10 – 15 Kinder aufnehmen – durch Fluktuation, im Moment ist er mehr als voll belegt –, sodass ein Delta von 20 – 30 Kindern für die nächsten Jahre bleibt. Damit wir in Stupferich mit den Neubaugebieten nicht das gleiche Debakel erleben wie die Kollegin in Hohenwettersbach und die Kinder dann in Container müssen, hätten wir gerne eine bessere Lösung vorgeschlagen.

Der Ortschaftsrat hat sich damit beschäftigt und über Räumlichkeiten Gedanken gemacht, die wir in relativ einfachem Umfang für eine solche Einrichtung herrichten könnten. Er hat vor einigen Wochen beim Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft (HGW) den Antrag gestellt, zu prüfen, ob es möglich wäre, in unserem Gemeindezentrum eine

Übergangslösung für ein paar Jahre zu installieren. Leider kam es zu keinen Kostenansätzen, weil HGW von der Sozial- und Jugendbehörde die Zahl 0 als Grundlage erhalten und daher keine Planungsgrundlage gesehen hat, was auch zu verstehen ist. Aber die Zahlen sind – wie gesagt – so drastisch differenziert, dass ich diese statistischen Zahlen nicht nachvollziehen kann. Tatsache ist – das kann ich jedem Gemeinderatsmitglied schwarz auf weiß zeigen –, dass mir eine entsprechende Namensliste vorliegt, und wenn ich sehe, wie viel Geld wir für Kinder ausgeben, dann bin der Meinung, dass wir eine vernünftige Lösung schaffen sollten. Wir brauchen auf jeden Fall Geld für irgendwelche Maßnahmen, ob wir die Kinder in den nächsten Jahren jetzt in Wohngruppen oder in sonstigen Einrichtungen betreuen wollen.

Unser Gespräch am gestrigen Montag mit den zuständigen Fachämtern hat ergeben, dass man letztendlich auf ein Votum des Gemeinderates wartet, der Geld bereit stellen soll, dann wären auch die Fachämter bereit, eine Planung aufzunehmen. In diesem Zuge kann dann immer noch festgestellt werden, ob die eine Variante besser wäre als die andere, dann kann man noch abwägen. Wir sind uns aber im Klaren darüber – das hatten auch die Fachämter gestern gesagt –, wir brauchen einfach noch Geld. Deshalb die große Bitte, lassen Sie uns nicht im Stich. Wir benötigen einen Haushaltsansatz. Die Definition stammt vom Ortschaftsrat selbst, da wir über die Fachämter im Vorfeld keine Zahlen ermittelt bekommen haben, aber das Thema ist so aktuell, dass wir es nicht verschieben können, weshalb hier und heute eine Entscheidung herbeigeführt werden muss.

Ich bedanke mich und hoffe auf ein entsprechend positives Votum.

Der Vorsitzende: Ich würde Ihnen Folgendes vorschlagen. Herr Gartner, ob die Leute auf dem Berg, hinter dem Berg oder vor dem Berg wohnen, ist statistisch erst einmal irrelevant, und die Zahlen, die da zugrunde gelegt worden sind, sind alle richtig. Wenn man sich in die einzelnen Ortsteile begibt, haben wir von den Grundstatistiken abweichende Entwicklungen, das hat in Stupferich sicher auch etwas damit zu tun, dass hier eine gewisse Anzahl von Kindern auch Kindertagesstätten besucht, die nicht in Stupferich wohnen. Aber darüber hinaus gibt es sicherlich einen etwas höheren Bedarf, als das abzusehen war. Meine Kenntnis vom gestrigen Termin ist, dass in dem Moment, wo wir feststellen, dass dieser Bedarf berechtigt ist, wir eine Lösung finden müssen, sofern sich dieser Bedarf nicht nur kurzfristig ergibt. Legen Sie uns bitte heute nicht darauf fest, was das kosten wird oder wie wir das dann lösen, aber es ist ein Ergebnis des gestrigen Termins, dass das gelöst werden muss. Ob das Gemeindehaus dafür geeignet ist oder man nicht doch mit anderen Methoden vorübergehend eine Lösung schaffen kann, das müssen wir sehen. Aber ich kann Ihnen hier die Zusage geben, dass wir dran arbeiten. Da muss dann natürlich auch der Gemeinderat noch zustimmen, aber das ist das Versprechen, das wir gegeben haben. Das hat sich gestern aus Ihrer Sicht bestätigt, und dann sollten wir an der Stelle auch tätig werden.

Wir finden dann auch Mittel und Wege, und da kommt der Gemeinderat dann noch in die Situation, das mit zu beraten und abzustimmen. Insofern lautet mein Vorschlag, heute nichts einzustellen. Die Aufgabe ist klar, und wir müssen schauen, dass wir zügig zu einer Lösung kommen.

Wäre das für Sie okay? – Das sehen Sie auch so, dann hätten wir das damit **erledigt**.

Antrag Nr. 96 (S. 198, 206): Änderung Förderrichtlinie Kindertagesstätten mit integrativen Gruppen (KULT, Die Linke)

Stadtrat Lancier (KULT): Die Angelegenheit ist eine Herzensangelegenheit meines Kollegen Max Braun. Da er selbst die Sache nicht vortragen kann, hat er mir seine Argumentation weitergegeben. Die trage ich nun vor.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben in Ihrer Rede zum Doppelhaushalt Inklusion als eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre genannt, auch unter dem finanziellen Aspekt. Gleichberechtigte Teilhabe am Alltag gilt auch für Kinder mit Behinderungen, die in eine Regel-Kita aufgenommen werden. Der Betreuungsaufwand ist für diese Kinder deutlich höher. Ein Kind, das sich häufig verschluckt und erbricht, braucht sofort eine Betreuungsperson in der Nähe, die ein mögliches Ersticken verhindert. Ein Kind, das beispielsweise durch plötzliche Krämpfe unkoordiniert um sich schlägt, braucht eine Person, die die anderen Kinder in diesem Moment vor ihm schützt. Die aktuellen Sätze für die begleitende Hilfe – meistens eine FSJ-Kraft – decken jedoch nicht die Kosten ab. Die Kitas bleiben auf einem Restbetrag sitzen, den sie aus eigener Kraft stemmen müssen. Inklusion scheitert somit meist nicht an den Beteiligten, den Erzieherinnen und Erziehern, den Eltern und den Kindern, sondern am Geld. Die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sollte uns zumindest FSJ-Stellen wert sein.

Die KULT-Fraktion hat positiv zur Kenntnis genommen, dass Ziffer 3 – eine 0,1-Fachkraft-Stelle – umgesetzt wird. Zu Ziffer 1 schreibt die Verwaltung, dass eine regelmäßige Anpassung der Tarifierhöhung prüfenswert sei. Wir aber sagen, sie ist dringend notwendig.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich mache es kurz. Es ist ja schon gesagt worden, ein Teil des Antrages wurde bereits umgesetzt – mit der zusätzlichen 0,1-Mehrpersonalstelle –, und ein großer Bereich ist bereits in den internen Gremien, beispielsweise im Arbeitsausschuss Jugendhilfe. Wir meinen, dass wir doch die Beratungen im Ausschuss abwarten sollten. Dann könnten wir es mit der nächsten Richtlinienanpassung im Gemeinderat umsetzen.

Insofern sieht meine Fraktion für heute keinen Bedarf, weiter darüber abzustimmen.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich kann direkt anschließen.

Natürlich stimmen wir mit KULT überein, dass wir bei der Inklusion noch am Anfang stehen, dass wir uns hier noch in zahlreichen Sitzungen damit beschäftigen müssen, natürlich auch die Förderrichtlinien anpassen sollten. Allerdings ist das unsere laufende Arbeit. Anfang 2015 gab es bereits eine Änderung. Wir werden bald im Arbeitsausschuss Jugendhilfe und im Jugendhilfeausschuss wieder eine Änderung diesbezüglich diskutieren. Es gibt auch noch andere Punkte, die wir im letzten Jahr schon im Rahmen dieser Förderrichtlinien, die überarbeitet werden müssen, angesprochen haben. Das können wir dann im Fachausschuss gemeinsam angehen und im laufenden Jahr auch ändern.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Das Anliegen ist berechtigt, und wir begrüßen auch, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, zugesagt haben, dass es in den Arbeitsausschuss des Jugendhilfeausschusses kommt, um dort umfassender diskutiert werden zu können.

Wir werden trotzdem heute dem Grundsatz, dass wir hier entsprechende Anhebungen durchführen müssen, zustimmen. Ich habe ausgerechnet, bei der derzeitigen Kinderzahl, die im Augenblick betroffen ist, wären das Anhebungen um rund 320.00 bis 330.000 €. Das heißt, hier ist schon eine Diskussion notwendig, in welcher Form wir das umsetzen.

Aber grundsätzlich ist es so: Wenn wir dazu stehen, dass unsere Kindertagesstätten inklusiv arbeiten können und die pädagogischen Hilfen kostendeckend bezahlt werden, haben wir einen Handlungsbedarf. Deshalb stimmen wir im Grundsatz zu und werden dann im Arbeitsausschuss klären, was konkret möglich ist.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich denke auch, dass wir das im Ausschuss diskutieren sollten. Auch wenn es nicht populär ist, das hier zu sagen: Inklusion ist ein gefährliches Wort. Man kann nicht immer alle für eine Totalinklusion fähig machen. Das muss einmal gesagt werden.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen.

Ich empfehle auch, das im Ausschuss fachlich zu beraten. Sollten sich dann Erhöhungen von Pauschalen ergeben, müssen die durch den Haushalt erhöht zur Verfügung gestellt werden. Das ist genauso wie bei Pflegesatzverhandlungen. Von daher muss es nicht heute in diesem Umfang bestimmt werden.

Wenn wir es jetzt zur Abstimmung stellen und bekommen keine Mehrheit dafür, verbieten Sie uns im Grunde dadurch, mit Ihnen darüber zu reden. Das wäre dann für die Sache ungünstig, Insofern fände ich es gut – Sie haben ja alle eine grundsätzliche Bereitschaft erkennen lassen, dass das eine sinnvolle Sache ist –, dass wir es jetzt im Fachausschuss diskutieren. Es spricht einiges dafür, sich an Tarifsteigerungen anzupassen oder was es sonst noch an Vorschlägen gibt, die ich jetzt im Detail nicht alle aufführen will. Machen Sie das auf der Fachebene und bringen Sie es dann noch einmal in den Gemeinderat. Ich glaube, das ist sinnvoller.

Die dritte Forderung hat sich eh schon erledigt, weil wir mit dieser 0,1-Fachkraft-Stelle sowieso schon eingestiegen sind.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich muss mal kurz für die Linken sprechen, denn die haben nur noch ca. 1 Minute Spielraum.

Sie verweisen hier Anträge in den Jugendhilfeausschuss, aber dann erwarte ich für die Linken, dass dieser Kindergartenantrag dann auch verwiesen wird, ohne einen Antrag stellen zu müssen.

Der Vorsitzende: Ich habe nichts verwiesen. Ich habe gesagt, es gibt das Angebot, in dieser Arbeitsgruppe über die Anpassung zu reden. Es steht sowieso auf der Tagesordnung. Wir müssen sowieso die Pauschalen thematisieren. Da gehört es inhaltlich hin. Ich habe den Antrag nicht verwiesen. Es kommt in die Arbeitsgruppe, weil es dort sowieso auf der Tagesordnung steht. Wir müssen diese Pauschalen regelmäßig miteinander besprechen.

Das wäre mein Vorschlag, das so zu machen. – Okay, dann sind Sie **damit so einverstanden**.

Antrag Nr. 97 (S. 202): Verein für Jugendhilfe e. V. – Zuschuss BIZUKI (Die Linke)

Antrag Nr. 98 (S. 202): Verein für Jugendhilfe e. V. – Erhöhung Zuschuss Elterncafé Nebenius-Grundschule (Die Linke)

Frau Stadträtin Fischer hat sich als befangen erklärt.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Bevor ich etwas sage, müsste ich wissen, wie viele Minuten wir noch haben. Herr Borner hat mich jetzt gerade erschreckt. Wenn wir nur noch drei Minuten haben - -

Der Vorsitzende: Sie haben noch 14 Minuten. Es reicht also noch für die Begründung dieser beiden Anträge.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Sie sehen diese beiden doch sehr kleinen Summen. Trotzdem steckt darin ein ganz wichtiges Thema, und zwar die Kostensteigerung. Wir haben gesagt, jeweils um 5,4 % werden erhöhte Zuschüsse benötigt. Da drin stecken eben diese Kostensteigerungen, u. a. durch tarifliche Bezahlung. Und wenn wir den Einrichtungen diese Erhöhung gewähren, dann heißt das auch, dass wir hier für die Beschäftigten im Erziehungs- und Gesundheitswesen eine Anerkennung aussprechen und sagen, ja, diese Tarifierhöhungen müssen sein, und die Anpassung der Zuschüsse muss auch sein. Deswegen sind wir nicht nur beim Antrag Nr. 97, sondern auch beim Antrag Nr. 98 der Meinung, dass solche Summen, selbst wenn sie klein sind, eine ganz wichtige Anerkennung dieser Beschäftigten sind.

Abgesehen davon hat uns die Antwort der Verwaltung auch gezeigt, dass generell bei diesen Einrichtungen die Zuschüsse so nicht mehr ausreichen. Der Bedarf ist unstrittig, der Förderbedarf ist sehr hoch. Wir werden weiter darüber zu sprechen haben. Aber diese kleinen Summen zeigen, dass wir zur Kenntnis nehmen, dass sehr gute Arbeit geleistet wird, die auch gut bezahlt werden muss.

Stadträtin Mußnug (CDU): Gerade mit BIZUKI wird ein wichtiger Beitrag geleistet, die Deutschkenntnisse von Kindern auszubauen bzw. zu stärken. Das ist für das gesamte Leben, für den beruflichen und den privaten Werdegang, elementar. Wir sind auch über die angestoßene Kooperation erfreut, wir befürworten sie sehr. Wir sind aber in der CDU-Fraktion bei diesem Haushalt grundsätzlich der Auffassung, dass wir Bestehendes erhalten und sichern wollen und Erhöhungen nur in Ausnahmefällen mitgehen wollen.

Insbesondere weil hier dieser enge Kontakt des Büros für Integration mit dem Projektträgern besteht und ein ständiger Austausch gewährleistet ist, würden wir mit der Verwaltung gehen und die Erhöhung ablehnen, ebenso beim Antrag Nr. 98 unter dem Motto „Bestehendes erhalten und sichern, aber keine Erhöhung“.

Stadträtin Melchien (SPD): In diesem Fall und auch bei weiteren Anträgen der Linken, die die Abdeckung der Erhöhung von Personalkosten fordern, werden wir im Einzelnen nicht zustimmen, weil wir einen globalen Antrag gestellt haben. Darüber werden wir noch später beraten, unter den Anträgen Nr. 116 bis 118. Da fordern wir genau diese Erhöhung der Personalkostensteigerung bei der Liga und den Verbänden. Auch andere fordern das. Weil das dann mit abgedeckt ist, werden wir diesen Einzelanträgen nicht folgen.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Ich möchte kurz für die Grünen erläutern, dass wir vorerst diesen pauschalen Erhöhungen aufgrund der Tarifierpassungen nicht zustimmen möchten, weil wir noch genauer über die Projektfördermittel in diesem Bereich reden wollen. Genauer wird bei dem umfassenderen Antrag der Liga der Freien Wohlfahrtspflege mein Kollege Alexander Geiger ausführen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen.

Dann bitte ich um das Kartenzeichen für den **Antrag Nr. 97**. – Ich sehe 6 Ja-Stimmen. Damit ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Antrag Nr. 98**. – Das stellt sich ähnlich dar: 6 dafür, der Rest dagegen. Damit ist auch dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 99 (S. 202): Elterncafés – AWO Müttertreff Pestalozzischule (CDU)
Antrag Nr. 100 (S. 202): Elterncafés – Türkischer Elternverein Elterncafé Tullaschule (CDU)

Hier sind wohl Kürzungen für diese Einrichtungen vorgesehen, wenn ich es richtig sehe.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Wir nehmen uns das zu Herzen, indem wir an den Haushalt denken, und möchten hier begründen, von einer Ausweitung dieser beiden Elterncafés Abstand zu nehmen. Ich kann mich nur meiner Kollegin von vorhin anschließen: Bestehendes erhalten, aber eine Erhöhung ablehnen.

Stadtrat Zeh (SPD): Liebe Kollegin Wiedemann, aber so ist es natürlich nicht. Das Elterncafé in der Pestalozzischule besteht schon seit 2009, das in der Tullaschule ist zwar neu, aber das soll natürlich den Bereich im Osten der Stadt abdecken. Es ist eine bewährte Arbeit, dass Eltern Eltern informieren. Die Leiterinnen bilden sich auch weiter, um die Eltern entsprechend zu informieren. Es erreicht gerade die Leute, die schon schwierig über Elternabende zu erreichen sind. Deshalb lehnen wir Ihren Streichungsantrag ab und halten ihn für unpassend.

Stadtrat Cramer (KULT): Das wäre schon ein dickes Ding, wenn wir jetzt das Totenglöckchen für die Elterncafés läuten würden. Ich möchte daran erinnern, dass der Mig-

rationsbeirat in den letzten Jahren die Arbeit der Elterncafés absolut positiv gesehen und mitgetragen hat. Wir waren auch immer wieder vor Ort und haben uns die Dinge angeschaut. Es war immer einhellige Meinung, dass das eine gute Sache ist, die so weitergeführt werden muss. Ich war ehrlich gesagt überrascht, dass jetzt von der neuen CDU-Fraktion so ein Antrag hier eingebracht wurde. Den hätte ich von der neuen CDU-Fraktion so nicht erwartet.

Stadtrat Høyem (FDP): Herr Kollege Cramer hat nicht gewusst, dass er auch für uns gesprochen hat, aber das hat er.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte nur eine Frage dazu stellen.

Das eine ist ein türkisches Elterncafé. Wir haben aber nicht nur türkische Kinder dort, sondern eine internationale Besetzung. Wird man dem gerecht bzw. könnte man das ausweiten? Nur als Frage.

Der Vorsitzende: Es wird dem gerecht und kann ausgeweitet werden.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Ich glaube, ich habe mich ein bisschen verkehrt ausgedrückt. Wir sind nicht für eine Kürzung oder Streichung, sondern wir wollen keine Erhöhung.

Der Vorsitzende: In Anbetracht eines erhöhten Zuschussvorschlags ist es dann wieder eine Kürzung. Aber darüber kann man diskutieren, zu welchem Zeitpunkt wir die Betrachtung machen.

Das sind alle Wortmeldungen gewesen. Damit können wir abstimmen.

Kann ich **beide Anträge** zusammen aufrufen? – Sie widersprechen nicht. – Die ganze linke Seite lehnt ab. Wir sind auf alle Fälle **eine Mehrheit, die das ablehnt**. Sie sind einverstanden, dass das für beide Anträge gemeinsam gilt.

Antrag Nr. 101 (S. 202): Internationaler Bund, Erhöhung Zuschuss (GRÜNE, Die Linke)

Antrag Nr. 102 (S. 202): Internationaler Bund, Erhöhung Zuschuss (KULT)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Die Anträge vom Internationalen Bund, die allen Fraktionen zugegangen sind, zur Ausweitung des Angebotes im Bereich der Bildungsberatung für Schüler mit Migrationshintergrund, der Hausaufgabenbetreuung von Grundschulen, die Vorbereitungsklassen haben, und für Quereinsteiger mit Migrationshintergrund ins Bildungssystem haben uns von der Antragskonzeption überzeugt. Das sind ja auch Bestandsprojekte, die aber einem erhöhten Bedarf gegenüberstehen, und dementsprechend haben wir uns auch dafür entschieden, die vollen Summen, die von dem freien Träger beantragt wurden, zu unterstützen, nachdem wir das – soweit es in unserer Macht stand – gegengeprüft haben.

Bei einem Projekt fällt die Förderung auf europäischer Ebene weg. Das ist ein Problem, mit dem wir uns einmal grundsätzlich auseinandersetzen müssen, aber das Angebot hat

uns so überzeugt, dass wir sagen, in diesem einen Fall möchten wir das auf jeden Fall fortsetzen und eher dafür stimmen, dass wir das Delta ausgleichen. Wir haben im Bereich der Vorbereitungsklassen eine deutliche Ausweitung erfahren, worüber wir sehr froh sind. Aber das bedeutet natürlich auch, dass es einen erhöhten Förderbedarf gibt. Auch bei dem Thema Quereinsteiger ins Bildungssystem finden wir das, was konzeptionell vom Internationalen Bund angeboten wird, sehr gut. Es ist ein Beitrag zur Willkommenskultur, der wir uns hier in Karlsruhe sehr stark verschrieben haben, und deshalb bitte ich Sie um Zustimmung.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Sowohl Bildungsberatung für Schüler mit Migrationshintergrund und deren Eltern, die Hausaufgabenbetreuung an Grundschulen, die bereits an 18 Schulen in Karlsruhe gut angenommen wird, an den Brennpunktschulen, als auch das Projekt für Quereinsteiger, also die Einbeziehung jugendlicher Zuwanderer in das Bildungssystem sind wichtige Aufgaben. Denn gute Deutschkenntnisse sind immanent für eine gute Schulbildung, für eine entsprechende Berufsausbildung, für Teilhabe am Berufsleben und am gesellschaftlichen Leben. Die Projekte des Internationalen Bundes sind nicht nur bildungs- und integrationspolitisch wichtig, sondern verdienen auch entsprechende Wertschätzung.

Wir sehen aber auch den Hinweis der Verwaltung in ihrer Stellungnahme auf die Haushaltslage und auf das Problem, dass auf Dauer entsprechende Erhöhungen künftig bei der derzeitigen Finanzsituation nicht gesichert werden können. Uns ist es wichtig, die bisherige Projektarbeit, zu der wir inhaltlich voll stehen, weiter zu erhalten – und da sind ja auch entsprechende, nicht unerhebliche Beträge eingeplant – und auf Möglichkeiten der Projektträger zu verweisen sowie Kooperationen, beispielsweise mit AFB, oder Finanzierungsmöglichkeiten über das Land, das ja schließlich auch Schule und Bildung in seiner Zuständigkeit vereint, zu berücksichtigen. Deswegen lehnen wir die Erhöhungen ab.

Stadträtin Uysal (SPD): Eine intensive, individuelle Bildungsberatung, Lernförderung, Sprachförderung und gezielte Elternarbeit sind wichtige Punkte in der Bildungsaufgabe, um eine gesunde Integrations-, aber auch Bildungspolitik zu betreiben – auch hier vor Ort in Karlsruhe. Im Hinblick auf die steigenden Schülerzahlen sehen wir es auch als notwendig an, die Bezuschussung zu erhöhen, um den Bedarf abzudecken und ihm gerecht zu werden. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Kollegen von KULT, die eine moderate Erhöhung vorschlagen.

Stadtrat Wenzel (FW): Integration wird eine der Hauptaufgaben der nächsten Jahrzehnte für uns sein. Genau diese Scharniere zum Übergang von den Schulen ins Berufsleben bietet der Internationale Bund mit einer großen Palette von Angeboten, und wir werden hier bei den Anträgen mitgehen.

Wir werden zwar im Blick auf den Haushalt zukünftig vorsichtig sein, aber ich denke, hier zu sparen, wäre an der falschen Stelle gespart.

Der Vorsitzende: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir von unserer Seite keine Einsparungen vorgeschlagen haben, sondern Sie möchten die Zuschüsse erhöhen.

Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Ich schlage Ihnen vor, dass wir uns an unserer Stellungnahme entlang hangeln, weil da für die verschiedenen Projekte die jeweiligen Zuschusswünsche von Ihnen dargestellt sind; sonst kommen wir bei diesen Sammelanträgen durcheinander.

Zur **Bildungsberatung für Schüler mit Migrationshintergrund** und deren Eltern sind vom Verwaltungsentwurf eingeplant 85.000 €. Dazu gibt es drei Vorschläge auf Erhöhung: von den Grünen, von der KULT und von den Linken. Ich stelle diese drei Anträge von der Höhe absteigend zur Abstimmung:

Zunächst also die von den Grünen beantragte **Erhöhung mit 25.728 €**, jeweils für beide Jahre gedacht. – Bei 16 Zustimmungen **mehrheitlich abgelehnt**. Damit ist auch der **Antrag der Linken erledigt**.

Von der **KULT-Gemeinderatsfraktion eingeforderte Erhöhung um 13.000 €**. – Da ist eine **deutliche Mehrheit dafür** – bei 19 Gegenstimmen beschlossen.

Wir kommen zum Thema **Gruppenleitung Hausaufgabenbetreuung an Grundschulen**. Der Verwaltungshaushalt hat 33.590 € eingeplant. Es gibt Vorschläge von **Grünen und Linken um 9.980 €** und von KULT um 5.000 €. Wir fangen mit dem höheren Betrag an. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 16 Ja-Stimmen ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **KULT-Antrag mit 5.000 €**. – Das ist die Mehrheit, der Antrag also **angenommen**.

Wir kommen zum Thema **Quereinsteiger ins Bildungssystem**, von der Verwaltung eingeplant 75.000 €. Hierzu gibt es nur einen **Antrag der Grünen und der Linken** auf Erhöhung um jeweils 21.372 €. Da bitte ich auch um das Kartenzeichen. – Das **reicht nicht aus**, um diesem Antrag zu einer Mehrheit zu verhelfen.

Jetzt habe ich von meiner Auflistung her keinen Vorschlag von KULT. – Das ist so in Ordnung. Damit hätten wir diese Antragspalette abgearbeitet.

Antrag Nr. 103 (S. 202): Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. – Erhöhung Zuschuss (CDU, SPD)

Antrag Nr. 104 (S. 202): Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. – Verstetigung Zuschuss Märchenprojekt an der Gutenberg- und Weinbrennerschule (SPD)

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Ich spreche zunächst zum Antrag Nr. 103.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland macht über viele Jahre bereits eine hervorragende integrative Arbeit hier in Karlsruhe und hat das Haus in der Weststadt, wo vieles zusammenläuft, wo viele gute Arbeit geleistet wird. Deswegen – so denken wir – muss man hier nach dieser Zeit, um die Arbeit zu sichern, diese Erhöhung vornehmen.

Zum nächsten Antrag sind wir der Meinung – so wurde es uns gesagt –, dass der erledigt ist, weil das im Fördertopf Projektförderung Kinder- und Jugendtheater enthalten ist.

Der Vorsitzende: Das Letztere können wir so nicht nachvollziehen.

Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Doch! Wir haben das im Dezernat 4 im Vorfeld geprüft. Es wurde in der Vergangenheit aus dem Topf Kultur- und Jugendförderung finanziert. Da war der Vorschlag, das auch in Zukunft zu machen. Dazu gibt es einen Sammelansatz.

Der Vorsitzende: Wir schlagen also als Gegenmodell vor, dass es eben nicht als eigener Zuschuss verstetigt wird, sondern weiter aus diesem Topf genommen wird. Dazu müssten wir von Ihnen wissen, ob Sie den Antrag trotzdem aufrechterhalten.

Stadträtin Melchien (SPD): Wenn es die Möglichkeit gibt, das auch weiterhin aus diesem Topf zu finanzieren, ist das voll in unserem Sinne. Uns ging es darum, dass das schöne Projekt Puppenmärchen auch 2015 und 2016 weiterlaufen kann. Aus unserer Sicht war nicht gewährleistet, dass das finanziell gesichert ist. Wenn es jetzt tatsächlich gewährleistet ist, dass es aus diesem Topf finanziert werden kann, sind wir darüber glücklich. Natürlich kann der Fachausschuss noch das letzte Wort dazu haben. Wir wollten einfach, dass eine Finanzierung weiterhin möglich ist, nachdem jetzt aus verschiedenen Fördertöpfen immer wieder hin- und herjongliert wurde, wie die Finanzierung sichergestellt werden kann.

Im Übrigen kann ich mich voll den Worten meines Vorredners anschließen.

Der Vorsitzende: Ich höre jetzt von allen Seiten, es ist gesichert.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Könnten Sie kurz erläutern, um welchen Topf es sich handelt?

Der Vorsitzende: Ja, wir kommen gleich darauf zurück.

Jetzt kommen wir erst einmal zum **Antrag Nr. 103**, da geht es um die Erhöhung des Zuschusses mit zweimal 4.000 €. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 12 Gegenstimmen und 1 Enthaltung haben Sie **mehrheitlich zugestimmt**.

Jetzt geht es um den **Zuschuss für das Märchenprojekt**. Da ist wohl der Vorschlag der Verwaltung – auch wenn es hier nicht so genau steht –, dass es weiter aus Projektmitteln finanziert wird.

Auf Seite 170 – aus den 76.250 € des Kulturamtes – sollen dann diese 9.000 € jeweils entnommen werden, so wie es in den letzten Jahren auch schon erfolgt ist. – Dann können wir es damit **als erledigt betrachten**.

Antrag Nr. 105 (S. 202). Beschulung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen (CDU, SPD, GRÜNE, KULT, FDP)

- Hat sich **erledigt**, das ist gut.

Antrag Nr. 106 (S. 202): Stellenschaffung Büro für Integration + 50-Prozent-Stelle (GRÜNE)

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Die Integration von Zugewanderten ist eine der großen Zukunftsaufgaben. Der Integrationsplan der Stadt liegt schon eine ganze Weile vor, und es ist uns wichtig, dass wir hier deutlich vorankommen. Die Verwaltung prüft derzeit, ob aus organisatorischer Sicht ein Personalmehrbedarf vorliegt. Wir nehmen es aber so wahr, dass aufgrund des knappen Personals im Integrationsbüro viel Arbeit aufgelaufen ist. Zumindest wurde uns immer zurückgemeldet, man komme nicht voran mit dem Integrationsplan, vor allem, als in den letzten Monaten zu viele Aufgaben in Bezug auf die Flüchtlinge auf das Büro zukamen, und diese bestehen ja auch weiter fort, so dass wir es so sehen, dass auf jeden Fall eine Stelle benötigt wird.

Die strategische Planung und das zielgerichtete Angehen von so wichtigen Aufgaben wie die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, bedarfsgerechte Weiterbildungsplanung für Migrantinnen und Migranten und eben auch die Darstellung des gesamten Angebots auf Homepage und in Broschüren wird mit dem vorhandenen Personal nicht zu stemmen sein. Wir sollen uns der Zukunftsaufgabe Integration stellen, und dafür wird nun mal auch Personal benötigt.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Das Büro für Integration nimmt vielfältige Aufgaben wahr und steht vor entsprechenden Herausforderungen mit wachsender Zuwanderung, hat aber auch bereits darauf reagiert, indem Fälle der Umschichtung, Neubesetzung von unbesetzten Stellenteilen etc. begonnen wurde, d. h. , es ist auf einem richtigen Weg. Die Stellungnahme der Verwaltung ist hier auch schlüssig, sodass man dem Ergebnis dieses Verfahrens, das bereits begonnen wurde, nicht vorgreifen sollte. Daher lehnen wir den Antrag ab.

Stadtrat Zeh (SPD): Frau Dr. Leidig hat ausgeführt, was alles an Aufgaben im Moment vorhanden ist und hinzukommt. Wenn ich jetzt die Haushaltsberatung schon einmal einen Schritt weitergehe und die Anträge 110 bis 115 anschau und dann noch ein Flüchtlingstopf geschaffen wird, der dann auch vom Büro für Integration verwaltet werden soll, dann ist natürlich noch weitere Arbeit zu sehen.

Ich bin natürlich auch über die Antwort der Verwaltung gestolpert, dass es hier unbesetzte Stellenanteile gibt. Es war etwas schwierig zu beurteilen, ob es noch eine halbe Stelle gibt oder nicht. Aber es gibt natürlich auch die organisatorische Betrachtung über einen Personalmehrbedarf. Wie gesagt, ich sehe auch noch den Flüchtlingstopf auf uns zukommen. Herr Oberbürgermeister, darf ich davon ausgehen, dass dann, wenn tatsächlich ein Mehrbedarf vorhanden ist, diese zusätzliche halbe Stelle aus dem besagten Stellenpool, den Sie über die Veränderungsliste geschaffen haben, es auch das Büro für Integration adäquate Stellen gibt und somit über diese Zusage der Antrag der Grünen

erledigt wäre? Oder müssen wir hier dem Antrag der Grünen zustimmen? In diesem Sinne erwarte ich Ihre Antwort.

Die eigentliche Stellenbesetzung im Büro für Integration sehen wir natürlich durchaus als notwendig an.

Der Vorsitzende: Was Sie müssen – je nachdem, was ich sage –, ist immer noch Ihre Entscheidung.

Wir können das gerne aus diesem Stellenpool nehmen, aber der Stellenpool ist natürlich auch irgendwann endlich. Wenn wir jetzt bei jeder Gelegenheit sagen, wir nehmen es aus dem Stellenpool, weiß ich am Ende nicht, ob wir daraus alles besetzt kriegen, worauf wir uns im Laufe des Jahres noch einigen. Ich würde dennoch gerne diesen Weg gehen, weil es aus meiner Sicht sinnvoll ist, wenn wir diese Organisationsuntersuchung abschließen, diese Anteile dann noch einmal zusammenzubasteln und zu schauen, was wir hier tun können. Und wenn dann in der Tat noch ein Überhang da ist, der aber vermutlich unterschiedlich bewertet werden könnte, dann sollten Sie auf alle Fälle im Personalausschuss dazu einen Bericht bekommen. Vielleicht können wir uns so einigen: Sie bekommen in absehbarer Zeit im Personalausschuss einen Bericht über unsere Ergebnisse, und dann entscheiden Sie mit der Möglichkeit des Zugriffs auf diesen Pool, ob Sie weiter diese halbe Stellen wünschen oder nicht.

Ich glaube, das ist im Moment das Sinnvollste. **Dann hätten wir das vom Verfahren her beschrieben und geklärt.**

Antrag Nr. 107 (S. 202): Interkulturelles Zentrum IBZ - Zuschuss Adlerstraße (SPD)

Jetzt muss ich gucken, was da falsch bezeichnet ist. Vielleicht können die Antragsteller mir da auf die Sprünge helfen.

Stadtrat Zeh (SPD): Wenn Sie einfach mal den Original-Antrag von der SPD-Fraktion lesen könnten. Da steht in der vorletzten Zeile drin: Erhöhung des Haushaltsansatzes Karlsruher Integrationsplan um 28.000 Euro. Der eigentliche Integrationsplan hat derzeit 150.000 Euro, dementsprechend erhöht, weil hier auch Projekte entwickelt werden. Der Integrationsplan ist im Moment schon ausgeschöpft. Das IBZ versucht mit verschiedenen anderen Kontakte zu knüpfen und im Bereich 50 plus, also im Bereich der älteren Migranten, Fuß zu fassen. Wir bitten den Integrationstopf zu erhöhen, dies dann im Migrationsbeirat weiter zu diskutieren und hoffentlich, ein vernünftiges Konzept vom IBZ vorgelegt zu bekommen, damit man dieses Element aus dem Topf dann auch weitermachen kann. In diesem Sinne bitten wir um die Erhöhung des Topfes.

Der Vorsitzende: Es geht um eine Erhöhung dieses Integrationsplantopfes. So habe ich es jetzt verstanden.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Nun überrascht natürlich, dass hier die Stellungnahme der Verwaltung eine etwas andere Antwort ist als auf den Antrag, der tatsächlich gestellt wurde und ganz anders aufzufassen ist. Die Umsetzung des Karlsruher Integrati-

onsplans ist auch uns ein sehr wichtiges Anliegen. Wir stehen auch zum Integrationsplan und einer konsequenten Bereitstellung von Möglichkeiten, gerade um eben die Vereine, die Migrantenverbände, auch in ihrem Werken und Wirken zu unterstützen. Ob jetzt die Erhöhung dieses vorhandenen Budgets angezeigt ist, bei der jetzigen Situation ohne nähere Prüfung, ohne Vorliegen von Konzepten, ohne tatsächliche Bedarfsermittlung, sehe ich kritisch. Daher lehnen wir dies als Fraktion derzeit ab.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Mit der Aussage von Herrn Zeh, dass es sich tatsächlich um ein nichtgebundenes Mittel für den Integrationsplan handelt, würden wir dem Antrag gerne zustimmen. Hier steht auch, die SPD-Fraktion beantragt deshalb, und vorher wird im Antrag ausgeführt mit Adlerstraße und so. Wenn Sie sich von diesem „deshalb“ trennen und klar ist, es wird im Ausschuss ganz frei diskutiert, wo die Gelder hinfließen, dann sind wir da gerne dabei.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Dann können wir in die Abstimmung gehen. Es geht um die Erhöhung des Ansatzes des Integrationsplans. Die SPD hat ein paar Projekte im Kopf, aber das entscheiden Sie am Ende im entsprechenden Fachausschuss. - Wir haben eine Mehrheit, die das ablehnt. Die ganze rechte Seite, links kommen noch einmal zwei dazu, und ich auch, rechts fehlen eine ganze Menge. - Da müssen wir doch durchzählen. Das müssen wir einsammeln.

(Die Stimmkarten werden eingesammelt und auf der Bürgermeisterbank ausgezählt.)

Ich kann vielleicht die Pause des Einsammelns nutzen, um über die Redezeiten kurz Bericht zu erstatten. Nach der Hälfte der Anträge, es ist jetzt nicht der aktuelle Stand, sondern der Stand vor ein paar Minuten bei der Ordnungszimmer 100, haben Sie alle noch über 60 Prozent Redezeit, außer der CDU, die liegt bei 55 % und den Linken, die liegen bei 46 %. Von daher haben Sie noch ausreichend Möglichkeiten.

- Es sind 20 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen. Damit ist es **abgelehnt**.

Antrag Nr. 108 (S. 202): IBZ - Streichung Zuschusserhöhung (CDU)

Stadtrat Döring (CDU): Zuerst möchte ich darauf hinweisen, dass in der Stellungnahme der Verwaltung das Abstimmungsergebnis im Migrationsbeirat etwas mangelhaft dargestellt ist. Es gab natürlich keine Gegenstimmen, aber die CDU hat sich sehr wohl enthalten, aus dem einfachen Grund, wir sehen es nicht ganz ein, dass ein freier Träger sich mehr und mehr Arbeit aufhals und wir letztendlich das Personal bezahlen sollen. Auch dem IBZ ist kein grenzenloses Wachstum gesetzt. Wenn das natürlich in dem Bereich wäre, den wir befürworten können, wäre das kein Problem. Es geht hier allein um hochdotierte Leitungsstellen. Da sage ich ganz ehrlich, wenn wir eine Stelle in der Leitung dementsprechend notieren, muss auch die Leistung so erbracht werden. Wenn, dann geben wir das Geld, wie wir es vorhin dargestellt haben, gern für die Kernarbeit, für die Kernziele aus, und das ist die Integration. Dafür geben wir gerne Geld. Wir müssen es auch einmal so sehen, die Sparsamkeit ist auch eine deutsche Tugend, die gerne vermittelt werden kann. Wenn wir hier Geld ausgeben wollen, sage ich ganz ehrlich,

dann möchten wir eher die vielfältigen und zahlreichen Vereine unterstützen, die im IBZ tätig sind und nicht weiter den Wasserkopf stärken.

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Stadtrat Döring, dem muss ich natürlich widersprechen. Das IBZ ist gegründet worden als Träger für das Gebäude, das dort an der Haltestelle Yorckstraße steht, um die Vereine zu unterstützen und die Haushaltverwaltung zu machen. Aber gerade in den vergangenen zwei, drei Jahren sind im Bereich Willkommenskultur, das haben wir jetzt natürlich als Schwerpunkt gemacht, weitere eigenständige Aufgaben vom IBZ-Verein erledigt worden, was eben deutlich über die Hausverwaltung hinausgeht. In dem Sinne werden natürlich diese zusätzlichen Mittel benötigt für Sekretariatsarbeiten und Ähnliches. Die eine Stelle der Leitung, die jetzt mit zwei Halbtagskräften ausgeschrieben ist, die gibt es schon immer. Dies ist eher die Ebene der praktischen Arbeit unten drunter, die gefördert wird. Wir stehen hinter dem IBZ und lehnen Ihren Streichungsantrag, Herr Döring, ab.

Stadtrat Cramer (KULT): Nach meinen Informationen gibt es hier keinen neuen Wasserkopf oder der Wasserkopf wird nicht dicker, sondern es ist wohl so, dass jetzt einfach durch diese Gelder hier mal eine gewisse Anpassung in eine Tarifstruktur vorgenommen wird, die eben in den vergangenen Jahren so nicht gegeben war. Da wurden Gehälter bezahlt, die letztendlich so in der Stadt nie hätten bezahlt werden dürfen. Von daher trägt meine Fraktion das mit, dass es erhöht wird und kann dem Antrag der CDU nicht folgen. Es ist wirklich so, dass da jetzt mal ordentlich bezahlt wird, so wie jeder hier im Raum ordentlich bezahlt sein will. Darum lehnen wir den Antrag ab.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Dann können wir darüber abstimmen. Bitte das Kartenzeichen. - 15 Zustimmungen, der Rest ist Ablehnung. Damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 109 (S. 202): Maßnahmen zur Integration - Stellenschaffung Betreuer (FW)

Stadtrat Wenzel (FW): Dieser Antrag hätte auch gut zu dem Antrag der Grünen gepasst. Ich möchte erläutern, um was es uns geht. Wir hören von allen Seiten, uns fehlt es an muttersprachlichen, an fremdsprachlich kompetenten Leuten, die mit den Ankommen hier kommunizieren können. Es gibt viele Sprachbarrieren. Das war als eine Art Fonds gedacht, dass wir als Stadt Personal schaffen und ausbilden und genau dort zugreifen, wo nach Hilfe gerufen wird. Das war dieses Thema. Sie haben vorhin erwähnt, dass es anscheinend einen Pool gibt, über den man nachdenkt. Die Intention von uns ist, einen Pool zu schaffen, der überall dort einspringt, wo es Sprachbarrieren gibt.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Wenzel, Sie erwähnen es. Wir schlagen ja nachher bei einzelnen Anträgen vor, dass wir einen Pool schaffen. Der ist aber nicht dafür gedacht, dass wir eigenes Personal einstellen, das will ich ganz deutlich sagen, sondern als Projektpool für verschiedene verbesserte Versorgungssituationen vor allem der Flüchtlinge in dieser Stadt. Wenn Sie das dann so akzeptieren könnten, wäre das im Grunde dann in Ihrem Ansinnen und könnten Ihren Antrag jetzt erst einmal hinten anstellen bzw. als **erledigt** betrachten.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr dazu gibt kommen wir zu dem Hinweis auf die Veränderungsliste. Da haben sich einige Dinge eben getan, die Sie bitte zur Kenntnis nehmen möchten. Ich will die jetzt nicht alle im Einzelnen vorlesen.

Antrag Nr. 110 (S. 206): Menschenrechtszentrum - Zuschuss für Koordinierungsstelle Flüchtlingshilfe (GfK)

Antrag Nr. 111 (S. 206): Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V. - Erhöhung Zuschuss (SPD, Die Linke, GfK)

Antrag Nr. 112 (S. 206): Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V. - Erhöhung Zuschuss (KULT)

Antrag Nr. 113 (S. 206): Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V. - Erhöhung Zuschuss (GRÜNE)

Antrag Nr. 114 (S. 206): AWO Migrationsdienst - Zuschuss Beratung EU-Bürgerinnen und Bürger (SPD, GRÜNE, KULT, Die Linke)

Antrag Nr. 115 (S. 206): Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten e. V. - Erhöhung Zuschuss (SPD, KULT)

Es kommt jetzt diese ganze Reihe von Anträgen, die sich alle mit verschiedenen Angeboten der sozialen Träger beschäftigten, wo wir Ihnen vorschlagen wollen, dass wir einen Ansatz von 150.000 Euro als Fonds in den Haushalt einbringen und Sie dann noch mal nach fachlicher Bewertung die verschiedenen Projekte mehr oder minder in diesem Fonds zur Geltung kommen lassen, so ähnlich wie wir das beim Integrationsplan auch kennen. Für mich ist jetzt nur die Frage, ob damit auch der Antrag von Gemeinsam für Karlsruhe erledigt wird, weil hier explizit die Schaffung einer zusätzlichen Stelle gewünscht wird. Das ist aus meiner Sicht nicht identisch mit dem, dass wir aus einem Pool Projekte noch zusätzlich fördern. Insofern wäre jetzt die Frage, Herr Stadtrat Kalmbach, ob wir Ihren Antrag separat nehmen oder ob Sie dann auch dieser Poollösung so einverstanden sein könnten.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Mit 150.000 Euro inklusive dieser Personalstelle kommen wir nicht zurecht.

Der Vorsitzende: Dann würden wir jetzt Ihren Antrag Nr. 110 separat aufrufen. Über den diskutieren wir jetzt. Dann werde ich anschließend den Vorschlag machen, wie wir dann Nr. 111 - 115 vielleicht gemeinsam mit einem solchen Pool abräumen können. Dann hätten Sie jetzt das Wort, wenn Sie zu Ihrem Antrag noch etwas sagen möchten.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir sind in Karlsruhe in der glücklichen Lage, dass wir eine Menge ehrenamtlicher Leute haben und auch eine ganze Menge von Leuten in Kreisen und Verbänden, die sich bei der Flüchtlingshilfe engagieren. Beobachtet wurde von unserer Seite eben diese Tatsache, wenn keine gute Koordination da ist dieser verschiedenen Initiativen, dann greift das Ganze nicht optimal und manches von gut Gemeintem geht ins Leere. Aus diesem Grund meinen wir, eine Koordinierungsstelle, die außerhalb dieser Vereine ist, bei der Stadt angesiedelt, kann diese Koordinationsaufgabe deutlich besser übernehmen als einer der Kreise. Auch unter diesen Freundeskreisen, unter diesen verschiedenen Initiativen, besteht nicht immer ganz Einigkeit und es entsteht eine leichte Konkurrenzsituation. Deswegen wäre eine Koordinierungsstelle von der Stadt

installiert, das Optimale für die gesamte Lage in der Flüchtlingsarbeit. Ich bitte um Zustimmung für diese sehr wichtige Sache.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich möchte noch einmal die Diskussion aus dem Sozialausschuss aufgreifen. Das Problem ist ja, der Freundeskreis Asyl hat im Rahmen der Haushaltsvorbereitung schon 50.000 Euro bekommen. Eine Aussage von Bürgermeister Lenz war ja, dass diese 50.000 Euro in diesen Gesamtpopf hinein integriert werden. Wenn dieser Topf dann nur 150.000 Euro beträgt, dann wird ja auf den Freundeskreis Asyl genau ein Drittel entfallen. Das war uns allen zu wenig. Dann war noch der Vorschlag von Herrn Kalmbach während der Sitzung, diese Mittel auf 200.000 Euro zu erhöhen. Wenn wir uns da einig sind, könnte man alle anderen Anträge auslassen, müsste gar nicht mehr drüber diskutieren. Wenn wir die Anträge doch einzeln diskutieren, dann kündige ich an, dass wir unseren Antrag vom Freundeskreis Asyl über 10.000 Euro zurückziehen.

Der Vorsitzende: Ich blicke langsam nicht mehr durch. Ich würde jetzt trotzdem vorschlagen, dass wir den Antrag Nr. 110 jetzt mal separat diskutieren. Wenn Sie anschließend die 150.000 auf 200.000 aufstocken wollen, nehme ich das gerne mit auf und wir stimmen dann halt erst 200.000 und dann 150.000 ab. Wenn Sie vorher schon den 45.000 von Herrn Kalmbach zugestimmt haben, haben Sie es indirekt schon. Er hat hier aber ein explizites Anliegen, bei der Flüchtlingshilfe eine solche Stelle zu schaffen. Das ist aus meiner Sicht so konkret, dass wir das hier entscheiden sollten, ob wir das tun oder nicht tun. Den Freundeskreis Asyl würden wir nachher durchaus unter diesem Konzeptvorbehalt in den Gesamtpopf packen. Das hat jetzt erstmal mit der Flüchtlingshilfe Karlsruhe e. V. und dem Antrag von Herrn Kalmbach nichts zu tun. Insofern würde ich jetzt gerne den Antrag Nr. 110 abarbeiten und dann wenden wir uns dem Rest zu.

Stadtrat Zeh (SPD): Es ist jetzt eine schwierige Diskussion insgesamt. Was die Stadt im letzten Jahr gemacht hat, als plötzlich die Probleme auftauchten, Mittel und jemand für die Flüchtlingsarbeit halbtags zur Verfügung zu stellen, finde ich unbürokratisch. Es greift jetzt natürlich auch, dass man diesem Gedanken, einem Topf für Flüchtlingsarbeit, weiter nähertreten muss. Ich muss jetzt zugeben, ich habe Verständnisschwierigkeiten. Wenn ich Herrn Kalmbach richtig verstanden habe, will er eine städtische Stelle schaffen. Eine städtische Stelle zur Koordinierung finde ich hier nicht geeignet. Ich finde die Arbeit in der Koordinierung der Flüchtlingshilfe, die Frau Nehal - um jetzt mal den Namen zu nennen -, gemacht hat, durchaus positiv. Das war keine städtische Stelle, sondern eine von der Stadt bezahlte Stelle bei der Flüchtlingshilfe. Ich würde eher bei dem Konzept bleiben, dass man es dort belässt, egal wie hoch jetzt der Topf ist, und einer städtische Stelle, wie Herr Kalmbach es fordert, nicht zustimmen wollen.

Stadtrat Cramer (KULT): Herr Kalmbach, ich verstehe Ihren Antrag, aber ich verstehe nicht die Intention Ihres Antrages. Die Intention Ihres Antrages tragen Sie ja schon ein halbes Jahr vor sich her und behaupten immer, die ehrenamtlichen Helfer könnten sich nicht organisieren und man bräuchte jemand von der Stadt. Das ist absolut nicht richtig. Wir brauchen niemand von der Stadt. Wir brauchen überhaupt niemand, der irgendwas koordiniert, denn das machen die ganzen Organisationen und Gruppen selber oder auch die freiwilligen Helfer, die keiner Organisation angehören. Das klappt hervorragend, da braucht man niemand, der von außen irgendwas koordiniert. Entschuldigung,

wir brauchen da niemand. Ich sage jetzt halt wir, weil ich zum Teil bei einer Gruppe dabei bin. Wir brauchen niemand von der Stadt, der uns koordiniert. Ich möchte Sie wirklich bitten, von dieser Argumentation Abstand zu nehmen. Das bringt uns alle in ein Licht, als wenn wir alle blöd wären und uns nicht selber organisieren könnten. So kommt es rüber. Es ist nicht so, dass da irgendwelche Konkurrenzen untereinander sind. Gerade bei diesem Treffen hier, was der Herr Oberbürgermeister hier im Großen Sitzungssaal anberaumt hatte, wo alle Initiativen und alle Verbände da waren, und dann eben der sehr gute Vorschlag Runde Tische zu machen für die einzelnen Unterkünfte, ist das aufgegriffen worden und es läuft optimal. Das organisieren dann die Leute selber in Mühlburg, in der Leichtlinstraße, in der Greschbachstraße oder wo auch immer das ist. Da brauchen wir keine Gelder extra, dass wir irgendjemand haben, der irgendwas organisiert. Das brauchen wir nicht.

Die Frage ist natürlich, wie groß kann so ein Topf aussehen, wenn man alle Anträge zusammenzählt, dann ist das sicher mehr wie 150.000 Euro. Es ist aber sicher auch nicht klar, ob es für jeden Antrag eine Mehrheit gibt. Von daher würde ich jetzt sagen, falls sich eine Mehrheit findet, die sich 180.000 oder 190.000 Euro in so einen Topf geben würden, dann fände ich das echt eine gute Sache. Das wird dann auch die ganzen ehrenamtlichen Leute weiter bringen in ihrer Arbeit.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Die Frage, die ich hatte, hat der Herr Cramer gerade beantwortet. Vielen Dank.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich möchte mich den Worten von Herrn Cramer voll und ganz anschließen. Ich habe so ein bisschen generell darüber geredet. Das wäre auch eine Doppelstruktur und nicht besonders sinnvoll. Vom Menschenrechtszentrum wird diese Stelle auch gar nicht gewünscht.

Der Vorsitzende: Dann haben wir diesen Punkt jetzt einmal ausdiskutiert. Ich würde jetzt den Antrag Nr. 110 gerne zur Abstimmung stellen und um das Kartenzeichen bitten. - Wir haben 2 zustimmende, der Rest sind **ablehnende Voten**.

Ich schlage Ihnen jetzt zu Nr. 111 - 115 noch einmal vor, dass wir hier einen Fonds von 150.000 Euro einstellen. Dieser Fonds hat 90.000 Euro, die im Moment noch völlig frei flotieren. Der Rest der Summe bis 150.000 ist der zusätzliche Haushaltsansatz von 49.7000 Euro und 10.7000 Euro, die wir für den Freundeskreis Asyl über die Veränderungsliste sowieso schon reingenommen haben. Wir würden das aber dann auch noch einmal konzeptionell in die Fachverantwortung des Fachausschusses legen, ob das an der Stelle hier an der Stelle so zum Tragen kommt oder nicht. Die Gesamtsumme müsste annähernd ausreichen, sie reicht nicht ganz aus, weil sich hier die Anträge Nr. 112 und 113 ein Stück weit überschneiden, um all diese Projektanträge hier unterzubringen.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich möchte die KULT-Fraktion fragen, ob sie den Antrag von 62.000 Euro für den Freundeskreis Asyl aufrecht erhält. Die haben im Vorfeld der Haushaltsberatungen schon 50.000 Euro erhalten.

Der Vorsitzende: Wir haben über die Veränderungsliste 50.000 Euro drin. Ich runde das jetzt mal auf. Insofern hat Herr Borner recht. Das hat sich an der Stelle ein Stück

weit erledigt. Wir haben hier auch zum Teil konkurrierende Projekte verschiedener Träger. Das will ich auch mal ganz offen ansprechen. Ich finde es jetzt schwierig, über die Anträge hier eine fachliche Bewertung der verschiedenen Projekte vorzunehmen. Deswegen ist unser Vorschlag, dass wir sagen, wir sind grundsätzlich bereit, wenn die Projekte fachlich alle überzeugen, dass wir dann auch bis zu diesen 150.000 Euro ausgeben. Dann machen wir hier einen Pool von 150.000 Euro. Der würde reichen, um alle vorliegenden Anträge zu bedienen. Ich bitte aber, das wirklich fachlich noch sehr kritisch zu prüfen. Wenn am Ende von den 150.000 Euro nicht alles ausgegeben wird, ist es auch nicht schlimm. Wir müssen hier immer wieder gucken, dass hier keine Aufgaben übernommen werden, die vielleicht dem einen oder anderen Projekt zwar sinnvoll erscheinen, aber eigentlich an anderer Stelle von der Verantwortlichkeit hingehören. Das ist in dem Bereich immer ein bisschen schwierig. Wir müssen auch gucken, dass wir hier nicht konkurrierende Doppelstrukturen verschiedener Projektträger kriegen. Das können wir aber hier während der Haushaltsberatungen nicht klären.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Oberbürgermeister, Entschuldigung, ich komme da jetzt nicht mehr mit. Wir machen jetzt hier ein Paket. Sie sagen, das sind 150.000. Ich verstehe jetzt nicht, welche Anträge sind das. Wenn der eine Antrag wegfällt, dann komme ich gerade noch auf 110.000. Können Sie mir bitte im Einzelnen erklären, welche Anträge damit dann gemeint sind und auf die Frage von Herrn Borner noch einmal reagieren. Also bei mir stimmt die Summe nicht mehr.

Der Vorsitzende: Wir haben über die Veränderungsliste dem Freundeskreis Asyl sowieso 50.000 Euro mehr eingeräumt. Jetzt gibt es eine ganze Reihe von Anträgen, die sich damit zum Teil erledigt haben, zum Teil nicht. Da gibt es zweimal etwas mit 63.000, 62.000 und 10.000. Wir haben den Antrag von SPD, Grünen, KULT und den Linken, den AWO Migrationsdienst zu stärken, und wir haben den Antrag von SPD und KULT, den Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten zu stärken. Ich kann hier jetzt nicht fachlich entscheiden, welcher dieser Zuschusserhöhungen richtig ist und welcher nicht. Deswegen schlage ich Ihnen vor, dass wir einen Fonds schaffen von 150.000 Euro. Sie haben recht, dass was hier steht, würde mit 110.000 Euro auch abgearbeitet. Ich möchte aber durchaus eine Option schaffen, dass noch andere, die in dem Bereich unterwegs sind, noch Projektanträge stellen. Der Fachausschuss soll aber bitte kritisch unter Vermeidung von Doppelstrukturen und nicht unterstützend an der Stelle, wo eigentlich andere Institutionen für diese Aufgabenübernahme verantwortlich wären, dann entscheiden, wie viel, für was von diesen 150.000 zur Verfügung gestellt wird. Dann kann es fachlich entschieden werden. Es wäre unser Vorschlag, dass wir diesen Fonds so auffüllen, dass wir am Ende ein sinnhaftes Projekt vielleicht nicht machen. Ich bitte den Fachausschuss, hier wirklich sehr kritisch an die Sache heranzugehen. Wenn am Ende, Herr Kalmbach, z. B. die Flüchtlingshilfe sagt, sie braucht doch noch für irgendetwas Geld, kann sie es als Projekt dann auch da anmelden. Es ist jetzt nicht aller Tage Abend, aber wir schaffen bei der Stadt im Moment keine Strukturen, und wir führen jetzt hier keine konkurrierende Diskussion um verschiedene Initiativen, die in dem Bereich tätig sind. So ist es zu verstehen. Meine Erwartung wäre, dass wir die 150.000 auch nicht ausschöpfen, weil ich bei kritischer Betrachtung glaube, dass wir gar nicht so viel brauchen. Es gibt auch durchaus bei einzelnen dieser Träger sehr viele Spendengelder, wo ich auch der Meinung bin, die kann man einsetzen. Das wäre einfach unser Vorschlag, dass wir dann die Anträge Nr. 111 - 115 erfassen, plus das, was wir in der

Veränderungsliste schon eingetragen haben. Wir bräuchten von Ihnen einfach per Kartenzeichen die Zustimmung, dass wir, anders als in der Veränderungsliste, diese 50.000 Euro, jetzt einmalig 150.000, für einen solchen Fonds einpflegen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich bitte noch zur Kenntnis zu nehmen, die CDU-Fraktion könnte mit dem Vorschlag, wie Sie jetzt auch noch mal wiederholt haben, leben. Wir würden nur vorschlagen, dass im zuständigen Ausschuss die Beurteilungs- und Vergabekriterien geklärt werden, aber der Auszahlungsentschluss dann im Hauptausschuss erfolgt. Damit könnte die CDU dann uneingeschränkt leben.

Der Vorsitzende: Sie haben recht, das sollten wir so tun, in der Reihenfolge. So macht das Sinn. Unter diesen Prämissen, die Ihnen im Hauptausschuss auch noch einmal die Möglichkeit geben, hier dann die einzelnen Dinge zu akzeptieren und freizugeben, bitte ich Sie jetzt um Zustimmung oder Ablehnung für diesen Sammlungsantrag, den ich eben hier formuliert habe. - Dem **stimmen** Sie alle so **zu** bei einer Enthaltung. Damit wären die Anträge Nr. 111 - 115 erst einmal **erledigt**.

Antrag Nr. 116 (S. 206): Liga Freier Wohlfahrtspflege - Erhöhung Zuschuss (Die Linke)

Antrag Nr. 117 (S. 206): Liga Freier Wohlfahrtspflege - Erhöhung Zuschuss (SPD)

Antrag Nr. 118 (S. 206): Liga Freier Wohlfahrtspflege - Erhöhung Zuschuss (CDU, GfK)

Jetzt steht bei mir auf dem Zettel, dass hier noch einmal eine neue ergänzende Tischvorlage verteilt wurde. Vielleicht kann der Fachdezernent noch drei Sätze dazu sagen. Vorab will ich noch darauf hinweisen, dass Frau Stadträtin Fischer sich bei Antrag Nr. 116 - 118 als befangen erklärt hat. Herr Bürgermeister Lenz zu dieser Liste.

Der Vorsitzende: Ich habe hier einen Sprechzettel, dass ich das Wort erteilen soll für eine Tischvorlage. Ich weiß nicht welche.

(**Herr Deck** weist den Vorsitzenden auf die Tischvorlage hin, die aufgelegt wurde.)

Das ist die Tischvorlage - wir haben es geklärt -, wo noch einmal alle Zuschüsse draufstehen. Wir wollten Ihnen nur noch einmal einen Überblick geben, wenn wir jetzt in pauschale Zuschusssteigerungen für die einzelnen Träger kommen, was das dann alles betrifft. Nur dass Sie sich über die Tragweite dieser Anträge einfach im Klaren sind, so war es zu verstehen. Dann haben wir das schon mal geklärt. Ich darf jetzt die Anträge Nr. 116, 117 und 118 aufrufen, pauschale Zuschusserhöhungen der Liga Freier Wohlfahrtspflege. Wer möchte dazu reden.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir sehen es dieses Mal schon für notwendig an, das große Spektrum, das die Freien Träger in den letzten Jahren geschultert haben und für diese Stadt auch eingebracht haben, so zu erhöhen, dass zumindest ein Teil der Lohn- und der Mietsteigerungen ausgeglichen werden kann. Dies heißt für uns ganz klar, es ist kein Automatismus, der jetzt automatisch so weiterläuft, sondern wir möchten in den Jahren 2015 und 2016 jetzt mal wieder ein neues Fundament für die Freien Träger

schaffen, dass die Arbeit und die Aufgaben, die sie auch zum Teil für die Stadt Karlsruhe übernehmen, weitergeführt werden kann.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich kann nur eine kurze Ergänzung vornehmen. Wir schließen uns erst mal natürlich an. Bei den Summen unterscheiden wir uns doch ein bisschen. Dann sieht man dann nachher auch in der Abstimmung. Irgendwo werden wir uns treffen. Oftmals ist es so, dass Angebote beibehalten werden, dass wir im Gemeinderat uns auch alle einig sind, dass wir sie beibehalten wollen, aber dass wir nachvollziehbare Kostensteigerungen eben nicht mittragen können im Sinne einer Haushaltskonsolidierung. Diesen Antrag möchte ich gerne als ein Signal verstanden haben, dass wir so etwas nicht jahrelang zu Lasten der Träger machen können. Wenn wir sagen, wir können langfristig solche Angebote nicht finanzieren, dann müssen wir uns im Rahmen einer Konsolidierung mit den Trägern an einen Tisch setzen und überlegen, welche Angebote würden wir dann reduzieren wollen. Wir wollen allerdings nicht, dass Sparmaßnahmen immer wieder zu Lasten derer geschehen, die die Angebote für uns bereitstellen, die Angebote für uns leisten und auch zu Lasten derer Arbeitnehmer, wenn solche Steigerungen zumindest von uns nicht anerkannt werden. Deswegen dieses Signal. Wir haben auch in etwa ausgerechnet, was bedeutet so ein Antrag, wenn wir doch die gestiegenen Personalkosten abgebildet haben wollen, ungefähr 42.000 Euro. Darauf sind wir jetzt gekommen, um es auch im Haushalt besser darstellen zu können, auf die zwei Jahre verteilt. Das ist kein Optimum, aber es ist ein Einstieg.

Zur Anlage möchte ich ganz kurz sagen, dass bei bestimmten Titeln am Rand der Hinweis gegeben ist, es ist hier durch einen Antrag nicht erledigt, aber ein Antrag ist erfolgt, und deswegen wurde die Erhöhung bei denjenigen mit einbezogen. Manche dieser Anträge wurden jetzt heute abgelehnt, d. h. die kämen dann natürlich trotzdem zum Zug, unabhängig von dieser Liste. Die müsste angepasst werden bei dem Ergebnis, bei dem wir uns dann treffen. Insofern hoffe ich auf eine Zustimmung und freue mich auch über das breite Bündnis von der Linken hin zur CDU und über die Akzeptanz, dass wir hier eine Erhöhung vornehmen müssen.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Wie Sie der Antragsübersicht entnehmen konnten, haben wir zu dem Themenbereich keinen Erhöhungsantrag gestellt. Das ist sicherlich erläuterungsbedürftig, weil auch wir die Arbeit, die die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Karlsruhe leistet, sehr schätzen. Wir sind aber nach längerer Diskussion, es war keine einfache Diskussion, in unserer Fraktion darüber übereingekommen, dass wir auch im Sozialbereich uns das mal angucken müssen, welche Projekte, die wir in der Förderung haben, sind noch zielgerichtet genug, welche Projekte brauchen vielleicht eine Neukonzeption, wo müsste man sowieso ein anderes Antragssetting machen. Wir möchten deshalb nicht pauschal eine Erhöhung in diesen Bereich geben, genauso wenig wie wir pauschal kürzen wollen. Das wird morgen noch mal zum Tragen kommen, wenn es um unseren Antrag der Globalen Minderausgabe geht, wo wir den Sozialbereich z. B. von der Pauschalkürzung ausgenommen haben.

Wir möchten diese Evaluation, die wir sowieso in den nächsten Jahren machen müssen, wenn wir uns die mittelfristige Finanzplanung angucken, damit verbinden, dass bei Projekten, wo wir feststellen können im Sozialbereich, dass diese nicht mehr so ganz passen und es dort eine neue Antragstellung gibt, dass wir dann selbstverständlich bei die-

sem Neuantrag das aktuelle tarifliche Gefüge mit berücksichtigen müssen, also dann selbstverständlich die Lohnkosten voll angerechnet werden müssen. Aber pauschal wollen wir das nicht. Deswegen haben wir jetzt keinen Antrag gestellt und werden auch die Anträge, die jetzt anhängig sind, ablehnen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wenn die Stadt diese Arbeit machen müsste mit ihren Leuten, wäre es entsprechend teurer geworden. Diese Erhöhung wird eben den freien Trägern nicht gewährt. Deswegen geht es eigentlich nicht um eine Erhöhung, sondern es geht einfach nur um eine Tarifanpassung, wobei die noch flach ausfällt. Aus diesem Grunde sind wir dabei gewesen, diesen Antrag zu stellen. Man kann natürlich diese Aufgabenkorrektur vornehmen, welche Arbeiten wollen wir weiterhin haben, aber nicht einfach die freien Träger stillschweigend sozusagen verhungern lassen und dann hinterher jammern, dass es die Arbeit nicht mehr gibt.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Aus unserer Sicht geht es jetzt nicht darum, Zuschüsse zu erhöhen, sondern die Arbeit auf dem notwendigen geringsten Niveau zu gewährleisten. Was bei so einer Bestandsaufnahme herauskommt, das kann man jetzt schon sagen. Es wird dabei herauskommen, dass die Zahl der Bedürftigen, der Inanspruchnehmer von diesen Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege, ständig zunehmen wird. Die prekären Lebenslagen, die soziale Not usw., die Bedarfe von Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund und anderen nehmen einfach zu. Das weiß man heute schon und das wird sich auch nicht ändern. Insofern sind eigentlich noch über sehr viel höhere Beträge zu diskutieren. Das was wir als Linke jetzt vorschlagen, halten wir so für das Minimum.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine Wortmeldungen mehr. Dann würde ich an die Abarbeitung der Anträge gehen. Ich habe Sie jetzt so verstanden, vor allem Sie, Frau Stadträtin Melchior, dass wir bestimmten Zuschussbeziehern schon Erhöhungen im Laufe der Haushaltsberatungen zugestanden haben. Denen würden wir aus meinem Verständnis heraus nicht noch einmal eine Zuschusserhöhung geben. Bei bestimmten anderen ist bisher eine Zuschusserhöhung hier abgelehnt worden. Die würden dann über diese Regelung natürlich trotzdem zu einer Zuschusserhöhung kommen, falls wir uns eben auf diese 5,4, 2,6 oder 2,2 % ihrer jeweiligen Summen einigen. Nur dass wir uns hier über die Umsetzung im Klaren sind.

Ich fange mit dem weitest reichenden Vorschlag an, das ist der der Linken. Da geht es um eine generelle Zuschusserhöhung im Wert von 5,4 %. Da bitte ich jetzt um das Karlsruhenzeichen. - Da sehe ich nur 2, die dem zustimmen. Der Rest ist **Ablehnung**.

Dann kommt der Antrag der SPD, da geht es um 120.000 Euro pro Jahr. Das entspricht 2,6 % Zuschusserhöhung pauschal. Da haben wir jetzt die 9 von der SPD und 2 von den Linken. Das reicht auch nicht für eine Mehrheit, damit **abgelehnt**.

Jetzt kommen die Anträge von CDU und Gemeinsam für Karlsruhe, 100.000 Euro, das entspricht 2,2 % generelle Zuschusserhöhung. - Da müssen wir auszählen. Es dürfte eine Mehrheit für diesen Antrag sein. - 14 Nein-Stimmen. Das ist eine deutliche Mehrheit dafür. Damit haben wir dem Antrag der CDU und Gemeinsam für Karlsruhe **zugestimmt**.

Antrag Nr. 119 (S. 206): Caritas-Sozialdienst - Erhöhung Zuschuss (SPD)

Antrag Nr. 120 (S. 206): Caritas-Sozialdienst - Erhöhung Zuschuss (CDU, GRÜNE)

Hier geht es um eine zum Teil deutliche Erhöhung des Zuschusses. Wir haben es in unserer Stellungnahme dargestellt. Dies stelle ich hier zur Diskussion.

Stadträtin Melchien (SPD): Hier geht es um ein ganz ähnliches Thema, den Caritas-Sozialdienst. Es geht um die Erhöhung des Zuschusses für Menschen in Notlagen. Die Finanzierung dieses Sozialdienstes hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter zu Lasten des Trägers verändert von einer anfänglich geringeren Beteiligung bis hin zum jetzt fast vollständigen Tragen. Das war die Begründung für unseren Antrag. Natürlich sehen wir auch, mit unserer Maximalforderung finden wir in diesem Haus keine Mehrheit, d. h. wir schließen uns der moderaten Erhöhung an, die vorgeschlagen wird von CDU und Grünen. Wichtiger ist uns in dem Fall, mit einer großen Mehrheit hier zu signalisieren, dass wir die Träger besser ausstatten müssen bei den Projekten, die wir uns auch wünschen. Wir bestehen nicht auf Abstimmung.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Dann brauche ich nichts Weiteres mehr dazu zu sagen.

Der Vorsitzende: Aus zwei Anträgen wird ein Antrag, nämlich die Erhöhung um jeweils 20.000 Euro. Das sieht ja schwer nach Mehrheit aus. Sie sind aber auch der Meinung, dass wir dann aber die 2,2 % zusätzlich nicht mehr machen aus dem, was wir eben beschlossen haben, sondern nur die 20.000 Euro. Das sehen Sie auch so. Dann haben wir 7 Nein-Stimmen, der Rest ist Zustimmung. Damit hat dieser Antrag Nr. 120 eine **Mehrheit** gefunden.

Antrag Nr. 121 (S. 206): Verein für Jugendhilfe e. V. - Zuschusserhöhung Anti-Gewalt-Beratung, Tandemberatung - mit Sozialdienst Kath. Frauen e. V. (CDU, SPD, GRÜNE, KULT, FDP)

Antrag Nr. 123 (S. 206): Verein für Jugendhilfe e. V. - Zuschusserhöhung Anti-Gewalt-Beratung (Die Linke)

Frau Stadträtin Fischer erklärt sich wieder für befangen.

Dann nehmen wir den Nr. 121 zuerst. Der hat sich ja fast erledigt, 2.637 Euro zusätzlich. 20.637 Euro wollte ich sagen. Sie haben dem alle **zugestimmt** bis auf mich. Dann ist eben so.

Der Antrag Nr. 123, das sind dann 25.581 Euro. Ist das dasselbe oder ist das etwas anderes? Da sind nur 4.000 Euro Differenz. Dann hat sich das doch damit erledigt oder sehe ich das falsch? Es hat sich aus meiner Sicht damit erledigt. Herr Stadtrat Dr. Müller helfen Sie mir.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Nein, es sind zwei. Es heißt ja Tandemberatung, d. h. es sind zwei beteiligt, SKF und Verein für Jugendhilfe.

Der Vorsitzende: Ich bin jetzt bei 123, nicht bei 122.

(Zurufe)

Da komme ich gleich dazu. Aufgerufen ist 121 und 123. Da ist der Unterschied nur 4.944 Euro. Ich möchte jetzt wissen, ob es sich damit erledigt hat, dass wir jetzt schon mal diese 21.000 hier haben oder ob ich den Antrag 123 noch mit aufrufen soll. Es ist das Gleiche. Dann hat sich 123 **erledigt**.

Antrag Nr. 122 (S. 206): Sozialdienst Kath. Frauen e. V. - Zuschusserhöhung Anti-Gewalt-Beratung, Tandemberatung - mit Verein für Jugendhilfe (CDU, SPD, GRÜNE, KULT, FDP, Die Linke)

Da möchten Sie auch gleich abstimmen. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. Irgendwie es doch gut, katholisch zu sein. - 2 Ablehnungen, dann bin ich nicht ganz allein, ansonsten nur Zustimmung.

Antrag Nr. 124 (S. 206): Verein für Jugendhilfe e. V. - Zuschusserhöhung Ambulante Straffälligenhilfe (Die Linke)

Auch hier erklärt sich Frau Stadträtin Fischer für befangen. Wir sind uns ja einig, dass der Verein schon diese 2,2 % Zuschusserhöhung kriegt über den anderen Antrag. Die Linken gehen hier wieder von den 5,4 aus, so dass wir hier jetzt im Grunde über die Differenz diskutieren oder es als erledigt betrachten. Wie sehen die Antragsteller das? Wir können es aber, bevor Sie lange diskutieren, auch gern abstimmen. - Hat sich **erledigt**.

Antrag Nr. 125 (S. 206): IKARUS Arbeit und Soziales e. V. - Erhöhung Zuschuss (CDU, SPD, GRÜNE, KULT, Die Linke)

Das ist eine Erhöhung um 18 %. Das möchten Sie alle so haben. Dann haben wir das so. Wir machen dann aber die 2,2 % dort nicht. Es gab 7 Nein-Stimmen. Soweit sind wir uns einig. Dann würden wir hier aber diese 18 % Erhöhung machen, aber nicht die 2,2 % die wir vorne schon beschlossen hatten. Das schließt sich dann auch wieder aus.

Antrag Nr. 126 (S. 206): Behandlungsinitiative Opferschutz BIOS BW e. V. - Zuschuss (CDU, GRÜNE, FDP)

Wird dazu das Wort gewünscht? Ich muss gucken, wer die Antragsteller sind. Die SPD ist nicht Antragstellerin. Will jemand von den Antragstellern etwas sagen? - Frau Stadträtin Wiedemann.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Ich wollte nur anregen, dass wir hier vielleicht einen Sperrvermerk eintragen.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Die BIOS BW Opferschutzambulanz ist nach unserer Einschätzung eine unverzichtbare Aufgabe. Wir freuen uns, dass die Stadt das auch in Ihrer Stellungnahme so anerkennt. In dem interfraktionellen Antrag möchten wir der Bitte des Opferschutzes nachkommen. Wir sehen es allerdings so, dass wir sehr wohl im ersten Jahr die volle Finanzierung von 25.000 Euro übernehmen möchten, aber wir drän-

gen natürlich auch darauf, dass der Landkreis entsprechend hier eine Finanzierungsunterstützung dann im zweiten Jahr mitträgt, so dass wir nur noch 15.000 Euro einstellen wollen. Wir sehen das wirklich als dringend notwendig und möchten die in der Stellungnahme der Stadtverwaltung begründete Verlagerung zurückweisen, weil wir hier auch wirklich akuten Handlungsbedarf sehen.

Stadträtin Fischer (SPD): Ich will nur ganz kurz erklären, warum wir gegen den Antrag stimmen, nicht weil wir uns gegen die Behandlungsinitiative Opferschutz aussprechen wollen, sondern weil wir hier von Fördervoraussetzungen abweichen, die wir eigentlich schon seit langem haben. Es wurde weder ein Förderantrag gestellt von dem Verein, noch haben wir bisher Nachweise zum Umfang der Tätigkeit. Es ist uns auch nichts bekannt, dass es ein Finanzierungsproblem gibt. Deshalb wollten wir das zurückstellen, bis hier verlässliche Zahlen vorliegen. Ein Sperrvermerk ist für mich zumindest schon mal ein erster Schritt. Wir hätten aber sonst gesagt, erstmal keine Gelder einstellen.

Der Vorsitzende: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann können wir abstimmen. Es gab den Vorschlag der CDU als antragstellende Fraktion, einen Sperrvermerk hier einzubauen. Wird das von den anderen Mitbeantragenden auch so akzeptiert? Das ist der Fall. Dann würde ich den Antrag Nr. 126 mit Sperrvermerk zur Abstimmung stellen. - Mit mir sind es 12 Gegenstimmen, der Rest ist Zustimmung, damit mehrheitlich **angenommen**.

Antrag Nr. 127 (S. 206): Verein für Jugendhilfe e. V. - Schulabsentismus verhindern (SPD, KULT, Die Linke)

Hier erklärt sich Frau Fischer wieder für befangen. Wird von den Antragstellern das Wort gewünscht. - Frau Stadträtin Uysal.

Stadträtin Uysal (SPD): Erlauben Sie mir, mit einem Zitat hier anzufangen: „Wenn du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Menschen die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer“, von Antoine de Saint-Exupéry. Genau, auch wir sollten den Schulverweigerern gute Bildungs-, Berufs- und Lebensperspektiven öffnen. Wir sollten Wege finden, um Betroffene wieder zum Schulbesuch zu ermutigen. Diese Ziele werden genau mit diesem Projekt aufgegriffen. Durch das Projekt sollen Betroffene eine zweite Chance erhalten, wieder zur Gemeinschaft zu gehören und die Schule doch noch erfolgreich abzuschließen. Ein Stück weit ist auch dieses Thema eine Haltungssache. Die Haltung zum Thema Schulverweigerung spielt somit eine wichtige Rolle, und genau mit diesem Projekt können wir uns als Stadt zu diesem Thema positionieren. Deshalb bitte ich um die Unterstützung, werte Kolleginnen und Kollegen, so dass wir unsere Schulverweigerer mit solchen Projekten ermutigen und nicht entmutigen. Wir können uns auch hier vorstellen, den Sperrvermerk zu machen, falls wir einen Zuschuss vom Europäischen Sozialfonds bekommen. Ansonsten würden wir auch mit einem Sperrvermerk den Antrag akzeptieren.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die CDU-Fraktion folgt der Antwort der Verwaltung. Wir sehen es ähnlich. Es gibt ein Projekt der AWO, das wir bezuschussen. Wir

wollen jetzt in diesem Fall keine neuen Doppelstrukturen schaffen und auch erst abwarten, ob es entsprechende Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds gibt. Für heute würden wir den Antrag ablehnen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Das Projekt, wie es jetzt ausgestaltet werden soll, ist nicht zielgenau. Es betrifft eine einzige Hauptschule. So steht es in der Antragsbegründung. Wir haben einerseits die AWO mit 88.000 Euro, die fortgesetzt werden, die sozusagen flächendeckend auch in den Hauptschulen genau diese Schülerinnen und Schüler unterstützen, die jetzt bedroht sind, keinen Schulabschluss machen zu können. Das ist die zweite Chance der AWO, die heißt auch tatsächlich so. Deshalb ist es nicht zielgenau, wenn wir das jetzt in einer Schule praktizieren und lehnen das heute ab. Im Übrigen sind die SF-Mittel noch nicht genehmigt. Es ist sinnvoll, dass hier ein Konzept entwickelt wird, wie vor allem auch die Realschulen mit ins Boot genommen werden, weil viele der Schüler, die betroffen sind von diesem Problem, sind mittlerweile an anderen Schulen. Insoweit wäre allenfalls noch eine Überarbeitung des Antrags möglich. In der kurzen Zeit ist es aber nicht zu schaffen, deshalb würden wir das heute ablehnen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine Wortmeldungen mehr. Das ist übrigens noch einmal ein Hinweis darauf, was in der Strukturkommission zum Teil bevorsteht. Wir haben zum Teil für dieselben Zielgruppen mitunter Mehrfachstrukturen in dieser Stadt und müssen das dann auch im Sozialbereich sehr kritisch durchleuchten. Das wird an mancher Stelle nicht so ganz einfach werden die Diskussion. Zu der lade ich dann schon einmal herzlich ein.

Wir kommen zum Antrag Nr. 127 zurück. Alle haben jetzt gesprochen und ich bitte um das Kartenzeichen. - Hier sehe ich 13 Nein-Stimmen und 17 mal Zustimmung. Das reicht nicht aus als Mehrheit. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Antrag Nr. 128 (S. 206): Träger Seniorenfachberatung - Erhöhung Zuschuss, Pflegestützpunkt für 2015 (GRÜNE)

Hier soll ich auch auf die **Veränderungsliste** hinweisen. Der würde sich aus unserer Sicht als **erledigt** begreifen. Das sehen Sie auch so. Dann können wir den streichen.

Antrag Nr. 129 (S. 206): Autismus Karlsruhe e. V. - Erhöhung Zuschuss (GRÜNE)

Antrag Nr. 130 (S. 206): Autismus Karlsruhe e. V. - Erhöhung Zuschuss (FW)

Da geht es um Erhöhungen der Grünen um 2.124 Euro bzw. der Freien Wähler um 4.248 Euro, jeweils im Jahr.

Stadtrat Wenzel (FW): Zu dem Antrag werden die Grünen wahrscheinlich reden. Mir geht es darum, dass ich meinen Antrag herunternehme auf die niedrigere Summe. Es wurde mir signalisiert, dass dies in diesem Fall auch genügen würde.

Der Vorsitzende: Dann haben wir noch die niedrigere Summe der Grünen hier zur Diskussion zu stellen. Da erheben sich keine Diskussionswünsche. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. - 18 Nein-Stimmen. Damit haben wir eine Mehrheit dafür. Damit ist der Antrag der Grünen **angenommen**.

Antrag Nr. 131 (S. 206): Eltern und Freunde für Inklusion e. V. - Zuschuss für Elternlotsen (KULT)

Da gibt es auch einen Hinweis auf die **Veränderungsliste**. - Hat sich **erledigt**.

Antrag Nr. 132 (S. 206): Stadtjugendausschuss e. V. - Erhöhung Berechtigungsgrenze Karlsruher Pass um 10 % (KULT)

Antrag Nr. 132a (S. 206): Stadtjugendausschuss e. V. - Erhöhung Berechtigungsgrenze Karlsruher Pass und Kinderpass um weitere 10 % (Die Linke)

Wir haben diese Ziffer noch mal gesplittet. Da bitte ich jetzt die Antragsteller genau zuzuhören. Der Antrag der KULT-Fraktion entspricht nach unserem Verständnis inhaltlich dem Beschluss des Sozialausschusses vom 16. Juli 2014, in dem die Berechtigungsgrenze um 10 % angehoben wurde. Das haben wir im Haushalt auch dahingehend berücksichtigt, dass wir den entsprechenden Ansatz um 804.000 Euro erhöht haben. Sollte es so sein, dass wir das richtig verstanden haben, dann wäre er an der Stelle eigentlich erledigt.

Der Antrag der Gruppe Die Linke sieht dagegen eine Ausweitung der Berechtigungsgrenze beim Karlsruher Pass um weitere 10 % vor. Dies würde dann eine Gesamterhöhung von 20 % bedeuten. Der Antrag sieht zudem vor, dass beim Kinderpass die Berechtigungsgrenze ebenfalls um 10 % erhöht wird. Obwohl in diesem Bereich bisher keine Anhebung der Berechtigungsgrenze erfolgt ist, halten wir dies in Anbetracht der Unsicherheiten über die zukünftige finanzielle Situation für nicht darstellbar. Herr Stadtrat Cramer für die KULT-Fraktion.

Stadtrat Cramer (KULT): Bei Ihren Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen sind wir mit Ihnen d'accord, aber wir bekommen auch mit, dass der Kreis der potentiellen Menschen und Familien, die einen Anspruch hätten, nicht erreicht wird. Das ist eine starke Intention unseres Antrages, dass man sich da mehr darum kümmert von Seiten der Stadt, praktisch an die Personenkreise in irgendeiner Form heranzugehen, damit sie ihrem Recht, einen Antrag zu stellen, nachkommen.

Der Vorsitzende: Das zielt ja auf Information und Beratung ab. Das nehmen wir gerne als Anregung auf. Damit hätte sich der Antrag der KULT-Fraktion **erledigt**.

Jetzt haben wir noch den Antrag der Linken, Herr Stadtrat Fostiropoulos.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): In den Punkten davor zu Kostenfreiheit bei Tageseinrichtungen oder beim Mittagessen wurde der finanzielle Aspekt ja genannt. Worum geht es uns jetzt hier? Es ist hier niederschwelliger. Ich zitiere unseren Kollegen, Herrn Kalmbach, vielleicht ist das am besten. Der wird jetzt gerade von allen geliebt, deswegen hat er seinen Antrag reingekriegt, und zwar dass man angeblich sozusagen nicht alle finanzieren möchte. Eigentlich sind wir uns im Hause einig. Wir wollen Beitragsfreiheit in der Bildung und ein kostenloses Kita-Essen wäre auch gut. Was passiert jetzt mit diesem Antrag? Wir wollen lediglich den Kreis der Bezugsberechtigten noch einmal erweitern, denn wir wissen, dass es sehr wohl Menschen gibt mit kleinem Einkommen, die rausfallen aus der Unterstützung. Deshalb wollten wir einfach auf dieser

Ebene sagen, dann können wir auch diesen Beitrag erhöhen und ein paar Leute mehr mit in die Unterstützung reinnehmen. Ob es dann für die allein erziehende Verkäuferin reicht oder nicht, ist eine Frage der Rechnung. Das weiß ich jetzt nicht im Detail. Die Beträge, die ich hier sehe mit 80.000 pro Jahr, wären wirklich keine großen Beträge. Da bitte ich dann um die Zustimmung.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): In der Fraktion hatten wir sowohl Sympathie und Unterstützungswillen für den Antrag der Linken, aber auch den Gedanken, der davon ausgegangen ist, dass wir jetzt erst mal die bereits über den Sozialausschuss genehmigte Mittelserhöhung konsolidieren, festigen und uns eher darauf konzentrieren sollten, dass die Mittel auch tatsächlich die Personen, die dafür berechtigt sind, erreicht. Das geht dahingehend, was auch Herr Cramer gesagt hat, wir wissen ja, dass bei weitem noch nicht alle Antragsberechtigten tatsächlich auch auf die Mittel zugreifen. Deswegen wird unsere Fraktion jetzt gesplittet abstimmen. Für beides gibt es gute Gründe. Ein Teil möchte sozusagen den Adressatenkreis erweitern und dementsprechend dem Antrag der Linken zustimmen, weitere 10 % Leistungsberechtigte hinzuzuziehen. Die anderen möchten sich sozusagen auf die, die in einer prekäreren Situation sind, konzentrieren und dafür sorgen, dass die Mittel dann auch tatsächlich dort verausgabt werden, wo wir jetzt schon einen Beschluss haben, also ungefähr hälftige Aufteilung bei uns jetzt bei dem Antragsansinnen der Linken.

Stadträtin Melchien (SPD): Zunächst möchte ich Ihnen danken, Herr Oberbürgermeister, dass Sie noch einmal klargestellt haben, dass wir die Berechtigtengrenze schon angehoben haben. In dem zuständigen Ausschuss, im Sozialausschuss und im Jugendhilfeausschuss, beraten wir, wie wir aufgrund auch unser Leitlinien gegen Armut, Leitlinien speziell auch gegen Kinderarmut, konkrete Maßnahmen einleiten können, um Armut in unserer Stadt zu begegnen. Da machen wir dann Vorschläge, bringen die im Gemeinderat ein und hier wird darüber abgestimmt. Gerade mit Ihrer Erfahrung, Herr Kollege Fostiropoulos, hätten Sie doch wissen müssen, dass das hier für einen ersten Vorschlag der falsche Ort ist und es in einem Fachausschuss viel mehr Sinn gemacht hätte, es da bereits zu diskutieren, dass dann auch fachlich beschieden werden kann, ist diese Maßnahme jetzt die nächste in der Priorität. Im Ziel, dass wir alle gegen Armut sind und die auch wirkungsvoll bekämpfen wollen, sind wir uns ja einig. Deswegen haben wir auch erst die Grenze erhöht.

Der Vorsitzende: Jetzt ist niemand mehr auf der Rednerliste. Dann bitte ich um ein entsprechendes Kartenzeichen zu dem Linken-Antrag. Da gibt es die angekündigte Splittung. - 1 Enthaltung, 7 Zustimmungen, der Rest ist Ablehnung. Damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 133 (S. 206): Arbeit, Wohnen, Leben e. V. - Zuschusserhöhung (SPD)

Stadtrat Hermanns (SPD): Arbeit, Wohnen, Leben e. V. ist eigentlich ein Pendant, eine eigene Organisation, ein eigener Verein, der sich ähnliche Dinge auf die Fahne geschrieben hat in seine Satzung wie der Autismus e. V. Der Unterschied ist hierbei, dass bisher AWL keinerlei Zuschüsse von Seiten der Stadt bekommt. Der AWL hat sich zum Ziel gesetzt, ein Zentrum zu entwickeln für Autisten, insbesondere auch um die Integration in den Beruf begleitend aufzubauen. Das ist aus meiner Sicht ein sehr lobenswertes

und auch ein sehr wichtiges Element. Jede Partei, die sich Inklusion auf ihre Fahnen schreibt, wäre gut beraten, in diesem Bereich dem Verein eine Chance zu geben, Grundstrukturen aufzubauen, dass sie überhaupt in die Lage versetzt werden, auch in dem Rahmen Anträge zu stellen. Ich persönlich habe als Geschäftsführer des CyberForums mehrfach mich getroffen, um in dem Rahmen auch nach Förderprojekten auf Bundes- und Landesebene zu schauen. Ich hätte es auch fast geschafft, ein Bundesprojekt mit über 10 Millionen zu akquirieren. Genau in diesem Rahmen sollten wir weiter denken. Für den Standort Karlsruhe wäre es sehr wichtig, dass wir so ein Zentrum bekommen. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Kolleginnen und Kollegen diesem Antrag zustimmen könnten.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir können diesem Antrag nicht nähertreten. Wir haben das letzte Mal den Autismus e. V. unterstützt. Wir würden jetzt wieder eine Doppelstruktur machen und das ausgerechnet in einer Situation mit angespannter Haushaltslage. Das wäre auch etwas ganz Neues. Früher hatte man eine gewisse Wartezeit eingeführt gehabt, wo man sagt, es muss sich erst jemand bewähren. Deswegen werden wir diesem Betrag von 6.500 Euro nicht zustimmen können.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Wir beantragen für den Antrag einen Sperrvermerk und würden ihm dann zustimmen, um eben zu schauen, ob sie sich bewähren können und wie es eben mit der Doppelstruktur ist.

Der Vorsitzende: Es ist eine Doppelstruktur, das ist klar. Das kann ich Ihnen auch so schon sagen. Es kann aber sogar sein, dass dieser Verein schon länger aktiv ist als der andere Verein. Das kriege ist jetzt nicht so genau auf die Reihe, weil es den schon, zumindest mit einer eigenen Beratungsstelle, länger gibt. Es ist jetzt kein völlig neuer Verein. Er taucht nur jetzt hier in den Beratungen neu auf. Ich kann Ihnen aber auch nicht sagen, welche Zeiten jetzt dahinter stehen. Das Begehrt war, einen Sperrvermerk einzustellen. Da stimmt die SPD als antragstellende Fraktion zu. Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Dann bitte ich jetzt um das Kartenzeichen zu diesem Antrag mit Sperrvermerk. - Das dürfte eine Ablehnung sein. Ich sehe hier 9 Ja-Stimmen bei der SPD, 4 von der KULT, das sind 13, dann 2 Enthaltungen. Die GfK ist auch dafür. Dann sind wir bei 15 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen. Das reicht nicht. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Jetzt ist die Frage, machen wir eine Pause und dann machen wir den Sozialbereich noch fertig oder gehen wir nach Hause und sind morgen frisch ausgeruht und zackern dann so richtig durch bis 17 Uhr.

Wer ist dafür, dass wir heute jetzt dann Schluss machen. Sie brauchen jetzt keine Karten. Melden Sie sich einfach. Ich stelle es jetzt alternativ zur Abstimmung. Wer ist dafür, dass wir jetzt Schluss machen? Wer ist dafür, dass wir jetzt Pause machen und noch weiter machen? - Das ist eine deutliche Mehrheit. Damit machen wir eine Pause. Es wurde angemerkt, dass die Pausen zu lange sind. Dann würde ich jetzt 20 Minuten vorschlagen, wenn Sie einverstanden sind.

(Zurufe)

Also eine halbe Stunde. Um 20 Uhr geht es weiter.

(Unterbrechung der Sitzung von 19:30 - 20:02 Uhr)

Ich setze die unterbrochene Sitzung fort. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir uns als Zielmarkierung vornehmen, den Sozialbereich abzuschließen und die Bäder. Das sind dann noch so etwa 15 Anträge. Wir können aber auch gerne früher Schluss machen. Weiter werden wir nicht kommen, das macht keinen Sinn. Dann haben wir morgen noch so etwa 40 Anträge, sind morgen Mittag fertig und jeder hat noch was vom Tag. Wir setzen die Beratung fort.

Antrag Nr. 134 (S. 206): Stellenschaffung Behindertenkoordination + 50 % (Die Linke)

Stadträtin Zürn (Die Linke): Das können wir jetzt ganz schnell abarbeiten, weil wir diesen Antrag nämlich zurückziehen. Er hat sich aus unserer Sicht erledigt. Ich will das ganz kurz begründen. Es werden auf Landesebene jetzt Strukturen geschaffen, wo sich Verbesserungen in der Koordination der Arbeit für und mit behinderten Menschen auch für Karlsruhe ergeben. Im Beirat für Menschen mit Behinderungen ist ganz stark der Wunsch, dass Stellen, auch wenn sie auf Landesebene geschaffen werden, mit einem Menschen mit Behinderung besetzt werden. Da ist jetzt gerade der Beirat dabei. Da sind die guten Mutes, und für uns hat sich damit unser Antrag **erledigt**.

Antrag Nr. 135 (S. 206): Paritätischer Sozialdienst gGmbH - Zuschuss für Hausbesuche bei älteren Menschen (KULT)

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Die Begründung ist schriftlich angelegt. Wir bitten um Zustimmung.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir haben im Sozialausschuss mitbekommen, dass die Seniorenfachberatung und die Pflegestützpunkte total neu geordnet werden müssen. Dies soll im Jahr 2015 geschehen. Da haben wir beschlossen, dass wir erst einmal für 2015 noch die Gelder einstellen, und dass das bisherige System mit den freien Trägern weiterhin besteht. Wenn das 2016 wegfällt, fallen verschiedene Angebote weg, z. B. auch dieser Bereich mit den aufsuchenden präventiven Hausbesuchen. Wir sehen aber den Antrag, dass ist der Antrag Nr. 137 der SPD. Hier geht es um die Erhöhung des niederschweligen Betreuungsangebotes, wo all dies auch eine Rolle spielt. Wir sehen das so, dass wir den Antrag Nr. 135 ablehnen, dem Antrag Nr. 137 zustimmen würden mit einem Sperrvermerk und dieser Erhöhung von 47.000 Euro und damit auch verlangen, dass im Jahr 2015 ein Gesamtkonzept für die Seniorenfachberatung erstellt wird, wo auch die Angebote der bisher freien Träger berücksichtigt werden, so dass wir im Jahr 2016 dadurch wieder ein Angebot haben, das dem entsprechen sollte, was bisher war. Das ist unsere Stellungnahme zu Nr. 135 und jetzt schon vorgenommen für Nr. 137.

Stadträtin Fischer (SPD): Damit hat sich mein Redebeitrag zu diesem Punkt auch erledigt. Mit der Begründung von Herrn Dr. Müller werden auch wir diesem Antrag hier nicht zustimmen.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Dito.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Wir wischen euch eins aus! Wir **ziehen** unseren **Antrag zurück**.

Antrag Dr. 136 (S. 206): Bahnhofsmision Karlsruhe - Erhöhung Zuschuss (CDU, SPD, GRÜNE, KULT, FDP)

Den haben wir aufgenommen in die **Veränderungsliste**. Von daher hat er sich **erledigt**.

Antrag Nr. 137 (S. 206): Niederschwellige Betreuungsangebote und ambulante Hilfsdienste - Erhöhung Zuschuss (SPD)

Stadträtin Fischer (SPD): Herr Dr. Müller hat es gesagt, durch die Umstrukturierung der Pflegestützpunkte werden viele Leistungen, die bisher in den Pflegestützpunkten der Träger erbracht wurden, in dem Umfang nicht mehr erbracht werden können. Aus diesem Grunde, um auch diese wichtige Arbeit in den Stadtteilen zu erhalten und um weitere niedrighschwellige Angebote im Seniorenbereich auf den Weg zu bringen, einfach um der demografischen Herausforderung gerecht zu werden, haben wir hier den Haushaltsansatz deutlich erhöht mit dem Ziel, in diesem Bereich langfristig mehr zu investieren, einfach auch um der Herausforderung gerecht zu werden. Das Ziel ist dabei, dass wir im Fachausschuss die einzelnen Anträge jeweils dann beraten und nicht mehr den Gemeinderat mit Einzelanträgen behelligen müssen.

Der Vorsitzende: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir bei Nr. 137 jetzt in die Abstimmung einsteigen. Mit Sperrvermerk, Herr Dr. Müller, das hatten Sie angeregt. - 7 Nein-Stimmen, der Rest hat dem **zugestimmt**.

Antrag Nr. 138 (S. 206): Diakonisches Werk Karlsruhe - Zuschuss Beratungsstelle für Prostituierte (SPD, GRÜNE)

Da haben wir über die **Veränderungsliste** etwas aufgenommen. Wir weisen aber darauf hin, dass das Anliegen der SPD und der Grünen über die von uns eingestellten Beträge hinausreicht. - Hat sich **erledigt**.

Antrag Nr. 139 (S. 216): Stellenschaffung Schulsozialarbeit, Leitung Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen (CDU, SPD, GRÜNE, KULT, FDP, GfK)

Stadtrat Hofmann (CDU): Der Einsatz von Schulsozialarbeitern hat sich als unverzichtbar erwiesen in den letzten Jahren. Daher auch eine breite Zustimmung in diesem Hause zu den Anträgen jeweils. Gerade in unserer heutigen Gesellschaft und unter den Bedingungen, die dadurch entstanden sind - die Zeit hat sich gewandelt - die Stellenschaffungen dringend notwendig waren. Das Ziel der breiten Mehrheit hier im Gemeinderat war und ist es schon seit langem, dass wir versuchen an allen Schulen, die einen Antrag gestellt hatten, auch eine halbe Stelle der Schulsozialarbeit einzurichten. Uns war sicher allen klar, dass dies einen langen Atem braucht, aber wir sind jetzt auf der Zielgeraden mit dem Ganzen. Mit der Tranche von 5 1/2 Stellen sind wir da angelangt, dass alle Anträge auch, die vorgelegen sind, für diese Erstausrüstung abgearbeitet sind. Aufgrund

der hohen Zahl der vorhandenen Stellen, die jetzt einfach in diesem Pool sind, ist auch eine zweite Stelle für die Koordinierungsaufgabe dringend notwendig, denn man muss auch hier in diesem Bereich in Zukunft effizient weiterarbeiten können und vor allem auch die Qualität sichern. Von daher ist eine Koordinierung dabei nicht wegzudenken.

In den nächsten Jahren wird durch die Umsetzung der notwendigen Schließungen im Hauptschulbereich oder Werkrealschulbereich die eine oder andere Stelle frei werden. Es ist jetzt schon ein weiterer Bedarf, ein zusätzlicher Bedarf angemeldet. Wir haben das schon gesehen. Da werden wir sicherlich im Schulbeirat entsprechend entscheiden, wie man evtl. mit diesen Stellen umgehen kann. Bisher war das Prozedere immer so, dass von der Verwaltung nichts eingestellt wurde, sondern wir mussten es immer en top machen. Wir sind uns in dieser Sache so einig, dass wir es vielleicht im Schulbeirat vorbereiten und die Verwaltung dies schon mit in den Haushalt einbringt, dass wir nicht immer hier einen zusätzlichen Antrag stellen müssen. Wir haben jetzt eine sehr solide Basis. Jetzt dreht es sich nur noch um das eine oder andere. Wenn wir das im Ausschuss gemeinsam bereden, dann kommen wir da auf einen ganz guten Weg.

Stadträtin Uysal (SPD): Es ist sehr erfreulich, dass wir in diesem Bereich gemeinsam Schritte wagen, und zwar Schritte, die wirklich sehr erforderlich sind, um die pädagogische Arbeit vor Ort mit Schulsozialarbeitern zu unterstützen. Wir sind hier auf einem richtigen Weg, deswegen freuen wir uns sehr. Unser Ziel sollte es aber weiterhin sein, dass wir die Schulsozialarbeit flächendeckend weiterhin ausbauen und evtl. auch aufstocken. Auch freuen uns darüber, dass wir eine Leitungsstelle gewonnen haben, die die Schulsozialarbeiter in ihrer Arbeit unterstützen und auch die Koordination übernehmen wird. Interessant wäre es aber für uns im zuständigen Fachausschuss, im Schulbeirat, zu wissen, was diese Leitungsstelle tatsächlich macht. Wenn man für uns diese Koordination und die Qualitätssicherung etwas entschlüsseln könnte im zuständigen Fachausschuss, würden wir uns sehr freuen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Es ist ein sehr positives Zeichen, dass wir hier im Gemeinderat so einvernehmlich einen gemeinsamen Antrag einbringen. Der weitere Ausbau der Schulsozialarbeit beruht ja auf einem Gemeinderatsbeschluss, sukzessive alle Schulen in Karlsruhe mit Schulsozialarbeit auszustatten. Insofern, Herr Hofmann, ist es eigentlich sogar schön, wenn wir uns jedes Mal sozusagen als Gemeinderat, der diesen Beschluss ursprünglich gefasst hatte, auch einigen können, in welchen Schritten wir jetzt diesen Ausbau auch weiter vornehmen.

Wir haben jetzt in diesem Haushalt 5 1/2 weitere Stellen, die wir an Schulen zur Verfügung stellen können. Was jetzt hinten runter gefallen ist, das möchte ich auch einmal erwähnen seitens der Vorlage der Stadtverwaltung, waren noch der Ausbau der Schulsozialarbeit an den Schulen, an den sehr großen Schulen, die im Prinzip auch schon etwas mehr bedürfen als eine halbe Stelle. Wenn ich z. B. Schulen anschau, die fast 2.000 Schülerinnen und Schüler haben, wie die großen beruflichen Schulen, dann ist eine halbe Stelle für Schulsozialarbeit sehr wenig, d. h. wir werden natürlich perspektivisch daran denken müssen, wie wir jetzt auch den unterschiedlichen Bedürfnissen an Schulsozialarbeit gerecht werden. Zunächst einmal aber können wir uns für heute freuen, dass es uns wieder gelungen ist, diese 5 1/2 Stellen gemeinsam zu beantragen und auch eine Leitungsstelle, die jetzt dringend notwendig ist, denn oft handelt es sich um

junge Schulsozialarbeiterinnen, die natürlich auch Coaching brauchen, die Unterstützung brauchen, die Fortbildung brauchen, die auch eine Supervision brauchen. Dafür braucht es eben eine qualifizierte Fachkraft. Insofern ist auch dieser Einstieg in die Leitungsstelle jetzt auch sehr positiv. Insgesamt ein positives Signal. Da machen wir auf diese Art und Weise auch künftig weiter.

Stadtrat Jooß (FDP): Auch wir freuen uns über die breite Mehrheit hier im Gemeinderat. Zum Beitrag von Frau Rastätter: Es gibt natürlich auch Schulen, vor allem Berufsschulen, wo eine ganze Schulsozialarbeiterstelle gibt, z. B. in Durlach an der Gewerbeschule. Das weiß ich persönlich. Mir geht es auch ums Geld. Von daher gehört Schulsozialarbeit halbiert - das habe ich schon gesagt -, die Schularbeit ist Land, Sozialarbeit ist Stadt. Wir bekommen jetzt immerhin ein Drittel, von daher können wir dem locker zustimmen, weil das Land zumindest jetzt mit einem Drittel beteiligt ist. Wir sind froh, dass das so fortgeführt wird.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich will nur die Runde komplettieren und auch die Zusage der Freien Wähler machen, dass wir es für richtig halten und dem zustimmen. Mehr ist zu diesem Thema nicht mehr zu sagen.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch darauf verweisen, dass in den Anträgen mindestens der KULT, nicht eine Leitungs- und Koordinierungsstelle, sondern zwei Stellen begehrt worden sind. Ich würde Ihnen dennoch vorschlagen, dass wir jetzt mit 5,5 Personalstellen plus einer Leitungs- bzw. Koordinierungsstelle diesen Beschluss fassen und das als zunächst einmal ausreichend begreifen. Mir ist fürs Protokoll noch wichtig, dass diese Stellen, deren Einrichtung wir Ihnen auch empfehlen, jetzt nicht aus diesem Pool genommen werden über den wir heute Morgen gesprochen haben, sondern das läuft separat, ist durchfinanziert und hat natürlich auch keinen Sperrvermerk. An der Stelle starten wir dann in die Umsetzung, die sinnvollerweise wahrscheinlich doch erst zum nächsten Schuljahr gelingen wird. Das wird zunächst hier keine weitere Einschränkung haben. Wenn Sie das auch alle so sehen, dann würde ich jetzt um das Kärtchen bitten. - 2 Enthaltungen, der Rest ist **Zustimmung**.

Antrag Nr. 140 (S. 216): Verein für Jugendhilfe e. V. - Zuschuss Projekt Kompetenzagentur (Die Linke)

Frau Stadträtin Fischer erklärt sich für befangen, ebenso wie bei Nr. 141.

Können wir gleich abstimmen sagt Herr Stadtrat Fostiropoulos. Dann bitte ich hier um das Kartenzeichen. - Ich sehe nur 3 gelbe Karten, das reicht nicht. Der Rest ist Ablehnung. Damit ist das **abgelehnt**.

Antrag Nr. 141 (S. 216): Verein für Jugendhilfe e. V. - Jugendsozialarbeit Schilerschule (Die Linke)

Ebenso wird gleich begehrt, dass wir abstimmen. - Jetzt haben wir noch 2 gelbe Karten. Das ist auch nicht die Mehrheit. Damit ist es **abgelehnt**.

Antrag Nr. 142 (S. 216): Stadtjugendausschuss e. V. - Erhöhung Zuschuss für Aktions- und Zirkuspark (SPD, GRÜNE, KULT, FDP, Die Linke)

Sie möchten gleich abstimmen. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. - 22 Nein-Stimmen. Dann müsste es eigentlich nicht reichen mit der Ablehnung, sondern müsste reichen mit der Zustimmung. Sehen Sie das auch so? Somit **angenommen**.

Antrag Nr. 143 (S. 216): Pro Familia e. V. - Erhöhung Zuschuss „Let's talk about“ (SPD, GRÜNE, KULT, FDP, Die Linke)

Gibt es dazu etwas zu diskutieren. Das sehen Sie nicht so. Sie möchten gleich abstimmen. - Dann ist das eine **mehrheitliche Zustimmung**. Da können wir so festhalten.

Antrag Nr. 144 (S. 219): Deutscher Kinderschutzbund e. V. - Erhöhung Zuschuss (CDU, SPD, GRÜNE, KULT, FDP, GfK)

Bei 3 Ablehnungen **mehrheitlich so beschlossen**.

Antrag Nr. 145 (S. 219): Hebammenverband Baden-Württemberg, Begrüßungsmappe, Personenkreis: 1.400 Neugeborene à 100 Euro (GfK)

Antrag Nr. 146 (S. 219): Hebammenverband Baden-Württemberg, Begrüßungsmappe, Personenkreis: 2.500 Neugeborene à 50 Euro (GRÜNE)

Antrag Nr. 147 (S. 277): Hebammenverband Baden-Württemberg, Parkgenehmigungen (GRÜNE)

Antrag Nr. 148 (S. 219): Hebammenverband Baden-Württemberg, Arbeit mit Schulklassen, Begrüßungsmappe, Personenkreis: Neugeborene à 100 Euro (KULT)

Antrag Nr. 149 (S. 277): Hebammenverband Baden-Württemberg, Parkgenehmigungen (KULT)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Sie ja die ganze Vordiskussion kennen, auch die Stellungnahmen der Verwaltung. Wir schlagen Ihnen vor, dass wir diesen Begrüßungsmappen ein Stück weit eine entsprechende Unterstützung gewähren. Jetzt gibt es eine ganze Reihe von Antragstellungen. Ich fange einmal mit Herrn Stadtrat Geiger an.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Bezüglich der Stellungnahme der Stadtverwaltung ist der abschließende Satz, dass sie alle Anträge ablehnen. Das hörte sich jetzt gerade so an, als hätte sich die Meinung der Stadtverwaltung in Bezug auf die Begrüßungsmappen geändert. Das ist leider nicht so. Dem Begehr der Hebammen waren alle Gruppen hier im Gemeinderat so ihrer öffentliche Solidaritätsadressen, die sie abgegeben haben, offen gegenüber. Wir hatten dann verschiedene Maßnahmenvorschläge, die zur Unterstützung der Hebammen in den Fachausschüssen beraten wurden, sowohl im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit als auch im Sozialausschuss von unserer Seite priorisiert. Zwei, die eine große Mehrheit in den Fachausschüssen erhalten haben, waren einmal die Begrüßungsmappen und einmal auch die Parkgenehmigungen, allerdings nicht nur für Hebammen, sondern für den kompletten Bereich der Gesundheitsdienstleister, die aufsuchend sind. Diese zwei Anträge haben wir gestellt, würden bei den Begrüßungsmappen allerdings an das untere Ende sozusagen des Pauschalvergütungsbe-

trages von 50 Euro gehen. Wir hätten gern noch das Einverständnis der Stadtverwaltung dazu, dass in der konkreten Konzeptausgestaltung, sofern das eine Mehrheit findet, tatsächlich auch darauf geachtet wird, dass alle Karlsruher Kinder dementsprechend eine solche Begrüßungsmappe bekommen und nicht wenn das Budget ausgereizt ist, die spät geboren sind, hinten runterfallen und dann ein entsprechender Mehrwert entsteht, indem dieses Beratungsgespräch mit der Hebamme geführt wird.

Nicht ganz nachvollziehen konnten wir die Stellungnahme bei den Parkgenehmigungen. Wir haben uns natürlich am Handwerkerparkausweis, den es auch in der Technologieregion Karlsruhe gibt, orientiert. Insofern wäre das kein singuläres Alleinstellungsmerkmal für die aufsuchenden Gesundheitsdienstleister, sondern wir möchten, dass ihnen das gleiche Recht wie den Handwerkern zugestanden wird.

Stadtrat Cramer (KULT): Lieber Kollege Pfannkuch, wir präzisieren unseren Antrag. Wir haben die ganze Palette beantragt, eben mit präventiver Arbeit in Schulklassen und mit einer stärkeren Vernetzung mit dem Kinderbüro. Wir sehen aber natürlich, in welche Richtung es hier geht, vor allem mit Herrn Pfannkuch. Wir würden uns auch beschränken auf diese Begrüßungsmappe und auf die Parkausweise, obwohl wir da schon nicht von der unteren Grenze ausgehen wie die Grünen. Entschuldigung, das war die finanzielle Vergütung. Da bleiben wir bei unserem 100 Euro und dann eben die Parkausweissgenehmigungen. Wie ich es heute Morgen schon gesagt habe, das ist sicher ein wichtiger Punkt. Es wird in den nächsten Wochen und Monaten noch einmal eine breite Diskussion geben in der Bundesrepublik, denn die gesetzlichen Krankenversicherungen wollen ja den Leistungskatalog für Hebammen verschärfen, so dass sie wirkliche Probleme bekommen überhaupt noch, wenn es gewollt wird, Hausgeburten machen zu können und überhaupt Dienste anbieten zu können. Wir sollten das, was wir in der Kommune in Karlsruhe selbst unterstützend hier tun können, auch machen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Als CDU haben wir uns bereits in den vergangenen Jahren in zahlreichen Gesprächen über die Hebammen, ihre Situation und ihre Problematik, sehr im Detail informiert. Grundsätzlich wird sich das Problem, das die Hebammen haben mit ihren Haftpflichtversicherern, die eben langjährigen Regressansprüchen ausgesetzt sind und deswegen die Prämien so hoch ansetzen, nicht in unserer Ebene lösen lassen. Das ist eine Sache des Bundesgesetzgebers. Da ist er gefordert. Wir halten es aber für wichtig als eine Geste der Wertschätzung und Anerkennung dieses Berufsstandes und der Bedeutung, den er im Leben der Familien mit Neugeborenen hat, in der Vorsorge, in der Nachsorge - in Karlsruhe besteht ein gewisses Defizit in der Versorgung bereits heute -, dies zu unterstützen. Wir können uns daher sehr gut vorstellen, hier die Begrüßungsmappe mit 50 Euro zu unterstützen, allerdings mit der Maßgabe, dass die Hebammen dann wirklich die Familien zu Hause aufsuchen, da dort die Möglichkeit besteht zu sehen, welche Zustände herrschen dort, gibt es Probleme, gibt es Hilfebedarf, dass dort auch über Informationsmaterial und Unterstützungsangebote aufgeklärt und informiert wird und auch eine Rückkopplung dann ggf. an Behörden und Hilfestellung erfolgt. Dann würden sie echte Serviceleistungen erbringen, die auch kommunale Aufgaben darstellen können.

Was die präventive Arbeit mit Schulklassen betrifft, ist dies eine gute Sache in der Idee, aber Bildungsinhalte sind doch eher im Bereich der Landesgesetzgebung des Landes

anzusiedeln. Was die Parkgenehmigungen angeht, da haben wir einfach die Schwierigkeit, eine Berufsgruppe besonders hervorzuheben, gerade in vielfältigen Berufssparten, die auch ambulante sonstige Pflege, Dienstleistungen und auch weitergehende Angebote wie Krankengymnastik etc. anbieten, dann dort ungleich zu behandeln. Da wollen wir keine Ungleichbehandlung schaffen. Deswegen mit uns - wie gesagt - die Begrüßungsmappe mit den genannten Voraussetzungen. Die restlichen Punkte lehnen wir ab.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir wollen immer eine Willkommenskultur in dieser Stadt pflegen. Diese neuen Erdenbürger wollen ja willkommen geheißen werden. Da sind wir ganz schwach drin. Es gibt sogar ein Recht auf Hausgeburten. In Karlsruhe gibt es aber keine Hausgeburten mehr, weil mittlerweile der Berufsstand so weit ausgedünnt ist, dass wir gar keine Hebammen mehr haben, die das begleiten können. Es geht nicht um die Geburt, es geht um die Vorbereitung zur Geburt und die Begleitung nach der Geburt. Wir wissen, dass die Gesundheit nachher sehr deutlich von dieser Begleitung abhängt. Wenn die fehlt, ist es nachweislich, dass die Kinder leichter anfälliger sind für Krankheiten. Aus diesem Grund haben wir vorgeschlagen, 100 Euro pro Mappe. Ich bin nicht dafür, jetzt die Parkgenehmigungen noch extra einzuführen. Einfach 100 Euro pro Mappe. Das ist ein sehr ermutigendes Zeichen für die Frauen, und für die Willkommenskultur ein guter Tag für Karlsruhe.

Stadträtin Melchien (SPD): Sie haben dargestellt, wie schwierig die Situation der Hebammen, insbesondere der freien Hebammen, ist. Wir als Stadt können dies sicher nicht lösen. Auch wir als SPD wollen natürlich helfen. Wir hatten ausführliche Diskussionen hier im Hause, aber auch in unserer Fraktion, wie wir denn am besten helfen können. Wir haben uns auf die Parkgenehmigungen geeinigt, allerdings nicht nur für die Gruppe der Hebammen, sondern dann die reduzierte Gebühr für die aufsuchenden Gesundheits- und Pflegedienstleister und sehen da auch nicht den Gleichbehandlungsgrundsatz gefährdet, weil wir diese Ausnahme auch schon für die Handwerker in der Technologieregion so haben.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Kollege Geiger, soweit ich mich erinnere, war das ein bisschen anders, was die Diskussion in den Ausschüssen anging. Es wurde zuerst im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit besprochen. Da war die Mehrheit dafür, keinen Parkausweis auszugeben, weil man eben dann auch allen anderen Gesundheitsberufen Parkausweise geben muss. Man hatte sich aber darauf geeinigt, diese Begrüßungsmappe den Hebammen zu überlassen. Ich habe da auch dafür gestimmt. Später im Sozialausschuss wurde halt noch eins draufgelegt. Da gab es auch einige, die sich für die Parkbefreiung ausgesprochen haben. Wir von der AfD sehen das genauso wie die CDU. Es ist sinnvoll, dass die Hebamme nach der Geburt zu den Familien geht, schaut, wie sieht es aus. Ich weiß selber aus eigener Erfahrung, wenn man das erste Kind bekommt, man ist von jetzt auf nachher in einer ganz anderen Situation. Wir waren froh, dass die Hebamme zu uns gekommen ist und mit uns alles besprochen hat. Ich denke, dass nicht alle Familien von sich aus bereit sind, so einen Besuch zu akzeptieren. Deswegen halten wir einen gewissen Druck von Seiten der Stadt und die In-die-Pflichtnahme der Hebammen für sinnvoll. Ich denke, dass 50 Euro für diesen Besuch ausreichend sind. Die Parkbefreiung halten wir für zu weit gegangen. Wenn wir so weitermachen, sind irgendwann alle Berufsgruppen parkbefreit. Das kann auch nicht Ziel der Sache sein.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Ich würde jetzt gern in die Abstimmungen einsteigen. Wir haben bei der Durchsicht der verschiedenen Anträge gerade festgestellt, dass einmal von 2.000 möglichen Kindern, einmal von 2.500 und einmal von 1.400 ausgegangen wird, was natürlich, wenn man dann 100 Euro pro Begrüßungsmappe verteilt, zu sehr unterschiedlichen Beträgen führt. Insofern müssen wir versuchen, das ein bisschen einzugrenzen. Ich fange mit dem weitestgehenden Antrag an, das ist Gemeinsam für Karlsruhe. Da geht es um die Begrüßungsmappe für alle Kinder, die eben zu Hause betreut werden. Dafür soll es 100 Euro geben. Das war die Kombination. Das unterscheidet sich dadurch vom Antrag der Grünen, die hier 50 Euro pro entsprechendem Besuch ansetzen. Ich fürchte allerdings, dass die 140.000 Euro, wenn es uns gelingt, doch die meisten dieser 2.000 Kinder zu erreichen, natürlich zu gering sind. Insofern müssten Sie im Grunde bereit sein zu sagen, wenn Sie dem Antrag der Gruppe Gemeinsam für Karlsruhe folgen, dann können es auch durchaus 200.000 Euro vom Ansatz werden, wenn wir unsere eigene Berechnung an einer anderen Stelle ernst nehmen. Insofern würde ich hier sogar fast vorschlagen, damit wir hier konsistent bleiben, Sie ersetzen mal die 140.000 durch die 200.000. Dann wäre das jetzt sozusagen der weitestgehende Antrag, was die Gesamtsumme betrifft.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Da möchte ich doch Einspruch erheben. Den Hebammen, die es in Karlsruhe gibt, wird es nicht gelingen, alle Eltern, alle Neugeborenen, zu besuchen. Insofern wird der Betrag von 200.000, selbst die 140.000 werden locker reichen.

Der Vorsitzende: Gut, dann belassen wir es bei den 140.000. Da bin ich auch nicht böse. Was machen wir dann, wenn es doch erreicht wird? Dann reden wir miteinander. Wir nehmen die 140.000 Euro. Ich bitte jetzt um das Kartenzeichen. Wir sind noch nicht bei den Parkgebühren, sondern bei der Sache mit der Mappe. - Da gibt es überwiegend Ablehnung, 6 dafür, der Rest dagegen. Damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt bleiben wir aber bei den Begrüßungsmappen und nehmen den Antrag der Grünen, die 50 Euro pro Begrüßungsmappe ansetzen. Wenn ich dann die Zahlen von Herrn Kalmbach zugrunde lege, wären wir nicht bei 125.000 sondern bei 70.000. Wir stellen jetzt trotzdem 125.000 ein, das ist in Ordnung. Ich will nur die Relation deutlich machen.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Noch mal, weil der Kollege Borner mich darauf angesprochen hat, wir gehen schon davon aus, dass alle neugeborenen Kinder, die einen Wohnsitz in Karlsruhe haben werden, gleichbehandelt werden und dementsprechend auch das gleiche Leistungsniveau erfahren. Ich hätte ein echtes Problem jetzt damit, wenn wir sagen, die einen bekommen ein tolles Beratungsgespräch und den anderen wird es nur zugeschickt. Das geht nicht. Das muss dann aber konzeptionell von der Verwaltung mit den Hebammen ausgehandelt werden, wie das gewährleistet werden kann.

Der Vorsitzende: Ich gehe mal davon aus, dass die Eltern entscheiden, ob sie eine Hebamme in die Nachbetreuung einschalten oder nicht. Ich gehe davon aus, dass nicht alle Eltern eine Hebamme finden. Wenn wir uns darauf einigen, dass diese Hebammen, die dann zu den Kindern gehen, eine solche Mappe mitbringen, können wir darüber abstimmen. Was wir nicht hinkriegen ist hier das Versprechen, uns quasi als Verwaltung aufbürden zu lassen, jetzt für alle Eltern eine Hebamme zu finden, die dann die Begrü-

Büßungsmappe persönlich übergibt. Das kriegen wir nicht hin. Herr Stapf schlägt gerade vor, die Gemeinderäte können dann einspringen und die Begrüßungsmappen überbringen. Der Anspruch ist verständlich, Herr Geiger, aber bitte wir müssen es über die Hebammen organisieren, wir können es nicht über jemand anders organisieren. Wenn wir uns da einig sind, dann lassen wir die 125.000 jetzt so drinstehen. Ich bitte Sie jetzt um das Kartenzeichen für oder gegen den Grünen-Antrag. - Da gibt es jetzt sehr viel Zustimmung. Bei 12 Ablehnungen mehrheitlich dem so **zugestimmt**.

Jetzt kommen wir zum Thema der Parkgenehmigungen. Da gibt es den Antrag der Grünen auf eine Reduzierung der Parkgenehmigung um 50 Euro, wenn ich das richtig verstanden habe, was dann eine verminderte Einnahmeposition nach unseren Berechnungen von 40.000 Euro ausmacht. Da bitte ich jetzt um das Kartenzeichen für diesen Grünen-Antrag mit der Reduzierung der Parkgenehmigungen. - Dann haben wir 21 auf der linken Seite und 4 auf der rechten Seite. Das dürfte die Mehrheit sein. Wird das angezweifelt? Nein. Dann haben wir auch dem Antrag der Grünen **zugestimmt**, die Parkgebühren entsprechend zu reduzieren.

Nach meinem Verständnis wären damit alle Anträge abgearbeitet. Sehen Sie das auch so? Dann können wir uns von diesem Block verabschieden.

Antrag Nr. 150 (S. 222): Freundeskreis Karlsruhe e. V. - Zuschuss für Suchtkrankenhilfe (GRÜNE, GfK, Bürger/Einwohner)

Gibt es dazu eine Wortmeldung der Antragsteller?

Stadtrat Borner (GRÜNE): Der Freundeskreis Suchtkrankenhilfe ist in zahlreichen städtischen Einrichtungen, wie z. B. Städt. Klinikum, Schulen und Jugendeinrichtungen, vernetzt und leistet eine anerkannt gute Arbeit. In den letzten Jahren ist vermehrt festzustellen, dass der Freundeskreis sich auf veränderte Bedingungen wie mehr Suchtkranke und Suchtgefahren einstellen muss. Mit unserem Antrag wollen wir den Freundeskreis Suchthilfe als einen wichtigen Partner im Netzwerk Suchthilfe Karlsruhe erhalten.

Stadträtin Melchien (SPD): Wir können diesen Antrag inhaltlich nachvollziehen. Bei der Suchtkrankenhilfe kommt noch hinzu, dass sich die finanzielle Situation verschlechtert hat. Uns fehlt allerdings die Ausschussberatung. Deswegen bitten wir um einen Sperrvermerk und können dann zustimmen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Um keine weiteren Ausweitungen der Unterstützungen zu machen, wie wir angekündigt hatten, werden wir diesen Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende: Sind die Antragsteller mit einem Sperrvermerk einverstanden? Das ist so. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Bei 26 Zustimmungen ist das die Mehrheit. Dann ist dem so **zugestimmt** worden.

Antrag Nr. 151 (S. 222): AWO Beratungsstelle für Krebskranke - Erhöhung Zuschuss (SPD)

Antrag Nr. 152 (S. 222): AWO Beratungsstelle für Krebskranke - Erhöhung Zuschuss (Die Linke)

Antrag Nr. 153 (S. 222): AWO Beratungsstelle für Krebskranke - Erhöhung Zuschuss (GRÜNE)

Wir haben hier einige unterschiedliche Vorstellungen über die Höhe des Zuschusses.

Stadträtin Melchien (SPD): Es ist richtig, wie es der Verwaltungsantwort zu entnehmen ist, es gibt weitere Anlauf- und Beratungsstellen in diesem Bereich. Hier wird eine wichtige Begleitung und Unterstützung geleistet, und die Zahlen sind steigend. Der Bedarf ist also unserer Einschätzung nach vorhanden, auch für mehrere Beratungsstellen. Selbstverständlich sind auch wir im Rahmen der umfangreichen Debatten in der Strukturkommission bereit, über solche Doppelstrukturen, auch wenn sie hier einfach nur den Bedarf decken, zu diskutieren. Hier sehen wir allerdings den Bedarf, eine Erhöhung vorzunehmen. Deswegen unser Antrag.

Der Vorsitzende: Gibt es von den Antragstellern weitere Meldungen. Das ist nicht der Fall.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir werden einer Ausweitung nicht zustimmen. Diese Einrichtung bekommt knapp 50.000 Euro. Wir sehen dies aus haushaltstechnischen Gründen als nicht möglich an.

Der Vorsitzende: Gibt es weitere Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Jetzt kommen die drei verschiedenen Beträge. Wir fangen mal mit dem Höchsten an, das ist der SPD-Antrag über zweimal 24.010 Euro. Bei 28 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Dann kommen wir zu dem Antrag der Linken, 14.010 Euro. - Das ist dasselbe Bild. Damit ist es **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag der Grünen über 10.000 Euro. - Bei 21 Ablehnungen mehrheitlich **zugestimmt**.

Antrag Nr. 154 (S. 222): Arbeiterwohlfahrt Get In - Erhöhung Zuschuss (SPD, GRÜNE, Die Linke)

Stadträtin Melchien (SPD): Die große Rede kann ich mich hier auch sparen. Es geht mir darum, das noch zu ergänzen. Es geht hier um die Drogenhilfe, um dieses Angebot auch erfolgreich fortführen zu können. Jetzt meine Ergänzung, die Anmerkung: Wir wünschen uns, dass hier wieder ein vertraglicher Rahmen geschaffen wird, dass das jetzt nicht dauerhaft in diesem freiwilligen Bereich ist. Das ist ein gemeinsam abgestimmtes Konzept auch der Stadt im Bereich der Drogenhilfe. Deswegen würden wir uns wünschen, dass es wieder zu einer vertraglichen Vereinbarung kommt, wie es bisher ja üblich war.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Auch wir sehen es als wichtig an, dass wieder eine vertragliche Situation kommt. Für die jetzige Situation war es uns immer ein Anliegen, auch mit der Drogenambulanz. Um die geht es auch vorwiegend bei dieser Erweiterung. Wir

haben immer gesehen, dass dies nicht nur eine Verabreichung sein darf, sondern dass eben auch eine sozial-psychiatrische psychologische Hilfe da sein muss. Dies war bisher über das Get In mitgemacht worden. Das reicht nicht mehr für alle Aufgaben. Deswegen ist es notwendig, das haben wir eingesehen, dass wir diese halbe Stelle brauchen, speziell für die Drogenambulanz. So wurde es uns auch zugesichert von der AWO und deswegen können diesem Antrag zustimmen.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Ich hätte fast nicht gedacht, dass es heute noch drankommt. Das sind wichtige Angebote, die angenommen werden und den Menschen wirklich helfen, statt sie wie Verbrecher zu behandeln. Entsprechend stimmen wir dem zu.

Der Vorsitzende: Das war die letzte Wortmeldung. Dann bitte ich um die entsprechenden Karten. - Bei 7 Ablehnungen mehrheitlich **angenommen**.

Antrag Nr. 155 (S. 222): Initial e. V. - Zuschuss Projekt Der soziale Garten (SPD, GRÜNE, FDP)

Antrag Nr. 156 (S. 222): Initial e. V. - Zuschuss Projekt Der soziale Garten (KULT)

Hier haben wir bei irgendeiner Darstellung die KULT-Fraktion vergessen. Das bitten wir zu entschuldigen. Wir würden uns auch dafür aussprechen, wenn Sie dem Ganzen nähertreten, dass wir einen Sperrvermerk einrichten, weil es hier auch noch um Entscheidungen über Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds geht. Der Sperrvermerk gibt uns dann die Möglichkeit, das noch in die Freigabe mit einzubeziehen. Unter diesen Prämissen gibt es jetzt zwei Anträge über unterschiedliche Höhen. Möchten die Antragsteller etwas dazu sagen? Das ist nicht der Fall. Sonst noch jemand? Das ist auch nicht der Fall. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. Wir nehmen jetzt den höheren Betrag von SPD, GRÜNE, FDP. - **26 Zustimmungen**. Dann brauchen wir den Antrag Nr. 156 mit dem Sperrvermerk gar nicht abstimmen.

Antrag Nr. 157 (S. 224): AWO Arbeits- und Beschäftigungsprojekt - Zuschuss (SPD, GRÜNE, Die Linke)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir auch beim Antrag Nr. 157 die Ablehnung empfehlen, da es hier in 2015 noch Fördergelder aus dem ESF für dieses Projekt gab und dass dieser Betrag bisher immer ausreichend war. Mit dem beantragten Betrag würden Sie 2015 weit über das Vorgesehene und Notwendige hinausgehen. Insofern wäre dann aber für das Jahr 2015 der Differenzbetrag zu diesen 99.000 Euro, die sowieso schon da sind, sinnvoll, nämlich dann nur 47.175 Euro einzustellen. Es könnte durchaus auch noch passieren, dass wir auch für das Jahr 2016 noch Geld bekommen. Insofern wäre auch dieser Zuschuss für das Jahr 2016 mit einem Sperrvermerk zu versehen. Wenn die Antragsteller einverstanden wären, würden wir also den Betrag 2015 auf 47.175 Euro reduzieren und den Betrag 2016 unter einen Sperrvermerk setzen, falls der Antrag so angenommen wird. Wir als Verwaltung würden es Ihnen empfehlen abzulehnen.

Stadträtin Melchien (SPD): Wir empfehlen Ihnen natürlich Zustimmung. Wir sehen das Ganze als Teil des sozialen Arbeitsmarktes. Wir haben es in den vergangenen Jah-

ren geschafft, einen Einstieg zu erreichen. AWORKS, das ist wirklich ein ganz tolles Projekt. Dies wollen wir gerne weiter gesichert wissen. Selbstverständlich, wenn es andere Mittel gibt, dann sind die städtischen Mittel so in der Höhe nicht notwendig. 2015 nur die Differenz, Sie haben es ausgeführt. 2016 gerne mit Sperrmerk auch noch mit der fachlichen Diskussion, die wir dann führen und vor allem auch um abzuwarten, gibt es andere Mittel. Wenn es die nicht gibt, dann ist es uns sehr wichtig, dass es weiterläuft. Von daher bitten wir um Ihre Unterstützung.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Auch wir stimmen dem natürlich zu. Wir sehen das Ganze auch zu dem vorhergehenden Antrag zu Initial. Wir wollten noch anregen, das Ganze auf Dauer in das Gesamtkonzept Arbeit aufzunehmen, damit man einen Fördertopf hat, wo sich verschiedene Anbieter bewerben können, so dass auch ein Wettbewerb entsteht.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir sehen diese Arbeit der AWO als wichtig an und sehen dies als einen wesentlichen Bestandteil auch des sozialen Arbeitsmarktes, wo wir einheitlich hier uns dafür eingesetzt haben. Wir würden dem so zustimmen, was Sie jetzt gesagt haben, Herr Oberbürgermeister, mit dem Jahr 2015. Mit der Summe im Jahr 2016 würden wir mit 100.000 Euro mitmachen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine Wortmeldungen mehr. Der weitergehende Antrag ist der Antrag von SPD, Grünen und der Linken, den wir jetzt so modifiziert haben, dass wir im Jahr 2015 statt 146.750 Euro 47.175 Euro einstellen und im Jahr 2016 einen Sperrvermerk auf die Gesamtsumme legen, die eben dann offenhält, ob wir da nicht über ESF-Mittel eine weitere Förderung bekommen. Wer diesem Antrag jetzt so zustimmt oder ihn ablehnt, den bitte ich um das Handzeichen. - **27 Zustimmungen.** Dann brauchen wir den veränderten Antrag nicht zur Abstimmung stellen.

Antrag Nr. 158 (S. 235): Streichung Zuschuss Oberwaldbad (FW)

Stadtrat Wenzel (FW): Ich halte mich kurz. Für uns ist dieses Oberwaldbad so ein Phänomen. Wir konnten bisher nicht eindeutig, trotz Recherchen, feststellen, wer dieses Bad nutzt. Sie haben in Ihrer Stellungnahme bereits darauf hingewiesen. Wir haben bei unseren Recherchen immer wieder eigentlich einen Werber dieses Bades gefunden, das war dieses Wohnstift, das damit wirbt, dass das exklusiv für sie als Nutzer ist. Das hat uns stutzig gemacht. Wir haben uns gefragt, warum ein elitäres Bad, wenn es nicht für die Allgemeinheit ist. Sie haben das jetzt differenziert. Uns wird dadurch klar, dass es auch anderweitig genutzt wird, aber wir sollten in Zukunft überlegen, ob zum Thema Bäder zwei Bäder in einem Stadtteil, Rüppurr und Dammerstock, notwendig sind. Ich bestehe hier nicht auf Abstimmung, denn diese Zahlen waren mir so nicht bekannt.

Der Vorsitzende: Damit hat sich das **erledigt.**

Antrag Nr. 159 (S. 237): Freibad „Wölfe“ Wolfartsweier (CDU, SPD, GRÜNE, Ortschaftsrat Wolfartsweier)

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir alle wissen, dass der Förderverein Freibad Wolfartsweier ein absolut vorbildliches Beispiel für ehrenamtliches Engagement in Karlsruhe ist. Dies

belegt natürlich auch die Auszeichnung, die sie im letzten Jahr erhalten haben. Wir stehen alle schon seit langem zu dem Freibad in Wolfartsweier, weil es ein wichtiges Nischenbad ist, vor allem auch für Familien, die sich dort sehr wohlfühlen. In der Vergangenheit haben wir uns auch immer wieder für dieses Freibad eingesetzt und mit dem Doppeleuro damals den laufenden Betrieb entsprechend erhalten können. Jetzt stehen wir halt vor einer schwierigen Situation. Die Desinfektionsanlage ist kaputt, und es stehen 50.000 Euro an. Das ist jetzt schon ein Punkt, wo wir noch einmal darüber nachdenken müssen, aber wir denken, dass dieses Engagement, das dort wirklich da ist, uns auch wirklich etwas wert sein muss. Es ist wirklich mehr als überdurchschnittlich. Wir sehen da drin einen absoluten Mehrwert auch für unsere Karlsruher Bürgerinnen und Bürger. Allerdings bestehen wir dringend auf diesen Sperrvermerk, weil das Problem besteht darin, dass wir sehen wollen, wie steht das Bad insgesamt da. Es nützt nichts, wenn wir jetzt 50.000 Euro in diese defekte Desinfektionsanlage stecken und in zwei Jahren oder nächstes Jahr ist die nächste Anlage kaputt oder irgendeine Umwälzpumpe, und wir sind wieder bei dem gleichen Betrag. Von daher sollten wir da, so wie wir es auch gefordert haben, vor der möglichen Aufhebung des Sperrvermerks im Prinzip eine Art Prüfung vornehmen, dass der Förderverein noch einmal darlegt, dass das Bad zumindest in den nächsten fünf Jahren ohne größere Investition wieder auskommt. Dann kann man das Ganze noch einmal positiv angehen. Deswegen denken wir, dass wir den Sperrvermerk auch entsprechend dann aufheben können, sobald uns da was vorliegt, die Stadt da eine entsprechende Plausibilitätsprüfung gemacht hat. Dann könnte man dem Ganzen entsprechend so zustimmen.

Der Vorsitzende: Von den Antragstellern habe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen. - Herr Ortsvorsteher.

Ortsvorsteher Huber: Nachdem ich jetzt 12 Stunden schweigen musste, freue ich mich doch, wenn ich auch mal etwas sagen darf und finde es schade, wenn der Blick gar nicht zur Ortsvorsteherbank wandert. Es ist schade, dass Herr Hofmann jetzt schon alles gesagt hat, was ich gerne sagen wollte. Andererseits ist es aber erfreulich, dass die CDU das genau so sieht wie wir. Das Einzige, was ich ergänzend noch sagen möchte, betrifft den Sperrvermerk. Ich möchte daran erinnern, dass doch der Förderverein schon im Bäderausschuss war und sein Konzept dargelegt hat, dass der Förderverein in Person von Herrn Grotz immer wieder angeboten hat, in die Fraktionen zu gehen, auch in der CDU-Fraktion schon war mit seiner dicken Mappe, die ich sehr gut kenne. Da steht wirklich alles drin. Ich dachte, eigentlich ist die Informationslage ist gut genug, dass der Gemeinderat das selbst entscheiden kann, ohne noch einmal den Weg über die Bäderbetriebe zu gehen, mit denen wir übrigens in sehr engem Kontakt stehen. Ich habe keine Angst vor diesem Sperrvermerk, aber das gibt nur eine Verzögerung, die eigentlich nicht notwendig wäre. Deswegen bitte ich dem Antrag, wie wir ihn gestellt haben, zu folgen und auf den Sperrvermerk zu verzichten.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Vor einigen Jahren, als es anstand, das Bad zu schließen hat sich Gott sei Dank ein Freundeskreis gefunden. Es fanden sich damals auch hier im Gemeinderat Kräfte, darunter unsere alte Fraktion, die KAL-Fraktion, die gesagt haben, wenn so viel ehrenamtliches Engagement zusammen kommt, dann kann man nicht einfach den Schalter umlegen und dann ist es zu Ende. Was seither passiert ist, ist wirklich

extrem vorbildlich. Das unterstützen wir. Aus dem Grund haben wir auch überhaupt kein Problem, die Chlorversorgung des Wölfler weiterhin zu sichern.

Wir sind aber auch mit dem Sperrvermerk absolut einverstanden und haben dafür noch einen zweiten Grund. Es gibt zwei Möglichkeiten, Chlor bereitzustellen. Das eine ist das, was in Karlsruher Bädern üblich ist, das ist Flaschengas. Man kriegt Flaschen geliefert mit Chlor und damit wird es gechlort. Es hat den Nachteil, dass man einen speziellen Container braucht, weil es relativ gefährlich ist. Ich kann nicht einfach eine Flasche irgendwo hinstellen und aufdrehen. Das ist bei dem Elektrolyseverfahren, das beim Wölfler angewendet wird, weniger gefährlich. Dafür hat man da immer ein Abfallstoff, nämlich Lauge. Das kann auch eine relative Sauerei sein. Aus dem Grund, hätte man einen Container mit Flaschengas, wäre das aus unserer Sicht besser. Jetzt ist so ein Container relativ teuer. Aber beim Umbau vom Fächerbad wird - soweit ich gehört habe - ein Container frei. Wenn der Container frei würde in einer Zeit, die dem Wölfler noch hilft, ich weiß nicht, wie lange die Elektrolyseanlage noch funktioniert, dann sollte man natürlich auf eine gemeinsame Lösung drängen, dass es in allen Bädern gleich gemacht wird. Von daher gesehen ist der Sperrvermerk okay. Dann kann man all das im entsprechenden Fachausschuss oder von mir aus auch in der Verwaltung klären.

Stadträtin Ernemann (SPD): Wir haben den Antrag gestellt ohne Sperrvermerk, einfach aus dem Grund, da muss ich meinem Kollegen Huber aus Wolfartsweier absolut recht geben, die Dringlichkeit ist geboten, wenn der Badebetrieb zu Saisonbeginn aufrechterhalten oder wieder aufgenommen werden soll. Das muss diese Elektrolyseanlage installiert sein. Wer mit dem Herrn Grotz in ständiger Verbindung stand, weiß er hat genau detailliert dargelegt, was das für ein System ist, wie das für den Badebetrieb wichtig ist. Der Verein selbst hat also alle Angebote eingeholt, Kosten verglichen und eine hervorragende Arbeit geleistet. Er stand immer zu Rückfragen und für Fragen zur Verfügung. Wir beantragen es ohne Sperrvermerk, weil wir die Dringlichkeit sehen. Im Übrigen kann ich mich erinnern, im Bäderausschuss hat der Förderverein Freibad Wolfartsweier sein Konzept, seine Situation, so toll dargelegt, dass ich hinterher nur eine einstimmige Meinung gehört habe, dass das also so was von überzeugend war. Es ist keine Frage offen geblieben. Insofern verstehe ich also den Antrag auf Sperrvermerk ehrlich gesagt nicht. Wir halten unseren Antrag aufrecht, Zuschuss für die Elektrolyseanlage ohne Sperrvermerk.

Stadtrat Hock (FDP): Vielleicht will ich jetzt einmal das schlechte Gewissen des Gemeinderats sein. Dieser Gemeinderat hat mal einen Beschluss gefasst, das Bad in Wolfartsweier in die Hände dieses Vereines zu geben. Das war auch eine Entscheidung, die damals mit Sicherheit richtig war. Ich stelle mir die Frage, ob es sein kann, dass in absehbarer Zeit - ich war nicht in dem Ausschuss - noch einige Dinge auf uns zukommen, die das Bad in Wolfartsweier betreffen. Deshalb können wir heute, wenn das so wäre, wie Kollege Hofmann gesagt hat, diese Sache mit Sperrvermerk belegt wird, mit Bauchschmerzen mitgehen. Ich sage Ihnen auch klar, wenn es ohne Sperrvermerk gehen sollte, dann wird die FDP-Fraktion dies definitiv ablehnen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich habe kein schlechtes Gewissen, Herr Hock, und zwar deswegen, weil in Wolfartsweier wird eine gute ehrenamtliche Arbeit geleistet. Das kann ein Modell für die Zukunft werden. Es kann sein, dass wir zukünftig manches Bad

nicht mehr halten können. Da ist das ein vorbildliches Modell, das wir hier schon erfahren. Wir als Gemeinsam für Karlsruhe stimmen ohne Sperrvermerk zu.

Stadtrat Wenzel (FW): Auch wir Freien Wähler haben gar kein Problem, dem zuzustimmen. Das Wölfe ist das Familienbad, das mit privater bzw. ehrenamtlicher Hand geleistet wird. Wenn wir den Tagesordnungspunkt davor sehen, den ich ja angerissen habe, habe ich gar kein schlechtes Gewissen bei so einem Bad zuzustimmen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Wir werden dem auch zustimmen. Wir haben uns heute ja sehr zurückgehalten mit irgendwelchen Mitteln zuzustimmen. In dem Fall hier ist es mit Sicherheit das billigste und günstigste Bad für die Stadt Karlsruhe. Das ist jetzt zum ersten Mal, dass hier ein größerer Förderbetrag beantragt wird. Deswegen werden wir dem zustimmen. Die Stadt Karlsruhe spart mit dem Bad in Wolfartsweier, dadurch dass es durch den Förderverein betrieben wird, so viel Geld, dass wir da auch mal was ausgeben können.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich habe mich jetzt doch noch mal melden müssen. Die Arbeit von Herrn Grotz, Herr Huber, ist einzigartig, absolut hervorragend. Er hat mit Sicherheit das beste Angebot für diese Desinfektionsanlage rausgeholt. Darum geht es uns gar nicht, dass das notwendig ist. Was uns an der Sache einfach stört, wir wollen gewährleistet haben, dass auch nach Installation alle anderen Anlagen noch in der Lage sind, auch weiter zu funktionieren. Dies soll einer Prüfung unterzogen werden. Es nützt doch nichts, wenn wir jetzt die notwendige Anlage, die wir unterstützen, jetzt einbauen und nach zwei Jahren stellen wir fest, da fängt es da an und da fängt es da an. Wir wollen nur eine Überprüfung des ganzen Bades und mehr nicht. Ansonsten super Engagement, wir stimmen mit allem überein, auch mit Gemeinsam für Karlsruhe. Es ist wirklich einzigartig, deswegen stimmen wir ja trotz dem von Herrn Hock erwähnten mal Beschlossenem, nicht weiter zu fördern, trotzdem weiter zu. Es wäre fatal, jetzt ohne Sperrvermerk dem zuzustimmen, wenn wir nicht wissen, wie mittelfristig dieses Bad für uns gesichert ist. Das ist der einzige Punkt, wo wir uns da noch streiten. Deswegen ist der Sperrvermerk für uns die einzige Möglichkeit.

Stadtrat Cramer (KULT): Ich möchte das noch einmal bekräftigen, was unser Redner vorhin gesagt hat, dass wir auch einen Sperrvermerk wollen, und dass der Vorschlag mit dem Fächerbad, den er gebracht hat, dass da vielleicht was frei wird, was man nach Wolfartsweier nehmen kann. Das ist eine Sache, die wollen wir auch geprüft haben, auf jeden Fall. Von daher ändert das jetzt nichts an der grundsätzlichen Zustimmung und an dem positiven Mitgehen für Wolfartsweier. Das würde meine Fraktion aber absolut einfordern, dass man das noch mal mit prüft, wenn man vielleicht Geld sparen kann.

Der Vorsitzende: Jetzt haben wir nach wie vor Anträge mit und ohne Sperrvermerk. Sonst scheinen sie mir ziemlich ähnlich zu sein. Der Weitestgehende ist jetzt erst mal der ohne Sperrvermerk, denn dann ist das Geld gleich weg. Insofern bitte ich jetzt um das Kartenzeichen für 50.000 Euro ohne Sperrvermerk. - Da ist eine Mehrheit **dagegen**. Es ist eindeutig.

Dann kommt der nächste Antrag mit 50.000 Euro dieses Jahr mit Sperrvermerk. Auch das glauben Sie mir, dass es eine Mehrheit **dafür** ist. Damit haben wir das an der Stelle so beschlossen.

Antrag Nr. 160 (S. 238): Freibad Rappenwört (KULT)

Antrag Nr. 161 (S. 238): Freibad Rappenwört (CDU, SPD, GRÜNE, FDP)

Da gibt es Anträge für die Seite 238 von KULT und einer großen Sammlungsbewegung aus CDU, SPD, Grünen und FDP. Sie haben der Veränderungsliste entnommen, dass wir hier reduzieren von 3 Millionen auf 600.000 mit Sperrvermerk und haben damit auch viele Anträge überflüssig gemacht. Sehen Sie das genau so? Dann würden Sie dem so folgen, wie wir es in der Veränderungsliste drin haben? Wir haben von der Verwaltungsseite selbst bei der 1. Veränderungsliste 600.000 Euro mit Sperrvermerk auf den Auszahlungsbetrag und dann eine Verpflichtungsermächtigung von 600.000 Euro eingestellt. Ich hoffe, ich habe es jetzt richtig wiedergegeben. Das entspricht etwa dem, was in einzelnen Anträgen auch begehrt wurde.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es entspricht ungefähr dem, was wir auch wollten. Wir legen nur noch mal Wert darauf, dass uns wirklich dann auch diese kleine Lösung als Bausteinmodell, so wie es eigentlich im Bäderausschuss besprochen haben, im Bäderausschuss dann entsprechend vorgestellt wird, dass wir dies dann auch ausgeben. Bisher war uns, den Mitgliedern des Bäderausschusses, überhaupt nichts bekannt über eine kleine Lösung. Wir hätten jetzt irgendetwas zugestimmt, über das noch nie geteilt wurde. Wir haben von Anfang an gefordert und waren und alle einig, dass diese 3 1/2 Millionen so nicht sein können und nicht stehen können. Jetzt haben wir eine klare Ansage. Die wollen wir bitte noch einmal im Bäderausschuss vorgestellt bekommen. Dann können wir eventuell auch den Sperrvermerk dann auflösen.

Stadträtin Reiff (GRÜNE): Meine Fraktion und ich stimmen meinem Vorredner, Herrn Hofmann, zu. Uns ist es auch sehr wichtig, dass es zurück in den Bäderausschuss kommt und vor allem bei der Gebäudeerhaltung sehr viel Wert darauf gelegt wird.

Stadträtin Moser (SPD): Wir sind auch ganz froh über die abgespeckte Version des Rheinstrandbades in Rappenwört. Herr Hofmann hat schon alles Wichtige gesagt. Wir stimmen dem auch so zu.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Natürlich absolut d'accord und auch Dank für den Vorschlag der Verwaltung, das jetzt so zu lösen. Ich will die Aufmerksamkeit nur auf einen Punkt lenken. Dieses Gebäude ist ein Zeugnis der Moderne, das wir hier wenig in Karlsruhe haben. Dass wir jetzt alle kürzen liegt nur daran, dass es halt die Haushaltslage nicht erlaubt. Unser Ziel, unser Wunsch, ist schon, dass eben das Bausteinkonzept so ist, dass nachher ein wunderbares erneuertes Zeugnis der Moderne weiterhin für die Moderne in Karlsruhe wirbt. Ich gehe aber davon aus, dass die Verwaltung genau das verfolgt, dass wir jetzt Geld sparen, aber auf Dauer dafür sorgen, dass es wieder ein hervorragendes Gebäude wird. Über die Gastronomie muss man sich noch unterhalten.

Der Vorsitzende: Wir nehmen die Anregungen auf. Damit hätte sich das dann erledigt. Wir sagen zu, dass im nächsten Bäderausschuss dann diese kleine Lösung mit den verschiedenen Modulen dargestellt wird, so wie sich das wünschen.

Ich habe jetzt hier gerade noch einen Hinweis bekommen auf eine sich möglicherweise sehr kurzfristig ergebende Belastung und bitte Herrn Bürgermeister Lenz, uns das kurz zu erläutern.

Bürgermeister Lenz: Mir geht es jetzt wie Ihnen, Herr Ortsvorsteher. Ich lehne mich jetzt mal aus dem Fenster oder wenn es im Bad wäre, weit über den Startblock. Aller guten Dinge sind drei. Wir haben in sechs Wochen, 15. April, haben wir Bäderausschuss. Sie wissen, das ist inzwischen ein beschließender Ausschuss wie der Bauausschuss. Die Einrichtung des Bäderausschusses hat nicht nur den Sinn des Synergieeffektes, dass Sie nicht in zwei Aufsichtsräten und einem Ausschuss immer wieder unterschiedlich tagen mussten, sondern dass wir alles aus einer Hand machen. Jetzt machen wir drei Dinge aus einer Hand. Ich habe nämlich noch einen Vorschlag heute mitgebracht. Ich sage Ihnen jetzt mal zu, gucke die Frau Schlenker hin, das kriegen wir doch in sechs Wochen hin, das zu erläutern mit Rappenwört. Ich gucke Sie an, wir kriegen das hin mit Wolfartsweier. Die Mittel hätten wir eh im Haushalt. Von daher wäre gar kein frisches Geld nötig. Ich habe gerade gesagt, ich lehne mich jetzt mal über den Startblock. Sie haben gelesen, wie wirtschaftlich die Bäder inzwischen agieren mit einem Kostendeckungsgrad, der bundesweit beachtet, Richtung 70 % geht. Stimmt das Faris Abbas? Jetzt lehne ich mich ein drittes Mal über den Startblock. Wir haben das Weiherhofbad nicht auf den Weg bringen können. Wer heute KA-news liest, liest auch die Kritik an uns, vielleicht insgesamt auch berechtigt. So ist aber manchmal in der Verwaltung. Es wurde die Kostengrenze um 500.000 Euro, für uns nicht absehbar, von Kollegen Sternagel und allen im letzten Jahr nicht absehbar überschritten. Deswegen konnten wir es auch nicht einfach umsetzen. Es braucht einen Beschluss ihrerseits.

Wir haben jetzt, vielen Dank, Herr Dollinger, Ihnen, Herr Oberbürgermeister, auch vielen Dank, am Freitag noch zusammengesessen und können Ihnen folgenden Vorschlag machen, dass wir Ihnen im nächsten Bäderausschuss auch dafür die Planung vorstellen, die Mittel jetzt über die Veränderungsliste einfügen. Jetzt werden Sie sagen, kostenkontrolliert geht das nicht die ganze Geschichte. Ich gucke jetzt die Frau Schlenker an, die nickt heftig. Ist kostenkontrolliert, braucht nur noch den Segen eines gemeinderätlichen Ausschusses. Insofern, jetzt mache ich einen Vorgriff, unterscheidet es sich dann schon, Herr Ortsvorsteher Stober, von der Mensa und was alles noch so eingepflegt wird, weil es eben kostenkontrolliert ist. Es fehlt quasi nur der Wimpernschlag eines Ausschusses. Das wollten wir Ihnen als Verwaltung heute im Bereich Bäder, wenn auch nichts schriftlich vorliegt, aber alles soweit bekannt ist, zur Abstimmung stellen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Es geht um 600.000 Euro, die kostenkontrolliert ergeben haben, was die Sanierung des Sanitärbereichs im Weiherhofbad inklusive des Einbaus barrierefreier Duschkabinen erfordert. Weil es eben über die 500.000 Euro geraten ist, hat es sich da wohl sehr kurzfristig ergeben, dass wir hier einen Beschluss brauchen. Wir könnten es heute quasi als Investitionskosten mal aufnehmen und mit einem Sperrvermerk versehen, so dass im Bäderausschuss dann noch mal die Sinnhaftigkeit und die

entsprechende Größenordnung überprüft, abgenickt oder kritisiert werden kann. Wir können das Ganze auch auf morgen früh verschieben. Dann können Sie noch mal eine Nacht darüber schlafen. Wir können auch die Verwaltung bitten, es vielleicht noch etwas stringenter hier vorzustellen. Dann würde ich an der Stelle die Sitzung heute schließen. Wir sehen uns morgen früh um 9 und fangen mit dem Weiherhofbad an.

(Unterbrechung der Sitzung von 21:12 Uhr bis Mittwoch, 4. März 2015, 09:00 Uhr)

Der Vorsitzende: Wir setzen die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2015/2016 fort. Ich darf Sie heute Morgen alle herzlich begrüßen. Ein Geburtstagskind haben wir heute nicht. Entschuldigen darf ich Herrn Stadtrat Pfalzgraf und Herrn Stadtrat Braun.

Ich darf in Ihrem Einverständnis ankündigen, dass Baden-TV gerne in den ersten 10 Minuten hier einige Filmaufnahmen machen möchte und das geräuschlos wie immer und auch ohne Ton vornehmen wird. Ich denke, das ist in Ihrem Sinne, und wir können so verfahren.

Zu den Fragenstellungen, die sich gestern Abend noch ergeben haben, gibt es noch zwei Themen.

Das eine ist, wie sieht es mit den Redezeiten aus. Mit den Redezeiten sieht es gut aus. Von den Linken, die noch 36,67 % haben und damit noch 10 Minuten, bis zu denen, die jetzt prozentual am wenigsten verbraucht haben, das ist die FDP. Die hat noch 78 % Redezeit, das entspricht dann 46 Minuten. Das müssen Sie aber natürlich alle nicht ausschöpfen. Sie stehen noch ganz gut im Saft und hätten noch ausreichend Zeit, die ganzen Beiträge hier zu bringen.

Die zweite Frage war, was haben Sie gestern alles schon beschlossen im Laufe des Tages. Das möchte ich kurz darstellen. Der Ergebnishaushalt wurde von Ihnen für das Jahr 2015 um ca. 990.000 Euro und für das Jahr 2016 um rund 1,4 Mio. Euro aufgestockt und der Finanzhaushalt im Jahr 2015 um 460.000 Euro. Das sind die Größenordnungen, in denen wir uns bisher bewegen.

Dann hatten wir gestern Abend noch ein Thema angesprochen, das wir auf heute Morgen verschoben haben, als letztes Thema zum Einzelplan 5200. Ich hatte hier eingebracht, dass wir beim **Weiherhofbad** noch einen Sanierungsbedarf haben, den wir gerne dieses Jahr noch erfüllen möchten. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass ich diesen Vorschlag wieder zurückziehe und wir uns ganz normal über den Bäderausschuss das Thema anschauen, dass wir dann im Hauptausschuss bzw. im Gemeinderat Ende April die Möglichkeit hätten – wenn alle Vorberatungen so laufen –, noch einmal zu überlegen, in welchem Jahr zu welcher Summe Sie das dann mittragen oder nicht. Dann kann es gegebenenfalls passieren, so Sie sich zu dieser Maßnahme entscheiden, dass es dieses Jahr vielleicht doch nicht klappt. Das können wir alles noch offen lassen, so dass das einfach seinen normalen Beratungsgang nimmt. Damit würde ich das hier zurückziehen. Dann hat sich das erledigt.

Es gab gestern auch großen Unmut über die Presseberichterstattung, die es wohl schon begleitend gab, die wir selber so noch gar nicht kannten. Wir haben uns das heute Morgen erst einmal angeschaut. Es werden noch einmal die entsprechenden Mitarbeiter darauf hingewiesen, wie mit solchen Themen und mit solchen Aussagen umgegangen werden sollte. Es war nicht mit uns abgestimmt, dass in der Öffentlichkeit schon verkündigt wird, dass dieses Jahr das Weiherhofbad saniert wird. Das möchte ich ausdrücklich sagen. Wir stehen dazu, dass wir hier nichts verkünden wollen und auch nichts verkünden sollten, was nicht mit Ihnen zumindest informell besprochen ist. In diesem Fall wäre die Aussage sowieso vorzeitig gewesen, weil wir es noch gar nicht beschlossen hatten. Insofern bedauere ich das sehr. Aber wir werden das auch klären, damit das möglichst nicht mehr vorkommt. Das zu dem Punkt.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Sie werden verstehen, dass ich mich zu diesem letzten Akt des gestrigen Tages für die CDU-Fraktion äußern möchte. Jetzt höre ich, dass das nicht abgestimmt gewesen sei mit Ihnen. Das ist natürlich höchst bedauerlich. Mir wurde die Pressemitteilung um die Mittagszeit vorgelegt. Ich kann mir kaum erklären, dass diese Pressemitteilung an dieser Bank völlig vorbei ging. Es wäre ein schlechtes Licht für die Information und Kommunikation innerhalb der Rathausführung.

Das Zweite, was Sie nicht übersehen haben konnten, ist, dass Ihnen mitgeteilt wurde, dass man diesen Vorschlag gestern machen wollte. Sie haben diesen Vorschlag zugelassen. Von daher finde ich es jetzt nicht so ganz in Ordnung, dass Sie so tun, als wenn das alles an Ihnen vorbeigegangen wäre. Hier hat ein zuständiger Bürgermeister ein Projekt vorbereitet und an uns herangetragen über eine beachtliche Investitionssumme, die weder in diesem Haus in den zuständigen Gremien, noch im Ortschaftsrat von Durlach kontrolliert, diskutiert und beschlossen worden wäre. Der Sprecher meiner Fraktion für Bäderfragen hat sich fast den Mund fusselig geredet, um wegen einem Bädchen in Wolfartsweier einen Sperrvermerk hinzubekommen. Im nächsten Satz bekommen wir einen Vorschlag, dass wir doch noch nebenbei dem Weiherhofbad mit einer Investitionssumme von mehr als 600.000 Euro, wenn denn das auch für uns nachvollziehbar wäre, zustimmen sollten.

Sie haben das jetzt wieder eingepackt. Aber ich muss für die CDU-Fraktion einfach reklamieren, dass dieser Umgang mit diesem Gremium Gemeinderat von uns nicht akzeptiert wird. Das geht so nicht in Ordnung.

Stadtrat Hock (FDP): Herr Kollege, Sie haben natürlich vollkommen Recht. Aber Herr Bürgermeister, wir fangen heute Morgen frohen Mutes an. Deshalb nehme ich Ihnen Ihre Entschuldigung heute Morgen direkt ab und hoffe, dass die Beratungen so weitergehen können, wie sie gestern waren.

Natürlich war es unangenehm, gestern zu hören – da muss ich Ihnen Recht geben: 50.000 Euro Sperrvermerk, hier 600.000 Euro, das geht natürlich nicht. Aber dennoch bin ich der Meinung, dass wir heute Morgen trotzdem ordentlich in die Beratung gehen sollten. Herr Oberbürgermeister, wir nehmen Ihnen Ihre Entschuldigung gerne ab.

Der Vorsitzende: Ich würde Sie bitten, diese Aufrechnung 50.000 Euro zu 600.000 Euro, das macht keinen Sinn. Denn manchmal machen für 20.000 Euro Sperrvermerke

Sinn, die für 600.000 Euro keinen Sinn machen. Das ist keine sinnvolle Argumentation. Ihren Brass verstehe ich. Ich habe gestern Abend auch den Eindruck erweckt – Sie haben das gemerkt -, als hätte mich das total überrascht. Wir haben jetzt rekonstruiert, dass mit mir darüber am Freitag schon gesprochen wurde. Insofern nehme ich das auch auf die Kappe. Das ist überhaupt kein Thema.

Wenn es hier einen dringenden Sanierungsbedarf gibt, der auch etwas mit Hygiene zu tun hat, dann standen wir einfach vor der Situation, dass es in der Veränderungsliste nicht drin stand, aber dass wir eigentlich der Meinung sind, inhaltlich wäre es nötig. Wir wollten Sie auch nicht damit überfallen, dass Sie gestern schon beschließen, dass es auf alle Fälle gemacht wird, sondern dass wir die Mittel hineinnehmen, damit wir sie dann haben, wenn die normale Beratungsfolge abläuft. Aber Sie haben Recht, es kam für die Veränderungsliste zu spät. Es ist auch schwierig, Ihnen einen solchen Betrag zuzurufen. Sie hätten eine vernünftige Vorlage dazu benötigt. Da haben Sie alle völlig Recht. Deswegen machen wir das jetzt im normalen Verfahrensgang. Es ist kein kleiner Betrag, den man eben aus der Portokasse nehmen kann, sondern das muss sich dann schon im Haushalt irgendwo abbilden. Da müssen wir – wenn Sie sich davon überzeugen lassen, dass es nötig ist - dann eben einen Weg überlegen, wie wir an diese Mittel herankommen. Darum geht es nur. Im Grunde war es eine nachträgliche Aufnahme in die Veränderungsliste, nicht mehr, nicht weniger. Dass Sie dann aber genauso klar sagen, das machen Sie so nicht mit, zeigt, dass die Mechanismen funktionieren. Insofern sind wir jetzt an der richtigen Stelle gelandet.

Dann steigen wir in den **Teilhaushalt 6100 Stadtplanung** ein. Da nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Umlage Regionalverband über die **Veränderungsliste** noch verändert wurde.

Antrag Nr. 162 (S. 242): Zwei Stellen Sanierungsmanager (GRÜNE)

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Mit diesem Antrag auf zwei Sanierungsmanager wollen wir die Entwicklung Umsetzung energetischer Quartierskonzept voranbringen. Mit Alt-Rintheim ist schon ein erster Schritt gemacht worden. Das muss jetzt umgesetzt werden. Das soll in anderen Stadtteilen und Quartieren weitergehen. Für diese Umsetzung braucht es aus unserer Sicht zwei Stellen. Das sieht die Stadtverwaltung offenbar auch so. Das freut uns. Dass diese nicht beim HGW sondern bei der KEK angesiedelt werden sollen, finden wir auch wunderbar.

Noch nicht so ganz zufrieden sind wir mit den Aussagen zu den Mitteln, die dafür eingestellt werden sollen. 65 % werden sowieso durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert. Es sind jetzt also noch 35 % dieser beiden Stellen und Sachkosten zu finanzieren. Jetzt will die Stadt offenbar nur 15 % übernehmen. Der Rest ist noch unklar. Soll der aus dem laufenden Budget der KEK kommen oder gibt es dafür noch irgendwelche Sponsoren? Uns wäre wichtig, dass dieses Geld auf jeden Fall im Haushalt eingestellt wird, also auch diese 20 %, die jetzt offenbar noch fehlen, gerne auch mit Sperrvermerk, so dass man noch nach anderen Möglichkeiten, auch Fördermöglichkeiten suchen kann.

Aber wir halten den Antrag, was den Umfang angeht, insoweit aufrecht, sind aber damit einverstanden, das dann über die KEK laufen zu lassen.

Stadtrat Brenk (CDU): Wie Sie sehen, hat die Stadtverwaltung vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen. Wir wollen diesem Antrag auch so, wie die Verwaltung ihn vorgelegt hat, folgen.

An die Antragsteller: Für die Zuschüsse ist die Stadtverwaltung Karlsruhe zuständig. Die Zuschüsse können, wie Sie der Vorlage entnommen haben, auch an Unternehmen mit einem kommunalen Hintergrund weitergegeben werden. Unter dem Gesichtspunkt, dass wir eine angespannte Haushaltslage haben und grundsätzlich sparen wollen, folgen wir dem Antrag der Stadtverwaltung und empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Die SPD-Fraktion zeigt sich mit der Antwort der Verwaltung zufrieden. Wir sehen es so, dass das Thema Quartierssanierung beim KEK gut aufgehoben ist. Die Schaffung weiterer Stellen, auch im Hinblick auf die in anderen Beiträgen diskutierte Schaffung von Doppelstrukturen, sehen wir nicht als wegweisend. Von daher werden wir den Antrag in der vorgelegten Form ablehnen.

Der Vorsitzende: Sie haben die Antwort der Verwaltung gelesen. Wir brauchen für diese Stellen gegebenenfalls zusätzliche Mittel, die wir aber innerhalb der Bezuschussung aus unseren Mitteln als möglich betrachten. Von daher brauchen wir aus unserer Sicht keine zusätzlichen Mittel einzustellen, sagen Ihnen diese zwei Stellen dann auf diese Weise zu. Von daher würde ich doch denken, dass wir den Antrag damit als **erledigt** betrachten können. Wir würden Ihnen dann auch, was den Vollzug und die Abwicklung betrifft, darüber berichten wollen. Wenn das für Sie in Ordnung wäre, dann kommen wir da dem gemeinsamen Ziel näher.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Uns ist einfach wichtig, dass die KEK das Geld zusätzlich bekommt. Wenn Sie das in Aussicht stellen, ist das in Ordnung. Dann **verzichten** wir auf Abstimmung.

Der Vorsitzende: Das würden wir so in Aussicht stellen und melden dann Vollzug.

Antrag Nr. 163 (S. 242): Planungswettbewerb Ortsmitte Grötzingen (OR Grötzingen)

Ortsvorsteherin EBrich: Wir können nicht zufrieden sein mit der Stellungnahme der Verwaltung, da diese Maßnahme mit EP-Mitteln von uns leider nicht in dieser Höhe finanziert werden kann. Wir haben insgesamt nur 140.000 Euro zur Verfügung. Wenn wir davon eine Maßnahme mit 80.000 Euro zusätzlich finanzieren sollen, dann ist das nicht möglich. Dann hätten wir unseren anderen Haushalt nicht sinnvoll und ordentlich geplant.

Ich möchte daher die Wichtigkeit dieses Antrags noch einmal erläutern und auch die Maßnahme, warum wir das für so wichtig erachten. Sie wissen seit letztem Jahr, wie streitbar die Grötzingen Bürgerinnen und Bürger sind. Aber in einem Punkt sind sie sich schon seit vielen Jahren einig. Und zwar betrifft das die Entwicklung der Ortsmitte. Die

ersten Ideen tauchten schon 2009 auf. Die Planungen, die Ideenentwicklung ist eigentlich so weit vorangeschritten, dass auch der Planungsausschuss dieser Idee gefolgt ist und auch diese Umsetzung wollte. Leider wurden die Mittel dann nur nicht zur Verfügung gestellt.

Was versprechen sich die Bürgerinnen und Bürger in Grötzingen? Zum einen versprechen sie sich durch die Entwicklung der Ortsmitte eine Steigerung der Lebensqualität. Aber nicht nur das. Sie versprechen sich durch eine gute Innenraumentwicklung zum einen auch mehr Wohnraum in der zentralen Ortsmitte, eine Stärkung der Wirtschaft und auch der Infrastruktur. Ich möchte nur Ideen nennen, denn das soll dann erst folgen. Es könnte die Randbebauung des Niddaplatzes erfolgen. Im EG-Bereich könnten Läden entstehen für weitere Infrastruktur. Der ruhende Verkehr könnte eventuell in einer Tiefgarage Platz finden, so dass der Platz auch wirklich mehr erlebbar wird. Dann ist es im Bereich der Rathäuser in Grötzingen möglich, auch dort Dinge zu verlagern, z. B. das Bauamt oder den Bauhof an eine andere, etwas dezentralere Stelle, so dass auch an diesem Ort Wohnraumbebauung entstehen könnte. Ich denke, das sind alles Ideen, die auf alle Fälle sinnvoll sind auch zu verfolgen.

Wie gesagt, es war auch schon mit dem Planungsamt abgestimmt. Sie unterstützen diesen Antrag, auch der Planungsausschuss. Von daher bitte ich Sie um Zustimmung dieser zusätzlichen Mittel für die Entwicklung der Ortsmitte in Grötzingen, da, wenn wir noch weiter warten, es wieder – eventuell – Streit gibt. Ich möchte einfach diese Einigkeit unterstützen, die Entwicklung und auch die Zukunftsorientierung in Grötzingen.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Sicherlich, Frau Eßrich, müssen wir das Thema Ortsmitte Grötzingen angehen. Das ist richtig. Da stehen wir auch im Wort. Nur haben Sie vielleicht auch dafür Verständnis, dass wir sagen, wenn wir diesen Wettbewerb durchführen, der richtig und der Sache auch dienlich ist, kann dieser Betrag kann nur aus der Investitionspauschale von Grötzingen kommen. Grötzingen sollte es bitte selbst finanziell schultern. Denn es kann nicht angehen, dass wir im Planungsamt Mittel streichen, die dann in einem anderen Projekt in einem anderen Stadtteil fehlen.

Deshalb haben Sie bitte dafür Verständnis, dass wir nur den Geldern aus der Investitionspauschale zustimmen können.

Stadträtin Uysal (SPD): Ich sehe das etwas anders, Herr Ehlgötz. Mit der Einstellung der Gelder könnte Grötzingen die Chance bekommen, seine Stärken hervorzuheben, wie z. B. ein attraktives badisches Malerdorf zu sein. Wir als Stadt tragen ein Stück weit auch die Verantwortung, dass unsere Stadtteile sich weiterentwickeln, attraktiv werden, Lebensqualität besitzen. Und auch ein Stück weit Verantwortung tragen wir dafür, dass diese ganzen aufgezählten Ziele beschleunigt werden vor Ort.

Genau das möchte Grötzingen. Die wollen attraktiv werden. Die wollen sich weiterentwickeln. Um aber das Ganze professionell zu gestalten, erfordert es Planung. Planung kostet. Diese Professionalität wird noch einmal hier betont durch Frau Ortsvorsteherin, dass man Bürger beteiligen möchte. Das wollen wir als Stadt. Wir wollen, dass unsere Bürger sich an gewissen Prozessen beteiligen. Wir wollen diese Bürgernähe vor Ort haben. Genau das zeigt Grötzingen.

Grötzingen möchte dadurch auch neue Wohnräume schaffen. Genau das wollen wir auch hier in Karlsruhe. Deswegen verstehen wir dieses Projekt als Chance. Wir sehen diese Kosten nicht als Kosten, sondern eher als eine Investition, die langfristig gesehen der Stadt zugute kommen wird. Deswegen bitten wir um Unterstützung. Deswegen sollten wir unserer Verantwortung als Stadt für unsere Stadtteile nachkommen. Deshalb bitte: Unterstützen Sie dieses Projekt.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ich glaube, es ist völlig unbestritten, dass das eine wichtige Sache für Grötzingen ist, dass das auf jeden Fall gemacht werden sollte. Ich glaube, da sind wir uns alle einig in diesem Saal. Es geht nur darum, aus welchem Topf das Geld kommen wird. Darum geht es heute auch nur.

Die Verwaltung empfiehlt Zustimmung, unter der Maßgabe, dass das Geld aus vorhandenen Töpfen genommen werden soll, eben aus der Investitionspauschale und dem Budget des Stadtplanungsamtes, wo das aber alles nicht drin ist, d. h., faktisch empfiehlt die Verwaltung eine Ablehnung, weil sie verhindern will, dass zusätzlich Geld eingestellt wird. Da ist jetzt die Frage: Ist das gerechtfertigt, oder ist es das nicht? Frau Eßrich hat gesagt, aus der Investitionspauschale ist es nicht zu stemmen. Das sehen wir auch völlig ein. Es steht dann in der Antwort der Verwaltung, „oder Stadtplanungsamt“. Wir sehen aber auch völlig ein, dass im Stadtplanungsamt auch nicht so einfach 80.000 Euro herumliegen, die sonst nirgendwo gebraucht werden. Auch da ist das Geld eigentlich nicht da.

Jetzt ist die Frage, ist es eine Sache, die nur ein Ortschaftsrat beschließen kann, oder könnte es auch in Hagsfeld oder in der Südweststadt so eine Sache geben. Das ist die entscheidende Frage. Da sagen wir ganz klar: Es könnte genauso gut in Hagsfeld oder Rintheim sein, dass das Stadtplanungsamt die Verbesserung der Ortsmitte planen will. Deshalb ist es für uns keine Sache der Investitionspauschale, sondern des Stadtplanungsamtes, das dafür aber ein Budget braucht. Deshalb stimmen wir dem Antrag des Ortschaftsrats gerne zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich kann bestätigen, dass wir in Grötzingen dies viele Jahre diskutiert haben und dass es wirklich ein Sprung in die Zukunft wäre, nicht nur für Grötzingen. Es ist ein bisschen unangenehm, wenn man versucht, die verschiedenen Stadtteile gegeneinander auszuspielen. Das ist ein Projekt für ganz Karlsruhe. Wir stimmen dem zu. Wir haben auch mit unserer Abstimmung deutlich gemacht, dass für uns die Ortschaftsräte sehr wichtige Partner sind. In Grötzingen hat man dies lange Jahre diskutiert. Wenn Sie nach Grötzingen gehen, sehen Sie, dass es ohne eine Änderung der Stadtmitte keine Chance zu Änderungen gibt. Wir stimmen dem absolut zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Bitte lassen Sie uns kurz überdenken, was wir gerade tun. Aus meiner Sicht sind wir gerade dabei, einen Sündenfall zu begehen. Wir fangen an, über parteipolitische Interessen Stadtteilinteressen im Gemeinderat durchzusetzen. Wenn das bei diesem Ortsteil funktioniert, sind natürlich alle Parteien in Zukunft gezwungen, die Interessen der einzelnen Ortsteile, die sie vertreten, hier im Gemeinderat genauso durchzusetzen. Wollen wir das wirklich? Das würde heißen, dass jeder Ortsteil dann entscheiden muss, von welcher Partei er seine Interessen vertreten lassen will, um

hier im Gemeinderat an zusätzliche Mittel zu kommen. Das kann nicht Sinn der Sache sein.

Wir lehnen das ganz klar ab.

Stadtrat Høyem (FDP): Nur eine Bemerkung. So einfach geht es nicht, AfD. Wenn wir im Ortschaftsrat gewählte Politiker von verschiedenen Parteien haben, dann ist es eine ungeheuerliche Arroganz, wenn Sie hier sagen, dass Sie die politisch gewählten Bürger nicht ernst nehmen. Dieser Vorschlag von Grötzingen kommt von allen Parteien dort, AfD ist dort nicht repräsentiert. Wir sollten unsere Ortschaftsräte ernst nehmen.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich schlage einen Kompromiss vor. Ganz klar ist für meine Fraktion, dass wir nicht einfach das Geld nach Grötzingen schieben können, denn dafür ist der Haushalt zu schwach. Auf der anderen Seite ist es ein wichtiges Projekt für Grötzingen. Ich finde, die Antwort der Verwaltung liefert doch eindeutig den Weg, wo es hingehen soll. Grötzingen einigt sich mit dem Stadtplanungsamt, wer wie viel übernimmt. Dann funktioniert das Ganze. Dann muss man jetzt kein riesiges Bohai machen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich will eigentlich nur noch folgendes ergänzen: Bei der Diskussion wird etwas übersehen. Frau Ortsvorsteherin EBrich hat mit Sicherheit alles gut gemeint für ihren Stadtteil. Aber bedenken Sie, dass Sie diese Wohltat der Investitionspauschale zur Diskussion stellen, wenn Sie in diesem Gremium erleben, dass es viele Stadtteile gibt, die diese nicht haben. Wenn ich jetzt sage, mir reicht die IP nicht aus, ich brauche noch einen Zuschlag, dann werden zu Recht meines Erachtens alle anderen Stadtteile, die diese Wohltat nicht genießen können, ungeduldig. Von daher wäre es sehr wohl angemessen, auch für diejenigen, die das jetzt befürworten, sich hier ein wenig zurückzuhalten, noch einmal diese Entscheidung zu überdenken.

Es wird sicherlich Mittel und Wege geben, vielleicht nicht in der zeitlichen Umsetzung, wie man sich das vorstellt. Vielleicht sind noch irgendwo Töpfe frei, die man zur Unterstützung mit einsetzen kann. Aber die Grötzingen müssen die IP einsetzen. Anders geht es schon strukturell nicht. Ich warne davor.

Stadtrat Hermanns (SPD): Zunächst, Herr Høyem, Sie haben uns genau aus dem Herzen gesprochen. Wir folgen genau Ihren Ausführungen.

Herr Pfannkuch, wenn Sie das tatsächlich ernst meinen, was Sie gerade gesagt haben, dann können wir keinerlei zusätzliche Investitionen, wenn wir sie für wichtig erachten, in Ortschaften geben, die einen Ortschaftsrat haben.

(Zuruf **Stadtrat Pfannkuch/CDU**)

- Nicht? Dann habe ich es falsch verstanden. Entschuldigen Sie, ich ziehe es zurück.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Verwaltungsvorlage eher so zu lesen ist, wie Herr Stadtrat Dr. Fischer es eingebracht hat, dass wir uns nämlich bemühen werden, in der Abstimmung zwischen der IP aus der Ortschaft und unserem Stadtplanungsamt eine gemeinsame Lösung zu finden und auch einen Aus-

gleich zu schaffen zwischen Interessen, die wirklich etwas originär mit der Ortschaft zu tun haben, aber auch Interessen, die durchaus auch im Rahmen städtischer Interessen liegen.

Frau EBrich hat das Stichwort Wohnen genannt. Das ist etwas, wo wir aktuell immer ganz hellhörig werden. Ich habe gesagt, vor 10 Jahren hat man immer Einzelhandel einbauen müssen in eine Rede, heute muss man Wohnen einbauen. Aber nichtsdestotrotz, wenn am Ende dadurch neuer Wohnraum entsteht, dann ist das nicht nur für Grötzingen interessant. Dann kann das auch an der einen oder anderen Stelle vielleicht noch eine Refinanzierung eröffnen.

Aber zunächst einmal müssen wir in diese Planungen. Wir müssen in diese Beteiligungsprozesse hinein. Von daher wäre meine dringende Empfehlung, bevor wir hier jetzt eine Grundsatzdiskussion oder eine Grundsatzentscheidung daraus kreieren, dass Sie einfach uns vertrauen, dass wir hier in Abstimmung dieser beiden Haushaltstöpfe eine Lösung finden. Ob das Ganze durch die Verteilung dann ein halbes Jahr länger dauert, werden wir dann sehen. Aber ich glaube, dass wir hier beginnen wollen und dass wir hier gute Optionen haben, auch für die Stadt, das hat keiner bestritten.

Wenn wir auf diesem Wege verfahren können, wäre das für das Thema am angemessensten. Wir lassen uns vor allem den Raum offen, individuell am Ende zu entscheiden und jetzt nicht aus der Thematik Grötzingen ein grundsätzliches „Nur so oder nur so“ für alle solchen zukünftigen Fälle zu machen. Ich glaube, mit solchen Einzelfalllösungen arbeiten wir in Karlsruhe immer besser als mit irgendwelchen Pauschalisierungen.

Wir sind alle gemeinsam der Meinung, wir **verzichten** auf die Abstimmung. Dann machen wir das so.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 6200**. Ich möchte noch einmal auf die **Veränderungsliste** hinweisen, dass wir jetzt die Auswirkungen der veränderten Organisation Liegenschaften und Forst natürlich auch in den Haushalt eingebracht haben. Das bringt keine quantifizierbaren Veränderungen mit sich. Aber natürlich wird die Organisation und Darstellung dadurch etwas verändert.

Dann haben wir in der **Veränderungsliste** noch die Verschiebung des Zuschusses Wohnraumakquise in den Investitionshaushalt. Das haben Sie auch zur Kenntnis genommen.

Antrag Nr. 164 (S. 258): Bonusprogramm für energetische Sanierung/Erhöhung der eingestellten Mittel (GRÜNE)

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Das Bonusprogramm für energetische Sanierung im Privatbereich setzt einen Anreiz, um energetisch sinnvolle Baumaßnahmen im Privatbereich durchzuführen. Erst vor knapp vier Monaten hat unser Gemeinderat die Weiterentwicklung der bestehenden Konzeption beschlossen. Diese Weiterentwicklung umfasst auch verstärkte Werbemaßnahmen.

Wir freuen uns, dass die Stadtverwaltung auch unsere Bedenken teilt, nämlich dass die potentielle Mehrnachfrage, die aus diesen Werbemaßnahmen entstehen kann, vielleicht nicht gedeckt werden kann. Wir wollen nicht, dass berechtigte Anträge zurückgewiesen werden aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln, die nicht im Haushalt eingestellt sind. Wir wünschen uns deshalb eine Aufstockung von 50 % für das Bonusprogramm. Letztlich ist nicht sicher, ob diese dann auch voll ausgeschöpft werden. Aber wir möchten niemanden zurückweisen, der hier den Willen hat, Maßnahmen, die sinnvoll sind, vorzunehmen.

Stadtrat Brenk (CDU): Der gleiche Antrag, wie vorhin auch. Die CDU-Fraktion folgt der Empfehlung der Stadtverwaltung und beantragt die Ablehnung.

Begründung hierzu: Wir haben eine angespannte Haushaltslage. Herr Oberbürgermeister, Sie haben vorhin gesagt, wie viel Geld wir gestern schon verbraten haben. Deshalb sind wir an irgendeiner Stelle, wenn es auch nur zum Schluss der Haushaltsberatung ist, zum Sparen verpflichtet.

Weiterhin muss man davon ausgehen, dass der Bürger, der heute renoviert, weiß, was draußen zu tun ist. Weiterhin gibt es Kfz-Mittel. Das weiß der Bürger auch. Die kann er bei seiner Hausbank beantragen. Wir haben mündige Bürger, wir haben Bürger, die wissen, was sie wollen. Es gibt auch eine Vielzahl von Unternehmen, die diese Beratung und diese Antragstellung letzten Endes übernehmen können. Die freuen sich darauf, wenn sie den Antrag stellen können, weil dann die Unternehmen auch den Umsatz daraus wieder generieren können.

Ob über das Bonusprogramm Anreize geschaffen werden, bezweifeln wir erheblich. Ich sage es nochmals: Wir stimmen dem Antrag deshalb nicht zu.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Die SPD-Fraktion folgt der Vorlage der Verwaltung. Aus unserer Sicht sind hinreichend Haushaltsmittel eingestellt. Wir halten das für wenig seriös, wenn man auf ein Vielleicht mit einer Erhöhung um 50 % reagiert. Vor vier Monaten hat sich der Gemeinderat und auch unsere Fraktion für eine Ausweitung des Programms ausgesprochen. Die bisherigen Haushaltsmittel sind nicht in vollem Umfang ausgeschöpft worden. Von daher werden wir der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Jooß (FDP): Ich habe es schon einmal gesagt. Es ist hier nicht Sache der Kommune. Energetische Sanierung zu unterstützen, ist Sache des Bundes und des Landes. Wenn die sich nicht einigen können, tut es uns furchtbar leid. Die haben erstens die Gelder, zweitens kann man das über steuerliche Abschreibungen am besten regulieren. Von daher stimmen wir gegen den Antrag der Grünen.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Wir haben vor kurzem erst beschlossen, dass die Maßnahmen, die damit gefördert werden, erweitert werden und damit auch das Programm enorm erweitert. Es war bisher schon gut ausgenutzt. Entsprechend gehen wir heute die Erhöhung mit, um weiterhin auf jeden Fall den Bedarf decken zu können.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Das ist genau wieder ein Beispiel von den Dingen, die ich in meiner Haushaltsrede genannt habe, die völlig unnötig und unnütz sind, wo das Geld zum Fenster hinausgeworfen wird.

Wenn es uns wirklich darum ginge, etwas gegen die Freisetzung von CO₂ zu tun, dann gäbe es ganz andere Maßnahmen, die wir ergreifen könnten. In Wirklichkeit ist es so, dass die Kohlekraftwerke, die hier in Baden-Württemberg abgebaut werden, in China wieder aufgebaut werden, um dort – so wie hier – weiterhin CO₂ in die Luft zu blasen. Das sind die Mengen, um die es wirklich geht. Das, was hier vorgeschlagen wird, ist der Tropfen auf den heißen Stein, der am Ende gar nichts bringt.

Letztendlich ist es sogar negativ zu werten, denn es werden Leute dazu verleitet, in ihre Häuser auf eine Art und Weise zu investieren, die sich nie wieder amortisieren wird. Wenn man nämlich genau durchrechnet, ist es häufig so, dass es teilweise 30 Jahre und mehr braucht, um die Kosten für das Dämmen eines Hauses wieder hereinzubekommen durch das Einsparen von Heizenergieträgern. So gesehen ist diese ganze Maßnahme aus unserer Sicht kontraproduktiv.

Wir lehnen es ganz vehement ab, dass die Stadt weitere Mittel in diese Dinge investiert.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Es gibt eine nationale Klimaschutzvorstellung, wie es sich entwickeln soll. Zentraler Baustein dieser nationalen Klimaschutzvorstellung ist, dass der Hausenergieverbrauch gesenkt werden muss, weil das der zentrale Bereich in der Bundesrepublik Deutschland ist. Dies wird von der CDU bis zu den Grünen so gesehen. Deswegen wundere ich mich, dass die CDU dem nicht zustimmen will. Denn die Kanzlerin hat sich gerade vor kurzem mit der CSU darüber streiten müssen.

Aber wenn ich jetzt höre, dass mein Nachbar als einziger in diesem Land genau das Gegenteil weiß, dann muss ich einfach sagen, ich vertraue einer Mehrheit von Experten, als dass ich jetzt Ihnen folgen kann.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich darf um das Kartenzeichen bitten. Bei 15 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Ich würde Ihnen zum Verfahren folgenden Vorschlag machen. Wenn wir die ersten Anträge haben, die wir nicht mehr bedienen können, dann schauen wir uns das noch einmal in Ruhe an. Dann nehmen wir noch einmal miteinander Kontakt auf. Denn es ist natürlich in der Tat nicht unser Ziel, dann unbedingt im Oktober Schluss zu machen. Auf der anderen Seite – so ist auch unsere Empfehlung ausgefallen – macht es aus unserer Sicht jetzt keinen Sinn, Beträge zu erhöhen, von denen wir nicht wissen, ob wir sie brauchen und ob wir sie uns leisten können.

Das sind die zwei Punkte, die wir zu gegebener Zeit noch einmal diskutieren können.

Antrag Nr. 165 (S. 260): Natur- und Landschaftspflege, Naturschutz im Wald – Stellenschaffung (GRÜNE)

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Karlsruhe ist bekanntlich ein sehr walddreicher Stadtkreis. Das freut uns auch alle. Neben der Holz- und Erholungsnutzung ist es einfach auch für den Naturschutz von großer Bedeutung. Dort bleiben im Augenblick sehr viele Aufgaben unerledigt liegen, was auch sehr viel mit Personalknappheit in der Forstverwaltung zu tun hat: Naturschutzmanagementpläne, die Umsetzung des Alt- und Totholzkonzepts, auch die Umsetzung der Ökokontoverordnung des Landes. Da könnte man einfach für den Naturschutz im Land viel mehr tun, als es in letzter Zeit passiert ist. Auch ganz aktuell z. B. waren Fällarbeiten im Weingartner Moor, jetzt gerade zurzeit, wo die Amphibienwanderungen losgehen. Vielleicht hätte auch so etwas mit einer für den Naturschutz verantwortlichen Person im Wald für Karlsruhe anders gehandhabt werden und etwas schonender vorgegangen werden können.

Wir meinen deswegen, dass eine zusätzliche Personalstelle für die Forstverwaltung, speziell für den Naturschutz erforderlich und sinnvoll ist. Auch aus der Antwort der Verwaltung geht sehr deutlich die Dringlichkeit hervor. Deswegen bitten wir um Zustimmung für diesen Antrag.

Stadtrat Maier (CDU): Ich würde Ihrem Vorschlag zumindest für unsere Fraktion dahingehend folgen, dass ich jetzt für beide Anträge spreche, weil wir leider – ich sage bewusst leider – zu der Erkenntnis gekommen sind, dass wir beide Anträge ablehnen werden, vor dem Hintergrund des Einsparpotentials, das wir sehen. Leider, wie gesagt, weil wir auch in beiden Punkten es für wichtige Arbeit erachten. Aber verbunden mit der Hoffnung, dass gerade auch im letzten Doppelhaushalt hier schon Stellen geschaffen worden sind, gehen wir davon aus, dass noch eine Weile damit fortgefahren werden kann. Wir wünschen uns, dass erst einmal auf der Basis weitergemacht wird und jetzt nichts ausgeweitet wird.

Stadträtin Fischer (SPD): Wir werden in dem Punkt zustimmen mit einem Aber. Wir wissen, dass der Forst schon einige Jahre eine knappe Stellenbemessung vor sich herschiebt. Es ist zum Teil noch auf die Verwaltungsreform zurückzuführen. Es sind aber auch die vielen neuen Aufgaben, die dem Forst auferlegt werden, an denen wir alle hier nicht unschuldig sind. Frau Lisbach hat es zum Teil schon aufgelistet. Ich denke, da sollten wir uns auch in Zukunft Gedanken machen - Bund, Land, Kommune, wir sind alle in der Pflicht -, die Aufgaben nicht ständig zu erweitern und uns nachher zu wundern, warum wir dann mehr Stellen brauchen.

Aber ich sehe die Notwendigkeit, bei dem Aufgabenumfang, der jetzt vom Forst zu bewältigen ist, die Bremse reinzuhauen und zu sagen, da muss jemand her. Aber mit diesen ganzen Zertifizierungsmaßnahmen und ähnlichem, mit dem wir uns auch in der Vergangenheit beschäftigt haben, sollten wir schon etwas zurückhaltender sein.

Ich werde auch gleich zum nächsten Punkt noch sprechen: In diesem Punkt stimmen wir gerne zu. Die Waldpädagogik wird sehr stark nachgefragt. Es wird in der Verwaltungsvorlage darauf hingewiesen: 20 % Steigerung schon wieder in diesem Jahr. Das kann man nicht allein mit Honorarkräften abdecken. Ich sage das auch ganz bewusst. Es gibt auch noch eine andere Pädagogik, nämlich die Zoopädagogik. Auch die kann nicht nur mit Honorarkräften abgedeckt werden. Da hoffe ich dann auf gleiche Unterstützung.

Stadtrat Hock (FDP): Frau Fischer hat mir genau das schon vorgegeben, was ich auch sagen wollte. Wir sind nicht unerheblich an diesem Personalmangel schuld. Denn wir geben verschiedenste Zertifikate auf den Weg, die natürlich dann auch im Wald und vom Forst abgearbeitet werden müssen. Dafür muss Personal her, denn wenn wir das möchten – und das möchten wir –, dann muss es auch abgearbeitet werden. Wenn man sich dort vor Ort einmal aufhält und schaut, was es für Aufgaben gibt, die nicht abgearbeitet wurden, dann muss man wirklich sagen, dann ist es jetzt an der Zeit, dieses zu unterstützen. Deshalb wird meine Fraktion heute dem Grünen-Antrag gerne folgen und die Stelle auf den Weg bringen.

Der Vorsitzende: Dann darf ich um das Kartenzeichen bitten. Bei 19 Nein-Stimmen, **mehrheitlich zugestimmt.**

Ich will – damit wir uns im Nachhinein nicht streiten – feststellen, dass diese Stelle nicht aus dem gestrigen Pool kommt, sondern noch einmal additiv oben drauf kommt. Nur, dass wir uns da einig sind.

Antrag Nr. 166 (S. 260): Natur- und Landschaftspflege, Waldpädagogik - Stellenschaffung (GRÜNE)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich hoffe, dass ich jetzt auch noch die CDU überzeugen kann, so dass wir hier für die Umweltpädagogik noch eine breite Mehrheit des Hauses gewinnen können.

Das Waldklassenzimmer ist ein Leuchtturmprojekt neben dem Haus des Waldes in Baden-Württemberg für die Umweltpädagogik, für die Waldpädagogik. Seit der Gründung haben über 200.000 Menschen 8.500 Veranstaltungen besucht, diese vor allem in den letzten Jahren. Seit das Waldklassenzimmer in das neue, schöne Forstgebäude einziehen konnte, nimmt die Nachfrage so extrem zu, dass insbesondere bei den Schulklassen, bei den Kindergartengruppen, aber auch bei großen Veranstaltungen die Wartezeiten inzwischen gigantisch sind. Jetzt haben wir dort 1 $\frac{3}{4}$ Stellen, eine Biologin und ein Forstexperte, die eine Bugwelle von Überstunden abarbeiten. 20 Honorarkräfte sind inzwischen dort beschäftigt, die diese Angebote ausgestalten.

Es geht hier bei unserem Antrag nicht um eine extreme Ausweitung der Stellen, überhaupt nicht. Es geht um die Aufstockung der einen Stelle, die nur eine $\frac{3}{4}$ -Stelle ist, auf eine volle Stelle. Die Stellen sind sehr gering dotiert. Es geht sozusagen wirklich nur um die Aufstockung auf eine volle Stelle. Da bitte ich doch, lassen Sie sich davon überzeugen, dass wir diese brauchen im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen aller Altersgruppen, dass wir wenigstens diese eine Stelle auf eine volle aufstocken. Da könnten Sie doch spontan zustimmen. Da hoffe ich auf Ihre Vernunft.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Wir sehen es ähnlich, wie Kollegin Rastätter. Das Angebot wird hervorragend angenommen. Die Nachfrage wächst stetig und ist derzeit weit über das gegenwärtig Leistbare hinausgegangen. Wir stimmen daher der sehr maßvollen Erhöhung auf eine volle Stelle natürlich zu, um einen größeren Anteil der Nachfrage decken zu können und damit sich nicht weiter diese Überstunden aufbauen.

Stadtrat Hock (FDP): Die FDP-Fraktion hat im letzten Doppelhaushalt schon auch die Stimme mit erhoben für die Waldpädagogik. Wenn man sich draußen umschaute und die Zahlen hört, dann sieht man, dass die einem wirklich das Haus einrennen. Ich finde das gut und richtig. Dass wir dort eine ordentliche Ausstattung haben müssen, ist für unsere Fraktion auch klar. Deshalb – das kommt nicht so oft vor – werden wir heute zum zweiten Mal hintereinander den Grünen gerne folgen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir folgen diesem Antrag sehr gerne, im Gegensatz zum anderen, bei dem wir deutlich sagen, wenn die Bürokratisierung vom Land und Bund her kommt, warum müssen wir dann immer bezahlen. Aber hier sind wir originär dran, mit der Frage der Bildung, mit der Frage, wie können wir Kindern mit dem Wald eine positive Erfahrung verschaffen. Deswegen, absolut ja und sehr gerne.

Der Vorsitzende: Dann können wir zur Abstimmung kommen. 17 Nein-Stimmen, der Rest ist Zustimmung. Damit ist der Antrag **mehrheitlich angenommen**.

Ich weise auf die **Veränderungsliste** hin. Da geht es um Wohnraumakquisebeträge. Es geht um Verkaufserlöse Grundstücke. Es geht um außerordentliche Erträge aus der Veräußerung von Vermögen. Hier haben wir Anpassungen vorgenommen.

Antrag Nr. 167 (S. 263): Schaffung von jährlich mindestens 500 zusätzlichen mietpreisgebundenen bzw. erschwinglichen Mietwohnungen (Die Linke)

Stadtrat Fostirpoulos (Die Linke): Wir haben den Haushalt bisher ca. um 1 ‰ verändert, so die Information des Oberbürgermeisters heute Morgen. Ich denke, da ist deutlich Luft nach oben. Dieses 1 ‰ verschwindet in der Fehlertoleranz. Der voreilende Gehorsam, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat geklappt. Ich gratuliere der Bürgermeisterbank.

(**Der Vorsitzende:** Herr Fostirpoulos, Sie können Ihre Fehlertoleranz Ihres Betriebes einmal an uns weitergeben.)

- Mit Verlaub, wir schreiben schwarze Zahlen und machen keine falschen Investitionen.

Das mit der Fehlertoleranz war einmal Ihre Aussage, Herr Oberbürgermeister. Ich habe Sie nur zitiert.

Wir brauchen deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum in Karlsruhe. Karlsruhe möchte, dass z. B. Absolventinnen und Absolventen des KIT in Karlsruhe bleiben. Wir wollen IT-Stadt sein. Wenn wir also einen Zuwachs an Bevölkerung wollen – und die haben wir, liebe Kolleginnen und Kollegen –, dann brauchen wir deutlich mehr Wohnraum. Wir brauchen deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum, denn eine Menge Bürgerinnen und Bürger können ihre Mieten nicht mehr bezahlen, suchen preiswerten Wohnraum und finden ihn nicht. Das wissen wir alle. Wir alle kennen Menschen, die Wohnungen suchen und keine bezahlbare Wohnung finden.

Wir wollen deshalb ein Programm auflegen, dass wir mindestens 500 – eigentlich bräuchten wir mindestens doppelt so viele – neue, bezahlbare Wohnungen pro Jahr zur Verfügung stellen. 500 neue Wohnungen heißt sowohl Neubau als auch durch Mietpreisbindung. Jetzt schreibt hier die Stadt Karlsruhe, der Bedarf an zusätzlich gefördertem Wohnraum ist höher – dann kommt der Nebensatz -, als die Wohnwirtschaft in Karlsruhe derzeit leisten kann. Was ist das für eine Aussage? Brauchen wir Wohnraum? Was heißt leisten? Da wird dann angeführt, auf der einen Seite haben wir nicht genug Gelände, und auf der anderen Seite gibt es Regeln, wie gebaut werden muss.

Es tut mir Leid, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können die Regeln verändern, und zwar im Interesse der Bürgerschaft. Wir entscheiden, wie die Regeln sind, wie wir unsere Stadt gestalten. Sehr wohl können wir verdichten. Sehr wohl können wir mit dem Landkreis Projekte auflegen, um Wohnraum zu schaffen. Und wir können auch in die Höhe bauen. Wer sagt denn, dass wir nicht höher dürfen, wenn doch der Bedarf da ist? Oder heißt das, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern, die hierher ziehen wollen oder hier bleiben wollen, hier erwirtschaften wollen, hier leben wollen, sagen: Tut uns leid, mehr Platz haben wir nicht. In die Höhe bauen wir nicht. Geht einfach woanders hin.

Ich glaube, wir haben deutlich mehr Möglichkeiten. Wir sollten diese ergreifen. Deshalb steht nach wie vor unser Vorschlag, mindestens 500 bezahlbare Wohnungen pro Jahr zur Verfügung zu stellen, um das Problem wenigstens zu lindern.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die Substanz Ihres Antrags habe ich noch nicht ganz verstanden. Sie sagen, in die Tüte oben Geld einfüllen und unten kommen dann 500 Wohnungen heraus. Sie haben nicht so richtig gesagt, wie Sie sich das vorstellen. Sie sagen nur: Alle machen hier alles zu wenig und falsch.

Dann haben Sie gesagt, dieser Haushalt ist im Marginalen derzeit verändert, es ist nicht ernst zu nehmen, was wir hier im Gemeinderat betreiben. Das ist nicht nur unrichtig, sondern auch gefährlich, weil Sie einen falschen Eindruck ermitteln. Die letzten Meter sind die entscheidenden. Denn die letzten Meter verschlimmern unser Problem, das wir in der Zukunft haben. An die scheinen Sie, was den Haushalt angeht, überhaupt nicht zu denken. Von daher sagen Sie zwar, wir sollen das Geld verschieben und in diese Wohnraumförderung stecken, aber Sie sagen eigentlich nicht, wie das gehen soll.

Richtig an Ihrem Hinweis – das wäre vielleicht das Einzige, das uns hier weiterbringen kann – ist, dass wir dieses Thema im Auge behalten. Aber vergessen tun wir es gewiss nicht. Wir sind mit der Volkswohnung intensiv dran. Ich kann natürlich die Verwaltung nur auch noch einmal ermahnen und würde da gerne doch mehr Effekte erkennen, die private Bauwirtschaft, die Genossenschaften usw. noch intensiver und ernsthaft mit ins Boot zu nehmen. Das werden wir wahrscheinlich noch in der weiteren Entwicklung verfolgen.

Das Wesentliche ist tatsächlich, wie schöpfen wir die Innenentwicklungspotentiale. Darüber wird ständig sehr wachsam diskutiert. Das Volumen, das darin steckt, ist für manche Parteien völlig offen. Da sagen die, sie haben noch unendlich viel Raum. Manche – dazu zählt auch die CDU – sehen diese Potentiale durchaus begrenzt. Was wir uns wünschen würden, ist, dass wir einmal über ganz konkrete Möglichkeiten und

Entwicklungschancen reden, damit wir auch die anderen Fragen klären können. Damit wir auch an die anderen Dinge herangehen können, die wir durchaus vielleicht im Verbund mit dem Umland zu lösen versuchen sollten.

Aber eines ist, um das zuletzt noch zu sagen, durchaus richtig. Wenn wir Innenentwicklungspotentiale heben, dann müssen wir tatsächlich auch in die Höhe gehen. Da müssen wir konsequent rangehen. Es geht eigentlich nicht, dass wir von Bebauungsplan zu Bebauungsplan immer wieder die Frage stellen müssen: Können wir da nicht noch ein Stockwerk draufstellen? Dann haben wir eigentlich ein bisschen einen Widerstand der Planer, die natürlich ihre Qualität im Hinterkopf haben müssen. Aber trotzdem, wenn wir innenentwickeln wollen, dann müssen wir in die Höhe gehen.

Stadtrat Marvi (SPD): Ich will jetzt nicht auf dem Kollegen von den Linken herumhacken. Das liegt mir völlig fern. Ich glaube, im Ziel sind wir uns alle einig hier im Haus. Bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in unserer Stadt. Ich glaube, mit den Linken eint uns beispielsweise auch das Karlsruher Innenentwicklungskonzept. Es eint uns jetzt nicht überall im Gemeinderat.

Aber ein wenig habe ich mich dann doch über diesen Antrag geärgert, und zwar über die Argumentationskette, die ich bei den Linken im Bereich Wohnungspolitik in den vergangenen Monaten, auch schon in der Sitzung im Oktober, erlebt habe. Der stetige Vorwurf an die Politik, dass wir zu wenig tun, dass wir handlungsunfähig sind, dass wir bei der Förderung von bezahlbarem Wohnraum im Grunde genommen versagen werden. Sie ignorieren damit, Herr Fostiropoulos, den Paradigmenwechsel, den es gegeben hat auf Seiten der Stadt Karlsruhe mit dem KWOF, dem Karlsruher Wohnbauförderprogramm, mit den 6 Mio. Euro, die wir investieren, mit dem Landeswohnraumfördergesetz, wo nochmals 24 Mio. Euro von der baden-württembergischen Landesregierung dazukommen, von den Anstrengungen, die es jetzt auch in der Bundesregierung gibt, mit der Umsetzung der Mietpreisbremse für Baden-Württemberg – auch wieder etwas, das das Landeskabinett verabschiedet – und mit den Bemühungen – das hat Herr Pfannkuch ausgeführt – der Volkswohnung, den 220 Mio. Euro, die bis 2018 in Mietwohnungsbau investiert werden, die 600 öffentlich geförderten Wohnungen, die entstehen werden. Ich glaube, es wäre besser, Herr Fostiropoulos, Sie würden sich an diesem Prozess konstruktiv beteiligen, Sie würden die Realitäten auch einmal richtig darstellen, unsere Anstrengungen loben und sich daran beteiligen, dass wir mehr Partner finden, mehr Wohnungsbaugesellschaften, mehr Genossenschaften, damit wir dieses Thema gemeinsam bewegen können. Das wäre ein großer Fortschritt. Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Das Thema Wohnraumförderung ist wirklich sehr komplex. Hier müssen viele verschiedene Maßnahmen ineinander greifen. Natürlich ist auch Geld notwendig. Das ist überhaupt keine Frage. Es ist aber auch – das wurde schon erwähnt – die Bereitstellung von Flächen notwendig. Da müssen wir uns in der Tat auch noch mehr Gedanken machen, wie wir die Innenentwicklungspotentiale, über deren Quantität es unterschiedliche Auffassungen gibt, heben. Dazu haben wir in der nächsten Gemeinderatssitzung einen Antrag, wo wir dieses Thema auch noch einmal ausführlich diskutieren können. Denn wir sind der Meinung, man muss einmal systematisch die Innenentwicklungspotentiale erfassen, um auch zu wissen, wie viel ist denn da

überhaupt möglich. Da muss man sich schon auch ein bisschen im Detail damit beschäftigen und auch Mühe geben.

Auch unser Flächenmanagement wird sich wahrscheinlich verändern müssen. Ich höre immer wieder, dass auch potentielle Wohngruppen Probleme haben, sich Flächen für eine Weile zu reservieren. Bis sie sich zusammengefunden haben, so dass es tatsächlich zu einem Wohnprojekt kommen könnte, hat oft schon ein anderer Investor dort vielleicht Eigentumswohnungen realisiert. Dann ist es eben zu spät. Auch da müssen wir uns Gedanken machen, wie man Möglichkeiten findet, solche Gruppen und Projekte zu unterstützen.

Was aber doch im Augenblick noch vor allem zu fehlen scheint, sind Akteure, die wirklich bereit sind, in den Wohnungsbau zu investieren. Was leider auch fehlt, sind Wohnungsbesitzer, potentielle Vermieter, die bereit sind, über Belegungsrechte zu arbeiten und sich für eine bestimmte Zeit zu binden und wirklich sozialen Mietwohnungsbau in dieser Form auch auf den Weg zu bringen.

Grundsätzlich sind wir mit dem Ziel, 500 Wohnungen, auch soziale Wohnungen, pro Jahr zu schaffen, durchaus einverstanden. Das hatten wir auch bei KAWOF und KAI unterstützt. Wir glauben aber nicht, dass es im Augenblick am Geld hängt. Wir haben darüber auch schon mehrfach in letzter Zeit diskutiert. Die 5 Mio. Euro, die jetzt eingestellt sind, scheinen uns im Augenblick die Nachfrage zu decken. Wir sind jederzeit bereit, wenn sich das abzeichnet, auch mehr Geld einzustellen im Nachtragshaushalt. Aber jetzt einfach nur mehr Mittel einzustellen, würde das Problem nicht lösen. Wir müssen noch an anderen Stellschrauben drehen. Wir müssen auch aktiv, auch das wurde schon gesagt, die Genossenschaften mit ins Boot holen und die Akteure, die möglicherweise bereit sind, unter bestimmten Bedingungen zu investieren, anwerben. Mit denen müssen wir irgendwie zusammenkommen.

Wenn sich dann irgendwann abzeichnen sollte im Laufe des Jahres, es fehlt am Geld, dann sind wir jederzeit bereit, hier nachzubessern.

Stadtrat Lancier (KULT): Der Wunsch nach mehr günstigen Wohnungen ist allgegenwärtig hier im Rat und auch auf der Bürgermeisterbank. Ein solcher Haushaltsposten, der hier vorgeschlagen wurde, ist aber reine Schaufensterpolitik, da hier Ansprüche dargestellt werden, die aus objektiven Gründen gar nicht umgesetzt werden können. So stellt es die Antwort der Verwaltung auch dar.

Wenn den Kollegen von den Linken etwas einfiele, wo oder wie wir die Umsetzung durchführen könnten, dann wären wir sofort dabei. Und sicher auch ein großer Teil des Rates hier. Höhen nutzen, Regeländerungen machen, das sind immer wieder gemachte Vorschläge. Doch zum einen braucht es Zeit, die in dem Vorschlag nicht berücksichtigt ist, und zum anderen muss es auch sorgfältig im Hinblick auf Gleichbehandlung von unterschiedlichen Bauunternehmen, auch in der Vergangenheit, geprüft werden. Bei einer Umsetzung würde der Haushalt aufgebläht, ohne dass einer schlechten Außenwirkung etwas Positives gegenüberstünde.

Wir werden dem Antrag nicht zustimmen. Er ist unrealistisch und weckt schlimmstenfalls unerfüllbare Hoffnungen.

Stadtrat Jooß (FDP): Auch wir sind für 500 neue Wohnungen, mietpreisgebunden. Wir sind auf einem guten Weg mit der Volkswohnung. Ich möchte jetzt nicht aus den Aufsichtsratssitzungen plaudern, aber selbst wenn wir wollten, können wir so schnell, wie gewünscht, keine Wohnungen aus dem Boden stampfen. Selbst wenn wir Flächen hätten, es geht einfach nicht. Bauen geht nicht so schnell wie Brötchen backen. Gott sei Dank geht das schneller.

Aber wir haben das Programm KAWOF. Wir haben gesehen, von wem das angenommen wurde. Ein Privater hat es angenommen, alles andere wurde von der Volkswohnung realisiert. Wir wollen nicht mehr Regulierungen. Wir fördern den Wohnungsbau nicht durch mehr Regulierungen. Viel wichtiger ist, wie jetzt geplant, eine Erhöhung des Wohngeldes. Wir brauchen mehr Subjektförderung statt Objektförderung, damit wir die Leute da unterstützen, wo sie Geld brauchen und die Wohnungen nicht bezahlen können. Das wäre uns viel wichtiger.

Alles andere wurde schon gesagt, Verdichtung usw. Dazu möchte ich mich nicht äußern. Generell braucht alles mehr Zeit. Wir sind sehr kritisch mit dem Vorschlag der Linken. Wir sind auch für mehr Wohnungen, aber wir werden uns in dieser Richtung zurückhalten.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir sind der Meinung, dass wir in Karlsruhe mehr Mietwohnungen brauchen. Allerdings ist es so, dass die verfehlte europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik, die wir als AfD von Anfang an kritisieren, dazu beiträgt, dass weniger Mietwohnungen gebaut werden. Durch die historisch niedrigen Zinsen ist es für sehr viele Leute erschwinglich, Eigentumswohnungen zu kaufen. Dieser Bedarf wird von den Bauträgern zuerst gedeckt, weil nämlich in kurzer Zeit das Geld für den Bau und das ganze Projekt wieder hereinkommt. Bei Mietwohnungen ist es so, dass man über Jahrzehnte warten muss, bis das Geld wieder hereingekommen ist. Wir haben an dieser Stelle auch mit den Auswirkungen der derzeitigen europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik zu kämpfen.

Wir machen es uns aber auch an anderer Stelle schwer. Es ist auch im Redebeitrag von Herrn Fostiropoulos schon angeklungen. Ich habe gestern auch schon darauf hingewiesen: Wir haben eine ganze Reihe von Konzepten, eine ganze Reihe von Regelwerken, die man befolgen muss, wenn man eine Planung aufstellt, auch für den Bau von Mietwohnungen. Dazu kommt natürlich, dass wir so gut wie keine Flächen mehr verfügbar haben. Ich denke, wir müssen gemeinsam versuchen, für die Leute, die Wohnungen bauen wollen, für Wohnungsbaugesellschaften, auch für Genossenschaften, die wir in Karlsruhe haben – wir haben leistungsfähige Genossenschaften, deren Ziel es ist, Mietwohnung zur Verfügung zu stellen – für diese potentiellen Investoren diese Regeln einfacher zu gestalten. Oder ihnen einen Handlungsrahmen geben, wie sie besser planen können. Ich glaube, dass wir selber eine ganze Reihe von bürokratischen Hürden geschaffen haben, die auch den Bau von neuen Mietwohnungen behindern. Da müssen wir dran. Wir müssen an den Dingen, die wir beeinflussen können, ohne dass wir den Haushalt belasten, arbeiten, um dann auch zu mehr Mietwohnungen zu kommen.

Stadtrat Wenzel (FW): Lieber Niko, dein Anliegen ist ehrenwert. Aber ich betrachte dein Anliegen so, dass wir den Fokus noch einmal darauf setzen. Denn konkret konntest du nicht werden. Das haben wir in den Redebeiträgen gehört. Es geht einmal um Flächen, die wir kaum haben. Wir haben in Durlach Flächen, Säuterich, oder die Ausgleichsfläche Untere Hub, wo wir eventuell schnell etwas machen könnten. Mehr Flächen sehe ich nicht. Ich sehe die Entwicklung nach oben. Da hat Niko Recht. Wir müssen überlegen, wie wir daran gehen. Aber wir haben sehr viele Schritte schon gemeinsam eingeleitet. Ich denke, wir werden uns keinem versperren, der uns Wohnraum schaffen würde. Diesen Weg sollten wir auch gemeinsam weiter verfolgen.

Stadtrat Høyem (FDP): Liebe AfD, wir sind hier im Karlsruher Gemeinderat. Hier diskutieren wir über Wohnungen in Karlsruhe. Dass Sie immer wieder die EU als Schimpfwort benutzen, das ist Ihr Problem und nicht unser Problem. Es hat überhaupt nichts mit dem zu tun, was wir hier tun. Die ganze europäische Finanzpolitik ist viel komplexer. Ich wollte das sehr gerne mit Ihnen in der Öffentlichkeit diskutieren. Aber so einfach, wie Sie das hier sagten, ist es nicht, und auch an der falschen Stelle.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Zunächst möchte ich sagen, es sind nicht meine Wünsche und Anträge, sondern die der Linken im Karlsruher Gemeinderat. Dazu gehört auch meine Kollegin Sabine Zürn. Es sind gemeinsame Anträge.

Des Weiteren, Kollege Pfannkuch, ein bisschen fair bleiben. Wenn mir die CDU heute noch 30 Minuten ihrer Redezeit, die sie üppig hat, abgibt, dann kann ich die ganzen Vorschläge noch einmal unterbreiten. Wir haben das zur Genüge diskutiert.

Ich möchte aber einen Aspekt dennoch benennen: die Vorschläge, weil es heißt, die brauchen alle Zeit usw. Soll ich Ihnen jetzt die ganzen Anträge vom Doppelhaushalt vor acht Jahren, vor sechs Jahren, vor vier Jahren und vor zwei Jahren zeigen, wo alle gesagt haben, Sie haben Recht, wir müssen etwas tun, aber nicht jetzt. Jetzt sagen Sie das gleiche. Alle Argumente wiederholen sich seit acht Jahren in den Doppelhaushalten.

Einen Vorschlag habe ich im Oktober genannt, der auch genannt wird in der Diskussion: Ich habe deutlich gemacht, die Bemühungen der Stadt und des Landes sind prima. Aber die Stadt hat selbst festgestellt, dass keine privaten Investoren kommen. Ich habe auch erklärt, warum. Im Moment haben wir so niedrige Zinsen. Kein privater Investor kommt und nimmt die paar Bröckelchen, die die Stadt hinlegt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Denn es ist viel lukrativer, billige Kredite zu bekommen. Gute Wohnungen sollen gebaut werden. Aber ich glaube, wir müssen stärker in den Topf greifen, wenn wir wollen, dass Menschen mit einem kleinen Budget auch in diese Wohnungen können. Das ist doch der Punkt. Wenn wir es nur gut meinen, reicht es nicht. Ich verstehe den Willen. Ich habe das auch anerkannt. Aber es reicht nicht. Die Stadt selbst hat festgestellt, dass kein privater Investor kommt. Ich habe erklärt, warum. Das ist einfach Fakt. Da würde ich mir doch wünschen, dass wir etwas ehrlicher und offener damit umgehen. Wir haben ähnlich Ziele in der Richtung, aber lassen Sie uns auch die Schritte dazu machen.

Der Vorsitzende: Das ist jetzt eine Grundsatzdebatte gewesen, für die ich – auch für die Sachlichkeit – sehr dankbar bin. Ich möchte gerne noch ein paar Ergänzungen machen.

Die eine Ergänzung ist, dass die Volkswohnung, wenn man den Zeitraum bis 2020 betrachtet, vorhat, 1.500 Mietwohnungen zu schaffen. Das ist schon einmal eine ganz gute Summe. Sie haben im Haushaltsentwurf auch das umgesetzt gesehen, was Sie bei der letzten Haushaltsberatung schon gefordert haben, dass wir nämlich in den Jahren 2015 und 2016 jeweils 5 Mio. Euro für kommunale Wohnraumförderung einstellen. So gesehen ist schon viel passiert.

Die Aussage, Herr Stadtrat Fostiropoulos, dass die Privaten nicht mitziehen, ist auf der einen Seite richtig. Wenn ich kleine Flächen habe, die ich in eher hochwertiger Bebauung gestalten und verkaufen kann, dann haben wir als Stadt da im Moment noch keinen Zugriff. Da werden sich viele Investoren eher in dem Bereich hochpreisigen Wohnungsbau umsehen. Wir haben aber mit KAI und KAWOF die Instrumente geschaffen, dass wir überall dort, wo ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden muss, sehr verbindlich und sehr dirigistisch eingreifen und sagen, ein bestimmter Prozentsatz muss dann aber für diesen Markt vorgesehen sein. Hier ist die Rückmeldung nicht so, dass es heißt, dass das private Investoren abschreckt, sondern ich habe in diesen zwei Runden, die es gab - einmal eher mit den genossenschaftlich organisierten Wohnungsbauunternehmen, einmal mit den traditionell privatwirtschaftlich organisierten - von der privatwirtschaftlichen Seite ganz klar die Rückmeldung bekommen: Wenn wir Flächen haben, bauen wir Ihnen sofort Sozialwohnungen, weil dieses Förderprogramm so attraktiv ist, dass wir das damit finanziell und betriebswirtschaftlich gut hinbekommen. Da ist in der Tat das Problem, dass wir diese großen Flächen noch nicht haben.

Das Zweite ist: Im Bereich der Genossenschaften – das ist mehrfach angesprochen worden – kann ich Sie alle nur auffordern, wenn Sie da Kontakte haben, noch einmal dafür zu werben. Wir haben aber jetzt schon die ersten Genossenschaften bei uns am Tisch sitzen, die gerne in ihren Bestand investieren wollen. Wenn Sie sich aber die Gestaltung vieler genossenschaftlicher Anlagen in Karlsruhe anschauen – schauen Sie sich die Gartenstadt in Rüppurr an oder auch in der Nordstadt -, so bald man dort etwas Neues hineinbauen will, wird es baurechtlich so schwierig, dass Sie da auch wiederum nur sehr begrenzte Möglichkeiten haben.

Die Thematik, dass wir durchaus auch noch Geschosse draufsetzen – da gab es auch einmal eine Grundsatzdiskussion hier im Gemeinderat, dass wir diesen Weg gerne mitgehen.

Innenraumentwicklung ist auch immer ein Thema. Nur das kann man am Ende dann nur am konkreten Einzelfall entscheiden. Ich bin auch sehr dafür, den Kaisergarten nicht zu überbauen. Das habe ich immer gesagt. Wir haben beim Areal Moltkestraße der Innenentwicklung auch klare Grenzen aufgezeigt. Auch bei dem, Herr Fostiropoulos, mal eben noch drei Stockwerke draufbauen bei der Innenentwicklung, da geht es dann am Ende doch um Dinge, wie Verschattung, es geht um die Nachbarschaft. Da können wir jetzt auch nicht sagen, dass alle diese Interessen hinten herunterfallen dürfen. Und vor

allem: Wir können es auch rechtlich überhaupt nicht machen. Insofern nutzt es uns nichts, wenn wir hier pauschal immer wieder sagen: Das müsste alles so sein.

Ich kann den ganzen Rat nur auffordern, so bald Sie bei Einzelobjekten den Eindruck haben, hier könnte man etwas tun, dann unterstützen Sie das, bringen Sie das bei uns an den Tisch. Wir versuchen dann gemeinsam mit Ihnen im Hinblick auf Wohnraum natürlich auch für die Stadt das Beste daraus zu machen. Es gibt auch die eine oder andere Gewerbefläche, wo wir dann demnächst einmal mit Ihnen darüber reden, ob man da nicht stattdessen Wohnraum zulässt. Aber Sie haben immer das Problem, dass Sie dann in umfangreiche Veränderungen der Planungsgrundlagen müssen, der baurechtlichen Rahmenbedingungen usw. Das kostet alles Zeit.

Das ist jetzt nichts, was wir vorschieben, sondern wir haben an sich die Instrumente. Die Instrumente werden auch als sehr gut empfunden. Wir haben das Geld, das ist immer ausreichend hier eingestellt. Wir haben die grundsätzliche Akzeptanz der Bauträger. Jetzt hängt es an den konkreten Projekten, ob es klappt oder nicht. Da sollten wir gemeinsam in den nächsten zwei Jahren noch einmal massiv hinterher sein. Ich bin sicher, dass dieses Schwungrad sich auch langsam in Bewegung setzt. Von daher sind wir aus unserer Sicht hier gut aufgestellt.

Wir empfehlen Ihnen trotzdem die Ablehnung dieses Antrags. Denn es macht keinen Sinn, sich als Gemeinderat 500 Wohnungen als Ziel zu setzen, wenn wir über die Instrumente, die wir haben, eigentlich richtig aufgestellt sind und wenn wir über unsere Volkswohnung, die wir selber beeinflussen können, eigentlich schon das Maximale umsetzen, was im Moment dort organisatorisch, betriebswirtschaftlich, aber vor allem auch von den Flächen her möglich ist.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Ich habe leider nicht gehört, dass Sie zurückziehen, Herr Fostiropoulos. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. Bei 3 Enthaltungen, 2 Zustimmungen, ist der Rest **Ablehnung**.

Wir kommen damit zum Teilhaushalt **6300**.

Antrag Nr. 168 (S. 268): Brandschauen (GRÜNE)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Hier geht es jetzt einmal nicht um Geld, sondern um ein Ziel, das in den Haushalt eingestellt werden soll. Das wird hier sehr selten angewandt. Wir meinen, das ist eine Möglichkeit, die man nutzen sollte.

Es geht darum, dass wir haben möchten, dass die Zahl der Rückstände bei den Brandschauen abgebaut werden soll und anschließend auch regelmäßig so viele Brandschauen gemacht werden, dass kein weiterer Rückstand mehr entsteht. Jetzt sagt die Verwaltung, wir machen halbjährlich genau eine solche Zielerreichungskontrolle. Damit ist der Antrag erledigt. Das sehen wir aber nicht so. Denn das ist überhaupt die Voraussetzung, dass die Zahlen da sind, damit so ein Ziel eingetragen werden kann. Wir möchten einfach so ein Ziel haben, das dann auch verbindlich ist. Wir sagen nicht, es würde sonst nicht gemacht. Aber wenn man so ein Ziel hat, dann kann man auch schauen, ist das Ziel wie erreicht worden. Wir meinen eben, dass das weiterhin sinnvoll ist.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich glaube, Herr Oberbürgermeister, dass man mit der Antwort der Verwaltung gut leben kann. Wir wissen, dass die Verwaltung, was Brandschutz und Brandschutzschauen angeht, eigentlich auf dem richtigen Weg ist. Wenn die Verwaltung das selbst so einschätzt, dann haben ich und die CDU-Fraktion gute Hoffnung, dass wir das richtige Maß hier finden, in einem Thema, das müssen wir uns alle zugestehen, das uns in den letzten Monaten so richtig überrollt hat. Brandschutz und den Hinweis auf denselben und die Erforderlichkeit, ist vollkommen in Ordnung.

Insofern geht der Hinweis der Grünen natürlich in die richtige Richtung. Aber trotzdem müssen wir mit dem Thema sehr behutsam umgehen. Wir dürfen keinesfalls jetzt die Erwartung hegen, dass wir, was die öffentlichen Gebäude dieser Stadt angeht, sofort alle Themen lösen. Wir müssen einfach sehen, dass wir eines nach dem anderen, aber eben konsequent, abarbeiten.

Ich bitte auch darum, weil auch schon private Objekte in die Untersuchung der Behörde hineinkommen, auch da müssen wir das Richtige tun, die Bevölkerung vor Schaden schützen. Aber wir müssen uns sehr sorgfältig zurückhalten, ohne Verbreitung von Hysterie mit diesen Dingen umgehen. Ansonsten meine ich, dass das Thema bei der Verwaltung in der richtigen Hand ist.

Der Vorsitzende: Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Stadtrat Honné, sehen wir uns an diese Zeitachse 2017 sehr eng gebunden, weil das der Zielvereinbarung mit dem Regierungspräsidium entspricht. Von daher ist dieser Antrag aus unserer Sicht insofern erledigt, als uns die Behörde, die über uns steht, genau dieses als Zielvorgabe vorgegeben hat. Ich gebe zu, dass wir damit nicht uneingeschränkt glücklich sind, weil uns das unter einen immensen Handlungsdruck setzt. Diesen Handlungsdruck versuchen wir so abzuarbeiten, dass wir halbjährlich schauen, was ist leistbar, was brauchen wir noch gegebenenfalls an mehr Personal. Es steckt hier drin, dass wir dann auch bereit sind nachzurüsten und es eigentlich auch schon in großem Umfang getan haben. Insofern sehe ich immer noch keinen Widerspruch zwischen Ihnen und uns.

Ich kann Ihnen sagen, die Gespräche mit dem Regierungspräsidium sind alles andere als so, dass man sich freundschaftlich auf niedrigere Ziele einigen kann, sondern der Brandschutz hat da eine absolute Priorität. Der wird von uns eingefordert. Da gibt es ganz klare Vorgaben, die wir auch erfüllen müssen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Wir haben mit diesen Zielanträgen - wir haben dieses Mal nur zwei gestellt, was relativ wenig ist - ein grundsätzliches Problem. Wir meinen schon, dass der Gemeinderat an irgendeiner Stelle die Möglichkeit haben muss, auch die Ziele für einen Haushalt festzulegen. So eine Diskussion müsste man eigentlich während der Haushaltsentwurf erstellt wird führen. Uns wäre sie politisch wirklich sehr wichtig. Da so eine Diskussion im Vorfeld nicht stattfindet, ist es meistens so, dass wir dann an bestimmten Stellen im Haushalt sehen, dass sogar Ziele weggefallen sind, z. B. bei der interkulturellen Kompetenz, wo wir sie das letzte Mal drin hatten. Jetzt ist es herausgefallen. Oder auch hier, wo wir sagen, das ist eine Sache, die total wichtig ist. Da muss die Verwaltung sich auch verpflichten, etwas zu machen. Wir sagen damit

nicht, dass es nicht gemacht wird. Aber Herr Honné hat auch begründet, warum es uns wichtig ist, jetzt dieses Ziel hier hineinzuschreiben.

Ich weiß nicht, ob wir über diesen Antrag abstimmen müssen. Uns geht es eigentlich vor allem darum, dass hier einmal grundsätzlich während der Erstellung des Haushaltsentwurfs der Gemeinderat an einer Stelle die Möglichkeit erhält, Ziele zu definieren, mit der Verwaltung zu diskutieren, damit wir auch dieses Steuerungsinstrument, das doch wirklich wichtig ist, einmal ernsthaft verwenden.

Der Vorsitzende: Dann würde ich Ihnen zusagen, dass wir jetzt im Hinblick auf die nächste Haushaltsaufstellung, die wir sowieso anders organisieren müssen, noch einmal darüber nachdenken, wann ist der richtige Zeitpunkt, um im Rahmen der Haushaltsaufstellung diese Ziele zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern. Was erwarten Sie dann, wenn Ziele verändert werden, konkret in der Haushaltsaufstellung von uns. Das können wir gerne angehen. Ich kenne solche Prozesse aus dem Landtag. Da hat es dazu geführt, dass am Ende die Kollegen meistens nur eingeschränkt bereit waren, noch über diese Ziele und Kennzahlen zu diskutieren, weil sie den Eindruck hatten, es hat am Ende hinten heraus doch keinen großen Effekt. Ich gebe das nur einfach wieder.

Aber Sie haben völlig Recht. Von der grundsätzlichen Logik der Doppik wäre das eigentlich die politische Diskussion, während hinten heraus das Zahlen einstellen eigentlich eher unser operatives Geschäft wäre. Da müssen wir uns einmal verständigen, was das auch für die Abläufe bedeutet. Denn das muss dann in der Tat vorher stattfinden und nicht dann, wenn schon irgendwelche Zahlen auf dem Tisch liegen. Da bin ich ganz bei Ihnen. Da müssen wir noch ein bisschen üben gemeinsam. Aber wir sollten vielleicht bei einer der nächsten Gelegenheiten, wo wir die neue Haushaltsaufstellung auch terminlich miteinander besprechen, noch einmal diese inhaltliche Frage aufrufen.

In diesem Fall wäre es im Grunde ein Änderungsantrag von Ihnen beim Thema der Zielvorstellungen auf der S. 268, wo Sie gerne einbringen möchten, dass wir die Rückstände bei den Brandschauen bis 2017 abbauen und die Anzahl der laufenden Brandschauen erhöhen, um keine Rückstände aufzubauen. Ich weiß jetzt nicht, was wir uns da juristisch einbrocken, wenn wir das als Ziel so übernehmen. Aber ich würde Ihnen, weil es an sich dem entspricht, was wir sowieso an Auflagen haben, den Vorschlag machen, dass wir das hier in den Text mit aufnehmen und dass wir von daher jetzt auch nicht darüber abstimmen müssen. Wir **nehmen den Vorschlag auf**. Er entspricht dem, was sowieso von uns verlangt wird. Dann haben wir an der Stelle auch einmal einen strategischen Aufschlag gemacht. Wenn das so in Ordnung wäre, dann hat auch das Haus nichts dagegen. Dann können wir das so machen.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 6600**, zum Tiefbau.

Antrag Nr. 169 (S. 277): Abschaffung der Brötchentaste (GRÜNE)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ich will es gar nicht sehr lange machen. Wir wollen die Brötchentaste noch einmal zur Diskussion stellen. Noch zur Erklärung: Die Brötchentaste führt dazu, dass man in Mühlburg und Durlach in den Kernzonen, da, wo der Bär

brummt, eine halbe Stunden kostenlos parken kann. Das halten wir verkehrspolitisch für wenig sinnvoll. Das ist ganz wertvoller Parkraum, der einfach so verschleudert wird.

Die Verwaltung hat uns geantwortet, es hat sich keine neue Sachlage ergeben seit unserem letzten Antrag. Das ist vollkommen richtig. Aus unserer Sicht hat sich die Sachlage nicht geändert, dass es verkehrspolitisch unsinnig ist. Das ist völlig korrekt. Es gibt aber eine Änderung, die Anlass ist dafür, dass wir noch einmal den Antrag stellen. Es gibt nämlich 21 neue Mitglieder in diesem Gemeinderat. Wir wollen einfach schauen, wie verhält sich der neue Gemeinderat zu dieser Frage, die uns sehr wichtig ist. Es brennt uns auf den Nägeln, dass eine völlig unsinnige Regelung weiterhin besteht, wo selbst Oberbürgermeister Fenrich empfohlen hat, diese Regelung abzuschaffen. Er war nun wirklich nicht als Autogegner bekannt, wie auch die neuen Mitglieder sich sicherlich noch erinnern können.

Deshalb bitten wir um diese Abstimmung.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Herr Honné, als ich Ihren Antrag gelesen habe, ist mir eigentlich nur eines eingefallen: Und ewig grüßt das grüne Marmeltier. Dem gibt es nichts mehr hinzuzufügen.

Es ist ein ideologischer Ansatz, den Sie, vor allem aber auch Ihre Fraktion, vertreten: Der böse Autofahrer, der in die Stadt, in die B-Zentren möchte, wo der Bär tobt, wie Sie selbst sagen. Ich weiß zwar nicht, wo Sie den Bär sehen in Mühlburg. Aber gut, das ist Ihr Problem. Mit dem Fahrrad sieht man mehr, als mit dem Auto. Auch das akzeptiere ich dann.

Ich möchte Ihnen nur sagen: Sie akzeptieren einfach nicht, dass es in der Stadt ein gewisses Klientel gibt, die mit dem Automobil in die Innenstadt wollen. Sie schwächen den Einzelhandel in einer Art und Weise, die seinesgleichen sucht. Letztendlich haben Sie es dann zu verantworten. In diesen Gebieten, die die Brötchentaste haben, diskutieren die Unternehmen und sagen auch klipp und klar, das ist der richtige Weg, um den Einzelhandel und das Handwerk in den B-Zentren zu stärken. Wenn Sie dies abschaffen wollen, dann ist das eindeutig Ihre Ideologie. Diese Ideologie, die Sie vertreten, ist eine Fehlentscheidung. Sie führt letztendlich dazu, dass die gesamte Stadt gelähmt werden würde, wenn man Ihre Politik durchsetzen würde.

Akzeptieren Sie auch einfach einmal, dass es Mehrheiten gibt in dieser Stadt und im Gemeinderat vor zwei Jahren. Wir können nicht jedes Mal einen neuen Gemeinderatsbeschluss herbeiführen, nur weil Sie im Ansatz denken könnten, es hätten sich die Mehrheitsverhältnisse geändert. Das ist keine Politik, die die CDU Karlsruhe mitmacht. Das ist keine Politik der Verlässlichkeit gegenüber denen, die draußen jeden Tag ihren Mann stehen müssen, wie z. B. der Handel und das Handwerk.

Stadtrat Zeh (SPD): Die Sachlage hat sich nicht geändert. Dem könnte die SPD auch so folgen. Auch unsere Meinung hat sich nicht geändert. Aber, Herr Ehlgötz, Ihre Meinung ist natürlich abstrus.

Für uns als SPD gehören die Autos zunächst einmal in der Regel in Parkhäuser beim Einkaufszentrum. Herr Ehlgötz, ich gönne Ihnen Ihr Auto. Wenn Sie einmal in Durlach einkaufen gehen sollten, sollten Sie in ein Parkhaus fahren, von denen es auch zu genüge gibt. Deshalb sagen wir auch immer, die Parkgebühren sollen höher sein als die Gebühren in Parkhäusern. Es gibt ein paar Menschen, für die sollte natürlich direkt vor dem Geschäft ein Platz sein, weil sie aufgrund ihrer persönlichen Situation keine weiten Wege zurücklegen können. Deshalb müssen Parkplätze für gewisse Leute da sein. Aber die Leute, die sich dann trotzdem den Luxus machen wollen, direkt vor dem Laden ihre Brötchen zu kaufen, sollten das auch dementsprechend zahlen.

Ich erinnere mich – ich bin ein echter Karlsruher – auch noch an die Diskussion in den 70er und 80er Jahren, wo die Geschäfte auf der Kaiserstraße auch geschrien haben, ihr Geschäft geht kaputt, weil kein Auto mehr vor ihrem Laden parken kann. Gott sei Dank gibt es von Ihrer Seite nicht die Forderung, die Fußgängerzone jetzt aufzuheben und mehr Autos in die Kaiserstraße zu lassen, um direkt vor dem Laden parken zu können. So weit ist es auch anerkannt, dass der Einzelhandel auf der Kaiserstraße nicht kaputt gegangen ist.

Wir als SPD-Fraktion bleiben bei dieser emotionalen Debatte wie seit Jahren bei unserer gleichen Meinung und werden deshalb dem Grünen-Antrag ganz emotionslos wieder zustimmen und freuen uns auf die Mehreinnahmen, wenn es einmal durchginge, für den städtischen Haushalt, was Ihnen auch immer ein Anliegen wäre, Herr Ehlgötz.

Stadtrat Cramer (KULT): Aus Sicht der KULT-Fraktion hat sich doch einiges geändert im Gegensatz zu vor zwei oder vier Jahren. Einmal gab es in den letzten zwei Jahren eine Wahl hier im Gemeinderat, die natürlich auch neue Gruppierungen in den Gemeinderat gebracht hat. Das ist eine politische Änderung.

Die zweite Änderung ist, dass wir mehr auf das Geld schauen müssen. Es ist klar, wenn man die Brötchentaste nicht mehr hätte, würde das dem Haushalt zugute kommen. Das vorne weg. Das ist der große Unterschied.

Für meine Fraktion – damals die alte KAL-Fraktion – war es immer mit großen Bauchschmerzen verbunden. Es war nicht immer ganz einfach, dass die gesamte Fraktion der Brötchentaste zugestimmt hat. Das hat sich jetzt in der neuen Fraktion eher noch verschärft, dass es nicht einfach ist, hier eine einheitliche Meinung zu bekommen.

Wir sehen aber natürlich schon in Mühlburg und auch in Durlach, wie die Brötchentaste angenommen wird. Wir möchten einen Änderungsvorschlag machen, dass die Zeit der Brötchentaste reduziert wird auf 15 Minuten. Wir hatten vor zwei Jahren schon angesprochen, dass wir diese halbe Stunde für zu lang sehen. Wir stellen den Antrag, die Brötchentaste auf 15 Minuten zu reduzieren. Wenn das keine Mehrheit bekommen würde, dann würden dem Antrag der Grünen folgen.

Stadtrat Hock (FDP): Dass der Antrag von den Kollegen der Fraktion der Grünen gestellt wird, hat mich nicht verwundert. Was mich verwundert hat, waren die Ausführungen von meinem Kollegen Cramer. Täglich grüßt das Murmeltier. Das wollte ich auch sagen, ist aber schon gesagt.

Ich habe gedacht, wir führen heute wieder eine Pseudodebatte über ein Thema, das eigentlich hier klar war, dass wir uns einig sind, dass wir den Mittelstand, die Händler in den B-Zentren stärken wollen. Diese Brötchentaste ist keine Brötchentaste. Das muss man auch einmal ganz klar sagen. Es geht um etwas ganz anderes. Wenn man jetzt in dieser Zeit, in der es schwierig ist, in unserer Stadt überhaupt einen Parkplatz zu finden, auch in den Randgebieten, es auf eine Viertelstunde ankommen lässt, um sich dann anders zu entscheiden, dann versteht das meine Fraktion nicht.

Ich kann nur sagen, diese so genannte Brötchentaste hat sich bewehrt. Wenn man mit den Einzelhändlern spricht, dann sagen die, wir haben dadurch mehr Umsatz. Ich kann es nicht verstehen, dass eine Stadt wie Karlsruhe, die so umfangreiche Probleme mit den Baustellentätigkeiten hat, jetzt eventuell einen Schwenk macht in die andere Richtung. Meine Fraktion hat immer klar und deutlich gesagt, wir sind dafür, dass diese Brötchentaste beibehalten wird. Diese Aussage hat sich heute auch nicht geändert. Ich gehe davon aus, dass das jetzt anders entschieden wird. Wir können nur davor warnen und sagen, stärken Sie die Händler in diesen Zentren. Die brauchen die Stärkung. Denen geht es nicht so gut. Von daher gesehen, liebe Fraktion der Grünen, ich kann verstehen, dass Sie gern den Autoverkehr weg haben möchten, wo es nur geht. Aber ich kann nicht verstehen, dass Sie den Einzelhandel in gewissen B-Zentren angehen und deren Umsatz in gewissen Bereichen abschwächen wollen. Deshalb: Meine Fraktion wird diesem Antrag so nicht zustimmen. Wir werden das ablehnen. Aber es ist sehr bedauerlich, dass es heute in die andere Richtung geht.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Lieber Herr Kollege Honné, ich möchte Ihnen erzählen, in welcher Situation ich mich befunden habe, als es das letzte Mal um die Brötchentaste ging. Da gab es noch keine AfD, da war ich in noch keiner politischen Partei gewesen. Es gab aber eine Umfrage im Radio bei der Neuen Welle zur Brötchentaste. Ich habe dort angerufen. Was ich gesagt habe, ist dann auch gesendet worden. Es war folgendes:

Ich bin gezwungen, mit dem Auto zur Arbeit zu fahren. Ich fahre in die Pfalz, über die B 9. Ich habe gesagt, ich fahre gerne morgens nach Mühlburg und kaufe dort Sachen ein oder auf dem Rückweg von der Arbeit, bevor ich nach Hause fahre. Dazu nutze ich die Brötchentaste. Wenn es diese Brötchentaste nicht mehr gibt, ist es ganz einfach. Dann fahre ich über die Rheinbrücke in den Maximilian-Center, wo alle diese Angebote auch vorhanden sind, wo man ganz bequem frühstücken kann. So habe ich damals, als ich noch gar nicht in irgendeiner politischen Partei war, gedacht und habe mich auch so geäußert.

Ich bin nur Stellvertreter für eine ganze Reihe von Leuten, denen es genauso geht, die in Karlsruhe wohnen, die in Karlsruhe einkaufen wollen, die diese Unterzentren in Durlach und Mühlburg stützen und erhalten wollen. Ich finde, der Vergleich mit der Innenstadt hinkt gewaltig. Letztendlich ist es so, dass diese Unterzentren versuchen müssen, sich gegen die Einkaufszentren zu behaupten, die drum herum gebaut worden sind. Das ist doch die Realität.

Was Sie hier vorschlagen, wird dazu führen, dass diese Unterzentren eingehen, dass die Geschäfte zu machen. Haben Sie sich einmal mit den Leuten dort unterhalten? Ich bin dort relativ häufig. Ich habe mit den Leuten gesprochen. Was meinen Sie, was die Geschäftsinhaber in Mühlburg für Probleme haben durch die Umbautätigkeiten der letzten Jahre dort. Die haben wirklich massive Probleme. Sie wollen denen jetzt noch die Brötchentaste wegnehmen.

Ich glaube auch nicht, Herr Cramer, dass wir dadurch in irgendeiner Weise die Ertragssituation der Stadt verbessern. Im Gegenteil. Denn es werden weniger Leute dorthin gehen. Es werden weniger Leute dort einkaufen. Es werden weniger Steuern generiert werden. Es wird letztendlich auch Arbeitsplätze kosten. Es wird die Ertragssituation der Stadt in keiner Weise verbessern sondern verschlechtern. Wir befinden uns an der Stelle im Wettbewerb, wie eben schon gesagt, mit den Zentren außen herum. Das hat mit der Innenstadt überhaupt nichts zu tun. Dessen sollten Sie sich bewusst sein.

Alle, die jetzt hier für diesen Vorschlag stimmen, auch nur für eine Verkürzung der Zeit, sollten sich bewusst sein, dass sie mit dazu beitragen, dass in diesen Unterzentren Geschäfte vernichtet werden, Arbeitsplätze vernichtet werden. Alles das, was das Leben dort lebenswert macht, wird in Frage gestellt. Sie machen es nicht nur für diese Unterzentren, sondern für alle Stadtteile, die außen rum liegen.

Ich wohne nicht in Mühlburg. Ich wohne in einem anderen Stadtteil. Ich fahre von Bülach aus dorthin, fahre dort von der Südtangente herunter, um dieses Unterzentrum zu nutzen, weil ich will, dass es in Zukunft auch für mich und meine Familie bestehen bleibt. Wenn Sie jetzt, wie es vorgeschlagen wurde, die Zeit auf 15 Minuten reduzieren, wie soll das gehen?

15 Minuten reichen einfach nicht aus. Eine halbe Stunde ist schon notwendig. Man könnte vielleicht über 20 Minuten diskutieren. Aber 15 Minuten reichen nicht. Wenn ich zum Bäcker gehe, muss ich in der Regel anstehen. Dann will ich noch nebenan zum Metzger. Dann bin ich schon über den 15 Minuten. In dieser Situation, wo ich mich als Kunde fragen muss, schaffe ich es überhaupt in dieser Zeit, habe ich schon ein Fragezeichen im Kopf. Da sage ich mir doch, dann fahre ich lieber über die Rheinbrücke. Da parke ich und es schaut keiner, wie lange ich dort stehe. Das ist die Realität der Leute, die diese Unterzentren nutzen.

Wenn Sie das alles ausblenden wollen aus rein ideologischen Gründen, dann tun Sie das. Aber Sie tun damit der Stadt und ihren Bewohnern keinen Gefallen.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Das war jetzt eine schöne Argumentation, die das einmal so richtig zu Ende gedacht hat, was hinter dieser Brötchentaste steckt, dass z. B. Herr Dr. Schmidt 50 Cent Parkgebühr als hoffentlich gut verdienender Mittelschicht-Angestellter nicht bezahlen möchte und dafür ein Fass aufmacht und sagt, das ist der Untergang unseres Abendlandes. Das kann ich beim besten Willen einfach nicht nach vollziehen. Es gibt so viele Menschen, die sagen, diese 50 Cent Parkgebühr – und sei es aus Solidarität mit dem Einzelhandel – bezahlen sie gerne. Die Menschen, die diese 50 Cent vielleicht nicht haben, da gibt es viele, haben wahrscheinlich auch kein Auto.

Ich habe eigentlich gedacht, dass dieser Antrag auch eine Steilvorlage ist für die vielen Sparkommissare. Es wäre ein gutes Sparargument für viele, von der AfD über die CDU, die heute und gestern Anträge abgelehnt haben, wo es um weit geringere Summen ging und wo es um Unterstützung ging für Leute, wo es auch um Beschäftigte ging und deren Interessen, wo es auch um soziale Argumente ging. Da haben Sie sich nicht gescheut, Ihre Unterstützung zu verweigern. Hier an dem Punkt geht es Ihnen nicht mehr ums Sparen, sondern es geht um alles Mögliche. Das Sparargument wird überhaupt nicht mehr verwendet. Das können wir nicht nachvollziehen.

Aber die Debatte macht deutlich, wie in diesem Hause gedacht wird.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Es ist alles nicht so dramatisch, wie es sich anhört. Es geht tatsächlich nicht um den Untergang des Abendlandes. Es geht nur um eine kleine Taste.

Aus meiner Sicht ist es eine Wirtschaftsförderung. Es ist eine Maßnahme, die Sinn macht für den Handel dort. Ich glaube nicht, dass es zusätzlichen Verkehr generiert. Ich glaube, das sind Leute, die sowieso unterwegs sind, die geschwind halten, kurz etwas einkaufen und weiterfahren. Insofern ist es einfach eine Wirtschaftsförderung. In diesem Sinne stimmen wir gegen den Antrag der Grünen.

Ich bin auch nicht überzeugt, dass dieser Betrag, der hier angegeben ist mit 90.000 Euro und 180.000 Euro, stimmt, dass tatsächlich so viel mehr generiert wird, wenn man die Brötchentaste abschafft. Insofern, halten wir den Ball doch einfach insgesamt etwas flacher.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich sehe es ähnlich, wie Kollege Kalmbach. Ich denke, die Umstellung, die Kontrolle dieser Brötchentasten wird uns wesentlich mehr kosten, als das was wir einnehmen. Zum anderen ist es so: Umfragen in Durlach haben gezeigt, dass sie gern angenommen wird. Es ist eine kleine Wirtschaftsförderung. Die Ärzte, Apotheker profitieren davon. Ich meine, die zwei Zentren haben zu kämpfen. Wir haben das Durlacher Zentrum an der Autobahn, wir haben Zentren in Wörth. Ein bisschen etwas für die, die auf das Auto angewiesen sind – diese Bevölkerungsgruppe gibt es auch -, die ihre Rezepte holen. Ich denke, wir können so großzügig sein, diese zwei Zentren zu stärken. Wir sehen es gerade in Mühlburg durch die Baumaßnahmen. Der Einzelhandel leidet tatsächlich darunter. Das wissen wir alle. Ich denke, eine Einsparung wird es definitiv nicht geben. Denn wenn wir das nachher kontrollieren wollen, geben wir wesentlich mehr aus als das, was wir jetzt haben.

Stadtrat Schmitt (pl): Als Vertreter der jetzt mehrmals erwähnten neuen Gruppierung im Gemeinderat will ich zu diesem Thema auch etwas sagen.

Der Kollege Dr. Schmidt hat sehr detailliert und eindrucksvoll das Problem begründet. Er hat natürlich etwas überspitzt, wie das oft der Fall ist, aber im Wesentlichen hat er Recht. Bei den Linken verstehe ich es nicht. Eigentlich sind Sie doch dafür, dass alles umsonst ist. Warum Sie nun bei diesem Thema ein Problem haben, wundert mich stark.

Nun zu dem Antrag der Grünen. Herr Honné, aus meiner Sicht ist das ein rein ideologischer Antrag. Tatsache ist, dass die Autofahrer in Karlsruhe in den letzten Jahren viele

Kompromisse machen mussten in Bezug auf den Neubau von Radwegen, in Bezug auf den Rückbau von Straßen. Ich bin schon dafür, dass man in einer Situation, wie wir sie jetzt gerade haushaltsmäßig haben, alte Zöpfe auf den Prüfstand stellt. Aber uns muss klar sein, mit diesem Antrag und einem Beschluss dafür, nehmen wir hier Zehntausenden von Bürgern eine Bequemlichkeit weg, an die sie sich gewöhnt haben. Das ist ein Unterschied zu etlichen anderen Anträgen, die hier abgelehnt wurden. Ich kann nur raten und werde auch gegen diesen Antrag stimmen, hier wirklich einmal Fingerspitzengefühl zu beweisen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die Häme, die niedergegangen ist über Ladenbesitzer und Gewerbetreibende in den B-Zentren, um die es jetzt hier geht, war Anlass dafür, dass ich mich noch einmal gemeldet habe. Das haben die Herrschaften nicht verdient. Wir hören über jeden Teeladen und andere Geschichten, wenn es irgendwelche negativen Veränderungen gibt. Wir wissen definitiv von diesen kleinen Unternehmern, dass für die diese Einrichtung von erheblicher Bedeutung ist. Dann kann man sagen, man gönnt ihnen diese Stabilisierung ihres Umsatzes oder man gönnt sie ihnen nicht. Aber so hämisch über deren Probleme zu reden, das findet man andernorts, wenn es um Komprobleme geht, bei Ihnen so nicht.

Ich sehe, wie die Abstimmungsverhältnisse hier laufen sollen. Aber trotzdem übersehen Sie, dass wir in Durlach andere Probleme haben, als in Mühlburg. Das sind jeweils unterschiedliche, aber jeweils rechtfertigende Dinge für die Brötchentaste, die natürlich auch eine Lyonertaste sein kann oder was auch immer. Da wird viel erledigt. Da werden Briefe eingeschmissen. Warum soll ich denn, wenn ich im Amtsgericht einen Brief einschmeiße, eine Parkuhr bedienen müssen, die dann Geld kostet?

Es ist insgesamt – das haben Sie alle ausgeführt – eine Wirtschaftsförderung. Das ist fast unstrittig. Die einen billigen sie zu, die anderen nicht. Nur sollte man sich wirklich bei der Kostenabwägung Gedanken machen. Das, um was es hier geht, wo man durchaus streiten kann, ob es wirklich so viele Kosten sind, steht sicher in einem guten Verhältnis zu dem Rücklauf, zu den Umkehrkosten auf der Seite der Wirtschaft. Das sollte man auch noch einmal bedenken.

Wenn die KULT jetzt in der Hinsicht anders denkt als früher, dann ist natürlich die Frage, ob der Kompromiss so richtig überzeugend ist. Aber wenn er denn überhaupt überzeugend wäre, wäre die Frage, was kostet diese Umstellung. Geht die Umstellung überhaupt? Das wäre sicherlich ein ganz wichtiger Punkt, um über diesen Vorschlag abstimmen zu können.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Nur ganz kurz ein paar Antworten.

Herr Zeh hat es ganz richtig gesagt. Wenn man in der Kaiserstraße Parken zulassen würde, würden die Händler sagen, jawohl, brauchen wir unbedingt. Genau das ist immer wieder das Argument. Auch wenn eine Fußgängerzone eingeführt werden soll, schreien die Händler erst, um Gottes Willen, auf gar keinen Fall, wir verlieren Kunden. Anschließend sehen wir, wie wunderbar das ist. Anschließend sind sie dann meistens doch sehr viel zufriedener.

Das gleiche gilt auch da. Es kann keiner wirklich sagen, was passiert durch die Abschaffung der Brötchentaste. Aber wesentliche Änderungen wird es höchstwahrscheinlich nicht geben für die Händler. Hier geht es um die Einnahmen, die dann schon erhöht werden. Das ist für uns gar nicht das Wichtige. Uns ist eher die Gerechtigkeit wichtig. Es ist Parkraum da, der der Stadtverwaltung viel Geld kostet in den zentralen Zonen. Dann sollten auch der Gerechtigkeit Willen da Parkgebühren genommen werden, so wie es an anderen Stellen auch ist.

Dann hieß es, die Grünen wollen am liebsten den Autoverkehr abschaffen. Das ist natürlich Quatsch. Der Autoverkehr wird immer bleiben. Er muss natürlich da genutzt werden, wo er als einzige Alternative da ist oder wo es auf jeden Fall sinnvoll ist, das Auto zu nutzen. Selbst ich fahre ab und zu mit dem Auto, wenn auch nur alle paar Monate einmal. Dann hieß es, der Betrag stimmt nicht. Da haben wir einfach den Betrag genommen, den die Verwaltung bei früheren Anträgen angesetzt hat. Da gehen wir einmal davon aus, dass das richtig ist. Im ersten Jahr ist es eben nur die Hälfte des Betrags, weil es jetzt noch ein bisschen dauert, bis das wirklich umgesetzt werden kann, und im zweiten Jahr ist dann der volle Betrag.

Dann hieß es, den Autofahrern wird Bequemlichkeit weggenommen. Da kann ich mich Herrn Bürgermeister Obert anschließen, der immer wieder einmal sagt, die Autofahrer haben eine ganze Tüte von Bonbons. Wenn denen jetzt ein Bonbon herausgenommen wird, dann schreien die groß auf. Dieses Bonbon wird dann einem anderen gegeben, der bisher noch keine hat. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem schreien die auf, die so viel haben. Das ist immer wieder die Reaktion, die man da erlebt.

Dann zu dem KULT-Vorschlag. Wir sehen es so, dass unser Antrag der weitergehende ist. Deshalb würden wir darum bitten, dass unser Antrag zuerst abgestimmt wird.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Zum Ersten möchte ich zur Stellungnahme der Verwaltung, die sich auf die Mehrheit im Gemeinderat damals bezieht, sagen: Mehrheiten im Gemeinderat können sich ändern, wie Sie alle hier feststellen. Gerade auch nach Wahlen, wenn sich der Gemeinderat danach anders zusammensetzt als davor. Da kann man natürlich auch nicht sagen, wie die CDU es gesagt hat, dass die KAL ihre Position geändert hat. Die KAL ist nun Teil der KULT-Fraktion und muss sich auch mit anderen einigen.

Zum Zweiten möchte ich sagen, dass es in unseren Augen keine Wirtschaftsförderungsmaßnahme ist, wie es auch die Grünen ausführen. Ich bin der Meinung, wir verzichten hier nur unnötig auf Geld. Das ist angesichts der derzeitigen Haushaltslage eigentlich unverantwortlich. Wir denken, der Umsatz bei den Geschäften ist unabhängig davon, ob wir diese Brötchentaste haben oder nicht. Aber angesichts der Haushaltslage wollen wir als Stadt dieses Geld, was wir da einnehmen können.

Drittens machen wir, auch in Anbetracht mit der KAL, diesen Kompromiss, um auch zu gewährleisten, was der Name hier impliziert, dass das erhalten bleibt. Denn eine viertel Stunde reicht aus, selbst wenn beim Bäcker eine lange Schlange ist, um die Brötchen auf dem Weg zur Arbeit zu kaufen. Daher unser Kompromiss. Diese Absolutheit gewisser Gruppierungen, dass es hier um Wohl und Weh und eine wichtige Maßnahme der Wirtschaftsförderung geht, sehen wir so einfach nicht.

Stadtrat Jooß (FDP): Ich kann nur noch einmal erwähnen, was Kollege Dr. Schmidt gesagt hat. Es ist Fakt. Die Leute fahren dann auf die grüne Wiese, wo sie umsonst parken können. Das schadet unseren kleinen Geschäften. Wir hören hier immer das Gejammer, unsere kleinen Geschäfte gehen vor die Hunde. Wir haben nur noch die großen Ketten usw. Das fördern wir dadurch, dass wir die Gewerbesteuer erhöhen. Das geht bei mir nicht im Zusammenhang. Ich werde mich absolut dafür einsetzen, dass wir die Brötchentaste erhalten. Das ist Gewerbeförderung. Das ist die Förderung unserer kleinen Betriebe, wo wir immer beklagen, dass die vor die Hunde gehen. Von daher sind wir vehement für den Erhalt der Brötchentaste.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Der Vorschlag der KULT-Fraktion führt dazu, dass wir uns inhaltlich detailliert mit der Brötchentaste beschäftigen müssen. Also werde ich auch noch tiefer einsteigen.

Ich habe neulich einmal auf dem Nachhauseweg in Landau eingekauft, einfach, weil es dort etwas gab, was ich in Karlsruhe nicht mehr bekommen konnte und auch nicht mehr im Internet. Da habe ich festgestellt, dass ich gegenüber der Galeria Kaufhof einen Parkplatz vorfinde, wo ich mit 10 Cent 12 Minuten parken kann. Das ist auch eine Möglichkeit. Man könnte sich überlegen, die Zeiten der Parkuhr anders zu splitten, so dass man ganz variabel auch weniger Geld einwerfen kann.

Warum fange ich jetzt mit dieser Diskussionsrunde an, werden Sie sich fragen. Ich möchte auf eine Sache zurückkommen, die mein ehemaliger Kollege Schmitt hier gesagt hat: Fingerspitzengefühl. Ich glaube, es erweist sich, dass diese Diskussion nicht in die Haushaltsberatungen gehört. Es geht hier durch den Vorschlag der KULT-Fraktion um Details der Brötchentaste, um Details, wie diese Automaten programmiert werden können. Außerdem ist es so, dass die Bevölkerung auch eine Chance bekommen sollte, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, bevor wir hier irgendetwas beschließen. Ich denke nicht, dass die Leute, die in Mühlburg und Durlach davon betroffen sind, es auf dem Schirm hatten, dass dadurch, dass die Piraten in den Gemeinderat gewählt wurden, sich auf einmal eine Mehrheit gegen die Brötchentaste entwickelt. Deswegen sollte man das Thema jetzt – da appelliere ich an unseren Herrn Oberbürgermeister – irgendwie einfangen und zu einer anderen Zeit weiter beraten, damit genügend Zeit bleibt, um die Bürger in den betroffenen Stadtteilen mitzunehmen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Herr Oberbürgermeister, lassen Sie mich zum wichtigsten Punkt des heutigen Tages dem Kollegen Thorsten Ehlgötz noch ein Angebot machen.

Wenn Sie, lieber Kollege Ehlgötz, einen Antrag in diesem Gemeinderat stellen, dass wir die Brötchentaste auf Busse und Bahnen ausweiten, so dass die Bürgerinnen und Bürger auch eine halbe Stunde kostenlos mit der Bahn zum Bäcker fahren können, dann haben Sie meine Stimme. Aber nur in der Kombination, nicht allein einseitig.

Der Vorsitzende: Das war jetzt die Diskussion. Jetzt lassen Sie mich bitte aus Sicht der Verwaltung noch ein paar Punkte anfügen.

Ich glaube, es gibt einen Grundkonsens in dieser Stadt, dass immer da, wo Parkraum knapp wird und wir mit Bewirtschaftung auch ein Stück weit darstellen müssen, ich an den Kosten beteiligt werden, wenn ich diesen Parkraum nutze, damit auch die anderen Verkehrsmöglichkeiten, die auch etwas kosten – beispielsweise der ÖPNV – oder umsonst sind, wie das Fahrrad, hier in eine echte Konkurrenz kommen können. Das ist der grundsätzliche Konsens in diesem Haus. Fast überall dort in der Stadt, wo Parkraum knapp ist, wird dieser bewirtschaftet.

Jetzt gibt es historisch gesehen zwei große Ausnahmen. Das ist die Brötchentaste in Durlach und die Brötchentaste in Mühlburg. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob man inkonsequent ist und deswegen zu viel Autoverkehr nach Durlach und Mühlburg zieht. Wir sehen, dass wir dort durchaus belastete Verkehrssituationen haben. Aber ich kann jetzt nicht erkennen, warum diese belastete Verkehrssituation dazu führt, dass wir aus Verkehrslenkungsmaßnahmen heraus jetzt die Brötchentaste abschaffen müssten.

Es gibt drei Varianten, die hier auch eifrig und intensiv diskutiert wurden. Die eine Variante ist: Es macht nichts aus, wenn jemand für die halbe Stunde 50 Cent zahlen muss. Also ändert sich durch die Abschaffung der Brötchentaste nichts.

Die zweite Variante ist, dass gesagt wird, es werden dann weniger hinfahren. Das wird dann entweder gut oder schlecht empfunden. Es wird dann unproblematisch sein, wenn die Leute stattdessen mit dem Fahrrad oder zu Fuß kommen.

Und die dritte Variante, die hier diskutiert wird, ist, es gibt nicht nur eine Konkurrenz zwischen den Verkehrsmitteln, sondern es gibt auch eine Konkurrenz der Einzelhandelsstandorte. Die, die mit dem Auto hin fahren und nicht sagen, mir machen die 50 Cent nichts aus, die werden dann in Zukunft eines der großen Zentren anfahren. Ich denke, gerade bei Mühlburg werden die das entlang der Neureuter Straße ansteuern, in Durlach werden sie vielleicht ins DurlachCenter fahren oder Sie, Herr Dr. Schmidt, nach Maximiliansau, weil Sie sagen, da habe ich dann auch alles schon vor Ort.

Im Grunde geht es jetzt um eine politische Einschätzung bei der Frage: Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Abschaffung der Brötchentaste?

Es hat aus meiner Sicht vorrangig nichts mit Verkehrslenkung zu tun, es hat auch nichts mit Verkehrspolitik zu tun. Es ist jetzt die Frage, schaden wir dem, indem dann die Leute da nicht hinfahren. Oder nutzen wir das, indem die Leute mit dem Fahrrad hinfahren. Das wäre ein gewisser Nutzen. Oder was passiert jetzt eigentlich. Dann haben wir auch keine Einnahmen, denn dann wird auch niemand etwas ausgeben. Insofern ist auch die Frage, wie wirkt sich das auf den Haushalt aus, reine Spekulation. Ich bin auch sehr froh, dass es nicht das vorrangige Argument hier war. Denn das wäre wirklich nicht einzusortieren.

In der aktuellen Situation, wo wir in unmittelbarer Nähe der beiden B-Zentren ausreichende große Einkaufsangebote haben, die umsonst anzusteuern sind, müssen wir aber aus meiner Sicht ernst nehmen, dass es eine der wichtigen Image- und Marketingfaktoren der beiden B-Zentren Mühlburg und Durlach derzeit ist, dass es diese Brötchentaste gibt. Das halte ich für rein historisch begründbar. Aber es ist begründbar. Von daher

kann ich Ihnen nur dringend davon abraten, ausgerechnet in der Situation, in der wir uns im Moment in Mühlburg befinden. Für Durlach würde ich die Auswirkungen noch als einigermaßen politisch vertretbar einschätzen. Aber für Mühlburg, wo wir gerade in diesem Jahr noch einmal die ganzen Straßenbahnschienen dort herausreißen und eine Riesenbaustelle über viele Wochen einrichten, halte ich es nicht für gut, ein kleines positives Angebot, das es dort noch gibt, wegzuräumen.

Ich stimme völlig mit Ihnen überein. Jeder Autofahrer, der dort hin fährt, hätte kein Problem, die 50 Cent zu zahlen. Die Brötchentaste ist etwas, das an anderen Stellen nicht existiert. Die Zentren funktionieren trotzdem. Aber das Problem ist – das ist in einigen Wortbeiträgen deutlich geworden –, die Leute haben sich daran gewöhnt. Die Leute werden möglicherweise dann ein anderes Einkaufszentrum ansteuern, was genauso auf ihrem Weg liegt oder genauso schnell erreichbar ist. Nicht, weil sie rational darüber nachdenken, ich will jetzt 50 Cent sparen oder ich kann sie mir nicht leisten – das wäre dann ein rationales Nachdenken, was mich trotzdem nach Mühlburg treibt –, sondern weil sie einfach sagen, da ist schon Baustelle, jetzt kostet es auch noch etwas, warum soll ich dann nicht die andere Option wahrnehmen. Das ist ein ganz simpler Reflex, den ich aber extrem ernst nehmen muss. Auch nach alledem, was in den letzten Jahren zum Thema Brötchentaste überall diskutiert worden ist.

Deswegen kann ich Ihnen vor allem zu diesem Zeitpunkt nur dringend davon abraten, die Brötchentaste abzuschaffen.

Jetzt kommt es zur Abarbeitung der beiden Anträge. Wenn es zwei gleichwertige Anträge sind, dann müsste der weitergehende Antrag zuerst abgestimmt werden. Das ist der Antrag, die Brötchentaste abzuschaffen. So verstehe ich das auch. Es gibt auch die Krücke darüber, dass man sagt, das eine ist ein Änderungsantrag für das andere. Dann müsste erst der Änderungsantrag vor dem anderen Antrag abgestimmt werden. Macht aus meiner Sicht aber keinen Sinn, denn wir bekommen möglicherweise unterschiedliche Mehrheiten. Dann kommt etwas heraus, was dann doch wieder keine Mehrheit ist. Nach meiner Einschätzung gehen die Anträge in unterschiedliche Richtungen. Abschaffung und Halbierung ist für mich dann doch eine etwas unterschiedliche Richtung. Es geht bei den Grünen auch explizit um den Grundsatz, dass man gar keine Brötchentaste mehr will. Von daher sehe ich jetzt keine andere Möglichkeit – ich sage das ganz offen –, dass wir erst einmal über die Abschaffung oder Nichtabschaffung diskutieren und dann anschließend über Modifizierung. Denn, wenn ich sie abgeschafft habe, brauche ich sie auch nicht mehr modifizieren.

Stadtrat Cramer (KULT): Die KULT-Fraktion stellt einen Änderungsantrag. Wir stellen keinen Antrag, die Brötchentaste abzuschaffen. Wir stellen nur den Antrag, dass die Dauer der Brötchentaste nicht mehr wie bisher eine halbe Stunde beträgt, sondern eine viertel Stunde. Das ist ein konkreter Antrag. Wenn man politisch die Brötchentaste will, das wollen wir, dann müsste ganz klar dieser Antrag zuerst abgestimmt werden. Erst dann, wenn der keine Mehrheit hat, dann natürlich klarerweise der Antrag der GRÜNE-Fraktion.

Der Vorsitzende: Ich schlage Ihnen vor, dass wir jetzt eine Pause machen. Wir beraten uns noch einmal, weil das juristisch nicht ganz einfach ist. – Sie wollen jetzt abstimmen.

Wir machen jetzt 20 Minuten Pause und stimmen dann ab.

(Unterbrechung der Sitzung von 11:00 – 11:21 Uhr)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ein Hinweis an die KULT-Fraktion: Ich habe jetzt in der Pause versucht durchzubringen, dass doch der KULT-Antrag als erster abgestimmt werden sollte. Da wurde ich darüber belehrt, dass das rechtlich nicht zulässig ist in der Reihenfolge. Deshalb geht da leider nichts.

Als Reaktion auf den Appell des Herrn Oberbürgermeisters möchten wir, dass der Beginn dieser Änderung erst ab 2016 beginnen soll. Dann ist die Rheinstraße fertig umgebaut, so dass die Händler nicht belastet werden.

Stadtrat Cramer (KULT): Wir haben uns in der Fraktion beraten und haben die Argumentationslinie von Herrn Oberbürgermeister noch einmal ausführlich diskutiert. Wir würden jetzt dieser Argumentationslinie folgen, dass wir sagen, während der Zeit der Baustellen würden wir, wie es jetzt im Haushalt eingebracht ist, so mitgehen.

Wir möchten aber, dass das Gesamtkonzept Brötchentaste noch einmal diskutiert wird für Mühlburg, aber auch für Durlach. Wir werden entsprechend einen Antrag noch vor der Sommerpause formulieren, um dann parlamentarisch auf den Weg zu bringen, dass man noch einmal grundsätzlich über die Konzeption redet, aber auch die Baustellensituation in Mühlburg berücksichtigt. Von daher würden wir dann unseren Antrag auf 15 Minuten für heute nicht mehr aufrechterhalten, werden das aber in Zukunft als unseren politischen Willen hier in den Gemeinderat und in Richtung Verwaltung transportieren.

Der Vorsitzende: Damit liegt noch der Antrag der Grünen vor. Er ist **modifiziert**, dass er erst ab 2016 umgesetzt werden soll. Ich bitte jetzt um das Kartenzeichen. – 2 Enthaltungen, 19 Ja-Stimmen. Damit ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 170 (S. 277): Attraktivität Innenstadt – Übernahme Parkgebühren (FW)

Stadtrat Wenzel (FW): Angesichts der eben geführten Diskussion möchte ich mich ganz kurz halten. Aus dem inhabergeführten Einzelhandel hören wir seit Jahren den Wunsch, einige Samstage die von der Stadt bewirtschafteten Parkzonen freizumachen, weil man befürchtet, dass der Verkehr, der aus dem Umland nach Karlsruhe kommt, aufgrund der derzeitigen Baustellensituation, die wir haben, fernbleibt und die Wege in andere Gemeinden, z. B. nach Bruchsal, Bretten, Pforzheim oder in das Pfälzer Umland, nimmt. Dieser Wunsch wurde mehrfach an uns herangetragen, und ich möchte dafür werben.

Wie gesagt, einige Samstage, von mir aus samstags ab 12:00 Uhr, mit besonderen Aktionen, auch zum Stadtgeburtstag, freimachen, um diesen Besucherströmen, die speziell aus dem Umland kommen, ein positives Signal zu setzen. Wir wissen, dass die Bereiche, die wir haben, nicht allzu groß sind, aber es geht hier um den positiven Effekt, unsere Karlsruher Innenstadt zu beleben.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen und bitte um das Kartenzeichen. – Bei 1 Zustimmung ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen auf die **S. 284**.

Antrag Nr. 171 (S. 284): Intelligente Ampeln (FW)

Stadtrat Wenzel (FW): Könnte man das in Verbindung mit der Herrenalber Straße machen, denn das ist eine vorhabenbezogene Planung, die mit der Herrenalber Straße zusammenhängt, und ich denke, da wird es eine entsprechende Diskussion geben? Oder soll ich jetzt schon einmal loslegen?

Der Vorsitzende: Sie legen mal los.

Stadtrat Wenzel (FW): Uns geht es ganz einfach um den Umbau der Herrenalber Straße. Wir wollen dort – wie nach dem Schweizer System – eine intelligente Ampelschaltung, die nicht zentral geregelt wird, sondern vor Ort die fließenden Verkehre ermittelt und durchlässig macht. Dieses Projekt wurde in der Schweiz gestartet, wird jetzt auch empfohlen, und es kann den Bedürfnissen bei Einfahrtstraßen, so wie wir sie mit der Herrenalber Straße haben, der Verengung entgegenwirken, indem sie die kreuzenden Verkehre erkennt und entsprechend schaltet. Darum werbe ich in diesem Zusammenhang – bezogen auf die Herrenalber Straße.

Der Vorsitzende: Ich empfehle Ihnen Ablehnung, weil auch damit erhebliche Mittel verbunden sind. Ich würde aber vorschlagen, das Thema noch einmal grundsätzlich im Fachausschuss zu diskutieren, unabhängig von der Herrenalber Straße, denn das ist ja eine grundsätzliche strategische Ausrichtung.

Stadtrat Brenk (CDU): Herr Wenzel hat es jetzt auf die Herrenalber Straße begrenzt, und ich glaube, dass man das nicht wegen der Herrenalber Straße in Kürze in Angriff nehmen sollte, natürlich unter dem Gesichtspunkt, dass Kosten verursacht werden. Wir sind bei diesem Haushalt angetreten, um grundsätzlich Geld zu sparen. Deshalb erübrigt sich der Großteil meines Vortrages.

Wenn es nur die Herrenalber Straße betrifft, dann gibt es das Tiefbauamt und den einfachen Weg, dort einmal anzurufen, um auf kleinem Dienstweg die Ampeln so zu schalten, dass sie den Autofahrern gerecht werden. Deshalb muss man nicht mit einem Haufen Geld auf das Schweizer Modell umstellen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für den Hinweis, dass man bei der Umsetzung der Planung Herrenalber Straße speziell diesen Punkt ansprechen kann. Aber wenn ich unsere Antwort richtig verstehe, ist es nicht so einfach, Herr Brenk, einmal da anzurufen, und dann machen die ein paar Verifizierungen am Computer, und dann ist es für die Autofahrer intelligent. Das wäre mir dann auch ein bisschen zu einfach.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen.

(Stadtrat Wenzel/FW: In die Ausschüsse. Wir brauchen nicht abzustimmen!)

- Ich habe aber nicht Verweisung gesagt. Ich habe gesagt, wir können es als Thema in die Ausschüsse nehmen, immer wenn es um Baumaßnahmen und Verkehrstechnik geht. Das bringen Sie dann aber ein.

Damit hat sich der Antrag **erledigt**.

Antrag Nr. 172 (S. 284): Radwege – Erhöhung Haushaltsansatz (GRÜNE)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Inzwischen ist es Tradition, dass für den Fahrradhaushalt jedes Jahr 1,3 Mio. € eingestellt werden. Beim letzten Mal haben wir dazu einen Antrag stellen müssen, der dann auch durchgekommen ist, dann waren die 1,3 Mio. € pro Jahr wieder da. Das ist eigentlich ein Mindestbetrag, den man braucht für Baumaßnahmen, um die Stadt fahrradfreundlicher zu machen.

Die Verwaltung hat geantwortet, dass das Land jetzt mehr Zuschüsse gibt und dadurch weniger Geld ausgegeben werden muss. Es sollte ja nicht der Fall sein, dass man das eigene Geld entsprechend reduziert, wenn es mehr Zuschüsse gibt. Das sollte eigentlich in mehr Maßnahmen resultieren. Deshalb ist das keine richtig gute Antwort. Auch der Fahrradklimatest des ADFC, der vor kurzem veröffentlicht wurde, hat ergeben, dass Karlsruhe im Süden von Deutschland Spitze ist. Das ist gerechtfertigt, wunderbar, gar keine Frage, aber die Note war 3,2, also 3 minus. Also auch da kam deutlich heraus, es ist noch viel zu tun, auch wenn Karlsruhe im Moment vorne ist – aber nur deshalb, weil die anderen noch schlechter sind. Deshalb sollten wir uns nicht darauf ausruhen, denn da ist noch viel zu tun, und deshalb ist die Erhöhung des Budgets auf die üblichen 1,3 Mio. € auf jeden Fall sinnvoll.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es mag ja sinnvoll sein, Herr Kollege. Herr Oberbürgermeister, wir sehen es in diesem Fall – wie selten in diesen Tagen – wie Sie. Wir lehnen ab, Mittel einzustellen, die wir ersichtlich nicht brauchen. Nur weil es gut ist, kann man nicht einfach so etwas einstellen. Wir halten es schlichtweg für unverantwortlich, dass Sie Positionen vorschlagen – vor dem Hintergrund der von Ihnen ab und zu mal auch eingeräumten angespannten Haushaltslage.

Wenn die Verwaltung uns doch mitteilt, dass sie abarbeitet und im Moment keine zusätzlichen Mittel braucht, ist es schlichtweg unverantwortlich, dass wir weitere Mittel beantragen. Das können wir nicht teilen.

Noch eins zum Fahrradklimatest: Es ist ja wunderschön, wir könnten sicherlich 3 Mio. Euro dafür einsetzen. Wir werden da nicht sehr viel bewegen. Ich glaube, es sind andere Dinge, die dann letztendlich ausschlaggebend sind. Nur mit dem Mitteleinsatz allein wird es nicht getan sein. Im Moment brauchen wir keine.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die SPD-Fraktion steht für eine kontinuierliche Fortschreibung des Fahrradkonzepts dieser Stadt, das – wie in den Vorbeiträgen gesagt wurde – sehr erfolgreich ist. Es gibt natürlich immer Luft nach oben. Die Antwort der Verwal-

tung ist aus unserer Sicht schlüssig, dass nämlich die Haushaltsmittel eingestellt werden, die letztendlich auch verplant werden können.

Vor diesem Hintergrund werden wir den Antrag ablehnen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Für uns von der AfD ist es wichtig, dass Fahrradfahrer nicht gegen Autofahrer ausgespielt werden, wie es in der Vergangenheit beim Bau von Radwegen hier in Karlsruhe der Fall war. Wir sind stattdessen dafür, Radwege abseits der vielbefahrenen Autostraßen weiterzuentwickeln. Wir haben dazu auch schon einige Ideen zu Papier gebracht. Wenn wir das machen und gemeinsam versuchen, Radwege abseits der vielbefahrenen Straßen auszubauen, dann ist das mit weniger Geld möglich. Davon sind wir überzeugt. Deswegen glauben wir nicht, dass jetzt eine weitere Erhöhung des Etats für den Radwegebau nötig ist.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Wir haben 15 Ja-Stimmen. Das reicht nicht. Damit ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 173 (S. 289): Umbau Herrenalber Straße (GRÜNE)

Antrag Nr. 174 (S. 289): Verpflichtungsermächtigung Umbau Herrenalber Straße (KULT)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Der Umbau der Herrenalber Straße ist vor langer Zeit schon vom Gemeinderat beschlossen worden. Trotzdem hat die Verwaltung bis jetzt keine kostenkontrollierte Planung vorgelegt. Deshalb wurde die Maßnahme nicht in den Haushalt eingestellt, auch mit der Begründung, dass momentan eben viele andere Baumaßnahmen in der Stadt laufen.

Nun sehen wir uns nicht zuständig, noch einmal beschließen zu lassen, dass es auch wirklich kostenkontrolliert und umgesetzt wird. Deshalb stellen wir hier den Antrag, dass es trotzdem in den Haushalt aufgenommen wird, einfach weil es ganz wichtig ist, umgesetzt zu werden. In Rüppurr warten die Leute darauf, dass die Straße schmaler wird und die Autos entsprechend langsamer fahren.

Wir stellen ganz bewusst den Antrag, obwohl wir uns darüber im Klaren sind, dass die Maßnahme in diesem Ausnahmefall nicht kostenkontrolliert ist, wenn auch vor langer Zeit schon vom Gemeinderat beschlossen. Es wurde von der Verwaltung eine Schätzsumme angegeben, die müssen wir jetzt so übernehmen. Uns wäre wichtig, dass in Rüppurr etwas passiert, und deshalb möchten wir es gerne möglichst frühzeitig in den Haushalt übernehmen.

Die KULT-Fraktion sagt, für 2017 soll es als Verpflichtungsermächtigung eingetragen werden. Das wäre uns eigentlich schon zu spät, es sollte ja zeitnah passieren. Aber wenn unser Antrag nicht durchgeht, würden wir dem KULT-Antrag zustimmen.

Stadtrat Cramer (KULT): Die Fakten sind einfach so, wie wir es im Antrag beschrieben haben, wie es auch der Kollege Honné erwähnt hat. Es gibt einen Mehrheitsbeschluss des Karlsruher Gemeinderats, der schon vor vielen Jahren gefasst, vom alten Gemeinde-

rat gefasst wurde, dass die Herrenalber Straße umgebaut wird. Es wurde dann immer wieder mit der Argumentation Kombilösung, Fahrbahndeckenerneuerung auf der Autobahn usw. zurückgestellt. Wir sind aber davon ausgegangen, dass schon einmal ein kostenkontrolliertes Verfahren auf den Weg gebracht wird. Wir haben langsam den Eindruck, dass dieser Beschluss – von wem auch immer – ausgehebelt werden soll. Es ist einfach so, dass in Rüppurr – ich werde jetzt nachher von meiner Kollegin bestimmt etwas anderes hören – viele Menschen, die unmittelbar betroffen sind von dieser breiten Straße, darauf warten, dass der Beschluss, den der Gemeinderat gefasst hat, umgesetzt wird. Von daher möchten wir, dass unser Antrag auf kostenkontrollierte Planung hier abgestimmt wird.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Für uns stellt sich heute die inhaltliche Diskussion gar nicht. Wir meinen, dass die Verwaltung entsprechend antwortet, und die CDU-Fraktion sieht es nun mal so, dass wir nicht nur an dieser Stelle, sondern grundsätzlich in der Stadt keine zusätzlichen Baumaßnahmen wollen, die nicht zwingend erforderlich und eine zusätzliche Belastung sind. Es ist nachvollziehbar, wenn schon angekündigt ist, dass auf der A 5 in diesem Jahr Maßnahmen anstehen, aber auch durch die Bulacher Hochbrücke Erneuerungsarbeiten anstehen, denn es hat sich auch im letzten Jahr mehrfach gezeigt, wenn auf der Autobahn oder auf der Südtangente etwas passiert – und das ist leider oft der Fall –, dass dann diese Straße als Ausweichstelle sofort dicht ist, und deswegen meinen wir, das können wir jetzt in diesem Doppelhaushalt verantworten. Ich lese die Antwort der Verwaltung so, dass es durchaus möglich ist, mit den bestehenden Planungsansätzen im nächsten Jahr schon etwas zu tun. Also gibt es keine Veranlassung, durch zusätzliche Mittel – wie von den Grünen oder von der KULT durch eine Verpflichtungsermächtigung beantragt – tätig zu werden.

Wir lehnen heute beide Anträge ab.

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Oberbürgermeister, Sie haben ja dankenswerterweise das Baustellenmanagement nach vorne geschoben. Man sieht in der Antwort der Verwaltung, die L-605-Baustellen mit den Abfahrten zur Südtangente werden auf Mitte 2016 bis Mitte 2017 verschoben, und das ist natürlich der relevante Teil, denn die Autofahrer, die aus Ettlingen kommen und auf die Südtangente wollen – oder umgekehrt –, die fahren dann, wenn sie gesperrt ist, über die Herrenalber Straße. Daher überzeugt es uns, dass die Maßnahme in den Doppelhaushalt 2017/2018 rein muss.

Der Antrag der KULT-Fraktion ist sicher der fachlich passendere, dass eben die kostenkontrollierte Planung bis 2016 gemacht werden muss.

Hier übrigens eine Seitenbemerkung an unseren Neuling Dr. Schmidt, der anscheinend von Radwegeplanung keine Ahnung hat. Hier ist bewusst der Radweg auf die Herrenalber Straße gelegt worden, weil die Radfahrer nicht bereit sind, Umwege zu fahren, sondern stattdessen – weil dort vorher kein Radweg war – auf der falschen Seite der Straße nach oben gefahren sind, was deutliche Unfallschwerpunkte darstellte, die jetzt dadurch vermieden werden sollen. Vielleicht sollten Sie sich darüber einmal informieren. In diesem Sinne: Eine Verpflichtungsermächtigung für 2017/2018 wollen wir derzeit noch nicht machen – in Anbetracht des sicherlich schwierigen Haushalts 2017/2018. Das heißt, die Verwaltung muss auf jeden Fall die kostenkontrollierte Planung bis zum

nächsten Doppelhaushalt erstellen. Damit wären wir zufrieden und betrachten daher den Antrag als nicht zustimmungsfähig bzw. er ist mit der Antwort der Verwaltung erledigt.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen.

Ich möchte noch einmal für die Verwaltung deutlich machen, wir hätten die Mittel, um diese Planung zu bezahlen. Wir haben mit der Antwort nicht zugesagt, dass wir das auch in dieser Zeit unbedingt tun. Ich würde an der Stelle vorschlagen, Ihnen mal einen Umsetzungsplan Herrenalber Straße zu machen, wo wir Ihnen aufzeigen, wie das mit anderen Baumaßnahmen, die anstehen, passend sein könnte, wann dann die entsprechende kostenkontrollierte Planung Sinn macht. Dann können Sie das von der fachlichen Seite her noch einmal miteinander diskutieren, damit wir nicht alle zwei Jahre diese Diskussion im Rahmen des Haushaltes führen müssen, zumal uns immer schnell unterstellt werden könnte, was Sie natürlich alle nicht tun, dass wir das Projekt nicht mehr verfolgen würden. Es hat aber im Moment wirklich etwas mit der Priorität zu tun, derzeit nicht noch mehr baustellenschaffende Maßnahmen vorzunehmen. Das wäre mein Vorschlag zum Thema, um es aus dieser Haushaltsdiskussion herauszubekommen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Zeh, ich wäre an Ihrer Stelle vorsichtig damit, anderen Leuten keine Ahnung zu unterstellen. Gerade bei der Herrenalber Straße ist es so, dass wir Mitglieder haben, die dort im Hochhaus wohnen und sich das Elend jeden Tag ansehen können. Sie haben Fahrradwege bauen lassen, obwohl es schon Fahrradwege gab, und die Leute, die die Radwege benutzten, halten sich nicht an Ihre schöne Planung, die machen das wieder ganz anders. Gerade die Herrenalber Straße ist ein Beispiel dafür, wie man Fahrradwege nicht bauen sollte.

Stadtrat Schmitt (pl): Ich möchte nur eine kurze Anmerkung machen zu einer Anmerkung des Herrn Honné. Er hatte vorhin einleitend gesagt, wir müssten Fahrradwege bauen, damit die Straßen schmaler werden und die Autos langsamer fahren. Das ist hier so etwas untergegangen. Das ist aus meiner Sicht die eigentliche Strategie der Grünen. Die Fahrradwege sind ein Abfallprodukt. Das ist meine Meinung dazu.

Der Vorsitzende: Für die Stadt will ich sagen, wir bauen Fahrradwege, damit die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer sicher dort fahren können, aus keinem anderen Grund. Dass wir das manchmal zu Lasten der Straßen machen müssen, ist richtig, weil der Raum halt begrenzt ist. Das an der Stelle zur Klarstellung. Den anderen Zwist müssen Sie mit Herrn Honné diskutieren.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um das Kartenzeichen.

(Stadtrat Honné/GRÜNE: Unser Antrag ist erledigt!)

- Ah, der **Antrag der Grünen ist erledigt.**

Dann nehmen wir den von der KULT-Fraktion, **Antrag Nr. 174.** – Bei 14 Ja-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt.**

Ich verweise auf die Kriegsstraße West in der **Veränderungsliste**, wo wir etwas verändert haben, und wir kommen auf die **S. 299 im Teilhaushalt 6700**.

Antrag Nr. 175 (S. 299): Sperrvermerk Lichterfest – Konzept zur jährlichen Ausrichtung (CDU, SPD)

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Das Thema Lichterfest hat uns ja schon mehrfach beschäftigt, nicht nur bei den letzten Haushaltsberatungen, sondern auch immer mal wieder im Gemeinderat und in den Ausschüssen. Wir warten leider seitdem auf das uns zugesagte Konzept. Die Verwaltung schreibt auch in der Antwort, dass es hier zu Verzögerungen gekommen ist. Jetzt ist uns mit der Einladung zum Ausschuss für öffentliche Einrichtungen in der nächsten Woche angekündigt worden, dass wir zum Sponsoring Lichterfest Informationen bekommen, allerdings über eine Tischvorlage und einen Vortrag. Insofern wissen wir heute immer noch nicht, was Sache ist. Damit begründet sich auch unser Antrag, dass wir meinen, dieser Betrag müsste mit einem Sperrvermerk versehen werden, bis wir über dieses Konzept einmal beraten und beschlossen haben. Daran möchten wir weiterhin festhalten.

Der Vorsitzende: Sie haben natürlich jederzeit die Möglichkeit, wenn Ihnen ein neues Konzept in diesem Jahr vorgestellt wird, zu sagen, für 2016 wollen Sie das nicht. Wir können aber gerne Ihre Forderung übernehmen und einen Sperrvermerk für 2016 einbauen, das ist kein Problem. Von daher wäre mein Vorschlag, wir übernehmen das in den Haushaltsplan.

Stadtrat Zeh (SPD): Mit dem Sperrvermerk wären wir auf jeden Fall zufrieden, denn das Konzept müssen wir erst einmal sehen. Es war ja die Haushaltsstrukturkommission, die früher einmal beschlossen hat, in Anbetracht des Sparhaushalts verschiedene Feste wie den Stadtgeburtstag oder Wettbewerbe wie den Blumenschmuckwettbewerb oder auch das Lichterfest nur zweijährlich durchzuführen. Der Wunsch ist natürlich immer da, Feste häufiger zu feiern, aber dazu müssen Sponsoren gewonnen werden. Wenn die Sponsoren da sind, werden wir im Hauptausschuss ohne Probleme den Sperrvermerk wieder beseitigen können, aber bis dahin, bis das Konzept uns überzeugt, sollte man den Sperrvermerk bestehen lassen.

Stadtrat Cramer (KULT): Meiner Fraktion ist es wichtig, dass das Lichterfest, das in der Bevölkerung wirklich ganz stark angenommen wird, jährlich stattfinden zu lassen. Aus diesem Grunde wurde ja auch vor zwei Jahren bei der letzten Haushaltsberatung von uns der Antrag eingebracht, dass es wieder jährlich durchgeführt wird, und hinter dieser grundsätzlichen Vorstellung, hinter diesem Beschluss wollen wir nicht zurückbleiben. Wir sehen jetzt schon wieder ein Aufweichen, indem sich gerade die großen Fraktionen über einen Sperrvermerk einig sind, obwohl der Herr Oberbürgermeister gestern schon angedeutet hat, dass man einen Sperrvermerk nicht so schnell wieder herausbekommt. Wir sind der Meinung, man sollte den Betrag so drin stehen lassen, wie es die Verwaltung auch vorhatte. Natürlich muss – und damit hat meine Fraktion kein Problem – in dem zuständigen Ausschuss gesprochen werden, wie so etwas aussieht. Wir haben ja jetzt schon gute Signale von der Event GmbH, und von daher ist es meiner Ansicht nach nicht notwendig, hier einen Sperrvermerk einzustellen.

Der Vorsitzende: Herr Cramer, ich habe gesagt, ein Sperrvermerk führt manchmal zu Zeitverlusten, aber nicht gesagt, dass es grundsätzlich schwer ist, ihn zu beseitigen. In diesem Fall ist es völlig unkritisch, weil wir rechtzeitig vor 2016 die entsprechende Rückmeldung bekommen würden, Insofern war es auch kein Problem, aus städtischer Sicht das zu übernehmen. Ich würde damit nicht das Gefühl verbinden lassen wollen, dass wir als Stadt jetzt das Lichterfest nur alle zwei Jahre machen wollen, sondern wir haben durch die Haushaltsaufstellung das anders dargestellt. Wenn es um Sponsoringkonzepte geht, dann wollen die Sponsoren auch wissen, ob es jährlich oder zweijährlich stattfindet. Von daher bin ich sicher, dass das, was Ihnen demnächst vorgestellt wird, aus Sicht des Sponsorings sowieso nur möglich ist, wenn es jährlich stattfindet.

Wenn Sie das so **akzeptieren, dass wir den Sperrvermerk einbauen**, kommen wir zu den nächsten Anträgen.

Ich darf darauf hinweisen, dass es einige Veränderungen über die **Veränderungsliste** gegeben hat, die Sie auf den **S. 302 und 303** zur Kenntnis nehmen. Da geht es um die Reduzierung von manchen Bedarfen für Kinderspielplätze und Grünanlagen. Die haben sich vom Kostenrahmen her anders entwickelt bzw. sind modifiziert worden.

Antrag Nr. 176 (S. 303): Bolzplatz Stuttgarter Straße: Sanierung mit Kunstrasen, da Platz nahezu unbespielbar ist (KULT)

Stadtrat Cramer (KULT): Man könnte sicher sagen, was soll so ein Antrag im Doppelhaushalt zu einem Bolzplatz in einem Stadtteil. Hätte die Südstadt einen Ortschaftsrat oder zumindest einen Bezirksbeirat, wäre das sicher kein Thema, das hier in einer Haushaltsdebatte aufgegriffen wird. Aber es gibt immerhin Bürgervereine in den Stadtteilen, und die Bürgergesellschaft der Südstadt ist auch der Meinung, dass endlich dieser Bolzplatz aufgewertet werden muss. Es gab ja einen Bolzplatz im Zentrum der Südstadt hinter dem alten Arbeitsamt, und im Zuge des Abrisses des Arbeitsamtes und des Aufbaus eines Seniorenheimes wurde dann dieser Bolzplatz in seiner Größe stark reduziert, eben nur noch mehr oder weniger für Kinder zu bespielen. Es war auch verboten, dass Jugendliche und Ältere weiterhin auf den Platz gehen. Dann wurde nach einem langen Beteiligungsprozess mit Jugendlichen im Jugendtreff Südstadt dieser jetzige Bolzplatz eingerichtet.

Es hat sich aber dann doch recht schnell herausgestellt, dass die Art und Weise, wie dieser Platz angelegt wurde – mit einem Naturrasen – relativ schnell zu einer Wüste wurde und im Grunde genommen nicht mehr bespielbar ist. Wir haben immer wieder Schriftwechsel mit der Verwaltung gehabt und darauf hingewiesen, dass man den Jugendlichen in der Südstadt gegenüber im Wort steht. Deshalb haben wir für diese Haushaltsberatung diesen Antrag gestellt. Wir sehen ein Stück weit auch die größere Politik mit reinspielen, denn das Rathaus wird von jungen Menschen, die nicht im Detail wissen, wo Entscheidungen getroffen werden, als große Politik gesehen, und sie haben den Eindruck, dass man sie dort nicht ernst nimmt. Es gibt immer Gründe, die man benennen kann, aber letztendlich irgendwo am grünen Tisch entstehen. Es fehlt einfach die Sensibilität zu schauen, was bedeutet das für die Jugendlichen im Stadtteil, besonders in der Südstadt sollten das Rathaus und der Gemeinderat ein Stück weit sensibler sein als in anderen Stadtteilen.

Es macht keinen Sinn, in großen Reden zu sagen, man muss die Jugendlichen mitnehmen, die Jugendlichen mit Migrationshintergrund mitnehmen, wenn dann in einer so banalen Sache wie einem Bolzplatz herüberkommt, es interessiere einen nicht, was die Jugendlichen wollen. Wir haben euch etwas hingegeben, das funktioniert jetzt nicht mehr richtig, dass es aber zum Funktionieren gebracht wird, wird einfach nicht gesehen und nicht umgesetzt. Von daher möchte ich einfach appellieren, diesem Antrag zuzustimmen. Am alten Seminarplatz wurde mit Lärmbelästigung argumentiert, dann hat man sie herausgenommen, und jetzt wird schon wieder mit diesem Argument etwas abgelehnt. Es ist schwer für uns, das im Stadtteil entsprechend zu vermitteln.

Stadtrat Maier (CDU): Neben den finanziellen Auswirkungen, die unserer Ansicht nach nicht in die derzeitige Haushaltslage passen, gibt es – wie in der Antwort zu lesen ist – genügend Probleme, die zu beachten sind. Ich muss es nicht aufzählen: die nicht zu erwartende Erteilung der Baugenehmigung, die mehr als doppelt so hohen Kosten oder auch die Lage auf der optionalen Straßenbahntrasse. Von daher lehnen wir zum heutigen Zeitpunkt die Ertüchtigung des provisorischen Platzes ab. Der Antrag kommt ein Stück weit – auch wenn Herr Cramer anders argumentiert hat – zu früh, denn wir sind der Meinung – und wir warten auch darauf –, dass im Zusammenhang mit der ESG-Verlagerung dort etwas Dauerhaftes entsteht. Da sollte man dann Geld investieren, das ist gut investiertes Geld, und das ist auch wieder eine Anregung an das Haus und an die Verwaltung. Die Konsensus-Konferenz ist jetzt auch wieder eine Weile her, deshalb sollten wir da einfach noch mal Druck reingeben, damit diese Verlagerung bald vollzogen wird. Dann kommt eben auch der Bolzplatz hoffentlich bald. Von daher heute Ablehnung mit dem Ausblick, dass es doch bald kommt.

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Cramer hat die Geschichte des provisorischen Bolzplatzes dargestellt. Durch die Verkleinerung des Seminarplatzes war es notwendig, einen anderen Bolzplatz zu suchen. Eigentlich war in diesem Gebiet von der damaligen Planung her erwartet worden, dass die östliche Südstadt erst 2020 dieses Gebiet erreicht. Wie wir alle wissen, ist die Bebauung der östlichen Südstadt doch deutlich schneller vorangeschritten, als ursprünglich geplant war.

Die Verlagerung der Tennisplätze der ESG Frankonia auf die andere Seite wird schon noch ein paar Jahre dauern. Da muss man realistisch sein. Der Bebauungsplan ist ja noch nicht einmal angefangen. Bis der Bebauungsplan dann beschlossen wird, ist die eine Strecke, und bis tatsächlich das Geld da ist, ist die nächste Strecke. Und dann muss das alte Gelände abgerissen werden, und erst dann kann tatsächlich dort – über den Bebauungsplan notwendig – der endgültige Bolzplatz errichtet werden. Fünf bis sechs Jahre muss man sicher noch mit dem Provisorium leben. Und für fünf bis sechs Jahre einen teuren Kunststoffrasen reinzumachen, ist natürlich auch nicht die richtige Maßnahme, wobei ich keinerlei Proteste von den Anwohnern bezüglich dieses Bolzplatzes gehört habe. Das wird von den Anwohnern durchaus akzeptiert. Allerdings glaube ich, es ist ja nicht der einzige Bolzplatz, der noch mit diesem Hartrasen, was eher eine Sandwüste ist, belegt ist. Hier sollte sich das Gartenbauamt doch einmal überlegen, wie man solche Bolzplätze besser pflegen kann, dass sie nicht in einen solchen Zustand kommen. Ich kenne noch weitere Bolzplätze in der Stadt, die eine ähnliche Problematik aufweisen. Das Thema sollte man einmal mit dem Gartenbauamt besprechen.

Schweren Herzens – ich bin ja auch Südstädter – lehnen wir den Antrag ab und folgen der Antwort der Verwaltung.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Es stimmt, der Bolzplatz ist in einem sehr schlechten Zustand, da können wir leicht zustimmen. Es stimmt leider auch, dass die Verwaltung sagt, rechtlich ist es schwierig, weil dann eben dieses Klagerecht eröffnet wird durch eine solche Maßnahme. Die Problematik sehen wir auch.

Wir sehen aber auch den Anspruch, in der Südstadt einen Bolzplatz haben zu wollen. Ich habe hin und her recherchiert, bin aber nicht zu einer endgültigen Lösung gekommen. Das Beste wäre, der Bolzplatz hätte eine Baugenehmigung, aber das wurde leider damals versäumt, das können wir jetzt nicht mehr gutmachen. Das ist das Problem, vor dem wir jetzt stehen. Trotzdem wollen wir gerne den KULT-Antrag unterstützen, weil wir das Problem sehen, das es da gibt. Wir haben nur selbst keine Lösung, die wirklich umgesetzt werden kann.

Damit es aber auf jeden Fall nicht am Geld scheitert, stimmen wir dem Haushaltsantrag zu, sind aber im Unklaren, wofür es dann nachher exakt verwendet wird. Ob vielleicht ein weiterer provisorischer Bolzplatz an anderer Stelle Sinn macht, käme vielleicht auch in Frage, wenn man mit wenig Aufwand irgendwo etwas finden würde. Klar ist, der endgültige ist, wie Herr Zeh schon gesagt hat, in einer weiten Zukunft. Darauf wollen wir die Südstädter nicht vertrösten.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich bin direkter Nachbar dieses Bolzplatzes, und ich freue mich jeden Tag, dass er so viel genutzt wird. Mich findet man niemals in der großen Bewegung „Not in my Backyard“. Ich freue mich ganz einfach, das jeden Tag zu sehen. Da gibt es aber auch ein praktisches Problem, denn viele Löcher, die dort sind, sind von Kaninchen gemacht wurden. Wir haben Hunderte von Kaninchen in diesem Gebiet und ganz viele dieser Löcher sind von diesen Kaninchen gemacht worden. Aber ich persönlich freue mich jeden Morgen – er liegt direkt vor meiner Tiefgarage, ich fahre vorbei und spreche mit den Leuten, die dort sind. Wir unterstützen das sehr gern. Aber ganz praktisch ist es von den Menschen nicht so schlecht gemacht worden, die Kaninchen haben viele Löcher gemacht.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Natürlich hat man für diesen Antrag Sympathie. Die Frage ist, muss eine vollkommene Lösung mit einem richtig guten Platz her, oder gibt es eine Übergangslösung, denn wir wissen, dass was Neues kommt. Gibt es auch etwas dazwischen? So lassen, wie es ist, geht nicht. Es muss wirklich etwas passieren. Es ist gefährlich, dort zu spielen, das kann nicht so bleiben. Ob dort gleich die perfekte Lösung her muss, ist eine ganz andere Frage. Aber es muss etwas geschehen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Jetzt darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Bei 23 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen ist der Antrag **abgelehnt**.

Für das Protokoll möchte ich noch sagen, Herr Stadtrat Yabo hat um 11:00 Uhr die Sitzung verlassen.

Antrag Nr. 177 (S. 303): Skaterbahn in Hohenwettersbach (OR Hohenwettersbach)

Ortsvorsteherin Ernemann: Ich muss jetzt grundsätzlich feststellen, langsam muss man sich schon entschuldigen, dass man einen Ortschaftsrat hat. Diese Diskussion kann so nicht geführt werden, als ob wir wunschlos glücklich wären, als ob uns jeder Wunsch von den Augen abgelesen würde. Herr Cramer, ich kann Ihre Argumentation, was den Bolzplatz angeht, in weiten Teilen nachvollziehen, was die Mitnahme der Jugendlichen angeht, aber die Tatsache, dass wir einen Antrag über 20.000 € stellen für ein niederschwelliges Freizeitangebot für Jugendliche in einem Stadtteil, der einen Ortschaftsrat hat, und Sie stellen einen Antrag über 54.000 € für einen Bolzplatz, ist doch der Beweis dafür, dass wir auch nicht wunschlos glücklich sind. Nur mal vorweg möchte ich das angemerkt wissen.

Zur Diskussion mit der Investitionspauschale: Ich habe in meinem Stadtteil keine Investitionspauschale. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass jeder Stadtteil, der einen Ortschaftsrat und eine Ortsverwaltung hat, auch eine Investitionspauschale hat. Wir – meine Amtsvorgänger – haben vor vielen Jahren auf eine Investitionspauschale verzichtet. Ich habe also keinen Pott, aus dem ich so etwas nehmen könnte, deshalb unser Antrag. Die Gründe, warum wir damals auf die Investitionspauschale verzichtet haben, kann ich Ihnen erklären. Der Stadtteil war mal knapp 800 – 900 Einwohner groß, das war für uns wirtschaftlich uninteressant. Mittlerweile sind wir 3 000 Einwohner groß, es wäre also interessant, aber wir stehen zu dem Beschluss, keine Investitionspauschale von der Stadt Karlsruhe zu fordern.

So, zum Antrag zurück – das lag mir jetzt am Herzen, das musste ich loswerden. Wie aus dem Beschluss des Ortschaftsrats ersichtlich, ist Hohenwettersbach – der Kollege Gartner hat es gestern so schön gesagt, hinter den Bergen leben auch Menschen – ein Stadtteil, in dem auch Menschen leben, wie gesagt, fast 3 000 an der Zahl. Davon sind 14 %, gemessen an der Gesamtanwohnerzahl meines Stadtteils, Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 15 Jahren. Die Stadt hat uns vor vielen Jahren drei Baugebiete erschlossen – da sind wir der Stadt auch sehr dankbar, die Stadt ist auch uns dankbar, denn das hat zur Vergrößerung der Stadt beigetragen – und sie hat uns sehr fürsorglich 7 Spielplätze gebaut. Das ist toll, die Spielplätze wurden auch von den vielen Kindern angenommen. Aber diese Kinder sind jetzt keine Kinder mehr, die diese Spielplätze nutzen, sondern sind Jugendliche, und die lässt man einfach hängen. Wir haben also nichts, gar nichts, und ich kann das wirklich beschwören, es ist nichts da. Wenn die Kinder nicht in die Vereine gehen, was sie aufgrund der schulischen Belastung aus zeitlichen Gründen nicht können, dann sind sie wirklich gezwungen, auf die Straße zu gehen. Und da wurde in letzter Zeit der Wunsch an mich herangetragen, eine Skaterrampe einzurichten – keine Skateranlage, da unterscheide ich. Eine Skateranlage ist etwas größeres, ist wesentlich teurer, sondern ganz, ganz niederschwellig eine Skaterrampe. Und da gab es schon einmal eine Kostenschätzung des Gartenbauamtes, die sich so um die 20.000 € bewegte, und das wäre zur Befriedigung der Freizeitbedürfnisse der Jugendlichen, die abends um 16:00 Uhr oder 16:30 Uhr aus den weiterführenden Schulen kommen – wir haben nur eine Grundschule – wirklich ein Angebot. Es nutzt nichts, wenn im Otto-Dullenkopf-Park oder in der Günther-Klotz-Anlage die Skateranlagen geprüft und ausgebaut werden. Die Jugendlichen fahren abends nicht mehr dorthin,

die fahren mit ihrem Skateboard nicht mehr in die Stadt, die wollen vor der Tür irgend- ein Angebot, und das haben sie nicht.

Deshalb bitte ich um Unterstützung dieses Antrages, es ist wirklich ein niederschwelliges Angebot und bescheiden im Gesamthaushalt. Man schämt sich schon fast, wenn man einen Antrag über 20.000 € stellt, aber ich bin jetzt froh, dass wir es gemacht haben, denn das beweist auch, dass Stadtteile mit Ortschaftsratsverfassung und Ortschaftsräten auch nicht immer glücklich und zufrieden sind.

Stadtrat Brenk (CDU): Liebe Kollegin Ernemann, Skaterbahn ja, aber das Wie und das Wo ist die Frage. Die Frage taucht jetzt auf, jeder Stadtteil beantragt einen Bolzplatz oder eine Skaterbahn. Ich folge dann meinem Freund Alfons. Wir beantragten – ich nehme einmal Stupferich voraus, weil ich aus Stupferich komme – ein Schwimmbad. Mal schauen, ob wir das durchkriegen. Jetzt will ich nicht gegen die Skaterbahn wettern. Die Thematik ist: Es ist ein Planungsbüro von der Stadt Karlsruhe beauftragt worden, die Firma DSGN, qualitativ und quantitativ festzustellen, wo und wann wir Skaterplätze für die Zukunft brauchen. Wir sollten ganz einfach dieses Untersuchungsergebnis abwarten, und wenn die Untersuchung abgeschlossen ist und man zu dem Ergebnis gelangt, dass Hohenwettersbach eine Skateranlage benötigt und auch über die Größe der Anlage entschieden ist, sind wir die Letzten, die vom Gemeinderat keine Empfehlung aussprechen, sodass Sie Ihre Skateranlage in Hohenwettersbach bekommen. Also einfach dieses Untersuchungsergebnis abwarten, und dann sollten wir als Gemeinderat beschließen.

Unter diesen Umständen folgen wir der Empfehlung der Verwaltung und lehnen den Antrag ab.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Ich selbst komme aus einem Dorf, und die Höhestadtteile sind ja auch sehr dörflich. Ich kann Ihnen sagen, als Jugendlicher hat man da nicht sonderlich viel zu tun. Man kommt nicht mehr gut weg. Man kommt von der Schule und fragt sich tatsächlich dreimal, ob man noch einmal in die Stadt fährt, um noch was zu machen.

Ein Schwimmbad ist eine ganz andere Größenordnung als so eine Skaterbahn, das einmal vorweggeschickt. Jetzt hat sich aber bei unseren Recherchen herausgestellt, in Wettersbach gibt es bereits eine Skateranlage, und die soll auch überarbeitet werden im Rahmen des Gesamtskatingkonzeptes. Die ist durchaus gut erreichbar, auch ohne dass sich die Leute in Gefahr bringen müssen, anders als die Anlage in Durlach-Aue, wo sie diesen Berg runterfahren müssen, auch ebenerdig, abseits von Straßen. Da die Mittel für 2016 beantragt wurden, würden wir gerne diese Mittel tatsächlich einstellen, und zwar mit einem Sperrvermerk, damit eine Maßnahme für Jugendliche in Hohenwettersbach realisiert werden kann. Wie die aussehen soll, sollte in dem verbleibenden Jahr mit einer breiten Jugendbeteiligung noch erörtert werden. Unser Vorschlag wäre ein Jugendforum über die gesamten Höhenstadtteile, damit die sich einigen können, wer möchte was anbieten, damit in einem möglichst kleinen Umkreis möglichst viele Angebote, die von vielen Jugendlichen genutzt werden können, da sind.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Prinzipiell sehen wir das auch so, dass es Maßnahmen für Jugendliche geben muss. Wie so oft, kommt jetzt das Aber. Aber wir sehen nicht, dass mit diesen 20.000 € eine attraktive Maßnahme durchgeführt werden kann, die letztendlich auch angenommen wird. Wir verweisen hier auf das Gesamtkonzept und empfehlen, in dem Ortsteil keine kleine Skaterbahn anzulegen, sondern vielleicht eine andere Maßnahme zu machen, die nichts mit Skaten zu tun hat. Auf jeden Fall wird das, was eingestellt werden soll, das Problem, dass sich die Jugendlichen selbst gefährden, indem sie auf der Straße oder an gefährlichen Hängen fahren, nicht lösen. Deshalb werden wir heute den Antrag ablehnen.

Stadtrat Høyem (FDP): Frau Ernemann, danke sehr für Ihre einleitenden klaren Worte. Wir wünschen auch nicht, dass Stadtteile mit und ohne Ortschaftsrat gegeneinander ausgespielt werden. Wir würden gern mehr Ortschaftsräte haben, sehr gern in Knielingen, Mühlburg und anderswo, aber dort, wo wir Ortschaftsräte haben, ist es wunderbar, dass gewählte Leute die lokalen Probleme ernst diskutieren, und wir haben großen Respekt dafür, und wir unterstützen sehr gern Ihren Vorschlag.

Stadtrat Wenzel (FW): Werte Frau Ernemann, wir Freien Wähler unterstützen Ihr Anliegen. Wir wissen die Problematik. Hohenwettersbach ist einer der Stadtteile, die mit einer hohen Jugendrate wachsen. Wer einmal mit dem Auto zwischen 16:00 und 17:00 Uhr zu Fünfundzwanzig Morgen hochfährt, dem kann es passieren, dass ihm tatsächlich Jugendliche entgegenrollen. Das ist so, das ist tatsächlich mir schon oft passiert, und ich denke, es ist ein guter Ansatz, dort etwas zu schaffen. Natürlich könnte man auch weitergehen, aber im Augenblick werde ich den Antrag aus dem Ortschaftsrat unterstützen.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Nur eine Frage: Gibt es in Hohenwettersbach auch Mädchen? Diese Skateranlage ist ja ein Angebot, von dem ich ziemlich sicher bin, dass sie zu 90 % von männlichen Jugendlichen in Anspruch genommen wird. Ich fand die Idee ganz gut, zu sagen, man fragt die Jugendlichen, die Mädchen und die Jungen, was sie sich selber vorstellen, was sie am liebsten möchten. Denn wenn man eh nur wenig Geld hat, dann würde ich z. B. ein Jugendzentrum gut finden, von dem alle was haben.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich habe auch nur eine Frage. Die Grünen haben eine Variante dargestellt, der würde ich gerne folgen, dass dieser Betrag eingestellt wird, aber nicht gebunden an eine Skateranlage, sondern an eine entsprechende Anlage, die die Jugendlichen auch entwickeln würden.

Der Vorsitzende: Ich will es so formulieren: Der Ortschaftsrat hat beraten und möchte eine Skateranlage, weil das auch dem Bedarf der Jugendlichen entspricht. Jetzt finde ich es schwierig, Geld einzustellen und zu sagen, die sollen sich was anderes überlegen, weil ich auch gar nicht weiß, ob die in diesem Jahr und dann rechtzeitig vor dem Jahr 2016 – denn so etwas muss dann erst wieder geplant werden – überhaupt so weit sein können. Von daher würde ich es gerne dabei belassen, dass wir jetzt heute über 20.000 € für das Jahr 2016 für eine Skateranlage abstimmen. Der Vorschlag war ja, noch einen Sperrvermerk draufzulegen. Das, denke ich, dürfte unproblematisch sein, auch damit man abwarten kann, was diese Analyse mit sich bringt, denn wir haben ja in der Tat in Wettersbach eine Skateranlage. Wenn es dann im Ortschaftsrat für andere Jugendinteressen noch Ideen gibt, dann müssten wir entweder kurzfristig oder aber

zum nächsten Doppelhaushalt uns damit beschäftigen. Früher wird man zu keiner entsprechenden Detailplanung gekommen sein, hier etwas umzusetzen.

Ich finde es schwierig, hier ein loses Budget zu vereinbaren und dann zu schauen, wie sich das ausfüllt. Die Frage mit den Mädchen und den Jungen bitte vor Ort zu klären, wir übernehmen uns jetzt im Moment mit der Detailtiefe, die wir in den Haushaltsberatungen abbilden, da würden wir heute doch nicht fertig werden, und das wäre an der Stelle schade.

Ich nehme den Sperrvermerk mit auf.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Mir ist immer noch nicht klar, wie das ablaufen soll, wenn die Mittel übertragen werden auf ein anderes Konzept. Wenn es möglich ist, möchte ich gerne auf unserem Vorschlag beharren.

Der Vorsitzende: Dann frage ich die Antragstellerin, ob sie den Vorschlag der Grünen aufnehmen und den Antrag des Ortschaftsrats auf eine Skateranlage umwandeln will in einen Antrag auf 20.000 € Jugendinstallation.

Wenn sie dem so folgt, dann sollten wir das tun, und wir stimmen darüber ab. Ansonsten bleibt der Antrag, wie er ist.

Ortsvorsteherin Ernemann: Ich denke, ich bin autorisiert zu sagen, ich bin froh, wenn wir eine Mehrheit für 20.000 € finden. Ob dann eine Skateranlage dabei herauskommt, oder ob es ein anderes niederschwelliges Angebot wird, das kann ich mit den Jugendlichen klären. Primär ist halt der Wunsch da für diese Rampe, keine Anlage. Im Übrigen muss ich noch anmerken, dieser runde Tisch ist schon einberufen, es ist nicht so, dass wir jetzt vom Tisch weg entscheiden. Ich habe für April schon alle an einen Tisch gebeten, um im größeren Rahmen das noch einmal zu besprechen. Ich würde mit den Grünen mitgehen und sagen – mit dem Sperrvermerk kann ich auch leben –, das wäre für mich die sichere Variante.

Der Vorsitzende: Gut, dann ist der Antrag dahin gehend verändert: 20.000 € für eine Skateranlage mit Sperrvermerk oder – falls die Skateranlage nicht zustande kommt – für ein anderes Projekt, das der Ortschaftsrat sich für die Jugendlichen im Jahr 2016 vornimmt. Ich habe meine Bedenken angemeldet.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich habe noch eine Frage. Wenn ich Herrn Konrad richtig verstanden habe, war an ein verändertes Konzept für Jugendliche in allen Bergdörfern gedacht. Oder habe ich das falsch verstanden? Das hat Herr Stadtrat Konrad vorhin so gesagt. Das würden wir gerne vorher noch wissen, bevor wir abstimmen.

Der Vorsitzende: Ich habe es nicht so verstanden, wobei ich nur das verstehen muss, was Frau Ernemann gesagt hat. Frau Ernemann ist die, die Ergänzungen zu ihrem Antrag aufnehmen kann oder nicht. Frau Ernemann hat gesagt, dass sie die 20.000 € grundsätzlich auch für andere Jugendprojekte akzeptiert, falls es mit der Skaterbahn nicht funktioniert. Jetzt pauschal für Bergdörfer 20.000 € für Jugendliche einzustellen, das ist mir zu vage. Da müssten wir konkreter werden.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Unser Vorschlag war schon darauf bezogen, dass diese 20.000 € nach Hohenwettersbach gehen sollen und mindestens in Hohenwettersbach, aber auch darüber hinaus, eine Jugendbeteiligung stattfindet, in der noch einmal erörtert wird, ob es denn wirklich die Skateranlage sein muss, ob von den Jugendlichen nicht etwas anderes auch gerne gesehen würde.

Der Vorsitzende: Okay, ich bleibe bei dem von Frau Ernemann modifizierten Antrag. Wir machen 20.000 € für eine Skateranlage mit Sperrvermerk. Falls die Skateranlage nicht zustande kommt, können die 20.000 € auch für ein anderes Jugendprojekt in Hohenwettersbach ausgegeben werden. – Wir sind bei 25 Ja-Stimmen, das ist die Mehrheit, zumal es noch 2 Enthaltungen gibt. Damit ist dieser Antrag so **angenommen**.

Wir machen weiter im **Teilhaushalt 6700**. Ich verweise auf einige Veränderungen in der **Veränderungsliste**, die sich alle auf der **S. 305** abspielen, und komme zum nächsten **Teilhaushalt 6800 – Zoo**. Ich bin dann auf der **S. 310**.

Antrag Nr. 178 (S. 310): Sperrvermerk – Umsetzung Konzept Zoopädagogik und Öffentlichkeitsarbeit (CDU)

Stadträtin Mußnug (CDU): Ich möchte Ihnen gerne erklären, wie es zu diesem Antrag gekommen ist. Herr Oberbürgermeister, ich erlaube mir, Sie von gestern zu zitieren, und zwar haben Sie beim Thema Internationalisierungsstrategie gesagt, wenn irgendetwas intransparent erscheint, sollen wir hierüber reden. Gut, das ist im Prinzip auch das Motto dieses Antrags, zu dem ich jetzt hier spreche.

In diesem Teilhaushalt sind Posten für das Zoojubiläum und anderes im Jahr 2015 mit 180.000 € veranschlagt. Daraus könnte man erst einmal schließen, dass sich die Kosten für das Zoojubiläum auf 180.000 € - maximal, gegebenenfalls auch weniger – belaufen. Jetzt ist es aber so, dass bei der KTG noch einmal 50.000 € eingestellt sind. Wenn wir eine Zeile höher im Haushalt gehen, steht da die Zoopädagogik und Öffentlichkeitsarbeit. Wenn man sich das Ergebnis 2013 anschaut mit 3.085 € und den Plan 2015 mit 1.495.000 €, dann kann man ruhig zweimal schauen. Natürlich erklärt sich viel: Wir haben das Exotenhaus und von daher eine ganz andere Qualität der Zoopädagogik, die ansteht. Das stellen wir auch gar nicht in Frage, und darum geht es letztendlich auch nicht. Und jetzt kommt das große Aber.

Wenn wir auf unsere Anfrage bei der Verwaltung zur Aufstellung dieser Kosten – Zoopädagogik und Öffentlichkeitsarbeit – einen Posten als Auskunft bekommen, Gesamtpaket Zoojubiläum in Höhe von 300.000 €, dann sind wir als Fraktion doch über einige Dinge erstaunt. Zum ersten darf man wohl nicht davon ausgehen, dass dieses Gesamtpaket von 300.000 € wirklich ein Gesamtpaket mit 300.000 € ist, denn wir haben ja noch die 180.000 € von der gesonderten Zeile im Haushalt zum Zoojubiläum sowie den Betrag, der bei der KTG eingestellt ist. Das heißt, in unserem Partyjahr – wenn ich es so nennen darf – haben wir ja noch eine weitere Party mit Kosten von über 500.000 €. Wir haben hier im Haus schon über ganz andere Beträge diskutiert, wenige 100 €, die teilweise nicht durchgegangen sind.

Deswegen kommen wir zum zweiten Punkt, der uns erstaunt hat, was man da unter Transparenz versteht. Wenn es im Haushalt eine Position „Zoojubiläum und andere Veranstaltungen“ gibt, dann verstehe ich, wenn es transparent ist, darunter, dass das die Kosten sind. Wenn ich dann aber noch zwei andere Posten im Haushalt finde – auf Nachfrage ein Gesamtpaket Zoojubiläum –, dann verstehe ich unter Transparenz etwas anderes. Ich denke, wären wir im privaten Bereich, der Verbraucherschutz würde es ähnlich sehen.

Drittens zur Auslegung des Wortes Gesamtpaket: Entweder ist in einem Gesamtpaket alles drin oder halt nicht. Aber dann darf ich es auch nicht als Gesamtpaket bezeichnen. Zu guter Letzt ein weiterer Punkt: Ein guter Gastgeber einer Party weiß zum einen, was die Party kostet, aber auch, welche Acts geplant sind. Das ist der nächste Punkt, über den wir uns ein bisschen erstaunt gezeigt haben. So richtig wissen wir gar nicht, was für das Zoojubiläum geplant ist. Es liegt uns definitiv noch nichts vor. Herr Zeh, ich darf Sie kurz beim Wort nehmen. Sie haben gerade eben beim Lichterfest gesagt, wir müssen das Konzept erst einmal sehen. Das ist letztendlich die Intention unseres Antrags mit diesem Sperrvermerk gewesen. Wir haben dieses Konzept tatsächlich noch nicht gesehen. In der anstehenden Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen steht es auch nicht auf der Tagesordnung. Und so sind wir jetzt zu diesem Punkt gelangt. Es ist im Prinzip ein Antrag, der ein Plädoyer für Transparenz und Kostenklarheit darstellen soll.

Die Verwaltung hat nun einen Sperrvermerk vorgeschlagen bis zur Vorlage des in Aufstellung befindlichen Zookonzepts mit Ausnahme der Posten Zoojubiläum und Exotenhäuser. Jetzt ist es uns ganz wichtig, hier klarzustellen, wir möchten natürlich ein gutes Zoojubiläum und ein gutes Exotenhäuser haben und stellen das auch gar nicht in Frage und würden insoweit mit der Verwaltung mitgehen – unter der Prämisse, dass in der nächsten Sitzung im Hauptausschuss und im zuständigen Ausschuss für öffentliche Einrichtungen das Konzept für das Zoojubiläum endlich vorgelegt wird – unter einer konkreten Klärung der Kostenfrage und des Umfangs. Das würden wir als Gesamtpaket des Ganzen ansehen können.

Stadträtin Fischer (SPD): Ich denke, Sie kriegen in den nächsten Tagen alle – der Flyer ist gedruckt für das Zoojubiläumsjahr – die notwendigen Informationen.

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass in den vergangenen Jahren für Öffentlichkeitsarbeit und Zoopädagogik minimale Summen geflossen sind. Dass hier ein riesengroßer Nachholbedarf da ist, war uns im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen nach Vorstellung der Organisationsuntersuchung mehr als deutlich geworden, und da waren wir uns im Haus alle einig, dass wir hier sehr, sehr viel nachbessern müssen. Das vorweggeschickt.

Jetzt hört sich das heute schon etwas besser an als im Antrag selber. Ihr Sperrvermerk für 2015 ist sicher sehr unrealistisch, wenn man weiß, dass praktisch die Festivitäten und die Eröffnung des Exotenhauses kurz vor der Tür stehen.

Wir haben das Konzept in groben Zügen im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen vorgestellt bekommen. Es geht hier nur um Anfänge, und es geht hier nur um einen

allerersten Schritt, da geht es noch nicht um ein Zukunftskonzept für die Zoopädagogik, wie sie aussehen soll, oder um weitere Dinge der Öffentlichkeitsarbeit, sondern es geht um eine ganz einfache erste Aufstellung von Öffentlichkeitsarbeit überhaupt. Das sollte man einfach mal sehen. Natürlich ist im letzten Jahr einiges passiert, ist vielleicht auch nicht immer so transportiert worden, das gebe ich gerne zu. Dass ich da einfach immer ein bisschen mehr weiß, ist einfach meinem Amt geschuldet. Aber es geht darum, dass dieser Weg, der beschrieben wurde, vorgestellt wurde, und keine Fraktion hat diesem Weg widersprochen. Das will ich hier doch einmal festhalten. Deshalb hätte man hier nicht mit diesem Hammer des Sperrvermerks kommen müssen.

Jetzt will ich einmal zu dem Sperrvermerk etwas sagen. Ich habe gesagt, Zoojubiläum und Eröffnung des Exotenhauses stehen an und sind in Vorbereitung. Deshalb können bestimmte Positionen, die hier in der Vorlage genannt werden, nicht mit einem Sperrvermerk für 2015 belegt werden. Da ist für mich auch die Verwaltungsvorlage nicht sehr schlüssig, weil die Aufstellung auf der Seite 2 nicht mit diesem Sperrvermerk auf der Seite 1 korrespondiert, denn wir können z. B. nicht die Anschaffungen für die Zoopädagogik streichen, das sind Grundausrüstungen, die man braucht für den Betrieb der Zoopädagogik im Exotenhaus. Oder es sind Ausstellungen, die schon konzipiert sind. Ich sage jetzt nur die letzte und will mich auch gar nicht ins Detail versteifen. Die Veranstaltungen mit 10.000 € (DRK und EDEKA) sind schon in Planung und in der Vorbereitung. Wir haben auch die ganzen Besucheraktionen, die geplant sind, schon in der Vorbereitung. Auch wurde im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen zumindest angedeutet, dass wir hier praktisch nichts haben und erst mal eine Anfangsausstattung brauchen. Das Gleiche gilt für Layout und CI, da sind wir sozusagen von der Stadtverwaltung dazu aufgefordert worden. Auch das sind Kosten, die entstehen, genauso wie Printmedien, Flyer und Parkführer. Auch das gab es bisher nicht, auch das ist Grundausrüstung. Insofern komme ich auf einen ganz anderen Betrag als das, was jetzt hier von der Verwaltung mit einem Sperrvermerk möglich gemacht wurde. Ich möchte dafür plädieren, für 2015 überhaupt keinen Sperrvermerk hineinzunehmen, denn das bringt uns in größte Schwierigkeiten. Ich könnte mir aber vorstellen, dass der Herr Dezernent gerne bereit ist, in der nächsten Ausschusssitzung einen kurzen Bericht zu geben über alles, was in diesem Jahr ansteht und was notwendig ist an minimalen Grundvoraussetzungen, um das Ganze überhaupt erst einmal ins Laufen zu bringen. Und für 2016 können wir gerne im Ausschuss detailliert beraten. Wir wissen alle, wir müssen in der Zoopädagogik in den nächsten Jahren zulegen, und wir müssen auch in der Öffentlichkeitsarbeit wesentlich mehr tun.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Auch wir haben Probleme mit diesem Sperrvermerk und wollen ihn nicht beschließen. Aber natürlich wollen auch wir das in der nächsten Woche im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen noch einmal beraten wissen. Ansonsten sehen wir das wie die Kollegin Fischer, dass viele der Maßnahmen, die von der Verwaltung aufgeführt wurden, in der Tat dringlich sind und nicht mit einem Sperrvermerk belegt werden können, wie die Verwaltung es dargestellt hat. Entsprechend sind wir grundlegend gegen diesen Sperrvermerk, wollen das aber im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen noch einmal besprochen haben, um die Unklarheiten zu klären.

Stadtrat Hock (FDP): Meine Fraktion sieht es so, dass man diesen Sperrvermerk heute nicht drüberstülpen kann, weil wir – das wurde hier schon gesagt – jetzt komplett

schon im Tun und Machen nach außen sind. Es ist ja nicht so, dass wir unseren Zoo und alles, was darum passiert ist, nicht öfters in den Ausschüssen besprochen hätten. Es ist nicht so, dass uns nicht gesagt wurde, dass das Geld kostet. Es war von Anfang an immer klar, dass das Jubiläum, das Exotenhaus usw. Geld kosten, und es wurde uns auch gezeigt, was gemacht wird und in welcher Größenordnung es auf uns zukommt. Deshalb kann ich jetzt nicht verstehen, dass man so tut, als wüsste man das alles nicht. Im Gegenteil, man weiß es, und will jetzt meines Erachtens, weil es Geld kostet – und es ist auch kein kleiner Betrag, das kann ich alles absolut nachvollziehen –, dieses Projekt stoppen. Das geht überhaupt nicht. Wenn man das mit einem Sperrvermerk tut, wäre das absolut die falsche Entscheidung, die den Zoo auch in die Bredouille bringen würde. Das kann ja nicht das Ansinnen sein, was wir heute zu tun haben. Deshalb wird meine Fraktion diesen Antrag definitiv ablehnen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Liebe Kollegin Fischer, lieber Kollege Hock, ich weiß nicht, was da für Emotionen jetzt hochkochen. Es hat nie jemand – meine Kollegin Mußgnug schon gar nicht – an der Zoopädagogik rumkritisiert, wollte sie weghaben, will ein Projekt stoppen. Wir stehen zum Zoo. Wir waren diejenigen, die immer zum Zoo gestanden haben. Wir haben uns lediglich beim Exotenhaus mal gedacht, wir machen noch eine kleine Schleife, aber ansonsten standen wir immer zum Zoo.

Das war Ihrer Meinung nach ein Fehler, unserer Meinung nach war es kein Fehler.

Es wurden – da haben Sie vollkommen recht, Frau Kollegin Fischer – im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen grobe Auszüge vorgestellt, das ist richtig. Ganz genau – grobe Auszüge. Wir waren nie gegen irgendetwas. Nur dass jetzt schon ein Flyer gedruckt wird, bevor wir hier einmal irgendetwas außer groben Auszügen gesehen haben – Sie sind da besser informiert, das wissen Sie, das ist alles in Ordnung –, aber ich denke, ein bisschen mehr Transparenz würde da auch nicht schaden, und dass wir zumindest in den Ausschüssen vorinformiert werden. Und das hat nichts damit zu tun, dass wir gegen dieses Projekt sind. Ich weiß nicht, wer das hier gesagt hat. Frau Mußgnug hat ganz deutlich gesagt, die Zoopädagogik steht außen vor, wir wollen eine gute Eröffnung, wir wollen einen schönen Zoogebeurtstag, aber wenn ich hier höre, dass Flyer gedruckt werden, bevor hier ein klares Konzept vorgestellt wird, dann ist es einfach falsch, auch wenn Sie dagegen sprechen, Herr Obert. Das ist einfach falsch, und das geht auch nicht. Man muss die Kirche im Dorf lassen. Wir wollen lediglich – mit oder ohne Sperrvermerk – auch informiert werden, bevor etwas aufgegeben wird. Frau Mußgnug hat sehr detailliert dargestellt, um welche Zahlen es uns geht und dass wir nur wissen wollen, was – -

(Widerspruch von der Bürgermeisterbank)

- Sie können noch so laut da vorne schimpfen, das nützt nichts. Sie können es mir gerne noch einmal erklären. Aber Fakt ist, sie hat ganz klar erklärt, um welche Zahlen es uns geht und dass wir sie erläutern haben wollen – mehr nicht. Und da brauche ich nicht das gesamte Projekt in Frage stellen, überhaupt nicht. Das haben wir nie gemacht. Wir sind dafür, wir wollen es. Wir wollten lediglich Transparenz in diesem kleinen Bereich haben, und das hat sie ganz deutlich gesagt, und dann so auf uns rumzuhacken, das geht einfach nicht.

Stadträtin Fischer (SPD): Nur eine kleine Replik an den Kollegen Hofmann. Wir alle wissen, dass das Zoojubiläum ansteht und man dafür Vorbereitungen trifft. Man muss nicht über jeden Flyer im Vorfeld informiert werden. Ein kurzer Anruf hätte auch gereicht, um sich über so etwas zu informieren. So etwas gehört zum Tagesgeschäft der Verwaltung, da muss ich das nicht im Ausschuss vorstellen.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Auch noch zum Kollegen Hofmann. Natürlich teilen wir die Kritik der CDU, dass das hier im Haushalt von den Summen her nicht nachvollziehbar aufgestellt ist und das Gesamtpaket Zookonzept in einem anderen Punkt mit enthalten ist und das nicht beim Jubiläum aufgeführt ist. Aber wir haben nie behauptet, dass die CDU grundsätzlich dagegen wäre, und es ist auch nicht so, dass es nie in einem Ausschuss vorgestellt wurde. Es wurde im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen vorgestellt, und von daher teilen wir die grundlegend weitgehende Kritik der CDU nicht. Im Haushalt hätte man es besser deutlich machen können, aber wir schließen uns nach wie vor diesem Sperrvermerk nicht an.

Stadtrat Hock (FDP): Werter Kollege Hofmann, zur Klarstellung: Emotionen haben Sie ins Spiel gebracht, nicht wir. Wir waren völlig ruhig und sachlich. Von daher gesehen weise ich das ganz klar zurück. Und wenn Sie jetzt hier im Hause über einen Flyer, der erstellt wird, diskutieren möchten, dann ist das definitiv die falsche Richtung. Wir stellen bei der Stadt wahrscheinlich hunderttausendmal im Jahr einen Flyer her, deshalb kann ich nicht nachvollziehen, dass man jetzt hier über kleinste Details reden möchte. Wir haben im Ausschuss gesagt bekommen, um was es geht. Uns wurde gesagt, dass es Geld kostet, und wenn Sie wissen wollen, wie der Flyer aussieht usw., dann sollten Sie sich das vorher zeigen lassen. Ich brauche das nicht zu sehen, da habe ich der Verwaltung gegenüber genug Vertrauen, dass es ordentlich läuft.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Wir Grünen schließen uns im Wesentlichen der Verwaltung an. Es sind im Vorfeld die Informationen über die verschiedenen Veranstaltungen offensichtlich schon sehr spärlich geflossen, und es ist auch sicher richtig, dass wir nicht über jeden Flyer im Vorfeld diskutieren müssen, aber andererseits kann es auch nicht sein, dass wir diejenigen sind, die über einen Flyer über die Aktivitäten der Stadt, für die schon viel Geld ausgegeben wurde, informiert werden. Insofern sehen wir durchaus Nachberatungs- und Vorberatungsbedarf im Ausschuss und finden es richtig, auf alles, was jetzt nicht fürchterlich eilt oder schon zu spät ist, den Sperrvermerk zu setzen und dabei das Zoojubiläum und die Ausstellung Exotenhaus auszunehmen, eigentlich genauso, wie es die Verwaltung vorschlägt. Aber in Zukunft – den Eindruck hat man schon – sollte die Informationspolitik verbessert werden, was aber vielleicht auch mit einer Leitung des Zoos, die dann wieder in normalen Bahnen läuft, möglich sein wird.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen.

Die Diskussion zeigt, dass vor allem auch die späte Haushaltsberatung ein echtes Problem ist, denn wir haben in diesem Jahr zwei besondere Ereignisse im Zoo. Wir haben nämlich das Jubiläum und wir haben die Eröffnung des Exotenhauses. Und plötzlich tauchen Beträge auf für Erstausrüstung Exotenhaus, Erstausrüstung der Ausstellungsflächen für die Anpassung Zoopädagogik – und dann noch für das Jubiläum. Im Grunde

müssen alle diese Dinge schon so weit vorbereitet sein, dass man gar nicht mehr zurückdrehen kann. Sie haben aber nicht rechtzeitig die Möglichkeit gehabt, über konkrete Beträge abzustimmen. Das nehme ich völlig auf die Kappe, hat ein bisschen was mit der Haushaltsaufstellung zu tun, hat aber auch etwas damit zu tun, dass wir die gesamten Vorbereitungen zum Zoojubiläum sehr spät gestartet haben – erst im letzten Jahr, und Sie wissen, was da alles los war, und das alles mit heißer Nadel und sehr kurzfristig, mit externer Hilfe, die ursprünglich gar nicht vorgesehen war –, aber jetzt doch noch ganz gut läuft. Das ist das eine, und ich glaube, dass wir das in Zukunft besser hinkriegen, wenn wir rechtzeitiger anfangen und dann auch im alten Jahr schon über das beschließen, was im neuen Jahr ausgegeben werden soll.

Das Zweite ist, dass ich Frau Mußnug völlig recht gebe. Wenn ich mir die ganzen Zahlen im Haushaltsplan anschau und dann das, was wir hier aufgelistet haben, daneben lege, blicke ich auch nicht mehr durch. Was ist Erstausrüstung, was ist Jubiläum, was geht ineinander über? Und warum unter einem Gesamtansatz von der Umsetzung des Konzeptes für Zoopädagogik und Öffentlichkeitsarbeit sich die Ausstellung im Exotenhause als Erstetablierung verbirgt, das ergibt sich erst einmal im Zusammenhang nicht. Genauso wie Sie zu recht sagen, hier steht Zoojubiläum Gesamtpaket und im Haushaltsplan stehen noch einmal separat 180.00 €. Ist es nun ein Gesamtpaket oder nicht? Ich finde das alles berechtigt, und von daher sind wir uns in der Bedeutung dieses Jahres für den Zoo und dieser zwei Ereignisse und der Notwendigkeit, hierfür zusätzliche Mittel einzustellen, einig. Sie haben viele der Maßnahmen schon vorgestellt bekommen, wenn vielleicht auch nicht mit harten Kosten versehen, auch da sind wir uns einig. Die Transparenz der Vorlagen und der Zahlen lassen zu wünschen übrig.

Jetzt haben wir zwei Möglichkeiten. Möglichkeit 1 ist, Sie akzeptieren das so, und wir reden am 12. März im entsprechenden Ausschuss über das, was geplant ist, was vielleicht von Ihrer Seite aus gut oder schlecht ist. Mir wäre es am liebsten, wir könnten das ohne einen Sperrvermerk machen, weil wir sonst mit den weiteren Vorbereitungen in Schwierigkeiten kommen. Den Sperrvermerk könnten wir sonst frühestens am 24. März wieder aufheben, das bringt uns an der Stelle doch – weil jede Woche zählt – in Schwierigkeiten. Wenn wir uns darauf verständigen könnten: Vorberatung am 12.03. Ich werde die Verwaltung ausdrücklich bitten, diese Beträge hier noch einmal genau durchzudeklinieren, was ist Erstausrüstung, was ist Konzeption für Ausstellungen, was ist Sonderposten für Jubiläum und was ist sonstige Ausstattung, die wir vielleicht im Jubiläumsjahr machen, die aber nachhaltige Wirkung haben. Sie sollten das noch einmal genauer beraten, aber vom Grundsatz her in der Summe erst einmal das Okay geben und jetzt auch nicht mit Sperrvermerken arbeiten, denn dann müssten wir noch einmal genau schauen, welche Teilbeträge passen in die Sperrvermerke und welche nicht. Da ist der Vorschlag der Verwaltung auch nicht so optimal, weil wir uns an anderen Stellen die Tür wieder zu früh zumachen. Wenn sie so einverstanden wären, können wir uns am 12.03. beraten. – **Die CDU nickt, dann brauchen wir es hier nicht weiter abzustimmen.** Wie gesagt, die Kritik ist berechtigt und wird akzeptiert.

Ich schlage vor, dass wir jetzt in die Pause gehen. Wenn Sie einverstanden sind, machen wir keine Stunde, sondern nur eine Dreiviertelstunde und treffen uns hier um 13:30 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:45 Uhr bis 13:30 Uhr)

Ich darf Sie zum Endspurt unserer Haushaltsberatungen einladen. Ein kurzer Blick auf die noch verbleibenden Redezeiten. Ich will es nicht in Prozentsätzen vorstellen, sondern in absoluten Zeiten. Ich runde jeweils ab, dann sieht es noch dramatischer aus. Die CDU hat 37, die SPD 47, die Grünen 33, KULT 19, FDP 34, Die Linke 2, Gemeinsam für Karlsruhe 13, die Alternative für Deutschland 4, Herr Stadtrat Schmitt 16 und die Freien Wähler 12 Minuten Zeit.

Wir setzen die Beratung fort. Ich verweise noch mal auf die erhöhten Aufwendungen für den Umbau des Tullabades, die Sie aus der Veränderungsliste entnehmen könnten. Wir kommen zum **Teilhaushalt 6900**, Friedhof und Bestattung und damit auf die **S. 319**.

Antrag Nr. 179 (S. 319): Trauernetz Nordwest (GfK)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich bin mit der Antwort der Verwaltung zufrieden. Es ist damit **erledigt**.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Wenn wir weiter so machen, schaffen wir das mit der ART doch noch. Wir kommen zum **Teilhaushalt 7000**, Abfallwirtschaft. Hier haben wir die Treibstoffkosten anpassen können über die Veränderungsliste.

Antrag Nr. 180: Sauberkeit im öffentlichen Raum (SPD, FW)

- Sachkosten für Kfz (S. 327)
- Hundekot-Tüten (S. 331)
- Abschreibungen Kfz (S. 327)
- Abschreibungen Müllbehälter (S. 331)
- Stellenschaffung (S. 331)
- Papierkorbentleerungsfahrzeug (S. 334)
- Beschaffung Abfallbehälter (S. 336)

Dies ist ein gemeinsamer Antrag von SPD und den Freien Wählern mit verschiedenen Forderungen. Ich schaue mal die Antragsteller an. - Frau Stadträtin Ernemann.

Stadträtin Ernemann (SPD): Seit Jahren schon reden wir hier in diesem ehrwürdigen Haus über Sauberkeit im öffentlichen Raum. Das ist ein Thema, das brennt allen Fraktionen und auch der Bevölkerung unter den Nägeln. Über Monate hinweg haben wir, also auch die Ortsvorsteher wie auch die einzelnen Stadtratsvertreter, mit der Stadt Karlsruhe, mit der Verwaltung, sprich mit dem Amt für Abfallwirtschaft, das Konzept „SÖR II - Sauberkeit im öffentlichen Raum“ mit ausgearbeitet. Letztlich ist ein wunderbares Konzept herausgekommen, das auch in den einzelnen Ortsverwaltungen schon vorgestellt wurde. Dieses Konzept setzt sich aus verschiedenen Bausteinen zusammen. Es wird ein Riesensatz in die Hand genommen werden müssen, um dieses Konzept umzusetzen. Das ist mir vollkommen klar. Ich war dann etwas erstaunt, als ich den Haushaltsordner gesehen habe. Uns ist gesagt worden, das wird sich im Haushalt wiederfinden, das werden wir in den Haushalt einstellen. Ich habe es nicht gefunden. Ich habe dann beim Dezernat vom Herrn Stapf wie auch beim Amt für Abfallwirtschaft

nachgefragt und man hat mir gesagt, aus Kostengründen ist das Gesamtkonzept gecancel worden. Dafür habe ich volles Verständnis, aber es hindert uns nicht daran, in Bausteinen dieses Konzept umzusetzen. Besonders wichtig an diesem Bausteinkonzept „Sauberkeit im öffentlichen Raum“ - ich möchte jetzt nicht, weil ich in diesem Haus mindestens schon drei- bis viermal dazu geredet habe - auf die Hundetoiletten reduziert werden, aber diese Problematik ist eben besonders wichtig. Man liest es in den Zeitungen anhand der vielen Leserbriefe. Die Bevölkerung ist sensibilisiert. Ich sehe das auch selbst in den Stadtteilen, die viel Grün haben. Wir sind also auch Leidtragend. Wir waren im Hauptausschuss über die Fraktion hinweg eigentlich der Meinung, da müssen wir Geld in die Hand nehmen. Ich kann mich auch erinnern, dass Frau Kollegin Luczak-Schwarz, damals als Fraktionsvorsitzende, gesagt hat, jawohl, da müssen wir Geld in die Hand nehmen. Das ist wichtig.

Jetzt habe ich mir erlaubt, mit meiner Fraktion zusammen, zu sagen - es ist natürlich in Anbetracht der angespannten Haushaltslage nicht sinnvoll, dieses Gesamtkonzept umzusetzen -, wir versuchen, einen Baustein umzusetzen. Wir müssen da mal anfangen. Ein wichtiger Baustein ist für uns eben dieser Punkt mit den Hundekot-Tütenspendern und mit der Entsorgung der Exkrememente. Es ist auch ein großer Betrag, Sie haben das auch noch einmal detailliert aufgeschlüsselt in Sachkosten, Abschreibung, Personalkosten, der in die Hand genommen werden muss. Es hat sich schon viel getan in der Stadt. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Die Stadt ist aus meiner Sicht schon wesentlich sauberer geworden, auch unter Ihrer Amtszeit. Wir haben also den lustigen sprechenden Abfalleimer eingeführt. Wir haben mehr Personal in die Hand genommen. Es gibt eine bessere Kooperation mit den Einzelnen. Es war immer auch eine Frage, wer ist zuständig, Gartenbauamt, Amt für Abfallwirtschaft, teilweise sind es die Verkehrsbetriebe. Meiner Meinung nach - so entsteht zumindest bei mir der Eindruck - funktioniert das mittlerweile wesentlich besser, aber es reicht noch nicht aus. Ich würde bitten, diesen Baustein, auch wenn er im Haushalt ein großer finanzieller Brocken ist, das will ich nicht verhehlen, doch zu unterstützen, weil dies uns wirklich sehr am Herzen liegt. Das wird auch sehr viel Wohlwollen in der Breite der Bevölkerung finden.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich kann mich kurz fassen, denn meine Kollegin, Frau Erne-mann, hat ja schon viel ausgeführt. Ich möchte mit dem Positiven anfangen. Es hat sich sichtlich vieles gebessert. Das Gefühl in der Bevölkerung hat sich gebessert. Das ist ein Lob, das ich hier weitergeben will. Jetzt kommt aber das Doch: Wir können ein bisschen mehr machen. Die Straßen sind die Schaufenster unserer Stadt. Die Straßen, die Mülleimer, der Zustand sind das, was die Menschen wahrnehmen. Jetzt geht es darum, noch ein bisschen besser zu werden. Viele die uns kontaktieren, entsprechende Hundefreunde oder auch nicht, haben das Thema Hundekot auf Spielplätzen oder fehlende Hundekoteimer zum Thema. Auch wird uns immer wieder mitgeteilt, dass es immer weniger Mülleimer gibt. Ich selber kann es nicht prüfen. Deshalb dieses Anliegen. Ich würde auch den kompletten Antrag der SPD unterstützen, denn das ist unser Anliegen, dass wir als Stadt so wahrgenommen werden, wie wir eigentlich sind, eine tolle, schöne und saubere Stadt.

Stadtrat Maier (CDU): Sauberkeit gepaart mit dem Thema Sicherheit ist sicherlich eines der Megathemen der Zukunft. Sie alle erinnern sich, wie viele hier im Hause haben auch wir maßgeblich dazu beigetragen, dass damals ein Runder Tisch gegründet wurde

und seitdem auch einiges an Verbesserungen erreicht wurde. Das sehen wir wie die Kollegen. Es hat sich viel getan. Aber wir sollten da nicht nachlassen. Wir haben jetzt ein Problem mit diesen Anträgen, da jetzt etwas herauszuberechnen. Wenn man dann die Antwort anschaut, klingt das dann doch eher wie ein Sammelsurium: die Hundekotbehälter, die Müllbehälter, die Stellenschaffung, die Fahrzeuge, alles war da reingreift. Das sieht irgendwie nicht wirklich strategisch aus. Von daher möchten wir jetzt nicht diese einzelnen Aspekte, sondern wir bitten die Verwaltung, hier strategisch zusammen zu bleiben, gerne auch Geld in die Hand zu nehmen im Rahmen der weiteren Arbeiten, im Rahmen der Umsetzung der Konzeption, aber nicht jetzt hier einzeln etwas herauszuberechnen. Wir vertrauen der Verwaltung, dass sie die richtigen Bausteine zum richtigen Zeitpunkt umsetzt. Also bitte hier dranbleiben und die ganze Sache voranbringen im Sinne der Sauberkeit und der Sicherheit in der Stadt.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Das ist eine Maßnahme, die auf jeden Fall Sinn macht, die auf jeden Fall ihre Berechtigung hat. Sie wurde ja auch vom Amt für Abfallwirtschaft vorgeschlagen. Insofern bestreiten wir das nicht. Sie kostet eben auch richtig Geld, Frau Ernemann hat es schon gesagt. Da muss man sich überlegen, will man das jetzt angesichts der jetzigen Haushaltssituation beschließen, wo schon klar ist, dass wir demnächst noch über ganz andere Einsparmaßnahmen sprechen müssen als über die, die im Moment diskutiert werden. Da haben wir eben ein großes Fragezeichen. Dazu kommt auch, dass im Amt für Abfallwirtschaft sehr viel offene Posten sind, um die sich das Amt dringend kümmern muss. Das sind sehr viele Dinge, die jetzt umgestellt werden, sei es die Papiertonne, sei es Sperrmüll auf Abruf, sei es die Biomüllvergärungsanlage, um nur die drei größten Brocken aufzuführen. Da haben die jetzt jede Menge zu tun und wir müssen das Abfallamt im Moment nicht auch noch mit solchen Sachen belasten. Deshalb möchten wir den Antrag ablehnen.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Ich kann mich der Kritik anschließen, dass wir grundsätzlich die Aufgabenkritik noch üben und schauen müssen, was können wir uns noch leisten und was nicht. Zum anderen möchte ich konkret darauf eingehen, dass wir die Maßnahme der Hundekottüten für nicht sinnvoll halten, weil wir eben nicht davon ausgehen, dass der öffentliche Raum derzeit dreckig ist, weil es nicht die Möglichkeiten gibt, kostenlos Hundetüten zu bekommen. Jeder der möchte kann kostenlos Hundetüten bekommen. Das Problem ist, dass diejenigen, die es nicht machen, das auch nicht einsehen, auch wenn man denen diese direkt vor die Tür stellt. Da gibt es ein Mangel an gegenseitiger Rücksichtnahme unter den Einwohnerinnen und Einwohnern und ein Mangel an Rücksichtnahme im öffentlichen Raum, den auch sauber zu halten und nicht zu verschmutzen. Gerade dadurch, dass man Hundekottütenbehälter aufstellt, wird das noch schlimmer, weil die gerade zu Vandalismus einladen. Dann zieht da jemand die ganzen Tüten raus und die fliegen dann im Park auf dem Boden verteilt herum. Von daher halten wir die Maßnahme für nicht sinnvoll und wollen diese, wie auch die anderen Maßnahmen, nicht hier im Haushalt verankert wissen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte zuerst feststellen, dass sich in der Tat vieles verbessert hat. Diese Art der Antragstellung hat mich etwas befremdet. Da werden so viele Details, Abschreibungen, alles Mögliche, aufgelistet. Das ist nicht unsere Aufgabe, das der Verwaltung vorzuschlagen und zu sagen, was da alles im Detail zu machen ist. Ich glaube schon, dass wir uns bemühen müssen. Letzter Stand ist, dass diese Hundetüten-

geschichte überhaupt nicht einvernehmlich geregelt war, weil es sehr viele unterschiedliche Fassungen gibt und wir sehr viel Probleme hatten mit Experimentierfeldern, wo wir diese Hundetüten eingeführt hatten. Deswegen werde ich dagegen stimmen.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal zur Ehrenrettung sagen, dass das alles Maßnahmen sind aus dem Projekt „Sauberkeit im öffentlichen Raum II“, die in sich zusammenhängen, auch schlüssig sind. Es ist jetzt nicht so das befürchtete Sammelsurium, sondern hier geht um das Thema Hundetütenbehälter aufstellen, dann die entsprechenden Abfallbehälter dazu und dann noch das Ganze angemessen entsorgen. Dazu braucht es Personal, dazu braucht es Fahrzeuge. Das Ganze hat durchaus einen logischen Zusammenhang und lässt sich auch nicht beliebig in Einzelteile zerhacken, auch wenn man das sicherlich schrittweise einführen könnte. Zum Thema Hundetüten möchte ich auch noch sagen, wir sind immer offen, wenn uns die Bevölkerung darauf hinweist, dass es an bestimmten Stellen zwar Hundetüten, aber keine Entsorgungsbehälter gibt. Denn es gibt noch ein zweites Problem damit, Herr Stadtrat Wohlfeil, nicht nur dass die Hundetüten nicht benutzt werden, sondern dass man die dann irgendwo hinlegt, hingängt oder hinschmeißt, wenn man nicht sofort einen Abfallbehälter daneben hat. Da kann ich Ihnen auch wunderbare Stellen in der Stadt zeigen, wo man sich dann fragt, ob das mit den Hundetüten eine gute Idee ist. Es ist es natürlich, nur dann müssen wir dann auch einen Behälter daneben stellen. Trotzdem bleibt die Verwaltung dabei, dass wir das im Moment in diesem Aufwand nicht leisten können. Es ist auch schon einmal 2012 abgelehnt worden und Sie haben auch selber gesagt, Sie haben da fachlich durchaus noch das eine oder andere zu diskutieren. Insofern empfiehlt die Verwaltung Ablehnung. Nichtsdestotrotz werden wir uns gerne an einzelnen Stellen um entsprechende Abfallbehälter kümmern. Das ist mir noch mal ganz wichtig zu betonen.

Jetzt kommt erst der Antrag der SPD, der das Gesamtmaßnahmenpaket enthält mit ungefähr 190.000 im ersten Jahr und einer entsprechend niedrigeren Summe im zweiten Jahr. Ich bitte um das Kartenzeichen. - 10 dafür, der Rest dagegen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt kommt der Antrag der Freien Wähler mit zweimal 20.000, wenn ich das richtig im Kopf habe. - Auch da haben wir dieselbe Situation. Damit ist auch dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Ich darf Sie auf die Veränderungsliste hinweisen. Da hat sich im Bereich der Gebührenüberschussrückstellungen und auch beim Aufwand Leiharbeitskräfte in der Liste etwas verändert.

Antrag Nr. 181 (S. 329): Amt für Abfallwirtschaft - Kampagne für Öffentlichkeitsarbeit (GRÜNE)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Eigentlich wollten wir dem Amt für Abfallwirtschaft etwas Gutes tun. Jetzt sagen die in der Verwaltungsantwort danke, lieber nicht. Es bleibt aber dabei, dass schon sehr viele Veränderungen - ich habe es gerade gesagt - in der nächsten Zeit anstehen oder auch jetzt schon gemacht wurden, und dass wir uns da ganz dringend wünschen würden, dass das mit zusätzlicher Öffentlichkeitsarbeit begleitet

wird. Dazu bräuchte man eben auch Geld, und das möchten wir trotzdem zur Verfügung stellen.

Stadtrat Maier (CDU): Auch diesen Antrag haben wir nicht ganz verstanden. Auch der Kollege Honné sagt gerade, irgendwo hat das Amt für Abfallwirtschaft sehr viele Baustellen, sehr viel zu tun. Jetzt bürden wir ihnen noch etwas auf, dass sie noch mal ein Konzept erstellen sollen. Nicht die Konzepte und die Information der Bürgerinnen und Bürger ist das Problem, sondern einfach die Tatsache, dass die Plätze da sein müssen, die Müllbehälter da sein müssen und die dann auch abgeholt werden. Dann ist das Problem nicht dadurch gelöst, dass wir jetzt noch mehr Postwurfsendungen, noch mehr Müll produzieren, indem wir noch mehr informieren. Von daher können wir dem Antrag nicht folgen und lehnen ihn ab.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Aus Sicht der SPD-Fraktion können wir uns dem Kollegen Maier nur anschließen. Das AfA hat hinreichend Baustellen. Jetzt zusätzlich noch eine Baustelle aufzumachen, auch wenn wir die Stadt der Baustellen sind, macht aus unserer Sicht wenig Sinn. Die Öffentlichkeitsarbeit vom AfA ist aus unserer Sicht hinreichend. So gesehen können wir nicht mitgehen, weitere Haushaltsmittel diesbezüglich einzustellen.

Stadtrat Høyem (FDP): Die Abfallwirtschaft hat unglaublich viele Konzepte und die haben genug Öffentlichkeitsarbeit. Ich und meine Partei haben ganz viel ehrenamtliche Öffentlichkeitsarbeit für die Abfallwirtschaft gemacht. Es reicht eigentlich, denen jetzt Geld zu geben, die überhaupt nichts haben wollen. Lassen Sie uns jetzt ein bisschen Ruhe rund um die Abfallwirtschaft. Das brauchen wir.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Noch einmal ganz kurz. Es wurde immer wieder eine ganze Reihe von Falschmeldungen, Unmengen von falschen Leserbriefen, in den BNN veröffentlicht. Man kann ja anderer Meinung sein zur Papiertonne, gar keine Frage, dass die Leute einfach nicht wissen oder nicht wissen wollen, was die bundesrechtlichen Vorschriften sind, an die die Stadt einfach gebunden ist, oder dass viele andere Sachen einfach nicht so sind, wie sie berichtet werden. Da bräuchte es dringend eine offensive Kampagne, die einfach mit der Wahrheit an die Öffentlichkeit geht. Das würde uns vollkommen reichen. Das ist eben deutlich etwas anderes als das, was im Moment in der Öffentlichkeit kolportiert wird.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann bitte ich um das Karienzeichen. - Wir haben 15 Zustimmungen. Das ist nicht die Mehrheit. Damit ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Ich verweise Sie auf die Änderungen in der Veränderungsliste bezüglich der Verunreinigungen im Zusammenhang mit Straßenprostitution und Winterdienst an den Bushaltestellen von VBK.

Antrag Nr. 182 (S. 334): Zweckbindung von Mitteln der Kfz-Beschaffung zum Aufbau einer Infrastruktur für e-mobility und eines städtischen Elektrofahrzeug-Pools (KULT)

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Es geht im weitesten Sinn um e-mobility. Es geht ganz konkret, so unser Antrag, um die Zweckbindung von Mitteln der Kfz-Beschaffung zum Aufbau einer Infrastruktur für e-mobility und eines städtischen Elektrofahrzeug-Pools. Elektrofahrzeugpool ist sehr weit gespannt von Pedelecs bis zu elektrischen Autos. Wir haben das so formuliert, weil wir angesichts der Haushaltslage gesagt haben, das Ganze muss budgetneutral erfolgen. Da der Ansatz für die Beschaffung von Fahrzeugen deutlich erhöht wurde, haben wir uns gedacht, einen kleinen Teil davon, nämlich 100.000 in diesem und 250.000 im nächsten Jahr wäre ein sinnvoller Wert. Hier geht es auch darum, dass wir nicht Fahrzeugerverwerb verhindern, sondern Fahrzeugerverwerb ersetzen, Benzin-, Diesel- und Gasfahrzeuge durch Elektrofahrzeuge.

Eine zweite Sache ist, wir stehen damit im Einklang mit der großen Politik. Die Bundesregierung, angeführt von Kanzlerin Angela Merkel hat das Thema e-mobility weiter auf ihre Fahnen geschrieben. Dies unterstützen wir. Jüngst war erst das Elektromobilitätsgesetz, das sicher weiter ausgefallen wäre, wenn nur die CDU und die SPD hätten etwas sagen dürfen, aber die CSU hat das Ganze dann ein wenig vermindert. Wenn ich schon bei der großen Politik bin, das Ganze entspricht auch einem Antrag der Grünen-Bundestagsfraktion aus dem Februar dieses Jahres, in dem die Grüne-Bundestagsfraktion genau das fordert, u. a. bei der Beschaffung des Bundes, eben mehr auf Elektrofahrzeuge zu setzen. Ich wusste das nicht, als wir den Antrag geschrieben haben, aber umso mehr hat es uns gefreut, dass wir uns da im Einklang mit einer breiten Front aus der großen Politik befinden. Warum ist das für Karlsruhe wichtig, weil wir hier in Karlsruhe spezifisch hervorragende Bedingungen haben. Das fängt schon mit der Lage an. Hier kann man Fahrzeuge relativ gut bewegen. Es kommt dazu, dass wir hier strukturelle Vorteile haben, wie z. B. das Automotive Engineering Network oder die Elektromobilitätszentrale. Wir sind also viel weiter als andere Regionen in diesem Land. Wir haben das KIT mit einem großen Forschungsbereich zum Thema Elektromobility. Das sollten wir unterstützen. Wir haben den Modellversuch von Firmen wie Michelin und Siemens, die auch auf eigene Elektromobilitätsflotten setzen. Da kann die Stadt nicht hintenanstehen, sich hier zu beteiligen, insbesondere beim Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur, damit das Ganze überhaupt funktioniert. Wenn wir dafür jetzt nicht das Geld einsetzen, dann können wir das Elektromobilitätszentrum etc. alles vergessen. Das sind auch die Ergebnisse dieser ganzen Untersuchungen landauf, landab. Das ist vor allen Dingen nicht nur ein Thema für unseren Bürgermeister der Kfz-Beschaffung, Herrn Stapf, das ist auch ein Thema für unsere Wirtschaftsbürgermeisterin, die z. B. für das Automotive Engineering Network steht.

Ich will auch noch ein paar Vorteile nennen von Elektrofahrzeugen. Wir sind blauäugig zu sehen, dass Elektrofahrzeuge alles sind, insbesondere elektrische Autos haben auch Nachteile, wie lange die halten und was alles funktioniert. Sie haben aber auch große Vorteile: Sie sind abgasfrei, sie sind feinstaubarm, sie sind kurzstreckentauglich, um genau das geht es in so einer Flotte für die Stadt, sie sind geräuscharm, was in unserer lärmgeplagten Stadt sehr wichtig ist. Von daher bitten wir um Ihre Zustimmung.

Stadtrat Brenk (CDU): Elektromobilität - wo geht der Weg hin? Jetzt habt ihr einen Unternehmer vor euch stehen, Elektromobilität lebe ich. Wer mal fahren möchte, kann kommen. Ich habe drei Autos und einen Hybrid, also drei „E“ und ein Hybrid. Die stehen aber mehr. Trotzdem, wo geht der Weg hin, Elektrofahrzeuge, Brennstoffzelle,

Hybrid, keiner weiß es. Trotzdem ist es sinnvoll für die Stadt, in diese Richtung zu investieren. Wir haben das Elektromobilitätszentrum. Vorhin war das Thema mit der Firma Michelin, die hier ihren Pendelverkehr ins ganze Elsass abwickelt. Die Fahrzeuge stehen bei uns zur Wartung, was da eben anfällt. Wir müssen jetzt hier nicht unnötig Geld in die Hand nehmen. In einem Gespräch hat sich herausgestellt, es geht nicht um einen Zusatzetat, sondern es geht um etwas Verschieben von Haushaltsmitteln, um hier auch den guten Willen der Stadt zu zeigen. Wir sollten den guten Willen der Stadt zeigen, wir sollten das maßvoll angehen, auch im Einklang mit den Stadtwerken. Vor allen Dingen ist sehr wichtig, dass für die Betankung das Elektronetz in Karlsruhe zur Verfügung steht. Da muss ich auch etwas dazu sagen. Wir haben ein vernünftiges Ladenetz in Karlsruhe. Wir haben damit nur das Problem, dass man nicht wie bei der Tankstelle überall nur hinfahren kann und einfach Strom tanken, sondern man braucht immer gezielt eine andere Ladekarte. Da sind wir aber auch bundesweit auf dem besten Weg. Da gibt es auch einige Initiativen, um das in den Griff zu bekommen.

Wir reden aber hier von der Stadt Karlsruhe und von daher glaube ich, dass zumindest ein Teil unserer Investitionen vom Fuhrpark in die Elektromobilität mit Sicherheit sinnvoll angebracht ist, auch unter Berücksichtigung, dass wir derzeit einen Fuhrpark haben, der wirklich weitestgehend am Altersminimum steht. Jeder normal denkende Unternehmer würde mit diesem Fuhrpark draußen so nicht mehr umherfahren. Wenn man so manche Stadtfahrzeuge anguckt, die hält nur noch der Rost zusammen. Da muss man ein bisschen etwas tun. Wir können das Geld aber nicht ausgeben, weil wir es nicht haben, also müssen wir sinnvoll und bedacht damit umgehen. Deshalb wollen wir hier in dem Fall den Weg der Verwaltung nicht mitgehen und den Weg der Antragsteller mitgehen und empfehlen, dem Antrag der KULT zuzustimmen.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Für die SPD und auch die SPD-Fraktion hat E-Mobilität und alternative Antriebsform immer einen zentralen Stellenwert gehabt, wie wir es auch letztendlich in unserem Wahlprogramm dargelegt haben. Wir haben mit dem Antrag der KULT-Fraktion als solches kein Problem. Womit wir ein Problem haben ist die Aussage, dass ein festes Budget zweckgebunden dafür verwendet werden soll. Für uns wäre es wegweisender, wenn man das Ganze auch im Vertrauen auf unsere Verwaltung, und letztendlich auch auf uns, in den jeweiligen Ausschuss verweist und im Rahmen der Ersatzbeschaffung bzw. der Beschaffung von Fahrzeugen ggf. E-Mobilitätsfahrzeuge anschafft. Dass es sinnhaft ist, auch im Hinblick auf den Klimawandel, darüber brauchen wir hier im Hause nicht zu diskutieren. Wir tragen diesen Vorschlag der KULT-Fraktion mit. Für uns wäre es wegweisend, wenn man insbesondere im Bereich von E-Bike-Fahrzeugen hier eine Flotte aufbauen würde. Wir sehen das auch letztendlich als Impuls für die Wirtschaft hier vor Ort. Das könnte genau dieses Konzept E-Mobilität hier für Karlsruhe als Standort weiter voranbringen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Erstmal will ich unsere Position vorstellen. Wir unterstützen Herrn Stapf, dass er vor allem Gasfahrzeuge anschafft, das will ich mal ganz klar sagen. Im Moment ist es das Optimum zwischen Wirtschaftlichkeit auf der einen Seite und Umweltbewusstsein auf der anderen Seite, weil die eben schon deutlich leiser sind und deutlich weniger Abgase haben als Benzin- oder erst recht Dieselfahrzeuge. Trotzdem muss man aber einen Fuß in moderne Techniken haben. Da ist uns das Allerwichtigste, dass angefangen wird mit den Bussen, dass die umgestellt werden auf Hybridbetrieb.

Deshalb haben wir es sehr begrüßt, dass die Verkehrsbetriebe einen ersten Bus für zwei Wochen immerhin mal zur Erprobung hatten. Wenn so ein Bus auf Hybrid umgestellt wird, dann gibt es sofort einen Nutzen für alle, die an den Haltestellen wohnen, wo der Bus hält, weil da insbesondere die Anwohner erheblich durch Lärm und Abgase der Busse beeinträchtigt werden. Insgesamt nehmen wir das gerne in Kauf, weil der Bus auch viele Vorteile hat. Es ist einfach so, dass es auch Nachteile gibt, und die werden durch Hybridbusse schlagartig deutlich geringer.

Dann die dritte Priorität, das sind die E-Bikes. Das ist auf jeden Fall eine sehr gute Sache, auch, dass die KULT-Fraktion das beantragt hat. Da sind wir auch immer dafür gewesen, dass auch E-Bikes angeschafft werden als Ersatz für Autos. Das ist auf jeden Fall immer gut sowohl wirtschaftlich, weil sie eben günstiger sind, als auch natürlich aus Umweltschutzgründen, weil die fast keine Abgase und keinen Lärm erzeugen.

Die vierte Priorität sind dann die Elektroautos, die im KULT-Antrag auch vorkommen. Da ist ganz wichtig, wenn man statt neuer normaler Autos Elektroautos kauft, dann kriegt man eben nur die Hälfte der Autos für das Geld. Darüber muss man sich im Klaren sein. Über die Dauer kommt wieder ein bisschen davon rein, weil der Strom eben sehr günstig ist im Vergleich zu Benzin oder Diesel. Die Betriebskosten sind aber trotzdem sehr hoch, weil die Batterie nach wenigen Jahren dann eben ausgetauscht werden muss, und das ist ja der Riesenkostenfaktor bei den Elektroautos. Insofern darf man nicht so tun und sagen, für dasselbe Geld nehmen wir jetzt einen Teil Elektroautos, sondern da muss man Geld obendrauf packen. KULT beantragt ja auch Geld. Uns ist ganz wichtig, dass das, was zusätzlich an Geld da ist, eben auch für solche Elektroautos verwendet wird und nicht nur aus dem Haushalt genommen wird, weil man dann eben weniger Autos hat. Es ist ganz wichtig, dass diese alten Dreckschleudern abgeschafft werden. Das geht nur, wenn man möglichst viele neue Autos hat. Da muss man eben gucken, dass für Elektroautos dann auch zusätzliches Geld bereitgestellt wird, damit so viele, wie jetzt vorgesehen, an Dreckschleudern rausfallen. Das ist für uns das Entscheidende.

Stadtrat Hock (FDP): Der Antrag der KULT geht in die absolut richtige Richtung in die wir gehen müssen. Was mir noch schwer fällt, ist dem Herrn Honné jetzt zu sagen, dass sein Vortrag genau den Punkt trifft. Aber es ist so, er hat absolut recht. Ich bin auch jemand, der dann sagt, wenn es richtig ist, dass man das unterstützen sollte. Ich bin 2009 in den Gemeinderat gekommen und habe mir als erstes den Fuhrpark der Stadt Karlsruhe angeschaut. Die FDP-Fraktion hat nach der Durchschau sofort einen Antrag gestellt für die Aufstockung im Haushalt für die Neuanschaffung der Pkws. Jetzt gehen wir einen Schritt weiter, und die KULT hat den Schritt getan. Meine Fraktion kann diesen Schritt gerne mitgehen, weil wir auch der Meinung sind, dass der E-Mobilität mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Wir haben heute auch gehört, dass es jetzt mit dem Bus eine Probe gab. Dieser Probe-lauf lief gut. Ich habe nichts Negatives gehört. Von daher gesehen glaube ich, dass wir hier als Gemeinderat die richtige Entscheidung treffen, wenn wir das heute auch unterstützen. Deshalb war der Vortrag vom Kollegen Honné heute absolut richtig und gut. Wir unterstützen das gerne und danken der KULT für diesen Antrag.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich möchte noch etwas ergänzen. Es ist richtig, was Herr Honné gesagt hat. E-Mobilität ist nicht 1:1 umzurechnen. Ich selber hatte in meinem Fuhrpark sowohl Gasfahrzeuge zum testen als auch E-Mobilität. Die Haltbarkeit ist tatsächlich eingeschränkt. Das muss uns allen klar sein, wenn wir diesen Schritt gehen. Uns muss auch klar sein, dass elektrischer Strom auch produziert werden muss. Das ist der andere Aspekt. Es ist nicht immer hundertprozentig CO₂frei. Ich habe in einer Firma gearbeitet, die bereits vor 25 - 30 Jahren Busse auf Wasserstoffbasis produziert hat. Das ist auch etwas, was demnächst kommt. Wir werden diesen Schritt jetzt mitgehen. Ich möchte aber darauf hinweisen, es ist noch nicht soweit, dass E-Mobilität 1:1 mit der Gastechnik oder einer anderen Technik umgesetzt werden kann. Es ist ein richtiger Ansatz und wichtig, dass wir diesen Test angehen, aber vorsichtig sind und nicht zu euphorisch.

Der Vorsitzende: Ich habe den Antrag von der KULT so verstanden, dass wir aus den bestehenden Mitteln eine Zweckbindung auf einen Teil dieser Mittel belegen. Diese Zweckbindung bedeutet, dass wir diese Mittel nur für entsprechende Fahrzeuge oder Infrastruktur in Zusammenhang mit E-Mobility ausgeben sollen. Das führt in der Konsequenz möglicherweise zu dem, was Herr Honné dargestellt hat, dass wir dann nicht für denselben Betrag so viel Fahrzeuge anschaffen können wie ohne diesen Betrag. Darauf will ich nur ausdrücklich hinweisen. Wenn Sie uns jetzt so beauftragen, werden wir dazu ein Kleinkonzept erstellen. Wir können jetzt nicht für große Summen Großkonzepte erstellen. Die würde ich dann gerne mit Ihnen diskutieren, denn an einer bestimmten Stelle bedeutet es auch z. B. ältere Fahrzeuge doch noch länger in Betrieb zu lassen oder auf irgendetwas anderes zu verzichten. Das sehen Sie auch alle so. Dann können wir in die Abstimmung gehen. Sie können dann noch entscheiden, ob Sie mit diesem Konzept leben können oder nicht.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Meine Frage bezieht sich darauf, dieser im Haushalt bestehende Betrag basiert auf einer bestimmten Menge von Pkws. Die liegt der zugrunde, die angeschafft werden soll. Es geht ja nicht um den Betrag der Verkehrsbetriebe, sondern es geht um die Anzahl Pkw, die kommen müssen. Also lügen wir uns doch in die Tasche, wenn wir jetzt diesen Beschluss hier fassen und dann nur die Hälfte dieser Pkw anschaffen können.

Der Vorsitzende: Wir haben in beiden Jahren jeweils 5 Millionen stehen. Von daher ist die mögliche negative Auswirkung dieser einmal 100.000 Euro und einmal 250.000 Euro vergleichsweise übersichtlich. Sonst könnte ich es Ihnen auch nicht empfehlen. Wir haben auch - ich habe eben gefragt - noch nicht für alle 5 Millionen Fahrzeuge bestellt. Von daher haben wir noch die Flexibilität. Mir wäre deswegen auch wichtig, Herr Dr. Heilgeist, dass Sie als Gemeinderat dann auch wissen, wenn wir dieses Konzept umsetzen, das es an anderer Stelle möglicherweise vorübergehend Nachteile mit sich bringt. Insofern würden wir, wenn Sie uns beauftragen, für diese Größenordnung ein Konzept erarbeiten, wie wir mit E-Fahrzeugen oder E-Geräten hier einen Teil der Aufgaben erledigen können und dafür auf andere Anschaffungen verzichten. Dann könnten Sie sich das noch einmal in Ruhe angucken. Wenn Sie dann sagen, das geht ja gar nicht oder so, dann müssen wir eben schauen, wie wir damit umgehen. Sie wollen uns ja, so habe ich das verstanden, vor allem ein bisschen da reintreiben, konzeptionell hier ein Stück weit konkreter zu werden. Da gibt es für manche Anschaffungen auch durchaus För-

dermittel. Wenn das eine bestimmte Höhe hat, das deckt nie die Mehrkosten ab, das sage ich gleich, die ein solches E-Gerät im Vergleich zu traditionelleren Fahrzeugen mit sich bringt. Wir würden es uns angucken. Natürlich empfehle ich trotzdem Ablehnung, ist ja klar, weil wir dafür etwas anderes kaufen wollen. Ich will nur, dass wir den Antrag gemeinsam richtig verstehen und nicht unterschiedliche Erwartungen wecken.

Dann bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Bei 7 Ablehnungen mehrheitlich so **angenommen**.

Dann geht es weiter im Haushalt. Ich verweise auf die Veränderungsliste Oberflächenabdichtung Deponie-Ost. Wir sind jetzt im Teilhaushalt 7400 Veränderungsliste, Auflösung Inanspruchnahme Gebührenüberschüsse. Das hatten wir oben schon einmal. Jetzt kommen wir zum Teilhaushalt 8000. Da verweise ich auf die Veränderungsliste, die etwas mit KA-WLAN zu tun hat.

Antrag Nr. 183 (S. 360): Internationale Zusammenarbeit - Haushaltsansatz (GRÜNE)

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Die Wirtschaftsförderung hat in den letzten Jahren die internationale Zusammenarbeit intensiviert und vor allen Dingen in Indien Kontakte zu Unternehmen aufgebaut. Die Schnittstelle zur Stabsstelle Außenbeziehungen ist jedoch zumindest uns, entgegen der Antwort der Verwaltung, nach wie vor unklar. Wir sehen diese nicht deutlich definiert. Des Weiteren wurde uns der Ansatz, neben Indien einen so genannten zweiten Zielmarkt zu identifizieren, bisher nicht vorgestellt. Wir können auch nicht nachvollziehen, warum in diese Aufgabe zusätzliche Sachmittel in einen mittleren fünfstelligen Bereich fließen sollen. Unserer Einschätzung nach sollten erst einmal die Erfahrungen mit dem Markt Indien stabilisiert und ausgewertet werden. Eine Aufgabenerweiterung in Form eines neuen Zielmarktes sehen wir in Anbetracht der mittelfristigen Finanzplanung als kritisch und beantragen daher die Mittel für Internationalisierung bei der Wirtschaftsförderung auf dem Stand von 2013 fortzuschreiben, aber eben nicht zu erhöhen.

Stadtrat Maier (CDU): Karlsruhe ist eine internationale Stadt. Wir wollen eine internationale Stadt sein. Wir sollten nicht den Fakt der Globalisierung immer wieder bejammern, sondern die Globalisierung positiv mit gestalten. Um diese positiv mit zu gestalten müssen wir eben auch als internationale Stadt unseren Fokus verbreitern, weiter ausrichten, weiter wegschauen. Von daher verweise ich auf meinen gestrigen Redebeitrag zu Punkt 4, wo wir schon einmal einer Streichung in diesem Bereich die Gegenrede gesprochen haben und denken, dass es in diesem Fall nicht zielführend ist, hier Geld zu streichen. Von daher erwarten wir die Internationalisierungsstrategie und die weiteren Gespräche ab und wünschen uns hier einen starken großen Fokus darauf.

Stadtrat Hermanns (SPD): Es ist ein bisschen schade, weil wahrscheinlich vorne Wirtschaft darauf steht, dass da ein Streichungsantrag von Ihnen kommt. Gleichzeitig sind Sie beim Amt für Abfallwirtschaft bereit, ohne Notwendigkeit 50.000 Euro zu beantragen. Das finde ich sehr schade. Wir konnten gerade sehen, unser Oberbürgermeister war auch gerade in Indien. Wir haben durchaus schon Zeit gebraucht, um diese Pflanze aufbauen zu können. Jetzt werden wir auch erstmalig - aus meiner Sicht - erfolgreiche

Synergien daraus erzielen können. Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist, aus meiner Sicht ist die Antwort der Verwaltung glasklar, dass zum einen die Stabsstelle für Außenbeziehungen für die strategische Konzeption zuständig ist, aber die Wirtschaftsförderung eben genau für die konkrete operative Umsetzung. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Wir müssen uns aus Sicht der Fraktion der SPD selbstverständlich weiter entwickeln, damit wir insbesondere neue Unternehmen nach Karlsruhe bekommen können, die sich hier ansiedeln, um zusätzliche Einnahmen generieren zu können, damit wir eben nicht in der Lage sein müssen zu streichen, sondern damit wir in der Lage sind, die Zukunft von Karlsruhe weiter zu entwickeln. Von daher müssen wir Ihren Antrag ablehnen und finden es schade, dass Sie überhaupt so einen Antrag gestellt haben.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Es ist aus Sicht meiner Fraktion nicht zielführend, diese Mittel zu streichen, weil es hier um die Entwicklung der Außenbeziehungen geht, die in einer globaler werdenden Welt zu steigenden Ausgaben führt. Wir beantragen einen Sperrvermerk auf den Ansatz, und zwar aus folgendem Grund. Die Geschichte mit dem zweiten Zielmarkt. Das ist eine typische Aufgabe des Gemeinderates. Er hat sich nicht einzumischen, welche Flyer da verschickt werden, aber er hat zu steuern und zu sagen, welcher zweite Zielmarkt ist dann auch anzugehen, wenn uns die Wirtschaftsförderung ein entsprechendes Konzept vorlegt. Meiner Meinung nach - ich war im letzten Gemeinderat Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und habe auch meinen jetzigen Vertreter im Ausschuss gefragt - ist der zweite Zielmarkt noch nie vorgestellt worden. Das erwarten wir einfach, bevor wir Mittel freigeben. Wie gesagt, Sperrvermerk, vorstellen welcher zweite Zielmarkt ist angedacht, und dann beschließt man das eben im Sinne der Steuerung durch den Gemeinderat.

Stadtrat Höyem (FDP): Die Welt ist groß, sehr groß. Sie geht sogar weiter als bis nach Stutensee. Es war vor zehn Jahren, als ich in diesem Saal angefangen habe über Internationalisierung zu sprechen, sehr schwierig, diese Botschaft rüberzubringen. Heute haben wir diskutiert, ob etwas Besonderes geschehen ist nach der letzten Wahl. Ein Kompliment an unseren Herrn Oberbürgermeister. Er hat wirklich verstanden, was Internationalisierungsstrategie bedeutet. Mein absolutes Kompliment. Zu vielen Kollegen hier, falls Sie vor zehn Jahren hier waren - und das waren viele vor zehn Jahren -, dann wissen Sie auch, dass es nahezu unmöglich war, das Wort Internationalisierung hier durchzusetzen. Das haben wir jetzt getan, und ich freue mich darüber. Jeder Cent, jeder Euro, den wir dafür benutzen, kommt zurück. Wir sind sehr froh, das zu unterstützen. Karlsruhe, Deutschland, sogar Dänemark sind nicht der einzige Platz auf der Welt. Die Welt ist viel größer.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Es ist wichtig, dass wir verstehen müssen, was der Unterschied zu früher ist. Heute wissen wir, dass die Oberbürgermeister die Regierenden der Welt sind. Das haben wir neulich gelernt. Regionen nehmen eine ganz andere Funktion ein, als es früher der Fall war. Da hat es gereicht. Man hat sozusagen profitiert vom Standort Deutschland. Heute ist man Standort Karlsruhe. Den Standort müssen wir konkret vernetzen. Diese Aufgabe ist in zentraler Verantwortung der Stadt, somit auch des Gemeinderates. Aus diesem Grund können wir hier an der Stelle auf keinen Fall kürzen. Die Verantwortung, diese Zukunftsmärkte für uns zu erschließen, liegt bei uns und die dürfen wir nicht irgendwohin delegieren. Deswegen kann ich dem Antrag nicht folgen.

Der Vorsitzende: Damit wären wir durch. Ich bitte, das mit dem Sperrvermerk nicht weiter zu verfolgen. Wir sagen Ihnen zu, im nächsten Wirtschaftsförderungsausschuss zu berichten. Sperrvermerk bedeutet dann aber, da müssen wir ggf. wieder über den Hauptausschuss usw. Das wegen der paar Sachmittel finde ich dann unverhältnismäßig.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie um das Kartenzeichen zu dem Antrag. - Bei 12 Zustimmungen und 2 Enthaltungen ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 184 (S. 360): Automotive Engineering Network Südwest - Zuschuss (GRÜNE)

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Im Bereich Automotive Engineering ist sehr viel Kapital unterwegs. Hier wurden zusätzliche Mittel im Vergleich zu 2014 und 2013 eingestellt für ein Netzwerk als Betriebskostenzuschuss. Wir Grünen sind gegen eine neue Förderungsform im Sinne eines Betriebskostenzuschusses und fordern dennoch vorerst einen Sperrvermerk statt der zuvor beantragten Streichung, bis eine entsprechende Vorstellung im Wirtschaftsförderungsausschuss stattgefunden hat. Im Haushalt haben wir den neuen Posten über 70.000 Euro entdeckt. In der Wirtschaftsförderung war von Mehrkosten von 30.000 Euro die Rede. In der Verwaltungsantwort steht etwas von „keine Mehrausgaben“. Wir haben in einiger Recherchearbeit dann herausgefunden, was es damit auf sich hat. Dennoch möchten wir gerne noch mal genauer über das Konzept reden. Wir möchten wissen, wer beteiligt sich finanziell, in welchem Umfang, wie viele städtische Mittel fließen da rein, wie viele Mittel aus der Wirtschaft fließen da rein und wohin fließen die Gelder. Wir möchten noch eine Evaluation über die Ergebnisse anstreben, damit wir fundiert darüber entscheiden können, wie viele Mittel tatsächlich da reinfließen sollen und in welcher Form, denn der Betriebskostenzuschuss ist aus unserer Sicht nicht die beste Form der Wirtschaftsförderung.

Stadtrat Maier (CDU): Das ist mein letzter Beitrag in diesen Doppelhaushaltsberatungen. Den kann ich ganz kurz mache. Wir lehnen ab.

Stadtrat Hermanns (SPD): Auch das wird mein letzter Beitrag sein. Ich werde mich nicht so kurz halten. Leider, Herr Konrad, komme ich jetzt schon wieder nach Ihnen und muss darauf antworten. Ich kann das gar nicht verstehen. Das AEN ist aus meiner Sicht eigentlich ein Netzwerk, was durch und durch die grüne Zustimmung finden sollte. Das AEN hat gerade zuletzt beim RegioWIN-Wettbewerb einen Teilwettbewerb mit koordiniert, und zwar den RegioMOVE, wo wir jetzt gerade Fördermittel bekommen, um ein multimodales Mobilitätskonzept für die Technologieregion zu entwickeln. Ich denke, das ist ein urgrünes Thema, sollte es zumindest sein. Warum jetzt hier Mittel auch notwendig sind liegt daran, da das AEN bis jetzt auch zum Teil cofinanziert war von EFRO-Mitteln. Die sind nun ausgelaufen. Wenn wir jetzt einen Sperrvermerk aufbauen, dann können wir die Handlungen, die gerade dringend notwendig sind, um den Wettbewerb weiter zu verfolgen, der im grünen Interesse sein sollte, so nicht fortführen. Das ist der eine Punkt. Der nächste Punkt: Aus meiner Sicht kann das AEN ein Grundsatz nach zehn Jahren jetzt werden mit SmartProduction, mit Industrie 4.0, wo wir schon ein Netzwerk haben, wo wir ganz viel Geld investiert haben, dass es sich entwickeln kann. Jetzt ist die Zeit reif dafür, dass wir es weiter entwickeln. Jetzt wollen wir mit einem

Sperrvermerk sozusagen diese Entwicklung aufhalten. Ich kann hier nicht nachverfolgen, warum Sie wiederum einen Sperrvermerk oder Streichungsanträge stellen. Vermutlich weil Wirtschaft davor steht.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Wir wollen einen Sperrvermerk stellen, weil Intransparenz davor steht. Das ist etwas, was uns hier in ganz starkem Maße begegnet. Wenn Sie sich den Haushaltsentwurf anschauen, den wir erhalten haben, Ende letzten Jahres, dann finden Sie dort zwei Posten für Automotive Engineering Network. Das eine sind Sachkosten. Die wurden letzten Endes irgendwie fortgeschrieben, und dann gibt es noch einen Betriebskostenzuschuss, der eine Seite weiter steht. Dieser Betriebskostenzuschuss, so steht es im Haushalt, betrug in den Jahren 2013 und 2014 null Euro. Für die Jahre 2015 und 2016 standen 70.000 Euro drin. Jetzt könnte man davon ausgehen, okay wir gehen jetzt hier in eine neue Form der Förderung rein. So steht es praktisch im Haushalt. Die Sachkosten werden fortgeschrieben. Es entsteht eine neue zusätzliche Förderungsform, nämlich Betriebskosten. Jetzt haben wir daraufhin den Kürzungsantrag gestellt, weil wir gesagt haben, diese neue zusätzliche Form der Förderung wünschen wir nicht, zumal die Summe auch wieder abweichend war von dem, was uns in der Wirtschaftsförderung im November vorgestellt wurde, wo ein niedrigerer Beitrag genannt worden war. Da ging es um 30.000 Euro. Jetzt haben wir schon mal die Summe 30.000, dann haben wir die Summe 70.000 und vorher eine Null, und jetzt kam noch die Antwort der Verwaltung auf unseren Antrag, dass das gar keine neue Summe ist, sondern dass man bisher schon in diesem Volumen gefördert hat.

Daraufhin gab es dann Telefonate, wo uns dann gesagt wurde, in diesem Volumen nicht, aber so ein bisschen darunter. Jetzt geht es halt um ein bisschen mehr. Letzten Endes habe ich fünf verschiedene Zahlen, die kaum zuzuordnen sind. Da finden wir es angebracht, dass da ein Sperrvermerk darauf ist, damit wir einfach noch einmal erklärt bekommen, was sind die richtigen Zahlen, um wie viel Geld geht es überhaupt, was war bisher die Förderung, was ist neu und wo fließt dieses Geld rein, wo ist es bisher reingeflossen, was wurde damit erreicht. Uns ist auch wichtig, wenn es um solche Modelle geht, wo es heißt, die Kommune leistet einen Anteil, da möchten wir auch darüber informiert werden, welchen Anteil die Wirtschaft auch leistet, ob tatsächlich das, was man sich erhofft oder wovon man ausgeht, was von der Wirtschaft kommt, dass das dann tatsächlich auch geschieht. Das finden wir ein ganz legitimes Vorgehen. Da wünschen wir uns wirklich demnächst ein anderes Vorgehen bei der Erstellung des Haushaltes, damit wir einfach Dinge verstehen und nicht verschiedene Zahlen haben und uns entgegenhalten müssen, dass alles, wo Wirtschaft darauf steht, von uns nicht akzeptiert wird.

Der Vorsitzende: Wir akzeptieren die Kritik an der stellenweise etwas unübersichtlichen Darstellung und sagen Ihnen im Rahmen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung eine Erläuterung und eine Diskussion zu. Ich würde dennoch dafür plädieren, jetzt hier keinen Sperrvermerk einzurichten, weil wir damit den laufenden Betrieb quasi anhalten müssten an bestimmten Punkten. Das geht ja schlichtweg gar nicht. Wenn wir uns so einigen könnten, wäre mir das sehr recht. Sie nicken mit dem Kopf. Damit ist das **erledigt**. Dann bedanke ich mich.

Wenn es noch andere Punkte gibt, ich kenne das jetzt so ein bisschen, es gibt manchmal eine Tradition des Misstrauens zu Projekten in der Wirtschaftsförderung, stelle ich einfach so fest, hatten wir früher auch schon mal die eine oder andere Diskussion. Ich würde einfach darum bitten, das ist keine Kritik am heutigen Vorgehen, denn hier ist auch die Erläuterung der Zahlen nicht ganz durchsichtig, dass sich der Wirtschaftsförderungsausschuss wirklich vornimmt, in den nächsten zwei Jahren bis zur nächsten Haushaltsaufstellung alle Transparenzen mal zu klären, damit wir dann nicht über die Haushaltsberatungen solche Dinge aufarbeiten müssen. Das ist dann auch nicht immer der optimale Zeitpunkt. Das gilt nicht nur für die Wirtschaftsförderung, aber da fällt es mir manchmal doch auf. Die Frau Bürgermeisterin fühlt sich jetzt angesprochen. Das ist überhaupt nicht der Fall. Ich habe nur beschrieben, ich nehme eine Kultur, insbesondere hier bei diesen Projekten, wahr. Ich habe nicht gesagt, wo die Kultur herkommt und wer schuld ist. Aber wir sollten das ausräumen über den Fachausschuss, damit man einfach an der Stelle dann die Haushaltsberatungen nicht überfrachtet.

Antrag Nr. 185 (S. 360): Gründerzentrum für Energiewirtschaft und Energietechnologie (SPD)

Da sehe ich jetzt keinen der Antragsteller, der dazu reden möchte. Dann können wir gleich abstimmen. - Bei 9 Zustimmungen und 2 Enthaltungen ist der Antrag **abgelehnt**.

Antrag Nr. 186 (S. 360): Streichung der freiwilligen Leistungen an Baden-Airpark und Zurverfügungstellung dieser Mittel zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des Baden-Airpark (FW)

Stadtrat Wenzel (FW): Ich habe in der Antwort der Verwaltung gelesen, dass es hier nicht um freiwillige Leistungen, sondern um einen Betriebskostenanteil geht. Bei meinem Antrag geht es nicht um eine Kritik am Flughafen, sondern es geht um einen Ausbau oder eine Förderung des ÖPNV, denn dieser Flughafen, der zu Karlsruhe gehört und international auch Karlsruhe-Baden genannt wird, hat, soweit meine Recherchen es ermöglicht haben, nur einen privaten Anschluss für Vielnutzer. Ich benutze diesen Baden-Airpark mit einer Fluggesellschaft, dessen Namen ich nicht nennen will des Öfteren, da ich nach Hamburg muss. Ich muss immer wieder feststellen, die Leute beschwerten sich, die Anbindung des ÖPNV ist nicht vorhanden. Die Anbindung des Privatverkehrs möchte ich hier nicht ansprechen. Das ist ein anderes Thema, ein Landesthema. Mir geht es einfach um eine Umwandlung oder als ein Aspekt für die Zukunft, dass wir sagen, Mittel, die wir hier zur Verfügung stellen, auch für die Anbindung an Karlsruhe zu benutzen.

Der Vorsitzende: Ich habe Sie aber so verstanden, dass sich Ihr Antrag damit erst mal erledigt hat und Sie den Appell an uns richten. **Erledigt.**

Wir kommen zum Teilhaushalt 8800, Hochbau und Gebäudewirtschaft. Hier darf ich bei der Veränderungsliste noch einmal darauf hinweisen, dass wir hier zum einen bei der Stellenschaffung Objektmanagement Instandhaltung ZKM die Beträge mit einem falschen Vorzeichen eingetragen haben. Das ist bei der endgültigen Liste korrigiert und

darf Sie auch auf die Bearbeitung Klimaschutzfondsprojekte hier auf die Veränderungsliste hinweisen.

Antrag Nr. 187 (S. 369): Konzeption Verkauf Haus Solms und Investitionsstopp (CDU)

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Sie haben unseren Antrag zwar für erledigt erklärt. Auf S. 370 des Haushaltes sind aufgeführt die größeren Maßnahmen, für die Bauunterhaltungsmittel eingeplant sind, u. a. für das Haus Solms, Instandsetzung der Fassade. Wir hatten eben darum gebeten, dass man jetzt keine weiteren Mittel mehr bereitstellt für das Haus Solms bis man weiß, was damit überhaupt gemacht werden soll, ob man es verkaufen will oder ob man es weiter nutzen will. Sie antworten, dass im Hauptausschuss das Konzept vorbesprochen werden wird, wann steht allerdings nicht da, und erklären dann den Antrag für erledigt. Aber was ist dann mit den Mitteln, die im Haushalt dafür schon stehen?

Stadtrat Zeh (SPD): Das Haus Solms ist seit den 20er-Jahren des vorigen Jahrhunderts im Besitz der Stadt Karlsruhe. Es ist sicherlich ein sehr interessantes und einzigartiges Haus in dem Portfolio der Stadt. In den 20er-Jahren war es zunächst mal ein Museum, auch Konzerte fanden statt. Nach dem 2. Weltkrieg ist das Haus Solms überwiegend als Trausaal der Stadt Karlsruhe in Erinnerung vieler Karlsruher Ehepaare, die damals nur im Haus Solms heiraten konnten, weil die Freiheit, woanders eine Trauung abzuhalten, gibt es ja erst seit einigen Jahren. Das Haus war ansonsten überwiegend als Gästehaus der Stadt Karlsruhe benutzt. Es finden ab und zu verschiedene Ausschusssitzungen statt. Manchmal auch gesellige Veranstaltungen wie heute Abend oder so, wo jeder gerne ins Haus Solms geht. Als Kunde, so sage ich jetzt einfach mal, ist es derzeit nur die Stadt Karlsruhe selber, die es nutzt. Es könnte sicherlich eine deutlich bessere Vermarktungsstrategie geben. Ich glaube nicht, dass jeder weiß, der sich dort trauen lässt, dass man auch eine Feier anschließend machen könnte, um sozusagen auch die Kosten des Hauses zu tragen.

Es gibt auch einen Antrag der SPD, das Haus zu verkaufen. Nicht nur die CDU will es verkaufen, und zwar wollen sie es verkaufen, um die Gewerbesteuer zu verhindern. Das ist ein einmaliger Beitrag, der keinen wesentlichen Beitrag zur Finanzierungssanierung macht. Um auf eine Gewerbesteuererhöhung zu verzichten, weil man das Haus verkauft, auch das ist ein völlig unmöglicher Denkansatz. Wir als SPD-Fraktion wollen das Haus weiter erhalten. Eigentlich müsste auch dringend die Fassade saniert werden. Sie wird derzeit mit Holzbalken gestützt, was kein schöner Anblick im öffentlichen Raum ist. Wir sagen zwar immer, die Hausbesitzer sollten etwas für ihre Häuser tun, das müsste die Stadt hier tatsächlich machen, aber zumindest der Verkauf wird von uns abgelehnt. Daher stimmen wir gegen den Antrag der CDU. Wir sind für die Aktivierung und den weiteren Erhalt des Hauses.

Stadtrat Hock (FDP): Kollege Zeh hat recht. Die FDP hat schon seit Jahren darauf hingewiesen, dass das Haus Solms in keinem guten Zustand ist. Wir werden es ja heute Abend sehen. Mit Schraubzwingen an der Außenfassade wird es zurzeit zusammengehalten. Wenn man sich im Haus mal umschaut - das werden Sie heute Abend alle tun können, Kollege Zeh, Sie wissen das ganz genau -, dann wird man sehen, dass dieses

Haus in einem Zustand ist, wo man jetzt wirklich keine kleine Korrektur stattfinden lassen kann, sondern im großen Stil eingreifen muss. Der große Stil eingreifen heißt, man muss einige Millionen aufbringen, um dieses Haus wieder in den Zustand zu versetzen, dass man es auch so nutzen kann, dass es keine Steinabstürze etc. gibt. Es ist wirklich so, dass dieses Haus in einem Zustand ist, wo wir als FDP-Fraktion sagen - und das nicht nur seit heute, schon sehr viel länger -, wir machen jetzt einen Schnitt. Ich bin der CDU wirklich dankbar, dass Sie diesen Schritt jetzt mitgeht und sagt, ja, kümmern wir uns darum einen Käufer zu suchen, der dieses Haus übernimmt. Es gibt mit Sicherheit in dieser Stadt andere Räumlichkeiten, um uns dort vielleicht in gemütlichem Rahmen aufzuhalten oder Ausschusssitzung oder sonstige Dinge stattfinden zu lassen.

Jeder, der ein altes Auto hat, schaut sich irgendwann das Auto an und sagt, wenn so viele Reparaturen kommen, dann muss ich sagen, ich behalte das Auto, Augen zu und durch oder ich sage nein, dieses Auto muss zum Schrottplatz. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das Haus Solms ist in einem Zustand, wo wir uns eigentlich als Stadträte schon fragen müssen, wieso wir in der derzeitigen Haushaltssituation solche größeren Gelder in die Hand nehmen, um dieses Haus am Leben, am Tropf der Stadt zu halten. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie heute diesen Schritt mit. Das Haus Solms muss verkauft werden, denn ich sage Ihnen heute schon voraus, wenn wir es weiter am Tropf der Stadt Karlsruhe halten, wird es Millionen geben, die auf unseren Schultern liegen. Wenn wir doch alle sagen wir möchten gerne sparen und gucken, dass dieser Haushalt in Ordnung gebracht wird, dann ist das auch ein erster Schritt, den wir gehen müssen, auch wenn er nicht ganz angenehm ist. Das kann ich natürlich absolut nachvollziehen. Aber heute ist es wirklich an der Zeit, jetzt endlich nach Jahren der Diskussion zu sagen, stopp, Verkauf des Haus Solms. Deshalb wird meine Fraktion den Antrag der CDU gerne unterstützen. Das ist auch die richtige Richtung.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Auch wir überlegen, ob es gut ist das Haus Solms zu behalten oder es zu verkaufen. Da sind sicherlich noch Beratungen notwendig. Vor allen Dingen, was ist die Alternative. Das muss zuerst mal geklärt werden. Was ist zu erwarten, wenn man das Haus verkauft, was ist zu erwarten an Kosten in den nächsten Jahren, wenn man es behält. Das muss alles noch geklärt werden. Wir sind auch eher dafür, jetzt sehr vorsichtig mit Ausgaben im Haus Solms zu sein, bevor das nicht geklärt ist.

Der Vorsitzende: Ich will das kurz noch einmal aus Sicht der Verwaltung erläutern. Der Gemeinderat hatte sich für den Besitz des Haus Solms in früheren Zeiten bei der Stadt ausgesprochen. Ich hatte dann, als es entsprechende Vorschläge gab, vor allem auch realisiert wurde, dass eine vollumfängliche Sanierung des Haus Solms erforderlich ist - ich habe jetzt 3,6 Millionen im Kopf, legen Sie mich da auf 100.000 nicht fest, aber in der Größenordnung spielt sich das ab -, die Rückmeldung bekommen, dass es durchaus auch Sympathien dafür gibt, das Haus Solms zu verkaufen. Insofern schlagen wir Ihnen jetzt in der Bauunterhaltung vor, das ist in einem Sammelansatz, dass wir die Instandsetzung der Fassade doch betreiben, weil das aus unserer Sicht gemacht werden muss, alle anderen Investitionen dort, die nicht nötig sind, im Moment erst mal zurückstellen. Wir arbeiten, so steht es auch in der Antwort der Verwaltung, an einem Vorschlag, mit dem wir dann genau diese Thematik mit Ihnen besprechen. Es macht keinen Sinn jetzt in einer Kampfabstimmung darüber zu reden, ob wir das Haus Solms verkaufen oder nicht, sondern wir müssen dann auch überlegen, wo kommen dann die Trauungen hin,

was können wir da anbieten. Insofern, Herr Stadtrat Dr. Heilgeist, würden wir gerne den Sammelansatz so lassen, wie er ist. Es sind keine riesigen Beträge, die jetzt da auf das Haus Solms runtergebrochen werden. Es ist auf alle Fälle sinnvoll, dass wir die Fassade von den Schraubzwingen befreien. Selbst wenn wir es verkaufen, ist das ja keine verlorene Investition an der Stelle.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Ich möchte noch etwas richtigstellen. Es war jetzt nicht Intention unseres Antrages, schon auf diesen Verkauf zu dringen. Es ging uns einfach darum, dass man es mal voranbringt, ein Konzept für dieses Haus zu erarbeiten und nicht jetzt hier stückchenweise das machen und jetzt machen wir das. Wir wissen gar nicht, was am Schluss insgesamt die Sanierung kostet, ob es überhaupt sinnvoll ist zu sanieren oder ob man nicht gleich sagt, wir verkaufen es. Wenn man die Fassade macht, verkauft es sich nachher vielleicht leichter, wenn es nach außen etwas aussieht. Vor allen Dingen, wenn Sie da vorbeifahren und sehen die drei Fahnen und sagen, aha, etwas Städtisches, sehen dann den abgestützten Balkon, schon seit einem Jahr oder noch länger, dann sagen Sie auch, der Stadt Karlsruhe muss es schon sehr schlecht gehen, wenn sie ihr Gästehaus in diesem Zustand lässt. Wir stimmen zu, die Fassade zu sanieren, aber bitte das Konzept nicht nach Sankt Nimmerlein tragen denn es sind schon mindestens zwei oder drei Jahre, dass über dieses Konzept nachgedacht wird.

Der Vorsitzende: Die erwartbare Mehrheit, dass wir ein anderes Konzept realisieren können, ist noch nicht einige Jahre alt, Herr Dr. Heilgeist. Die ist mir so seit Ende letzten Jahres bekannt, auch wenn ich noch gar nicht weiß, ob wir die Mehrheit hier überhaupt haben. Es gibt aber grundsätzlich Bereitschaft, über so etwas nachzudenken. Wir haben jetzt eben auch eine Fraktion erlebt die sagt, sie möchte das Haus Solms behalten. Sie haben recht, wir müssen da zügig ran, weil jedes Jahr, in dem das Haus Solms nicht saniert wird, ist für das Haus Solms ein verlorenes Jahr, auch für den jeweiligen Besitzer. Jedes Jahr, wo wir da Geld rein stecken und es am Ende doch nicht behalten, ist es verlorenes Geld. Insofern müssen wir die beiden Dinge jetzt vernünftig zusammenbringen und dann zu einer Grundsatzentscheidung kommen. Dann sind wir fast alle derselben Meinung zumindest für die Bearbeitung heute und können es als **erledigt** betrachten.

Ich verweise auf **S. 373** auf eine Anpassung über die Veränderungsliste, die Sie bitte zur Kenntnis nehmen. Da haben wir irgendwo das **Konzerthaus** stehen. Ich soll Sie darauf hinweisen, dass wir beim Konzerthaus noch mit Ihnen darüber diskutieren werden, ob wir aus Modernisierungs- bzw. Sanierungsschritten der zweiten Stufe etwas auch nach vorne ziehen sollten, weil es sinnvoller ist, es in einem Bauvorgang gleichzeitig zu machen. Insofern wäre der Vorschlag der Verwaltung, jetzt Sperrvermerke an die entsprechenden Haushaltsstellen ranzunehmen. Vielleicht nehmen Sie es aber einfach nur mal so zur Kenntnis, dass wir Ihnen hier noch etwas vorlegen werden in den nächsten Monaten. Wir müssen jetzt keine Erhöhungen reinnehmen. Ich möchte nur, dass Sie einfach wissen, an der Stelle werden wir einen etwas anderen Verfahrensvorschlag machen, als Sie es bisher kennen. Das werden wir mit Ihnen in den entsprechenden Ausschüssen noch besprechen. Ich würde jetzt vom Sperrvermerk absehen. Wir geben es vorher eh nicht aus, bevor wir es nicht mit Ihnen besprochen haben, nur dass Sie einfach zur Kenntnis nehmen, dass hier noch eine Veränderung auf Sie zukommt.

Auf der **S. 379** weise ich Sie noch einmal auf die Veränderungsliste, Sanierung öffentliche Toilettenanlagen, hin. Da hat sich etwas ergeben. Jetzt kommen wir zum Antrag der Grünen.

Antrag Nr. 188 (S. 379): Barrierefreiheit an Grundschulen/Fahrstuhl an der Grundschule Beiertheim (GRÜNE, Bürger/Einwohner)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Vorab, weil wir uns jetzt im Bereich von Hochbau und Gebäudewirtschaft befinden und wir jetzt mehrere Anträge haben, die um den Themenkreis kostenkontrollierte Planung herumschwirren, möchte ich auf jeden Fall festhalten, dass wir die Arbeit, die von Frau Sick und ihrem Team in Hochbau und Gebäudewirtschaft, und auch von Frau Schlenker im städtischen Projektcontrolling geleistet wird, sehr schätzen. Das ist sozusagen kein Misstrauensvotum von unserer Seite, dass wir jetzt ein Projekt selber beantragt haben. Später kommt noch eines aus einem Ortschaftsrat in dem Bereich Schulhochbau, wo wir jetzt sozusagen darüber beraten, nicht kostenkontrollierte Planungsansätze mit Sperrvermerk in den Haushalt einzustellen.

Jetzt konkret zu der Barrierefreiheit an Grundschulen, Fahrstuhl an der Grundschule Beiertheim. Hier sehen wir die Notwendigkeit, einen Fahrstuhl mit drei Haltepunkten für diese Schule schnellstmöglich umzusetzen. Es fanden im Zuge von Erneuerungsarbeiten an den Sanitäranlagen in dieser Grundschule schon vorbereitende Tätigkeiten statt, so dass überhaupt der Einbau eines Fahrstuhls dort möglich ist. Wir sehen hier, insbesondere im Hinblick auf die Diskussion, die wir auch im Sozialausschuss geführt haben, um die Umsetzung der EU-Behindertenrechtskonvention, einen besonderen Schwerpunkt, wo auch der Abbau von Barrieren einer der Schwerpunkte ist, um den sich die Stadt Karlsruhe in der Vergangenheit gekümmert hat, aber noch viel stärker kümmern muss.

Wir hatten im Dezember letzten Jahres eine Anfrage dazu im Gemeinderat gehabt, wo es darum ging, welche barrierefreien Schulen für inklusive Bildungsangebote es in Karlsruhe gibt. Dort wurde uns dann zur Antwort gegeben, dass gerade im Bereich der Schulen die Abstimmung mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen äußerst schwierig ist und Tätigkeiten, die die Barrierefreiheit an Schulen fördern, vor allem sinnvoll sind, wenn sowieso Baumaßnahmen dort stattfinden. Das hat uns dazu gebracht darüber nachzudenken, warum man im Zuge der vorbereitenden Tätigkeiten nicht gleich den Aufzug mit eingebaut hat. Dann hätte man das sozusagen in einem Abwasch erledigen können. Wir sehen wir dringenden Handlungsbedarf, was auch nochmals deutlich wird aus dem Anschreiben aus der Bürgerschaft, das Ihnen auch als Antrag vorliegt, was exemplarisch dafür stehen kann, wie Eltern mit Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder auch mit körperlichen Behinderungen vor schwierigen Entscheidungen stehen. Die Grundschule in Beiertheim hat einen inklusiven Schwerpunkt. Im Süden haben wir noch keine barrierefreien Grundschulen mit inklusivem Schwerpunkt. Deswegen bitte ich um Zustimmung für diesen Antrag mit Sperrvermerk für das Haushaltsjahr 2016.

Stadtrat Hofmann (CDU): Herr Stadtrat Geiger hat eben schon alles Wichtige gesagt. Auch uns ist natürlich die Barrierefreiheit sehr wichtig. Ich glaube, dass gerade auch die Schule in Beiertheim dafür prädestiniert ist. Die Frage, warum man damals beim Umbau der Toilettenanlagen das nicht gleich mitgemacht hat, ist müßig. Es ist nicht passiert, es

war sicherlich ein Fehler. Das sehen wir genauso. Wenn wir jetzt hier anfangen immer wieder, das haben wir gestern auch schon gehabt, Planungen, die nicht kostenkontrolliert sind, einfach einzustellen ohne irgendetwas, dann eröffnen wir das Windhund-Prinzip. Das heißt, je schneller man da ist, je lauter man schreit, desto schneller kommt man rein. Bei allen, was ich auch in diesem und im anderen Fall hundertprozentig nachvollziehen kann, ist es dringend notwendig. Wir stehen alle dazu. Wenn die Planung kostenkontrolliert und nicht im Haushalt wäre, hätten wir sie jetzt reingenommen. Da sind wir uns einig. Nur in diesem Punkt warne ich einfach davor, dies so zu tun. Die Verwaltung hat sich mit dem Thema befasst. Die Kostenkontrolle steht für 2017/18 an. Ich würde einfach dieses Verfahren abwarten. Natürlich verlieren wir wieder zwei Jahre, aber theoretisch, wenn es uns wirklich gelingt, den Haushalt Ende 2016 zu verabschieden, kann es 2017 losgehen. Wir würden trotzdem unserer Linie altbewährt treu bleiben und würden nicht Anträge vorziehen, nur weil jetzt wieder einer schreit. So leid es mir tut für die Familie, absolut. Ich würde es auch lieber gerne machen, aber wir haben gewisse Regeln. Die sollten wir einfach nicht verletzen.

Stadträtin Fischer (SPD): Ich kann alles unterstützen, was der Kollege Geiger gesagt hat. Im Gegensatz zum Kollegen Hofmann denke ich, ist hier schon ein besonderer Fall da. Das ist schon seit Jahren eine inklusive Schule. Da müssen wir einfach ein bisschen schneller zum Zuge kommen. Insofern ist es für mich noch mal ein Sonderfall und möchte es schon prüfen. Ich sehe die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, die dem Ganzen entgegenstehen, und ob sich hier aber nicht doch ein Weg finden lässt, hier etwas schneller voranzukommen.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Um etwas Zeit zu sparen, will ich zu dem Ordnungsziffern 188, 189 und 190 zusammen sprechen. Für alle diese drei Ordnungsziffern gibt es - soweit wir wissen - kein Kostenkontrollverfahren. Da gilt es, wie auch der Kollege von der CDU es gesagt hat, das Kostenkontrollverfahren ist ein wichtiges Prinzip, was wir uns als Gemeinderat selbst auferlegt haben, um eben kostenkontrolliert planen zu können und um sicher zu sein bei der Ausgabenseite. Deswegen können wir diesen drei Anträgen nicht folgen, beantragen aber an dieser Stelle hier, in dieser Sitzung, damit zu beginnen, für alle diese drei Maßnahmen das Kostenkontrollverfahren dafür durchzuführen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. - Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir sagen zu, die kostenkontrollierte Planung zügig anzugehen, was jetzt dieses Bauvorhaben betrifft.

Weiter geht es auf der S. 379 mit dem Verweis auf die Veränderungsliste betreffend die Außenanlagen an Schulen.

Antrag Nr. 189 (S. 381): Neugestaltung der Fläche im Bereich Rathaus, Feuerwehr, Schule (Ortschaftsrat Stupferich)

Ortsvorsteher Gartner: Vorweg möchte ich mal meiner Freude Ausdruck verleihen, dass ich das Gefühl habe, dass die Akzeptanz der Ortschaftsräte in diesem Hause seit

einiger Zeit zugenommen hat. Ich habe das auch schon wohlwollend bei dem Antrittsgespräch unseres Herrn Oberbürgermeisters in Stupferich zur Kenntnis genommen, dass auch er diese Einstellung verkörpert. Ich glaube, dass es vielleicht auch damit etwas zu tun hat. Das erfreut uns alle sehr. Jetzt kommt das Aber. Mit den Anträgen, wie sie bearbeitet werden, da haben wir ein bisschen ein Problem. Wenn ich jetzt gerade wieder die Antwort der Verwaltung lese, dass unser Antrag in die nächsten Haushaltsberatungen verschoben werden sollen, dann ist das ja nur einer von vielen Anträgen, der über viele Jahre unterwegs ist. So haben wir fast 20 Jahre für ein Neubaugebiet Klam/Illwig kämpfen müssen, was jetzt umgesetzt wird. Wir haben auch in den Haushaltsvorberatungen zu diesem heutigen Tag schon einen größeren Antrag verschoben in die nächsten Haushaltsberatungen, nämlich die Kleintierzuchtanlage. Hinter der sind wir ca. 15 Jahre her. Wenn wir diesen Antrag jetzt auch wieder verschieben, wofür ich, das sage ich gleich vorweg, vollkommenes Verständnis habe für die Fraktionen, wenn sie sagen, wir haben keine kontrollierten Kosten, akzeptiere ich das voll und ganz. Wenn in dem Fall dann eine Ablehnung kommt, muss man das einfach respektieren. Wenn hier eine konsequente Vorgehensweise da ist, dann gehe ich das auch mit und will auch gleich an der Stelle sagen, dass ich auf eine Abstimmung in dem Fall auch gerne verzichte. Ich würde aber die Fachämter dann auch insoweit im Boot haben wollen, dass wir beim nächsten Haushalt berücksichtigt werden und nicht am Ende des Doppelhaushaltsjahres, sondern vielleicht zu Beginn die Leistungen umsetzen können, sowohl die Kleintierzuchtanlage als auch dieses Thema mit der Gestaltung hinterm Rathaus.

Stadtrat Brenk (CDU): Ich war der Meinung, dass der Herr Gartner den Antrag zurückgezogen hat. Ich kann den Herrn Gartner als Stadtrat von Stupferich nur unterstützen. 2011 ist diese Umgestaltung vor dem Feuerwehrhaus das erste Mal beantragt worden. 2013 wieder beantragt und dann genehmigt. Wir haben es dann im Ortschaftsrat zurückgenommen mit der Maßgabe, dass die Verwaltung gesagt hat, es macht jetzt keinen Sinn. Wir reden hier über Sinnhaftigkeit. Es macht auch keinen Sinn, den Schulhof und den Hof vor dem Feuerwehrgerätehaus instand zu setzen, wenn anschließend das Feuerwehrgerätehaus gebaut wird. Dann müssen wir es ein Jahr darauf renovieren und geben noch einmal Geld aus. Da gehen wir alle d'accord.

Nur eines bleibt natürlich, da stehen wir, er als Stupfericher Ortsvorsteher und ich als Stadtrat natürlich dahinter. Wo bleibt jetzt die Instandsetzung vor dem Platz beim neuen Feuerwehrgerätehaus oder des Schulhofes? Jetzt hat man das schlicht und ergreifend in der Maßnahme vergessen. Die Stupfericher Bürger sind über die Zeit natürlich schon aufgebracht. Wenn man das Thema Klam/Illwig nimmt, wozu wir 20 Jahre gebraucht haben, jetzt ist nur noch die Kleintierzuchtanlage, vorher hat es eine Kleingartenanlage sein sollen, viel größer. Das hat auch über 25 Jahre gedauert, bis es jetzt irgendwann mal so langsam in Bewegung kommt. Ich rede hier auch in Namen der CDU Karlsruhe. Wir bedauern das, dass das Thema nicht eingebracht worden ist. Das Kostenkontrollverfahren ist leider nicht vorgelegen. Deshalb muss ich im Namen der CDU sagen, dass wir dem Antrag der Verwaltung folgen und den Antrag ablehnen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Lieber Kollege Brenk, in der Kommunalpolitik muss man manchmal einen langen Atem haben. Das habe ich auch schon gelernt im Laufe der Jahre. Ich will mich kurz fassen. Die SPD-Fraktion folgt auch der Vorlage der Verwaltung, muss aber doch kritisch anmerken: Zwei Jahre hatte das Gartenbauamt Zeit, eine

Planung zu erstellen. Es war doch bekannt, das Feuerwehrhaus war ja eingestellt, es ist gebaut. Ich war am Samstag in Stupferich. Mir erschließt sich das nicht, warum da keine Planung in die Wege geleitet worden ist. Das muss ich schon ein bisschen kritisch anmerken. Wir unterstützen den Antrag des Ortschaftsrates und der Ortsverwaltung Stupferich, sobald eine Planung vorliegt. Wie gesagt, im jetzigen Stadium müssen wir der Verwaltungsvorlage folgen.

Stadtrat Høyem (FDP): Frau Ernemann hat es nicht gewusst. Sie hat aber auch für mich gesprochen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich möchte den Redebeitrag von Frau Ernemann aufgreifen und darauf hinweisen, dass ich dem Antrag des Ortschaftsrates folge. Irgendwann müssen wir hier einmal Signale setzen, dass man zu Potte kommt und es nicht immer verschiebt. Wenn man auf das Jahr 2011 zurückblickt, dann ist es wirklich Zeit, dass man hier etwas macht.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Auch in diesem Fall ist es so, dass wir sehen, dass das Projekt sehr häufig angemeldet wurde. Wir würden uns atypisch zum normalen Vorgehen dafür einsetzen, die Mittel jetzt mit Sperrvermerk einzustellen bis die kostenkontrollierte Planung da ist, damit das Projekt nicht noch weiter verschoben werden muss als dringend notwendig.

Der Vorsitzende: Ich hätte mich jetzt auch einmal über ein Lob gefreut an den Gemeinderat, dass wir das mit dem Feuerwehrgerätehaus hingekriegt haben, denn das war nun auch eine satte Summe. Wenn ich mir die Prioritätensetzung angucke, wie viele Schulen, die einen dringenden Bedarf haben und die wir trotzdem nach hinten schieben müssen, weil wir es weder personell noch finanziell hinbekommen, da muss ich sagen, sind das, was wir jetzt auch vorschlagen, das betrifft dann auch Wolfartsweier und andere Ortsteile, wenn Sie den Gesamthaushalt ansehen, eigentlich ganz gut ausgestattet. Insofern ist es ein Argument, dass man keine kostenkontrollierte Planung hat. Ich würde aber auch für die Verwendung von 100.000 Euro an anderer Stelle noch dringlichere Maßnahmen in dieser Stadt sehen, was den Investitionshaushalt betrifft. Das sage ich hier an dieser Stelle auch ganz deutlich. Es geht nicht immer darum, ob eine Planung vorliegt oder nicht, sondern es geht auch darum, wie wir Prioritäten setzen. Das hat an dieser Stelle auch ein Stück weit stattgefunden.

Jetzt bitte ich um das Kartenzeichen. - Hat sich **erledigt**? In Ordnung.

Dann gucken wir uns jetzt die kommenden Seiten an. Da gibt es eine Reihe von Veränderungen über die Veränderungsliste. Das betrifft, ich will nur einfach die Stichworte nennen, Einbau Serverraum, Ganztageseinrichtungen Mehrbedarf Verwaltungsgebäude Helmholtzstraße, Rennbuckelschule, Fichte-Gymnasium, Max-Planck-Gymnasium, Otto-Hahn-Gymnasium und sind damit jetzt auf **S. 394** beim Gymnasium Neureut.

Antrag Nr. 190 (S. 394): Gymnasium Neureut, Neubau einer Mensa (Ortschaftsrat Neureut)

Ortsvorsteher Stober: Ich habe jetzt eine Maßnahme, die war noch nicht angemeldet. Deshalb möchte ich es Ihnen mal ganz kurz vorstellen. Wir haben vor zwei Jahren eine provisorische Mensa eingerichtet in einem leerstehenden Klassenraum und haben da entsprechend Essen ausgegeben. Auslöser war seinerzeit die Entwicklung mit G 8 und nachmittägliche Betreuung und vieles mehr. Dieses Provisorium war ausgelegt für maximal 130 Essen pro Tag. Klar war auch, wenn die Zahl der Essensausgabe sich steigern würde, dass man dann zu einem Neubau einer Mensa kommen musste. Das hat sicherlich etwas gedauert, weil zu Beginn erst des neuen Schuljahres 2014/15 stiegen die Essenszahlen von bisher etwa 60 bis 70 Essen auf jetzt über 130 an. Das war für uns eine Maßgabe, dem Wunsch nach einer Ablösung der provisorischen Mensa näherzutreten. Das bedeutet nun auch natürlich, dass wir erst einmal ein pädagogisches Konzept vorzulegen haben nach den Schulbauförderrichtlinien. Ich weiß, unsere Schulleitungen, sowohl das Gymnasium als auch unsere Realschule, sind da ganz stark dabei. Sie wollen dieses Konzept bis April vorlegen. Wir wollen es dann an das Regierungspräsidium weitergeben.

Zur Verdeutlichung einfach der Dringlichkeit hat dann unser Ortschaftsrat sich mehrheitlich für einen Antrag auf eine frühzeitige Mitteleinstellung verständigt und hat dieses zunächst einmal mit einem Sperrvermerk versehen, weil man nicht wusste, wann werden die Mittel abrufbar sein oder wie geht es entsprechend auch weiter. Natürlich wissen wir alle, unser Ortschaftsrat, auch die Eltern, dass noch nach der Erstellung des pädagogischen Konzeptes nicht sofort mit dem Bau begonnen werden kann. Das ist ganz logisch. Es geht um die Planung, es geht um die Kostenkontrolle. Auch im Ortschaftsrat habe ich ebenfalls darauf hingewiesen, dass zunächst die Planungen voranzutreiben sind. Wir haben schon entsprechend mit dem Schul- und Sportamt Kontakt aufgenommen, werden mit HGW alles noch besprechen, und haben gesagt, ab dem Haushaltsjahr 2017/18 könnte man dort mit eintreten. Die Mehrheit unseres Ortschaftsrates hat natürlich gesagt, nein, wir wollen da jetzt einfach mal ein Zeichen setzen und haben diesen Beschluss gefasst. Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer kostenkontrollierten Planung geht es uns vorrangig um eine zügige Weiterbearbeitung dieses ganzen Vorhabens für einen Neubau, so wie es in der Antwort der Verwaltung beschrieben wurde. Uns geht es darum, dass neben unserem Ortschaftsrat auch Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dafür sensibilisiert werden, dass Sie dieses Projekt mittragen können. Wenn dem so ist, kann ich mit der Antwort der Verwaltung leben. Ich würde nicht auf eine Abstimmung bestehen. Wir könnten dann für den Haushalt 2017/18 dieses Projekt angehen.

Der Vorsitzende: Ich denke, die Sensibilisierung ist gelungen. Wir werden diese kostenkontrollierte Planung nach Vorlage des pädagogischen Konzeptes und die entsprechenden anderen Vorbereitungen treffen. Parallel dazu müssen wir da im Provisorium noch ein bisschen was ertüchtigen. Das hatten Sie jetzt bei Ihrem Sachvortrag nicht erwähnt. Da haben wir auch die Zusage gegeben, so dass dort weiter in diesen etwas ungenügenden Räumen, aber in einem besseren Zustand dann hier die entsprechende Versorgung der Kinder gewährleistet ist, so dass also durchaus was passiert, aber die endgültige Lösung muss eine sehr gründliche sein, die muss eine sehr konzeptionelle sein und die muss eine gut vorbereitete sei. Das werden wir dann in diesen zwei Jahren leisten und sollten dann 2017 in der Lage sein, da richtig loszulegen. Das ist in Ihrem Sinne.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Ich hätte in dem Sinne noch eine Frage, weil wir jetzt mehrere Tagesordnungspunkte hatten, wo wir in diesen Zielkonflikt geraten sind, dass wir generell sagen, Kostenkontrolle bei Bauprojekten ist sehr wichtig, aber dann sozusagen immer wieder Argumente auftauchen, die man im Vorfeld abwägen muss, ob man von diesem Grundsatz nicht abweicht. Da hätte mich jetzt interessiert, da es jetzt ganz viele Projekte gab, wo wir gesagt haben, da muss ganz schnell eine kostenkontrollierte Planung gemacht werden, ob denn die personellen Kapazitäten beim städtischen Projektcontrolling, wenn wir jetzt immer mehr Projekt da reinschieben, ausreichen oder ob in diesem Pool, die man ja auch nicht überstrapazieren soll, jetzt da Komponenten drin wären, um den Wünschen, die hier geäußert wurden, auch Rechnung zu tragen und dort zu einer schnelleren Kostenkontrolle bei vielen Projekten zu kommen.

Der Vorsitzende: Ich würde das gerne in die Gesamtdiskussion der Umsetzung dieses Pools verweisen. Es wäre auch zu kurz gedacht nur zu schauen, kriegen wir schnell kostenkontrollierte Planungen hin. Hinten bei der Umsetzung haben wir dann auch die entsprechenden Probleme. Wir haben auf der ganzen Bearbeitungskette sozusagen den Bedarf teilweise nachzurüsten. Das ist bei HGW auch durchaus schon anerkannt. Da werden wir uns zu gegebener Zeit dann unterhalten, was da nötig ist. Sie haben völlig recht, wir müssen auch gucken, dass dann die anderen Bearbeitungskettenglieder wiederum auch nicht mitkommen. Wir brauchen da ein gut abgestimmtes Verfahren. Ich würde das jetzt mal als Anfrage an uns begreifen. Wir würden das dann in dem Zusammenhang beantworten, wie wir das auch bei der Kostenkontrolle einschätzen. Es macht keinen Sinn, wenn wir ein Glied der Kette ertüchtigen und am anderen kommt dann der Flaschenhals. Dann haben wir im Grunde auch nichts gewonnen. Dann ändert sich die Begründung, warum wir es nicht tun, aber wir tun es trotzdem nicht. Das ist nicht sinnvoll. Ich nehme es mal als Anfrage und Anregung auf. Wir besprechen das dann im Zusammenhang mit diesem neu zu errichtenden Personalpool.

Ich verweise in der Veränderungsliste auf die Veränderungen bezüglich der Heinrich-Hertz-Schule und der Kindertagesstätte Grünwettersbach. Hier sind zusätzliche Beträge aufgenommen. Die sind aber mit einem Sperrvermerk versehen. Auch hier geht es darum, dass die genauen Kosten noch darzustellen sind. Auf der Änderungsliste tauchen auch die Turmbergterrasse und die Stadthalle auf. Zur Stadthalle haben wir einen Antrag.

Antrag Nr. 191 (S. 399): Konzeption Modernisierung Stadthalle (CDU)

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Zuerst einmal müssen wir Ihnen Dank aussprechen. In der ersten Veränderungsliste haben Sie einen Großteil des ersten Bauabschnittes mit 28 Millionen aufgenommen. Wir wissen, wie die Haushaltslage aussieht, aber wir wissen auch, was unser Kongresszentrum für die Stadt Karlsruhe bedeutet, was es für ein wichtiger Wirtschaftsfaktor letztendlich für diese Stadt darstellt. Warum haben wir nun diesen Antrag gestellt? Wir sind hier nicht weit auseinander, indem Sie nämlich vorhin gesagt, genau das, was beim Konzerthaus ist, dass wir Modernisierung und Brandschutz in einem Bauschritt sehen sollten. Das wäre letztendlich auch der richtige Weg, um die Hallenschließung so kurz wie möglich zu halten und auch Mittel zu konzentrieren, damit wir nicht doppelte Ausgaben haben, wie z. B. bei Baustelleneinrichtungen

usw. Deshalb dürfen wir Sie bitten, dass Sie den zweiten Bauabschnitt mit auf den Weg bringen, diese Verfahren einleiten und uns dann in den zuständigen Gremien, in der KMK, Bauausschuss usw., dann vorstellen, dass wir zügig und evtl. Bauabschnitt 1 und 2 dann gleichzeitig mit auf den Weg bringen können, um diese Vorteile zu nützen, die ich vorhin genannt habe. Aber noch einmal recht herzlichen Dank für den ersten Bauabschnitt, dass der jetzt zügig beginnen kann.

Stadtrat Zeh (SPD): Die Antwort der Verwaltung ist zutreffend, auch in unserem Sinne. Man sollte versuchen, möglichst kompakt die Sache zu machen. Da sieht man, dass das Thema Brandschutz durchaus viele weitere Folgen hatte. Eigentlich war die Modernisierung der Stadthalle schon vorgesehen sowohl von Technik, Farbe etc. Dann ist plötzlich noch der Brandschutz dazu gekommen und schon hat sich das Projekt deutlich vervielfacht. Nicht nur dass man höhere Ausgaben bei der Stadt hat, auch die KMK hat durch die Schließung von einem Jahr natürlich deutliche Einnahmeausfälle. Ich will jetzt das Wort „Umwegrendite“ nicht in den Mund nehmen, aber auch die Hoteliers haben dann entsprechende Ausfälle. Man sieht, es ist eine breite Palette. Man sollte deshalb hier versuchen, möglichst schnell und kompakt die Schließzeit zu nutzen, um alle Maßnahmen zu beenden, damit dann wirklich wieder ein volles Kongresszentrum zur Verfügung steht. Die Antwort der Verwaltung geht ja auch in die Richtung.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Den Wunsch, es schnell umzusetzen in allen Ehren. Ich beantrage trotzdem für meine Fraktion einen Sperrvermerk und möchte es auch kurz begründen. Zum einen ist es so, dass das Gebäude im städtischen Eigentum und derzeit nur von der KMK gemietet ist. Es ist auch so, wenn etwas umgebaut werden soll, das natürlich erst im Hauptausschuss vorgestellt werden muss. Zum anderen ist es so, dass wir gerne noch einmal nachfragen wegen der Kostensteigerung. Zuerst waren 8 Millionen dafür vorgesehen und dann hat sich das mit Brandschutz usw. gesteigert auf 28 Millionen, insgesamt für beide Bauabschnitte zusammen auf insgesamt 50 Millionen. Wir hätten gerne im Hauptausschuss vorgestellt bekommen, was die finanziellen Folgerungen dieser Kostensteigerung sind. Zum anderen hätten wir gerne in der Strukturkommission vorgestellt bekommen, wie es zu solchen Kostensteigerungen kommen kann in einem Verfahren, was eigentlich kostenkontrolliert ist.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Prinzipiell unterstützen wir das Ansinnen der CDU, hier zumindest zu prüfen, das hat die Verwaltung auch zugesagt, inwiefern sich Dinge zusammenlegen lassen, wenn daraus Synergien entstehen. Man muss immer bedenken, was für Kosten, Einsparungen und was für unmittelbare Auswirkungen hat es, das in ein oder zwei Bauabschnitten zu machen und da dann tatsächlich die gute Lösung zu wählen. Bezüglich des Sperrvermerks würden wir uns gerne anschließen, weil letzten Endes so eine Steigerung auf 50 Millionen für die Sanierung der Stadthalle schon auch eine Summe ist, die in dem Volumen natürlich alles übersteigt, was jemals auch in den einschlägigen gemeinderätlichen Gremien diskutiert wurde. Jetzt einzig zu sagen, das überlässt man dem Aufsichtsrat der Messe. So kann es letzten Endes auch nicht gehen, dass die Stadt, egal was die jetzt wollen und was notwendig oder als wünschenswert erachtet wird, dafür zahlt. Wir würden das zumindest auch gerne sehen, dass das im Hauptausschuss und in der Strukturkommission einmal gründlich dargestellt wird und wir dann auch noch eine gewisse Freiheit haben, da bestimmte Dinge zu bestimmen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Wir sehen es ein bisschen kritisch, für den ersten Teil den Sperrvermerk mitzumachen. Das haben Sie auch so akzeptiert. Dann würde ich sagen, für den zweiten Bauabschnitt, sofern da schon Mittel drinstehen, gerne. Aber wir schauen, dass wir Ihnen sehr zügig im Hauptausschuss das Gesamtprojekt vorstellen und dann können wir das an der Stelle auch entsprechend freigeben. Es geht hier letztlich darum, ob wir auf Dauer die Stadthalle als Veranstaltungsort erhalten wollen oder nicht. Das bringt uns leider ein bisschen unter Druck. Wenn wir sie erhalten wollen, deswegen fangen wir mit dem ersten Bauabschnitt hier auch an, dann macht es Sinn, den zweiten so intensiv wie möglich da hineinzuverwursteln, damit nicht noch mehr Zeit ins Land geht. Sonst haben wir irgendwann einmal eine tolle Hütte, nur alle Leute haben sich anderswohin orientiert. Das ist dann auch nicht gerade zielführend. Dann können wir das soweit als **erledigt** betrachten.

Jetzt kommt eine ganze Reihe von Anträgen, die sich mit dem Sammelansatz für Baumaßnahmen beschäftigen.

Anträge Nrn. 192 - 195 (S. 399): Sammelansatz für Baumaßnahmen - 10 Millionen Euro in 2016 (SPD, GRÜNE, CDU, KULT, FDP)

Dann ist noch ein Änderungsantrag eingegangen von der Fraktion der Grünen bezogen auf die Sanierung des Technischen Rathauses. Sie haben der Veränderungsliste entnehmen können, dass wir die Sanierung des Technischen Rathauses dann doch aufgenommen haben. Es ist jetzt noch ein Antrag der Grünen eingegangen, hier den Ablaufplan noch einmal vorzustellen, den Sie zwar schon kennen. Es haben sich aber noch andere Aspekte ergeben. Das hat auch etwas mit Ihrer zweiten Frage zu tun, nämlich zu schauen, wie denn dann mit den Mieterinnen und Mietern bzw. den Auswirkungen auf den Einzelhandel drum herum umgegangen wird. So hatte ich das im Ältestenrat verstanden. Wir würden diesen Sperrvermerk einfach übernehmen und Sie dann so schnell wie möglich über den Ablaufplan und auch über die Bedingungen für die Umliegenden informieren. Wir würden Ihr Begehren zu einem Teil unserer Veränderungsliste machen mit dem Sperrvermerk, weil es unschädlich ist und weil wir dann auch an der Stelle einfach Bedenken ggf. ausräumen können. Ansonsten geht es jetzt um diese verschiedenen Anträge, die ich aufgerufen habe. Da gibt es Wortmeldungen.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Für uns ist unser Antrag zum Technischen Rathaus mit der Veränderungsliste erledigt.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es ist für uns natürlich ein neues Instrument, mit so einem Sammelansatz umzugehen. Sie spielen ja auch dieses Instrument recht variantenreich. Das Technische Rathaus bleibt im Verwaltungshaushalt und ist dort jetzt auf die Veränderungsliste gekommen, nebenbei bemerkt für uns schon ein bisschen überraschend, wenngleich wir auch nachvollziehen können, dass da eine gewisse Priorität sehr wohl begründet ist. Ich spreche jetzt eigentlich zu dem Sammelansatz Baumaßnahmen. Da geht es um 10 Millionen. Ich muss hier berichten, dass wir uns sehr schwer getan haben, unsere grundsätzliche Linie, nämlich diesen zu streichen, ein wenig, in Anführungszeichen inkonsequent, zu brechen. Das haben wir aber auch nur aus einem für uns sehr schwerwiegenden Grund getan. Wenn Sie sich die Maßnahmen anschauen, die im Verwaltungshaushalt bzw. Finanzhaushalt drin sind, dann werden Sie sehen, es

sind alles Maßnahmen der allgemein bildenden Schulen. Die Schulen, die uns als CDU-Fraktion sehr am Herzen liegen, nämlich die der beruflichen Bildung, sind da vollständig ausgenommen. Das war sozusagen dann der Rettungsruf auch für uns zu sagen, ausnahmsweise diese auf der Tränenliste gelandete Carl-Benz-Schule reinzunehmen, um auch diesem Schulzweig, den wir für sehr wichtig halten, noch Unterstützung zu verleihen. Ansonsten bleibt es aber bei unserem Streichungsantrag in Höhe des Differenzbetrages von 6,7 Millionen.

Stadtrat Marvi (SPD): Auch wir verzichten sozusagen auf unseren Antrag, weil er mit der Übernahme der Sanierung Technisches Rathaus ein Stück weit hinfällig geworden ist. Ich möchte nur kurz wenige Anmerkungen machen. Zum einen verwundert mich die Aussage von Herrn Pfannkuch etwas, dass wir im Bereich beruflicher Schulen nichts unternehmen würden. Es sei verwiesen auf die Heinrich-Hertz-Schule. Ich habe Ihr Ansinnen nicht so ganz verstanden, dass dort in diesem Haushalt keine entsprechenden Maßnahmen geplant sind eingedenk der Tatsache, dass nicht nur uns, sondern alle Fraktionen einige Schreiben von Schulen erreicht haben - denen wir wirklich vom Grundsatz her allen sehr nahe stehen, gerne helfen würden, daran mangelt es nicht -, die so ein bisschen zum Ausdruck gebracht haben, dieser Gemeinderat würde praktisch im Haushalt überhaupt nichts tun für Schulen. Noch einmal: Über 60 Millionen Ausgaben für 27 Schulen, Sanierungs-, Modernisierungs-, Umbaumaßnahmen. Von daher ist diese emotionale Befindlichkeit zwar subjektiv zu verstehen, aber objektiv überhaupt nicht. Wir lehnen das mit der Carl-Benz-Schule auch deswegen ab, wegen dem Stichwort der Realisierbarkeit. Wir wissen alle ganz genau, seitens des HGW, der personellen Ressourcen, die vorhanden sind, ist es eben sehr unwahrscheinlich, dass diese Maßnahme kommen kann. Wir würden Hoffnungen wecken bei der Carl-Benz-Schule, die wir nicht realisieren können und am Ende nur zur Frustration führen. Deswegen lassen Sie uns das bitte so durchziehen, dass wir die Veränderungsliste so akzeptieren wie sie ist und auf zusätzliche Hochbaumaßnahmen verzichten.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Auch wir meinen, dass wir auf zusätzliche Hochbaumaßnahmen und auch die Inanspruchnahme dieses Sammelansatzes eigentlich verzichten müssen. Uns wurde hier schon vor ein paar Wochen ziemlich klar dargelegt, dass Hochbau und Gebäudewirtschaft einfach gar nicht mehr stemmen kann. Wenn wir den überhaupt in Anspruch nehmen wollen, dann müssten wir auch zusätzliches Personal einstellen. Wir kennen es auch aus den vergangenen Jahren, dass wir doch immer sehr hohe Haushaltsreste haben und eigentlich nicht so viel geschafft haben, wie wir uns vorgenommen haben. Jetzt ist noch das Technische Rathaus dazu gekommen, was uns in der Kurzfristigkeit auch etwas überrascht hat. Wir sehen ein, dass es wohl dringend und zwingend notwendig ist. Mehr, glauben wir, kann man einfach nicht schaffen. Es macht auch nicht viel Sinn, jetzt aus einer Liste von nicht priorisierten Maßnahmen einzelne herauszupicken, weil man dann auch wirklich wieder Schwierigkeiten kriegen. Da sehen wir schon auch die Verwaltung in der Pflicht, uns dann zu sagen, in welcher Reihenfolge sind welche Maßnahmen zwingend nötig. Wir wissen, dass es da noch eine lange Liste an wirklich wichtigen und wünschenswerten, aber auch wirklich wichtigen und dringenden Maßnahmen gibt. Wir werden einfach in diesem Doppelhaushalt nicht alles schaffen, was wir gerne machen würden. Das muss man so sehen. Es liegt teilweise am Geld, aber er liegt einfach auch am Personal und an der Frage, dass wir das nicht schnell genug abgearbeitet kriegen.

Noch ein paar wenige Sätze zum Technischen Rathaus. Sobald bekannt wurde, dass das jetzt doch gemacht werden soll, haben sich einfach die Mieter und Mieterinnen, die eben auch Händler und Händlerinnen sind, an uns gewandt und gleich gesagt, sie sehen da für sich Probleme. Sie kennen auch noch keine Detailplanung mit Ablaufplanung, die man uns jetzt auch einmal vorlegen muss, wie lange da wer auch ausziehen muss, wie man da sukzessive vorgehen kann, so dass man einfach die Zeiten, in denen auch Mieter und Mieterinnen ausziehen müssen, auf ein Minimum beschränken kann, vielleicht auch auf die Zeiten, wo es sie am wenigsten trifft, so dass man mit denen eine vernünftige Lösung findet. Gerade in der Lammstraße sind die Händler und die Händlerinnen durch diese Kombibaustellen schon seit Jahren sehr massiv belastet. Da sollten wir gucken, dass wir da eine gute Lösung hinbekommen. Das betrifft natürlich auch das städtische Personal, was da auch ausziehen muss. Da würden wir einfach noch gerne einmal darüber reden und dann eine Lösung finden, die für alle einigermaßen stimmig ist. Ich denke, es sehen auch alle ein, dass diese Fassadensanierung und auch die Erneuerung der Kantine und der Küche zwingend notwendig sind.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ein Leitmotiv der Karlsruher Liste, heute der KULT-Fraktion, ist das Thema „Investieren zum Sparen“. Für uns ist diese Sanierung des Technischen Rathauses ein Musterbeispiel dafür. Was wir da durch Fenster und Fassade etc. rausheizen, was da nicht stimmt an sonstigen „Dichtigkeiten“, an schlechten Arbeitsverhältnissen, an Unsicherheiten, deswegen können wir nur das nur unterstützen und freuen uns, dass das die Verwaltung in die Veränderungsliste auch übernommen hat. Wie gesagt, es spart uns laufende Kosten. Dafür müssen wir etwas investieren. Das ist schon einmal ein großer Vorteil. Wir stimmen auch den Grünen zu, dass diese Abstimmung mit den Einzelhändlern im Umfeld abgestimmt werden muss, aber wir können nicht darauf verzichten. Wir müssen das jetzt machen. Was die weiteren Bauanträge angeht, schließe ich mich Herrn Marvi an. Wir haben einfach ein Problem, wie viel Geld ist schon eingestellt. Bei den Schulen haben einen Faktor 1,5 gegenüber früheren Haushalten. Schon das werden wir nicht schaffen. Das muss man ganz offen in der Öffentlichkeit sagen. Da werden Haushaltsreste entstehen. Haushaltsreste, die auch dafür sorgen werden, dass wir am Ende dieses Doppelhaushaltes nicht dreimal so viel Schulden haben werden wie im Haushaltsentwurf steht, sondern es wird sehr moderat ausfallen, ganz einfach, weil wir alles gar nicht verbaut kriegen. Das auch zu denen, die mit dieser Zahl in der Öffentlichkeit hausieren. Es wird nicht dreimal so hohe Schulden geben wie jetzt, auch wenn es sich dadurch nur verzögert, vielleicht haben wir dann eine bessere Haushaltslage.

Der nächste Punkt. Unbestritten ist, dass diese Kfz-Werkstätten in der Carl-Benz-Schule saniert werden müssen. Das wäre jetzt wirklich das vorhin genannte und vom Kollegen Hofmann angeführte Windhund-Prinzip, wenn wir das aus der Tränenliste jetzt ausgerechnet noch zusätzlich zu dem ohnehin zu hohen Berg dazu nehmen würden. Es wäre ungerecht gegenüber anderen. Wir haben alle eine riesige Anfrageliste bekommen, warum nicht meine Schule. Da kann man nur antworten, wir haben schon tausende von Schulen, und die stehen halt auf der Schulbau-Prioritätenliste höher. Das wird dann eben so abgebaut. Sonst brauchen wir solche Prioritätenlisten gar nicht mehr anlegen. Jetzt kann man sagen, ich stelle es in den Haushalt ein und dann ist es gut. Dann hat man das Projekt wenigstens verankert. Alles was wir im Haushalt einstellen, müssen wir

durch eine Pseudo-Kreditaufnahme gegenfinanzieren. All das muss das Regierungspräsidium nachher abnicken. Das ist uns einfach zu riskant. Ich habe keine Lust, unter die Kuratel von der Regierungspräsidentin gestellt zu werden. Wir sind hier im Haus mehr in der Lage das Schiff zu steuern als irgendwelche obere Behörden.

Stadtrat Hock (FDP): Erstmal bin ich dankbar, dass wir jetzt so schnell gehandelt haben beim Technischen Rathaus. Das muss man anerkennen und Dank sagen. Es ist wirklich so, dass dort Sachen vorgehen, Büros geschlossen werden, es an den verschiedensten Stellen regnet etc. Von daher gesehen ist man jetzt bei der Fassadensanierung, die wir jetzt auf den Weg bringen, auf jeden Fall auf dem richtigen Dampfer. Das müssen wir jetzt schnellstens vorantreiben. Was mich jetzt wieder gewundert hat, Frau Lisbach, Sie haben sich jetzt gerade eben in einem Nebensatz um die Gewerbetreibenden im Technischen Rathaus und um die Einzelhändler gekümmert. Das hätte ich mir vorhin auch gewünscht, wo es um die Brötchentaste für die B-Zentren ging. Da muss man sich auch um diese Leute kümmern. Sie kümmern sich nämlich nur immer um diese Leute, wo es Ihnen passt. Die anderen sind Ihnen egal. Das ist mir jetzt gerade wieder so übel aufgefallen, dass man es auch mal herausstellen muss.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich als Freier Wähler möchte hier kundtun, dass wir den Antrag der SPD und der Grünen mittragen, möchte aber ganz explizit auf das Technische Rathaus eingehen. Dass Sanierungsbedarf besteht, ist nicht zu bezweifeln. Ich möchte auf den Antrag der Grünen aus der Veränderungsliste noch einmal eingehen. Natürlich haben die Einzelhändler dort Angst. Das ist logisch. Sie sind seit Jahren durch die Baustellenmaßnahmen in ihrer Existenz bedroht. Deshalb muss man wirklich mit Fingerspitzengefühl und auch großzügig mit diesen Mietern umgehen und nach Lösungsmaßnahmen suchen. Ich denke, wir als Stadt schaffen das, dass da keine Existenzen vernichtet werden.

Stadtrat Bernhard (AfD): Ich möchte einfach noch einmal daran erinnern, dass der Haushaltsentwurf, so wie er jetzt vorliegt, einfach eine Verdreifachung der Schulden vorsieht. Ich sehe hier überhaupt gar keinen Ansatz eines Sparwillens von Seiten des Haushaltsentwurfes. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Streichungsanträge, die jetzt hier gestellt sind und werden die natürlich unterstützen, weil wir es zum einen aus unserer Sicht finanziell nicht stemmen können, weil wir uns einfach übernehmen und uns zum anderen auch Entwicklungsreserven für die Zukunft verbauen und natürlich, wie es auch angesprochen wurde in der Diskussion, auch kapazitätsmäßig gar nicht in der Lage sein werden, das alles abzuarbeiten. Deswegen unterstützen wir die Streichungsanträge, am liebsten den der Grünen und der SPD um minus 10 Millionen. Hilfsweise natürlich auch die anderen.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich noch Folgendes hinzufügen, weil mir das ganz wichtig ist. Es wird hier immer von der Verdreifachung der Verschuldung gesprochen. Wir schlagen Ihnen im Rahmen des Haushaltes das vor, was im letzten Doppelhaushalt auch für jedes Jahr vorgeschlagen war, nämlich eine beträchtliche Kreditaufnahme von jeweils 80 bis 110 Millionen. Das ist nichts Neues. Sie ist nur damals in den vergangenen zwei Jahren nicht gebraucht worden bis auf die 50 Millionen, die Ihnen die Frau Finanzbürgermeisterin berichtet hat, die wir im Dezember noch aufgenommen haben. Von daher nur noch einmal zur Klarstellung: Es ist kein neues Instrument. Wir gehen nur

davon aus, dass es uns in den nächsten Jahren härter trifft, weil nämlich bessere Rahmenbedingungen wie früher so nicht stattfinden werden.

Zweitens: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für den sehr verantwortungsvollen Umgang mit diesen 10 Millionen, die wir hier mal eingestellt haben als Sammelansatz, damit man ein Angebot machen kann, dass wenn in unserer Prioritätensetzung im Bereich der Schulen oder an anderen Gebäuden etwas nicht Ihre Zustimmung findet, hier nicht den ganzen Haushalt sozusagen in eine Schieflage bringt. Sie haben aber sehr wohl sehr deutlich verstanden, dass wir auch wenn wir HGW entsprechend aufstocken, immer noch nicht zusagen könnten, das, was in diesen 10 Millionen ist, so schnell es eben sinnvoll wäre, abzuarbeiten, sondern es würde insgesamt zu einer möglichen Verlangsamung aller Projekte führen. Damit gehen wir drittens in eine andere Kultur hinein, als das oft die Jahre vorher schon üblich war, wo man im Grunde schon bei der Verabschiedung noch in viel stärkerem Ausmaß als wir das jetzt haben, feststellen musste, dass man sehr vielen Wünschen nachgekommen ist, sehr viel Investitionen entschieden hat, aber eigentlich schon wusste, wir kriegen es in der Verwaltung gar nicht abgearbeitet. Von der Ausstattung der Verwaltung gehen wir einen anderen Weg als die letzten Jahre, nämlich eher wieder in eine Besserausstattung. Was das in einzelnen Stellen bedeutet, darüber unterhalten wir uns noch. Was die Zahl der Investitionen, die wir in den Haushalt einstellen betrifft, gehen wir auch in eine andere Richtung, nämlich dass wir möglichst nur das einstellen, von dem wir auch denken, wenn alles optimal läuft, wir es zumindest auch ordentlich voranbringen können in der Zeit. Das zeichnet diesen Haushaltsansatz aus.

Wir haben bei der Prioritätensetzung am Ende vor allem bautechnische und verfahrenstechnische Prioritäten, keine Schulprioritäten an die erste Stelle genommen. Wenn ich Schulprioritäten an die erste Stelle nehme, habe ich wieder ganz viel Schulen, die ich eigentlich mit derselben Priorität belegen müsste. Es ist nicht schultechnisch oder pädagogisch darstellbar, warum jetzt beispielsweise die eine Schule drin ist und die andere Schule nicht drin ist. Sie hätten vom Pädagogischen her eigentlich denselben Anspruch drauf. Für den Gesamtstraß haben die Mittel nicht gereicht und, wie gesagt, die Kapazitäten auch nicht. Deswegen haben wir dann sehr stark aus dem Aspekt heraus, wo ist die Sanierung auch bautechnisch, wo ist sie unumgänglich, unumgänglicher noch als anderswo, wo sie auch schon unumgänglich genug ist. So hat sich am Ende diese Prioritätensetzung ergeben, die damit keine Aussagen über die pädagogische Wertigkeit einzelner Baumaßnahmen ist oder nicht. Das ist auch noch einmal für die Schulen ganz wichtig zu wissen, damit das nicht an der Stelle falsch aufgefasst wird.

Jetzt haben wir drei Dinge zu klären. Die eine Sache ist die, dass wir einen Vorschlag haben von Seiten der CDU-Fraktion, die Carl-Benz-Schule in diesen 10-Millionen-Korridor hineinzunehmen. Dann gibt es die weiteren Vorschläge, dass man dann auf den Rest des Korridors oder auf den Gesamtkorridor verzichtet. Weil es ausdrücklich von uns ein Angebot an den Gemeinderat war, noch Projekte zu melden, über die wir dann hier abstimmen, wäre mein Vorschlag, dass wir jetzt zunächst über die Carl-Benz-Schule abstimmen, je nachdem, wie dann die Entscheidung aussieht, über die Streichung der restlichen Mittel, die noch übrig bleiben oder eben der Gesamtmittel dann an dieser Stelle entscheiden und es dann aus dem Haushalt rausnehmen. Das waren die beiden Punkte, die wir jetzt eigentlich noch an diesem Punkt erledigen müssten. Alle

anderen Dinge, die das Technische Rathaus betreffen, haben wir, was die Antragslage betrifft, soweit abgearbeitet inklusive des Sperrvermerks und der Ankündigung, das noch einmal alles vorzustellen.

Wenn Sie damit so einverstanden wären, dann würde ich jetzt den CDU-Antrag aufrufen, der sich mit der Aufnahme der Carl-Benz-Schule in den Haushalt beschäftigt, und um das Kartenzeichen bitten. - Bis auf die CDU-Fraktion lehnen das alle im Haus ab. Damit ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt gibt es die Anträge, diese 10 Millionen insgesamt zu streichen, weil wir die nicht für etwas anderes ausgegeben haben. Ich darf jetzt um das Kartenzeichen bitten. - Da sehe ich nur gelb - **angenommen**. Dann bedanke ich mich an der Stelle ganz herzlich auch für den Umgang mit dieser Thematik insgesamt. Alle restlichen Anträge, da sind Sie mit mir einig, haben sich damit **erledigt**.

Wir sind jetzt bei 15:30 Uhr. Ich würde Ihnen trotzdem vorschlagen, dass wir die restlichen Punkte noch abarbeiten, wenn Sie einverstanden ist. Es ist trotzdem nebenan noch der Imbiss gerichtet. Sie können sich, bevor Sie in die weite Welt ausströmen, dann dort noch stärken.

Wir kommen zur **S. 88**.

Antrag Nr. 196 (S. 88): Gewerbesteuererhöhung (CDU, FDP)

Dieser Antrag korreliert mit dem **Tagesordnungspunkt 2**, den ich an dieser Stelle mit aufrufe.

Die Verwaltung schlägt Ihnen an dieser Stelle eine Erhöhung der Gewerbesteuer vor. Wir haben in den nächsten Jahren ein deutlich steigendes Defizit in unserer Haushaltsplanung, und selbst bei maximaler Neuverschuldung würde dieses Defizit beispielsweise im Jahr 2019 so etwa um 75 bis 80 Mio. Euro liegen. Wenn Sie die Neuverschuldung auf null bringen wollten, kämen hier noch einmal 80 bis 100 Mio. dazu. Es ist oft gesagt worden, das sei ein reines Ausgabenproblem, wir sollten das doch bitte über die Ausgabenseite hinbekommen. Wenn wir also von 180 bis 200 Mio. Euro auf eine Neuverschuldung mit null wollen, müssen wir das natürlich vor allem auch von der Ausgabenseite anpacken, und eine Steuererhöhung, die uns perspektivisch gerade mal 10 Mio. Euro im Jahr bringt, kann sicherlich nicht die einzige Antwort auf diese Entwicklung sein. Dennoch halte ich es für angemessen – und deshalb schlagen wir Ihnen das vor –, auch die Möglichkeiten von Steuererhöhungen zu nutzen, wo wir sie für vertretbar halten. Das hat nicht nur etwas damit zu tun, dass wir steigende Ausgaben haben und diese abdecken wollen, sondern es hat auch etwas damit zu tun, dass wir auf Wünsche und Forderungen nach Verbesserungen – alle völlig berechtigt – eingehen, nämlich die Verbesserung der Infrastruktur in dieser Stadt, dass wir die Kinderbetreuung massiv ausgebaut haben und weiter massiv ausbauen werden, dass wir in den ÖPNV erheblich investieren, dass wir viel im Wohnungsbau leisten wollen, und dass wir auch eine ganz intensive Wirtschaftsförderung betreiben, die deutlich über das Pflichtmaß hinausgeht, das man sonst von uns verlangen könnte. In vielen anderen Bereichen versuchen wir – insbesondere gerade auch für die Wirtschaft und den Wirtschaftsstandort

Karlsruhe –, die Bedingungen zu verbessern. Daher geht es nicht nur darum, dass wir von irgendwoher Geld brauchen, sondern es geht auch darum, dass es eine Art innerer Deal ist, den es hier mit der Wirtschaft gibt: Die Stadt sorgt für vernünftige Rahmenbedingungen, und die Wirtschaft sorgt dann dafür, dass sie aufgrund dieser erfolgreichen Rahmenbedingungen auch in Wirtschaftskraft, in Arbeitsplätze, in Fachkräfte, die man holt, und damit letztlich auch in die Zukunft investiert.

Diese Erhöhung der Gewerbesteuer halten wir für einen ersten Schritt in diese Richtung. Es gab auch die Rückmeldung, dass wir uns doch um die Grundsteuer kümmern sollten. Sie kennen das vielleicht aus anderen Kommunen. In Nordrhein-Westfalen gibt es mittlerweile schon Grundsteuerhebesätze von 1 000 und darüber, weil man in einer ganz anderen verzweiferten Situation ist und das Ganze über die Grundsteuer angehen möchte. Wir haben von einer Grundsteuererhöhung abgesehen, weil wir darin einen großen Widerspruch zu dem sehen, dass wir eigentlich versuchen wollen, die Mietpreisentwicklung einzufangen und weil wir auf der anderen Seite sehen, dass die Grundsteuer vor großen Reformierungsdiskussionen steht, und es macht keinen Sinn, jetzt die Grundsteuer zu erhöhen, und sie wird dann reformiert, und es kommt plötzlich zu ganz anderen Belastungen. Das wird möglicherweise bei künftigen Haushaltsdiskussionen noch ein Thema werden, aber für diesen Doppelhaushalt gehen wir an das Thema Gewerbesteuer ran.

Nun ist es immer ein bisschen schwer nachvollziehbar, was eine solche Gewerbesteuererhöhung eigentlich bedeutet. Wer kann sich schon etwas unter 410 oder 430 Hebesatzpunkten vorstellen. Ich bitte darum, dass wir nicht immer von Prozenten reden, weil das den Eindruck erweckt, das seien immer gleich 20 % von irgendetwas, das ein Gewinn sein könnte. Das weckt dann ganz andere Ängste. Es geht um Hebesatzpunkte, und diese Hebesatzpunkte werden nach einem bestimmten Verfahren berechnet. Ich möchte Ihnen an einem Einzelbeispiel einmal darstellen, was das für einen Betrieb bedeutet. Ein Betrieb, der etwa 124.500 Euro Gewinn macht, kann erst einmal einen Freibetrag von 24.500 Euro abziehen, der nicht in diese Betrachtung mit einfließt. Dann sind wir bei 100.000 Euro. Dann werden da Messzahlen und Hebesätze angesetzt und, und, und. Sie kommen am Ende dazu, dass dieser Betrieb, der vor dem Freibetragsabzug 124.500 Euro Gewinn hatte, nach Freibetragsabzug 100.000 Euro in die Gewersteuerbetrachtung einfließen lassen muss, bisher 1.050 Euro Gewerbesteuer bezahlt hat, künftig 1.750 Euro Gewerbesteuer bezahlen wird. Da merken Sie, es geht hier nicht um 15 oder 30 %, die von irgendeinem Gewinn abgezogen werden und die noch einmal um 5 % steigen, sondern es geht in diesem konkreten Fall darum, dass es sich um eine zusätzliche Steuerbelastung von 1.050 auf 1.750 Euro handelt, bei einem Gewinn von 124.500 Euro. Das hat etwas mit dem Freibetrag zu tun, das hat etwas mit der Dynamik der Berechnung zu tun, und es hat etwas damit zu tun, dass man einen Hebesatz bis 380 auch mit der individuellen Einkommensteuer verrechnen kann. All das müssen Sie wissen, wenn Sie darüber spekulieren, ob eine Erhöhung dieser Hebesätze für die Wirtschaft ein erhebliches Problem ist oder nicht.

Wenn Sie sich die Entwicklung der Gewerbesteuerzahlenden in den letzten Jahren anschauen, dann ist auch ganz interessant einmal zu betrachten, wie viele hier überhaupt Gewerbesteuer bezahlen. Wir haben eine erhebliche Steigerung der Gewerbesteuerzahlenden in dieser Stadt. Von 2006 bis 2015 ist die Zahl um 48 % gestiegen. Wenn Sie

schauen, wie sich in diesem Zeitraum die Gewerbesteuer entwickelt hat und die Sondereffekte herausrechnen, merken Sie, dass die Gewerbesteuer in dieser Zeit nur sehr moderat angestiegen ist. Und wenn Sie sich – was wir hier öffentlich nicht dürfen – einmal die Gewerbesteuerzahlungen pro Betrieb anschauen, dann ergibt sich sehr stark, dass wir ein sehr breites Fundament von kleinen und mittleren Gewerbesteuerzahlenden haben, aber nur ganz, ganz wenige große Gewerbesteuerzahler, die dann natürlich von diesen Freibeträgen und diesen Anrechnungsgrößen nicht in dem Maße profitieren, wie es die kleineren tun. Warum ich daher denke, dass es natürlich vom Image her erst einmal eine gewisse Schwierigkeit ist zu erklären, warum ein Gewerbesteuersatz hier steigt. Das kann ich nicht bestreiten. In der Ansiedlungsentscheidung oder auch in einer Umsiedlungsentscheidung spielt dieser Gewerbesteuerhebesatz eine nachgeordnete Rolle. Das könnte ich Ihnen jetzt anhand von verschiedenen Untersuchungen darstellen. Wir haben auch bisher schon einen deutlich höheren Gewerbesteuerhebesatz, als es die umliegenden Gemeinden haben. Das ist dieses Oberzentrums-Umlands-Gefälle, aber das gibt es heute schon, und ich vermute eher, dass die Umlandgemeinden in den nächsten Jahren auch nachziehen, weil die vor ähnlichen Finanzierungsproblemen stehen, sehe jetzt aber nicht, dass diese Steigerung der Differenz für die Ansiedlung oder Nichtansiedlung einen Ausschlag geben wird.

Was für Sie auch noch ein interessanter Hinweis ist: Ich habe durchaus schon in anderen Städten Gewerbesteuerdiskussionen erlebt, und da waren es dann vor allem die großen Gewerbesteuerzahler, die in der öffentlichen Diskussion erheblich Einspruch erhoben haben. Ich habe bis heute von keiner offiziellen oder anderen Richtung Rückmeldungen bekommen – außer von der Politik hier in diesem Hause –, die mich aufforderten, von dieser Gewerbesteuererhöhung Abstand zu nehmen. Ich erlebe also hier keine öffentlichen Diskussionen in breitem Rahmen – über den Gemeinderat hinaus –, die besagen, hier werden Existenzen gefährdet, hier werden Betriebe wegziehen. Das sehe ich alles überhaupt nicht, und das bestärkt mich darin, dass die Gewerbesteuerzahlerlandschaft in Karlsruhe diese Erhöhung gut verkraften kann. Ich hatte ihnen die Beträge genannt, die wir natürlich dann in einem großen Maß zur Haushaltskonsolidierung an die Ausgabenseite geben, um damit wieder eine ausgewogene Balance herzustellen und an unserer unausgesprochenen Vereinbarung festzuhalten, dass wir gute Rahmenbedingungen schaffen für gute Arbeit und für gute Wirtschaft, damit auch die Zukunftsfähigkeit des Standortes Karlsruhe, die wir von allen Seiten aus gemeinsam sichern wollen.

Das von meiner Seite zur Erläuterung, weil das ein ganz wichtiges Thema ist. Jetzt gehen wir in die Antragsberatung. – Ich will vorher noch einen Satz sagen, bevor ich die Diskussion freigebe: Wir schlagen vor, die Redezeitbegrenzung für die Haushaltsberatung hier auszusetzen, weil wir ja zu diesem Thema auch den Tagesordnungspunkt 2 aufgerufen haben.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich möchte jetzt nicht pro oder contra Erhöhung reden, sondern auf das Beispiel eingehen, das Sie gebracht haben, weil es einen völlig falschen Eindruck erweckt. Sie gingen von einem Gewinn von 124.500 Euro aus. Was ist das? Es gibt keinen gewerbesteuerlichen Gewinn. Das macht die Sache so schwierig. Wenn ein Unternehmen 124.500 Euro Gewinn hat, dann muss es für Gewerbesteuerzwecke eine Vielzahl von Hinzurechnungen vornehmen. Auch

wenn ein Unternehmen Verlust hat, muss es solche Hinzurechnungen machen, z. B. Leasingraten, Zinsen usw. Dann zahlen auch Unternehmen Gewerbesteuer, die Verluste machen. Was Sie anführen, betrifft nur Unternehmen, denen es gut geht. Wenn im Übrigen die Erhöhung von 1.050 € auf 1.750 € geht, dann sind das 70 %.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Lieber Herr Kollege Dr. Heilgeist, ich danke Ihnen für diese Ergänzungen, die fachlich unterlegt überzeugend sind.

Ich will für die CDU-Fraktion die Dinge politisch beleuchten, weil Sie das alles in ein Licht stellen, das fast in das Niveau unserer Brötchentastendiskussion geht. Da geht es nämlich auch um die Frage, wie eine solche Maßnahme wirkt, welche tatsächlichen Belastungen für die Betroffenen zurückbleiben. Das kann man emotional groß- oder kleinreden. Wie Sie das betrachten, haben wir jetzt gerade verstanden.

Die CDU bleibt bei ihrer Antragstellung, diese Gewerbesteuererhöhung nicht durchzuführen. Wir werden also auch der Satzung nicht zustimmen. Die Doppelhaushaltsberatung hat gezeigt – und ich verweise auch auf meine Haushaltsrede, von der ich nicht Abstand nehmen muss – dass wir nicht vor einer besonderen Herausforderung gestanden haben. Es war vielmehr die Verwaltung, die selbst einen Umgang mit diesem Haushalt geübt hat, der in Teilen fatalistisch war. Das müssen Sie sich einfach anhören: Wenn wir das, was wir gestern zum Weiherhofbad gehört haben, exemplarisch nehmen, dann werden wir hier als Gemeinderat nicht ernst genommen, oder wir müssen uns melden, um ernst genommen zu werden. Das kann bei Haushaltsdebatten so nicht das Richtige sein. Ich verstehe dann aber auch, dass die untergeordneten Ämter diese Aufforderung verstehen und sagen: „Rette sich, wer kann“, und dann schiebt man noch dieses und jenes Begehren hinzu, und so kommt dieser Haushalt zustande. Das geht dann weiter mit diesem Leben aus dem Pool. Wir haben es am Anfang am Rande gestreift, diskutiert wurde darüber noch nicht. Die Umsetzung des Haushaltes – das ist uns deutlich geworden – ist ja so ohne diesen Pool nicht denkbar. Für die Projekte, die eingestellt sind, brauchen wir also eine massive Personalerhöhung, und das halten wir insgesamt nicht für den richtigen Weg, wenngleich wir im Moment keine andere Lösung sehe.

Dieser Haushalt ist von der Verwaltung so angelegt und mit einem großen Sack eingetütet. Zwei Beispiele nur: Da merkt man, dass für den Altbaubereich des Klinikums ein Konzept fehlt. Flugs kommt man dann zu dem Thema, dass der Brandschutz auch noch zu beachten ist, und das wird dann ganz kurz nachgeschoben. Da können wir uns nicht dagegen wenden, denn das ist einfach eine Priorität. Aber in der Abfolge kann man sagen, ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Wir fragen auch, wie es passieren konnte, dass Anträge von Organisationen in den Verwaltungshaushalt geraten sind und andere Organisationen, die das Gleiche wollten – ich denke an den Flüchtlingsbereich –, leer ausgingen. Das ist einfach ein Stil, den wir so nicht nachvollziehen können. Der Haushalt – und vor allem dieser Haushalt – ist kein Signal für Unternehmer. Gewerbetreibende haben eher Zweifel, ob wir mit dem Geld richtig umgehen. Ich verweise auf die vielen ideologisch begründeten Haushaltsanträge mit grünem Anstrich, aber wenig ökologischer Wirkung.

Dieser Haushalt enthält weder direkt noch indirekt ausstrahlende Projekte, bei denen sich Unternehmer Gedanken machen, das ist ein Projekt, aus dem wir einen Nutzen ziehen können. Hier macht Karlsruhe für uns – ich sage das aus der Sicht der Unternehmer – gegenüber anderen Städten etwas Besonderes, da würde ich gerne Gewerbesteuer zahlen. Das denken Unternehmer, wenn sie das Gefühl haben, auf der richtigen Seite zu sein. Nein, die Ausstrahlung und Wirkung dieses Haushaltes ist eine andere. Die Gefahr, dass Karlsruhe gemieden wird – und das sehe ich wirklich gänzlich anders als Sie das darzustellen versuchen, nicht nur wegen der zunehmenden Baustellen und der Konzeptlosigkeit, um nicht zu sagen, wegen der Uneinsichtigkeit einer zweiten Rheinbrücke Nordtangente - -

Die Gefahr jedenfalls besteht schon wegen dieser äußeren Umstände, dass Karlsruhe gemieden wird. Ein Haushalt, der die großen Investitionen wie das Klinikum, die Kombilösung, Stadion und Staatstheater noch nicht einmal in ihrer Grundproblematik einbezieht, kann nicht durch den Griff in die Steuerrkiste ausgleichen, was im Alltagsgeschäft fehlt. Der Haushalt ist von der Verwaltung maßgeblich gemixt, der Griff nach der Erhöhung der Gewerbesteuer darf nicht nach der Entwicklung der aktuellen Kassenlage und dessen Gang in den Haushaltsberatungen abhängig gemacht werden. Für den Griff zu einer Steuererhöhung sind grundsätzlich andere Voraussetzungen erforderlich. Dies setzt eine gleichzeitige Kampagne für Unternehmer voraus, um nicht den Begriff Willkommenskultur zu strapazieren. Eine solche Kampagne muss in die Region ausstrahlen. Sie haben zu Recht die Wirkung solcher Steuererhöhungen genannt. Die warten natürlich auf uns, das sehe ich auch, aber das heißt noch lange nicht, dass wir es vormachen müssen. Dieser Haushalt, der mit den dunklen Wolken der mittelfristigen Finanzplanung ausgestattet ist, wird heute in dieser Haushaltsberatung weniger beleuchtet, aber jeder einzelne Antrag, der noch draufgesetzt wird, führt letztlich bei der Finanzplanung zu Problemen.

Die CDU fordert eindringlich, die Leidenfähigkeit unserer fleißigen Karlsruher Unternehmen nicht noch weiter zu strapazieren, und lehnt deshalb eine Außenwirkung Karlsruhes, die mit dieser schädlichen Gewerbesteuererhöhung verbunden würde, ab.

Stadtrat Höyem (FDP): Liebe Mentrup-Mehrheit, ich verstehe Sie ganz einfach nicht. Landesweit und bundesweit versuchen sich die Grünen und SPD als Parteien mit Wirtschaftskompetenz zu profilieren.

Hier in diesem Saal sehen wir die Realität. Ich verstehe Sie ganz einfach nicht. In diesen Zeiten, in denen die regierende große Koalition in Berlin und auch die rot-grüne Regierung in Stuttgart munter der Wirtschaft weitere Lasten aufbürden, z. B. auch mit Änderungen im Gewerbesteuergesetz, die negative Konsequenzen für den Mittelstand gehabt haben, wollen wir in Karlsruhe noch eine weitere Last draufpacken. Wollen wir in Baden-Württemberg – und insbesondere in unserer Technologieregion – nicht wenigstens vorne in Deutschland sein? Das tut man leider nicht mit Ihrer sozialdemokratischen Steuererhöhung. Mit den sogenannten Hinzurechnungen besteuert man gewinnunabhängige, betriebswirtschaftlich völlig widersinnige, künstlich geschaffene Beträge, auch wenn das Unternehmen Verluste schreibt. Ich verstehe Sie ganz einfach nicht. Und das alles wegen erhoffter 10 Mio. brutto oder nach Finanzausgleich etwa 7 Mio. netto. Der Betrag steht in einem so krassen Missverhältnis zur Höhe der anstehenden Investitionen,

dass jedem klar sein muss, dass hier die Lösung für den Haushaltsausgleich auch nicht im Ansatz zu finden ist. Auf die Idee, wegen eines solchen Betrages die Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen in Karlsruhe zu belasten und sich im Wettbewerb um die Ansiedlung neuer Unternehmen gegenüber dem Umland selbst ins Knie zu schießen, muss man erst einmal kommen. Ich verstehe Sie ganz einfach nicht, liebe Mentrup-Mehrheit.

Mehr und mehr erleben wir in diesem Saal „Marktwirtschaft“ und „privat“ als nicht stubenreine Worte. Wir im öffentlichen Sektor sind die Guten, die Privaten sind die bösen Kapitalisten. Herr Oberbürgermeister, liebe Mentrup-Mehrheit, eine Steuererhöhung ist ein absolut falsches Signal. Die Privatwirtschaft ist nicht eine Milchkuh, sondern unser Partner. Wir wollen eine Wirtschaftsregion, nicht eine Steuererhöhungsregion. Ich verstehe Sie, lieber Herr Dr. Mentrup und liebe Mentrup-Mehrheit, ganz einfach nicht.

Stadtrat Marvi (SPD): Ja, Herr Høyem, was soll ich sagen? Mentrup-Mehrheit? Soll ich Sie dann als schwarz-gelbe Minderheit bezeichnen? Lassen wir das mal lieber. Wir sind auf jeden Fall CDU und FDP sehr, sehr dankbar, dass wir heute über dieses Thema Erhöhung der Gewerbesteuer diskutieren dürfen. Es gab ja Zeiten, in denen CDU und FDP die Gewerbesteuer abschaffen und damit die Kommunen ihrer Haupteinnahmequelle berauben wollten.

Und die FDP – bei aller Wertschätzung der Kollegen Høyem, Hock und Jooß – hat ja auch für ihre steuerpolitischen Überlegungen bei der Bundestagswahl ein Ergebnis bekommen, das ihrem steuerpolitischen Modell entspricht – niedrig und gerecht.

Wir haben angekündigt für die Erhöhung des Hebesteuersatzes bei der Gewerbesteuer von 410 auf 430 Hebesatzpunkte zu stimmen, weil wir den Grundlinien dieses Doppelhaushaltes folgen, weil wir den Grundsätzen der Frau Finanzbürgermeisterin und des Herrn Oberbürgermeisters folgen. Und eigentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir uns doch alle in diesem Haus einig. Wir alle wollen in diesem Maß, wie wir es diskutiert haben, etwas tun gegen den beträchtlichen Sanierungsstau, vor allem an den Schulen, wie bei den vorhergehenden Anträgen debattiert, der sich unter den Amtsvorgängern von Herrn Dr. Mentrup immer mehr und mehr angehäuft hat. Da sind wir uns doch alle einig.

Wir wollen alle in diesem Maße Investitionen in hohem Maße tätigen, für Bildung, für Betreuung, für die Infrastruktur, für den ÖPNV, für die Kultur, für die Wirtschaftsförderung, damit wir – Stichwort, das für die CDU und die FDP eine ganz große Rolle spielt – im Wettbewerb der Städte und Regionen eine große, wichtige Rolle spielen und etwas tun, dass Karlsruhe im Spitzenfeld weiter mitspielt. Wir wollen eine attraktive Stadt bleiben. Und – Sie sind ja auch für nachhaltige Finanzen – wir wollen die Einnahmenseite beim Haushalt stabilisieren. Wir alle kennen die Risiken, die es gibt, nicht nur die konjunkturellen, auch weitere Risiken bei den Zuwendungen, wie etwa beim Zensus das Klagerisiko. Auch das wird hier keiner bestreiten wollen. Insofern müssten Sie alle dieser moderaten Anhebung der Gewerbesteuer zustimmen können. Es ist für mich völlig schleierhaft, warum Sie es nicht machen können. Ich habe es auch nach Ihren Ausführungen nicht verstanden.

Was Sie hier tun, ist, dass Sie eine Schaufenster-, eine Scheindebatte mit uns führen. Ja, Sie führen mit uns hier eine Scheindebatte. Ich weiß gar nicht, ob Sie wissen, wo wir gerade sind.

Aber auf jeden Fall, Herr Pfannkuch, das müssen Sie sich jetzt gefallen lassen.

Sie scheinen in einer etwas anderen Stadt zu leben – und das als eine Partei, die seit über 40 Jahren in dieser Stadt den Oberbürgermeister gestellt hat. Von Ihnen würden wir ein anderes Verantwortungsgefühl erwarten. Sie sollten die hervorragenden Voraussetzungen, die es in Karlsruhe für Unternehmen und die Bevölkerung gibt, loben und sollten weiter konstruktiv mit uns daran arbeiten, dass es hier vorangeht. Sie sollten unsere Stadt nicht in eine negative Grundstimmung einwickeln und versuchen, daraus Profit für Ihre Parteipositionierung zu ziehen. Das steht Ihnen nicht gut an, und das schadet auch dem Ansehen unserer Stadt.

Als Letztes habe ich aber ein Bonbon für Sie. Nachdem Sie ja Ihre Deckungsvorschläge bisher nicht durchbekommen haben und nicht annähernd die 10 Mio. Euro werden kompensieren können und bei vielen Leistungserhöhungen – ja auch zu Recht – mitgemacht und mitgestimmt haben, müssten Sie allein schon aus haushaltstechnischen Gründen, damit wir einen stabilen Doppelhaushalt hinkriegen, dafür stimmen. Es wäre verantwortungslos, diese moderate Gewerbesteuererhöhung abzulehnen. Es ist völlig richtig beschrieben worden, der Aufschrei aus der Wirtschaft ist ausgeblieben, die Maßnahme ist sauber und sachlich begründet, und je mehr Sie Emotionen hineinbringen, desto geringer wird der Aufschrei und desto mehr nimmt die Sachlichkeit zu.

Wir bitten, diese Anträge abzulehnen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Auch uns erscheint diese Debatte hier etwas künstlich aufgeputscht. Tatsächlich ist es ja die ganze Zeit, nachdem die Gewerbesteuererhöhung angekündigt war und jetzt im Haushalt eingeplant ist, sehr, sehr ruhig gewesen, und das beweist, dass Karlsruhe eine auch für Unternehmen sehr attraktive Stadt ist. Wir tun auch sehr viel dafür, die ganzen Jahre über. Wir haben hier eine hohe Lebensqualität, wir stärken die weichen Standortfaktoren, wir haben ein attraktives Angebot.

Wir bauen ständig die guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten aus, wir haben gute Bildungseinrichtungen, die insgesamt in einem guten Zustand sind, auch wenn es sicher noch viel Luft nach oben gibt. Wir haben ein sehr gutes Kulturangebot, wir haben zum Glück immer noch viele Grünflächen, und wir Grünen tun auch alles dafür, dass das so bleibt und sich auch noch verbessert.

Und wir haben einen sehr guten öffentlichen Nahverkehr, auch das ist wichtig für Unternehmen. Deswegen kommen die Menschen gerne zu uns, und deshalb kommen die Unternehmen gerne zu uns und siedeln sich hier gerne an, weil sie wissen, dass sie bei uns ein gutes Arbeitskraftangebot haben. Wir haben übrigens auch – um das noch einmal zu betonen – eine Wirtschaftsförderung, die sich sehr gut um die Unternehmen vor Ort kümmert, auch wenn wir bei der Frage Internationalisierung nicht einer Meinung sind. Aber wir meinen, dass unsere Wirtschaftsförderung eine gute Arbeit macht und unsere Unternehmen das auch schätzen. Das alles – die Infrastruktur und die vielen

Einrichtungen – kostet natürlich Geld. Unsere Unternehmen meinen, wir wissen das – und sie wissen es auch zu schätzen.

Die Gewerbesteuer in Karlsruhe wurde seit 19 Jahren nicht mehr erhöht. Wir liegen im Städtevergleich zurzeit extrem niedrig, bundesweit sowieso, aber auch innerhalb von Baden-Württemberg. Und deswegen ist es jetzt auch an der Zeit, nachzuziehen. Die laufenden Ausgaben sind ständig gestiegen, auch die Ansprüche an die Infrastruktur, an Bildungs- und Kultureinrichtungen sind ständig gestiegen. Und deswegen ist es auch aus unserer Sicht richtig und vernünftig, und wir meinen, dass das auch die Wirtschaft so sieht, auch dass man jetzt mit einer moderaten Erhöhung kommt und nachzieht, nachdem wir sehr lange auf einem niedrigen Niveau waren. Es wurde ausgeführt, der Hebesatz wird um 5 % erhöht, gerade in schlechten Jahren trifft es die Wirtschaft relativ wenig, und in guten Jahren wird sie auch ihren Beitrag hier leisten, damit wir uns in Karlsruhe ständig weiter verbessern können. Wir meinen, das ist insgesamt verkraftbar. Wir meinen auch, dass die unternehmerischen Entscheidungen davon nicht abhängig sind, ob wir um 5 % erhöhen oder nicht.

Die Unternehmensentscheidung und die Ansiedlungsentscheidung sind von ganz anderen Faktoren abhängig, und wir haben hier weit mehr Zuwanderungen als Abwanderungen. Das ist auch etwas, womit wir umgehen müssen, womit wir auch gerne umgehen. Aber wir glauben, wir sind mit dieser Erhöhung auf dem richtigen Weg und werden deswegen den CDU-Antrag ablehnen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Die Steuereinnahmen sprudeln wie noch nie zuvor in die Stadtkasse. Trotzdem werden mit diesem Haushalt – ich habe es vorhin schon gesagt – die Schulden verdreifacht; wenn sie nachher nur verdoppelt werden, ist es genauso schlimm. Und trotzdem wurde uns von der Verwaltung gesagt, dass wir in den nächsten Jahren ein strukturelles Haushaltsdefizit von mindestens 50 Mio. Euro pro Jahr haben werden, also immer mehr Schulden machen müssen. Und das Ganze, ohne dass überhaupt große Investitionen anstehen, die kommen ja erst noch. Das Stadion steht in den Jahren 2017/18 im Haushalt an und nicht jetzt. Jede Familie, jedes Unternehmen, jeder normal denkende Mensch würde in so einer Situation erst einmal schauen, wo kann ich sparen. Hierzu kann ich in dem Haushalt hier sehr wenig, wenn man ehrlich ist, eigentlich gar nichts, also keine Ansätze dazu erkennen.

Es ist vielmehr ein Haushalt, der vor diesen Realitäten die Augen verschließt und ungeachtet der Finanzlage einfach ein „Weiter so“ propagiert. Alles, was der Stadtverwaltung einfällt – und vielleicht einer größeren Gruppe hier im Gemeinderat –, sind Steuererhöhungen und Schulden machen. Die Stadt muss zuerst einmal ihre Hausaufgaben machen und Sparpotenziale heben und nicht einfach nur nach Steuererhöhungen schreien, Steuererhöhungen, die dem Wirtschaftsstandort Karlsruhe schaden. Es ist eben nicht richtig, dass die Höhe des Gewerbesteuersatzes überhaupt kein Kriterium für ein Unternehmen ist, wo es sich ansiedelt. Natürlich, es ist ein Kriterium, wo siedeln sie sich an.

Liebe Kollegen, vor ca. 10 Jahren, vor der Unternehmenssteuerreform in Deutschland, gab es eine große Anzeigenkampagne in Deutschland, und es hieß folgendermaßen:

„Wollen Sie in den deutschen Markt investieren, aber nicht in deutsche Steuern, dann kommen Sie zu uns. Republik Österreich“. Und ich möchte nicht - -

(Stadtrat Dr. Fischer/KULT: Da will aber heute keiner mehr hin!)

- Das ist nicht richtig! Ja, wenn wir die Unternehmenssteuerreform gemacht haben, vielleicht, ja. Aber hier erhöhen wir die Steuern. Und ich möchte nicht, dass unsere Umlandgemeinden in Zukunft damit werben: Wollen Sie in Karlsruhe investieren, aber nicht in Karlsruhe Steuern bezahlen, dann kommen Sie zu uns: Stutensee, Rheinstetten, Ettlingen usw. Das möchte ich nicht! Vor allem muss man ganz klar sagen: Hier wird gesagt, es geht um eine moderate Erhöhung. Und gerade Ihr Beispiel, Herr Oberbürgermeister, hat doch ganz klar gezeigt, es geht nicht um eine Petitesse, sondern es geht um eine Gewerbesteuererhöhung um fast 70 %. Also nicht 5 % oder sonst irgendwas, sondern die Gewerbesteuer wird in Ihrem Beispiel um fast 70 % erhöht. Es geht hier nicht um Peanuts. Und vor allem muss ich ganz klar sagen, dass so wie es auch der Voredner von der FDP gesagt hat, es wird unser Problem auch gar nicht lösen. Es wird doch unser Problem gar nicht lösen, weil wir ja ganz einfach über unsere Verhältnisse leben. Und hier müssen wir ansetzen. Deshalb lehnen wir die Erhöhung der Gewerbesteuer ab, weil sie den Arbeitsplätzen in unserer Stadt schadet und das Problem, dass wir ganz einfach über unsere Verhältnisse leben, nicht löst. Wir müssen die Ausgaben senken und nicht die Steuern erhöhen.

Stadtrat Fostiropulos (Die Linke): Ich habe so den Eindruck, dass hier viele, die beruflich gar nichts mit der Gewerbesteuer zu tun haben, diskutieren. Man versucht, irgendwelche Erklärungen abzugeben, die gar nicht so richtig wahr sind. Kollege Dr. Heilgeist, wenn ein Unternehmen Leasingverträge unterschreibt, aber in der Gesamtkalkulation nicht seine Miete und Steuern berücksichtigt, dann investiert es irgendwie falsch. Das muss alles mit ins Controlling rein.

Wer Steuern bezahlt, macht Gewinne. Und ich bezahle gerne Steuern, denn dann habe ich gewonnen. Nur wenn ich nichts gewinne, dann habe ich auch nichts zu bezahlen. Das moderate Anheben einer Gewerbesteuer – Sie werden sehen, niemand wird Karlsruhe meiden, weil die Gewerbesteuer bei uns entsprechend den anderen großen Städten in Baden-Württemberg gleichgezogen ist. So ist es nicht.

Frau Lisbach hat die Faktoren genannt, die für moderne Firmen heute wichtig sind. Ein modernes Unternehmen heutzutage braucht Internet, braucht gute Bildung für die Kinder, braucht bezahlbaren Wohnraum für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine gute Infrastruktur – die haben wir, die wollen wir weiterentwickeln. Wir haben zwar noch Wünsche für bessere Infrastruktur, aber nicht wegen diesen paar Euros, die dazu helfen, dass wir diese Infrastruktur zur Verfügung stellen, damit sich hier Industrie und Wirtschaft ansiedelt. Dieses ganze Gejammer – wir haben doch keine Wahlen demnächst, oder? Eigentlich könnten wir uns diese Debatte schenken.

Wenn wir feststellen, dass wir in den nächsten Jahren Geld brauchen, dann ist es richtig, jetzt moderat anzuheben. Wenn Sie Ihr Fußballstadion bezahlen wollen, müssen wir erst recht etwas anheben. Wie wollen Sie das bezahlen? Indem wir der AfD folgen, im sozialen Bereich zu kürzen? Nein, das geht nicht. Wir müssen aufhören, solche Projekte

auf Kosten sozialer Projekte zu finanzieren. Die Unternehmen in Karlsruhe – glauben Sie mir – haben nichts dagegen, denn sie haben nur Vorteile, wenn wir hier Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Frau Lisbach hat gesagt, wir haben bisher extrem niedrig bezahlt. Soviel ich weiß, sind wir bei 410, und die Spitze in Baden-Württemberg liegt bei 430. Jetzt sind wir mit der geplanten Erhöhung bei der Spitze mit dabei. Das bedeutet, jetzt sind wir extrem hoch. Wir waren nie extrem niedrig, das stimmt einfach nicht.

Meine Frage ist: Wie geht es unseren Unternehmen? Was können wir von Ihnen holen? 2011 haben wir 205 Mio. Gewerbesteuer eingenommen. 2014 waren es 215 Mio. Euro. Das bedeutet, in diesen Jahren ist die Gewerbesteuer so gestiegen wie ungefähr die Inflationsrate. Das heißt, die Gewinnlage der Firmen ist um keinen Deut besser geworden. Das heißt nicht, dass unsere Firmen boomen, dass es ihnen unheimlich gut geht und dass wir jetzt etwas abschöpfen können. Man kann sagen, das wirtschaftliche Wohlergehen der Firmen ist auf dem gleichen Niveau wie damals. Und ich befürchte – das kann ich nicht behaupten –, aber ich befürchte es, wenn wir jetzt von den Firmen, denen es einigermaßen gut geht – und wir haben Gott sei Dank eine gute Mittelstandsstruktur, das ist unsere Stärke –, wenn wir davon etwas abnehmen, dann werden die Investitionen geringer werden, d. h., wir werden weniger Innovation haben, sodass es doch im Nachhinein Auswirkungen hat.

Ich glaube nicht, dass eine Firma abwandern wird, ich will auch kein Horrorszenario an die Wand malen, das bringt überhaupt nichts – das stimmt auch nicht, das wissen wir alle –, aber es hat eine Auswirkung. Ich bin eher dafür, Anreize zu setzen, keine Dämpfer. Aus diesem Grund kann ich dem einfach nicht folgen. Ich glaube, dass wir gute Rahmenbedingungen in Karlsruhe haben. Ich glaube, dass wir aber auch keine besseren haben als anderswo. Ich glaube nicht, dass wir deutlich besser sind und sagen können, wir tun viel mehr für weiche Faktoren als andere Städte und dass mehr Firmen zu uns kommen. Ich glaube nicht, dass dies es rechtfertigt, dass wir eine höhere Gewerbesteuer haben als anderswo. Ich würde höchstens sagen, wir sind relativ durchschnittlich. Wir sind nicht niedriger. Mannheim und Stuttgart sind die Einzigen – und wir gehen jetzt auf das gleiche Niveau.

Aus meiner Sorge um die Betriebe und auch deswegen, weil es die 10 Mio. nicht rausreißen, werde ich dem CDU-Antrag zustimmen.

Stadtrat Wenzel (FW): Aus ähnlichen Gründen wie mein Vorredner werde ich auch dem Antrag von FDP und CDU zustimmen. Ich möchte Ihnen auch sagen, was mich dazu veranlasst hat.

Dazu hat mich veranlasst, dass wir hier in Karlsruhe eine Signalwirkung ans Umland herausgeben. Wir haben einen relativ hohen Hebesatz. Wir sind ein Oberzentrum mit sehr vielen Infrastrukturmaßnahmen, die wir uns geleistet haben. Wir investieren in ein Projekt mit Signalwirkung. Ich muss heute mal auch das Wort Kombilösung sagen. Wir sagen den Unternehmen, hier tut sich etwas. Aber ich möchte diese Unternehmen nicht schrecken, sondern ich möchte den Unternehmen ein Klima geben. Wir haben heute über die Internationalisierung, über die Netzwerke gesprochen. Das wäre genau das

Gegenteil. Und ich denke auch, dieser Zeitpunkt heute am Ende dieser Verhandlungen sieht für mich persönlich so aus: Wir haben sehr viele Wünsche erfüllt, wir haben sehr viele Projekte gefördert, sehr viel gute. Manche sind nicht so gut. Und jetzt als Knopf – als Außenwirkung – finanzieren wir das durch eine Steuererhöhung. Es ist klar, dass wir als Kommune den Spagat zwischen Wirtschaft und Sozialem heben müssen. Aber dieses Signal durch die Gewerbesteueranhebung ist für eine Region zu diesem Zeitpunkt verkehrt. Es kann sein, dass wir in ein, zwei Jahren erkennen müssen, dass wir vielleicht diesen Schritt machen müssen, wenn unsere Wünsche zu hoch waren, aber zum jetzigen Zeitpunkt trage ich den Antrag mit allen Gründen, die ich nicht wiederholen will, mit.

Stadtrat Schmitt (pl): Meine Vorredner haben sich hauptsächlich auf die Außenwirkung einer Gewerbesteuererhöhung fokussiert. Ich würde den Fokus gerne auf den Umgang mit den Firmen, die schon hier sind, legen.

Fakt ist, Herr Oberbürgermeister, dass Sie den Unternehmern etwas wegnehmen, wenn Sie den Gewerbesteuersatz erhöhen. Als Unternehmer bin ich natürlich bemüht – das würden Sie auch machen – das zu kompensieren. Und nun ist die Frage: Welche Kompensationsmöglichkeiten gibt es denn? Ich kann die Preise erhöhen. Dadurch sinkt meine Wettbewerbsfähigkeit. Ich kann die Investitionen reduzieren. Auch dadurch reduziert sich meine Wettbewerbsfähigkeit. Ich kann rationalisieren, dann habe ich Mitarbeiter übrig. Es gibt noch eine vierte Möglichkeit – und dazu gibt es eine Studie. Herr Marvi, Ihre Argumentation hat mir gezeigt, dass Sie diese Studie nicht kennen, und ich könnte mir vorstellen, dass sie Sie zumindest etwas nachdenklich stimmen würde. Damit das, was ich jetzt sage, nicht wieder in das Reich der Märchen verwiesen wird, zitiere ich aus dieser Studie, über die am 13.05.2013 in der Frankfurter Allgemeinen berichtet wurde: „Wenn Kommunen die Gewerbesteuer erhöhen, senkt dies die Löhne der Mitarbeiter.“ Zu dem Ergebnis kommt eine Studie des Mannheimer Steuerforschers Clemens Fuest sowie der Bonner Ökonomen Andreas Peichl und Sebastian Siegloch. Der Studie zufolge werden 77 % einer Gewerbesteuererhöhung auf die Mitarbeiter abgewälzt. Das genaue Ausmaß dieser Abwälzung war bisher nicht bekannt, denn der Zusammenhang von Gewerbesteuer und Lohnveränderungen ist schwierig festzustellen. Fuest und seine Co-Autoren haben für ihre Untersuchung Gewerbesteuerdaten von 11.441 deutschen Kommunen aus den Jahren 1998 bis 2008 ausgewertet. Die Angaben setzen sie ins Verhältnis zu Informationen über die Löhne sozialversicherungspflichtig Beschäftigter und deren Arbeitgeber. Das ermöglicht, isoliert zu beobachten, wie sich Löhne nach einer Steuererhöhung an einem Ort verändern, wenn die Hebesätze woanders nicht angetastet werden. Die Ergebnisse sind robust und geben genaue Einblicke, welche Beschäftigten besonders betroffen sind, sagte Fuest. Von dem Lohneffekt besonders betroffen sind demnach besser qualifizierte Mitarbeiter. Sie haben größere Verhandlungsmacht und sichern sich deshalb einen größeren Anteil am Gewinnkuchen. Höhere Hebesätze machen sich deshalb bei ihnen überproportional bemerkbar. Die Studie zeigt zudem, dass höhere Steuern die Investitionstätigkeit der Firmen reduzieren. Auch das wirkt sich negativ auf die Löhne aus. Der Ökonom Clemens Fuest bezeichnete die Resultate „als interessante Information für Städte und Gemeinden, die häufig unrealistische Vorstellungen über die Auswirkungen von Gewerbesteuern“ hätten.

So, ich denke, was sich in dieser Diskussion hier gezeigt hat, ist die Tatsache, dass dieser Aspekt völlig ignoriert wurde. Mit Blick auf die Interessen der Arbeitnehmer in diesen Firmen muss man dann auch fairerweise sagen, wer diese Zeche am Ende bezahlt: Es ist nicht der Unternehmer, es sind seine Mitarbeiter, und deshalb stimme ich auch gegen diesen Antrag.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Wir haben uns diese Entscheidung nicht einfach gemacht. Wir haben versucht, einen Ausgleich zu finden, mit dem ganz Karlsruhe leben und sich entwickeln kann. Wir haben daher folgende drei Bedingungen für eine Zustimmung zur Erhöhung:

Erstens. Wir haben dem Herrn Oberbürgermeister gesagt, dass wir der Gewerbesteuererhöhung nur konjunkturell zustimmen können, als reine Kompensation für den konjunkturellen Einbruch der städtischen Einnahmen. Mit den Mehreinnahmen werden die Investitionen bezahlt, die auch der Wirtschaft zugutekommen. Wenn das finstere Tal durchstanden ist, werden wir als Gemeinderat den Hebesatz auf das heutige Niveau zurücksetzen. Wir wissen, dass es mit uns zusammen nach den bisherigen Positionierungen jederzeit die Mehrheit gibt, diese Gewerbesteuererhöhung zurückzunehmen. Das ist Ihnen allen sicher klar. Es wäre schön, wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, dem Gemeinderat zusichern, ich werde eine Reduzierung der Gewerbesteuer vorschlagen, wenn sich die finanzielle Situation wieder erholt hat.

Zweitens. Strukturelles Defizit braucht strukturelle Änderungen. Zu hohe laufende Ausgaben sollten wir nicht durch höhere Gewerbesteuer finanzieren. Wir als Gemeinderat und die Stadtverwaltung müssen ab sofort intensiv darauf hinarbeiten, strukturell die Ausgabenseite zu reduzieren. Niemand im Gemeinderat oder in der Verwaltung sollte denken, dass es ohne teils schmerzhaftes Einschnitte geht. Vor allem muss dazu die Strukturkommission regelmäßig tagen, Aufgaben kritisch unter die Lupe nehmen, Prozesse vereinfachen, Mehrfachstrukturen abbauen, Förderung evaluieren. Ende dieses Jahres sollten wir einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2016 ins Auge fassen, der weniger Ausgaben beinhalten muss als der Haushalt, den wir heute beschließen.

Drittens. Wir erwarten bis dahin ein fertiges Konzept für die Modernisierung und Öffnung der Verwaltung und Stadtpolitik – Stichwort Open Government, schlanke Prozesse. Die nötigen Mittel müssen in den Nachtragshaushalt eingestellt werden. Das alles will auch Herr Oberbürgermeister Mentrup, so habe ich Sie verstanden. Aus den Redebeiträgen der beiden vergangenen Tage entnehme ich, dass auch die anderen Fraktionen diese Verwaltungsmodernisierung und diese Arbeit der Strukturkommission wollen.

Wir stimmen der Gewerbesteuer zu und lehnen den Antrag der CDU und der FDP ab. Zusammengefasst: Die Stadtgesellschaft braucht heute ein klares Signal aus einem einigen Gemeinderat. Die Stadtpolitik arbeitet schon an besseren Finanzen, auch wenn wir heute einen Teil davon auf die Gewerbetreibenden schultern, aber auch wir tragen unseren Teil jetzt schon bei und werden das auch zukünftig noch verstärkt tun.

Der Vorsitzende: Bevor wir in die zweite Runde gehen, würde ich gerne zu ein paar Punkten etwas anmerken.

Herr Stadtrat Pfannkuch, ich finde es schwierig, Dinge, die wir ursprünglich anders diskutiert und beschlossen haben, in dieser Weise umzudrehen. Ich will das am Beispiel Altbau Klinikum ansprechen. Es war uns allen klar, dass wir noch kein abgestuftes Konzept haben, wie und für welche Zwecke wir an diese Altbausanierung rangehen. Wir haben trotzdem gemeinsam beschlossen – und da gab es auch keinen Widerspruch von Ihnen persönlich oder aus der CDU –, dass wir mit jährlichen Sanierungspauschalen schon einmal so etwas wie einen Grundstock ansammeln, weil wir genau wissen, in einer Größenordnung von über 90 Mio. Euro werden wir einsteigen müssen. Mir jetzt vorzuwerfen, wir würden konzeptionslos Geld nehmen, verhöhnt geradezu die Beschlusslagen, die wir hatten, wo wir gesagt haben, wir werden es uns in ein paar Jahren nicht leisten können, auf einen Schlag diese 90 Mio. aufzubringen, also fangen wir jetzt schon einmal an, das langsam aufzustocken, und dann hätten wir sogar noch ein bisschen Spielraum, um ggf. auch andere Maßnahmen kurzfristig zwischenfinanzieren zu können. Wer sich diesen Haushaltsentwurf anschaut – und die Beratungsfolge hat gezeigt, dass Sie das im Wesentlichen so mittragen –, der erkennt, dass das weder ein fatalistischer Haushalt ist noch dass hier keine Anreize für den Wirtschaftsstandort Karlsruhe gesetzt werden. Wir investieren in Schulen, wie wir es vorher noch nicht gemacht haben, und wir sind realistisch genug, es auch umsetzen zu können. Wir investieren weiterhin in Kindertagesstätten, obwohl das in den letzten Jahren schon ein unglaubliches Ausbauprogramm war, und verbessern auch noch die Arbeitsbedingungen dort. Wir investieren weiter in den ÖPNV in nicht unbeträchtlicher Weise, obwohl wir bei vielen Bereichen noch gar nicht wissen, wie es mit der öffentlichen Förderung ab 2019 aussieht. Wir haben große Projekte in der Pipeline, und da gebe ich Ihnen recht, die sind noch nicht im Haushalt abgebildet. Aber gerade das bringt uns in die Erwartung, dass wir an allen Stellschrauben drehen müssen, um unsere Einnahmen-Ausgaben-Situation zu verbessern, und da habe ich Ihnen angekündigt – und das wissen Sie –, wir werden im April in der Strukturkommission beginnen, Ihnen Konzepte vorzulegen, wie wir im Jahr 2019 diese 75 Mio. strukturelle Einsparungen erreichen wollen. Das beginnt natürlich nicht erst im Jahr 2019, sondern das muss sich langsam aufbauen. Und wenn wir noch in die Schuldenbremse reinkommen und – ich will es auch als politisches Ziel formulieren – nicht immer die maximale Neuverschuldung in Anspruch nehmen wollen und auch können, dann müssen wir deutlich mehr als diese perspektivischen 75 Mio. einsparen. Das heißt, wir werden über die Ausgabenseite alle gemeinsam noch ganz viel schultern und ganz viel leisten müssen. Aber dann dürfen wir in dieser Gesamtbeurteilung durchaus die Möglichkeiten und Korridore nutzen, die sich durch Einnahmeerhöhungen ergeben können. Wenn ich schaue, was wir heute als Stadt Karlsruhe alles für die Technologieregion tun, was das Image nach außen betrifft, was das Auftreten betrifft, der Zeiteinsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und dass der Auftritt der Technologieregion auf der Exporial, was von jedem in der Wirtschaft als gut empfunden wird, nur möglich ist, weil die Stadt- und Landkreise und die Stadt Karlsruhe zusammenlegen, um das zu ermöglichen, dann tun wir auch mit diesem Haushalt und mit dem, was wir die ganze Zeit tun, für die Faktoren eines starken Wirtschaftsstandortes ganz, ganz viel, und das ist diesem Haushalt anzusehen und man kann es herauslesen. Deswegen will ich mich an der Stelle ganz deutlich dagegen verwahren, dass wir mit diesem Haushalt keine Anreize für die Wirtschaft setzen.

Jetzt wird laufend behauptet, wir würden das Personal aufstocken. Wenn wir bei HGW, wenn wir im Zentralen Juristischen Dienst, wenn wir im Bereich des Bauordnungsamtes

über Neustrukturierungen und vor allem aber auch eine angemessene Personalaufstockung diskutieren, dann hat es auch sehr viel damit zu tun, dass wir Rückmeldungen aus der Wirtschaft bekommen, dass wir in der Lage sein müssen, Bauvorhaben und -anträge in einer vernünftigen Zeit abzuarbeiten. Was nützt es uns, wenn wir an der Stelle weiter unterausgestattet unterwegs sind, draußen brummt die Wirtschaft, und wir können deren Erweiterungsmöglichkeiten nicht organisieren, weil wir weder die Bauvoranfragen rechtzeitig beantworten können noch sonst was. So weit sind wir Gott sei Dank noch nicht, aber wir sehen, dass wir einen großen Bearbeitungsberg haben, und wenn wir den abbauen wollen – und das waren wir uns einig –, dann geht das ohne eine vorübergehenden Aufstockung des Personals nicht. Und mir diese Personalaufstockung vorzuwerfen, das finde ich an der Stelle nicht fair.

Damit will ich es bewenden lassen. Zu Ihrem Zitat, Herr Stadtrat Schmitt, will ich nur darauf verweisen: Wir haben hier das Ergebnis einer Umfrage nach Investitionsentscheidungen, da liegt die Unternehmensbesteuerung auf Platz 8, da haben Sie oben stehen: Attraktivität des Binnenmarktes, Personalarbeitskosten, Infrastruktur, Transport und Logistik, Qualitätsqualifikationsniveau der Arbeitskräfte, soziales Klima – und auch das Thema Bildung spielt immer eine ganz große Rolle. Das sind die Faktoren, mit denen wir dadurch punkten können, dass wir eine nachrangige Priorität an dieser Stelle vielleicht nicht mehr in diesem Maße erfüllen können. Und das halte ich für durchaus darstellbar. Ich kenne noch andere solche Umfragen, da liegt die Gewerbesteuerhöhe noch weiter hinten. Hier steht allgemein Unternehmensbesteuerung, bezieht sich also auf die Unternehmensbesteuerung und nicht nur auf die Gewerbesteuerbelastung. Wenn man das noch differenzieren würde, würden wir noch weiter hinten landen. Ich kenne andere Erhebungen, da liegt man auf Platz 17 oder 20 in der Betrachtung.

Jetzt wurde viel gesagt, wir sollten doch einsparen, und dieser Haushalt hätte nicht die entsprechenden Anreize gesetzt. Ich will deutlich sagen, ich habe sie von Ihnen aber auch nicht gehört. Ich habe vor allem eine große Übereinstimmung wahrgenommen, schon in den letzten Jahren, aber auch aktuell, dass wir diese ganzen Großprojekte gemeinsam stemmen wollen, ob das das Stadion oder das Klinikum ist, ob das der weitere Ausbau des ÖPNV ist – die Stadthalle müssen wir, das ist auch ein Wirtschaftsfaktor, damit wir ein lebendiges Kongresszentrum haben, und das braucht eine Stadthalle, und es nützt mir nichts, wenn ich sie aus Brandschutzgründen irgendwann mal schließen muss. Wir brauchen ein Staatstheater und all diese Dinge. Das heißt, wir haben im investiven Bereich noch mehr Anforderungen in den nächsten Jahren, als wir es im Moment haben. Deswegen müssen wir uns sowohl durch Ausgabenbetrachtung auf unserer Seite als auch durch moderate Einnahmeerhöhungen, da wo es uns möglich ist, vorbereiten. Das schlagen wir Ihnen heute an dieser Stelle vor.

Ich kenne jetzt diese Untersuchung nicht, Herr Stadtrat Schmitt, ich kenne nur viele Städte, die die Gewerbesteuer erhöht haben und wo sich aus den nachrangigen Betrachtungen weder ergeben hat, dass dort die Unternehmen abgewandert sind noch die Lohnbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich verschlechtert haben, noch irgendwelche Unternehmen sich nicht angesiedelt hätten oder womöglich die Steuereinnahmen zurückgegangen sind, weil es dadurch eben doch nicht allen so schlecht ging. Ich möchte nur einmal den Wirtschaftsraum Karlsruhe mit dem Wirtschaftsraum Rhein-Neckar vergleichen. Da gab es im Magazin der Industrie- und Han-

delskammer eine klare Aussage dazu: Die Wirtschaftskraft der Region Karlsruhe hat jetzt fast gleichgezogen mit Rhein-Neckar, nämlich bei einem Bruttoinlandsprodukt von 40 Milliarden. Wenn Sie sich aber die Gewerbesteuererinnahmen in den zwei vergleichbaren Räumen anschauen, dann stellen Sie fest, dass wir hier weit dahinter liegen, und das liegt an einer anderen Struktur des Gewerbesteuerpools, es liegt auch daran, dass wir sehr viele Start-up-Unternehmen haben und auch Unternehmen, die sehr stark in den Aufbau investieren. Das wirkt sich bei der Gewerbesteuer begünstigend aus. Aber wir müssen dieselbe Infrastruktur vorhalten wie dieser Wirtschaftsraum anderswo. Gleichzeitig brummt ja hier die Wirtschaft. Wir haben keine konjunkturelle Delle, wir haben nur eine Verstetigung der Gewerbesteuererinnahmen, und das ist ein gewisser Widerspruch. Von daher halte ich es für angemessen, und vor allem die Belastung der einzelnen Unternehmen für nicht in dem Maße gefährlich, sodass ich Ihnen guten Gewissens das hier heute vorschlagen kann.

Und nun zu Ihnen, Herr Stadtrat Wohlfeil. Ich schätze die Entwicklung in den nächsten Jahren anders ein als Sie. Ich glaube nicht, dass wir – durch welche Veränderungen der großen Politik auch immer – so in einen Geldzufluss kommen, vor allem auch dann, wenn die Konjunktur mal wieder schlechter wird, wir jetzt plötzlich in eine neue Situation kommen, aber es ist ja selbstverständlich: Wenn wir es uns mal leisten könnten, mit weniger Gewerbesteuerhebesatz auszukommen und trotzdem die Infrastruktur weiter aufrechtzuerhalten, dann sehen Sie in mir den ersten Befürworter einer Senkung, denn das wäre dann ein gutes Marketinginstrument nach außen. Insofern können wir dann darüber reden, wenn es so kommt.

Die strukturellen Änderungen hatte ich angekündigt. Wir werden Ihnen zum nächsten Haushalt – und das werden wir ab April beginnen und in der Strukturkommission mit Ihnen diskutieren – erhebliche strukturelle Änderungen und Einsparungen vorschlagen, die alle Bereiche der Verwaltung und auch der städtischen Gesellschaften betreffen werden. Einen Nachtragshaushalt werde ich weder heute noch sonst irgendwann versprechen, weil das ein gigantischer Aufwand ist. Das sind Dinge, die müssen wir mit anderen Instrumenten versuchen in den Griff zu kriegen. Da wird es nachher noch einmal eine Diskussion geben. Und zum Thema Open Government haben wir alles schon gesagt, weil wir das alle wollen. Wir sehen uns in der Lage, die dafür notwendigen Mittel aus dem laufenden Haushalt aufzubringen, und Sie haben uns mit diesem Personalpool, den Sie im Rahmen der Veränderungsliste akzeptiert haben, auch die Flexibilität gegeben, hier noch nachzulegen.

Jetzt kommen wir in die zweite Runde.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Sehr geehrter Herr Kollege Marvi, Sie haben recht, was Sie gesagt haben. 40 Jahre haben CDU-Oberbürgermeister diese Stadt regiert, und 40 Jahre haben wir erfolgreich gewirtschaftet in dieser Stadt, auch das müssen Sie dazusagen. Und wir haben 40 Jahre erfolgreich gewirtschaftet, weil die CDU immer im Einklang mit der heimischen Wirtschaft gestanden ist.

Das war letztendlich der Garant dafür, dass wir uns viele Dinge in dieser Stadt leisten konnten. Ich verzichte auf eine Aufzählung, es wurde letztendlich schon von meinen Vorrednern gesagt. Das war die Harmonie, die wir gebraucht haben, um auch einen

sozialen Frieden in dieser Stadt aufrechterhalten zu können, und da gebe ich Ihnen voll und ganz recht, das haben wir 40 Jahre unter CDU-Oberbürgermeistern geschaffen.

Frau Lisbach, wenn Sie wissen möchten, wie Unternehmer denken, Sie bekommen nachher ein Kärtchen von mir, Sie können mich gerne anrufen, dann klären wir das miteinander.

Aber Spaß beiseite, deshalb habe ich mich nicht gemeldet. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, das Entscheidende wird sein, dass wir auch weiterhin Unternehmen in Karlsruhe ansiedeln. Dass wir kein Unternehmen verlieren dürfen, denn wir haben einen exorbitanten Run auf nördliche Gewerbegebiete. Wir wissen, dass dort Hektar um Hektar ausgewiesen wird. Dort gibt es eine Infrastruktur, die direkt an die Autobahn grenzt. Es gibt Straßen, die fast auf einen Zubringer zur Autobahn führen. Wenn wir dies wissen und sehen, muss uns klar sein, dass wir hier in einem Wettbewerb stehen, den Sie woanders nicht so leicht finden werden. Deshalb weiß ich nicht, ob es richtig ist, jede Studie zu zitieren, die sagt, das sei nicht der größte Faktor. Wir müssen dran bleiben, wir müssen jedes Unternehmen für diese Stadt gewinnen, denn letztendlich ist das das Rückgrat von morgen, was in den letzten vier Jahrzehnten passiert ist, nämlich diese Unternehmen, die herauskommen aus Start-ups und sich niederlassen, werden die Gewerbesteuer und den sozialen Frieden von morgen in dieser Stadt gewährleisten. Deshalb darf es nicht passieren, dass Unternehmen abspringen. Wenn das so durchgeht, wird es die größte Aufgabe der Wirtschaftsförderung sein, alles daranzusetzen, Unternehmen nach Karlsruhe zu holen.

Stadtrat Zeh (SPD): Zuerst einmal zur FDP und der Begründung, warum sie das ablehnen. Sie, Herr Høyem, haben das ja gar nicht weiter ausgeführt. Sie fordern als Erstes als Deckungsvorschlag, Altenheime der städtischen Heimstiftung werden verkauft. Gott sei Dank ist die Verwaltung auf einen solchen Vorgang, der einen gewissen sozialen Sprengstoff hat – und Sie zündeln ja gerne an der sozialen Ecke –, nicht weiter eingegangen. Das können Sie mit uns nicht machen, dass Sie einfach die Altenheime ohne Weiteres verkaufen wollen. Die Privatisierung im Allgemeinen steckt ja dahinter, das andere ist der Verkauf vom Haus Solms. Hier muss ganz klar überlegt werden, wie können wir den Haushalt vernünftig wieder in Ordnung bringen.

Herr Ehlgötz, Sie haben natürlich durchaus recht. Wir investieren mit der Gewerbesteuer viel in unsere Gründerzentren. Denn Herr Bernhard ist noch nicht so lange im Gemeinderat, deshalb kann er nicht wissen, die Ansiedlung einer Firma mit mehr als hundert Beschäftigten haben wir in den letzten 20 Jahren nicht gehabt. Wir leben tatsächlich von der Gründerszene.

Auch Mathematik ist eine schwierige Kunst, Herr Bernhard, wir haben im Moment 220 Mio. Euro Gewerbesteuer. Wenn wir tatsächlich um 70 % erhöhen würden, müssten wir 154 Mio. Euro mehr haben, dann wäre unser Haushalt sehr schnell saniert.

Wir haben aber nur 10 Mio. Euro eingerechnet. Das entspricht 5 %, wenn von 410 auf 430 Punkte hochgegangen wird.

Die Studie, die Herr Schmitt angeführt hat, kenne ich auch nicht. Wenn ich jetzt einmal die typischen Gewerbe in Karlsruhe und im Umland anschau, z. B. Handwerksbetriebe wie Schreiner, Metzger oder Bäcker, und sie vergleiche, kann ich nicht feststellen, dass die Berufe im Umland deutlich mehr verdienen als in der Stadt. Irgendetwas stimmt da in der Studie nicht.

Aber es ist ganz klar, wir als Sozialdemokraten stellen uns der harten Diskussion in der Strukturkommission: Wie können wir den Haushalt tatsächlich in Ordnung bringen? Aber es ist nicht in erster Linie daran gedacht, gleich anschließend die Steuer wieder zu senken. Wir haben auf unserer Investitionsliste ein paar Großprojekte. Auch das müssen wir diskutieren. Wollen wir sie realisieren? Und dann brauchen wir für eine mittelfristige Zeit einen ausgeglichenen und guten Haushalt. Ziehen Sie doch deshalb Ihre Anträge zurück.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Das ist durchaus eine interessante Debatte. Ich denke, dass da jetzt so viel Musik drin ist, weil es sich dazu eignet, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Glocken aufzuzeigen. Frau Lisbach hat ja schon ausgeführt was aus unserer Sicht dafür spricht, die Gewerbesteuer an der Stelle und in der Situation zu erhöhen. Wir müssen schlicht und ergreifend sagen, wir sind jetzt in einer Haushaltssituation, wo es solcher Maßnahmen bedarf. Wie man die Maßnahme bewertet, kann sehr unterschiedlich sein. Wir haben jetzt gerade den Großteil der Haushaltsberatung hinter uns gebracht, und es ist uns nicht gelungen – es ist keiner Fraktion gelungen –, mit substanziellen Einsparvorschlägen eine Mehrheit zu erzielen. Man kann sich ja inhaltlich darüber streiten, ob man das in bestimmten Bereichen will oder nicht. Aber es die große Zukunftsaufgabe – unabhängig davon, ob wir für die Gewerbesteuererhöhung stimmen oder nicht –, der wir uns auf jeden Fall stellen müssen. Diese 10 Mio., Euro die als Mehreinnahmen angestrebt werden, werden nicht den Haushalt sanieren, auf keinen Fall dafür sorgen, dass wir uns dann zurücklehnen können.

Ich habe mich aber hauptsächlich wegen zwei Punkten gemeldet, die mir in mehreren Debatten aufgefallen sind, z. B. die eine Anregung von Herrn Stadtrat Schmitt bezüglich der Studie, die mir so auch nicht bekannt war, wo mir aber sofort aufgefallen ist, in welchem Zeitraum diese Studie entstanden ist. Sie haben angeführt, zwischen 1998 und 2008. Selbstverständlich hatten wir da auch jede Menge konjunkturelle Zyklen, aber es waren relativ viele konjunkturelle Täler in diesem Zeitraum, wenn Sie sich erinnern. Es ist aber heute eine völlig andere Situation. Sie hatten ja ausgeführt, dass es die Mitarbeiter im gehobenen Segment sind, die darunter hauptsächlich zu leiden hatten. Die haben heute eine viel bessere Verhandlungsbasis, weil es – wie Sie selbst auch schon angemerkt haben – in vielen Bereichen, wo diese Mitarbeiter zum Einsatz kommen, einen Fachkräftemangel gibt.

Die zweite Sache, die ich noch ansprechen möchte, weil das jetzt tatsächlich mehrfach aufgekommen ist, ist die Behauptung von Herrn Høyem, von diesen 10 Mio., die wir jetzt als Mehreinnahmen hätten, blieben nur 7 Mio. nach dem kommunalen Finanzausgleich übrig. Das ist schlicht und ergreifend falsch. Wenn Sie sich einmal mit dem Finanzausgleichsgesetz Baden-Württemberg beschäftigt hätten, hätten Sie festgestellt, dass dort die Steuerkraftmesszahl der Kommunen auf Basis eines einheitlichen Wertes von 290 Hebesatzpunkten berechnet wird, und alles, was darüber hinausgeht, nicht in

den kommunalen Finanzausgleich einfließt, d. h. , die 10 Mio., die wir zusätzlich generieren, bleiben auch in Karlsruhe.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich möchte mich nicht äußern zu diesem Kuhhandel zwischen KULT und dem Herrn Oberbürgermeister. Herr Wohlfeil hat selbst die Öffentlichkeit angesprochen. Ich bin überzeugt, die Öffentlichkeit kann selbst diesen Kuhhandel beurteilen.

Das war aber nicht der Grund, dass ich mich gemeldet habe. Ich wollte nur Herrn Marvi Dank sagen. Herr Marvi, ich bedanke mich sehr, dass Sie sich um die Größe der FDP kümmern. Sie sind ein junger Mann. Ein junger Mann zu sein, ist kein Vorteil, aber auch kein Nachteil. Ich bin ein älterer Herr. Ein älterer Herr zu sein, ist kein Vorteil und kein Nachteil. Aber ich habe beruflich einen Vorteil. Beruflich habe ich den Vorteil, dass ich Geschichte und Erdkunde gelernt habe. Falls Sie ein bisschen über die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 60 Jahren nachdenken und welche Rolle die Liberalen hierbei gespielt haben, dann haben Sie keine Angst um die Zukunft der Liberalen. Und falls Sie ein bisschen Erdkunde gelernt hätten, dann würden sie auch wissen – und hier werden Sie traurig –, die Liberalen in Europa und in der Welt sind ein Erfolgsmodell, eine Bewegung, die sich steigert und Einfluss hat. Leider kann man das über die SPD nicht sagen, aber Sie sollen nicht zu traurig werden. Wir können Sie später trösten.

Der Vorsitzende: Wir wollen über die Gewerbesteuer reden.

Stadtrat Bernhard (AfD): Ich möchte auf einige Kollegen erwidern.

Herr Stadtrat Fostiropoulos, wir haben nicht gefordert, dass es zu Kürzungen im Sozialbereich kommen soll, wir haben uns nur gegen weitere Erhöhungen im Laufe der Debatte gewandt. Wir haben uns vielmehr ausgesprochen für Verringerungen in anderen Bereichen, in Nice-to-have-Bereichen, im Stadtmarketing, bei der Event GmbH und bei der Tourismus GmbH oder beim unsinnigen Bezug von Ökostrom, solche Dinge. Das wollte ich nur noch einmal klarstellen.

Zurück zum Hauptthema. Herr Wohlfeil, eigentlich dürften Sie aufgrund Ihrer eigenen Argumente dieser Gewerbesteuererhöhung gar nicht zustimmen, weil wir nämlich im Moment keine wirtschaftliche Delle haben, sondern im Moment haben wir Rekordeinnahmen. Das Thema ist nicht, dass wir ein Einnahmenproblem haben, sondern wir haben ein Ausgabenproblem. Mit Ihren eigenen Argumenten müssten Sie eigentlich dem Antrag der CDU und der FDP heute zustimmen.

Zu Ihnen, Herr Zeh: Ich bin zwar erst seit ein paar Monaten im Gemeinderat der Stadt Karlsruhe, aber ich war schon 13 Jahre in einem anderen Gemeinderat. Ich bin Geschäftsführer eines Unternehmens mit 300 Mitarbeitern. Ich weiß durchaus, wie Standortentscheidungen getroffen werden. Ich weiß auch, wie sich Gemeinden und Städte verhalten, wenn es um die Ansiedlung neuer Betriebe geht. Es geht genau darum, was Sie gesagt haben – das war nämlich richtig –, es geht um die Neuansiedlung. Es wird jetzt kaum ein Unternehmen sagen: Wir ziehen jetzt weg wegen der Gewerbesteuererhöhung. Das wird nicht passieren, die Investitionen sind ja getätigt, das ist relativ klar.

Aber natürlich, wenn sich ein Unternehmen entscheidet, wo siedle ich mich an – und da komme ich wieder zurück zu meinen Ausführungen von vorhin –, dann wird sich das Unternehmen sagen: Ja, ich möchte im Raum Karlsruhe investieren, aber ich kann die Vorzüge des Raums Karlsruhe auch in einer Umlandgemeinde wahrnehmen, wo ich weniger Gewerbesteuer bezahle. Und dann wird es schon zu einem Entscheidungsfaktor, wo ich mich ansiedle. Das ist der entscheidende Punkt.

Ich wollte vorhin nicht sagen, dass wir die Gewerbesteuer um 70 % erhöhen. Das ist doch klar. Das Beispiel kam ja auch nicht von mir. Aber im Einzelfall wirkt es sich so drastisch aus, dass die Steuerbelastung im Gewerbesteuerbereich um 70 % für diesen betroffenen Unternehmer steigt. Solche Auswirkungen hat eben der Beschluss, wenn wir ihn heute fassen würden, dass wir die Gewerbesteuer erhöhen. Dazu wird es führen.

Dann wurde von Ihnen, Herr Wohlfeil, auch noch einmal gesagt, Rücknahme der Gewerbesteuererhöhung, wenn es uns wirtschaftlich wieder besser geht. Also, uns geht es wirtschaftlich sehr gute. Wenn es uns dann noch besser geht – es gibt auch Leute, die an Märchen glauben. Ich habe in meiner langjährigen Arbeit noch nie wirklich von einer Steuererhöhungsrücknahme gehört.

Der Vorsitzende: Vor der dritten Runde wieder ein paar Anmerkungen. Das hat es in Karlsruhe gegeben, Herr Bernhard. Mein Amtsvorgänger Seiler hat das so gemacht. Er hat damals mit dem Gemeinderat so eine Vereinbarung getroffen und hat die Gewerbesteuer nach einigen Jahren wieder reduziert.

Mir ist ganz wichtig, um die Relation klarzukriegen und Ihnen auch ganz klar zu widersprechen, wir haben nicht nur ein Ausgabenproblem, wir haben bei der Gewerbesteuer auch ein echtes Einnahmenproblem, wenn ich die Entwicklung der Gesamtkosten und auch der Kostenindizes betrachte und wie es bei der Gewerbesteuer aussieht, und da unterscheiden wir uns von anderen Städten, wo sich eine positive Konjunktur ganz anders auf die Gewerbesteuereinnahmen auswirkt.

Es wird auch deutlich, dass sich aus der Vergangenheit in die Zukunft etwas verändert. Wenn Sie sich einmal anschauen, wovon wir in den letzten Jahren die Haushalte beglichen haben, dann waren das nicht die stetig wachsenden Gewerbesteuereinnahmen aus dem Sockel, sondern dann waren das wirklich diese Sonderrückzahlungen. Es gab Unternehmen, die mussten nach Betriebsprüfungen 60, 80 oder 90 Millionen auf einen Schlag zurückzahlen. Wenn ich Ihnen sage, dass von den 4.900 Steuerpflichtigen, die es in Karlsruhe gibt – das sind 48 % mehr, als wir 2006 hatten –, überhaupt nur weniger als 1 % mehr als 1 Mio. Gewerbesteuer zahlen, dann merken Sie schon, dass sich dieser Teil unserer Wirtschaftssituation, der uns von Einzelnen sehr hohe Einnahmen beschert hat oder beschern könnte, in den letzten Jahren dramatisch verändert hat. Wir haben ein breites Spektrum vieler eher kleinerer Gewerbesteuerzahler, und das ist erst einmal für die Konjunktur und den Einfluss einer Konjunktur eine gute Sache, für die Gesamteinnahmen – vor allem in Zeiten, wo die Konjunktur richtig anzieht – eher eine ungünstige Sache, bedeutet aber auch, dass wir von den Beträgen her niemanden überfordern. Ich habe – wie gesagt – auch keine Rückmeldungen erhalten. Ich bin ja auch jeden Tag

irgendwo in Sachen Wirtschaft unterwegs, und ich bin nirgends darauf angesprochen worden, dass man das für eine Zumutung hält.

Das Umland ist nicht nur vom Gewerbesteuerhebesatz her attraktiver, sondern zum Teil auch von den Grundstückspreisen her. Ich habe im letzten Jahr viele Diskussionen gehabt, wo es um Ansiedlungen von Karlsruher Unternehmen in Karlsruhe ging, weil die ihren Standort verändern wollten, oder auch von anderen Unternehmen nach Karlsruhe. Und jedes Mal wurde uns erzählt: Wenn wir dann aber in den Landkreis nördlich von Karlsruhe gehen, haben wir ganz andere Bedingungen. Warum sollten wir überhaupt nach Karlsruhe kommen? Man hat uns mit dem Szenario konfrontiert, dass man eigentlich mit der Firmenansiedlung mit einem Fuß schon fast in Karlsdorf-Neuthard oder in Stutensee oder sonst wo ist. Alle Firmen, mit denen ich gesprochen habe, haben sich am Ende doch für Karlsruhe entschieden. Ich will sagen, da wird natürlich ganz viel in die Überlegungen einbezogen. Das sind Aspekte, die sich in der Bewertung negativ auswirken, aber derzeit tragen alle anderen Aspekte noch, weshalb man sich dann für Karlsruhe entscheidet. Ich bin sicher, diese auch von Ihnen als moderate Erhöhung betrachtete Veränderung wird an dieser Situation grundsätzlich nichts ändern, vor allem auch deshalb nicht, weil wir durch diese Kombination aus Ausgabensenkung und Einnahmensteigerung trotzdem noch in der Lage sind, weiter unsere Infrastruktur voranzubringen und Investitionen zu tätigen, und das ist das, was in einigen Jahren und auch heute schon verlangt wird, mehr als die abstrakte Höhe der einzelnen Gewerbesteuer.

Was ich noch ergänzen möchte: Ich schaue mir die von Ihnen genannte Studie, Herr Schmitt, gerne an. Ich bin nur bei einem Wort stutzig geworden. Wenn ein Wirtschaftswissenschaftler mit dem Begriff Würde argumentiert, wo ich nicht weiß, wie er das messen möchte – und das verlässt für mich auch ein Stück weit von der Begrifflichkeit den Korridor wirtschaftlicher Betrachtung –, dann mache ich von der Interpretation her ein Fragezeichen dahinter. Ich kann Sie beruhigen, ich habe von keiner Arbeitnehmervertretung – auf welcher Ebene auch immer – bisher eine kritische Anmerkung zum Thema Gewerbesteuererhöhung gehört. Auch mit den Arbeitnehmervertretungen habe ich regelmäßig und intensiv zu tun.

Jetzt gehen wir in die dritte Runde.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich möchte an das anknüpfen, was Sie vorhin gesagt haben. Sie sprechen mit einigen Unternehmen, die im Schwancken sind, wohin sie sich ansiedeln, aber sie werden sicher nicht mit der Vielzahl der Unternehmen reden, und da haben Sie ja neben den Grundstückspreisen einige Ansiedlungsüberlegungen selbst genannt, und da ist eine – das braucht man jetzt nicht weiter vertiefen – die Gewerbesteuer. Das ist schon richtig. Und da wir sehr viele kleine Startups generieren, betrifft es auch sehr viele Betriebe, die in solchen Entscheidungsprozessen stehen, hier oder woanders. Das zum einen.

Sie haben vorhin das mit dem Klinikum angesprochen. Das muss ich einfach richtigstellen. Das Altbausanierungsprogramm hatte einmal den Sinn, die Altbauten konsequent durchzusaniieren und zu modernisieren. In der Zwischenzeit ist aber über die Entwicklung der Überlegungen ein anderer Gedankengang gekommen, nämlich zu versuchen, möglichst wenig Altbauten später in Angriff zu nehmen und dann eben nur noch die

Altbauten zu sanieren, die später sehr wahrscheinlich trotz Neubau gebraucht werden. Da haben wir angemahnt, dass es dafür ein Konzept geben muss, damit wir nichts sanieren, was wir später gar nicht mehr selber nutzen. Das war der Punkt, wo wir gesagt haben, jetzt bitte abwarten, bis das Konzept vorliegt, jetzt im Moment kein Geld dafür ausgeben. Deshalb der Antrag der CDU, einen Sperrvermerk einzutragen. Als dieses dann kam, erlebten wir im Aufsichtsrat den Hinweis, dass wir das Geld für den Brandschutz brauchen. Nur zur Richtigstellung der Abläufe.

Jetzt haben Sie uns ins Stammbuch geschrieben, wir hätten keinen Sparwillen gezeigt bei diesem Haushaltsevent hier. Also da muss ich sagen, Sparwillen habe ich in Ihrer Haushaltsrede gänzlich vermisst. Und ich habe eigentlich auch nur im Nachhinein von Ihnen Kommentierungen erlebt wie „Aber damit haben Sie jetzt den Haushalt auch nicht saniert“. Ich habe von Ihnen vor der Diskussion oder während der Diskussion nicht den erhobenen Zeigefinger wahrgenommen, und von daher sollte man dieses jetzt hier nicht an uns zurückgeben. Im Übrigen, wir sind noch nicht am Ende, wir haben noch die Anträge Nr. 197 und 198, und da können wir noch vieles für den Haushalt tun.

Jetzt noch einmal zur Logik der KULT. Es ist schon angesprochen worden, und ich meine, völlig zu Recht: Wer jetzt so tut, als ob man Steuererhöhungen temporär mitgehen kann, aber vom Oberbürgermeister das Versprechen abverlangt, dann, wenn es einmal besser werde, die Steuererhöhung gemeinsam in einem Verbund – da sprachen welche von Pakt, ich weiß nicht, wie man auf solche Ideen kommt – wieder herunterzunehmen. Das ist ja eine Illusion, da kann ich nur auf einen Zuruf des Kollegen Dr. Heilgeist reagieren: Dass man einem Hund einen Wurstvorrat anlegt, ist wahrscheinlicher als dass eine Kommune oder eine Körperschaft eine Steuer, die sie schon hat, wieder zurückgibt. Das glauben wir nicht, und ich würde ganz eindringlich die KULT darum bitten, ihre Logik, die im Grundsatz berechtigt ist, zu überdenken. Wir sind im Moment nicht in einer Phase, in der wir die Not hätten, Steuern zu erhöhen.

Ich komme am Schluss auf Sie zurück, Herr Oberbürgermeister. Ich gebe Ihnen ja recht, die Stellschrauben muss man vielleicht irgendwann mal drehen, aber doch jetzt nicht in diesem Doppelhaushalt. Ich kann mir dann Situationen vorstellen, wo wir im Finanzhaushalt mit den großen Brocken einsteigen, aber das erst in zwei Jahren.

Stadtrat Hermanns (SPD): Das ist natürlich schon ein sehr schwieriges Thema, ohne Frage. Aber ich glaube, wir sollten schon etwas nüchterner bleiben. Aus meiner Sicht – zumindest im Hightech-Bereich, das sind immerhin 71 % der Arbeitnehmer am Standort – ist unser exzellenter Hochschulstandort Ansiedlungs- und Bleibefaktor Nr. 1. Da haben Sie richtig Probleme, entsprechende Unternehmen nach Stutensee oder sonst wohin zu verlagern, weil die Unternehmen mittlerweile – und das ist aus meiner Sicht einer der Hauptfaktoren, die wir bekämpfen müssen – von einem radikalen Fachkräftemangel bedroht werden. Das wird uns Einnahmen kosten und nicht, ob wir darüber reden, ob die Unternehmen 10 oder 20 Millionen mehr Gewerbesteuerbelastungen bekommen oder nicht. Das ist ein wichtiger Punkt.

Liebe Kollegen von der CDU, wir sollten auch die Kirche im Dorf lassen. Herr Professor Seiler, ehemaliger OB, hat ja durchaus auch einmal die Idee gehabt, in schweren Phasen eine temporäre Gewerbesteuererhöhung anzudenken. Ich teile auf der anderen Seite

nicht die Meinung des OB, dass wir in den nächsten Jahren nur eine Seitwärtsbewegung bekommen, sondern ich habe eine andere Interpretation von der Seitwärtsbewegung unserer Gewerbesteuereinnahmen. Ich sehe das so: Trotz Wegfall von Pfizer und EnBW als Hauptgewerbesteuerzahler haben wir es geschafft, unsere Einnahmen beizubehalten. Das bedeutet, wenn wir die nächsten 9 Jahre hochrechnen und mutig in die Zukunft investieren, in den Wirtschaftsstandort, werden wir in den nächsten 9 Jahren mindestens die Gewerbesteuerausfälle von Pfizer und EnBW wieder kompensieren können. Und dann haben wir auch wieder genügend Kraft und genügend Power, um unseren Standort weiterzuentwickeln. Ich finde ein Element nicht wirklich fair: Wir wollen Hagsfeld entlasten, wir wollen den Technologiepark anbinden etc. Das wird uns alles Geld kosten, und wir müssen jeden Cent zusammenkratzen, wir können nicht aus dem bestehenden Haushalt plötzlich 100 Mio. Euro herausnehmen. Das wird nicht funktionieren. Das müssen wir auch unseren Bürgern und Unternehmen gegenüber ehrlich sein. Wir reden über eine kleine Erhöhung. Ich bin nicht ein Fan davon, deswegen werde ich mich innerhalb der SPD dafür einsetzen, sobald wir wieder Verteilungsspielraum haben, diese Erhöhung zurückzunehmen. Ich glaube, in der momentanen Situation, wo wir sehr viele wichtige Infrastrukturprojekte für Karlsruhe vorhaben und dringend benötigen, ist das ein kleiner Teil, von dem ich glaube, wenn man den Unternehmen gut kommuniziert, was wir damit vorhaben, dass die Unternehmen das auch bezahlen werden.

Ich möchte noch einen kleinen Punkt einbringen. Jetzt komme ich wieder zum Fachkräftethema. Die Fachkräfte brauchen dringend Wohnraum. Und wir haben einen Zustand, dass wir eine Zunahme an Bevölkerung haben, wie es Karlsruhe – ich kann mich nicht erinnern, ich bin 1969 hier geboren – niemals hatte. Wir hatten jetzt wieder 7 000 Neubürgerinnen und Neubürger, und die Tendenz wird weitergehen. Da freuen sich die Unternehmen, dass die Studenten und Neubürger hierher kommen. Aber dafür müssen wir investieren und jetzt alle Kräfte zusammenlegen, und ich finde, gerade Sie als CDU, als verantwortungsvolle Partei, sollten deswegen Ihren Antrag zurücknehmen.

Stadtrat Cramer (KULT): Lieber Kollege Høyem, was Sie vorhin gesagt haben hinsichtlich des Paktes – oder wie Sie sich ausgedrückt haben –, ich glaube, so geht Politik nicht. So geht Politik nicht im Karlsruher Gemeinderat, dass der Herr Oberbürgermeister und meine Fraktion irgendeinen Pakt abschließen. Da kennen Sie den Herrn Oberbürgermeister nicht richtig, und da kennen Sie vor allem meine Fraktion noch nicht richtig. Mich müssten Sie an sich so gut kennen, dass Sie wissen, dass das an den Haaren herbeigezogen ist, so eine Politikvorstellung, wie man sie aus dem Fernsehen kennt – „Borgen“, Dänemark - -

Wir haben drei Punkte. Wir haben den ersten Punkt, der wurde hier belacht und jetzt auch von Ihnen noch einmal, Herr Pfannkuch, in das Reich des Märchens verwiesen, dass man Gewerbesteuererhöhungen wieder zurücknehmen kann. Das habe ich in diesem Gremium mitgemacht. Das habe ich mitgemacht mit dem Oberbürgermeister Dr. Seiler. Es geht doch um das Prinzip, ob so etwas möglich ist oder nicht. Herr Oberbürgermeister Dr. Seiler kam damals auf uns zu und hat gesagt, die Situation ist so – und das haben wir ihm dann auch abgenommen, so nehme ich das jetzt auch dem jetzigen Oberbürgermeister und seinen Fachleuten ab –, wir brauchen jetzt die Erhöhung. Er hat damals gesagt, sollten wir die Möglichkeit wieder haben, dass wir das wieder zurück-

fahren können, dann werden wir das tun. Und das hat er auch gemacht. Das ist meine Erfahrung, und auf diese Erfahrung setze ich. Da müssen kein Pakt gefasst und irgendwelche Zeiträume genannt werden. Wir wollen nur darauf achten – und ich habe jetzt von Ihnen gehört, dass Sie in dem Sinne auch darauf achten werden, und ich glaube, das können wir auch machen. Das ist jetzt gar nichts ganz Unmögliches oder irgendetwas Naives. Das ist in diesem Hause schon passiert, und ich habe damals einem CDU-Oberbürgermeister geglaubt, und ich glaube das heute auch einem SPD-Oberbürgermeister.

Das Zweite ist, dass wir gesagt haben, das strukturelle Defizit, das kommen wird, braucht strukturelle Änderungen. Da haben wir klare Vorstellungen, dass wir da wirklich rangehen müssen, dass das für uns einer der wichtigsten Punkte ist. Auch dafür brauche ich keinen Pakt mit irgendjemandem eingehen, sondern das ist eine Sache, die unser politischer Wille ist, und das werden wir an die Verwaltung herantragen, an den Herrn Oberbürgermeister bzw. an die zuständigen Dezernenten, natürlich auch an den Gemeinderat mit entsprechenden Anträgen.

Mein Kollege hat den Begriff Open Government genannt, aber er hat vor allem schlanke Verwaltung gesagt. Ich denke, da sind wir uns doch alle einig, dass wir da etwas tun müssen. Deswegen gehen wir jetzt heute diesen Weg mit, aber um diese Dinge in den Griff zu bekommen, sind diese beiden Punkte – die schlanke Verwaltung und die Struktur der Ausgaben – auf dem Schirm zu behalten.

Stadtrat Hock (FDP): Werter Kollege Cramer, ich hatte jetzt eigentlich gehofft, dass Sie mir erklären, wie es denn zu handhaben ist mit diesen drei Punkten, die der Kollege Wohlfeil vorhin dem Oberbürgermeister zugerufen hat und damit die Zustimmung zur Erhöhung verknüpft hat, indem er gesagt hat: Wenn Sie mir das heute zusichern, können wir mitgehen. Ich habe vorhin bei Ihren Ausführungen, Herr Oberbürgermeister, nicht vernommen, dass Sie diese Dinge zugesichert haben, dass Sie das so umsetzen möchten, was die KULT-Fraktion gefordert hat.

(Stadtrat Cramer/KULT: Sie haben mir gerade eben nicht zugehört!)

- Ja, dann habe ich es vielleicht auch nicht ganz verstanden. Sie könnten es mir noch ein bisschen besser erklären. Es gibt genügend Leute hier, die es auch nicht verstanden haben. Von daher gesehen ist es so, dass es heute zu diesem Pakt, wie es mein Kollege Høyem gesagt hat, gekommen ist. Das muss man einfach so einmal festhalten. Da können wir nichts dagegen tun. Die Seite steht, das ist halt leider so. Aber der Kollege von der SPD hat vorhin angeregt, man sollte doch bitte benennen, wo man die Gelder einspart. Ja, fangen wir doch mal an. Gehen wir doch mal an die Sachen ran. Vorhin haben Sie einen Punkt genannt: Haus Solms. Sie haben sich vorhin geäußert, Sie wollen es erhalten, trotz besseren Wissens, dass es Millionen kostet, in die Sanierung zu gehen. Gehen Sie doch mal an diese Punkte ran. Das sind die Punkte, die wir offenlegen müssen, und daran müssen wir uns abarbeiten. Wir können das nicht immer in das nächste oder übernächste Jahr verlegen, und jetzt machen wir mal etwas an der Fassade usw. Das sind Millionen, die wir heute oder in der Zukunft in die Hand nehmen müssen. Die FDP hat Vorschläge gemacht, und die FDP wird noch andere Vorschläge machen, die wir dann demnächst mit Ihnen hier im Gemeinderat besprechen möchten.

Bitte, machen Sie nicht so, als ob es keine Vorschläge gäbe, dass Gegenteil ist der Fall. Es gibt genügend Vorschläge, aber manchmal fragt man sich wirklich, wie man damit umgehen soll, wenn es Vorschläge gibt und es sofort heißt, nein, das können wir jetzt noch nicht entscheiden, wir müssen noch ein bisschen was machen. Nein, wir haben 10 Mio. Euro, die wir jetzt angeblich hier mit der Erhöhung des Hebesatzes reinkriegen. Ich glaube nicht daran, ich glaube nur daran, dass es in diesem Hause diese Mehrheit, diese Mentrup-Mehrheit, gibt, der wir uns stellen müssen und an der wir uns in den nächsten vier Jahren abarbeiten müssen.

Ich für meine Fraktion sage heute, es ist für die Unternehmer in Karlsruhe eine schlechte Entscheidung. Ich denke, dass es nicht gut ist, dass wir heute den Hebesatz erhöhen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte Herrn Schmitt für seinen Beitrag von vorhin danken, in dem er darauf hingewiesen hat, dass eine derartige Steuererhöhung dazu führt, dass bei den betroffenen Firmen die Gehälter im Durchschnitt sinken. Deswegen verstehe ich nicht die Haltung von KULT. Ich erinnere mich gut daran, als wir über das Einsammeln von Papiermüll gesprochen haben, als am Ende das Gehalt der Müllfahrer den Ausschlag gegeben hat, wie KULT abgestimmt hat. An dieser Stelle negiert KULT vollständig, dass eine derartige Steuererhöhung natürlich Auswirkungen hat auf die Bezahlungssituation der Beschäftigten. Ich selber bin ich im Bereich der Energiewirtschaft in Baden-Württemberg beschäftigt, und ich kann Ihnen sagen, dort merkt man, wie stark geänderte gesetzliche und steuerliche Randbedingungen die Situation der Mitarbeiter in einem Unternehmen beeinflussen können. Und in diesem Bereich arbeiten sehr viele Arbeitnehmer in Karlsruhe. Wir haben in dem Bereich Tarifabschlüsse, die ein reales Minus bedeuten.

Also bitte, wenn Ihnen wirklich die Gehälter der Mitarbeiter wichtig sind – und da appelliere ich auch an die SPD-Kollegen –, dann überdenken Sie Ihre Entscheidung, diese Steuer zu erhöhen, denn sie wird zusätzliche Auswirkungen haben. Und es wird dann wahrscheinlich nicht nur bei der Verringerung der Gehälter bleiben, sondern irgendwann wird es auch einen Stellenabbau bedeuten. Davor möchte ich noch einmal eindringlich warnen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Was wollen wir heute tun? Den Hebesatz nur auf das Niveau von Mannheim anheben. Wir sind aber inzwischen die zweitgrößte Stadt in Baden-Württemberg. Wollen wir denn ein Steuerdumping zwischen den Kommunen? Es ist doch in Ordnung, dass wir das tun. Es ist sogar vernünftig, dass wir das tun und wir entsprechende Einnahmen generieren. Ich glaube, die Wirtschaft wird gerne mitmachen.

Diese Argumente, dass es den Arbeitnehmern schlecht geht hinsichtlich der Löhne und Gehälter, sind doch unwahr. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hat genau das Gegenteil bewiesen. Er hat in seiner rot-grünen Amtszeit die Steuern stark reduziert. Und es ist nicht so gewesen, dass dann die Löhne und Gehälter gewachsen sind – nein, sie sind in diesen Jahren gesunken, bis jetzt. Das heißt nicht, wenn wir Steuergeschenke machen, dass sie automatisch an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgegeben werden. Glauben Sie mir, dass Unternehmen viel kreativer sind. Diesen klei-

nen Beitrag werden sie bezahlen, und sie werden ihre Betreibe effizienter gestalten, und zwar nicht durch die Senkung von Löhnen und Gehältern oder sonst etwas. Nein, sie wollen ja Geld verdienen. Wenn sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen, um Geld zu verdienen, dann stellen sie auch welche ein. Man stellt nicht ein, weil man ihnen Steuergeschenke macht, das Geld steckt man ein und schafft keine Arbeitsplätze. Die schafft man dann, wenn man durch Arbeitsplätze höhere Gewinne generieren kann. Also reden wir nicht drum rum, wir heben den Steuersatz ein wenig an auf das Niveau von Mannheim.

Und solche Argumente, es gibt Steueroasen wie Österreich: Ich dachte, wir sind schon so weit zu sagen, Schlupflöcher und Oasen wollen wir schließen, aber doch kein Steuerdumping betreiben. Dann müsste man die Steuern einfach mal auf null fahren. Wer bezahlt denn dann die Krankenhäuser, die Schulen, die Bildung und die Kultur? Soll das alles privatisiert werden? Lasst uns jetzt nicht über diese relativ kleinen Beträge reden, die Wirtschaft wird mitmachen, und all die Probleme, die Sie genannt haben, kommen gar nicht.

Ich möchte mich zum Schluss an die Christdemokratinnen und Christdemokraten wenden. In der Bibel steht: In den fetten Jahren soll man das Geld nutzen. Bitte lassen Sie uns es gemeinsam nutzen.

Der Vorsitzende. Wir steigen jetzt in die vierte Runde ein. Ich habe noch zwei Wortmeldungen.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Ich möchte kurz noch etwas klarstellen, worauf sich jetzt mehrere Redner bezogen haben. Natürlich habe ich vorhin eine etwas missverständliche Wortwahl benutzt, als ich konjunkturrell gesagt habe. Aber ich denke, jedem, der sich mit dem Karlsruher Haushalt auskennt, dürfte klar gewesen sein, dass ich damit meinte, dass wir in den nächsten Jahren relativ schwache Einnahmen bei der Gewerbesteuer zu erwarten haben, weil sie sehr stark von Einmaleffekten abhängt und wir in den letzten Jahren relativ gute Jahre hatten, die aber in den nächsten Jahren nicht mehr absehbar sind. Das hat ja auch der OB in einem Redebeitrag klargestellt, auch der Kollege Hermanns hat klargestellt, dass es da auch Rückgänge gab. Aber Kollege Hermanns hat auch gesagt, dass wir auch die Hoffnung haben können, dass die Gewerbesteuererinnahmen wieder steigen können. Der Teil, dass wir die Gewerbesteuererhöhung wieder zurücknehmen würden, bezieht sich eben auf diese Annahme, dass dann, wenn wir jetzt investieren, auch künftig wieder höhere Gewerbesteuererinnahmen haben können.

Ich denke, wir sind alle sachorientiert und werden alle gemeinsam erkennen, ob eine finanzielle Situation für die Stadt erreicht ist, wo man diese Gewerbesteuererhöhung wieder zurücknehmen kann. Wenn wir und der Oberbürgermeister unterschiedlicher Ansicht sind – ich gehe nicht davon aus, dass das eintreten wird, denn wir sind alle an der Sache orientiert –, könnten auch wir als Gemeinderat das jederzeit wieder zurücknehmen. Als Gemeinderat in der heutigen Zusammensetzung werden wir noch zwei Doppelhaushalte vor uns haben, 2016/17 und 2018/19, und ich denke, spätestens 2018/19 wird man schauen müssen, wie hat sich die Lage entwickelt, wie schaut es aus, ist weiterhin mit niedrigen Gewerbesteuererinnahmen zu rechnen oder gab es eine Erholung und wir können die Erhöhung wieder zurücknehmen.

Das wollte ich nur noch einmal klarstellen.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich möchte nur meinem Kollegen Cramer ein Kompliment machen. Herr Cramer, es ist richtig, ich war fünf Jahre lang professioneller Politiker bei Borgen. Aber heute muss ich sagen, das, was Sie gemacht haben mit der Brötchentaste und mit der Gewerbesteuer, mein Kompliment, das war gut, das war professionelle Politik.

Der Vorsitzende: Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Zur Abstimmung steht sowohl der Teil des FDP-Antrags als auch des CDU-Antrags, der die Absenkung der Gewerbesteuer im Haushalt vorsieht. Da bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wir haben auf der linken Seite 22 Anwesende, von denen 2 dafür stimmen, dann sind wir bei 20. Rechts sind wir bei 4, die dagegen stimmen, sind 24, ich bin der 25. Damit ist der Antrag **abgelehnt** – 25 zu 21 höre ich gerade.

Dann kommen wir zur **Satzung, Tagesordnungspunkt 2**, dass wir jetzt die Satzung über die Gewerbesteuer und die Grundsteuer verabschieden. – Das ist dieselbe Situation, nur umgekehrt. **Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.**

Wir fahren bei Tagesordnungspunkt 1 fort. Es kommen jetzt auf der **S. 91** zwei Anträge, die wir zusammen aufrufen.

Antrag Nr. 197 (S. 91): Sachkostenausgleich für städtische Dienststellen (CDU)
Antrag Nr. 198 (S. 91): Globale Minderausgabe (GRÜNE)

Es geht um Forderungen, die dazu dienen sollen, den Haushalt besserzustellen. Ich möchte zu beiden Forderungen auf die jeweiligen Stellungnahmen der Verwaltung hinweisen und Sie bitten, diese Forderungen so nicht anzunehmen. Wir müssen aus meiner Sicht mit anderen Instrumenten arbeiten als mit pauschalen Gesamtkürzungen, die dazu führen, dass wir während des gesamten Jahres immer wieder über bestimmte Kosten eine zusätzliche Genehmigungsrunde in die Haushaltsabwicklung einplanen. Ich habe so etwas schon in allen Varianten erlebt, das ist eigentlich eine ziemlich ätzende Beschäftigung der Verwaltung mit sich selbst. Der Aufwand, der getrieben werden muss, steht aus meiner Sicht in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Wir bieten Ihnen an, dann mit der Strukturkommission für massive Kürzungen die gemeinsame politische Verantwortung zu übernehmen. Hierzu brauchen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, hierzu brauchen wir aber auch eine Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterschaft, die sich nicht jeden Tag durch gewisse Vorgaben eingeschränkt und gegängelt fühlt, und von daher kann ich Ihnen nur empfehlen, diese Instrumente, die irgendwann vielleicht einmal nötig sind, wenn wir gar nicht mehr weiter wissen, aufzusparen. Für den jetzigen Zeitpunkt halte ich es auch in Anbetracht der Gesamtsumme, um die es am Ende geht, für sinnvoller, dass wir andere Strategien und Instrumente anwenden.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Ich möchte es relativ kurz machen.

Sie haben uns die Liste geschickt, mit der gezeigt wird, um welche pauschalen Erhöhungen es geht. Wir sind nach wie vor der Meinung – gerade, was Sie eben gesagt haben –, dass wir es nicht gut finden, jetzt eine Erhöhung zu beschließen, um sie nachher im Rahmen der Strukturkommission ganz oder teilweise wieder einzusammeln. Wir bleiben dabei, dass diese Pauschale – Erhöhung der Sachkosten um 2 % - gestrichen wird.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Wir Grünen sind ja bekanntlich nicht die großen Freunde einer globalen Minderausgabe, und wir denken tatsächlich auch, das kann nur ein Instrument sein, das man in absoluten Ausnahmefällen zum Einsatz bringt. Wir haben sie auch schon oft genug abgelehnt. Das haben wir auch nicht vergessen. Ich will aber begründen, warum wir doch meinen, zu diesem Instrument greifen zu müssen. Es ist so, wenn man sich den Haushalt anschaut, dass wir hier mehr oder weniger durchgängig eine enorme Steigerung von 10 bis 15 % bei den laufenden Ausgaben haben, und gleichzeitig haben wir eine mittelfristige Finanzplanung, die uns mit hohen Defiziten konfrontiert – das wurde auch schon mehrfach genannt. Ab 2018 können wir, wenn wir einfach so weitermachen würden, die laufenden Ausgaben schon nicht mehr decken. Wir sind jetzt damit konfrontiert, dass schon die Verwaltung sagt, wir werden jetzt in den nächsten Tagen die Spardiskussion beginnen und auch in eine heftige Spardiskussion einsteigen.

Wir sind dabei, dass wir über strukturelle Sparmaßnahmen nachdenken und diskutieren müssen, da werden wir auch konstruktiv mitreden. Wir denken aber, es macht keinen Sinn, jetzt zwei Jahre auf diesem hohen Niveau weiterzumachen, um dann plötzlich herunterzufahren. Wir meinen, man sollte einen Teil dieser Steigerung, die jetzt vorgesehen ist, mit dieser globalen Minderausgabe schon jetzt moderat senken, damit die Umstellung auf das, was uns noch bevorsteht, nicht so hart ausfällt. Dass man dabei gezielt an bestimmte Posten herangehen muss, ist für uns völlig klar. Trotzdem werden alle in irgendeiner Form betroffen sein, und deshalb macht es aus unserer Sicht Sinn, mit dieser im Haushalt eingeplanten Steigerung moderater umzugehen.

Wir haben im Gegensatz zur CDU eine etwas geringere globale Minderausgabe vorgesehen, u. a. auch deshalb, weil wir die sozialen Leistungen aussparen wollen, und auch, weil wir die freiwilligen Leistungen aussparen wollen. Wir sagen auch, die Verwaltung soll einen Vorschlag zu Umsetzung machen, sodass wir über Einzelheiten im Fachausschuss diskutieren können. Dann wird es auch nicht ganz so pauschal, wie es jetzt scheint. Uns erscheint dieses Vorgehen sinnvoll und moderat, und wir bitten um Zustimmung.

Stadtrat Marvi (SPD): Auch ich kann es ganz kurz machen.

Wir sind erfreut über die Beschlüsse, die gestern und heute gefasst wurden, einschließlich der Gewerbesteuererhöhung. Das Instrument einer globalen Minderausgabe für diesen Haushalt halten wir für verzichtbar. Wir halten es für ein sehr hartes und pauschales Instrument, das nur in absoluten Ausnahmefällen zum Einsatz kommen sollte, ein sehr unkreatives Instrument, ein Instrument, mit dem man es sich sehr leicht macht. Wir wollen es uns nicht leicht machen in den kommenden Monaten, harte strukturelle

Debatten miteinander führen, und von daher ist der Haushalt, so wie er jetzt am Ende zustande kommt, solide finanziert.

Wir lehnen dieses Instrument ab.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Wenn man Druck aus dem Kessel nimmt, dann passiert nichts mehr.

Der Druck auf den Kessel, dass wir etwas erreichen, indem wir wirklich genau schauen, wo sind die falschen Ausgaben, wo sind zu wenig Einnahmen, den müssen wir erhalten. Dazu kommt – zweites Argument – das Rasenmäherprinzip. Ich kann – ich habe es mir extra herausgesucht, wie oft die grüne Fraktion hier in diesem Haus – zu Recht! – bei Haushaltsberatungen gesagt hat, keinen Rasenmäher drüberlegen. Jetzt auf einmal gilt das nicht mehr, jetzt soll es auf einmal gemacht werden. Das geht nicht. Man muss schon in einer Linie glaubwürdig bleiben.

Und der dritte Punkt: Ich habe schon einmal eine Strukturdebatte mitgemacht, als es uns für ein paar Monate scheinbar schlecht ging. Ich sage nur: Finanzkrise, wo wir angeleitet durch die damalige Finanzbürgermeisterin das Ruder so rumgerissen haben, nicht ganz sinnvollerweise, muss man nachträglich sagen. Und da habe ich eins erlebt: Sie demotivieren eine Verwaltung, sich an einem Sparprozess zu beteiligen, unglaublich, wenn sie von vornherein in Zweifel ziehen, dass sie das gescheit macht. Eine Absenkung mit so einer Rasenmäher- oder Gießkannenmethode, je nachdem, wie man es betrachtet, muss uns der OB vorschlagen, wenn er keinen anderen Weg mehr sieht, wenn er sagt, es funktioniert nicht, jetzt müssen wir das machen. Aber jetzt das zu tun, macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Bisher habe ich das auch von rechts bis links so gehört, die FDP hat es immer so gesehen, und ich glaube sogar, wenn ich mich richtig erinnere, auch die CDU hat das immer kritisch gesehen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich bin auch absolut kein Fan von Rasenmähermethoden, auch im Falle des Haushalts nicht. Allerdings stelle ich mir die Frage: Wenn wir in der Strukturkommission zu diskutieren anfangen, diskutieren wir zunächst nur. Das hat noch keine Auswirkungen. Bis wann greift es, wenn wir uns auf irgendwelche Maßnahmen einigen? Meine Sorge ist die, dass erst noch ein halbes oder ein Jahr vergeht, bis es überhaupt greift. Insofern ist meine Frage, ob die Strukturkommission kurzfristig das richtige Instrument ist. Wie können wir dem begegnen? Das ist eine ganz offene Frage, die ich nicht beantworten kann.

Der Vorsitzende: Die Frage kann ich beantworten. Die Strukturkommission kann strukturelle Einsparungen diskutieren, die im Wesentlichen etwas mit der Haushaltsaufstellung für 2017/18 zu tun haben. Der Haushalt, so wie er jetzt genehmigt wird, läuft dann, und dann kann die Strukturkommission nicht im Nachhinein sagen, jetzt machen wir an irgendeiner Stelle etwas niedriger.

Wir, die Verwaltung, haben in der Bewirtschaftung unterjährig immer die Möglichkeit, noch mit bestimmten Maßnahmen einzugreifen. Wir können uns auch selber vornehmen, bestimmte Prozentzahlen zu kürzen. Das sind Dinge, die können wir – und dann würden wir natürlich auch die Diskussion mit Ihnen darüber führen – wenn wir z. B.

merken, die Einnahmenseite läuft gar nicht so, wie wir es im Haushalt drinstehen haben. Dann haben wir immer noch die Möglichkeit, aber die Aufgabe der Strukturkommission und des Prozesses, den wir mit Ihnen führen wollen, sehe ich nicht darin, jetzt noch kurzfristig für 2015 und 2016 die Bremse reinzukriegen, sondern wirklich ab 2017 vernünftige Dinge auf die Reihe zu kriegen, die nachhaltig sind.

Das ist im Wesentlichen die Antwort dazu.

Die Erfahrung ist – das ist vielleicht auch ganz wichtig: Wir hatten ja wieder einmal Besetzungssperren, wir hatten globale Minderausgaben und, und, und. Es ist sowieso schon immer so, dass wir am Ende auf Resten sitzen bleiben, die nicht ausgegeben wurden, obwohl es oft die Möglichkeit gegeben hätte. Wir waren bei diesen Wiederbesetzungssperren von den Beträgen her immer deutlich über dem gelegen, was dadurch als Zieloption angedacht war. Das heißt, auch die Verwaltung kennt die Situation und ist verpflichtet – und da ist jede Führungskraft in der Verwaltung aufgefordert, dafür zu sorgen –, dass wir wirklich sehr kritisch mit Ausgaben umgehen, um damit auch die Haushaltssituation permanent zu verbessern. Das ist dann aber eine andere Motivation, als wenn ich von vornherein sage, du musst alles 3 % günstiger einkaufen, damit du am Ende das Ziel erreichst, oder womöglich noch irgendwelche Genehmigungsrunder innerhalb der Verwaltung einbaue, so nach dem Motto „Alles, was über einen bestimmten Betrag hinausgeht, muss noch einmal mit Kämmerer oder Finanzbürgermeisterin oder OB gegengeschaltet werden“. Das sind Prozesse, wie Sie so etwas sonst steuern müssten. Das erweist sich oft als Motivationskiller anstatt als erfolgreiche Strategie.

Wir haben keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir in die Antragsabarbeitung gehen. Wir haben zunächst den **Antrag der CDU**. Da geht es um minus 3,25 Mio. Euro, über die Rücknahme der Sachkostensteigerung. Das ist **nicht die Mehrheit**.

Dann haben wir den **Antrag der Grünen**, eine globale Minderausgabe – außer den sozialen und freiwilligen Leistungen – von 2,5 Mio. Euro. – Dieser Antrag hat mit 26 Stimmen **eine Mehrheit** gefunden.

Wir kommen zur **Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen**. Das haben Sie so **zur Kenntnis genommen**.

Wir kommen auf der **S. 468** zu zwei Anträgen zum Klinikum.

Antrag Nr. 199 (S. 468): Bedarfsgerechte Personalausstattung am Städtischen Klinikum (Die Linke)

Antrag Nr. 200 (S. 468): Präventionskonzept der Karlsruher Krankenhäuser mit einem Screeningzentrum zur Abwehr multiresistenter Erreger (MRE) (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Seit Jahren steigt die Arbeitsbelastung des Krankenhauspersonals im Städtischen Klinikum. Deshalb unser Antrag, entsprechend nach dem Bedarf Personal einzustellen. Hierzu wäre es aus unserer Sicht richtig, wenn sich die Stadtverwaltung mit dem Klinikum, dem Betriebsrat und den gewerkschaftlichen Vertretern zusammensetzten – im Gegensatz zur Antwort der Stadt, wo geschrieben

steht, dass jährlich 1 % gekürzt wird. Schließlich ist der Bedarf nicht gesunken, er wächst, und wenn wir mehr Menschen in die Stadt bekommen, wächst er weiter. So viel zum ersten Antrag.

Mit dem zweiten Antrag wollen wir, dass das Klinikum sich mit den Karlsruher Krankenhäusern zusammensetzt und Lösungsansätze sucht. Wir haben in den letzten Wochen in den Medien gehört, dass wir im Putenfleisch Antibiotika gefunden haben. Wir wissen auch, dass davon diese sogenannten Krankenhauskeime kommen. Ich denke, wir sollten das Thema ernst nehmen.

Ich sehe in der Antwort der Stadt, dass es inzwischen einen runden Tisch gibt. Aber es ist mir nicht transparent. Wenn die Stadt mir zusagen kann, dass erste Gedanken transparent gemacht werden können oder Stadträtinnen und Stadträte dazu eingeladen werden können, damit wir mitdiskutieren und uns ein Bild machen können, dann würde ich sozusagen unseren Wunsch und Antrag als erfüllt sehen.

Aber, wie gesagt, ich erfahre es jetzt über dieses Papier das erste Mal.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Im Aufsichtsrat des Städtischen Klinikums Karlsruhe ist der Betriebsrat vertreten, also die Interessenvertreter der Mitarbeiter, mit denen laufend das Personalproblem, wenn es eins ist, diskutiert wird. Wir haben den Ärztlichen Direktor, wir haben den Pflegedirektor, die alle diese Themen ansprechen. Wir wissen, dass beim Klinikum Karlsruhe das Personalproblem darin besteht, dass wir diese alten Gebäude haben, dass wir keine optimale Zurechnung von Pflegepersonal zu Stationen haben, weil die Räumlichkeiten nicht passen. Deswegen wollen wir auch den Neubau. Aber dies alles ist bekannt und wird laufend diskutiert. Vom Betriebsrat hat es in der Beziehung keine Vorwürfe oder Vorträge gegeben, dass es hier zu einer Überbelastung des Personals käme.

Zu der Frage Screening: Die Hygiene am Klinikum ist ein grundsätzliches Thema. Wenn die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat sich mit diesen Themen nicht befassen würden, wäre das wirklich sehr fahrlässig, und Sie können sicher sein, dass wir uns mit diesem Thema befassen. Wir hatten auch vor kurzem einen Bericht des Ärztlichen Direktors zur Frage dieser multiresistenten Keime, und dort haben wir auch erfahren, dass diese Keime sich auch schnell wandeln. Es werden neue Keime eingeschleppt, die bisher noch nicht bekannt waren, die auch resistent sind. Hier wird viel getan, z. B. ist eins der Grunddinge – das klingt jetzt vielleicht lächerlich – darauf zu achten, dass die Leute ihre Hände waschen. Dieses Händewaschen beim Personal spielt eine ganz, ganz große Rolle. Wir haben in Karlsruhe zum Glück keine auffälligen Fälle gehabt, es gibt immer Fälle, das ist gar keine Frage, die werden dann auch separat untergebracht. Wir hatten aber zum Glück keine Fälle, die überdimensional waren. Das heißt, das Klinikum achtet darauf, auch in Absprache mit den anderen Kliniken, denn man tauscht sich aus, was es an Informationen und neuen Dingen gibt.

Von unserer Sicht aus ist hier gegenwärtig nichts zu unternehmen. Die letzte Frage, die sich stellt, ist die: Was ist daran haushaltsrelevant?

Stadträtin Fischer (SPD): Ich kann alles unterstreichen, was Herr Dr. Heilgeist gesagt hat.

Zum letzten Punkt, zum Screening kann man es ganz platt sagen: Es besteht schon ein sehr, sehr hohes wirtschaftliches Interesse jedes Klinikums, alles zu tun, was notwendig ist, und auch im Aufsichtsrat wurde uns ständig berichtet, dass wir hier im Klinikum, was das Screening anbelangt, der Entwicklung Jahre voraus und gut aufgestellt sind.

Zum anderen Antrag auf Personalausstattung: Das können wir im Klinikum nicht isoliert betrachten, da setzen wir auf die Eckpunkte der Bund-Länder-AG. Was wir zur Konsolidierung getan haben, das war moderat, und es greift inzwischen auch. Und wie Herr Dr. Heilgeist gesagt hat, haben wir keine Beanstandungen aus dem Betrieb gehört.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Bezüglich des Antrags Nr. 199 ist das eine Frage, die sich die Verantwortlichen in der Personalabteilung und die betriebsrätlichen Vertreter ständig stellen müssen. Wie bekommen wir es hin, dass wir für die Bedarfe, die in der Klinik anfallen, auch entsprechend qualifiziertes und quantitativ genug Personal vorhalten können. Wir hatten hier schon in der Debatte, dass es leider aufgrund der Systematik in der Krankenhausfinanzierung dort auch Fehlanreize gab und es dann einen wirtschaftlichen Druck gibt, aber es ist jetzt nicht so, dass das Städtische Klinikum dem wirtschaftlichen Druck hundertprozentig nachgibt und sagt, es ist mir jetzt egal, wie der Bedarf von Seiten der Patientinnen und Patienten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist. Das können Sie z. B. auch daran sehen, dass bei jedem Konsolidierungskonzept, das wir in den vergangenen zwei Jahren auch im Bereich der personellen Maßnahmen im Aufsichtsrat hatten, es nicht zu einer 100-%-Abfüllung bei den personellen Maßnahmen kam, weil dann auch nachgesteuert wurde, wenn gesehen wird, wir sind jetzt an einer Grenze angelangt, und wir können sozusagen über diese Grenze nicht hinausgehen, weil wir sonst die Bedarfe, die in der Abteilung vorliegen, nicht erfüllen können. Deswegen haben wir in dem Bereich auch keine pauschale Wiederbesetzungssperre mehr, und es ist tatsächlich so, wenn Meldungen aus den entsprechenden Fachabteilungen kommen, dass dort ein Mehrbedarf ist, weil beispielsweise mehr Patienten da sind, dann wird dem auch Rechnung getragen, und wir bekommen auch regelmäßig Berichte darüber, nicht nur, an welchen Stellen wir Personal abgebaut haben, sondern an welchen Stellen wir Personal wieder aufbauen müssten, um die Bedarfe zu erfüllen.

Was die Situation der Prävention angeht, ist das Karlsruher Klinikum trotz seiner baulichen besonderen Situation, die wir haben, im Vergleich mit den kommunalen Großkrankenhäusern insoweit gesegnet, dass es eine niedrige Infektions- und Besiedlungsrate mit allen Formen von multiresistenten Erregern hat. Es war vor kurzem wieder in der Presse gestanden, dass das Uni-Klinikum in Kiel betroffen war, es waren multiresistente Negativerreger, die dort für Aufregung gesorgt haben. Uns wurde von Seiten der Geschäftsführung des Klinikums versichert, wenn wir Patienten aufnehmen, die zu einer Risikogruppe gehören, also z. B. aus dem südeuropäischen Ausland, oder wenn z. B. eine Übernahme aus einem Klinikum erfolgt, das in der Vergangenheit in den Schlagzeilen war, weil es dort Schwierigkeiten mit multiresistenten Erregern gab, wird selbstverständlich ein Screening durchgeführt.

Ansonsten wird uns regelmäßig berichtet, und wir haben mit Dr. Kniel eine echte Koryphäe, was die Klinikhygiene angeht. Ich denke, da müssen Sie sich keine Sorgen machen.

Der Vorsitzende: Dann können wir in die Abarbeitung dieser Anträge gehen. Ich möchte noch für das Protokoll erwähnen, dass sich Herr Stadtrat Borner als befangen erklärt hat und schon die ganze Zeit an der Diskussion und jetzt auch an der Abstimmung nicht teilnimmt.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Herr Oberbürgermeister, ich hatte eine Frage gestellt, ob es beim zweiten Antrag bedeutet, dass da was passiert – so wird es geschrieben. Kann man es transparent machen? Wird man als Stadtrat dazu eingeladen? Oder ist das ein kleines Treffen, das nicht für die Öffentlichkeit ist? Ich habe gesagt, unser zweiter Antrag wäre erledigt, wenn es eine Transparenz gibt und wir die Möglichkeit der Mitarbeit hätten.

Der Vorsitzende: Es gibt eine solche Arbeitsgruppe, die wird auch sicherlich über die Ergebnisse regelmäßig im Aufsichtsrat berichten, aber es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, bei einer internen Arbeitsgruppe die Öffentlichkeit hinzuzuziehen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Dann wäre mein letzter Satz dazu noch einmal der Hinweis, dass Patienten aus Deutschland in den Niederlanden automatisch als Risikopatienten eingestuft werden. Das spricht Bände, und ich denke, wir können das Thema nicht einfach so runterreden.

Der Vorsitzende: Ich komme trotzdem zum **Antrag Nr. 199** und bitte um das entsprechende Kartenzeichen. – Bei 2 Zustimmungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 200. – Bei 4 Zustimmungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Nr. 201: Doppelstrukturen Stiftungen (Freie Wähler)

Stadtrat Wenzel (FW): Um es kurz zu machen: Dieser Antrag hat sich **mit der Antwort erledigt**, aber – und jetzt kommt das „Aber“: Wir haben sehr viele Aufgaben auch im Blick auf zukünftige Sparmaßnahmen, und da sollte man wirklich das Thema Doppelstrukturen in allen Bereichen ins Auge fassen. Mein Appell für zukünftige strukturelle Maßnahmen ist, das nicht zu vergessen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für den Hinweis. Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 1. Ich kann Ihnen mal einen Zwischenstand geben.

Wir haben im Ergebnishaushalt, weil wir ja jetzt auch die globale Minderausgabe mit einbezogen haben, eine Verbesserung im Jahr 2015 von 1.444.741 € und im Jahr 2016 von 1.017.436 €. Im Investitionshaushalt haben wir eine Verschlechterung im ersten Jahr von 460.00 € und im zweiten Jahr eine Verbesserung von annähernd 10 Mio. €. Das hat etwas mit dieser Pauschale zu tun, die wir jetzt so nicht brauchen.

Insofern noch einmal herzlichen Dank für dieses sehr positive Ergebnis unserer Debatte. Wir werden dann in drei Wochen in der nächsten Gemeinderatssitzung den Haushaltsbeschluss endgültig fassen, wenn wir diese ganzen Veränderungen eingearbeitet haben, und da werden wir Ihnen auch erläutern, wie wir vorschlagen, mit dem Thema der Minderausgabe umzugehen.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführer:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
16. April 2015